



FZH Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg

Wissenschaftliche Einrichtung
an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83
20144 Hamburg

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

PETER BRANDT

Antifaschismus und Arbeiterbewegung



**Aufbau
Ausprägung
Politik
in Bremen
1945/46**

CHRISTIANS

PETER BRANDT

Antifaschismus und Arbeiterbewegung

Aufbau - Ausprägung - Politik
in Bremen 1945/46

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XI

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Jöhe
und Ursula Büttner*

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1976
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-0400-2
D 188

INHALT

Einleitung	7
1. Die Bremer Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus	15
<i>Historische Spezifika der Bremer Arbeiterbewegung (15) Die Bremer Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik (17) Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen und die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen (22) Zur Lage der Arbeiterklasse im Dritten Reich, 1933-1939 (25) Der sozialdemokratische Widerstand (31) Der kommunistische Widerstand bis zum Zweiten Weltkrieg (35) Der linkssozialistische Widerstand bis zum Zweiten Weltkrieg (40) Zum Verhältnis Widerstand - Arbeiterklasse - Nationalsozialismus (45) Zur Lage der Arbeiterklasse im Dritten Reich, 1939-1945 (48) Der Widerstand im Krieg (52)</i>	
2. Gesellschaftliche Entwicklungen in den westlichen Besatzungszonen, vornehmlich in Bremen, 1945/46	58
<i>Grundlegende Interessen und Kriegsziele der Siegermächte, vor allem der USA (58) Die Gesellschaftspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht (65) Bremen als amerikanisches Besatzungsgebiet (68) Der Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Bremen (76) Die Ernährungs- und Wohnungssituation der Werketätigen (84) Deformierter Kapitalismus - Wirtschaft und Gesellschaft der Westzonen in der Nachkriegszeit (89) Die Industrie- und Handelskammern als die ersten Interessenvertretungen des Großkapitals in der Nachkriegszeit (95)</i>	
3. Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus	100
<i>Die deutsche Antifa-Bewegung im Frühjahr und Sommer 1945 - ein Überblick (100) Die Organisation der KGF (107) Die Programmatik der KGF (114) Spontane Aktionen der Antifaschisten und die Fixierung eines halblegalen Status für die KGF (121) KGF und Senatsbildung (129) Die Arbeit der KGF im Wohnungs- und im Arbeitsamt (133) Die Entnazifizierungspolitik der KGF (138)</i>	
4. Betriebsrätebewegung und Wiedergründung der Gewerkschaften	144
<i>Die Neubildung von unabhängigen Betriebsausschüssen (144) Der Zentralausschuß der Betriebsräte und die Auseinandersetzung um Vagts' Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen (149) Erste Initiativen zum Aufbau der Bremer Gewerkschaften. Zwei gewerkschaftliche Tendenzen (153) Die Einheitsgewerkschaft (157) Die Gewerkschaftspolitik der angelsächsischen Besatzungsmächte (161) Die Wiedererrichtung der Einzelverbände in Bremen und die ersten Betriebsrätewahlen (163)</i>	
5. Der Wiederaufbau der Arbeiterparteien und das Problem der sozialistischen Einheit	167
<i>Das spontane Verlangen nach Einheit (167) Die Konstituierung der Berliner Parteizentren (169) Rolle und Konzeption Kurt</i>	

Schumachers (173) Die Anfänge des Wiederaufbaus der Arbeiterparteien in Bremen (179) Die Einheitsbestrebungen im Sommer 1945 (184) Die Legalisierung der Arbeiterparteien (186) Die Einheitsbestrebungen im Herbst 1945 und das Ende der KGF (190) Das endgültige Scheitern der Einheitsbestrebungen (195) Der Beginn des Richtungskampfes in Betrieben und Gewerkschaften (201) Der Übertritt von Ehlers und Wolters zur SPD (207)

6. Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Bremen nach der Legalisierung

211

Neuordnungspläne (211) Die Stellung der Bremer Arbeiterbewegung zur Entnazifizierung (215) Gewerkschaften und Betriebsräte 1946 (218) Die Entstehung bürgerlicher Parteien in Bremen (223) Die ersten Bürgerschaftswahlen nach der Besetzung und die Situation der Arbeiterparteien am Ende des Jahres 1946 (227) Die Auseinandersetzung über die Bremer Verfassung und die Wahlen von 1947 (232)

Schluß

239

Dokumente

249

1. *Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus an die Militärregierung in Bremen, 30. April 1945 (249)*
2. *Flugblatt der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, wahrscheinlich Ende April 1945 (251)*
3. *Der Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus Nr. 1, 6. Mai 1945 (253)*
4. *Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus an den Chef der Militärregierung in Bremen, Col. Bion C. Welker, 8. Mai 1945 (258)*
5. *Oskar Schulze, Oskar Schwarz, Albert Götze an die Militärregierung in Bremen, Abteilung für Gewerkschaftsfragen. Antrag auf Wiederzulassung von Gewerkschaften, 8. Juni 1945 (260)*
6. *Militärregierung, Detachment E2C2 an Bürgermeister Kaisen betr. Wiederzulassung von Gewerkschaften, 22. August 1945 (262)*
7. *Richtlinien der Bremer KPD zur Gewerkschaftsarbeit, Anfang 1946 (264)*
8. *Taktik und Grundsätze in der gegenwärtigen Situation. Diskussionsrede Hermann Wolters' auf der Funktionärsversammlung der Kommunistischen Partei Groß-Bremen, 17. März 1946 (269)*
9. *Protokoll der Mitgliederversammlung der KPD Bremen-Gröpelingen, 30. April 1946 (276)*
10. *Protokoll der Funktionärsversammlung der SPD Bremen-Westend, 17. Juni 1946 (280)*

Abkürzungsverzeichnis

284

Anmerkungen

287

Chronik

411

Quellen- und Literaturverzeichnis

421

Personenregister

443

Einleitung

Die deutsche Geschichtswissenschaft hat sich bis vor einigen Jahren mit der Nachkriegszeit und insbesondere der Geschichte der Arbeiterbewegung in dieser Periode noch kaum befaßt. Einzelne bemerkenswerte Arbeiten wie die Studie von Albrecht Kaden über den Wiederaufbau der SPD,¹ die Untersuchung Johannes Kolbs über den organisatorischen Wiederaufbau von Metallgewerkschaften in Westdeutschland² und die Schumacher-Biographie von Lewis Edinger³ konnten nicht auf einem themenbezogenen Forschungs- und Diskussionsstand aufbauen. Die Historiographie der DDR, die sich der Geschichte der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbewegung schon seit den 50er Jahren in wachsendem Umfang angenommen und eine Reihe sehr informativer Werke hervorgebracht hat, wird in ihren Darstellungen und Analysen bis heute von ihrem äußerst verkürzten und quasi offiziellen Verständnis von Parteilichkeit behindert.⁴ Daher – und wegen der überwiegenden Beschäftigung mit Gebieten innerhalb der DDR – können die Ergebnisse dieser Forschung nur in äußerst begrenztem Maß eine Hilfe für die seit einiger Zeit zunehmenden Bemühungen westdeutscher Historiker um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zwischen dem Ende des Deutschen Reichs und der Konsolidierung der beiden deutschen Separatstaaten sein.

Den Anfang machte 1970 Eberhard Schmidt mit seiner grundlegen-

den Arbeit über die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Westdeutschland von 1945 bis 1952.⁵ Von der Thematik her noch breiter angelegt waren die von einem Gießener Autorenkollektiv zwei Jahre später veröffentlichten Studien über die »Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1959«,⁶ die eine insgesamt recht zuverlässige Zusammenfassung der vorliegenden Literatur und gedruckten Quellen aus kritisch-marxistischer Sicht geben. Noch stärker auf die »Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48« zugeschnitten sind die beiden von Tilmann Fichter mitverfaßten Bücher.⁷ Die notwendige Ergänzung zu Kadens Buch lieferte jüngst Frank Moraw mit seiner überwiegend ideengeschichtlich orientierten Untersuchung über die Bedeutung der Einheitsparole für die deutsche Sozialdemokratie von 1933 bis 1948.⁸ Eine Fülle von Material hat Jürgen Klein in seiner ebenfalls erst kürzlich erschienenen Dissertation über die Einheitsgewerkschaften verarbeitet.⁹

In einer Reihe abgeschlossener, aber noch nicht veröffentlichter oder vor dem Abschluß stehender Arbeiten kündigt sich das wachsende Interesse für die deutsche Arbeiterbewegung in der scheinbar »offenen« Situation nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes an.¹⁰ Zweifellos muß dieses Interesse im Zusammenhang mit den veränderten Bedingungen gesehen werden, unter denen die politische und wissenschaftliche Diskussion seit Ende der 60er Jahre stattfindet. Die vorwiegend an den Hochschulen entstandene antikapitalistische Fundamentalopposition mußte zwangsläufig die Frage nach den unmittelbaren historischen Voraussetzungen für die aktuelle Situation der westdeutschen Gesellschaft und der westdeutschen Arbeiterbewegung aufwerfen. Die Beiträge, die von den aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Organisationen publiziert wurden, bieten jedoch bislang entweder eine dogmatische Rezeption der frühen DDR-Literatur,¹¹ oder sie vermögen ihre zum Teil originellen Thesen nicht Quellenmäßig zu fundieren.¹² Die bereits erwähnten, in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik erschienenen Untersuchungen sind zwar zum Teil von bahnbrechender Bedeutung (Kaden, Kolb), und einige von ihnen werden vermutlich noch lange Zeit Standardwerke bleiben; aber eine fundierte Gesamtdarstellung scheiterte bisher vor allem an der unzureichenden Aufarbeitung des besonders schwer zugänglichen Quellenmaterials. So mußten alle Versuche in dieser Richtung relativ undifferenziert bleiben. Nur die Erstellung einer Reihe gründlicher Lokal- und Regionalstudien vermag hier Abhilfe zu schaffen. Die lokal- und regionalhistorische Forschung erscheint also nicht als Selbstzweck, sondern als notwendige Teil- bzw. Vorarbeit zur

umfassenden Erforschung und Darstellung der Gesamtproblematik auf nationaler Ebene.

Für eine solche Fallstudie eignet sich Bremen besonders gut, war die Stadt doch seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert häufig Schauplatz der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterschaft und der theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung gewesen. Sowohl die reformistische als auch die revolutionäre Richtung verfügte in Bremen über eine lange und starke Tradition. Dennoch wäre es unangemessen, von einer zeitlich und territorial so begrenzten Studie wie der vorliegenden gesicherte Resultate von genereller Bedeutung zu verlangen. Der Verfasser hat allerdings versucht, die vorhandene Literatur und übergreifende Fragestellungen in seine Darlegungen mit einzubeziehen, und ist vor der Bildung am Untersuchungsgegenstand entwickelter allgemeiner Hypothesen nicht zurückgeschreckt, wo sie ihm notwendig oder sinnvoll schienen.

Eine hauptsächliche Argumentationslinie der »Restaurationsliteratur«¹³ besteht darin, die antikapitalistische Grundströmung in der deutschen werktätigen Bevölkerung sowie die Verbreitung sozialistischen und radikaldemokratischen Gedankenguts nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus aufzuzeigen und die Verhinderung der auf gesellschaftliche Neuordnung zielenden Bestrebungen in erster Linie den westlichen Besatzungsmächten zuzuschreiben. Die in diesem Zusammenhang oft genannte offene Intervention der Westmächte, vor allem der USA, gegen die zum Teil in Volksabstimmungen gebilligten Enteignungs- und Mitbestimmungsartikel mehrerer westdeutscher Länderverfassungen – darunter auch derjenigen Bremens – wird in der vorliegenden Untersuchung nur gestreift, da sie sich ausschließlich auf die Jahre 1945/46 mit dem Schwerpunkt auf dem Jahr 1945 konzentriert. Dennoch ist die zeitliche Begrenzung keine willkürliche Entscheidung: In diesen Jahren wurden die traditionellen Parteien und Gewerkschaften – letztere mit gewissen Modifikationen – wiedergegründet und organisatorisch im wesentlichen wiederaufgebaut.¹⁴ Im Herbst 1946 wurde das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien sowie zwischen SPD und KPD in Bremen in den ersten Bürgerschaftswahlen nach dem Krieg festgestellt und damit eine Periode des Übergangs und der Unsicherheit beendet. Einige Monate später klärte sich dadurch, daß Bremen als deutsches Land wiederhergestellt wurde, auch dessen staatsrechtlicher Status.

Die gewählte Periodisierung beruht nicht auf wirtschafts-, gesellschafts- oder außenpolitischen Einschnitten, wie sie beispielsweise die Währungsreform und die Gründung der Bundesrepublik darstellen, son-

dern entspricht hauptsächlich der inneren Entwicklung der untersuchten Organisationen und ihres Wirkungsbereichs. Ein solches Vorgehen erscheint deshalb berechtigt, weil der Verfasser die These vertritt, daß das Scheitern der Arbeiterbewegung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bereits sichtbar wurde im Fehlschlag der von den überlebenden Kadern ausgehenden eigenständigen Ansätze, neue einheitliche Organisationsformen und massenmobilisierende, situationsangemessene Handlungsinitiativen zu entwickeln. Diese »Bewegung« drückte sich in den Antifa-Ausschüssen, in den provisorischen Betriebsräten, in den spontanen Bestrebungen zur Gründung von Einheitsgewerkschaften und Einheitsparteien aus und zielte auf eine fundamentale Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung von unten. Nach der Ausschaltung der Erneuerungstendenzen war das wenige, was die deutsche Arbeiterklasse nach 12 Jahren terroristischer Diktatur an autonomer politischer Schlagkraft hervorzubringen vermochte, vernichtet. Trotz einzelner klassenkämpferischer Ansätze wie bei den Streiks im Ruhrgebiet 1947 oder dem Kampf gegen Demontagen gelang es den Kadern der Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren nicht mehr, eine politische Bewegung zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit in Gang zu bringen.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht also die Frage nach dem Verhältnis von Erneuerungs- und organisatorisch-ideologischen Restaurationsbestrebungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung 1945/46 – vor allem das Problem der »Einheit« – und damit im Zusammenhang nach der Rolle der Führung gegenüber den Entwicklungen an der Basis der Organisationen. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) im Widerstand und in der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) scheint es unumgänglich, die Anregung Rüdiger Griepenburgs aufzugreifen, den Linkssozialismus als eine im Ansatz eigenständige Strömung und nicht als bloßen Reflex auf die Politik der rechten Sozialdemokratie und des offiziellen Kommunismus darzustellen.¹⁵

International gesehen, lösten die alliierten Siege über den faschistischen Staatenblock ab 1943 eine Krise des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystems in Europa und in der Dritten Welt aus, die durchaus mit der am Ende des Ersten Weltkriegs vergleichbar war.¹⁶ Der Verfall staatlicher Autorität in den besetzten Gebieten und die Diskreditierung der kollaborierenden Teile der Oberschichten einerseits, das Anschwellen bewaffneter Widerstandsbewegungen und revolutionärer Streiks, nach der Vertreibung der Wehrmacht der organisatorische Aufschwung der Arbeiterparteien, vor allem der Kommunisten, und der Ge-

werkschaften, Wahlsiege der »Linken« und schließlich massive ökonomische Streikwellen – zum überwiegenden Teil gegen den Widerstand der kommunistischen und sozialdemokratischen Führungen – andererseits waren Symptome dieser Krise. Auch in Deutschland stürzte das nationalsozialistische Regime unter den militärischen Schlägen der Alliierten zusammen. War die sich reorganisierende deutsche Arbeiterbewegung in dieser Situation von sich aus in der Lage, zugleich auch die Nation zu reorganisieren? Welcher Stellenwert kam dem Eingreifen der Besatzungsmächte zu, und in welcher Weise bestimmte die spezifische Form des Zusammenbruchs und des Nachkriegselends den Wiederaufbau und die Aktivitäten der Arbeiterbewegung? Welche Bedeutung besaß in Bremen die besondere Tradition der dortigen Arbeiterbewegung; inwieweit blieben die Kontinuitätsstränge über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft erhalten, und wie wirkte sich diese Periode überhaupt für die deutsche Arbeiterbewegung aus? Es ist also zu fragen nach der inneren Dynamik und der Breite der Arbeiterbewegung 1945/46, nach den Determinanten der tatsächlichen Entwicklung und deren Gewicht im einzelnen.

Selbst die Beschränkung der Untersuchung auf Bremen gewährleistete keine vollständige und allseits befriedigende Dokumentation. Obwohl die Quellenlage für einige Bereiche überaus gut ist – so für die Anfangsphase der KGF und die Vorgänge in den Atlas-Werken –, ist die Überlieferung insgesamt doch außerordentlich bruchstückhaft. Das scheint angesichts der zeitlichen Nähe der Ereignisse zunächst erstaunlich, doch sind Papierknappheit, reduzierter Schriftverkehr gerade im überschaubaren örtlichen Bereich und vor allem eine unfaßbar mangelhafte Archivierungsarbeit der betreffenden Organisationen in den ersten Nachkriegsjahren bestimmend gewesen. Die für eine Darstellung der Geschichte des Widerstandes in Bremen erforderlichen Gestapo-Akten wurden kurz vor der Besetzung der Stadt fast vollständig vernichtet. Die erhaltenen, vor allem im Bundesarchiv und im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) aufbewahrten Unterlagen der Gestapo und der Gerichte erlauben jedoch eine grobe Skizzierung des Bremer Arbeiterwiderstandes in der Vorkriegszeit. Am problematischsten ist die Quellensituation in bezug auf die Bremer SAP, deren illegale Organisation nie ausgehoben werden konnte und über die sich in den Gestapo-Berichten daher lediglich vage Äußerungen finden. Hier war der Verfasser auf nachträgliche schriftliche Berichte Beteiligten und Befragungen angewiesen. Er hofft, diese Quellen mit genügender Zurückhaltung benutzt zu haben. Wesentlich einfacher – selbst allein auf der Grundlage der Polizeiakten im Staats-

archiv Bremen und im Zentralen Staatsarchiv der DDR – ist die Darstellung der Bremer Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik.

Für den eigentlichen Untersuchungszeitraum war der Verfasser bemüht, die in der Bundesrepublik und in der DDR in Staats- oder Organisationsarchiven gelagerten Bestände möglichst vollständig auszuwerten. Dabei fand sich im Staatsarchiv Bremen zur Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung in den Jahren 1945/46 kaum etwas. Doch waren vor allem die Akten der Senatsregistratur unerlässlich zur Aufhellung des sozioökonomischen und kommunal- bzw. landespolitischen Hintergrundes. In diesem Zusammenhang seien auch der *Weser-Bote* und der *Weser-Kurier* erwähnt, die in der betreffenden Zeit einzigen deutschsprachigen Zeitungen in Bremen.¹⁷

Auf keinen Fall hätte diese Arbeit geschrieben werden können ohne die Bereitschaft einer Reihe ehemaliger Funktionäre der Arbeiterbewegung, dem Verfasser ihre zum Teil mit äußerster Sorgfalt gesammelten Materialien zur Verfügung zu stellen und auf die bisweilen mehrfachen schriftlichen und mündlichen Befragungen mit bewundernswerter Geduld einzugehen. Im Fall mündlicher Befragung wurden die im allgemeinen auf Tonband aufgenommenen Interviews niedergeschrieben und dem Befragten zur Korrektur und Bestätigung zugesandt.¹⁸ Die durchaus angebrachte – auch beim Verfasser konstant gewachsene – Skepsis gegenüber dem Erinnerungsvermögen Beteiligten darf nicht zu einem generellen Verzicht auf jene unerlässlichen Quellen führen, auch wenn sie zurückhaltend benutzt werden müssen. Eine Aussage, die nicht durch Dokumente untermauert war, wurde vom Verfasser nur herangezogen, wenn sie ihm aufgrund seiner Spezialkenntnisse glaubhaft erschien. Es hätte die Arbeit unleserlich gemacht, in jedem Fall zu begründen, warum einer solchen Aussage gefolgt wurde; bei einigen wichtigen Details wurde trotzdem so verfahren, um das Vorgehen des Autors für den Leser möglichst durchschaubar zu machen.

Bei den vom Verfasser benutzten amerikanischen Quellen handelt es sich zum einen um die periodischen Berichte der Militärregierung der Bremer Enklave, die in der Abteilung für Militärgeschichte im amerikanischen Hauptquartier in Heidelberg lagern, und zum anderen um diverse amtliche – vor allem nachrichtendienstliche – Berichte zur gesellschaftlichen und politischen Situation Bremens in der Nachkriegszeit, von denen mir durch Ulrich Borsdorf, Harold Hurwitz, Werner Müller und Lutz Niethammer Fotokopien zur Verfügung gestellt wurden.¹⁹

Abschließend sei all denen von Herzen gedankt, die den Verfasser

durch die Überlassung von Dokumenten, durch die Beantwortung seiner Fragen, durch technische und inhaltliche Ratschläge, durch die kritische Lektüre des Manuskripts, durch technische Hilfen und als Beschäftigte der benutzten Archive Unterstützung gewährten. Großen Nutzen zog der Verfasser aus den Diskussionen einer Arbeitsgruppe jüngerer Historiker unter Leitung von Prof. Lutz Niethammer (Essen), die in Kürze eine Gesamtanalyse der »Antifa-Bewegung« im Frühjahr und Sommer 1945 vorlegen wird. Ich bedanke mich auch bei den Herausgebern der »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Reihe und die intensive Betreuung des Manuskripts. Es handelt sich bei dem vorliegenden Buch um die erweiterte Fassung einer am 19.2.1973 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin angenommenen Dissertation, die in den verschiedenen Stadien ihrer Entstehung von ihrem Referenten, Prof. Reinhard Rürup, mit mehr als pflichtgemäßem Interesse betreut wurde.

I. Die Bremer Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus

Historische Spezifika der Bremer Arbeiterbewegung

Bis zum verspäteten Anschluß an den Deutschen Zollverein im Jahre 1888 war Bremen eine von den traditionell-hanseatischen Großkaufleuten und Reedern beherrschte Seehandelsstadt gewesen, deren gewerbliche Produktion noch überwiegend handwerklich betrieben wurde.¹ Die Industrialisierungswelle am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts führte zu einem massenhaften Zustrom auswärtiger Arbeitskräfte, der sowohl Handwerksgesellen und Facharbeiter der Kleinindustrie als auch proletarisierte ländliche Schichten in die Stadt brachte. Zwischen 1890 und 1910 verdoppelte sich die Bevölkerung von 125 000 auf 250 000; 1925 wurden ca. 290 000, 1939 425 000 Einwohner gezählt.²

1925 arbeiteten ungefähr gleich große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung in den Abteilungen »Industrie und Handwerk« (36,5 %) und »Handel, Verkehr und Gastwirtschaften« (34,2 %).³ 80 000 Bremer Arbeiter bildeten 54,4 %, 27 000 kaufmännische und Verwaltungsangestellte sowie 12 000 technische und wissenschaftliche Angestellte 26,2 %, 23 000 Selbständige 15,8 % der Erwerbstätigen.⁴ Obwohl 84,5 % aller gewerblichen Betriebe Kleinbetriebe handwerklichen Charakters (bis zu 5 Beschäftigte) waren, arbeiteten nur 23,5 % der Er-

werbstätigen in solchen Betrieben. Fast die Hälfte der Arbeitenden war in »Großbetrieben« mit mehr als 50 Beschäftigten tätig.⁵ Elf Betriebe mit mehr als 1000 Belegschaftsmitgliedern beschäftigten 1925 etwa ein Drittel der in allen Großbetrieben tätigen Personen. Es war charakteristisch für die Hafenstadt an der Weser, daß es neben sechs Betrieben der Industrie auch in Handel und Verkehr fünf Betriebe dieses Umfangs gab.⁶

Die Erweiterung und Modernisierung der seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen Schiffbauindustrie – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Schlachtflottenrüstung – brachten mit dem in den Großwerften zusammengeballten Proletariat die Avantgarde der Bremer Arbeiterbewegung hervor. Die zahlreichen und heftigen Streiks der Bremer Werftarbeiter seit 1896 schufen eine Kontinuität militanten ökonomischen und politischen Klassenkampfes. Innerhalb der Wertindustrie war es vor allem ein Betrieb, der aufgrund seiner ökonomischen Bedeutung und zahlenmäßigen Größe eine überragende Rolle im wirtschaftlichen und politischen Kampf der Bremer Arbeiter spielte: die 1872 gegründete AG Weser (seit 1925: Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG – Deschimag).⁷ Gerade die Verbindung einer starken Facharbeiterschicht – z. B. Zimmerleute, Dreher, Schlosser, Schiffbauer – mit den unter schwersten Bedingungen schaffenden un- und angelernten Arbeitermassen, den Nieter- und Schmiedekolonnen, die Verbindung des durch berufliche Qualifikation, Selbstbewußtsein und Disziplin charakterisierten Arbeitertypus mit dem total desintegrierten und zur Revolte neigenden Typ des Handlangers verlieh der Werftarbeiterbewegung ihre Dynamik und Kontinuität zugleich. Während in Hamburg vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 18 Werftbeschäftigte, ganz überwiegend Arbeiter, auf 1000 Personen der Gesamtbevölkerung kamen, waren es in Bremen 47, d. h. ca. 21 000 Personen.⁸

Die Herausbildung eines modernen Industrieproletariats – mit den Werftarbeitern als Kern – hatte die soziale Grundlage für die Radikalisierung der im 19. Jahrhundert gemäßigt-reformistischen Sozialdemokratie Bremens geschaffen. In der »Bremer Linken« verschmolz vor dem Ersten Weltkrieg diese Arbeitervorhut mit dem durch den Bremer Schulkonflikt radikalisierten Teil der fortschrittlichen Lehrerschaft.⁹ Die marxistischen Schulungen Anton Pannekoeks und die ideologischen Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus und dem in der Praxis ebenfalls reformistischen Parteizentrum verliehen dem aus den ökonomischen und politischen Kämpfen der Bremer Arbeiterbewegung hervorgegangenen revolutionären Kader eine ungewöhnliche

politisch-theoretische Festigung, Homogenität und personelle Kontinuität.¹⁰

Indem der Einfluß der Reformisten in der SPD zurückgedrängt wurde, sie jedoch als Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitersekretäre¹¹ und Bürgerschaftsabgeordnete eine – wie sich seit 1916 zeigen sollte – durchaus bedeutsame Gruppierung innerhalb der Bremer Arbeiterbewegung blieben und da zwischen dem zentristischen Kreis um Alfred Henke und der von Johann Knief geführten äußersten Linken wachsende Spannungen auftraten, entstanden bereits vor dem Krieg die Voraussetzungen für die 1916/17 vollzogene Dreierspaltung der Bremer Sozialdemokratie in Mehrheitssozialisten, Unabhängige Sozialisten und Kommunisten.¹² Die Stadt erlebte 1919 die Proklamation einer der isolierten Räterepubliken auf deutschem Boden, die Reichswehrminister Noske zu militärischer Intervention veranlaßten, und war in der bis zum Herbst 1923 währenden revolutionären Nachkriegskrise einer der Hauptstützpunkte des deutschen Kommunismus.¹³ Aber selbst 1923 – auf dem Höhepunkt ihres Einflusses – vermochte die Bremer KPD die Sozialdemokratie weder bei den Gewerkschaftswahlen noch bei den Bürgerschaftswahlen zu überrunden.¹⁴ Die Majoritätspartei der Bremer Arbeiter war bis zur Wiedervereinigung der SPD die USPD, die bereits 1919 die Rechtssozialisten von der Führung der Gewerkschaften verdrängt hatte.¹⁵ Doch hatte die Besetzung vieler führender Funktionen im Parteiapparat, in den Gewerkschaften und in Staat und Verwaltung mit ehemaligen Unabhängigen Sozialisten¹⁶ auch nach der Vereinigung von MSP und USP keine spürbare Auswirkung auf die praktische Politik der SPD.

Die Bremer Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik

Nachdem in Bremen – parallel zu der Entwicklung im Reich – seit 1920 ein rein bürgerlicher Senat regiert hatte, veranlaßte der sozialdemokratische Erfolg bei den Bürgerschaftswahlen von 1927 die beiden liberalen Parteien, mit der SPD eine Koalition einzugehen.¹⁷ Ein Jahr darauf konnte die Bremer SPD fast 10 000 Mitglieder zählen, von denen über drei Viertel Arbeiter und Handwerker waren.¹⁸ Erst das Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise brachte den seit 1924 anhaltenden Mitgliederzustrom zum Stehen.¹⁹ Fest in sozialdemokratischer Hand befanden sich die freien Gewerkschaften, die 1929, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, 51 000 Arbeiter umfaßten und

auch 1931, nach dem Verlust von 6¹/₂ tausend Mitgliedern, die stärkste Stütze für den Masseneinfluß der SPD darstellten.²⁰ Rechnet man dazu die freien Angestellten- und Beamtenvereinigungen, die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und die »Kinderfreunde«, die Konsumgenossenschaften, die Arbeiterwohlfahrt, die proletarischen Kulturorganisationen, den Arbeitersport und nicht zuletzt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die alle unter Führung der SPD standen, dann wird der umfassende Charakter dieser Partei erkennbar.

Demgegenüber konnte die sich in den Wahlergebnissen von 1927/28 scheinbar andeutende Erholung der Bremer KPD von ihrem Tiefstand im Jahr 1925²¹ – damals hatte der von der Parteizentrale geschickte Pol.-Sekretär, Eugen Eppstein, den Kurs der KPD-»Linken« gegen die bis dahin führende »rechte« Fraktion durchgesetzt²² – die Schwäche der Kommunisten bei eigenständigen Aktionen nicht verdecken. Die KPD besaß schätzungsweise ein Zehntel der Mitglieder der SPD, während sich die Wählerstimmen 1928 immerhin wie eins zu vier verhielten.²³ Konnte diese ungünstige Relation noch mit der »Bolschewisierung« der KPD in dieser Phase erklärt werden,²⁴ so zeigt die Beteiligung von nicht mehr als 1500 Menschen an den mit großem propagandistischem Aufwand vorbereiteten Kundgebungen zum »Berliner Blutmai«²⁵ und zum »Antikriegstag« 1929, daß die Partei nur über wenige wirklich aktive Anhänger verfügte.²⁶ Relativ erfolgreich waren hingegen die Bemühungen gewesen, in den Gewerkschaften einiges von dem nach 1923 verlorenen Terrain wiederzugewinnen. Bei den Ortsausschuwahlen des ADGB 1927 mußten die Sozialdemokraten vier ihrer vorher 37 Mandate an die Kommunisten abgeben, die nunmehr neun Sitze innehatten; der neunköpfige Vorstand blieb jedoch rein sozialdemokratisch.²⁷

Die Weltwirtschaftskrise traf Bremen überdurchschnittlich schwer. Bereits am 1. Januar 1930 zählte das Arbeitsamt 23 000 Arbeitslose.²⁸ Zur Katastrophe weitete sich die Krise aus, als 1931 der Konkurs des Nordwolle-Konzerns den Zusammenbruch der Danat-Bank und der J. F. Schröder-Bank nach sich zog und dem Bremer Staat dadurch ein Guthaben von 25 Millionen Goldmark verlorenging.²⁹ Der Beschäftigtenstand in den Großbetrieben erreichte nur noch einen Bruchteil des Umfangs von 1928. Die Belegschaft der Deschimag war Mitte 1931 von ehemals 9500 auf 400 Personen zusammengeschrumpft.³⁰ Während des Jahres 1932 bewegte sich die Arbeitslosenziffer im Bezirk des Arbeitsamtes Bremen um 60 000.³¹

Das riesige Arbeitslosenheer bildete die soziale Basis für die zum Teil spektakulären Wahlerfolge der Bremer KPD seit 1930 und den rapiden

Anstieg ihrer Mitgliederzahlen auf 3500 bis 4000 Ende 1932.³² Nur 7–9 % der Mitglieder des Bezirks Nordwest, dessen wichtigster Bestandteil Bremen war, fanden zu diesem Zeitpunkt als Betriebsarbeiter Beschäftigung.³³ Die »ultralinke« Wendung der KPD im Anschluß an den VI. Weltkongreß der Komintern³⁴ führte auch in Bremen zur Gründung einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und damit zur Isolierung der eigenen Anhänger von der nicht-kommunistischen Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten: Die RGO kam im gesamten nordwestdeutschen Bezirk nie über 3500 Mitglieder hinaus und stagnierte 1932 bei weniger als 3000.³⁵ Bei den Betriebsrätewahlen 1931 gewannen die freien Gewerkschaften in fast allen größeren Industriebetrieben die Mehrheit.³⁶ Die Wahlen zur Arbeiterkammer desselben Jahres erbrachten der »Roten Einheitsliste« etwa ein Drittel der für den ADGB abgegebenen Stimmen und zeigten damit das kommunistische Potential in der Arbeiterklasse an.³⁷ Aufgrund der »ultralinken« Taktik besaß die KPD jedoch keine entscheidenden Machtpositionen in Betrieben und Gewerkschaften.

Auch über ihre Nebenorganisationen – außer der RGO der Kommunistische Jugendverband (KJVD), die Rote Hilfe und Internationale Arbeiterhilfe, der Kampfbund gegen den Faschismus als Ersatz für den verbotenen Roten Frontkämpferbund (RFB), ein »Roter Massenselbstschutz« und die Erwerbslosenausschüsse³⁸ – vermochte die KPD keine nennenswerten Einbrüche in die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft zu erzielen. Die größte kommunistische Kundgebung in der Zeit der Wirtschaftskrise im Juni 1932 versammelte 3500 Teilnehmer.³⁹

Die NSDAP war in Bremen bis 1929/30 eine – sogar im Verhältnis zu anderen Großstädten – unbedeutende Splittergruppe gewesen, die nach Schätzungen der Polizei Ende 1928 nicht mehr als 60 Mitglieder gezählt hatte.⁴⁰ Die Reichstags- und Bürgerschaftswahlen von 1930 machten sie mit einem Schlag zur dritt- und dann zur zweitstärksten Partei. Aber selbst bei der Juli-Wahl 1932 gelang es ihr nicht, die SPD zu überflügeln; ihre Wahlergebnisse blieben immer deutlich unter dem Reichsdurchschnitt.⁴¹ Die Tatsache, daß die Bremer NSDAP vor 1933 über 1000 Mitglieder nicht hinausgelangte,⁴² ist bezeichnend für die strukturelle Schwäche der faschistischen Bewegung in der Hansestadt. Abgesehen von einem Teil jugendlicher Arbeiter in Metallbetrieben,⁴³ blieb den Bremer Nationalsozialisten der Zugang zur Industriearbeiterschaft verschlossen. Die im Januar 1931 ins Leben gerufene Bremer Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) konnte sich nicht von dem Verdacht befreien, lediglich Bütteldienste für das

Kapital zu leisten.⁴⁴ Nach einem kommunistischen Bericht sollen auf einer Mitgliederversammlung im August 1932 von 200 Anwesenden mindestens 90 % Angestellte und Beamte gewesen sein.⁴⁵ Obwohl die NSBO zahlenmäßig durchaus mit der RGO konkurrieren konnte, zeigen die Wahlen zur Arbeiterkammer wie die Bürgerschaftswahlen, daß von einem der KPD oder gar der SPD vergleichbaren Einfluß auf die Arbeiterschaft nicht die Rede sein kann.

Auch der bürgerliche Stimmenblock war in Bremen dem Nationalsozialismus gegenüber etwas widerstandsfähiger als in anderen protestantischen Großstädten. Die bis zum Zweiten Weltkrieg innerhalb des Bremer Bürgertums gesellschaftlich dominierenden Großkaufleute hatten im 19. Jahrhundert eine altliberale Tradition geschaffen. Im Verlauf der Weimarer Republik verschob sich das Schwergewicht innerhalb des bürgerlichen Wählerblocks von den in Bremen sehr konservativen Demokraten über die Deutsche Volkspartei zu den Deutschnationalen, die manche Konzession an den wirtschaftlichen Liberalismus der Hansestadt machten. Beide rechtsbürgerlichen Parteien schnitten wesentlich besser ab als im Reichsdurchschnitt und verfügten zusammen bis zum Schluß über rund ein Fünftel der Wählerschaft.⁴⁶ Die NSDAP war in Bremen noch ausgeprägter als anderswo die Wahlpartei der verarmten Schichten des selbständigen und abhängigen Kleinbürgertums, das der großbürgerlichen Honoratiorenschaft das Vertrauen entzogen hatte, aber genausowenig gewillt war, der Arbeiterbewegung zu folgen.

Die sozialdemokratischen Wahlverluste waren beträchtlich, doch gelang nach den Niederlagen von 1930 eine Stabilisierung.⁴⁷ Die SPD setzte ihre Koalitionspolitik auch nach Ausbruch der existenziellen Krise des deutschen Kapitalismus fort, obwohl sie damit den Agitatoren der NSDAP zweifellos die Behauptung erleichterte, die »Marxisten« seien schuld an der materiellen und seelischen Not des Volkes. Die Politik des »kleineren Übels«, die die Sozialdemokraten in Bremen wie im Reich verfolgten, vermochte das große Übel nicht aufzuhalten, da sie den verzweifelten Arbeitslosen wie den ebenfalls immer unzufriedener werdenden Betriebsarbeitern keinen Ausweg zeigte, sondern von ihnen das Verharren in Bewegungslosigkeit verlangte. Die Mobilisierung der Eisernen Front mit ihren beeindruckenden Heerschauen diente mehr der Beruhigung der durch den Aufstieg des Nationalsozialismus erregten Anhängerschaft als der Vorbereitung auf einen ernsthaften Kampf.⁴⁸

Während sich die SPD ein Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien nur als Duldung der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik durch

die Kommunisten vorstellen konnte, lehnte die KPD ihrerseits eine auf das begrenzte Ziel der parlamentarischen und außerparlamentarischen Abwehr des Faschismus gerichtete, aber im übrigen bedingungslose Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, wie sie die sozialistischen Splittergruppen und eine Reihe bekannter Linksintellektueller forderten, ebenfalls ab und machte statt dessen den Kampf gegen die Sozialdemokratie zum bestimmenden Inhalt ihrer Politik. 1932 beteiligte sich die KPD in Bremen an einem Versuch der extremen Rechten, den bürgerlich-sozialdemokratischen Senat zu stürzen; gleichfalls 1932 scheiterte ein kommunistisches Volksbegehren gegen »Pfeffersack-Bremen«.49 Die kommunistische Taktik der Einheitsfront nur »von unten« war in Wirklichkeit der Verzicht auf die Einheitsfront überhaupt, da von den sozialdemokratischen Arbeitern de facto nicht weniger als der Bruch mit ihren Führern verlangt wurde.50 Indem die Arbeiterparteien sich gegenseitig als »Sozialfaschisten« und »Kommunazis«51 beschimpften und den politischen Hauptstoß beide auf ihre Weise gegeneinander richteten, luden sie als einzige antifaschistische Kraft von Bedeutung eine schwere historische Verantwortung auf sich.

Inwieweit sich die Basis die von den Parteiführungen verkündete Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu eigen machte, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, genausowenig, ob das, sofern es der Fall war, aus Überzeugung oder Organisationsdisziplin geschah. Zu einer praktischen Zusammenarbeit zwischen den Schutzformationen des Reichsbanners und Mitgliedern des Kampfbundes gegen den Faschismus soll es beim Schutz von Veranstaltungen, bei der Sicherung von Klebekolonnen usw. gekommen sein.52 Selbst wenn der durch Befragungen53 vermittelte Eindruck richtig sein sollte, daß die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten am Ende der Weimarer Republik in Bremen nicht zu solchen Exzessen führte, wie sie sich etwa in Berlin aus Ereignissen wie den Straßenkämpfen am 1. Mai 1929, dem sogenannten »Roten Volksentscheid« und dem Streik der städtischen Verkehrsarbeiter Anfang November 1932 ergaben, so folgten die Bremer Arbeiterparteien dennoch in den wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik zweifelsohne der Politik ihrer Reichsorganisationen.

Die sehr aktive Bremer Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei sah die tödliche Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung deutlicher als die großen Organisationen, war aber als kleine Gruppierung nicht in der Lage, die Arbeiter gegen den Widerstand ihrer Führungen für ein einheitliches Vorgehen zu mobilisieren.54 Die SAP war Ende 1931 aus einer Abspaltung von der SPD entstanden. In Bremen war die Mehr-

heit der sozialdemokratischen Parteijugend zu ihr übergewechselt. Den etwa 500 Mitgliedern schloß sich im Frühjahr 1932 die Bremer KPD-*Opposition* (KPO) mit 50 Mitgliedern an, die einen erheblichen Teil der traditionellen revolutionären Arbeitervorhut Bremens repräsentierten und mit ihren langjährigen politischen Erfahrungen schnell den Kurs der neuen Partei bestimmten.⁵⁵ Aber unter den gegebenen Verhältnissen blieben die oppositionellen Kommunisten auch nach dieser Ausdehnung ihres Einflusses »Offiziere ohne Mannschaften«, deren politisches Gewicht erst in der anormalen Situation der Illegalität zunahm.

Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen und die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen

Die Bildung der Präsidialregierung Hitler-Papen am 30. Januar 1933 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiterparteien – gerade in Bremen – die Hoffnung hegen konnten, die faschistische Bewegung habe ihren Höhepunkt überschritten. Die NSDAP hatte hier bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 fast ein Drittel ihrer im Juli errungenen Stimmen verloren. Die SPD war mit einem knappen Drittel der gültigen Stimmen weitaus stärkste Partei geblieben; die KPD hatte sich weiter verbessert und verfügte jetzt über mehr als die Hälfte des sozialdemokratischen Anteils.⁵⁶ Der Wahlerfolg war geeignet gewesen, die Illusionen der Kommunisten über die Gewinnung der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Anhängerschaft noch zu verstärken.

Anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zeigte sich jedoch, daß die KPD allein nicht in der Lage war, wirkungsvolle Massenaktionen durchzuführen. Ihr Aufruf zum Generalstreik blieb ohne jede Resonanz.⁵⁷ Dabei lassen die Spitzelberichte der Bremer Zentralpolizeistelle über die Stadtteilstückfunktionärsitzungen der KPD keinen Zweifel daran, daß in Bremen mindestens die Führung zum Widerstand – auch zum bewaffneten Kampf – bereit war. Der Ernst der Lage wurde nicht länger verkannt, ohne daß die realistische Einschätzung der Gefahr jedoch im letzten Moment zu einer taktischen Wendung gegenüber der SPD geführt hätte.⁵⁸ Vereinzelt kleine Demonstrationen waren das einzige, was die Bremer KPD an Gegenwehr zu mobilisieren imstande war.⁵⁹ Der Plan, einen für den 26. Februar angekündigten Marsch der SA durch Gröpelingen – die »Klein-Moskau« genannte Hochburg der Kommunisten – mit allen Mitteln zu verhin-

dern, schlug völlig fehl.⁶⁰ Die Ohnmacht des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung war offenbar.

Die SAP bemühte sich, unter dem Eindruck der unmittelbaren Bedrohung doch noch eine überparteiliche Aktionseinheit gegen den Faschismus zustande zu bringen. Eine vom »roten« Einheitsverband der Hafearbeiter und Seeleute (RGO) einberufene Betriebsversammlung und die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Bremen verabschiedeten von SAP-Mitgliedern vorgeschlagene Resolutionen, in denen sämtliche Arbeiterorganisationen der Stadt zur sofortigen Einberufung einer gemeinsamen Besprechung über die Führung des Kampfes gegen die Hitler-Regierung aufgefordert wurden.⁶¹

Die Schlüsselrolle hatten nach wie vor die SPD und die Gewerkschaften inne. Wie in anderen Städten⁶² führte die Machtübernahme Hitlers zu einem letzten Aufbäumen der sozialistischen Arbeiterschaft. Für den 4. Februar rief die Eiserne Front zu einer Kampf demonstration mit anschließender Kundgebung auf. Die offiziellen Losungen lauteten: »Für die Einheit aller Werktätigen. / Für ein freies, demokratisches Deutschland. / Für Arbeitsbeschaffung. / Gegen die Reaktionsregierung der Harzburger Front.«⁶³ Auch die revolutionären Organisationen schlossen sich der Demonstration an, die etwa 10 000 Bremer Arbeiter vereinigte. Einen Monat später bekundete die Arbeiterschaft noch einmal ihren Widerstandswillen, als die Eiserne Front am Vorabend des Wahltags – also nach dem Reichstagsbrand! – 30 000 Menschen auf die Straße brachte.⁶⁴

SPD- und Gewerkschaftsführung waren aber, solange ein außerparlamentarischer Kampf wenigstens noch minimale Chancen gehabt hätte, nicht bereit, sich von ihrem Legalismus zu lösen. In Bremen beschwerten sich zwei führende Reichsbannerfunktionäre bei dem konservativen Polizeisenator über die Provokationen der Nationalsozialisten und beteuerten zugleich ihren Willen, sich keinesfalls auf Auseinandersetzungen einzulassen.⁶⁵ Indessen setzten SPD-Senatoren ihre Mitarbeit im Koalitionssenat fort, während die Reichsregierung bereits damit begann, die Selbständigkeit der Länder abzubauen.⁶⁶ Aufgrund der ersten Notverordnungen des Reichspräsidenten unter der neuen Regierung begann die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen in Bremen am 25. Februar 1933 mit einem Verbot der kommunistischen Arbeiter-Zeitung.⁶⁷ Nach dem Reichstagsbrand wurde die KPD von einer ersten Welle von Massenverhaftungen betroffen.⁶⁸ Mit Duldung der sozialdemokratischen Mitglieder des Senats begann die sogenannte »Säuberung« der Beamtenschaft.⁶⁹ Die SPD-Senato-

ren akzeptierten sogar noch die Ausführung eines von Reichsinnenminister Frick geforderten Verbots der eigenen Zeitung.⁷⁰ Erst nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 traten sie von ihrem Amt zurück.

Die Wahl machte die NSDAP auch in Bremen endlich zur stärksten Partei, sie blieb jedoch noch immer erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Zwei Drittel ihrer neugewonnenen Stimmen verdankte sie der gestiegenen Wahlbeteiligung. Die relativ unbedeutenden Verluste der Kommunisten konnten voll und ganz von der SPD aufgefangen werden, die gegenüber dem November 1932 5000 Stimmen gewann:

	NSDAP	DNVP	DVP	SPD	KPD
Reich	43,9 0/0	8 0/0	1,1 0/0	18,3 0/0	12,3 0/0
Bremen	32,3 0/0	14,4 0/0	5,7 0/0	30,1 0/0	13,5 0/0
	(67 529)	(30 069)	(11 917)	(62 856)	(28 221). ⁷¹

Nach der Wahl fühlten sich die Bremer Nationalsozialisten stark genug für eine Kraftprobe. Durch ein ausgeklügeltes Zusammenspiel der örtlichen NSDAP mit dem Reichsinnenminister – wobei der monarchistische Polizeipräsident durch seine Haltung Hilfestellung leistete – wurde der Senat ausgeschaltet. Nach dem Rücktritt der drei sozialdemokratischen Senatoren aus Protest gegen einen Beschluß der bürgerlichen Senatsmehrheit, der Forderung nationalsozialistischer Demonstranten nachzukommen und die schwarzweißrote Fahne zu hissen, unterwarf sich der Restsenat einem Reichskommissar. Nachdem die Bürgerschaft am 10. März kapitulierte und sich – nur gegen die Stimmen der KPD – aufgelöst hatte, fand die »Machtergreifung« in Bremen am 18. März mit der Einsetzung eines neuen Senats ihren vorläufigen Abschluß.⁷²

Die ganze Wucht des Repressionsapparates richtete sich zunächst gegen die KPD, deren Unterdrückung bereits unter dem alten Senat begonnen hatte. Infolge einer nahezu perfekten polizeilichen Erfassung der Bremer KPD in der Weimarer Zeit⁷³ gelang es, die Partei durch Verhaftungen dermaßen zu schwächen, daß sie zunächst völlig gelähmt war und mehrere Wochen benötigte, bis sie wieder aktiver werden konnte.⁷⁴

Die Sozialdemokraten hatten in Bremen zunächst weniger zu leiden als in anderen Ländern.⁷⁵ Nach dem endgültigen Verbot der Bremer Volkszeitung und dem Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front begann das Vorgehen gegen die SPD mit der Verhaftung des ehemaligen Senators Wilhelm Kleemann am 26. März und der Inhaf-

tierung einer Reihe sozialdemokratischer Betriebsräte in der Zeit vom 6. bis 10. April.⁷⁶ Bei der Hervorhebung der »mustergültigen Disziplin« ihrer Anhänger verkannte die Bremer SPD-Führung,⁷⁷ daß sich der Nationalsozialismus die Zerstörung jeder konkurrierenden Organisation zum Ziel gesetzt hatte – gleichgültig, wie groß deren Zurückhaltung war.

Als der Terror in Bremen auf die Sozialdemokratie übergriff, war die Reichszentrale der SPD bereits nicht mehr funktionsfähig.⁷⁸ Auf örtlicher Ebene kam es noch zu einzelnen internen Versammlungen,⁷⁹ bis der Druck des Staates nach der Verhaftung des Bremer SPD-Vorstandes am 12. Mai 1933 die Organisation gänzlich lahmlegte. Die offene Kapitulations- und Anpassungspolitik der Reichsführung des ADGB und vergleichbare Bemühungen eines Teils der SPD-Spitze⁸⁰ hatten die sozialdemokratische Mitglied- und Anhängerschaft in eine Art Betäubungszustand versetzt.⁸¹ Die Bereitschaft der Gewerkschaftsleitung zur Mitarbeit im faschistischen Staat, die in der Aufforderung an die Arbeiterschaft gipfelte, sich an den offiziellen Maidkundgebungen des Regimes zu beteiligen, verhinderte die Aktion gegen die Gewerkschaften am 2. Mai genausowenig, wie die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Hitlers Außenpolitik am 17. Mai die endgültige Illegalisierung der SPD aufzuhalten vermochte. Obwohl die Bremer Gewerkschaftsführer keine grundsätzlich andere Haltung zur neuen Reichsregierung einnahmen als die Berliner Zentrale,⁸² wurden ihnen vergleichbare Demütigungen erspart, da die wichtigsten als Vorstandsmitglieder der Arbeiterkammer am 18. April unter dem Vorwurf der Korruption in »Schutzhaft« genommen worden waren.⁸³ Insgesamt nahmen die Nationalsozialisten in Bremen im Lauf des ersten Jahres ihrer Regierung 1400 Personen in »Schutzhaft« und stellten von 450 wegen Hochverrats Verhafteten 26 vor Gericht.⁸⁴

Zur Lage der Arbeiterklasse im Dritten Reich, 1933–1939

Die Machtübernahme durch die NSDAP bedeutete nicht nur den vorläufigen Untergang der proletarischen Massenparteien, also bestimmter politischer Organisationen, sondern eine schwere Niederlage der Arbeiterschaft als Klasse. Jede autonome Organisierung war forthin unmöglich. Der nationalsozialistische Staat bewirkte durch ein System von Terror, Zwangsmitgliedschaft in faschistischen Pseudogewerkschaften und bislang unbekanntem ideologischem Druck eine zuneh-

mende Atomisierung der Arbeiterschaft. Das Ergebnis war nicht zuletzt eine beträchtliche Umverteilung des Volkseinkommens zuungunsten der Lohnabhängigen.

Von 1932 bis 1938 wuchs die Summe der Einkommen aus Löhnen und Gehältern um ca. 65 %, während die Summe der Einkommen »Selbständiger« und der unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften um fast 150 % anstieg. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, der 1931 66,1 % und 1932 64,4 % betragen hatte, ging bis 1938 auf 57,2 % zurück – in einem Zeitraum, in dem die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger aufgrund der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Vernichtung mittelständischer Existenzen im Handwerk und im Kleinhandel sowie der beschleunigten Fortsetzung der Landflucht um mehr als die Hälfte zunahm.⁸⁵

Voraussetzung und Grundlage dieser »gleichgerichteten Verlotung von Industrieinteressen und politischen Ambitionen einer zunächst selbständig entstandenen Bewegung«⁸⁶ war die durch staatliche Aufträge ins Werk gesetzte Rüstungskonjunktur. Freilich profitierte das Kapital nicht gleichmäßig von der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Rüstung begünstigte die Produktions- gegenüber den Konsumgüterindustrien.⁸⁷ Die Reglementierung des Außenhandels durch Devisen- und Einfuhrkontrollen und dessen Ausrichtung auf die Rüstung rief gerade unter den Großkaufleuten der Hansestädte wachsende Unzufriedenheit hervor.⁸⁸ Die Organisierung der Industrie in Reichsgruppen und Zwangskartellen und – vor allem seit 1936 – die dirigistischen Maßnahmen des Staates stärkten die Position der industriellen Großkonzerne.⁸⁹

Die Folge jenes Kurses, auf dem die deutsche Volkswirtschaft aus der Krise in den Krieg gesteuert wurde, war – wie bereits erwähnt – die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die im Januar 1933 registrierte Zahl von 6 Millionen Beschäftigungslosen konnte im Lauf von 16 Monaten um fast zwei Drittel reduziert werden. Wenn auch der Wechsel der Jahreszeiten zunächst noch erhebliche Schwankungen verursachte, so gelang es doch, bis 1936 ein Beschäftigungsniveau zu erreichen, das etwa dem vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise entsprach. 1938 waren durchschnittlich nur noch 430 000 Deutsche arbeitslos gemeldet.⁹⁰ Im Arbeitsamtsbezirk Bremen betrug die Arbeitslosigkeit bereits im Juni 1936 nur wenig mehr als 1 %.⁹¹

Während die schrittweise Annäherung an die Vollbeschäftigung einen unleugbaren Vorteil für Millionen bis dahin Erwerbsloser mit sich brachte, vermittelte die Lohnentwicklung ein wesentlich komplizierteres Bild: Das nationalsozialistische Lohndiktat führte dazu, daß die

nominellen effektiven Bruttostundenlöhne bis 1937 nur um durchschnittlich 4,5 % anstiegen. Die umfangreichen Abzüge, die von ca. 10 % auf ca. 20 % der gesamten Lohnmasse anwuchsen, das gegenüber den Tariflöhnen stärkere Steigen der Lebenshaltungskosten und die infolge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik auftretende Verschlechterung der Warenqualität bei Konsumgütern reduzierten dieses bescheidene Mehreinkommen weiter, so daß die Realstundenlöhne auf jeden Fall erheblich unter der am Ende der Prosperitätsphase 1928/29 erreichten Höhe blieben.⁹²

Trotzdem war die deutsche Arbeiterklasse im Durchschnitt in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg materiell zweifellos besser gestellt als während der Weltwirtschaftskrise. Doch war diese Verbesserung überwiegend das Ergebnis der 1933 einsetzenden Arbeitszeitverlängerung. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg bis 1938 doppelt so stark wie die Zahl der Beschäftigten.⁹³ In den Hansestädten, neben Berlin die Gebiete mit den günstigsten Lohnverhältnissen, stiegen die wöchentlichen Bruttolöhne nach einer erheblichen Senkung 1933/34 während der darauffolgenden Jahre von 27,89 RM (1934) auf 33,69 RM (1937).⁹⁴ Das durchschnittliche wöchentlich verfügbare Realeinkommen des Industriearbeiters im Jahre 1938 wird von Hilde Oppenheimer-Blum auf ca. 90–91 % des Einkommens von 1928 geschätzt, was eine signifikante Erhöhung gegenüber der Krise bedeuten würde.⁹⁵ Ein wichtiger Faktor war die Lohndifferenzierung zwischen den Arbeitergruppen, Geschlechtern und Industrien, die außerordentliche Unterschiede im Lebensstandard mit sich brachte.⁹⁶

Die Rüstungskonjunktur zog bereits 1935 einen Facharbeitermangel nach sich und resultierte 1937 in einer allgemeinen Verknappung der Ware Arbeitskraft. Die einzelnen Firmen begannen, untereinander um Facharbeiter zu konkurrieren, indem sie weit übertarifliche Lohnzuschläge gewährten, versteckte Geschenke jeder Art machten und innerbetriebliche Selbsthilfeeinrichtungen – z. B. zusätzliche Unterstützungskassen, den Bau von Wohnungen und Kindergärten und ähnliches – mitfinanzierten.⁹⁷ Die seit 1934 erlassenen Verordnungen zur Einschränkung der Freizügigkeit bestimmter Arbeitergruppen erwiesen sich als völlig unzureichend. Die »Treuhänder der Arbeit« berichteten mit wachsender Beunruhigung vom Verfall der »Arbeitsmoral«.⁹⁸ Als die Stundenlöhne zu Beginn des Jahres 1938 erstmalig schneller anzogen als die Wochenlöhne, griff der Staat mit dem Gesetz vom 22. Juni 1938 ein, das dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Vollmacht gab, jeden Deutschen für eine bestimmte Zeit an einen bestimmten Arbeitsplatz zu verpflichten.

ten.⁹⁹ Nachdem die Lohnabhängigen seit 1933 daran gehindert worden waren, sich gewerkschaftlich zu organisieren und so ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wurde nun auch dem einzelnen Arbeiter unmöglich gemacht, die Marktgesetze zu seinen Gunsten auszunutzen.

Trotz der strukturellen Begünstigung der großen Industrie hielten die Nationalsozialisten an ihrem Ziel fest, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Durch eine ausgeklügelte Sozialdemagogie suchten sie den Arbeiter zu überzeugen, daß er einer klassenlosen »Volksgemeinschaft« angehöre. »Man beschwor ein allgemeines, idealisiertes Bild vom ›Arbeiter‹, um die psychologische Anpassung des Arbeiters an das Leben der Nation zu erreichen.«¹⁰⁰ Mit ihrem charakteristischen Spürsinn für die Eindruckskraft mythischer Begriffe und Symbole¹⁰¹ suchten die Nationalsozialisten das Bewußtsein der Werk tätigen durch die systematische Benutzung einer quasifeudalen und militärischen Begriffswelt zu trüben. Dem von dem Bewußtsein – wenn auch nicht von der Realität – der Lohnarbeit befreiten »Soldaten der Arbeit« würde es – so hoffte man – wie dem Waffenträger vordringlich um die »Ehre« und weniger um »Mark und Pfennig« gehen.¹⁰²

Auch für die Ideologen des Dritten Reichs konnte die Propaganda nur eine unterstützende Funktion ausüben. Die Grundbedingung der gesamten Politik der Nationalsozialisten gegenüber der Arbeiterklasse war die möglichst vollständige Atomisierung des Proletariats. Jede auch nur teilweise eigenständige Organisation, selbst eine zur Einheitsgewerkschaft erweiterte NSBO, trug die Gefahr in sich, zum Kristallisationspunkt einer »ökonomistischen« – und das hieß, besonders unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, in der Konsequenz auch politischen – Arbeiteropposition zu werden und so die gewalttätig erzwungene Klassenzusammenarbeit zu sprengen. Daher war der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ebenso gegen die nationalsozialistische »Linke« gerichtet wie gegen die traditionelle Arbeiterbewegung.¹⁰³

Die Unternehmer fanden sich erst zum Anschluß bereit, als ganz klar war, daß ihnen durch die DAF keine Gefahr drohe, daß die »nationale Revolution« beendet sei und daß Übergriffe von linksfaschistischen Kräften in der NSBO und der SA gegen Wirtschaftsunternehmen und Verwaltungsinstitutionen nicht geduldet würden.¹⁰⁴ Mit Bedacht setzte Hitler an die Spitze der DAF keinen nationalsozialistischen »Arbeiterführer«, sondern Robert Ley, einen Mann, dessen Geltungssucht und zugleich sklavische Abhängigkeit von Hitler alle politischen Ambitionen überschatteten. Nach einer von Unsicherheit

über die Haltung der Arbeiterschaft gekennzeichneten Übergangsperiode ordnete Ley am 25. Januar 1934 die Umorganisation der Arbeitsfront an, in deren Verlauf die letzten Reste gewerkschaftlicher Strukturen zugunsten extremer bürokratischer Zentralisierung beseitigt wurden. Hitlers Dekret vom 24. Oktober 1934 verkündete die vollständige Abhängigkeit der DAF von der Partei.¹⁰⁵ »Durch die Errichtung einer straff hierarchischen Organisation ohne jede organisatorische Versammlungsmöglichkeit auf Zwischenebenen wurde jeder einzelne Arbeitnehmer in Blocks von 10 bis 25 Mitgliedern erfaßt und unter die Kontrolle des für ihn zuständigen bloßen Befehlsausführungsfunktionärs gestellt. Da zusätzlich in der DAF keiner Stufe der Hierarchie echte Teilmacht zukam, wurde somit in doppelter Weise jede Ansatzbildung für eine spontane Massenbewegung fast unmöglich gemacht.«¹⁰⁶

Um den potentiellen Widerstand der Arbeiterschaft gegen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu paralisieren, genügte es nicht, die gewerkschaftlichen Großorganisationen durch einen faschistischen Kontrollapparat zu ersetzen. Es galt, den Arbeitern und Angestellten auch auf betrieblicher Ebene die von 1918 bis 1920 erkämpften Rechte wieder zu entreißen. Das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. Januar 1934 (AOG) sprach dem Unternehmer als »Führer des Betriebes« nahezu unumschränkte Befugnisse über die »Gefolgschaft« zu.¹⁰⁷ Er allein erließ die Betriebsordnung, konnte also sämtliche nicht anderweitig geregelten Arbeitsbedingungen für die Belegschaft rechtsverbindlich diktieren (§§ 26,30). An die Stelle des Betriebsrats der Weimarer Zeit trat ein beratender »Vertrauensrat«, der zum »Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen« zur »Zurückstellung eigennütziger Interessen« (§ 10) verpflichtet war. Überdies besaß der Unternehmer – zusammen mit dem NSBO/DAF-Obmann – maßgeblichen Einfluß auf die Auswahl der »Wahlkandidaten« (§§7,9), von denen politische Zuverlässigkeit verlangt wurde (§8). »Gefolgschaftsmitgliedern« und »Betriebsführern«, die gegen Buchstaben oder Geist des Gesetzes verstießen, drohte eine »soziale Ehrgerichtsbarkeit« (§§ 36–38).¹⁰⁸ Das AOG verstärkte die Position der schon im Mai 1933 ernannten »Treuhänder der Arbeit«, die dem Arbeitsministerium unterstellt waren und die Aufgabe hatten, für jeweils eine Region Richtlinien für Betriebsordnungen und Tarifverordnungen festzusetzen. Sie waren zu weitgehender Einflußnahme auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Entlassungen, zur Ernennung und Absetzung von Vertrauensmännern befugt. Bei den Treuhändern – für Niedersachsen war der Bremer Regierende Bürgermeister Dr. Markert

ernannt worden – handelte es sich im allgemeinen um der Großindustrie nahestehende Personen.¹⁰⁹

Ein gleichermaßen ökonomisches und politisches Instrument war die Lohndifferenzierung. Wo immer möglich, wurde der Stundenlohn durch den »Leistungslohn« ersetzt, der die Konkurrenz zwischen den Arbeitern verschärfte und der Solidarität zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen entgegenwirkte.¹¹⁰ Darüber hinaus wurden Arbeitergruppen mit gleicher Tätigkeit durch häufig undurchsichtige Prämiensysteme lohnmäßig aufgespalten.¹¹¹ Facharbeiter, deren Beruf keine Akkordarbeit erlaubte oder sie nicht als sinnvoll erscheinen ließ, sollten nicht benachteiligt werden. Der höchstqualifizierte Arbeiter sollte 133 % des Grundlohnes verdienen, der Hilfsarbeiter nur 75 bis 80 %.¹¹² Mit der dadurch erstrebten Förderung zünftlerischen *Berufsbewußtseins*, dessen Relikte gerade in kleineren Betrieben den Industrialisierungsprozeß überdauert hatten, bekämpften die Nationalsozialisten das in Jahrzehnten entstandene *Klassenbewußtsein*.

Während Lohnaufbesserungen größeren Ausmaßes die Profitinteressen der Unternehmer und die darauf gegründete Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten beeinträchtigen mußten, boten Aktionen wie »Schönheit der Arbeit« den Vorteil, daß sie der DAF Gelegenheit gaben, sich als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten darzustellen, und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Belegschaft aus psychologischen Gründen erhöhten – ob es sich nun um die »Erkämpfung« erweiterter sanitärer Anlagen, verschönerte Fabrikhallen, neu eingerichtete Frühstücksräume oder neuangelegte Parks handelte. Verbesserungen im Bereich des Arbeitsschutzes und zusätzliche betriebliche Sozialleistungen, etwa die Schaffung von Sportplätzen, Kindergärten und Wohnungen, oder die Ausgabe subventionierter Mahlzeiten wirkten in die gleiche Richtung.¹¹³ Den größten Eindruck hinterließen zweifellos die Unternehmungen der »Kraft durch Freude«, die mit Hilfe gewaltiger Subventionen der DAF zu einer Mammutorganisation für Kultur und Tourismus anwuchs. Theaterbesuche für 70 Pfennig und eine Italienrundreise für 155 RM (alles inklusive) waren selbst bei den niedrigen Löhnen unbestreitbare, bisher nicht gekannte Erregenschaften.¹¹⁴

Dieser Überblick über die Lage der deutschen Arbeiterklasse im Dritten Reich bis zum Ausbruch des Kriegs zeigt, daß die statistisch so eindeutige Situation sich für den seiner Organisationen und seiner Presse beraubten einzelnen als ambivalentes und widersprüchliches Bild aus zügellosem Terror und pseudoegalitärer Propaganda, verschärfter Ausbeutung und mehr oder weniger bescheiden steigenden Löhnen, be-

dingungsloser Unterordnung im Betrieb und teilweise erweiterten Sozialleistungen, »Reichsarbeitsdienst« und »Kraft durch Freude« darstellte. Nur wenige blieben in der Lage, darin mehr als die Kombination »schlechter« und »guter« Seiten des nationalsozialistischen Systems zu sehen.

Der sozialdemokratische Widerstand

Die nationalsozialistische Repression spaltete die Anhänger der SPD im groben in drei Gruppen: »in die große passive Mehrheit der bisherigen SPD-Wähler [und -Mitglieder, P.B.], in eine traditionell sozialdemokratische Richtung des Widerstandes und in die aktiven sozialistischen lokalen und regionalen Widerstandsgruppen.«¹¹⁵ Die Politik des Parteivorstandes hatte ihn in den Augen der militanten Sozialdemokraten in einem solchen Grad diskreditiert, daß die meisten Widerstandsgruppen im ersten Jahr nationalsozialistischer Herrschaft in linker Opposition zur von der Sopade repräsentierten Tradition standen. Es war bezeichnend für diese Phase, daß sich selbst die aus dem aktivistischen Teil des rechten Flügels der SPD hervorgegangene Organisation »Roter Stoßtrupp« als Vorkämpfer der »proletarischen Revolution« in Deutschland verstand.¹¹⁶ Unter dem Druck der Alten und Neuen Linken in der Emigration und im Reich verabschiedete der Exilvorstand der SPD im Januar 1934 sein Prager Manifest, das zugleich die politische und organisatorische Rekonsolidierung der Sopade einleitete.¹¹⁷

Im Lauf des Jahres 1934 gewann die sozialdemokratische Bewegung ihren überwiegend traditionalistischen Charakter zurück.¹¹⁸ Dieser traditionell-sozialdemokratische Widerstand, der allein die Kontinuität der SPD in Deutschland aufrechterhielt, fand seine Basis vorwiegend in den 170 000 hauptamtlichen Funktionären in Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Betrieben, in der kommunalen und staatlichen Verwaltung, die die Nationalsozialisten aus ihren Ämtern entfernt hatten.¹¹⁹ Diese Gruppe war weit weniger zur Selbstkritik bereit als die 1933 dominierenden Widerstandsorganisationen und -zirkel. Statt um die Führung des revolutionären Kampfes ging es ihr um die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen »Gesinnungsgemeinschaft«.¹²⁰

Von den beiden sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Bremen ist keine der linksaktivistischen Kategorie zuzuordnen: Beide wollten in erster Linie die von Hitler verbotene Bewegung illegal weiterführen, ohne deren Identität in Frage zu stellen. Die offenbar mili-

tantere Gruppe war aus der republikanischen Wehrorganisation »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« hervorgegangen. Das Reichsbanner bildete zwar seit eh und je einen Stützpunkt des rechten Parteiflügels in der SPD, seine Basis war aber nichtsdestoweniger für eine energische Verteidigung der Republik gegen Hitler eingetreten.¹²¹ Aus ihrer Funktion als Schutztruppe des Weimarer Staates, die sie mit dessen revolutionären und gegenrevolutionären Gegnern gleichermaßen in Konflikt gebracht hatte, erlangten die Mitglieder und vor allem die Funktionäre des Reichsbanners ihr Selbstverständnis als kämpferische Rechtssozialisten.

Im Frühjahr 1933 hatten sich aus zwei der drei Bremer Reichsbannerabteilungen ehemalige Funktionäre und Aktivisten zusammengefunden und im Frühsommer mit dem Aufbau einer in Fünfer-Gruppen gegliederten Organisation begonnen.¹²² Nach einem der gegen diesen Kreis gefällten Urteile gelang es, insgesamt ca. 100 Bremer ehemalige Reichsbannermitglieder in die Arbeit einzubeziehen. In Vegesack sammelten sich außerdem 50–60 ehemalige Reichsbannerangehörige um Willy Dehnekamp.¹²³ Abgesehen von der Umgebung Bremens, konnte eine Verbindung mit Hamburger Genossen hergestellt werden. Die Absicht, ins Ruhrgebiet überzugreifen, wurde durch die Verhaftung der meisten Organisationsmitglieder im März 1934 vereitelt.

Es ist charakteristisch, daß der führende Kreis der illegalen Bremer Reichsbanner-Organisation nicht aus der ersten Garnitur der lokalen SPD-Funktionäre oder -Repräsentanten bestand und in seiner Zusammensetzung durchweg proletarisch war. Die meisten Mitglieder waren Facharbeiter. Kontakte mit Angehörigen der eigentlichen SPD-Organisation blieben ohne konkrete Ergebnisse. Die Zurückhaltung der Bremer SPD¹²⁴ hinderte die Reichsbanner-Gruppe jedoch nicht daran, einen möglichst engen Anschluß an die sozialdemokratische Emigration zu suchen. Ein im September 1933 emigriertes Mitglied organisierte von Antwerpen aus die Versorgung des Bremer Reichsbanners mit sozialdemokratischen Schriften. Neben dem kleinformatig und dünn gedruckten »Vorwärts« und der »Sozialistischen Aktion« befanden sich in den insgesamt vier Sendungen auch Exemplare der vom Parteivorstand im Juli 1933 veröffentlichten Broschüre »Revolution gegen Hitler«, die als Cäsars »Gallischer Krieg« getarnt war. Einmal diente das Bremer Reichsbanner auch als Verteiler für die anderen sozialdemokratischen Zirkel in Bremen und Hamburg. Der Kontakt mit Antwerpen wurde durch Kurier-Reisen und durch mit verdeckter Schrift geschriebene und als Liebesbriefe getarnte Nachrichten aufrechterhalten.

Ebenso wie der Reichsbanner-Kreis hatte die zweite sozialdemokratische Organisation ihren Zweck zunächst in der Unterstützung von Verhafteten oder deren Familien gesehen.¹²⁵ Schon in der letzten Sitzung der Bürgerschaftsfraktion soll ein inoffizieller Ausschuß zur Weiterführung der Bremer SPD gewählt worden sein. Auf einer Frauenkonferenz in der zweiten Juniwoche 1933 wurde beschlossen, den Zusammenhalt durch Ausflüge und Treffen anderer Art zu bewahren. Auch die eigentliche Bremer SPD-Organisation bestand zum erheblichen Teil aus Frauen. Sie wurde – im Unterschied zum Reichsbanner – von Sozialdemokraten geführt, die schon vor 1933 als Bürgerschaftsmitglieder, Redakteure oder Parteisekretäre eine herausragende politische Rolle gespielt hatten.¹²⁶

Da der sozialdemokratische Zirkel im Lauf der Zeit zu groß wurde, fanden die Sitzungen seit Januar 1934 auf Distriktsebene statt. Bei einer Revolutionsfeier am 4. Februar 1934 zum Gedenken an die Kämpfe der Bremer Arbeiter gegen die Freikorps-Truppen vor 15 Jahren waren außer dem Vorstand fast alle Distrikte vertreten. Über die zahlenmäßige Stärke der Organisation liegen jedoch keine Angaben vor. Die Zerschlagung des Bremer Reichsbanners im März 1934, die mit der Rückkehr der letzten 1933 in »Schutzhaft« genommenen Sozialdemokraten zusammenfiel, verließ der SPD-Gruppe als einzigem organisatorischen Rest der deutschen Sozialdemokratie in Bremen erhöhte politische Bedeutung.¹²⁷

Die Verbindung zum Exilvorstand und zu den sozialistischen Parteien in Westeuropa scheint relativ eng gewesen zu sein. Ein ehemaliges Mitglied der Bremer SAJ nahm im August 1933 an einer Tagung der sozialistischen Internationale in Paris teil. Gute Kontakte sollen mit Dänemark, Belgien und den Niederlanden bestanden haben, von wo die Bremer Sozialdemokraten finanzielle Unterstützung bezogen.¹²⁸ Innerhalb des Reichs gelang die Herstellung enger Beziehungen zu den Hamburger Sozialdemokraten, deren »Rote Blätter« im Sommer 1934 nach Bremen eingeschleust wurden.¹²⁹ Im August 1934 wurde auch das »Prager Manifest« auf diesem Weg nach Bremen übermittelt. Auf der Grundlage des Manifestes sollten im Winter 1934/35 Parteischulungen mit sechs bis zehn Mitgliedern pro Distrikt anlaufen mit dem Ziel, am Ende ein »Programm Deutscher Sozialisten« selbst zu erarbeiten.¹³⁰

1935 fanden die Prozesse gegen die beiden sozialdemokratischen Widerstandsorganisationen statt. Im August wurde gegen 88 Reichsbannermitglieder, im November gegen 47 SPD-Mitglieder verhandelt. Neben einigen Freisprüchen ergingen Gefängnis- und Zuchthausstrafen

bis zu acht Jahren, obwohl im Fall der SPD-Gruppe nicht einmal Hochverrat als bewiesen galt.¹³¹

Mit der Zerschlagung der SPD-Gruppe war die organisierte sozialdemokratische Oppositionstätigkeit in Bremen beendet. Im August 1935 glaubten die V-Leute der Gestapo zwar Reaktivierungsbemühungen erkennen zu können, doch fügte die Gestapostelle Bremen in einem Bericht an die Berliner Zentrale abschwächend hinzu, daß Erfolge kaum zu erwarten seien, da »die meisten staatsfeindlich tätigen Personen gleich in das extremste Lager, d. i. die KPD, übersiedeln.«¹³² Im Verhältnis zu den Kommunisten herrschte jedoch bei den Bremer Sozialdemokraten – jedenfalls bei den ehemaligen Funktionären – offenbar Zurückhaltung vor. So wies die Bremer Gestapo anlässlich der Verhaftung der SPD-Gruppe im Gegensatz zu einer Behauptung der illegalen KPD¹³³ darauf hin, daß die am Ort führenden Sozialdemokraten eine »direkte Verbindung« mit den Kommunisten ablehnten.¹³⁴ Im Lagebericht für das Jahr 1937 wußte die Gestapo sogar zu berichten, daß die Bremer Sozialdemokraten Verbindungen mit dem bereits erwähnten, in Antwerpen tätigen Emigranten Waldemar Pötsch und einem weiteren nordwestdeutschen Flüchtling ablehnten, da diese einen Volksfrontkurs steuerten.¹³⁵

Obwohl im Lagebericht der Stapostelle Bremen für Juli/August 1938 noch einmal von Versuchen bekannter Angehöriger der SPD und des Reichsbanners die Rede war,¹³⁶ Kontakte mit Genossen in Hamburg, Hannover, Leipzig und Berlin herzustellen, galt die Hauptsorge der Bremer Sicherheitsorgane in bezug auf die Sozialdemokraten schon seit 1935 nicht mehr den schwachen Ansätzen zu illegaler Arbeit, sondern den legalen Möglichkeiten, untereinander Verbindung zu halten. Dazu gehörten beispielsweise Familien-, Geburtstags- und Wiedersehensfeiern mit Haftentlassenen. Als marxistische Tarnorganisationen galten vor allem folgende Vereine:¹³⁷ 1. der Arbeitersängerchor Bremen e. V., dessen Leiter und Mitglieder fast ausschließlich aus sozialistischen Kreisen kamen und den die Gestapo im Oktober 1938 als »Hauptsammelbecken« der »Marxisten«, d. h. der Sozialdemokraten, bezeichnete;¹³⁸ 2. die Verbrauchergenossenschaft »Vorwärts«, deren Aufsichtsrat und ca. 28 000 Mitglieder ebenfalls aus Sozialdemokraten und ehemaligen Gewerkschaftlern bestanden;¹³⁹ 3. die an die DAF angeschlossene Versicherung »Volksfürsorge«, deren 111 Untervertreter vor 1933 mehr oder weniger für die SPD tätig gewesen seien, und 4. einzelne Feuerbestattungsvereine. Die für die Gestapo offenbar durchaus nicht beruhigende Schlußfolgerung lautete: »Die Taktik der marxistischen Kreise ist auf Abwarten eingestellt.«¹⁴⁰ Erst im Zweiten Weltkrieg

wurden auch die meisten dieser legalen Kontaktmöglichkeiten zerstört, durch die immerhin mehrere Jahre lang sozialdemokratische Kommunikationsstrukturen erhalten geblieben waren.

Der kommunistische Widerstand bis zum Zweiten Weltkrieg

Auch die KPD erlitt in Bremen während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft so schwere Verluste, daß sie als politischer Faktor ausfiel. Anders als bei der Sozialdemokratie vermochte der Gestapo-Terror den kommunistischen Widerstand jedoch nicht völlig zu zerstören. Immer wieder entstanden neue Gruppen, die die Arbeit der zerschlagenen Zellen fortsetzten. Obgleich Bremen seit Mitte der zwanziger Jahre keine ausgesprochene Hochburg der kommunistischen Bewegung mehr war, mußten auch in dieser Stadt vor allem die Kommunisten wegen der Todfeindschaft des nationalsozialistischen Regimes¹⁴¹ und wegen ihres unerschrockenen Kampfes mit Zuchthaus, Folter und Tod für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung bezahlen.¹⁴² Aber ebensowenig wie die Sozialdemokraten reagierten die Mitglieder der KPD einheitlich auf das Einsetzen der nationalsozialistischen Vernichtungskampagne. Horst Duhnke unterscheidet für die Zeit nach dem Reichstagsbrand vier Kategorien von ehemaligen KPD-Mitgliedern:¹⁴³ 1. die Verhafteten (1933 etwa 100 000, 1934 noch 60 000); 2. die Überläufer, die auf seiten der KPD einen wesentlich größeren Prozentsatz ausgemacht hätten als auf seiten der SPD;¹⁴⁴ 3. einige hundert Emigranten und 4. die restlichen etwa 100 000 Mitglieder, die sich zuerst von politischer Tätigkeit zurückgehalten hätten, von denen nach weiteren Verhaftungen aber ungefähr die Hälfte – anfangs ohne zentrale Anleitung – mit der illegalen Arbeit begonnen habe.

Erschwerend wirkte sich aus, daß die Massenverhaftungen vom Februar/März 1933 sich vor allem gegen die unteren und mittleren Funktionäre der KPD richteten, die das Rückgrat dieser festgefügtten Organisation bildeten.¹⁴⁵ Auch weigerte sich die Reichsführung der KPD zunächst, die katastrophale Niederlage der Arbeiterbewegung und der Kommunisten im besonderen anzuerkennen, und proklamierte einen baldigen »revolutionären Aufschwung«. Nach zaghaften Kurskorrekturen in den ersten Monaten nach der Machtergreifung kehrte die KPD zu ihrer »ultralinken« Linie zurück und hielt mindestens bis Mitte 1934 an ihr fest. Selbst nach ihrem Verbot galt die SPD weiter als »soziale Hauptstütze der Bourgeoisie«. ¹⁴⁶ Gripenburg hat vermutlich recht

mit seiner These, der ultralinke Kurs sei während des Jahres 1933 durchaus in Übereinstimmung mit einem großen Teil der Mitgliedschaft fortgesetzt worden.¹⁴⁷ Zwar war die KPD schweren Verfolgungen ausgesetzt, aber sie vermochte im Unterschied zur SPD eine funktionierende nationale Organisation wiederaufzubauen, so daß die Illusion entstehen konnte, der – wenn auch reduzierten – KPD werde die Führungsrolle bei der erwarteten revolutionären Erhebung zufallen. So hieß es in einem Rundschreiben der Bezirksleitung Weser-Ems vom 3. August 1933:¹⁴⁸ »Die Sympathie für die Kommunistische Partei ist im Steigen begriffen. Überall in den Betrieben und auf den Stempelstellen formieren sich schon von neuem die revolutionären Kader. Die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen immer stärker, wie recht die Kommunisten hatten.« In einem Aufruf: »An die Sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre Bremens« hatte die Bremer KPD am 23. Mai 1933 erklärt:¹⁴⁹ »Die Sozialdemokratie ist tot, aber der Sozialismus lebt und ist nicht zu töten.« Angesichts der Kapitulation ihrer Führer sollten die Sozialdemokraten ihre Organisationseinheiten »in engster Verbindung mit den Stadtteileleitungen der Kommunistischen Partei« weiterführen und »einzeln und in Gruppen« zur KPD übertreten. Es war in der Tat die Fortsetzung der alten Politik unter veränderten Bedingungen.

Der Apparat der Bremer KPD funktionierte, wo Mitglieder ungeachtet der Verhaftungswelle weitergearbeitet hatten, bereits wieder Ende März/Anfang April 1933. »Innerhalb der einzelnen Zellen arbeiteten wieder die Funktionäre vom Polleiter und Kassierer bis zu den Unterkassierern, den sog. Fünfergruppenkassierern.«¹⁵⁰ Die RGO arbeitete in allen fünf Stadtteilgliederungen und gab gemeinsam mit dem »roten« Einheitsverband der Seeleute, Hafendarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands zwei illegale Zeitungen heraus: »Die Wahrheit« und »Der Scheinwerfer«.¹⁵¹ Anfang Juni beschloß die KPD-Bezirksleitung Weser-Ems die »Schaffung von arbeitsfähigen Fünfergruppen« im Bremer Stadtgebiet und die Durchführung einer regelmäßigen Kassierung¹⁵² – beides Anzeichen dafür, daß die kommunistische Organisationsstruktur in Bremen mindestens bis zu diesem Zeitpunkt sehr ungefestigt war. Mitte August gelang der Gestapo mit der Verhaftung von 81 kommunistischen Funktionären ein »vernichtender Schlag gegen die KPD«: »Es gelang, die gesamte Führung der Partei, des Einheitsverbandes, der RGO, der Roten Hilfe und des Kampfbundes gegen den Faschismus hinter Schloß und Riegel zu bringen.«¹⁵³ Dabei stellte sich heraus, daß nach der nur einige Wochen zurückliegenden Verhaftung der damaligen Bezirksleitung Weser-Ems die organisatorischen Beziehungen unter den Augen der Gestapo wiederangeknüpft worden waren,

die erst zupackte, als es ihr lohnend erschien. Am 4. September 1933 konnten weitere 64 Bremer Kommunisten verhaftet werden.¹⁵⁴

Nach den beiden Verhaftungswellen im März/April und im August/September 1933 sollen in Bremen etwa 200 kommunistische Widerstandskämpfer zurückgeblieben sein.¹⁵⁵ Auch diesen Kreis meinte die Gestapo durch »ein weitverzweigtes Netz von zuverlässigen Beobachtern« unter Kontrolle zu haben, so daß »die Beobachtung und Erfassung staatsfeindlich eingestellter Elemente so weit wie möglich sichergestellt« sei.¹⁵⁶ Die wiederholten Verhaftungsaktionen gegen kommunistische Widerstandszirkel, nachdem die KPD mehrfach für tot erklärt worden war, zeigen jedoch, daß die Gestapo durchaus nicht jede Gruppenbildung sogleich bemerkte.

Nachdem sich die Bremer KPD im Lauf des Jahres 1934 offenbar hatte rekonsolidieren können, setzte im November – parallel zu der Aktion gegen die SPD-Gruppe – eine neue Verhaftungswelle ein, in deren Verlauf wieder die Bezirksleitung erfaßt wurde.¹⁵⁷ Ende Mai 1935 meldete die Bremer Gestapo die Verhaftung der »letzten« kommunistischen Stadtteilleitung in Hastedt.¹⁵⁸ Aber im September desselben Jahres mußte die Gestapo eingestehen, daß die KPD in Bremen »zur Zeit die stärkste illegale Bewegung« sei. »Sie ist, rein zahlenmäßig betrachtet, zur Zeit die einzige ›Partei‹, die überhaupt ein nennenswertes Gefolge aufzuweisen hat«. Dabei sei es ihr durch sehr viel geschicktere Taktik und vorsichtigeres Vorgehen gelungen, eine »höhere Stufe der Illegalität« zu erreichen.¹⁵⁹

Nach einem neuen Erfolg gegen die Bremer KPD-Organisation¹⁶⁰ konzentrierte sich die Gestapo während des folgenden Jahres auf die kommunistischen Betriebszellen, deren wichtigste auf der Weser-Werft der Deschimag tätig war. Die Festnahmen begannen im Januar 1936 und erfaßten bis Dezember 79 kommunistische Arbeiter.¹⁶¹ Nachdem Ende 1936 die Bremer KPD durch rund 100 Verhaftungen angeblich »fast vollkommen aufgerollt worden war«,¹⁶² wurde im Lagebericht der Gestapo für das Jahr 1937 als »Grundmerkmal« der kommunistischen Bewegung in Bremen die »eingeschränkte Tätigkeit zusammenhängender illegaler Organisationsgebilde« bezeichnet.¹⁶³ Da die Kommunisten persönlich bei den Werftarbeitern »größtes Vertrauen« genossen, wie die Gestapo bedauernd feststellte,¹⁶⁴ war eine vollständige Beseitigung dieses Oppositionsherdes nicht möglich. Aber die vorhandenen Unterlagen vermitteln den Eindruck, daß sich die Bremer KPD als Organisation nicht mehr von dem Schlag erholen konnte, der ihr Ende 1936 versetzt worden war.

Wie bereits erwähnt, waren die Bremer kommunistischen Wider-

standsgruppen, im Unterschied zur Bremer illegalen SPD, Teil einer – mehr oder weniger gut funktionierenden – Reichsorganisation. Mit der Berliner Inlandsleitung stand Bremen bis zu deren Verhaftung in Verbindung. Hinsichtlich der Materialversorgung und des Kurierdienstes war die Stadt bis 1939 durchgehend der Abschnittsleitung Nord (Kopenhagen) angeschlossen;¹⁶⁵ nach Feststellungen der Gestapo kamen die Kurierleute 1936/37 aber aus den Niederlanden. Instruktoren übergaben in Abständen von etwa vier Wochen schriftliches Material und tauschten mit den Bremer KPD-Funktionären Nachrichten aus. Da die Instruktoren häufig wechselten, gelang es der Gestapo nicht, auch nur einen von ihnen festzunehmen.¹⁶⁶ Durch ihre Verbindungen zur Emigration waren die Bremer Kommunisten auch über die Wendung der KPD zur Volksfrontpolitik unterrichtet. An einer »Landeskonzferenz West« Ende August 1934 in Amsterdam und an der dem 7. Weltkongress der Komintern folgenden sogenannten »Brüsseler Konferenz« nahmen unter anderen auch Delegierte aus Bremen teil.¹⁶⁷

Nachdem die Bemühungen der Sowjetunion, zu einer Zusammenarbeit mit Deutschland zu gelangen, zunächst gescheitert waren, begann die Moskauer Führung, ein Bündnis mit Frankreich anzusteuern und ein System der kollektiven Sicherheit zu propagieren.¹⁶⁸ Der Komintern fiel die Aufgabe zu, für diese Politik eine Massenbasis zu schaffen. Die spezifische Funktion des 7. Weltkongresses bestand darin, unter Anknüpfung an die in verschiedenen Ländern real vorhandenen »rechten« Strömungen¹⁶⁹ eine selbstkritische Revision der »ultralinken« Politik in der Periode seit 1928 einzuleiten, gleichzeitig aber die Kontinuität der internationalen kommunistischen Bewegung zu sichern. In der KPD verhalfen der Weltkongress und die anschließende »Brüsseler Konferenz« endgültig der Gruppe Pieck-Ulbricht zum Sieg, die seit Mitte 1934 für eine veränderte Haltung gegenüber der Sozialdemokratie plädiert hatte.¹⁷⁰ Was die Wendung zur proletarischen Einheitsfront auf allen Ebenen, also auch »von oben«, und die definitive Bejahung der Gewerkschaftseinheit angeht, handelte es sich – abgesehen von gewissen Modifikationen – lediglich um die Rückkehr zu den Beschlüssen des 3. und 4. Weltkongresses.¹⁷¹ Mit der Bestimmung des Faschismus als einer von der bürgerlichen Demokratie qualitativ verschiedenen »Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie« vollzogen die Komintern und die KPD Erkenntnisse nach, die die deutschen kommunistischen Oppositionsgruppen vor 1933 in wesentlich klarerer Form propagiert hatten.¹⁷²

Gleichzeitig machte der Weltkongress jedoch die schon Ende 1933 vom 13. EKKI-Plenum beschlossene Definition verbindlich, nach der

der Faschismus die »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« war.¹⁷³ Diese Definition lieferte über die Herstellung einer »breiten antifaschistischen Volksfront« mit den »werktätigen Bauern, den Handwerkern sowie der Intelligenz«¹⁷⁴ hinaus die Rechtfertigung für eine nahezu grenzenlose Bündnispolitik. Nach der Deutung in der Historiographie der DDR lag die Voraussetzung für eine breite Bündnispolitik in dem Antagonismus zwischen »der herrschenden Clique des Finanzkapitals und allen anderen Klassen und Schichten des Volkes, einschließlich der kleineren und mittleren Bourgeoisie, ja selbst ehemals exponierter Vertreter der Großbourgeoisie« begründet.¹⁷⁵ Die »Brüsseler Konferenz« schlug vor, antinazistische Volkskomitees in der Emigration und im Innern des Reichs zu bilden – gemeinsam mit Zentrumsanhängern, Volkskonservativen und oppositionellen Deutschnationalen.¹⁷⁶

Neben der Einheits- und Volksfront sah die KPD seit 1935 als drittes Kernstück ihrer neuen Politik die Arbeit in den nationalsozialistischen Massenorganisationen an, die »Taktik des Trojanischen Pferdes«, durch die die »nationalsozialistischen Werktätigen« von ihren Führern getrennt werden sollten.¹⁷⁷ Unter dem Eindruck der Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien¹⁷⁸ rechnete die KPD nun damit, daß der Kampf um die Wiedergewinnung demokratischer Freiheiten eine längere selbständige Etappe bilden und daß diese Übergangsperiode zwischen Kapitalherrschaft und proletarischer Diktatur als »demokratische Republik« bzw. »Volksrepublik« folgende Merkmale tragen werde: Säuberung des Staatsapparates, politische Demokratie, teilweise Enteignung des Großbesitzes, aber Sicherung des kleinen und mittleren Besitzes.¹⁷⁹

Inwieweit sich der neue Kurs auf den Bremer Widerstand auswirkte, läßt sich aufgrund der vorhandenen Quellen nicht sagen. Die Wendung erfolgte zudem erst zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiteropposition schon weitgehend zerschlagen und das nationalsozialistische Regime fest etabliert war.¹⁸⁰ Jedoch dürfte der neue Kurs in der Praxis der Illegalität keine dermaßen fundamentalen Veränderungen bewirkt haben, wie die einschlägigen Dokumente vermuten lassen. Die historische Bedeutung der strategischen Wendung von 1935 liegt vielmehr in der Vorbereitung der deutschen Kommunisten auf die Rolle, die sie am Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dem Zusammenbruch spielen sollten.¹⁸¹ Mitte und Ende der dreißiger Jahre waren bürgerliche oder kleinbürgerliche Volksfrontpartner gerade in Deutschland am allerwenigsten sichtbar.¹⁸² Die Sopade lehnte die zahlreichen Einheitsfrontangebote des ZK der KPD konsequent ab; im Reich hingegen hatte sich

seit 1934 ohnehin die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten verstärkt.¹⁸³ Auch die Zersetzungsrarbeit gegenüber den NS-Organisationen war zum Teil schon vor 1935/36 praktiziert worden. Die »SA-Proleten« waren von Anfang an ein bevorzugtes Agitationsobjekt gewesen, ohne daß sich nennenswerte Erfolge eingestellt hatten.¹⁸⁴ Ende 1934/Anfang 1935 hatten sich Bremer Jungkommunisten bemüht, eine Zelle im »Verein für Sport und Körperpflege« zu bilden.¹⁸⁵ Der Vorschlag, die Arbeitsfront auf unterer Ebene systematisch umzufunktionieren, war zwar etwas Neues, die Durchführung scheint aber von den Kommunisten im Reich kaum ernsthaft versucht worden zu sein – und sei es nur aus dem Grund, weil die als ehemalige KPD-Mitglieder bekannten Arbeiter die denkbar ungeeignetsten waren, um als enttäuschte oppositionelle Nationalsozialisten aufzutreten und auf diese Weise den schon formal äußerst engen Spielraum der DAF-Gliederungen im Interesse ihrer proletarischen Mitglieder auszunutzen. In Bremen scheint sich die »Taktik des Trojanischen Pferdes« in der bloßen Mitgliedschaft kommunistischer Arbeiter in der DAF erschöpft zu haben.¹⁸⁶

Der linkssozialistische Widerstand bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Aufmerksamkeit der Repressionsorgane richtete sich vorwiegend auf die großen Arbeiterparteien SPD und KPD, während die sozialistischen und kommunistischen Splittergruppen als weniger gefährlich galten. Da diese Organisationen außerdem aufgrund ihrer – bei allen Unterschieden – vergleichsweise realistischen Einschätzung der faschistischen Gefahr und aufgrund ihrer festeren Organisationsstruktur eher in der Lage gewesen waren, sich rechtzeitig auf die neuen Kampfformen vorzubereiten, gelang es ihnen, einen großen, wenn nicht sogar den überwiegenden Teil ihrer Mitglieder in die Illegalität zu überführen.¹⁸⁷

Mit zehn bis zwanzig Mitgliedern hatte der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK)¹⁸⁸ zur Zeit der Weimarer Republik in Bremen über eine seiner bedeutenderen Gruppen verfügt, die einen gewissen Einfluß auf Teile der sozialistischen Jugend ausübte.¹⁸⁹ In der ersten Phase der Illegalität konzentrierte sich der ISK bewußt darauf, »Schulungsarbeit im kleinsten Kreis zu leisten und einen Stamm von absolut zuverlässigen Funktionären heranzubilden.«¹⁹⁰ Erst als er diese Aufbauarbeit für abgeschlossen hielt – etwa 1935 –, ging er zu einer breite-

ren Propagandatätigkeit über, »und gleichzeitig fingen öffentliche Aktionen aller Art an (Maueranschläge, Verbreitung von Zeitungen und Flugblättern usw.)«.191 Im Oktober 1936 verteilte der ISK in Hamburg und Bremen zur Zeit des Freimarktes ein Flugblatt gegen den Nationalsozialismus als Herrschaftsinstrument des Kapitals.192

Im Mittelpunkt der Tätigkeit des ISK, der, wie andere deutsche Widerstandsgruppen, von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unterstützt wurde,193 stand der Aufbau von Gruppen einer Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaft (USG), die dem Zwangsverband DAF als Interessenvertretung der Arbeiter entgegengestellt werden sollte.194 Wirkliche gewerkschaftliche Aufgaben, wie sie sich etwa in bezug auf Arbeitszeit, Lohn und Position der betrieblichen Vertrauensleute ergaben, konnten von den USG-Gruppen bei der geringen Zahl ihrer Mitglieder nicht wahrgenommen werden. Es ist jedoch als relativer Erfolg anzusehen, daß in Bremen bis 1935 fünf Fünferzellen der USG aufgebaut wurden.195

1933 war es Bremer ISK-Mitgliedern gelungen, in den Vertriebsapparat der Wochenzeitschrift »Blick in die Zeit« einzudringen und auf diese Weise »legalen« Kontakt zu fast sämtlichen anderen illegalen Gruppen, besonders zur SAP, herzustellen.196 Das illegale Material wurde von dem in der USG organisierten Vertreter des Leipziger Messemtes in seinem Dienstwagen transportiert.197 Innerhalb des ISK bildete die Bremer Gruppe mit Hamburg den Bezirk Nord, an dessen Spitze im Januar der Bremer ISK-Leiter, Alexander Dehms, trat.198 Bis sämtliche ISK-Gruppen Ende 1937/Anfang 1938 einer Verhaftungsaktion zum Opfer fielen,199 gelang es den Bremern, engen Kontakt zur Exilführung der Organisation in London zu halten, von wo die englische ISK-Zeitschrift, »Socialist Vanguard«, bis 1938 regelmäßig mit der Post nach Bremen geschickt wurde.200

Die erfolgreichste illegale Arbeit wurde in Bremen von der SAP geleistet. Sie allein vermochte ihre personelle und organisatorische Kontinuität bis zur Einnahme der Stadt durch die Engländer Ende April 1945 im wesentlichen ungebrochen aufrechtzuerhalten und so einen entschlossenen und handlungsfähigen antifaschistischen Führungskader zu bewahren, der nach der Besetzung politisch wirksam werden konnte. Nur so ist es zu erklären, daß die führenden Mitglieder der SAP in der Umbruchphase 1945 eine Rolle zu spielen in der Lage waren, die in keinem Verhältnis zu ihrem unmittelbaren Anhang unter den Arbeitern stand.

Unter Leitung der in illegaler Arbeit nicht ganz unerfahrenen, der KPO entstammenden Mitglieder hatte sich die Bremer SAP schon vor

der Machtübernahme der NSDAP auf die Illegalität umgestellt und vermochte umfangreiche Verhaftungen zu vermeiden.²⁰¹ Obwohl die führenden Mitglieder der SAP der Gestapo genau bekannt waren, gelang es ihr niemals, Einblick in die Tätigkeit der Bremer Organisation zu gewinnen.²⁰² Um die Jahreswende 1934/35 ging die Gestapo offenbar noch davon aus, daß gar keine eigenständige SAP-Gruppe in Bremen existiere.²⁰³ Im Jahresbericht der Stapoleitstelle Bremen für 1937 ließ sich die »rege illegale Arbeit« dieses Kreises wegen »zahlreicher Anzeigen der verflossenen Zeit« nicht mehr leugnen, obwohl es den Zuständen sicher nicht leichtfiel, einzugestehen, daß aufgrund des vorsichtigen und geschickten Vorgehens der SAP »eine Überführung [. . .] bisher nicht möglich war.«²⁰⁴ Nach der hinhaltenden Auskunft im Monatsbericht für März 1938, daß sich »die vertraulichen Ermittlungen und Beobachtungen außerordentlich schwierig und langwierig« gestalteten,²⁰⁵ war im weiteren Verlauf des Jahres 1938 »nichts Besonderes« zu berichten.²⁰⁶

Wie die kommunistischen Organisationen war die Bremer SAP in Fünfer- und Dreier-Zellen gegliedert. Nur gelegentlich war es möglich, Ausflüge in die Umgebung der Stadt zu größeren Versammlungen zu nutzen.²⁰⁷ Die Zellen hielten ausschließlich durch die Führung miteinander Verbindung.²⁰⁸ Während Heinrich Busch²⁰⁹ die Umgebung Bremens kontaktierte, hielt Adolf Ehlers,²¹⁰ der Organisationsleiter der SAP im Weser-Ems-Gebiet, die Verbindung zur Reichshauptstadt aufrecht.²¹¹ Von den skandinavischen Stützpunkten der Partei organisierter Briefverkehr mit Deckadressen und Kurierdienst gewährleisteten regelmäßige Nachrichtenübermittlung und Materialzufuhr.²¹² Mehrfach nahmen Bremer SAP-Mitglieder an Auslandskonferenzen der Partei teil, die die Erarbeitung von Richtlinien für die illegale Tätigkeit im Reich zum Ziel hatten.²¹³ Der Kriegsausbruch schnitt die Verbindung zur Emigration insgesamt ab; aber selbst im Krieg gelang es Irmgard und August Enderle,²¹⁴ von Stockholm aus ab und zu durch schwedische Seeleute eine Nachricht nach Bremen zu schicken.²¹⁵

Ein unschätzbare Vorteil für die Arbeit der Bremer SAP-Gruppe war die Verbindung zu August Hogrefe,²¹⁶ der ebenso wie die Bremer SAP-Führer aus der KPO kam, aber 1930 in die NSDAP eingetreten war in der Hoffnung, dort Einfluß auf deren werktätige Anhänger gewinnen zu können. Hogrefe, bald Ortsgruppenleiter der NSDAP, wurde 1933 zum Präsidenten der Arbeiterkammer ernannt und übte dieses Amt bis zur Auflösung der Kammer 1936 aus. Auch nach seiner Absetzung als Ortsgruppenleiter im Jahr 1934 wegen öffentlich geäußelter Kritik am AOG verfügte Hogrefe über ausgezeichnete Verbindun-

gen zu führenden Kreisen in Verwaltung und Wirtschaft und war dadurch für die SAP, die über regelmäßige Besprechungen Hogrefes mit einigen seiner alten Freunde unterrichtet wurde, eine äußerst wichtige Informationsquelle.²¹⁷ 1938 führte Hogrefe dem Führungskreis der Bremer SAP eine bürgerliche Oppositionsgruppe zu, deren wichtigste Vertreter, Dr. Rühnick und Dr. Eggers, der Deutschvölkischen Bewegung der zwanziger Jahre entstammten, sich aber unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Diktatur immer stärker der sozialistischen Linken annäherten.²¹⁸

Während sich die SAP der KPD gegenüber auf gesamtstädtischer Ebene zurückhielt, um die Gestapo nicht auf sich aufmerksam zu machen, waren auf der Ebene des Einzelbetriebs wegen der nahen persönlichen Bekanntschaft zwischen den Arbeitskollegen Kontakte mit Antifaschisten anderer parteipolitischer Ausprägung mit geringerem Risiko verbunden.²¹⁹ Über die eigene Organisation hinaus suchte die SAP alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Bildung sozialistischer Kader zu fördern. Ostern 1936 gewannen Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes der SAP Anschluß an Schulungszirkel von SAJ- und KJV-Mitgliedern, die den Jugendchor des Arbeitersängerbundes und den Verein für Sport und Körperkultur als Tarnorganisationen benutzten. Die nach dem Dreierprinzip gegliederten Jugendzellen stellten die Schulungsarbeit in den Mittelpunkt. Sie bestanden aus einem »Lehrer« und zwei »Schülern«. Besonders fähige Mitglieder wurden beauftragt, sich in der HJ, gegebenenfalls auch im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht, um Führungspositionen zu bemühen, um oppositionelle Tendenzen zu fördern. Durch eine im November 1938 begonnene Aktion der Gestapo wurde diese Jugendarbeit zerschlagen.²²⁰

Die Aussichten revolutionärer Betriebsarbeit im Dritten Reich schätzte die SAP sehr nüchtern ein. Solange die Stärke des Nationalsozialismus ungebrochen sei, müsse das Schwergewicht auf minimalen Defensivforderungen und auf der Ausnutzung aller legalen und halblegalen Möglichkeiten liegen.²²¹ Die offiziellen Publikationen der Arbeitsfront wurden von der Bremer SAP regelmäßig für die politische Agitation ausgewertet. Die Gegenüberstellung von arbeiterfreundlichen Äußerungen der DAF einerseits und entgegengesetzten Handlungen der Unternehmer und des Staates andererseits²²² entsprach denselben Intentionen wie die kommunistische »Taktik des Trojanischen Pferdes«. Allerdings war die SAP wesentlich skeptischer, was den Spielraum innerhalb der faschistischen Organisationen betraf. Die Tätigkeit von Antifaschisten in der DAF konnte für sie nur die Funktion haben, die von der SAP organisierten unabhängigen revolutionären Betriebsgruppen zu un-

terstützen.²²³ Insgesamt sah die SAP die Aufgaben der Betriebsarbeit darin, auf jede nur mögliche Weise die »Solidarität und den Widerstandsgeist der Arbeiter, einschließlich manches enttäuschten Naziproleten, wieder zu wecken und zu steigern.«²²⁴

Im Unterschied zur KPD rechnete die SAP von Anbeginn weder mit einem kurzfristigen Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, noch glaubte sie an die Möglichkeit eines »Massenwiderstandes«, bevor nicht das Regime sich aufgrund immanenter Widersprüche zu zersetzen beginne.²²⁵ Daher sah die SAP schon bald die Festigung ihrer bestehenden und die Gewinnung neuer Kader – vorwiegend durch marxistische Schulung – als die zentrale Aufgabe ihrer illegalen Arbeit an.²²⁶

In dem sich 1933 scheinbar anbahnenden Umgruppierungsprozeß der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung hatte die SAP gehofft, als Organisation mit klarer politischer Perspektive den revolutionären Kern bilden zu können, um den sich die vom Scheitern der großen Parteien desillusionierten Arbeiter scharen würden.²²⁷ Die Restabilisierung der Sopade sowie das wachsende Prestige der KPD als weitaus bedeutendster Widerstandsorganisation und gleichzeitig die angesichts der Entwicklung in Westeuropa einsetzende Diskussion über Arbeiter-Einheitsfront und Volksfront zwangen die SAP, die Frage neu zu überdenken, wie der Einfluß der traditionellen Parteien gebrochen werden könne. Statt das Konzept einer »revolutionären Einheitspartei« als »wahrhaft kommunistischer Partei« weiter zu verfechten, das die Liquidierung des Masseneinflusses von KPD und Sopade vorausgesetzt hätte, propagierte die SAP seit 1935 den bedingungslosen Zusammenschluß der Arbeiterbewegung, um innerhalb der neuen Einheitspartei die Differenzierung zwischen Führung und Mitgliedschaft von SPD und KPD und damit die politische Klärung voranzutreiben.²²⁸ Auch dem Eintreten für die Bildung einer deutschen Volksfront lag die Überlegung zugrunde, sich von dieser Strömung in der Emigration und im Widerstand nicht durch die Propagierung abstrakter revolutionärer Prinzipien – auch bei den eigenen Genossen – zu isolieren, sondern innerhalb der Bewegung der kommunistischen Konzeption eines Klassenbündnisses zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie eine eigene »linke« Volksfrontkonzeption entgegenzusetzen.²²⁹

Das Scheitern der Pariser Emigrantenvolksfront, von der die SAP einen Impuls für den deutschen Widerstand erhofft hatte, leitete die Annäherung ihrer Auslandsgruppen an die Sozialdemokratie ein; die Richtung dieser Entwicklung war jedoch noch keineswegs abzusehen, als der Krieg die Inlandsorganisation von den Diskussionen der Emi-

gration trennte.²³⁰ Es bleibt festzuhalten, daß die schrittweise Rechtswendung der SAP von taktischen Erwägungen ihren Ausgang nahm, die sich dann mehr und mehr verselbständigten.

Trotz der Gewinnung einzelner neuer Mitglieder während der ersten Jahre der Illegalität hatte sich die Zahl der SAP-Mitglieder im Lauf der Zeit, vor allem durch Einberufungen zur Wehrmacht und zum Arbeitsdienst, aber auch durch einzelne Verhaftungen, reduziert.²³¹ Der sich ständig verschärfende Terror wirkte zweifellos abschreckend.

In ganz Deutschland begannen sich seit der Mitte der dreißiger Jahre die Grenzen zwischen den verschiedenen »Parteien« zu verwischen. Die Erinnerung an die scharfe Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD während der Weimarer Zeit wurde zunehmend durch das gemeinsame Erlebnis der Verfolgung überdeckt. In fast allen Städten entstanden seit 1936 neue Widerstandszentren, gebildet von kleineren, aber »härteren« Gruppen.²³² Diese Entwicklung stellte in Bremen die lineare Fortsetzung der vom ISK und von der SAP schon 1933 begonnenen Praxis dar.

Zum Verhältnis Widerstand – Arbeiterklasse – Nationalsozialismus

Die Nationalsozialisten waren in der Lage gewesen, die legalen Organisationen, die die sozialistische Arbeiterschaft in Jahrzehnten geschaffen hatte, in wenigen Monaten gründlich zu zerstören; sie waren darüber hinaus imstande, die sich in der Illegalität reorganisierenden Reste der Arbeiterbewegung in wachsendem Maß von ihrer natürlichen sozialen Basis – nicht als Individuen, aber als politische Organisationen – zu isolieren. Eine Widerstandsbewegung der Arbeiterschaft als Klasse gab es im Dritten Reich nicht. Selbst der relativ breite sozialistische Widerstand, der nach einer Schätzung bis zu zehn Prozent der ehemaligen SPD- und KPD-Mitglieder, also etwa 100 000–150 000 Personen, umfaßte,²³³ konnte durch die Massenprozesse der Jahre 1934 bis 1936 quantitativ auf einen Bruchteil reduziert werden.²³⁴ Spontane Kampfaktionen einzelner Arbeitergruppen setzten in Übereinstimmung mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gerade dann ein, als der sozialistische Widerstand schon weitgehend zerschlagen war. In einer Fülle kleinerer Abteilungstreiks wehrten sich die Arbeiter gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Erhöhung der Akkordsätze oder Einführung des Akkords; sie kämpften gegen steigende Arbeitsintensität oder für echte Lohnerhöhungen.²³⁵

Für die ersten drei Jahre des Dritten Reichs erlauben die Ergebnisse der Vertrauensrätewahlen den Schluß, daß die Industriearbeiterschaft in ihrer Mehrheit nach wie vor in Opposition stand. An den Vertrauensrätewahlen 1934, deren Ergebnisse wohlweislich nie veröffentlicht wurden, beteiligten sich nach dem Eingeständnis des Führers der DAF, Robert Ley, nur rund 40 % der Stimmberechtigten.²³⁶ Günther Groß nimmt außerdem einen erheblichen Anteil ungültiger, ablehnender oder für »oppositionelle« Kandidaten abgegebener Stimmen an und schätzt den eindeutig bejahenden Anteil auf nur 25 % aller Wahlberechtigten.²³⁷ Die noch stärker terrorisierten und manipulierten Vertrauensrätewahlen von 1935 brachten angeblich 84,6 % Ja-Stimmen. Duhnke hält diese Zahl für zu hoch und rechnet mit 60–65 %.²³⁸ Den entscheidenden Einwand lieferte jedoch die NSDAP selbst, als sie intern zugab, daß die DAF nur das Verhältnis von Ja- zu abgegebenen Stimmen berechnet hätte, während in vielen Betrieben nicht einmal die Hälfte der Belegschaften an den Wahlen teilgenommen habe.²³⁹ Schließlich waren Kandidaturen ehemaliger Gewerkschaftler 1935 von der DAF und den Unternehmern nicht mehr abgelehnt, sondern zum Teil sogar begünstigt worden, um die Stellung der Vertrauensräte bei den Belegschaften aufzuwerten. Solche Kandidaten erhielten im allgemeinen mehr Stimmen als die Nationalsozialisten.²⁴⁰ Die Mißerfolge von 1934 und 1935 veranlaßten die nationalsozialistischen Führer, die 1936 bereits angekündigten Vertrauensrätewahlen auszusetzen. Dabei blieb es bis 1945.

Während dem Verfasser für 1934 nur ein einziges Teilergebnis und für 1935 das offizielle Gesamtergebnis der Vertrauensrätewahlen in Bremen bekanntgeworden sind,²⁴¹ erlauben die Plebiszite vom November 1933 (Austritt aus dem Völkerbund) und vom August 1934 (Vereinigung des Reichspräsidenten- und Reichskanzleramtes in der Person Hitlers) einen Vergleich mit dem Reichsergebnis. Hatte der Anteil der Ja-Stimmen an der Zahl der Stimmberechtigten in Bremen im November 1933 schon fast 5 % unter dem Reichsdurchschnitt gelegen (79,6 %/84,2 %), so erweiterte sich die Differenz im August 1934 auf über 7 %, während auch im Reich die Ja-Stimmen erheblich zurückgingen (71,8 %/79,2 %).²⁴² Das bedeutete eine Steigerung der Nicht-Zustimmung um über 10 % in Bremen.²⁴³ Der Senat äußerte sich sehr beunruhigt über dieses Ergebnis: »Eine Reihe von Wahllokalen zeigt 50 % Nein-Stimmen auf. Hier in Bremen ist durchweg festzuhalten, daß in erster Linie in den Wohngebieten mit überwiegender Arbeiterbevölkerung eine erhebliche Zunahme der Nein-Stimmen erfolgte.«²⁴⁴ Diese mehr oder weniger deutlich artikulierte Opposition suchten die Na-

tionalsozialisten dadurch zu paralysieren, daß sie radikale Belegschaftsmitglieder in Industrien außerhalb Bremens verpflichteten und politisch desinteressierte Landbewohner in die Großbetriebe der Stadt holten.

Die August-Wahlen des Jahres 1934 fielen in die Zeit, als die Konsolidierungsphase der nationalsozialistischen Diktatur gerade erst mit der Ausschaltung der Kräfte der »zweiten Revolution« abgeschlossen worden war.²⁴⁵ Wie von marxistischer Seite vorausgesehen, war Hitler nicht nur gezwungen, sich gegen die »Landsknechte« in der eigenen Bewegung zu wenden, die die sozialrevolutionäre Stimmung in Teilen der SA und NSBO für ihre Interessen auszunutzen gedachten, sondern mußte auch die Hoffnungen des selbständigen Mittelstandes auf eine gegen das Großkapital gerichtete Wirtschaftspolitik bitter enttäuschen.²⁴⁶ Aber selbst ein scharfsinniger Beobachter wie Leo Trotzki unterschätzte die Möglichkeit der NSDAP, einer großen Anzahl ihrer Anhänger die verschiedenartigsten Stellungen im Staatsapparat und in den nach Zahl und Umfang expandierenden Massenorganisationen zu verschaffen. Zusammen mit der überkommenen Bürokratie, die der Nationalsozialismus durch die Garantie ihrer Vorrechte an sich fesselte, bildeten die im Verwaltungs-, Unterdrückungs- und Manipulationsapparat untergebrachten Personen meist kleinbürgerlicher Herkunft eine durchaus massenhafte Stütze des Regimes – eine neue soziale Basis des Faschismus.²⁴⁷ Entgegen der Vorhersage Trozki's degenerierte der Faschismus in Deutschland nicht zu einer bonapartistischen Polizei- und Militärdiktatur,²⁴⁸ sondern gelangte nach der Entmachtung der SA in der Form des »SS-Staates« erst zur vollen Entfaltung.²⁴⁹

Angesichts des Fehlens autonomer Organisationsmöglichkeiten, der weitgehenden Auflösung der Kommunikationszusammenhänge²⁵⁰ in Verbindung mit partiellen materiellen Verbesserungen und nicht zuletzt angesichts der außenpolitischen Erfolge Hitlers seit 1935 fiel die ideologische Beeinflussung durch die Nationalsozialisten auch innerhalb der Betriebsarbeiterschaft zunehmend auf fruchtbaren Boden. Entscheidend dafür war vermutlich, daß die – durch die Arbeiterbewegung in allen ihren Tendenzen wenigstens ansatzweise vermittelte – Fähigkeit systematisch zerstört wurde, in dem Wirrwarr aus widersprüchlichsten individuellen Erfahrungen, offiziellen Informationen und der Einwirkung diverser sozialer Beziehungen wie der Bindung in Betrieb, Familie, Kirchen oder Vereinen gewisse gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen. Für den vereinzelt Menschen in der faschistischen Gesellschaft des »totalitären Monopolkapitalismus« (Neumann) war es nahezu unmöglich, die Gesellschaft als eine durch Interdependenzen

verschiedener Qualität bestimmte Ganzheit wahrzunehmen. Was in der Weimarer Zeit fast als selbstverständlich galt, daß die im ökonomischen Kampf militantesten Arbeiter auch politisch die radikalsten seien, brauchte für das Dritte Reich durchaus nicht mehr zu stimmen. Da die sozialistische Bewegung fehlte, die den Zusammenhang zwischen den Arbeitern verschiedener Berufe, Betriebe und Branchen, zwischen ökonomischem und politischem Klassenkampf herstellte, herrschte im Bewußtsein auch der Arbeiter zeitweilig eine Kombination von Unzufriedenheit über die elementaren Lebens- und Arbeitsbedingungen mit mürrischem Halbvertrauen in das politische System des Faschismus, Bewunderung für Hitlers Außenpolitik und wachsender Verehrung für die Person des »Führers« vor.

Geht man von den industriellen Großbetrieben aus, so kann als Hypothese formuliert werden, daß der ehemals parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierte Kern der Arbeiterklasse dem Regime überwiegend distanziert bis feindselig gegenüberstand, eine Minderheit mit dem Nationalsozialismus sympathisierte oder ihm gar fanatisch anhing und eine zweite Minderheit mehr oder weniger aktiv Widerstand leistete. Das quantitative Verhältnis zwischen diesen drei Gruppen änderte sich während der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft ständig. Aber nur dort, wo es den Nationalsozialisten gelang, das soziale Milieu der Großbetriebe – etwa durch weitgehende Ersetzung der Stammbesetzungen durch Landbevölkerung, Kleinbürgertum, Frauen und im Weltkrieg durch Ausländer – zu zerstören, war dem Widerstand seine Basis definitiv entzogen.²⁵¹ Die relative Stärke des proletarischen Antifaschismus in Bremen während des Dritten Reichs läßt sich nur daraus erklären, daß dort in diesem Bereich niemals ein völliger Erfolg erzielt wurde.

Zur Lage der Arbeiterklasse im Dritten Reich, 1939–1945

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs bedeutete für die deutsche Volkswirtschaft keinen dramatischen Einschnitt. Die spezifische Aufgabe der etwa 1938 in Funktion getretenen Kriegswirtschaft bestand nur darin, alle ökonomischen Kräfte jeweils kurzfristig zu mobilisieren, um die Blitzkriege zu ermöglichen, mit denen Hitler ganz Europa zu unterwerfen hoffte.²⁵² Erst als dieses Konzept Ende 1941 vor Moskau gescheitert war, wurde die Umorganisation auf den totalen Krieg unumgänglich. Die von Todt eingeleiteten und von Speer durchgeführten

Maßnahmen, die von Anfang 1942 bis Mitte 1944 eine Steigerung der Rüstungsproduktion um 222 %/o ermöglichten,²⁵³ waren der konsequente Versuch, die kriegswirtschaftliche Effektivität des Systems zu verbessern, ohne die Interessen der Rüstungskonzerne anzugreifen. Den Selbstverwaltungskörpern der deutschen Industrie wurden dabei eine Reihe unmittelbar staatlicher Aufgaben übertragen.²⁵⁴

Der Krieg führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Bis September 1944 wurden 13 Millionen Männer zur Wehrmacht eingezogen.²⁵⁵ Nachdem 1944 1,6 Millionen Deutsche einberufen worden waren – darunter auch Spezial-Facharbeiter, die man bis dahin geschont hatte²⁵⁶ –, war vermutlich die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft der Produktion entzogen. Unter dem Druck dieser Situation steigerten die Nationalsozialisten ihre bereits vor 1939 mittelstandsfeindliche Industrialisierungspolitik bis zur systematischen Liquidierung großer Teile des Handwerks und Kleinhandels. Die Zahl der in diesen Wirtschaftszweigen beschäftigten Personen sank von Mai 1939 bis Mai 1944 von über 5,3 auf weniger als 3,3 bzw. von 3,0 auf 1,7 Millionen. Seit Juni 1944 erzwangen die Nationalsozialisten im Zug einer weiteren Mobilisierung erneut die massenweise Schließung von Handwerksbetrieben und Geschäften.²⁵⁷ Es liegt auf der Hand, daß eine dermaßen rasche Integration Hunderttausender verbitterter Kleinbürger in den Produktionsprozeß bei gleichzeitiger Entfernung eines Großteils der in ihrem Milieu verwurzelten Arbeiter Auswirkungen auf das Bewußtsein der Gesamtarbeiterklasse haben mußte.²⁵⁸ In dieselbe Richtung wirkte die Heranziehung berufsloser Frauen, die jedoch weit hinter dem Arbeitskräftebedarf zurückblieb.²⁵⁹

Wenn es quantitativ weitgehend gelang, die enormen Abgänge zur Wehrmacht auszugleichen, dann war dies nur durch den Einsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener möglich, deren Zahl von 1,2 Millionen im Jahr 1940 auf 6,3 Millionen im Jahr 1943 stieg und im September 1944 mit 7,5 Millionen ihren Höchststand erreichte.²⁶⁰ In der Industrie stellten die Ausländer im Mai 1944 knapp 30 %/o der Beschäftigten.²⁶¹ In Bremen lebten im vorletzten Kriegsjahr zwischen 25 000 und 30 000 ausländische Arbeiter.²⁶² Darunter bildeten die ca. 12 000 »Ostarbeiter« – normalerweise wurden nur die sowjetischen Arbeitskräfte so bezeichnet, doch sind in diesem Fall offenbar die Polen mit einbezogen – die stärkste Gruppe.²⁶³ In der Deschimag stellten die Fremdarbeiter mit 3000–4000 Personen knapp ein Viertel der während des Krieges 12 000 bis 17 000 Belegschaftsmitglieder.²⁶⁴ Der Bremer Senat erklärte es zur »dringendsten Pflicht aller beteiligten

Stellen, aus den hier eingesetzten ausländischen Arbeitskräften das möglichste herauszuholen.«²⁶⁵

Die nationalsozialistische »Neuordnung« des Kontinents sollte den deutschen Arbeiter zum »Vorarbeiter Europas«²⁶⁶ machen und so dem deutschen Imperialismus eine stabile Massenbasis verschaffen. Die Spaltung des Industrieproletariats nach Nationalitäten zunächst innerhalb der Reichsgrenzen war ein kalkulierter Nebeneffekt der massenweisen Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte, die durchweg schlechter lebten als ihre deutschen Kollegen und zum überwiegenden Teil »minderqualifizierte, schwere und schmutzige Arbeiten« verrichten mußten.²⁶⁷ Sie erhielten, selbst wenn sie Facharbeiter waren, im allgemeinen die Löhne einheimischer Ungelernter der betreffenden Branche und konnten nicht die gleichen Leistungen der Sozialversicherung beanspruchen wie die Deutschen, obwohl von ihnen die gleichen Abzüge vom Lohn einbehalten wurden.²⁶⁸ Die Fremdarbeiter wohnten meist in geschlossenen Barackenlagern, von denen es in Bremen 170 gab.²⁶⁹ Dadurch sollten Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern soweit wie möglich verhindert werden. Die verschiedenen Volksgruppen unter den Fremdarbeitern wurden sehr unterschiedlich behandelt. So waren die Polen in arbeitsrechtlichen und Entlohnungsfragen schlechter gestellt als die Franzosen und die Russen schlechter als die Polen.²⁷⁰ Innerhalb der einzelnen Nationalität wurde vielfach nach »Leistungsgruppen« unterschieden.²⁷¹ Eine Stufenleiter disziplinarer Maßnahmen²⁷² sollte – neben der besonderen Aufmerksamkeit von Polizei und Gestapo – die Fremdarbeiter einschüchtern und von Widerstand abhalten.

Wegen des Raubbaus, den die Betriebe zum Teil mit der billigen Arbeitskraft trieben, erließ der Generalbevollmächtigte für Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, mehrere Anordnungen, um eine ausreichende Reproduktion der ausländischen Arbeitskraft zu gewährleisten. Vom 21. August 1944 an erhielten die Kriegsgefangenen und Ostarbeiter wenigstens quantitativ gleiche Nahrungsmittelzuteilungen wie die Deutschen.²⁷³ Der angestrebte Erfolg blieb jedoch insgesamt aus; Arbeitsunlust und Widersetzlichkeit verstärkten sich seit 1941 unablässlich. Die Zahl der wegen Streiks verhafteten Fremdarbeiter stieg in der ersten Jahreshälfte 1944 von 27 048 im Januar auf 41 225 im Juni.²⁷⁴ In derselben Zeit mußten monatlich 20 000–30 000 entflozene Arbeiter wieder eingefangen werden.²⁷⁵ Die – trotz Zensur! – in den Briefen an Angehörige zum Ausdruck gebrachten Klagen nahmen immer feindseligeren Charakter an.²⁷⁶ Die hauptsächlich nach der Kriegswende einsetzende Widerstandsbewegung unter den Kriegsgefangenen ver-

stärkte sich gegen Ende des Jahres 1944.²⁷⁷ Angesichts dieser Entwicklung befürchteten die Bremer Behörden Unruhen und Aufstände der Fremdarbeiter im Fall einer Invasion Norddeutschlands und schnitten ihre Alarmpläne darauf zu. Entgegen den Erwartungen hielten sich die Ausländer jedoch bis zum Ende der Kampfhandlungen in der Region zurück.²⁷⁸

Die Revolution von 1918/1919 war für die nationalsozialistischen Führer, insbesondere für Hitler, ein traumatisches Erlebnis gewesen:²⁷⁹ Einen »Dolchstoß« durfte es im Zweiten Weltkrieg nicht noch einmal geben. Die – aus militär- und wirtschaftsstrategischen Erwägungen entstandene – Konzeption der Blitzkriege hatte den Vorteil, daß sie der arbeitenden Bevölkerung weniger Lasten aufbürdeten als der Stellungskrieg von 1914 bis 1918. Die Versorgung der Bevölkerung war im Zweiten Weltkrieg besser vorausgeplant als im Ersten. Angesichts der Ausplünderung der besetzten Gebiete, der Lieferung nicht offiziell rationierter Lebensmittel ins Reich und der reichlichen Ernährung der Wehrmachtangehörigen trifft Kuczynskis überspitzte Bemerkung im Kern wohl zu: »Von Mai 1940 bis Mai 1941 war der deutsche Soldat für seine Familie weniger ein Gegenstand täglicher Sorge – denn die Verluste waren nicht viel größer als die üblichen Verkehrsunfälle –, sondern vielmehr Quelle geraubter Gaben, Butter wie Seidenstrümpfen.«²⁸⁰

Die Lebensmittelversorgung blieb relativ günstig, bis 1944 infolge der vernichtenden Niederlagen und Gebietsverluste eine deutliche und zunehmende Verschärfung der Situation einsetzte.²⁸¹ Schon vorher hatten sich jedoch wiederholt Schwierigkeiten ergeben. Bereits die erste einschneidende Kürzung der Rationen im März 1942 hatte die Stimmung der Werktätigen »auf einen im Verlauf des Krieges bisher noch nicht festgestellten Tiefstand« absinken lassen.²⁸² Der nationalistische Rausch als Folge der großen Siege von 1939 bis 1941 hatte immer nur für kurze Zeit den konstanten Unmut der Arbeiter über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen überdeckt.²⁸³ Die knapp bemessenen und nur für Schwerst- und Schwerarbeiter voll ausreichenden Rationen mußten insbesondere deshalb im Lauf der Zeit zu Leistungsabfällen führen, weil seit Kriegsbeginn der Arbeitstag bedeutend verlängert worden war, für Männer im Durchschnitt um zwei Stunden.²⁸⁴

Die Auswirkungen des Fremdarbeitereinsatzes auf das Bewußtsein der deutschen Arbeiter hingen davon ab, wie weit der Umschichtungsprozeß vorangeschritten war, in welchem Grad die deutschen Arbeitskräfte durch die Teilnahme am Werkschutz und die Übertragung von

Vorgesetzten- und Aufseherpositionen in den Unterdrückungsapparat einbezogen waren.²⁸⁵ Wahrscheinlich konnten die nationalsozialistische Ideologie und Mentalität vor allem dort in die Arbeiterschaft eindringen, wo der größte oder jedenfalls ein überdurchschnittlicher Teil der Belegschaft aus Fremdarbeitern bestand und außerdem keine starke gewerkschaftliche Tradition vorhanden bzw. diese verschüttet war. Es ist bezeichnend für den relativen Erfolg der nationalsozialistischen Arbeitspolitik, daß der Anteil der ausländischen Arbeiter an den im Jahr 1942 wegen Beteiligung an Streikaktionen Verhafteten 83 % betrug. Bis 1944 wuchs dieser Anteil noch weiter an.²⁸⁶

Der Widerstand im Krieg

Die Einberufungen im Zusammenhang mit dem deutschen Angriff auf Polen im Spätsommer 1939 entrissen den Bremer Widerstandszirkeln fast alle jungen Leute.²⁸⁷ Hatte die Mobilisierung zunächst die in der Stadt vorhandene Anti-Kriegsstimmung bedrohlich aktualisiert und der Opposition Auftrieb gegeben, so schlug die »schlechte Stimmung« nach den ersten militärischen Erfolgen in eine Welle des Nationalismus um, die bis in die Reihen des politisierten Teils der Arbeiterschaft reichte.²⁸⁸ Zudem kam es wenige Tage nach Kriegsbeginn zu einer Verhaftungswelle, der in Bremen auch diejenigen ehemaligen Arbeiterfunktionäre zum Opfer fielen, die bei früheren Aktionen verschont geblieben waren.²⁸⁹ Der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt trug in dieser Situation erheblich zur Verwirrung der zurückgebliebenen oppositionellen Kräfte bei und ließ die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in einer seit 1934 nicht mehr erlebten Schärfe zutage treten. Die Bremer Kommunisten, die von 1939 bis 1941 von Beauftragten des Zentralkomitees unterstützt worden sollen,²⁹⁰ antworteten auf die weitverbreitete Ablehnung des Vertrags in sozialistischen Kreisen mit einem Flugblatt, in dem die SPD als »Verräter« und »Verbündeter der Imperialisten« bezeichnet wurde.²⁹¹ Die SAP-Kader teilten zwar nicht die emotionelle Erregung vieler Sozialdemokraten, vermochten aber angesichts der deutschen und westalliierten Propaganda nicht einzuschätzen, ob es sich um ein taktisches Manöver Stalins, um das erzwungene Eingeständnis seiner Unterlegenheit oder um die dramatische Loslösung der Sowjetunion von der internationalen Arbeiterbewegung handelte.²⁹²

Nachdem der Sieg über Frankreich zu einer grandiosen nationalen Begeisterung geführt hatte,²⁹³ war der Höhepunkt der Identifikation

breitester Volksschichten mit der nationalsozialistischen Führung überschritten. Anlässlich des Angriffs auf die Sowjetunion soll es auf den Bremer Werften erstmals wieder zu offenen Verbrüderungsszenen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen sein.²⁹⁴ Die Ende 1941 mit dem Abwehrsieg der Roten Armee und dem Kriegseintritt der USA vorausbestimmte und mit dem Fall Stalingrads ein Jahr später endgültig erfolgte Wende der militärischen Situation förderte den sich schon vorher anbahnenden Ablösungsprozeß der Bevölkerung, und die Kapitulation der Afrika-Armee einige Wochen später ließ die Massenunterstützung für den Nationalsozialismus – allerdings nur vorübergehend – auf ihren tiefsten Stand sinken. Zu diesem Zeitpunkt dürfte, so meint Steiner, »schwerlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung« das nationalsozialistische Regime rückhaltlos bejaht haben.²⁹⁵

Eine besondere Rolle spielte in Bremen seit Mai 1940 der Luftkrieg, der im Lauf der Zeit einen deutlichen Stimmungsumschwung verursachte. Als Hafenstadt, Verkehrsknotenpunkt, Stadt mit Schiffbau-, Flugzeug- und Autoindustrie war Bremen starken Angriffen ausgesetzt. Bei 173 Luftangriffen wurden rund 42 000 Sprengbomben und 848 000 Brandbomben über der Stadt abgeworfen.²⁹⁶ Obwohl gerade Arbeiterwohnbezirke von den Bombardements betroffen waren, schlug die Angst vor den zunehmend schwereren Luftangriffen – wie die Antifaschisten nach dem Krieg beteuerten – »nicht in Haß gegen die Alliierten oder die Widerstandsgruppen um, sondern führte zu einer stummen, um sich greifenden Opposition gegen den Krieg.«²⁹⁷ Nach Luftangriffen soll die Agitation gegen die Fortsetzung des Kriegs auf besonders fruchtbaren Boden gefallen sein.²⁹⁸

Neben der allgemeinen Antikriegs-Propaganda wurde von den Kommunisten und der SAP die Aufklärung über die Sowjetunion sehr wichtig genommen, um der nationalsozialistischen Rußland-Propaganda entgegnetreten zu können.²⁹⁹

Die SAP-Kader arbeiteten während der ganzen Zeit als gesonderter revolutionärer Kern weiter und waren sogar mit der als eine Art Parteizentrale fungierenden SAP-Organisation der Reichshauptstadt³⁰⁰ durch vierteljährliche Kurierfahrten verbunden. In den Betrieben suchten die fest organisierten Kader lose Betriebsgruppen um sich zu bilden – unter Einschluß möglichst aller antifaschistischen Tendenzen in der Arbeiterklasse. Die Bedingungen dafür waren jedoch in den einzelnen Großbetrieben sehr unterschiedlich. Durch Kriegserfordernisse rasch aufgeblähte Betriebe, wie die Flugzeugwerke Focke-Wulff und die Automobilfabrik Borgward, erlaubten keine breite Arbeit. Um jeweils 30 bis 40 Mitglieder antifaschistischer Betriebszellen sollen sich

300 bis 400 Sympathisanten gruppiert haben.³⁰¹ Wesentlich günstiger waren die Voraussetzungen in den Werftbetrieben, wo ein besonders großer Teil der Belegschaften zum Stammpersonal gehörte und nicht ohne wirtschaftliche Komplikationen ausgetauscht werden konnte. In der Werftabteilung der Atlas-Werke bildeten die Antifaschisten feste Diskussionsgruppen, in denen besonders die Kriegsereignisse besprochen und die Nachrichten der BBC ausgetauscht wurden. Das »Arbeiten nach Vorschrift« war eine weitverbreitete indirekte Widerstandsform.³⁰² Erleichternd wirkte sich aus, daß die Betriebsleitung an den nach wie vor überwiegend sozialdemokratischen Meistern festhielt. Die Nationalsozialisten sollen vollständig isoliert gewesen und unter starkem moralischen, bisweilen sogar physischen Druck ihrer Kollegen gestanden haben.³⁰³

An der Spitze der Arbeiteropposition stand auch im Krieg die Belegschaft der Weserwerft der Deschimag. Hier hatten die Arbeiter 1934 anlässlich des Stapellaufs der »Scharnhorst« bei Anwesenheit Hitlers einen Skandal verursacht, als sie sich demonstrativ weigerten, das Horst-Wessel-Lied mitzusingen.³⁰⁴ Von einem Augenzeugen wird berichtet, daß sich zehn Jahre später ein vergleichbarer Vorfall ereignete.³⁰⁵ Nach vermutlich übertriebenen Angaben sollen 150 bis 200 Deschimag-Arbeiter in Betriebsgruppen organisierte Antifaschisten gewesen sein, zu denen noch 1200 bis 1500 eindeutige Sympathisanten gekommen seien.³⁰⁶ Zwei Drittel der Belegschaft seien im weiteren Sinn als antifaschistisch einzustufen gewesen.³⁰⁷ Es ist geradezu unverständlich, warum die Bremer nationalsozialistische Führung nicht verhinderte, daß bekannte ehemalige Arbeiterfunktionäre wie Emil Theil³⁰⁸ und der frühere kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete Oskar Eichentopf ausgerechnet auf der Weserwerft Beschäftigung fanden. Auch Adolf Ehlers arbeitete seit 1938 wieder bei der Deschimag, wo ihm zuletzt sogar eine Tätigkeit zugeteilt wurde, die ideale Kommunikationsmöglichkeiten bot.³⁰⁹ Entgegen den Intentionen der Nationalsozialisten rekrutierten sich ihre Anhänger innerhalb der Arbeiterschaft in Bremen zum geringsten Teil aus den qualifizierten Facharbeiterberufen, sondern fast ausschließlich aus den ungelernten Arbeiterschichten, die auf der Weserwerft 300 bis 400 nationalsozialistische Funktionsträger – Werkschutz, DAF-Obleute und Vertrauensleute – stellten.³¹⁰ Es bestätigte sich, daß der früher gewerkschaftlich organisierte, sozialdemokratisch oder kommunistisch wählende Facharbeiter am resistenzfähigsten gegenüber dem Nationalsozialismus war.³¹¹

Die Herausbildung zahlreicher antifaschistischer Betriebsgruppen in Bremen fiel in die Zeit verstärkter kommunistischer Anstrengungen.

Die meist von haftentlassenen KP-Funktionären auf lokaler bzw. regionaler Ebene ins Leben gerufenen Widerstandsorganisationen fühlten sich nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion ungeachtet des persönlichen Risikos verpflichtet, für die Sabotage der Rüstungsproduktion und den Sturz des Hitler-Regimes zu agitieren.³¹² Ein Teil dieser Gruppen, wie die Hamburger Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe, die sich vorwiegend auf Zellen in den Hamburger Werftbetrieben stützte, wurde schon 1942 zerschlagen. Über den ehemaligen Leiter der RGO und danach des Kampfbundes gegen den Faschismus in Bremen, Richard Heller, hatte die Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe im Frühsommer 1942 auch Verbindung zu einem kleinen kommunistischen Zirkel in Bremen aufgenommen. Die Organisation wurde jedoch zerschlagen, bevor die Arbeit in Bremen richtig angelaufen war.³¹³ Etwa in dieser Zeit hielt sich Alfred Kowalke im Rahmen des Einsatzes der Knöchel-Gruppe als Instrukteur des ZK der KPD in Bremen auf.³¹⁴ Insgesamt kann über die kommunistische Widerstandstätigkeit in Bremen nach der Zerschlagung der Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe wenig Konkretes ausgesagt werden. Die bereits in den dreißiger Jahren inhaftierten KPD-Funktionäre Leo Drabent und Johannes Neumann wurden im März 1943 zusammen mit neun weiteren Personen wegen revolutionärer Zellenbildung verhaftet und am 20. November 1944 hingerichtet, ohne daß ihnen tatsächliche Widerstandsakte nachgewiesen worden waren.³¹⁵ Ein Hinweis Wolters' deutet darauf hin, daß kommunistische Organisationskerne bis zur Besetzung der Stadt fortbestanden.³¹⁶

Ausgehend von Berlin, Thüringen und Sachsen, gelang es dem kommunistischen Widerstand 1943/44, ein überregionales, von einer neuen operativen Inlandsleitung der KPD geführtes Netz von arbeitenden Gruppen und Einzelkontakten aufzubauen, das etwa 10 000 Personen umfaßt haben soll. Die Zerschlagung dieses letzten Versuchs zentralisierter kommunistischer Arbeit und die anschließende Hinrichtung von 1800 Genossen beraubten die KPD auf einen Schlag der meisten ihrer qualifiziertesten Funktionäre.³¹⁷ Diese Hinrichtungen, die Hinrichtung der am 20. Juli-Putsch beteiligten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, der sich bis Kriegsende weiter verschärfende tägliche Terror gegen die sozialistische Opposition, schließlich die Ermordung einer großen, noch unbekanntenen Zahl von Häftlingen unmittelbar vor dem Einmarsch der Alliierten³¹⁸ schwächten die Arbeiterbewegung – und damit die auf gesellschaftliche Veränderung in der Zeit nach dem Krieg drängenden Kräfte – noch in der Endphase des nationalsozialistischen Regimes in kaum abzuschätzendem Ausmaß.

Ende 1943 tauchte in der Bremer SAP-Gruppe erstmals der Gedan-

ke an eine antifaschistische Sammelbewegung auf.³¹⁹ Seit Ende Mai 1944 kam es auf Initiative von Ehlers und Busch zu regelmäßigen Zusammenkünften der wichtigsten SAP-Funktionäre mit ehemaligen Funktionären des ISK, der SPD, der KPD und der Deutschen Friedensgesellschaft, aus denen sich im Lauf der Zeit der Kern des späteren Zentralvorstandes der KGF entwickelte. Nach differierenden Angaben waren Ende 1944 etwa 400 bzw. 250 Antifaschisten fest mit diesem Kreis verbunden.³²⁰ Während dieser Zeit lernte Ehlers den Kommunisten Hermann Wolters kennen, der nach mehrjähriger Haft 1940 in seine Geburtsstadt Bremen übersiedelt war.³²¹ Die enge persönliche und politische Verbindung, die sich zwischen dem »Konzeptor« und Organisator Ehlers und dem Aktivistem Wolters entwickelte, bildete bei allen weiteren in diesem Buch geschilderten politischen Vorgängen einen wesentlichen dynamischen Faktor. Bei ihren Diskussionen gingen die Initiatoren der Zusammenkünfte davon aus, daß die Kontinuität der alten Arbeiterbewegung durch den Terror im ganzen zerstört sei. Daher könne die antifaschistische Bewegung nicht ohne weiteres an die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse vor 1933 anknüpfen, sondern müsse sich auf noch breiterer Grundlage – möglichst unter Einschluß bürgerlich-demokratischer Kräfte – konstituieren.³²² Anfang 1944 hatte die Bremer SAP bereits ein Aktionsprogramm der illegalen KPD unter dem Motto: »Einheitsfront von General Seydlitz bis W. Pieck« für die erste Etappe des sozialistischen Kampfes akzeptiert.³²³

Schon aus pragmatischen Erwägungen suchte der antifaschistische Zirkel Verbindung zu all jenen bürgerlichen Kreisen, die sich unter dem Eindruck der drohenden militärischen Katastrophe darüber klar wurden, daß die Fortführung des Krieges die Existenzgrundlage aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes zunehmend in Frage stellte. Als Verbindungsmann zu diesen Personen und Personengruppen fungierte August Hogrefe, der seit Ende 1943 im Haus des Syndikus der Gauwirtschaftskammer, Dr. Karl Kohl, wohnte. Über Kohl lernte Hogrefe den Adjutanten der Wehrersatzinspektion, Oberstleutnant Albert Raspe, kennen, der eine Gruppe Offiziere um sich gesammelt hatte, die die Fortsetzung des Krieges für unverantwortlich hielten. Raspe half in der Folgezeit den Antifaschisten, indem er in Verdacht geratene Personen zur Wehrmacht einzog und an die Front schickte, bevor die Gestapo zupacken konnte.

Diese Befugnis bildete das Kernstück eines kurz vor der Besetzung Bremens unter den Antifaschisten diskutierten Plans zur Beendigung des nationalsozialistischen Regimes und des Krieges im Raum Bremen:

200 zuverlässige Werftarbeiter sollten eingezogen werden und, als Sonderkommando ausgerüstet, die Parteileitung verhaften. Raspe lehnte letztlich ab, da die bei Verden liegenden SS-Truppen einen Erfolg nahezu ausschlossen. Schwarzwälder äußert wohl zu Recht Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Plans.³²⁴ Da auch die Absichten des Präses der Gauwirtschaftskammer, Dr. Karl Bollmeyer, den Kampfkommandanten Bremens, General Fritz Becker, zu erschießen, ebensowenig ausgeführt wurden wie vergleichbare Pläne des Polizeipräsidenten, Johannes Schroers, und die Versuche des amtierenden Regierenden Bürgermeisters, Richard Duckwitz, scheiterten, den Gauleiter für das Weser-Ems-Gebiet, Paul Wegener, zu einer Aufgabe des Kampfes zu überreden, fand die nationalsozialistische Herrschaft in Bremen erst mit der Eroberung der Stadt durch die Engländer vom 25. bis 27. April 1945 ihr Ende.³²⁵ Am Vormittag des 27. April rückten die ersten amerikanischen Verbände in Bremen ein. Die Freie Hansestadt Bremen war Besatzungsgebiet der USA.

2. Gesellschaftliche Entwicklungen in den westlichen Besatzungszonen, vornehmlich in Bremen, 1945-1946

Grundlegende Interessen und Kriegsziele der Siegermächte, vor allem der USA

Deutschland erlitt im Zweiten Weltkrieg eine totale Niederlage, die seine Zukunft in erster Linie von den Interessen der Besatzungsmächte und deren Kräfteverhältnis untereinander abhängig machte.¹ Das Bündnis der Sieger, die »Anti-Hitler-Koalition«, war aufgrund der gewaltsamen Expansion der faschistischen Staatengruppe schrittweise zustande gekommen, ermangelte aber einer einheitlichen langfristigen Kriegszielkonzeption; die Gegensätze zwischen den Alliierten wurden nur zeitweilig in den Hintergrund gedrängt. Die Interessenunterschiede waren sowohl durch die verschiedenartigen sozialökonomischen und politischen Systeme als auch durch die jeweils spezifische Position bedingt, in die der Krieg die Sieger gebracht hatte.

Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Kampfs gegen Deutschland getragen und auf ihrem Territorium die Kriegswende herbeigeführt. Insgesamt hatte die UdSSR etwa 20 Millionen Menschen und volkswirtschaftliche Werte von 128 Mrd. Dollar verloren.² Eine nüchterne Bestandsaufnahme führt angesichts der enormen Verluste und Zerstörungen zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion trotz ihres schließlichen militärischen Erfolgs lebensgefährlich erschöpft aus dem Krieg

hervorging. Einen neuen Krieg für absehbare Zeit zu verhindern war die Grundbedingung ihrer Weiterexistenz. Die meisten von den Sowjets vor und nach Kriegsende aufgestellten Forderungen standen unter militärisch-sicherheitspolitischen Gesichtspunkten.

Die internationale kommunistische Bewegung war von Stalin seit den zwanziger Jahren in eine außenpolitische Agentur des Sowjetstaates umfunktioniert worden. Revolutionäre Bewegungen wurden eingedämmt oder gar – wie in Spanien – gewaltsam bekämpft, sofern sie mit der russischen Diplomatie kollidierten. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war die Sowjetführung zum ersten Mal seit ca. 25 Jahren mit einer *weltweiten* national- und sozialrevolutionären Welle konfrontiert. Während die Kommunisten Westeuropas angewiesen wurden, den Wiederaufbau stabiler bürgerlicher Nationalstaaten zu unterstützen, um die UdSSR nicht in Schwierigkeiten mit den Westmächten zu verwickeln, verfolgte die Sowjetunion in den besetzten Ländern Ost- und Mitteleuropas eine pragmatische Politik, die an der machtpolitischen Absicherung des »Sozialismus in einem Land« sowie an den Wiederaufbaubedürfnissen der russischen Wirtschaft orientiert war und Sozialstruktur und Interessen dieser Länder nur insoweit berücksichtigte, als jene Ziele davon tangiert wurden. Die durch die persönliche Diktatur Stalins repräsentierte privilegierte sowjetbürokratische Schicht unterschied sich aber in einem zentralen Punkt von den herrschenden Klassen des Kapitalismus: Sie verteidigte das sowjetische System samt seiner kollektivistischen Produktionsweise gegen alle gewaltsamen und friedlichen Versuche, eine soziale oder politische Veränderung einzuleiten, da ihre Herrschaft gerade auf den neuen nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen beruhte.³ Allein daraus ergab sich ein gewisser Gegensatz zu den kapitalistischen Mächten.

Deutschland gegenüber standen die Forderung nach dessen Ausschaltung als potentiell militärischem Faktor, d. h. nach industrieller Abrüstung, und das Verlangen nach Reparationsleistungen zum Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft im Mittelpunkt. Dabei war die Sowjetunion in der Frage der politischen Gestaltung des Reichs mit Einschränkungen – insbesondere bezüglich der Ostgrenze – flexibel, auch was die Frage der nationalen Einheit betraf. Als Partner boten sich neben den Westalliierten einheimische Kräfte an, und jede der beiden Alternativen erforderte eine spezifische Deutschlandpolitik. Wenngleich die Sowjetunion unter dem Druck der Ereignisse in der Reparationsfrage und der Frage des Industrieniveaus, etwa bei der Stahlquote, einige Zugeständnisse machte,⁴ sah sie ihren Spielraum bei diesen für sie zentralen Anliegen als wesentlich enger an.

Das Eintreten der sowjetischen Besatzungsmacht für einen »harten« Frieden war der entscheidende Grund dafür, daß sie weder im deutschen Bürgertum noch in der deutschen Arbeiterklasse außerhalb der KPD einen Bündnispartner finden konnte. Das Verhalten der Roten Armee bei der Eroberung Ostdeutschlands und die rücksichtslosen Reparationsentnahmen aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ),⁵ die Ansätze eines geplanten wirtschaftlichen Aufbaus weitgehend wirkungslos machten, ließen im Bewußtsein fast aller Deutschen die Zeichen des Entgegenkommens in den Hintergrund treten. KPD und SED wurden aufgrund ihrer politischen Abhängigkeit von der KPdSU mit dem Verdikt der »Russenparteien« belegt. So wurde die sowjetische Besatzungspolitik zur Hauptursache für das Scheitern des linken Flügels der Arbeiterbewegung in Westdeutschland.

Der Antikommunismus der meisten Deutschen in der Nachkriegszeit kann keinesfalls allein oder vorwiegend als Residuum der nationalsozialistischen Herrschaft gedeutet werden. Zweifellos war es der NSDAP gelungen, in breitesten Volksschichten starke irrationale Empfindungen gegen die Sowjetunion und den Kommunismus zu wecken oder zu aktivieren. Andererseits geht aus den Stimmungsberichten nationalsozialistischer Institutionen hervor, daß mit dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad ein – sicher äußerst widersprüchlicher – Meinungsumschwung begonnen hatte, der in erster Linie auf der erfahrenen Widerlegung der Propagandabehauptungen über die Unfähigkeit des sowjetischen Systems und die Unterlegenheit des »russischen Menschen« beruhte.⁶ Auch positive Eindrücke von »Ostarbeitern«, z. B. wegen ihrer relativ guten Schulbildung, spielten eine Rolle. Erst die Berichte ostdeutscher Flüchtlinge über Ausschreitungen sowjetischer Soldaten führten jäh zu erneuter Übernahme des offiziell verkündeten Feindbildes. In ganz Ost-Mitteleuropa mit Ausnahme der Tschechoslowakei scheint die Anwesenheit der Roten Armee der Massenunterstützung für die einheimischen Kommunisten geschadet zu haben.⁷ Wahrscheinlich hätte es die Sowjetunion in Deutschland auch bei einem anderen Auftreten ihrer Truppen und einer fundamental unterschiedlichen Politik nicht leicht gehabt, Sympathien zu gewinnen; aber den Antikommunismus als Ergebnis reiner Manipulation anzusehen, ohne die Bedeutung des realen Verhaltens der sich als kommunistisch deklarierenden Macht zu berücksichtigen, heißt, eine grundlegende Tatsache der Nachkriegsgeschichte zu leugnen, daß nämlich die sowjetische Deutschlandpolitik bei ihrer machtpolitischen Ausrichtung in einen objektiven Interessengegensatz zur deutschen Arbeiterbewegung einschließlich ihres kommunistischen Teils geraten mußte – sowohl in bezug auf das Streben

nach einer aus den einheimischen Bedingungen abgeleiteten Strategie gesellschaftlicher Umwälzung als auch in bezug auf die Verteidigung unmittelbarer Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten.

Von allen Siegermächten besaß Frankreich die eindeutigste Interessenlage. Es hatte seine Stellung als Großmacht verloren und trachtete danach, sie wiederzugewinnen. Die Ausschaltung Deutschlands sollte nach französischer Auffassung durch seine Zerstückelung, die Angliederung des Saargebiets an Frankreich, die Abtretung des Rhein-Ruhr-Gebiets und durch umfangreiche industrielle Demontagen und Reparationen erfolgen. Nach der Potsdamer Konferenz, auf der Frankreich nicht vertreten gewesen war und an deren Beschlüsse es sich daher nicht gebunden fühlte, blockierten die Franzosen die Einrichtung der dort beschlossenen zentralen Verwaltungsgämter.

Im Unterschied zu Frankreich hatte sich Großbritannien zwar gegen die deutsche Militärmaschine behaupten können, aber den Abstieg des Britischen Imperiums hatte der Weltkrieg nichtsdestoweniger entscheidend beschleunigt. Churchill, der diese Tatsache wenigstens teilweise begriff, strebte daher neben der Verteidigung des Empire die Schaffung eines westeuropäischen Blocks unter britischer Führung an – eines Blocks, der stark genug sein mußte, sowohl Deutschland als auch vor allem Rußland in Schach zu halten. In Osteuropa sollte ebenfalls eine Föderation entstehen, die jedoch auf schärfste Opposition der UdSSR stoßen mußte. Die Haltung der britischen Regierung Deutschland gegenüber war pragmatisch und änderte sich je nach Kriegslage. Churchill wollte durch seine »antikommunistische Realpolitik« (Schwarz) einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Mitteleuropas mit seinen unabsehbaren politischen Folgen verhindern; gleichzeitig verlangte aber das Interesse der britischen Industrie die Beschränkung der deutschen Konkurrenz. Die Labour-Regierung, die deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mit hohen Erwartungen begrüßten, setzte die Deutschlandpolitik der Konservativen im wesentlichen fort. Sie geriet zudem 1946 in unmittelbare Abhängigkeit von den USA.⁸ Die Fortsetzung der Konkurrenzdemontagen durch die Briten nach der Wende der amerikanischen Besatzungspolitik diskreditierte in den Augen der deutschen Arbeiter nach der Sowjetunion auch Großbritannien in besonderem Maß⁹ und schadete vermutlich der Sozialdemokratie, die – nicht ohne eigenes Zutun – mit der britischen Politik identifiziert wurde.

Die USA waren als einziges großes kapitalistisches Land mächtiger aus dem Weltkrieg hervorgegangen, als sie in ihn hineingegangen waren. Das gilt gleichermaßen für das ökonomische¹⁰ wie für das militä-

rische Gebiet, auf dem der Besitz des Atomwaffenmonopols eine absolute Vorrangstellung in der Welt verschaffte. Weitaus stärker als für die anderen Siegermächte war für die USA die Politik gegenüber dem geschlagenen Deutschland eine Funktion ihrer weltpolitischen Ziele und Aktionen. Es ist vor allem das Verdienst Gabriel Kolkos, die »amerikanische Strategie« (Krippendorff) während der vierziger Jahre offengelegt und analysiert zu haben.¹¹ Ausgehend von den grundlegenden Gemeinsamkeiten der »policy-makers« in Washington, weist Kolko nach, daß das allen Einzelplanungen übergeordnete Hauptkriegsziel der USA in der Rekonstruktion eines einheitlichen und liberalisierten Weltmarkts (»One World«) bestand, der dem ungehinderten Waren- und Kapitalexport der amerikanischen Wirtschaft offenstehen würde (»Open Door«). Der Zerfall des Weltmarkts in den dreißiger Jahren und die Entstehung faschistischer Regime in Europa und Japan galten als Folgen der Weltwirtschaftskrise seit 1929. Die Rekonstruktion des Weltmarkts erforderte aber nicht nur, die faschistische Staatengruppe auszuschalten, sondern machte es ebenso notwendig, die linken Kräfte in Europa und der Dritten Welt zurückzudrängen, den Sterling-Block zu zerbrechen und jeden Versuch zu verhindern, den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorwiegend auf der Grundlage einer national-dirigistischen Politik zu betreiben. Ambivalent mußte die amerikanische Außenpolitik – in besonderem Maß gegenüber Deutschland – nicht nur wegen der Differenzen innerhalb der Schicht der Washingtoner »decision-makers« über die gebotenen konkreten Handlungen zur Erreichung des strategischen Ziels der »One World« unter amerikanischer Dominanz erscheinen, sondern auch wegen des zunächst noch unklaren Gewichts und Verhaltens der verschiedenen Gegenspieler.

Die traditionelle, vom Kalten Krieg bestimmte Richtung der zeitgeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik hat die deutschlandpolitische Debatte in den USA seit 1944 als Auseinandersetzung zwischen Anhängern eines »harten« und eines »weichen« Friedens interpretiert, wobei erstere weitgehend mit der amerikanischen Linken, letztere mit den konservativen Kräften identifiziert wurden. Durch diese Interpretation wurde mehr oder weniger deutlich suggeriert, daß Deutscheindlichkeit, prosowjetische Einstellung und innenpolitische Linksorientierung eine Einheit gebildet hätten, zusammengehalten durch – je nach Akzentsetzung des Autors – die Naivität, den Fanatismus oder den Machiavellismus des Präsidenten Roosevelt. Walter Dorn hat schon 1958 darauf hingewiesen, daß die in mancher Hinsicht mit der »harten« Fraktion in den USA vergleichbaren An-

hänger Lord Vansittarts in Großbritannien überwiegend als konservativ galten und daß es gerade der linke Flügel der Labour Party war, der sich der von den Vansittaristen propagierten Unterdrückungspolitik aus internationaler Solidarität entgegenstellte.¹² Die amerikanischen Verfechter des »harten« Friedens waren nur zum Teil Repräsentanten der dortigen – nicht sozialistischen, sondern reformkapitalistischen – Linken, andernteils jedoch – und nur dieser Teil konnte vorübergehend einen gewissen Einfluß auf die Formulierung der amerikanischen Ziele gewinnen – fester Bestandteil der politischen Führungsschicht. Sie teilten die Grundideologie dieser Elite und die traditionelle übergreifende außenwirtschaftspolitische Zielsetzung, den kapitalistischen Weltmarkt wiederherzustellen. Da die Fraktionierung nicht auf unterschiedlichen Interessen oder Prinzipien beruhte, sondern auf abweichender Einschätzung der internationalen Lage und der notwendigen praktischen Aufgaben, waren die Grenzen zwischen den »Fraktionen« nicht endgültig festgelegt. Zudem gab es, bis der offene Ausbruch des Kalten Kriegs die Fronten endgültig klärte, die verschiedenartigsten Kombinationen: Ein Anhänger des »harten« Friedens konnte gleichzeitig Gegner jeden Kompromisses mit der Sowjetunion sein; ein amerikanischer »Linker«, der für gewisse gesellschaftliche Reformen in Deutschland eintrat, konnte diese als Ergänzung eines wirtschaftlichen Strafprogramms, aber auch als Alternative dazu begreifen; ein wirtschaftlich »weicher« Friede schien durchaus vereinbar mit politischer Zerstückelung.

Für den Finanzminister Morgenthau als Exponenten der einen Gruppierung in der politischen Elite der USA konnte die »One World« nur über die vollständige Ausschaltung Deutschlands geschaffen werden. Im »Morgenthau-Plan«, der als extremste Formulierung der Ziele jener Gruppe nicht typisch war, wurden die Entmachtung und Bestrafung der herrschenden Klasse in Deutschland sowie die Zerstückelung, Entindustrialisierung und Reagrarisierung des Landes verlangt.¹³ Die Überlegung Morgenthaus bestand darin, daß eine solche Eliminierung Deutschlands als wirtschaftlichen und militärischen Faktors, die durch eine gemeinsame, äußerst repressive Besatzungspolitik abzuschern wäre, die Grundlage für die Fortdauer des Bündnisses zwischen den Kriegsalliierten liefere, da die russischen Sicherheitsinteressen voll befriedigt und die britische Industrie durch die weitgehende Übernahme der deutschen Märkte saniert werden könnten. Die Sowjetunion sollte durch amerikanische Anleihe-Angebote ermutigt werden, ihr politisches System zu liberalisieren und sich dem Weltmarkt anzugliedern. Obwohl Morgenthaus deutschlandpolitische Ideen nie offizielles Re-

gierungsprogramm waren, gelang es dem Finanzminister doch, gestützt auf ein taktisches Bündnis mit dem Kriegsministerium und eine weithin deutschfeindliche Öffentlichkeit, wichtige negative Elemente seines Konzepts in den Planungen zu verankern, was sich in der Direktive JCS 1067 spiegelte, deren großzügige praktische Anwendung durch General Clay Morgenthau jedoch nicht mehr verhindern konnte.

Die Mehrheit der Washingtoner »decision-makers«, vor allem sofern sie direkt mit dem Finanzkapital verbunden waren, lehnte die Deutschland- und die Rußlandpolitik der »Morgenthau-boys« ab. Diese zweite Gruppe hatte »die meisten Schlüsselpositionen in den Ministerien für die Streitkräfte und im State Department« inne. Charakteristisch »war für diese Schule amerikanischer Außenpolitik ihre Verbindung zum Großkapital mit europäischen Anlage- und Marktinteressen.«⁷⁴ Sie plante, Deutschlands Wirtschaft wegen ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft wiederaufzubauen, wenn auch unter alliierter Kontrolle. Auch aus machtpolitischen Gründen sei ein starkes mitteleuropäisches Bollwerk gegen die Sowjetunion notwendig – was nicht unbedingt von vornherein militärisch gemeint war. Eine unnachgiebige Haltung gegenüber der schon frühzeitig als potentieller Kriegsgegnerin georteten UdSSR schien zur Durchsetzung der amerikanischen Ziele und Interessen erfolversprechender als die ständige Suche nach Kompromissen. Wenn sich die Sowjetunion nicht in die Gemeinschaft der »freien Völker« einfüge, müsse sie isoliert werden. In Deutschland seien die politischen Führer der nationalsozialistischen Zeit als Rechtsbrecher auszuschalten und hart zu bestrafen. Die Gesellschaftsstruktur sollte jedoch unangetastet bleiben, um die Leistungsfähigkeit von Industrie und Verwaltung nicht zu beeinträchtigen. Im Unterschied zu der erstgenannten Gruppe trat die von Kriegsminister Stimson repräsentierte Fraktion für die Möglichkeit politischer Betätigung in Deutschland ein, wollte sie aber nur schrittweise, zunächst allein auf den unteren Ebenen, bei strenger Aufsicht der Besatzungsbehörden einräumen.

Obwohl die Befürworter eines beschleunigten Wiederaufbaus in Deutschland spätestens seit der Regierungsübernahme Präsident Trumans in Washington den Ton angaben und General Clay und seine wirtschaftspolitischen Berater diese Konzeption umgehend zu verwirklichen suchten, blieb in der Praxis der amerikanischen Militärverwaltung noch über zwei Jahre lang eine restriktive Wirtschaftspolitik vorherrschend. Der entscheidende Grund dafür war, daß sich die internationale politische Lage, vor allem die Beziehung zur Sowjetunion, aber auch zu Großbritannien und zu Frankreich, erst allmählich klärte;

denn die deutsche Frage wurde stets in Abhängigkeit von der gesamteuropäischen Situation gesehen. Schließlich bestand ein Grundgedanke des 1947 verkündeten Marshallplans darin, das deutsche Industriepotential für den westeuropäischen Aufbau nutzbar zu machen.¹⁵ Bevor jedoch der Marshallplan aufgestellt wurde, versuchten die USA, durch Realisierung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Wirtschaftseinheit ganz Deutschland in den kapitalistischen Wiederaufbau mit einzubeziehen. Erst das zweijährige vergebliche Bemühen, mit den übrigen Alliierten zu einer Einigung zu gelangen, förderte auf seiten der USA die Überzeugung, daß ein Wiederaufbau Deutschlands auf der Basis des Potsdamer Abkommens unmöglich sei und nur eine kühne Wende in Richtung auf die Zusammenfassung der nicht sowjetisch beeinflussten Staaten – einschließlich Westdeutschlands – zur Reorganisation des kapitalistischen Weltmarkts im Sinn amerikanischer Interessen führen könne. Da die westdeutsche Wirtschaftskraft überwiegend nicht zerstört, sondern nur gelähmt worden war, konnte sie rasch belebt werden. Bis zum Sommer 1948 waren Wirtschaft und Gesellschaft in den Westzonen jedoch primär von Depression, Deformation und Zerfall gekennzeichnet.

Die Gesellschaftspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht

Entgegen der ursprünglichen Annahme in der amerikanischen Planung existierte zum Zeitpunkt der Kapitulation in Deutschland kein einheitlicher Verwaltungsapparat mehr, dessen sich die Besatzungsmächte hätten bedienen können.¹⁶ Infolge der weitgehenden Zerstörung des Transportsystems und der Verluste von Rohstoffbasen in Oberschlesien, an Saar und Ruhr hatte sich das Deutsche Reich in der Endphase des Kriegs in »regionale Einheiten« aufgelöst, »in denen unterschiedliche Bedingungen herrschten und in denen teilweise die Produktion eingestellt werden mußte.« »Der Zerfall der nationalen Arbeitsteilung schuf gleichsam autarke Inseln.«¹⁷ Diese kriegsbedingte staatliche und wirtschaftliche Zersplitterung Deutschlands hatte sich mit den im nationalsozialistischen System angelegten und in den letzten Kriegsjahren enorm verschärften Verselbständigungstendenzen der konkurrierenden bürokratischen Apparate verbunden. Bis zur Durchorganisation der Militärverwaltungen waren die alliierten Kommandanten bzw. Leiter der Militärregierungs-Detachments fast ausschließlich auf sich gestellt. Daß »Ruhe und Ordnung« hergestellt, die Weiterarbeit

der Verwaltung gesichert, die Versorgung garantiert und »Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen« verhindert werden sollten, war in der amerikanischen Armee unumstritten;¹⁸ auch herrschte weitgehende Übereinstimmung darüber, daß politische Aktivitäten zunächst unterdrückt werden mußten. Die Anweisungen über die Entlassung von Nationalsozialisten nach der Besetzung wurden in den seltensten Fällen vollständig befolgt. Die meisten Offiziere meinten, mit den lokalen Eliten, auch mit stark belasteten Personen, kooperieren zu müssen, wenn ein Chaos verhindert werden solle. Es wurde insbesondere, namentlich in ländlichen Gegenden, vielfach die Hilfe des Klerus in Anspruch genommen.¹⁹ Die generell feststellbare Neigung der Besatzungsoffiziere, sich auf die traditionellen »unpolitischen« Führungsschichten zu stützen, war angesichts der gleichzeitigen Behinderung der antifaschistischen Bewegung für die Neugestaltung von eminenter politischer Bedeutung.

John Gimbel hat als Ergebnis seiner Untersuchungen über die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland von 1945 bis 1949 festgestellt, daß sie von »einer breiten Skala von Interessen bestimmt« war: »Die Amerikaner wollten Deutschland und die Deutschen nicht nur entnazifizieren, entmilitarisieren, entflechten, demokratisieren und reorientieren, sie waren auch im Interesse der Wahrung ihrer eigenen Sicherheit darauf bedacht, Deutschland und Europa wieder wirtschaftlich gesunden zu lassen und den Bestand des freien Unternehmertums zu gewährleisten. Sie wollten den Sozialismus verhindern, dem Kommunismus zuvorkommen, das Geld des amerikanischen Steuerzahlers sparen, französische Pläne zur Zerstückelung Deutschlands vereiteln und die Sowjetunion in Mitteleuropa in Schranken halten. Alle diese Interessen – von denen einige in den Direktiven standen, andere nicht – bekamen eine zentrale Bedeutung für die Grundsätze und für die Praxis der amerikanischen Politik in Deutschland.«²⁰

Obgleich Gimbel nicht den Versuch unternimmt, diese Partikularziele in einen Zusammenhang zu bringen, sind damit die wesentlichen Aspekte angegeben. Will man alle genannten Gesichtspunkte, auch eingedenk der oben skizzierten internationalen Planung, auf einen Begriff bringen, so bietet sich der der ökonomischen und politischen Liberalisierung an. Dieser Begriff beinhaltet die Aufrechterhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ebenso wie die gelenkte Demokratisierung des staatlichen Überbaus nach westlichem Muster. Das Grundproblem der »diktatorischen Liberalisierung Deutschlands« (Niethammer) bestand darin, welchen Stellenwert Reform und Rekonstruktion innerhalb dieses Konzepts erhalten sollten.

Die Enteignung der deutschen Großkonzerne stand auf amerikanischer Seite niemals zur Debatte. Durch das Gesetz Nr. 9 des Alliierten Kontrollrats wurden indessen im November 1945 der IG-Farben-Konzern und durch die allgemeine Verfügung Nr. 3 im selben Monat der Krupp-Konzern alliierter Aufsicht unterworfen. Es folgten die Ausgliederung der Kohlenzechen aus dem Gefüge der eisenindustriellen Werke und die Auflösung der Großbanken. Im August 1946 nahm die britische Besatzungsmacht das gesamte Vermögen der Eisen- und Stahlindustrie unter ihre Aufsicht.²¹ Auch das Eigentum zahlreicher anderer Firmen, deren Verantwortliche politisch belastet waren, wurde unter »Property Control« gestellt. Das Management blieb jedoch insgesamt auf seinem Posten, und als Treuhänder wurden meist die amtierenden Verwalter oder andere Vertreter des leitenden Personals benannt. Die Eigentumsrechte waren nicht aufgehoben, sondern suspendiert. Zeitweilige Pläne der Labour-Regierung, die Schwerindustrie des Ruhrgebiets in öffentlichen Besitz zu überführen, blieben im Ansatz stecken, nachdem Großbritannien infolge der Bildung der Bizone und durch die Annahme einer amerikanischen Anleihe seine Selbständigkeit in der Deutschlandpolitik weitestgehend eingebüßt hatte. Die Entflechtung, die einige führende Beamte der amerikanischen Decartellisation Branch als Kernstück einer antimonopolistischen Reform des deutschen Kapitalismus ansahen,²² wurde in begrenztem Maß durchgeführt, um die Forderung nach Sozialisierung zu unterlaufen.²³ Die Suspendierung der Sozialisierungs- und Mitbestimmungsartikel in mehreren Länder-Verfassungen bewies eindeutig, daß die USA nicht gewillt waren, die gewährten demokratischen Freiheiten gegen ihre Interessen benutzen zu lassen. Der beginnende Kalte Krieg brachte die endgültige Rehabilitierung der deutschen Wirtschaftsführer.

Gesellschaftliche Veränderungen durch Eingriffe in die Besitzverhältnisse waren ohnehin nicht beabsichtigt gewesen. Allenfalls konnte die Entnazifizierung einen Schritt in diese Richtung bedeuten. Sie war der »kleinste gemeinsame Nenner« der politischen Gruppierungen in Washington und in der Armee.²⁴ Unter dem Druck der öffentlichen Meinung im eigenen Land betrieb die amerikanische Militärregierung eine wesentlich schärfere Entnazifizierungspolitik als die anderen westlichen Besatzungsmächte. Zunächst wurden in der Verwaltung belastete Personen nach zentral festgelegten Kategorien entlassen oder verhaftet. Es lag in der Natur der Sache, daß nicht alle Kategorien eindeutig bestimmt waren. Nicht selten kam es vor, daß etwa der CIC, die Abwehrorganisation der Amerikaner, Personen festnahm, die die Militärregierung bewußt weiterbeschäftigt hatte.

Das Gesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 dehnte die Entnazifizierung auf die Wirtschaft aus und beteiligte durch die Schaffung von Prüfungsausschüssen, in denen verschiedene Bevölkerungsschichten vertreten sein sollten, erstmals die Deutschen am Säuberungsverfahren. Offenbar waren jedoch die Möglichkeiten für das industrielle Management, sich einem Verfahren zu entziehen, wesentlich günstiger als für die Staatsbeamten. Nach der Interpretation Lutz Niethammers war die spektakuläre Ausdehnung der Entnazifizierung durch das Gesetz Nr. 8 eine taktische Maßnahme General Clays zur Beschwichtigung der mißtrauischen amerikanischen Öffentlichkeit und habe in Wirklichkeit der propagandistischen Absicherung der bereits in Gang gesetzten wirtschaftlichen und politischen Rekonstruktionsbemühungen gedient. Erst dieser Schritt habe es dann möglich und nötig gemacht, die ganze Angelegenheit den Deutschen zu überantworten.²⁵ Durch das »Befreiungsgesetz« vom Frühjahr 1946 bekam die Entnazifizierung den Charakter eines inquisitorischen Reinigungsprozesses, dem sich die gesamte erwachsene Bevölkerung unterziehen mußte. Das letztendliche Resultat war jedoch nicht die Ausschaltung der Funktionsträger des faschistischen Systems in Staat und Wirtschaft, sondern lediglich die zeitweise soziale Degradierung einer großen Zahl mehr oder weniger stark Belasteter.

Bremen als amerikanisches Besatzungsgebiet

Um den USA einen eigenen Hafen zur Versorgung ihrer Truppen in der im Süden Deutschlands gelegenen amerikanischen Besatzungszone zu sichern, war 1944 die Bildung einer amerikanischen Enklave um die Städte Bremen und Wesermünde/Bremerhaven inmitten der britischen Besatzungszone beschlossen worden. Außerdem sollten Verkehrsverbindungen zur US-Zone zur Verfügung stehen. Die Ausdehnung der Bremer Enklave wurde im Februar 1945 festgelegt. Sie sollte folgende Gebiete umfassen: Land Bremen; Stadtkreis und Landkreis Wesermünde; Landkreis Osterholz (alle drei Kreise gehörten zur preußischen Provinz Hannover); Landkreis Wesermarsch (Land Oldenburg).²⁶

Seit Anfang Januar 1945 hatten sich das Detachment E2 C2 ECAD (Prov.) und das ihm untergeordnete Detachment C1 C2 in Troyes (Frankreich) auf die Besatzungsaufgaben in Bremen vorbereitet.²⁷ Die Leitung des Detachments oblag Colonel Bion C. Welker. Anfang April verließ E2 C2 Frankreich und schloß sich dem britischen 30. Corps an, mit dem es am 19. April in Syke eintraf, um dort die Einnahme der

Stadt abzuwarten. Nach der Besetzung Bremens am 26./27. April – Wesermünde wurde erst am 7. Mai besetzt – nahm E2 C2 seine Tätigkeit als Militärregierung auf, unterstand jedoch in den ersten beiden Tagen dem britischen Verbindungsoffizier des 30. Corps, danach unmittelbar General Hakewell-Smith, dem Kommandeur der 52. Lowland Division der Briten. Der Abzug der britischen Kampftruppen aus Bremen vollzog sich im Lauf der nächsten drei Wochen. Am 24. Mai 1945 wurde das 30. Corps offiziell von der 29. Infanterie-Division der 9. US-Armee abgelöst. Die Besatzungstruppe schien trotz einer entsprechenden Direktive vom 2. Mai jedoch nicht geneigt, die Autorität des Detachments E2 C2 als alleiniger Militärregierung zu respektieren, und erst nach einer Intervention Colonel Welkers bei übergeordneten Stellen beschränkte sich die 29. Infanterie-Division auf ihre Sicherheitsaufgaben. Die ebenfalls Ende Mai einrückenden Mitarbeiter des Port Command unterstanden nicht der 29. Infanterie-Division, sondern direkt den Theater Services Forces, so daß in Bremen drei organisatorisch voneinander unabhängige und verschiedenem Oberbefehl unterstehende amerikanische Einheiten operierten.

Im Sommer wurde vorübergehend versucht, alle sechs Detachments in der Enklave Colonel Welker zu unterstellen und eine einheitliche amerikanische Enklave-Verwaltung zu schaffen. Am 25. September machten übergeordnete Stellen klar, daß die Besatzungseinheiten der Militärregierung unterständen. Diese – zudem bald gescheiterte – Vereinheitlichung konnte jedoch nichts daran ändern, daß die Enklave eine äußerst komplizierte und wenig effektive Konstruktion war. Die Tatsache, daß Gebiete zur Enklave gehörten, für die nach wie vor deutsche Länder- bzw. Provinzialverwaltungen zuständig waren, deren Sitz außerhalb der Enklave lag, machte es erforderlich, den Amtsverkehr mit diesen Institutionen über die britischen und amerikanischen Militärregierungen laufen zu lassen. Der Güteraustausch zwischen der amerikanisch besetzten Enklave und dem britisch besetzten Umland – normalerweise wirtschaftlich engstens verflochten – wurde wegen der allseitigen Warenknappheit von den Besatzungsbehörden in einem Maß behindert, das zeitweise fast wie ein Embargo wirkte. Die Offiziere der amerikanischen Militärregierung gewannen den Eindruck, daß die besonderen Probleme der Enklave höheren Ortes kaum ins Bewußtsein gedungen waren. Manche Direktiven, die für die gesamte US-Zone erlassen worden waren, konnten gar nicht ausgeführt werden, weil die Grenzen deutscher Verwaltungsämter nicht mit den Grenzen der Enklave zusammenfielen.

Die Schwierigkeiten bei der Verwaltung der Enklave führten am 10.

Dezember 1945 zu einer Vereinbarung zwischen General Clay und dem britischen Generalmajor Whiteley, durch die die Enklave außerhalb der Hafenstädte Bremen und Wesermünde/Bremerhaven de facto in die britische Zone eingegliedert wurde.²⁸ In den genannten Städten verblieben amerikanische Detachments, die jedoch nach den für die Region Hannover der britischen Zone geltenden Direktiven arbeiten sollten. E2 C2 wurde dem Port Command unterstellt und als Mil. Gov. Det. BPC (Prov.) reorganisiert. Für die politische Situation Bremens – insbesondere was die Entwicklung der Arbeiterorganisationen betraf – brachte die Vereinbarung keine wesentliche Veränderung, da sich die britische Haltung in dieser Frage wenig von der amerikanischen unterschied und es angesichts der Verschwommenheit der besatzungspolitischen Direktiven meist mehr auf ihre Auslegung und praktische Anwendung als auf ihren Inhalt ankam. Während der Geltungsdauer der Vereinbarung gehörte Bremen außer dem »Gebietsrat Hannover–Oldenburg–Braunschweig« gleichzeitig – allerdings ohne Stimmrecht – dem Zonenbeirat der britischen Zone und dem Länderrat der amerikanischen Zone an. Da die Regelung vom 10. Dezember 1945 den alten Problemen neue hinzugefügt hatte, fanden die Bremer Politiker bei ihrer einmütigen Verteidigung der bremischen Eigenständigkeit²⁹ schließlich amerikanische Unterstützung. Nach Verhandlungen zwischen den beiden stellvertretenden angelsächsischen Militärgouverneuren, Robertson und Clay, verfügte der US-Militärgouverneur McNarney in der Proklamation No. 3 vom 22. Januar 1947, mit Wirkung vom 1. 1. 1947 aus den beiden Städten Bremen und Wesermünde/Bremerhaven als viertes Land der amerikanischen Besatzungszone das Land Bremen zu schaffen.³⁰ Damit war der besatzungs- und staatsrechtliche Status Bremens endgültig geklärt.

Als die Offiziere des Detachments E2 C2 mit den britischen Truppen in Bremen eingerückt waren, hatte sich ihnen ein Bild des Chaos geboten:³¹ Die Stadt glich in einigen Bezirken einem großen Trümmerhaufen; »displaced persons« (DPs), befreite Gefangene und zur Arbeit nach Deutschland verschleppte Ausländer, verstopften die Straßen; das Versorgungssystem war zusammengebrochen. Die offenbar kapitulationsbereite Bevölkerung³² hatte die für die Stadt verheerende Verteidigung nicht verhindern können. In den Tagen vor der Besetzung hatten die Bremer die meiste Zeit in überfüllten Bunkern zugebracht. Aus einem solchen Bunker holten die Briten 10 000 Menschen, die dort drei Tage lang ununterbrochen gehaust hatten. Die führenden Nationalsozialisten – vor allem Gauleiter Paul Wegener, Kreisleiter Max Schumann und der Innensenator und stellvertretende Reichsver-

teidigungskommissar, Hans Joachim Fischer – waren auf der Flucht. Im Büro Fischers fand Colonel Welker eine umfangreiche Namensliste von Bremer Mitgliedern der NSDAP.

Die Ausgangssperre wurde für Frauen erstmals am 28. April von 10 bis 11 Uhr und von 15 bis 16 Uhr aufgehoben, am darauffolgenden Tag von 8 bis 19 Uhr. Am 29. April durften auch die Männer zwischen 10 und 16 Uhr ihre Wohnungen verlassen, seit dem 3. Mai zwischen 8 und 18 Uhr und seit dem 6. Mai zwischen 8 und 20 Uhr. Die Briten schlugen ihr Hauptquartier im Polizeihaus, die Amerikaner im Gerichtsgebäude auf. Bekanntmachungen und Nachrichten wurden der Bevölkerung durch Anschläge und Lautsprecherwagen mitgeteilt.³³

Der amtierende Regierende Bürgermeister, der aus einer bekannten Bremer Honoratiorenfamilie stammende Dr. Richard Duckwitz – seit 1933 Mitglied, aber als typischer Vertreter der traditionellen Kommunalbürokratie nicht aktiv in der NSDAP –, wurde am 26. April abgesetzt und durch den Polizeipräsidenten Johannes Schroers abgelöst.³⁴ Bereits am 30. April wurde Schroers wegen seiner politischen Rolle in der NS-Zeit – er war 1932 der NSDAP beigetreten, gehörte seit 1935 dem Volksgerichtshof an und war seit 1942 SS-Brigadeführer – jedoch wieder aus seinem Amt entfernt und verhaftet. Der ehemalige OSS-Mitarbeiter und politische Berater General Clays, Prof. Walter Dorn, der dem Detachment E2 C2 speziell für die Senatsbildung attached worden war, stand, als er am 2. Mai in Bremen eintraf, vor vollendeten Tatsachen: Anstelle des verhafteten SS-Führers Schroers war der ehemalige Vorsitzende der deutschnationalen Bürgerschaftsfraktion, Erich Vagts, ernannt worden, der während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft Vertreter Bremens beim Reich gewesen war, als Freimaurer jedoch nicht der NSDAP angehört hatte.³⁵

Den noch amtierenden Senatoren und den leitenden Beamten, die als Ressortchefs in den Jahren vor der Besetzung zunehmend an die Stelle der im Führersystem funktionslosen Senatoren getreten waren, war schon am 27. April befohlen worden, vorläufig weiterzuarbeiten. Auch Vagts bildete seinen ersten geschäftsführenden »Senat« zunächst aus »unpolitischen Fachleuten«. Der konstituierenden Sitzung dieses neuen Gremiums am 7. Mai 1945 wohnten außer Vagts folgende Beamte bei: Regierungsdirektor Dr. Heinrich Hagens (Finanz), Oberschulrat Dr. Gustav Dehning (Erziehung), Oberregierungsrat Dr. Reinhard Groscurth (Wirtschaft), Präsident Dr. Bernhard Platz (Hafen und Verkehr), Staatsrat Dr. Friedrich Schultz (Ernährung), Oberregierungsrat Philipp Heinrich Behrens (Inneres). Am nächsten Tag wurden noch der Landesschulrat Dr. Kurz und die Baudirektoren Wortmann und

Scholvin hinzugezogen.³⁶ Die meisten dieser Herren hatten der NSDAP angehört. Platz war für die Unterwassersetzung des linken Weser-Ufers bei der Verteidigung Bremens verantwortlich gewesen. Das von den Nationalsozialisten begründete Führerprinzip im Bremer Senat wurde beibehalten, Vagts sogar ausdrücklich ermächtigt, Verordnungen zu erlassen, sofern sie den Zielen und Direktiven der Militärregierung nicht widersprachen.³⁷

Das Detachment E2 C2 war seinen Aufgaben gemäß in einzelne Abteilungen – zum Beispiel Political Affairs, Civil Administration, Information Control, Public Safety, Economics – untergliedert. Besondere Bedeutung kam in Bremen der Manpower Division zu, die u. a. zu gewährleisten hatte, daß genügend deutsche Arbeitskräfte zur Verladung des amerikanischen Nachschubs zur Verfügung standen. Eine Spezialabteilung für Entnazifizierungsfragen konnte, da sich das Eintreffen der zuständigen Offiziere verzögerte, erst in der dritten Augustwoche eingerichtet werden.³⁸ Bis Ende Juni 1946 überprüfte diese Spezialabteilung Fragebögen von 54 000 Bremern, von denen ca. 11 000 entlassen wurden.

Mit dem Gesetz Nr. 8 zur Säuberung der Wirtschaft begann die Beteiligung der Deutschen an der Entnazifizierung. Das »Befreiungsgesetz« trat in Bremen erst im Mai 1947 in Kraft, nachdem die Stadt endgültig der amerikanischen Besatzungszone eingegliedert worden war. Bis dahin arbeiteten die Entnazifizierungsausschüsse hier daher ausschließlich als Prüfungsausschüsse ohne die Befugnis, Strafen zu verhängen.³⁹ Der Gewerkschaftsführer Oskar Schulze beurteilte die Entnazifizierung in Bremen in einem zusammenfassenden Bericht an das gewerkschaftliche Zonensekretariat vom 3. Dezember 1946 relativ positiv,⁴⁰ beklagte aber, »daß die amerikanischen Militärstellen in letzter Zeit Eingriffe gemacht haben, die uns das Arbeiten im allgemeinen erschweren«. »Leider haben wir auch sehr oft feststellen müssen, daß einzelne Stellen der Besatzungsmacht einflußreichen Persönlichkeiten, die als aktiv erklärt wurden, Gehör schenkten, und man hat dann versucht, uns zu beeinflussen, unsere Urteile zu ändern. Das haben wir nicht getan und haben deshalb oft harte Kämpfe mit der Besatzungsmacht durchstehen müssen.« Dennoch sei die Entnazifizierung in Bremen insgesamt erfolgreich gewesen, da sie »von Anfang an unter dem entscheidenden Einfluß der Gewerkschaften« gestanden habe. Im einzelnen führte Schulze aus: »In der Verwaltung ist hier ziemlich radikal gearbeitet worden. Dort sind fast alle, bis auf wenige, die eine besondere Genehmigung haben, ausgeschieden, so daß es teilweise oft recht schwierig war, die Verwaltungsarbeit in Gang zu halten. In der

Wirtschaft wurde auch stark gesäubert. Wir dürfen sagen, daß hier nicht nur die Kleinen entfernt wurden, sondern auch die Großen und Einflußreichen sind dabei nicht verschont geblieben«. Er bezeichnete es jedoch als Fehler, Vertreter des Bürgertums in die Ausschüsse zu entsenden. Die meisten von ihnen hätten »nicht die Absicht, eine wirkliche Entnazifizierung durchzuführen«, »da sie innerlich selbst mehr oder weniger« faschistisch eingestellt seien. Wenn auch im Rahmen dieser Arbeit die Einschätzung Schulzes nicht überprüft werden kann, so ergibt doch ein Vergleich mit parallelen Berichten der Gewerkschaften aus anderen Städten und Regionen, daß die Entnazifizierung in Bremen relativ gründlich durchgeführt wurde.⁴¹

Diese Grobeinschätzung wird durch die Behandlung der Polizeifrage bestätigt.⁴² Der nationalsozialistische Polizeipräsident Johannes Schroers war bei seiner Ernennung zum Bürgermeister durch den Polizeimajor Robert Schlömer, seit 1933 Mitglied der NSDAP, ersetzt worden. Schlömer konnte sich auf seinem Posten bis Mitte August 1945 halten – offenbar dank der Protektion des zuständigen amerikanischen Offiziers. Politisch bedeutsam ist diese Tatsache vor allem deswegen, weil in die Amtszeit Schlömers die Hauptaktivitäten der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) fielen, die sich vergebens um die Besetzung der Polizeiführung mit einem Mann ihres Vertrauens bemühte. Von dem am 24. August anstelle Schlömers zum Polizeipräsidenten ernannten, formal unbelasteten, aber ebenfalls konservativen Polizeimajor Yström verlangte die Militärregierung als ersten Schritt die Entlassung aller Offiziere vom Leutnant aufwärts, gleichgültig, ob sie der NSDAP angehört hatten oder nicht. Der von der Militärregierung auf Vorschlag des Senats mit der Neuordnung des Polizeiwesens in der Enklave beauftragte sozialdemokratische Leiter der Bremer Schutzpolizei, Hauptmann Franz Noch, setzte in kurzer Zeit die Auswechslung fast aller Offiziere und etwa der Hälfte der Mannschaften gegen Antifaschisten, in erster Linie Sozialdemokraten, durch. Schon im Dezember 1945 konnte der Bezirkssekretär der SPD an Kurt Schumacher berichten: »Die Bremer Polizei ist fast ausnahmslos entnazifiziert.«⁴³

Das größte Sicherheitsproblem stellten aus der Sicht der Amerikaner zunächst die DPs dar, von denen viele auf kriminelle Weise für die in den vorausgegangenen Jahren erfahrene Unterdrückung Rache nahmen.⁴⁴ Die vor allem von Polen – es handelte sich zum Teil um schwerbewaffnete Banden – begangenen Diebstähle, Plünderungen und Mordtaten kulminierten in einem Überfall auf einen Bauernhof im Blockland, bei dem elf Bewohner erschossen worden waren. Die von

DPs begangenen Verbrechen richteten sich wahllos gegen alle Deutschen ohne Ansehen der sozialen Stellung und der Haltung während der NS-Zeit. So befand sich unter den im Blockland Ermordeten ein Funktionär des Bremer Arbeiterhilfswerks. Auch stadtbremische Gegner des Nationalsozialismus klagten im Mai 1945 über Plünderungen durch Ausländer.⁴⁵ Man wird annehmen dürfen, daß es gerade die demoralisiertesten unter den ehemaligen Fremdarbeitern waren, die an einer Rückkehr in ihre Heimat, wie sie die weitaus meisten DPs anstrebten, nicht interessiert waren und die Möglichkeit, weitgehend unbehelligt zu rauben oder Schwarzhandel zu treiben, der Aufbauarbeit in ihren zum Teil noch weit stärker als Deutschland zerstörten eigenen Ländern vorzogen. Der Abtransport der osteuropäischen DPs begann in größerem Umfang im September 1945 und war im Februar 1946 im wesentlichen abgeschlossen. Das von den Antifaschisten reflektierte Problem eines Bündnisses zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern stellte sich – abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten – de facto schon daher nicht, weil die Ausländer wenig Interesse zeigten, auch nach ihrer Befreiung für die deutsche Wirtschaft tätig zu sein.⁴⁶

Während sich die Gewalttaten der sowjetischen Soldaten gegen die deutsche Zivilbevölkerung tief in das öffentliche Bewußtsein eingegraben haben, ist nach Gründung der Bundesrepublik sehr schnell verdrängt worden, daß auch die Truppen der Westalliierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Verhaltensweisen aller Eroberungsarmeen zeigten. Bei einem Vergleich der Berichte über Vergehen amerikanischer und sowjetischer Soldaten wird klar, daß die Differenz – abgesehen von der unterschiedlichen Bedeutung des Rache-Motivs für Truppen eines unversehrten und eines zerstörten Landes – mehr in der Quantität als in der Qualität lag. So konnten sich die gut besoldeten Angehörigen der US-Armee das meiste kaufen (einschließlich der Frauen), was sich die Soldaten der Roten Armee nur gewaltsam zu nehmen vermochten. Dennoch waren die von amerikanischen Soldaten begangenen kriminellen Taten zahlreich und schwerwiegend genug, um von der Bevölkerung und der Militärregierung der Bremer Enklave als schwere Belastung empfunden zu werden und Unruhe auszulösen.⁴⁷ Die häufigsten Delikte waren Tötlichkeiten und Diebstähle, die teilweise in Form nächtlicher »Requisitionen« durchgeführt wurden. Bei dem in Vegesack gelegenen 21. Polizeirevier waren im Lauf von sieben Wochen im Frühjahr 1946 31 Anzeigen eingegangen, die sich auf Vergewaltigung, unmotivierter Gewalttaten und Diebstähle durch US-Soldaten bezogen. Die wahre Zahl der Vorfälle lag erfahrungsgemäß weit darüber.⁴⁸

In der Functional History wurde im Sommer 1946 bedauernd festgestellt, daß das zunächst äußerst korrekte Verhalten der in Vegesack stationierten Einheit durch deren Auswechslung einem Treiben Platz gemacht habe, das geradezu den Haß der Ortsansässigen hervorgerufen habe.⁴⁹ Nicht zuletzt dürften dazu die Zustände im amerikanischen Verpflegungsdepot auf dem Gelände der Bremer Vulkan-Werft (Vegesack) beigetragen haben. Wie aus einem »Tatsachen-Bericht« hervorgeht,⁵⁰ sahen die amerikanischen Wachmannschaften, die sich selbst den Namen »Gestapo« zugelegt hatten, ihre Hauptaufgabe darin, deutsche Arbeiter zu überführen, die etwas von den vielfach anfallenden, von den Amerikanern normalerweise vernichteten Bruchsachen zu entwenden versuchten, um sie dann durch sadistische Quälereien zu einem »Geständnis« zu bewegen. Da jede Überführung eines »Schuldigen« den amerikanischen Wachen als Punkt angerechnet würde, der sie der Rückkehr in die USA näherbrächte, würden sie von den deutschen Arbeitern als »Kopffjäger« bezeichnet; in der Bevölkerung spräche man vom »KZ Bremen-Vegesack«.

Für das Gros der Bevölkerung wirkten sich stärker als solche – insgesamt gesehen, vereinzelt – Exzesse die angesichts der Wohnungsnot besonders belastenden Häuserbeschlagnahmungen für Dienst- und Privatverwecke der Militärregierung, ihrer Angehörigen und der Besatzungstruppe aus. Diese Beschlagnahmungen trafen je nach Dienstgrad der Armeeeingehöriqen, welche die betreffenden Wohnungen beziehen sollten, bürgerliche und proletarische Viertel, wobei meist ganze Häuserblocks geräumt werden mußten.⁵¹ Zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten wurde dabei nicht unterschieden, in manchen Fällen wurden sogar Häuserviertel herangezogen, die als durchweg von Gegnern des Nationalsozialismus bewohnt galten.⁵² Infolge der amerikanischen Beschlagnahmungen wurden bis zum September 1946 10 000–12 000 Deutsche ausquartiert, die meist ihre Möbel zurücklassen mußten.⁵³ Die mangelnde Bereitschaft der Amerikaner, auf den technisch größtmöglichen Luxus zu verzichten,⁵⁴ war angesichts des Elends, in dem die meisten Deutschen lebten, geeignet, eine zynische Einstellung zu den »demokratischen Idealen« der USA zu fördern.

Der Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Bremen

Bremen war als wichtiger Verkehrsknotenpunkt und als Standort rüstungsindustrieller Betriebe zahlreichen militärisch begründeten Luftangriffen ausgesetzt gewesen. Neben dem Hafen und anderen Verkehrseinrichtungen waren vor allem die Ölraffinerie Vacuum-Öl und die Werft-Betriebe, namentlich die AG Weser, betroffen worden.⁵⁵

In ganz Deutschland blieben die industriellen Fertigungsanlagen in wesentlich höherem Maß erhalten als die Wohngebiete der Großstädte, das Versorgungs-, Kommunikations- und Verkehrsnetz. Von sämtlichen deutschen Industrieanlagen waren nach einer französischen Schätzung folgende Teile so schwer beschädigt, daß sie nicht mehr in Gang gesetzt werden konnten:

Industriezweig:	Zerstörungsgrad:
Bergbau	10 0/0
Stahlindustrie	10 0/0
Maschinenbau	15–20 0/0
Textilindustrie	20 0/0
Chemieindustrie	10–15 0/0
Automobilindustrie	40 0/0 ⁵⁶

Über den Zerstörungsgrad der Bremer Industrie liegen keine konkreten Angaben vor; doch wurde im Nachkriegsbericht der Handelskammer betont,⁵⁷ daß kapazitätsmäßig nur relativ geringfügige Einbußen zu verzeichnen seien. Gewiß hatten die meisten Bremer Betriebe mehr oder weniger umfangreiche Schäden davongetragen, die jedoch ganz bzw. überwiegend reparabel waren. Selbst die Schäden der U-Boot-Werften hielten sich in Grenzen: Sie waren von den entscheidenden Stellen der westalliierten Luftkriegsführung in ihrer Bedeutung als Zielobjekte herabgestuft worden, da sie sich bei verschiedenen Angriffen als schwer verwundbar erwiesen hatten.⁵⁸ Das Absinken der industriellen Produktion in den Monaten vor dem Zusammenbruch und ihr Ausfall in der Folgezeit waren nicht so sehr auf die tatsächlichen Zerstörungen der Produktionsanlagen zurückzuführen, sondern überwiegend auf die Zerschlagung des Transportsystems und der Rohstoffzufuhr.

Sämtliche Eisenbahn- und Autobrücken über die Weser, die Lesum, die Ochtrum, die Wümme und die Hamme waren zerstört.⁵⁹ Noch am 25. April hatten deutsche Truppen die letzten beiden großen Weserbrücken gesprengt.⁶⁰ Bei Kriegsende blieben zwei, ebenfalls beschä-

digte, Weserübergänge. Eisenbahnlokomotiven fehlten fast völlig; der Hauptbahnhof, die Stellwerke und Nebenbahnhöfe lagen in Trümmern. Fast alle Betriebsbahnhöfe, Werkstätten und nicht zuletzt die Gleisanlagen waren stark beschädigt, 80 % des Fahrleitungsnetzes zerstört. Die für Bremen bedeutsame Binnenschifffahrt hatte ebenfalls schwere Schäden erlitten.

Das Versorgungsnetz Bremens war während der Luftangriffe in den Wochen vor der Besetzung und während der Kämpfe um die Stadt fast völlig zusammengebrochen: Die beiden Gaswerke, die auch das umliegende Gebiet bis Wilhelmshaven mitversorgten, waren arbeitsunfähig. Die Wasserkläranlage war im Februar zerstört worden, so daß Bremen notdürftig vom Harz beliefert wurde, bis die Kämpfe auch dieses unmöglich machten. Nunmehr standen nur noch die Pumpwerke zur Verfügung, von denen keines unversehrt aus dem Krieg hervorging. Die Kanalisation hatte bei Kriegsende ca. 1500 Schadensstellen. Auch die insgesamt über 80 km langen Deiche hatten viele hundert Bombenschäden erlitten. Von den Elektrizitätswerken konnte allein die Anlage in Farge kurzfristig repariert werden. Das Kraftwerk Hastedt war am 24. April 1945 durch britische Bomben ausgeschaltet worden.⁶¹

»Der Hafen war ein einziger Trümmerhaufen«;⁶² der Getreidehafen war völlig, der Holz- und der Fabrikhafen waren schwerstens, der Industriefhafen war teilweise zerstört. Im Überseehafen waren 69 % des Schuppen- und 23 % des Speicherraums vernichtet. Insgesamt waren 90 % der Schuppen- und Speicherfläche der Bremer Häfen und über die Hälfte der Kräne zerstört. Kaianlagen, Wagen und Gleise waren dagegen zum größten Teil erhalten geblieben. Über 200 Schiffswracks und fast 100 Minen in den Hafenbecken und im Fahrwasser der Weser ober- und unterhalb der Häfen blockierten den Zugang. Im Vergleich dazu waren die Bremerhavener Häfen wesentlich besser davongekommen und konnten vom ersten Tag nach der Besetzung an für den Schiffsverkehr in Betrieb genommen werden.

Die Wiederingangsetzung der wichtigsten Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen war die vordringlichste Aufgabe, wenn die Ausbreitung des sozialen und gesundheitlichen Chaos verhindert werden sollte.⁶³ Außerdem waren diese Arbeiten, denen sich die Militärregierung und die deutsche Verwaltung Bremens sogleich zuwandten, die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der industriellen Produktion. Die Selbsthilfe-Aktionen der Bevölkerung, nicht zuletzt von ehemaligen Arbeiterfunktionären initiiert,⁶⁴ waren nicht mehr als ein erster Anfang. Bürgermeister Vagts erließ Ende Juni 1945 eine Verordnung, nach der »jeder männliche Einwohner im Alter von 16–65 Jah-

ren und jede weibliche Einwohnerin im Alter von 18–45 Jahren « vom Leiter des Arbeitsamtes »zu wichtigen und lebensnotwendigen Arbeiten herangezogen« werden konnten.⁶⁵ Betriebe konnten verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl von Belegschaftsmitgliedern zu stellen.⁶⁶

Zunächst wurden Arbeiten durchgeführt, um den sozialen Organismus der Stadt wiederherzustellen: Straßen und Brücken, das Eisen- und Straßenbahnnetz sowie die Kanalisation wurden ausgebessert, die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität wurde gesichert, der Hafen entmint.⁶⁷ Die Instandsetzung zweier kleiner industrieller Kraftwerksanlagen unmittelbar nach der Besetzung diente lediglich der Versorgung des Hafengebiets. Die Wiederherstellung des Elektrizitätswerks Farge, das auf der Verwendung von Öl basierte, wurde von der Militärregierung ebenfalls erst genehmigt, als die Bedeutung für die Inbetriebnahme des Hafens erkannt worden war. Mit amerikanischem Material wurden die Hochspannungsleitungen repariert. Das Kraftwerk Hastedt konnte erst Ende 1948 wieder in Betrieb genommen werden, weil die Instandsetzungsarbeiten durch Demontage zum Stillstand gekommen waren. Im Lauf des Jahrs 1946 verschlechterte sich die Elektrizitätsversorgung in Bremen erheblich, da die Stromerzeugung in den Westzonen aufgrund von Kohlenknappheit zusammenzubrechen drohte und die gelieferten Mengen daher stark rationiert werden mußten. Auch die Gasproduktion wurde durch den Kohlenmangel beeinträchtigt. Erst sieben Monate nach der Besetzung konnte an die Bremer Bevölkerung täglich wieder zwei bis vier Stunden lang Gas ausgegeben werden. Die erzeugten Mengen wuchsen zwar rapide – 31. Oktober 1945: 15 000 cbm täglich, 30. November 1945: 60 000 cbm täglich, 20. Februar 1946: 90 000 cbm (das entsprach der Leistung der letzten Kriegsmonate) –⁶⁸, die Produktion wurde aber weiterhin vom Kohlenmangel bedroht. Als Mitte Mai 1946 die Kohlevorräte aufgebraucht waren, mußte die Gaserzeugung vorübergehend um die Hälfte gesenkt werden. Alle entbehrlichen zivilen Arbeitskräfte wurden nach der Besetzung zunächst zur Reparatur der Kanalisation eingesetzt, da die Schäden hier akute Seuchengefahr bedeuteten. Im Sommer 1946 waren die meisten Schadstellen beseitigt. Die Wasserversorgung war zu diesem Zeitpunkt durch die Wiederherstellung der Pumpwerke, die Reparatur alter und die Installation neuer Wasserleitungen gesichert.⁶⁹

Da die Besatzungsmacht auf Verkehrswege angewiesen war, unterstützte sie die Instandsetzung einiger Brücken, des Eisenbahn- und Schiffahrtsnetzes besonders tatkräftig. Zunächst wurden behelfsmäßig vier Brücken errichtet, von denen zwei über die Weser führten,

und zwei weitere provisorisch geflickt. Anschließend, im August 1945, wurde mit der Wiederherstellung der beiden großen Weserbrücken begonnen. Im März 1947 stürzten alle Weserbrücken bei Hochwasser ein, so daß die Verbindung zwischen Alt- und Neustadt unterbrochen war. Erst Ende 1947 konnten wieder zwei feste Brücken über die Weser errichtet werden.

Der erste Eisenbahnzug der Besatzungstruppen konnte bereits Ende Mai 1945 von Bremen abfahren. Der Nahverkehr lag zunächst still. Die Straßenbahnen beförderten im Mai 1945 noch keine Passagiere, im Juni 210 465, im Dezember 6 641 763; das waren mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahrs.⁷⁰ Das wichtigste Nahverkehrsmittel zwischen Industrie- bzw. Hafenbezirken und Wohngebieten blieb jedoch die Eisenbahn. Die Binnenschifffahrt konnte nach der Freigabe des Verbindungskanals zum Ems-Dortmund-Kanal im Juni 1946 wiederaufgenommen werden.

Besondere Priorität hatte für die Amerikaner die Wiederinstandsetzung der Hafenanlagen wegen ihrer Bedeutung als Versorgungshäfen der USA. Unmittelbar nach der Besetzung nahmen zwei Minensucheinheiten ihre Tätigkeit auf. Zunächst wurde lediglich der Überseehafen instand gesetzt, da er über das tiefste Becken verfügte und nur relativ geringfügige Reparaturen erforderte, sowie die Eisenbahnverbindung dorthin wiederhergestellt. Am 10. September 1945 konnte das erste Schiff im Hafen einlaufen,⁷¹ und es dauerte nicht lange, bis die Bremer die Bremerhavener Häfen überflügelten. Um Weihnachten wurden die Bremer Häfen an den Transitverkehr angeschlossen, gleichzeitig wurden die Getreideanlagen in Betrieb genommen. Anfangs diente der Hafen fast ausschließlich Besatzungszwecken. Bereits 1946 änderte sich jedoch das Bild. Der gesamte Warenumsatz aller bremischen und Bremerhavener Häfen betrug 1945 über eine Million Tonnen und 1946 3,5 Millionen Tonnen gegenüber 8,9 Millionen Tonnen im Jahr 1938.⁷²

Als vorbildlich galt der im Februar 1946 nach einem Plan des Senators für Ernährung und Arbeitseinsatz, Hermann Wolters, begonnene Großeinsatz zur Trümmerräumung, bei dem jeder Bremer und jede Bremerin bis zum Alter von 35 Jahren eine Woche lang mitarbeiten mußten. Durch diesen in den folgenden Jahren fortgeführten Einsatz wurden bis Ende August 1946 286 000 cbm Schutt beseitigt, aus dem zehn Millionen Ziegelsteine gewonnen werden konnten. Anfangs hatten diese wegen des Rohstoffmangels äußerst wichtige Arbeit und die ebenso bedeutsame Brennholzherstellung vor allem zwangsverpflichtete Nationalsozialisten leisten müssen.⁷³

Vor dem Zweiten Weltkrieg war der deutsche Außenhandel zu 16 % über Bremen abgewickelt worden. Nach dem Zusammenbruch war dieser für Bremen so zentrale Wirtschaftszweig vor allem wegen des nahezu totalen Exportverbots praktisch stillgelegt und blieb bis 1948 bedeutungslos. Umstellungsprobleme ergaben sich auch auf dem industriellen Sektor, da fast alle größeren Betriebe, in erster Linie die AG Weser, Focke-Wulff und Borgward, für die Rüstung gearbeitet hatten. Durch die auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen Produktionsverbote war die Herstellung jeder Art von Hochseeschiffen untersagt,⁷⁴ und damit der Ausschaltung des Außenhandels auch noch die Eliminierung des für Bremen traditionell bedeutsamsten Industriezweigs hinzugefügt worden. Um eine Kontrolle zu gewährleisten, mußte jeder Betrieb mit mehr als zehn Beschäftigten eine Produktionsgenehmigung einholen. Am 30. Juli 1945 arbeiteten 192 Firmen dieser Kategorie mit ca. 10 000 Beschäftigten, Mitte September waren es 237 Firmen mit ca. 15 000 Beschäftigten.⁷⁵ Während der ersten Wochen waren die Belegschaftsmitglieder, die nur zögernd die Arbeit wiederaufnahmen, überwiegend durch Aufräumungs- und Reparaturarbeiten zur Beseitigung von Kriegsschäden in Anspruch genommen. Im Juni wurde noch die Hälfte aller in der Industrie Tätigen für solche Arbeiten eingesetzt. Im November betrug dieser Anteil nur mehr 10 %.⁷⁶

Bereits im Mai 1945 begannen manche Betriebe mit der Herstellung und Reparatur von Gebrauchsgegenständen. Die Initiative ging dabei zum Teil von den provisorischen Betriebsräten bzw. ehemaligen Funktionären der Arbeiterbewegung aus. Die Atlas-Werke meldeten im Juni 1945, daß sie u. a. landwirtschaftliche Maschinen, Dampfmaschinen für das Baugewerbe, Maschinen für die Lebensmittelindustrie, Haushaltsgeräte und Fahrräder, das Hauptverkehrsmittel in den ersten Wochen, instand setzten und produzierten.⁷⁷ Die Vulkan-Werft reparierte Lokomotiven; die Focke-Wulff-Werke stellten kleine Öfen, sogenannte »Brennhexen«, her. Ein Hauptproblem bestand darin, daß die Bremer Industrie vollständig vom Rohstoff- und Halbfabrikatenachschub abgeschnitten war, teilweise selbst von ihren eigenen Lagern, sofern sie außerhalb der Enklave lagen.⁷⁸ Ausmaß und Art der jeweiligen Produktion waren also maßgeblich von den Vorräten der betreffenden Betriebe bestimmt. Außerdem dürfte klar sein, daß die Herstellung von Produkten mit Hilfe von Maschinen, die eigentlich anderen Zwecken dienen sollten, zwar unter den gegebenen Umständen gesellschaftlich notwendig, aber meist wenig rentabel war.

Eine von der Landeswirtschaftsverwaltung für den Monat September 1947 veranstaltete Umfrage unter den Betrieben der Stadt ergab,

daß als wichtigste Gründe für das langsame Ansteigen der Produktion – Ende 1947 lag die Gütererzeugung in Bremen zwischen 30 und 40 % eines normalen Vorkriegsjahrs⁷⁹ – das Fehlen von Roh- und Hilfsstoffen (146 Firmen), von Maschinen und Ersatzteilen (54) sowie Zulieferungen (55) und der Mangel an Fach- (67) und Hilfsarbeitern (55) angesehen wurden. Weitere erwähnenswerte Gründe waren das Fehlen von Verpackungsmaterial (46), Kohle- und Treibstoffmangel (32), Gas- und Strommangel (36), Transportschwierigkeiten (20). Schäden an Maschinen oder anderen Anlagen wurden als Grund nicht einmal gesondert aufgeführt.⁸⁰

Auf der Demontageliste standen die folgenden sieben Bremer Betriebe:⁸¹ Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG, Werk Weser; 2. Norddeutsche Hütte AG; 3. Focke-Wulff Flugzeugbau GmbH; 4. Weser-Flugzeugbau GmbH; 5. Carl F. W. Borgward, Torpedowerk (nur ein Teil des Betriebs); 6. Kraftwerk Hastedt; 7. Theodor Klante. Letzten Endes erhalten blieben das Kraftwerk Hastedt sowie die Zementfabrik und die Kokerei der Norddeutschen Hütte. Negativer noch als die Demontage an sich wirkte sich die lange Ungewißheit aus, welche Werke und in welchem Umfang sie tatsächlich abgebaut würden. Das dringend benötigte Kraftwerk Hastedt war Anfang 1946 demontiert und im Hafen zum Abtransport eingelagert worden. Als sich kein Land interessiert zeigte, das Werk zu übernehmen, wurde es im September 1948 an Bremen zurückgegeben, das, abgesehen von der sinnlosen Nicht-Benutzung, noch zehn bis zwölf Millionen DM für Abbau und Wiederaufbau bezahlen mußte.⁸² Der schwerste Schlag für die Bremer Wirtschaft war aber zweifellos die Demontage der Weser-Werft zugunsten der Sowjetunion. Diese Demontage begann im Herbst 1945 und zog sich bis zum Frühjahr 1948 hin.⁸³ Die Beschäftigtenzahl der Räumungsabteilung entsprach der Belegschaftsstärke der seinerzeit größten Bremer Betriebe.⁸⁴ Außerdem blieb die Werft als Reparaturbetrieb erhalten. Nach 1948 wurden in Bremen keine Demontagen mehr vorgenommen.

Für das Bewußtsein der betroffenen, in geringerem Maß auch für das der übrigen Arbeiter hatten die Demontagen sicherlich eine verheerende Wirkung. Nachdem die Belegschaften – häufig unter direkter Anleitung der provisorischen Betriebsräte – die Fabriken instand gesetzt hatten und die Produktion unter großen Schwierigkeiten ange laufen war, erwiesen sich nun alle Anstrengungen als sinnlos. Besonders demoralisierend wirkten die Demontagen, wenn sie von einer sich als sozialistisch bezeichnenden Macht oder zu deren Gunsten durchgeführt wurden. Konnte es ein deutlicheres Symbol für den Interes-

sengegensatz zwischen der Deutschlandpolitik der UdSSR und dem Aufbau- und Gestaltungswillen der deutschen Arbeiter geben als den Abbau der Weser-Werft, deren Belegschaft jahrzehntelang die revolutionäre Vorhut der Bremer Arbeiter-Linken gewesen war?

Die letzte Kriegsphase hatte in Deutschland zu gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen, Umstrukturierungen im Alters- und Geschlechtsaufbau und gewissen sozialen Umschichtungen geführt. Die DPs wurden größtenteils unmittelbar nach Kriegsende in ihre Heimatländer zurücktransportiert, sofern sie sich nicht selbst auf den Weg gemacht hatten. Dagegen bewirkte die Flucht- und Vertreibungsbewegung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie insgesamt – jedoch nicht in den Großstädten – die Zusammendrängung einer größeren Anzahl von Menschen in Rumpfdeutschland, als 1939 dort gewohnt hatten.

Bremens Einwohnerzahl war während des Kriegs von 450 000 zeitweise bis auf 292 000 gesunken. Sie erreichte Ende Oktober 1946 wieder 385 000, aber erst 1950 wieder in etwa die Ziffer von 1939.⁸⁵ Das Land Bremen hatte 26 500 Kriegstote zu verzeichnen, von denen ca. 5000 den Luftangriffen zum Opfer gefallen waren.⁸⁶ Gerade die für die Produktion wichtigen männlichen Jahrgänge zwischen 20 und 40 Jahren waren dezimiert worden, und die weibliche Bevölkerung überwog.⁸⁷

Bremens Beschäftigtenstruktur zeigte im August 1945 folgendes Bild: Es waren tätig

unmittelbar bei der Militärregierung	ca. 12 000
in der Industrie	ca. 14 300
im Handwerk	ca. 8 000
in Handel und Verkehr	ca. 11 000
im öffentlichen Dienst und in privaten Dienstleistungsbetrieben	ca. 11 000
in der Hauswirtschaft	ca. 3 700
in der Landwirtschaft	ca. 1 500

ca. 61 500 Personen.⁸⁸

Nach einer infolge anderer Gruppenbildung zum Teil abweichenden Statistik vom August 1946 hatte sich die Zahl der Beschäftigten in der bremischen Industrie seit der Vorkriegszeit folgendermaßen verändert:

Durchschnitt	1939	80 000
Februar	1945	73 000
Juni	1945	19 000
Dezember	1945	29 000
Juni	1946	31 000

Demzufolge waren Ende Juni 1946 in der bremischen Industrie 39 % der 1939 Beschäftigten tätig.⁸⁹

Einer Abnahme der Beschäftigten in den Sektoren Industrie und Handel stand bei der Berufszählung 1946 eine Zunahme der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber, worin die für die Besatzungsmacht Tätigen eingeschlossen waren.⁹⁰ Im Juni 1946 beschäftigte die Militärregierung ca. 22 000 deutsche Zivilisten.⁹¹ Das Sinken des Beamtenanteils im öffentlichen Dienst von 38 % auf 11 % dürfte außer in der Entnazifizierung in der Einbeziehung dieser 22 000 Angestellten und Arbeiter (überwiegend Transportarbeiter) der Militärregierung in die Gruppe seinen Grund haben. Außerdem stieg der Prozentsatz der selbständigen Berufslosen, die von Resten von Kapitaleinkommen lebten, im Verhältnis zu den Erwerbspersonen von 15 % auf 25 %. Zusammen mit der kriegsbedingten Überalterung der Bevölkerung und der gewachsenen Zahl nicht arbeitsfähiger Personen bedeutete das eine große Belastung für die ohnehin geschwächte Wirtschafts- und Finanzstruktur der Stadt. Die Abnahme der Zahl der abhängig Beschäftigten resultierte im übrigen in der Erhöhung der Zahl der Selbständigen in den Abteilungen Land- und Forstwirtschaft (20 %!), Industrie und Handwerk (7 %) und Handel (2 %). Hervorzuheben ist also in erster Linie die wesentliche Reduzierung der Industriebetriebsbelegschaften. Auch 1947 erreichten die Erwerbstätigenzahlen in der Industrie – ohne das Handwerk – nur 40 % der Vergleichsziffern von 1939.⁹² Das waren in der Stadt Bremen Ende 1947 noch nicht einmal 40 000 Personen. Dem stand als entsprechendes Novum vornehmlich gegenüber: die große Zahl von bei der Militärregierung Beschäftigten und die erweiterte Gruppe der aus unterschiedlichen Gründen Nichtarbeitenden.

Bei den in der Privatwirtschaft Tätigen muß – trotz des Arbeitskräftemangels in bestimmten Berufen in bestimmten Branchen – von einer versteckten Arbeitslosigkeit ausgegangen werden. Abgesehen von groben Ungenauigkeiten in der Statistik, bestanden viele Scheinarbeitsverhältnisse, die nur eingegangen wurden, um in den Genuß der Zuteilungskarten zu gelangen. Die »Geldfülle« ermöglichte es den Unternehmern unter den Bedingungen des Lohnstopps, Arbeitskräfte zu horten. »Die tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten wurden dadurch verschleiert, denn der Arbeitsaufwand stand in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Produktion.«⁹³ Für die Arbeiter war es meist vorteilhafter, nur einige Tage im Betrieb zu sein und den Rest der Woche mit Nebenarbeiten, Tauschgeschäften, Kleingartenbestellung etc. zu verbringen. Obwohl die offizielle Arbeitszeit nach wie vor 48 Stun-

den betrug, wurde tatsächlich im allgemeinen wenig mehr als 40 Stunden gearbeitet. Angesichts der Ernährungslage war teilweise selbst diese reduzierte Arbeitszeit eine Überforderung.

Die Ernährungs- und Wohnungssituation der Werktätigen

Es stand im Frühjahr 1945 außer Frage, daß die von den Nationalsozialisten eingeführte Rationierung der Lebensmittel beibehalten werden mußte, wenn eine Hungersnot katastrophalen Ausmaßes verhindert werden sollte. Die Zeit bis zur Wiederaufnahme der organisierten Versorgung, in Bremen am 27. Mai 1945, mußte in den Städten mit den vorhandenen Vorräten überbrückt werden. Da Deutschland vor dem Krieg seine Nahrungsmittel zu etwa 80 % selbst produziert hatte,⁹⁴ da ferner die Besatzungsmächte lediglich einen »durchschnittlichen« europäischen Lebensstandard zulassen wollten und an der Versorgung der Bevölkerung nur insoweit interessiert waren, als Hungersnot, Krankheiten oder Unruhen verhindert werden sollten,⁹⁵ glaubten die Alliierten zunächst an die Möglichkeit der Selbstversorgung Deutschlands. Wegen der Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschussprovinzen im Osten und der gleichzeitigen Aufnahme der von dort vertriebenen Bewohner in Restdeutschland erwies sich diese Einschätzung jedoch als völlig illusorisch. Besonders die Besatzungszonen Großbritanniens und der USA zählten nunmehr zu den am stärksten nahrungsdefizitären Gebieten der Welt. 1,5 Milliarden Dollar mußten die amerikanische und die britische Regierung zusammen während der ersten drei Nachkriegsjahre für Lebensmittel-Importe nach Deutschland ausgeben, um eine Katastrophe zu verhindern.⁹⁶ Wegen des Fehlens von Rohstoffen für künstliche Düngemittel und wegen des Mangels an Arbeitsgeräten, die während des Kriegs nur selten hatten ersetzt werden können, waren die landwirtschaftlichen Erträge schon vor dem Zusammenbruch leicht zurückgegangen. Danach verschärfte sich die Situation entscheidend infolge der Vernachlässigung der Düngemittelerzeugung (Produktionseinschränkungen der für Kriegsgüter zu verwendenden Chemikalien) und der unzureichenden Fertigung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Da die Industrie den Bedarf der Landwirtschaft nicht decken konnte, hielten auch die Bauern einen Teil ihrer Produktion zurück, um auf dem Weg des Tauschhandels knappe Industriegüter zu erwerben. Nach amerikanischen Schätzungen wurden so etwa 10 % der landwirtschaftlichen Produktion der

ordentlichen Verteilung entzogen⁹⁷ in einer Zeit, da auf dem Gebiet der anglo-amerikanischen Zonen die Hektarerträge für Getreide von 20,3 Doppelzentnern im Durchschnitt der Jahre 1939 bis 1943 auf je 14,8 Doppelzentner in den Jahren 1945 und 1946 gesunken waren.⁹⁸ Die Organisationen des Reichsnährstandes blieben zwar zunächst bestehen, verloren aber infolge der milden Bestrafung von Wirtschaftsvergehen und des Autoritätsverlustes ihrer nationalsozialistischen Funktionäre schnell an Effektivität.⁹⁹

Der Völkerbund hatte 1936 eine Untersuchung über den notwendigen Kalorienverbrauch angestellt und war dabei zu dem Resultat gelangt, daß sich der Bedarf des gesunden erwachsenen Menschen zwischen 2400 (ohne Leistung von Arbeit) und 5000 Kalorien (bei Leistung von körperlicher Schwerstarbeit) pro Tag bewegt.¹⁰⁰ Bereits während des Kriegs waren diese Werte unterschritten worden, so daß keine großen Reserven zur Verfügung standen. Da das Soll nun aber ganz erheblich niedriger angesetzt wurde – für den »Normalverbraucher« betrug es um 1500 Kalorien, für den Handarbeiter je nach Tätigkeit bis zu 3000 Kalorien –, war unvermeidlich, daß sich der Ernährungszustand der Bevölkerung nahezu konstant verschlechterte, bevor mit der Verbesserung der allgemeinen Versorgungslage 1948/49 eine Wende eintrat. Örtlich und zeitlich schwankte die Höhe der Rationen außerordentlich. Dabei lag die tatsächliche Zuteilung fast durchweg unter dem an sich schon zu niedrigen Soll. Die quantitativ absolut unzureichende Nahrungsmenge setzte sich zudem qualitativ äußerst ungünstig zusammen. Neben der Reduzierung der Eiweißzufuhr um rund 50 % gegenüber der Vorkriegszeit, die fast ausschließlich zu Lasten des wichtigeren tierischen Eiweißes ging, war es vor allem der chronische Fettmangel – statt 50 g täglich erhielt der Normalverbraucher durchschnittlich 13,5 g –, der die Widerstandskraft der Bevölkerung angriff.¹⁰¹ Als Beispiel für die Ernährungslage in Bremen sei eine Aufstellung vom Februar 1947 über die Versorgung der über 20 Jahre alten Normalverbraucher (ca. 60 % der Bevölkerung) angeführt:¹⁰²

	Vorgesehene Rationen	Zugeteilte Rationen
	je Periode (28 Tage)	
Fleisch	1 000 g = 1 550 Kal.	500 g = 775 Kal.
Fett	250 g = 1 800 Kal.	250 g = 1 800 Kal.
Brot	10 750 g = 26 338 Kal.	10 750 g = 26 338 Kal.
Nährmittel	1 000 g = 3 300 Kal.	750 g = 2 475 Kal.
Zucker	500 g = 2 000 Kal.	500 g = 2 000 Kal.
Käse	125 g = 300 Kal.	125 g = 300 Kal.
Frischfleisch	1 000 g = 760 Kal.	1 000 g = 760 Kal.
Gemüse	2 000 g = 300 Kal.	2 000 g = 300 Kal.
E-Milch	3 000 g = 1 020 Kal.	2 000 g = 680 Kal.
Kartoffel	10 000 g = 6 500 Kal.	10 000 g = 6 500 Kal.
je Periode	43 868 Kal.	41 928 Kal.
je Tag	1 566 Kal.	1 497 Kal.

Besonders bedrohlich wurde die Situation jeweils am Ende des Winters und zu Beginn des Frühjahrs, als das Soll um mehrere hundert Kalorien herabgesetzt wurde. Die Rationskürzung auf 950 Kalorien im März 1946 führte beispielsweise dazu, daß in der Druckerei des *Weser-Kuriers* mehrere Arbeiter zusammenbrachen.¹⁰³ Das ohnehin schon sehr niedrige Durchschnittsgewicht der gesunden Bevölkerung Bremens sank im Lauf eines Monats um bis zu 4 Kilogramm.¹⁰⁴ Wie die Bremer Vertrauensärztliche Dienststelle betonte, gaben die Gewichtsverluste nur einen unzureichenden Eindruck vom Stand der Unterernährung, da die verbreitete Bildung von Hungerödemen häufig ein

normales Körpergewicht vortäuschte.¹⁰⁵ Andere Symptome der Hungersnot waren die Zunahme der Tuberkulose, verzögerte Heilung bei allen Krankheiten, Magen-Darm-Störungen, Untertemperaturen, niedriger Blutdruck, schlechter Schlaf, langsamer Bewegungsrhythmus, langsames Denken, Apathie und vorzeitiges Altern. Eine im April 1946 durch amerikanische Dienststellen vorgenommene Untersuchung ergab, daß insgesamt 20 % aller Bremer Schüler im medizinischen Sinn an Unterernährung litten. Angesichts der niedrigen Rationen deutet diese Zahl darauf hin, daß die finanziellen und körperlichen Reserven zu dieser Zeit noch nicht vollständig aufgebraucht waren. Gleichzeitig beweist die Aufschlüsselung des Durchschnittsergebnisses von 20 % nach den verschiedenen Schultypen (Oberschulen 12,5 %; Mittelschulen 7 %; Volksschulen 20 %; Sonderschulen 30 %), daß von einer Angleichung im Hunger nicht die Rede sein konnte.¹⁰⁶

Zweifellos hätte die Ernährungskrise noch weitaus ernstere Folgen gezeitigt, wenn es den meisten Menschen nicht gelungen wäre, die offiziellen Zuteilungen durch die verschiedensten Tauschgeschäfte und durch Kleingartenbestellung¹⁰⁷ wenigstens teilweise aufzubessern. Nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelte es sich im Durchschnitt um täglich 100 bis 300 zusätzliche Kalorien.¹⁰⁸ Von 80 500 männlichen Arbeitnehmern in Bremen erhielten im Juli 1946 77 000 Ernährungszulagen.¹⁰⁹ Dasselbe galt für Krankenschwestern und werdende Mütter. Sie alle dürften ihre Sonderzuteilungen im allgemeinen zur Versorgung der Familie beigesteuert haben. Dadurch wurde die Lage im Gesamtdurchschnitt zwar etwas gebessert, zugleich aber das Ernährungsdefizit der Handarbeiter vergrößert, das absolut ohnehin größer war als das der Normalverbraucher.¹¹⁰

Im Zusammenhang mit der Ernährungssituation muß auch die unzureichende Versorgung mit Heizmaterial und Kleidungsstücken gesehen werden. Aus einer geradezu grotesk anmutenden Berechnung Harmssens über die Zuteilung von Textilien in der britischen und der amerikanischen Zone 1946/47 ergibt sich, daß pro Kopf der jeweils in Betracht kommenden Bevölkerung ein Straßenanzug für Männer in der britischen Zone alle 40 und in der amerikanischen Zone alle 16 Jahre zur Verfügung stand, ein Frauenkleid alle zwölf bzw. acht Jahre, ein Wintermantel für Männer alle 154 bzw. 52 Jahre, ein solcher für Frauen alle 76 bzw. 52 Jahre. Straßen- bzw. Arbeitsschuhe konnten Männer »schon« alle drei Jahre beanspruchen, Frauen alle neun bzw. drei Jahre.¹¹¹ Bremen erhielt im Juli 1946 nur 100 Bezugsmarken für Herrenanzüge.¹¹² Da die Vorräte aus der Vorkriegszeit zum Teil

den Bomben zum Opfer gefallen waren, führte die Unmöglichkeit, zerrissene und abgenutzte Kleidungsstücke zu ersetzen, nach 1945 auch in diesem Bereich zu Zuständen, die in Deutschland seit der Industrialisierung unbekannt gewesen sein dürften.

Unter der Wohnungsnot hatten die werktätigen Schichten ebenfalls am meisten zu leiden, da die britisch-amerikanischen Bombardements auf Stadtviertel mit überwiegend proletarischer Bevölkerung konzentriert worden waren. Von den im Jahr 1939 vorhandenen 119 000 Bremer Wohnungen waren am Ende des Kriegs

völlig zerstört:	49 500 Wohnungen,
schwer beschädigt (wiederherstellbar):	15 500 Wohnungen,
leichter beschädigt (bewohnt):	14 500 Wohnungen,
nicht nennenswert beschädigt:	39 500 Wohnungen. ¹¹³

55 % des Wohnungsbestandes von 1939 waren also nicht bewohnbar. In einer Aufstellung von Harmssen über die Abnahme des Wohnungsbestandes in 34 Städten der britischen Zone rangierte Bremen damit wie Hamburg bei insgesamt fünf Kategorien in der zweiten Gruppe, welche die Städte mit einem Zerstörungs- und Schwerbeschädigungsgrad von 50–60 % umfaßte.¹¹⁴ In Bremen hatte sich im Krieg die Bevölkerung um ca. ein Drittel auf 292 000 vermindert, damit war jedoch der Verlust an Wohnraum keineswegs ausgeglichen. Allein bis März 1946 wurden 22 000 Flüchtlinge angesiedelt,¹¹⁵ und durch das Hineinströmen von Evakuierten und Kriegsheimkehrern schwoll die Einwohnerzahl bis Ende August 1946 auf 382 000 an. Außerhalb der Stadt warteten zu diesem Zeitpunkt noch immer 40 000 evakuierte Bremer auf die Möglichkeit zur Rückkehr.¹¹⁶ Im März 1946 wohnten in 41 % der Vorkriegswohnungen 82 % der damaligen Bevölkerung.¹¹⁷ Es handelte sich also um eine Verdoppelung der Wohndichte. Bause-nator Theil gab einige Monate später bekannt, auf jeden Einwohner Bremens entfielen durchschnittlich 4 qm Wohnraum, wobei die Arbeiterbezirke wesentlich dichter besiedelt seien als die bürgerlichen Wohngebiete.¹¹⁸ Bereits während des Kriegs hatten sich 93 000 Bremer obdachlos gemeldet. Da jedoch viele Menschen ohne Vermittlung des Wohnungsamtes untergebracht waren, dürfte die wahre Zahl noch darüber gelegen haben.¹¹⁹ Im September 1945 waren 63 000 Personen untergebracht »in nicht winterfesten Wohnungen, in Land- und Bret-

terbuden, in behelfsmäßigen Wohnräumen, in völlig zerstörten Bezirken, wo infolge mangelnder Kanalisation und infolge Ablagerung von Unrat etc. das Wohnen gesundheitsschädlich ist«. Allerdings konnten nach einem Bericht der Bauverwaltung die meisten von ihnen bis zum Sommer 1946 in günstigere Quartiere umgesiedelt werden.¹²⁰ Zur weiteren Zuspitzung der Situation trug die Besatzungsmacht bei, die bis September 1946 insgesamt 658 Häuser beschlagnahmte, wodurch 10 000–12 000 Menschen umquartiert werden mußten.¹²¹

Eine umfangreiche Bautätigkeit war infolge Material- und Arbeitskräftemangels nicht möglich. Im Sommer 1946 verfügte Bremen über weniger als ein Drittel der in der Vorkriegszeit dort tätig gewesenen Baufacharbeiter. Während der ersten vier Nachkriegsjahre war der Rohzugang an Wohnungen im Land Bremen mit 6100 geringer als in einem einzigen Jahr seit 1951.¹²² Allerdings konnten bis Ende August 1946 durch Instandsetzungen seitens der Behörden, durch Initiative von Privatfirmen und vor allem auf dem Weg der Selbsthilfe rund 4100 Wohnungen wiederhergestellt werden, so daß Wohnraum für 18 000 Personen geschaffen wurde.¹²³

Deformierter Kapitalismus – Wirtschaft und Gesellschaft der Westzonen in der Nachkriegszeit

Die Beseitigung der Kriegsschäden und die Umstellung der Produktion von Kriegs- auf Friedenserzeugnisse hätten nach der Beendigung der Kampfhandlungen in jedem Fall dazu gezwungen, sich für eine Übergangszeit mit einem sehr niedrigen Produktionsniveau zu begnügen, wie es in allen dem Reich vergleichbaren Ländern zu beobachten war.¹²⁴ Für Deutschland charakteristisch war hingegen, daß die konjunkturelle Belebung erst zweieinhalb Jahre nach Kriegsende einsetzte und eine entscheidende Verbesserung der ökonomischen Gesamtsituation erst nach der Währungsreform im Juni 1948 sichtbar wurde. Die monatliche Durchschnittsproduktion der Bizone betrug 1946 ca. ein Drittel und 1947 38 % des Standes von 1936.¹²⁵

Für die ersten Wochen und Monate nach der Kapitulation war die Zerstörung des Transportsystems das schwerwiegendste Hindernis für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft.¹²⁶ Doch war die Lösung dieses Problems hauptsächlich eine Frage der Zeit. Die Zerstörungen in der Industrie fielen demgegenüber weniger ins Gewicht. Auch die von zeitgenössischen Beobachtern in ihrer Wirkung meist überschätzten Demontagen waren an sich in den Westzonen kein entscheidender Fak-

tor für die wirtschaftliche Lähmung. Unter Berücksichtigung der umfangreichen Investitionen im Grundstoff- und Investitionsgüterbereich während des Kriegs erscheint Borchardts Schlußfolgerung gerechtfertigt: »Alles in allem war die Kapazität der Anlagen in der Industrie 1948 gar nicht niedriger als vor dem Krieg.«¹²⁷ Die desorganisierende Wirkung der Demontagen beruhte viel eher auf der chaotischen Art der Durchführung und auf der Unsicherheit über den letztendlichen Umfang als auf den wertmäßig insgesamt minimalen tatsächlichen Verlusten.¹²⁸ Für die Beschäftigten der jeweils betroffenen Fabrik bedeuteten die Demontage und damit der Verlust der Arbeitsplätze natürlich einen Angriff auf ihre fundamentalen Lebensinteressen; für eine bestimmte Stadt, einen bestimmten Industriezweig etc. konnten die Folgen im konkreten Fall sehr viel ernster sein als für die Gesamtwirtschaft, wie auch umgekehrt der Abbau einzelner Anlagen für bestimmte ausländische Konkurrenten oder gar für die wirtschaftlich konkurrierende Nation von entscheidender Bedeutung sein konnte.

Obwohl die Schmälerung des deutschen Sozialprodukts durch die Kriegsgegner – vor allem durch die Übernahme deutscher Auslandsanlagen, die Aneignung deutscher Patente und Fabrikationsgeheimnisse, die Verhängung von Besatzungskosten und Besatzungsfolgekosten,¹²⁹ die Entnahme regulärer und irregulärer Reparationen – eine zweistellige Milliarden-Summe ausmachte,¹³⁰ kann die in bezug auf die Demontagen getroffene Feststellung mit einiger Sicherheit verallgemeinert werden, daß schwerwiegender als der Verlust dieser Werte sich die Lähmung des westdeutschen Wirtschaftslebens auswirkte, die maßgeblich aus der westalliierten Wirtschaftspolitik der – teils zum Zweck der zeitweisen Suspendierung, teils zum Zweck der nachhaltigen Schwächung der deutschen Industrie – verzögerten Wiederbelebung resultierte.

Ein zentraler Bestandteil dieser Politik war die Unterdrückung und völlige Umkehrung des deutschen Außenhandels.¹³¹ Der von den Besatzungsmächten getätigte westdeutsche Export entsprach in keiner Weise den Bedürfnissen des Landes, sondern wurde einseitig auf Rohstoffzwangslieferungen beschränkt, die zudem meist weit unter Weltmarktpreis bezahlt wurden. Abgesehen davon, daß der exportabhängigen westdeutschen Fertigwaren-Industrie jede Möglichkeit genommen wurde, ihre Produkte im Ausland abzusetzen, bedeutete der zwangsweise Export von Kohle und Schrott an die nordwesteuropäischen Länder eine wesentliche Beeinträchtigung des Wiederaufbaus in Deutschland: Der Kohlenmangel¹³² war ein entscheidender Grund für die industrielle Stagnation, und wenn auch die Zwangsexporte nur

eine Ursache für die geringen verfügbaren Kohlenmengen waren, so hätten die 1945 vorhandenen Lagerbestände – wie auch der massenhaft angefallene Schrott – der westdeutschen Industrie manche Engpässe überwinden helfen können. Zudem war auch der Import auf die Bedürfnisse der Besatzungsmächte abgestellt, und die heimische Industrie blieb von lebenswichtigen Zufuhren abgeschnitten.

Die Produktion wurde von den Alliierten desto mehr gefördert, je unmittelbarer ihr eigenes Interesse an der Herstellung des betreffenden Produkts war. Neben den Hauptexportartikeln Kohle, Salz und Holz traf das vor allem für die Strom- und Gaserzeugung (Aufrechterhaltung der Ordnung) und die Fertigung von Fensterglas (Bedarf der Besatzungsmacht) zu.¹³³ Dasselbe galt für die Herstellung bestimmter Verkehrsanlagen wie der Häfen in Bremen und Bremerhaven. Mit Produktionsverbots waren Industrien belegt, die das Rückgrat der deutschen Kriegswirtschaft gebildet hatten, die aber ebensogut Friedenszwecken dienen konnten. Die im Industrieplan des Alliierten Kontrollrats von 1946 genannten Produktionsbeschränkungen erlangten indessen nie praktische Bedeutung, da die tatsächliche Leistung in den meisten Branchen noch weit unter dem vorgesehenen Niveau lag. Am verheerendsten für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung war das Stagnieren der Konsumgüterindustrie. Obwohl unmittelbar nicht behindert, wirkten sich Rohstoff- und Energiemangel sowie der Leistungsabfall der Beschäftigten aufgrund unzureichender Ernährung auch hier aus. Außerdem waren die Verbrauchsgüterindustrien während des Kriegs stark vernachlässigt worden. Die Produktion von Konsumgütern lag 1946 um mehr als ein Drittel unter dem durchschnittlichen Ergebnis der gesamten Industrie, also noch unter dem Resultat der Investitionsgüterindustrie.¹³⁴

Als das hervorstechendste Merkmal der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft in den ersten drei Nachkriegsjahren ist von Nicholas Balabkins die Atomisierung und »Primitivisierung« des ökonomischen Lebens bezeichnet worden, die sich aus dem Funktionsverlust des Geldes und seiner Ersetzung durch verschiedene Formen des Tauschhandels ergab.¹³⁵ Dieser verhinderte den Aufbau eines neuen, friedensmäßigen Systems wirtschaftlicher Spezialisierung und Arbeitsteilung. Die »währungslose Wirtschaft« (Stolper) brachte es mit sich, daß eine größere Anzahl von Menschen mehr Zeit für die Jagd nach Gewinnen, Waren oder einfach Lebensmitteln investierte, ohne daß diese Anstrengungen zu einem Aufschwung von Industrie und Landwirtschaft führten. Durch die inflationistische Kriegsfinanzierung der Nationalsozialisten waren zwischen 1938 und 1944 die öffentliche Verschul-

dung von 40 auf 357 Milliarden RM und der Notenumlauf von 10,4 auf 73 Milliarden RM angewachsen.¹³⁶ Die Alliierten sahen nach Kriegsende keine andere Möglichkeit, als den nationalsozialistischen Lohn-¹³⁷ und Preisstopp aufrechtzuerhalten, wenn sie eine offene Inflation verhindern wollten. Der enorme Geldüberhang mußte angesichts chronischen Warenmangels und kaum wachsenden Warenvolumens die offiziellen Zahlungsmittel entwerten. Das Resultat war eine Flucht der Unternehmen und Individuen in die Sachwerte. Mindestens die Hälfte der ohnehin niedrigen Industrieproduktion gelangte auf illegale und halblegale Märkte oder wurde gehortet und damit der geordneten Verteilung entzogen.

Von der Kapitulation bis zur Mitte des Jahres 1947 war die Zuteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate an die wichtigsten Produzenten in den Schlüsselindustrien von der Distribution der Fertigprodukte getrennt. Die Produzenten erhielten unabhängig von ihrer tatsächlichen Produktion oder ihren Geschäftsabschlüssen feste Kontingente von Rohmaterialien und Brennstoff. Um die Beschäftigten mit wertlosem Papiergeld bezahlen zu können, genügte der Verkauf eines Teils der Produktion auf dem Schwarzen Markt; ein Großteil wurde in Erwartung der Währungsreform eingelagert.¹³⁸

Der gänzlich illegale »Schwarze Markt« trat in seiner gesamtwirtschaftlichen Bedeutung weit hinter den »Grauen Markt« der Kompensationsgeschäfte zurück.¹³⁹ Das Prinzip des Kompensationshandels bestand darin, daß der Einzelbetrieb dringend benötigte Rohstoffe auf eigene Faust beschaffte, wobei häufig eine ganze Reihe von Kettengliedern (Kompensatoren) eingeschaltet werden mußte, bis alle am Geschäft Beteiligten das gewünschte Produkt erworben hatten. Kompensationsgeschäfte, die von den Behörden notgedrungen mehr und mehr geduldet wurden, bedeuteten eine grandiose Verschwendung von Arbeitskraft und trugen zur weiteren Desorganisation der Wirtschaft bei.

Obwohl grundsätzlich, wie bereits erwähnt, Löhne und Preise einem Stopp unterlagen, war der legale Spielraum für Preiserhöhungen größer als für Lohnerhöhungen. Beispielsweise berichtete der Bremer Senat am 12. September 1946 vor der Bürgerschaft über eine Reihe von Preiserhöhungen für Haushaltsgegenstände, die zum Teil mehrere hundert Prozent betrug. Der Senat meinte, diese Preiserhöhungen wegen der gewachsenen Selbstkosten genehmigen zu müssen.¹⁴⁰ Zwar handelte es sich hier um Extremfälle, doch stiegen die Preise in fast allen Bereichen beträchtlich,¹⁴¹ denn in der Tat lagen viele legale Preise unter den Selbstkosten. Die sicherste Methode zur Erzielung gewinnbringender legaler Preise war die Herstellung mehr oder

weniger »neuer« Produkte, für die neue Preise festgesetzt werden mußten. Daher waren die regulären Gewinne bei Waren von gänzlicher Nutzlosigkeit meist wesentlich höher als bei den, gesellschaftlich gesehen, bedeutsamsten Produkten.¹⁴²

Ganz abgesehen von der mangelhaften Versorgung, sank der Reallohn der deutschen Arbeiter und Angestellten von 1945 bis 1948 um fast ein Drittel.¹⁴³ Die Bremer Arbeiterkammer kam im Frühjahr 1946 bei einer detaillierten Berechnung zu dem Ergebnis: Bei einem Monatsverdienst von 149,76 RM – das entsprach dem Einkommen eines bessergestellten Ungelernten – blieb dem Ledigen ein Plus von 17 RM. Bereits der Verheiratete ohne Kind hatte, sofern die Frau nicht arbeitete, einen Fehlbetrag von 11,60 RM. Der Fehlbetrag wuchs mit der Zahl der Kinder und betrug bei drei Kindern 80,66 RM.¹⁴⁴ Da es Arbeiter gab, die 120 RM und weniger im Monat verdienten – ein Gelernter erhielt im Durchschnitt 180–190 RM –, ist davon auszugehen, daß die finanziell am schlechtesten gestellten Teile der Arbeiterklasse nicht einmal in der Lage waren, die völlig unzureichenden Rationen zu kaufen. Der Bremer Senat schätzte im September 1946, daß 40 % des Lebensbedarfs der Werktätigen aus Ersparnissen gedeckt würden.¹⁴⁵ Dazu kamen Schwarzarbeit, Kleingartenbestellung und individuelle Tauschgeschäfte (»Hamstern«). Eine Untersuchung über die Zusammensetzung des Einkommens der Arbeiterhaushalte im Ruhrgebiet bestätigt die Bremer Schätzung:¹⁴⁶

Einkommen:	1927/28	April 1946	August 1946
Arbeitseinkommen	90 %	57 %	41 %
zurückgelegte Gelder	1 %	40 %	31 %
Anleihen	1 %	–	–
sonst. Einkünfte	8 %	3 %	–
nicht erfaßbare Einnahmen	–	–	27 %

Das reguläre Arbeitseinkommen reichte also im August 1946 nicht einmal aus, um die Hälfte der Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Der Schwarzmarkt mit seinen im September 1945 im Durchschnitt 125fach überhöhten Preisen¹⁴⁷ bot den Arbeitern und unteren Angestellten nur dann Möglichkeiten zur Deckung des Defizits, wenn sie z. B. auf ihre Zigarettenration verzichteten – die Zigarette war eine Art Ersatzwährung – oder ihren zweiten Anzug, ihren Teppich oder ähnliches veräußerten. Die Angehörigen der großkapitalistischen Oligarchie konnten entweder auf die in ihren Betrieben hergestellten Produkte zurückgreifen oder verfügten über genügend Bargeld, um für ein

Pfund Butter notfalls auch 100–180 RM zahlen zu können.¹⁴⁸ Das gleiche dürfte für die mittleren und kleinen Kapitalisten gegolten haben. Das gehobene Kleinbürgertum ohne nennenswerten Kapitalbesitz (Beamte, freie Berufe) wurde zwar von den Schwarzhändlern eines Großteils seines persönlichen Eigentums beraubt, war aber aufgrund des Besitzes von »Sachwerten« immerhin in größerem Maß als die Arbeiter in der Lage, die Ernährung seiner Familien sicherzustellen. Faktoren wie einerseits Verlust von Besitz durch den Bombenkrieg, Sperrung von Bankguthaben oder Verlust des Arbeitsplatzes wegen politischer Belastung, andererseits hohe Gewinne durch illegale Geschäfte, unmittelbarer Zugang zu Lebensmitteln und Kontakte zur Besatzungsmacht zerstörten zwar nicht die traditionelle Hierarchie von Besitz und Macht, überlagerten sie jedoch im Bewußtsein auch der Werk tätigen in einem gewissen Grad.

Daß für die deutschen Werk tätigen in der Nachkriegszeit die Existenzprobleme, vor allem die Ernährungslage, auch bewußtseinsmäßig im Vordergrund standen, ist selbstverständlich.¹⁴⁹ Diese Feststellung erklärt aber nicht jene tiefe politische Apathie der Massen, von der in allen amerikanischen Berichten die Rede ist. Denn es waren gesellschaftliche Probleme, die eine politische Dimension erhielten, sobald sie kollektiv angegangen würden. Die objektive Situation, Funktionsverlust des Lohns bei Warenmangel, wirkte indessen nicht vereinheitlichend, sondern differenzierend: Der Existenzkampf wurde individuell. Weitverbreitete nachbarschaftliche Unterstützungsaktionen waren zwar Ausdruck der Solidarität, aber nicht dazu angetan, den Arbeitern die Notwendigkeit deutlich zu machen, als Klasse zu handeln. Die Beschäftigten der Amerikaner – gerade in Bremen ein erheblicher Prozentsatz – erhielten dort täglich rationsfrei eine warme Mahlzeit von 1200 Kalorien,¹⁵⁰ besaßen aber weniger Rechte als die Arbeiter und Angestellten in der deutschen Privatwirtschaft. Wegen der Nähe zu den Lebensmittelbeständen der Besatzungstruppe ging von den Arbeitsplätzen bei den Amerikanern eine korrumpierende Wirkung aus. Die Beschaffung von Verbrauchsgütern für die Belegschaften durch Kompensationshandel, zum Teil von den Betriebsräten organisiert oder mitorganisiert,¹⁵¹ wurde zur Quelle weiterer Differenzierung. Die Möglichkeit, durch organisierte gewerkschaftliche Kämpfe eine Verbesserung der Lebensbedingungen – und auch eine gewisse Politisierung – zu erreichen, war nicht nur wegen des Lohn- und Arbeitszeitstopps, sondern auch wegen der zweitrangigen Bedeutung des Lohns überhaupt äußerst gering. Der Deformation der Gesellschaft entsprach die Komplizierung der Kampfsituation für die Arbeiterklasse.

Die Industrie- und Handelskammern als die ersten Interessenvertretungen des Großkapitals in der Nachkriegszeit

Trotz der politischen Verunsicherung der Unternehmerschaft durch Ansprüche der Betriebsräte, Entnazifizierung, Beschlagnahmung wichtiger Konzerne und Entflechtungspläne veränderte sich das sozioökonomische Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, da ein entscheidender Eingriff unterblieb, in den Jahren vor der Währungsreform zugunsten des ersteren. »Ein Teil der kurz- und längerfristigen Konsumgüter wurde zur Abdeckung der Rationierung abgeliefert, der andere Teil wurde für die betriebliche Kompensation verwandt, und zwar zur Rohstoff- und Warenbeschaffung, in bescheidenerem Ausmaß zur Versorgung der Belegschaften. Der selbständige, auch außerhalb der Buchhaltung sich abwickelnde Warenverkehr, diente dem betrieblichen Wiederaufbau, der Remontage, der betrieblichen Neuausstattung und der Betriebserweiterung. Dieser Akkumulationsprozeß in den ersten Nachkriegsjahren wird meistens unterbewertet. Tatsächlich haben in dieser Zeit die westdeutschen Arbeiter, oft nur für ein warmes Essen, Produktionsmittel erzeugt und auf diese Weise die Grundlagen gelegt für jene klassenpolitische Situation, der sie heute [1958, P. B.] ausgesetzt sind.«¹³² In welchem Maß Kapital- und Warenreserven geschaffen worden waren, zeigte sich bei der Währungsreform, die das Antlitz Westdeutschlands in 24 Stunden verwandelte.

Selbstverständlich strebten die Unternehmer ebenso wie die Arbeiter und Angestellten danach, ihre kollektiven Interessen in organisierter Form vertreten zu können. Im Herbst 1945 entstanden die ersten Wirtschaftsvereinigungen, 1946 auch Arbeitgeberverbände.¹³³ In ihrer Bedeutung unterschätzt wird jedoch meist die Tatsache, daß die Unternehmer in den Industrie- und Handelskammern vom ersten Tag an eine spezifische Interessenvertretung besaßen. Namentlich die traditionsreiche Bremer Handelskammer übte in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen großen wirtschaftlichen und politischen Einfluß aus.

Wegen der verzögerten Wiederherstellung der Wirtschaftsvereinigungen und Arbeitgeberverbände nach dem Zerfall der »Reichsgruppen« und Zwangskartelle waren die Industrie- und Handelskammern zunächst die einzigen umfassenden Organisationen der Unternehmer. Die Kammern hatten 1945 eine doppelte Funktion wahrzunehmen: Sie mußten einerseits den Wiederaufbau unterstützen bzw. selbst organisieren und andererseits die Unternehmer zusammenfassen und deren Interessen vertreten. Im Selbstverständnis der Kammern waren beide

Funktionen weitgehend identisch, da man sich einen Wiederaufbau nicht anders als kapitalistisch vorstellen konnte. Die eigenen Interessen wurden mit denen der Allgemeinheit gleichgesetzt, um die beanspruchte Führungsposition zu legitimieren. In dieser Einschätzung trafen sich die Unternehmer – bei allen Gegensätzen im einzelnen, die sich aus der Deutschlandpolitik der Alliierten in den ersten Jahren ergaben – sowohl mit den westlichen Besatzungsmächten als auch mit der deutschen Verwaltungsbürokratie.

Die faktische Verstaatlichung der wirtschaftlichen Interessen- und Selbstverwaltungsverbände durch die Nationalsozialisten war mit der Übertragung wirtschaftspolitischer Funktionen an diese von den mächtigsten Konzernen beherrschten Unternehmer-Organisationen verknüpft gewesen. Ihren Höhepunkt hatte diese Entwicklung während der Phase der »totalen« Kriegswirtschaft von 1943 bis 1945 erreicht. Den zu Gauwirtschaftskammern zusammengeschlossenen Wirtschafts-, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern und regionalen Fachverbänden war eine zentrale Rolle bei der Rationalisierung, der Material- und öffentlichen Auftragsvergabe zugeteilt worden.¹⁵⁴ Die Auflösung der Gauwirtschaftskammern und die Wiederherstellung der traditionellen örtlichen Industrie- und Handelskammern vollzogen sich 1945 nicht gleichförmig, aber überall reibungslos. So tagte die Hamburger Kammer am 7. Mai – vier Tage nach der Besetzung der Stadt – noch unter ihrem bisherigen Namen.¹⁵⁵ Erst am 25. Mai nahm sie ihren alten Namen wieder an,¹⁵⁶ ohne daß jedoch zugleich Struktur, Aufgabenbereiche oder Rechtsstand der Kammer in irgendeiner Weise angetastet worden wären. Auch die Lübecker und Wetzlarer Kammern setzten ihre Arbeit ohne Unterbrechung fort.¹⁵⁷ Im allgemeinen bildeten sich – gemäß den Vorstellungen der Besatzungsmächte – aus den alten Gauwirtschaftskammern jeweils eine Reihe örtlicher Kammern, deren Schwergewicht selbstverständlich in den großen Städten lag. In den Jubiläumsschriften der Industrie- und Handelskammern wird überwiegend vom Wiederbeginn der Tätigkeit wenige Tage nach der Besetzung berichtet, so u. a. in Neuss, Düsseldorf, Limburg, Lüneburg, Ravensburg, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Kassel.¹⁵⁸ Auch in Nordrhein-Westfalen »sammelte sich die Wirtschaft bereits in den ersten Tagen nach der Besetzung mit Zustimmung der Militärregierung wieder in all den Kammern, die vor 1933 bestanden hatten.«¹⁵⁹

Schon frühzeitig begannen die örtlichen Industrie- und Handelskammern, sich regional zusammenzuschließen, um in den zentralen wirtschaftspolitischen Fragen auf höherer Ebene intervenieren zu können. Manche Kammern griffen von vornherein über die Kreisebene hinaus.

So waren etwa die Darmstädter Kammer für Niederhessen, die Mannheimer für Nordbaden, die Münchener für Oberbayern zuständig.¹⁶⁰ Die Wuppertaler Industrie- und Handelskammer nahm schon im Mai 1945 Kontakt zur Düsseldorfer Kammer auf. Daraus entwickelten sich regelmäßige Besprechungen der Kammerpräsidenten und Hauptgeschäftsführer der gesamten Nordrheinprovinz. Im Juli wurde mit den westfälischen Kammern Fühlung aufgenommen und eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft vereinbart.¹⁶¹ Die Industrie- und Handelskammern des Rhein-Main-Gebiets gründeten am 7. August 1945 in Frankfurt ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft.¹⁶² Auf diese Weise vollzog sich der überlokale Zusammenschluß der Unternehmerschaft in Westdeutschland lange vor einer entsprechenden Zusammenfassung der Gewerkschaften.

Obwohl die nationalsozialistisch belasteten führenden Persönlichkeiten – zum Teil wie in Hamburg und Bremen¹⁶³ mit erheblicher Verspätung – im allgemeinen von den Alliierten aus den Kammern entlassen wurden, blieb auch das entnazifizierte leitende und geschäftsführende Personal, innerhalb dessen die hauptamtlichen Syndizi eine Schlüsselstellung einnahmen,¹⁶⁴ in der für das deutsche Großbürgertum typischen angeblich »unpolitischen« antidemokratischen Tradition befangen.¹⁶⁵ Ebenso konnten die Führungsgremien der Kammern weiterhin als »repräsentativ für die großkapitalistischen Gruppen in ihren Gebieten« gelten,¹⁶⁶ welche ohne weiteres in der Lage waren, einen abgesetzten Firmenvertreter oder Vertrauensmann durch einen anderen, unbelasteten, zu ersetzen. Die Kontinuität der Industrie- und Handelskammern wurde durch den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates genausowenig unterbrochen, wie sie durch dessen Etablierung 1933 beeinträchtigt worden war. Mußte damals notgedrungen ein Parteigenosse die Präsidentschaft übernehmen und mußten einige zu stark mit der »Systemzeit« und ihren Parteien verknüpfte Unternehmer ausscheiden, so spielte sich dieser Wechsel nun umgekehrt ab. Den gemeinsamen Interessen, die es gegenüber allen Regierungen und politischen Gremien zu vertreten galt, fühlten sich die nationalsozialistischen Wirtschaftsführer nicht weniger verpflichtet als die konservativen oder liberalen Unternehmer.

Die »strategische Rolle, die sie [die Kammern, P. B.] bei der Wiederbelebung des ökonomischen Lebens seit dem militärischen Zusammenbruch vom Mai 1945 gespielt haben«,¹⁶⁷ beruhte darauf, daß sie nach Ansicht der Westalliierten unentbehrlich waren. Ein amerikanischer Field-Intelligence-Bericht vom Herbst 1945 unterschied Dienstleistungs- und Lenkungsaufgaben der Kammern.¹⁶⁸ Erstere, wie die Weitergabe

aller offiziellen Anordnungen und Fragebogen oder die Vermittlung von Kontakten zwischen Privatwirtschaft und Behörden überhaupt, hätten die Kammern »mit bewundernswerter Effizienz« und zu allseitiger Zufriedenheit ausgeführt. Umstritten seien dagegen die Lenkungsaufgaben, als deren wichtigste die Verteilung von Rohstoffen, die Vergabe von Lizenzen für die Wiedereröffnung von Firmen und die Entnazifizierung von Handel und Industrie galten. Die generellen Vorbehalte des Kammerpersonals – wie der Unternehmer überhaupt – gegenüber der Entnazifizierung der Wirtschaft machten es nicht gerade zum idealen Helfer der Amerikaner auf diesem Sektor.¹⁶⁹ Die »aktive Beteiligung scheint darin bestanden zu haben, die Namen von Treuhändern zu liefern, die [die Leitung von, P. B.] Firmen zu übernehmen haben, deren Besitzer oder Leiter aus politischen Gründen entfernt werden müssen«. ¹⁷⁰ Selbstverständlich konnte es den Unternehmern nicht gleichgültig sein, wer als Treuhänder eingesetzt wurde, und ebenso selbstverständlich waren die Industrie- und Handelskammern in der Lage, mehr »Fachleute« aus der Privatwirtschaft in Vorschlag zu bringen, als die Arbeiterorganisationen – soweit sie bereits zugelassen waren – aus dem nicht allzu großen Kreis des ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Führungspersonals anzubieten hatten. Nach einer amerikanischen Direktive vom 14. August 1945 sollten die Industrie- und Handelskammern, für die nach dem Muster der USA freiwillige Mitgliedschaft vorgeschrieben wurde, auf beratende Tätigkeiten beschränkt werden.¹⁷¹ Die Direktive wurde jedoch von Ort zu Ort mit unterschiedlicher Energie ausgeführt, und gerade eine so traditionsreiche Kammer wie die der Hansestadt Bremen blieb trotz formaler Funktionsminderung der wichtigste Kommunikationskanal zwischen den Firmen und den staatlichen Behörden.

Auch in Bremen trat die Kammer unter ihrem alten Namen »Handelskammer Bremen« wenige Tage nach der Besetzung der Stadt wieder zusammen.¹⁷² Von Anfang an bestand eine enge Verbindung zum Senat,¹⁷³ die – wie die von Vagts erlassene Kündigungsverordnung zeigt¹⁷⁴ – politisch durchaus wirksam war. Offiziell neu begründet wurde die Bremer Handelskammer am 11. Juni 1945, als anstelle des Präses Bollmeyer, den die Militärregierung zunächst mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt hatte, der bekannte Silberwarenfabrikant Martin H. Wilkens von Wirtschaftssenator Apelt zum neuen Präses berufen wurde.¹⁷⁵ Insgesamt fanden im Vorstand und unter den Syndizi zunächst keine größeren personellen Veränderungen statt. Erst Ende September 1945 schieden die ehemaligen Mitglieder der NSDAP – darunter Leiter der wichtigsten Bremer Unternehmen wie

Erling und Brabant – nach einer Intervention Wilhelm Kaisens aus der Kammer aus.¹⁷⁶

Es liegt auf der Hand, daß die Industrie- und Handelskammern 1945 von ihren Mitgliedern als Ersatz für die noch nicht zugelassenen Arbeitgeberverbände angesehen wurden,¹⁷⁷ obgleich Tariffragen wegen der verzögerten Anerkennung der Gewerkschaften und vor allem wegen des Lohnstopps zunächst nur untergeordnete Bedeutung besaßen. Die Bremer Handelskammer beauftragte ihren Industriausschuß ausdrücklich, diese Funktion bis auf weiteres wahrzunehmen.¹⁷⁸ Darüber hinaus ist zu vermuten, daß die Sitzungen der Industrie- und Handelskammern auf lokaler und regionaler Ebene auch unmittelbar zu Vorgesprächen über den Wiederaufbau der Arbeitgeberverbände benutzt wurden. Bereits am 29. August 1945 hatte Wilhelm Kaisen bei seinen regelmäßigen Gesprächen mit Captain Bard darauf gedrängt, daß gleichzeitig mit den Gewerkschaften auch Arbeitgeberverbände zugelassen werden sollten.¹⁷⁹ Im November beschlossen einige Vertreter von Industrie, Handel und Handwerk eine Satzung des zu gründenden Arbeitgeberverbandes und ersuchten den Wirtschaftssenator um Zulassung. Bürgermeister Kaisen überreichte die Statuten am 6. Dezember 1945 der Militärregierung. Einige Gewerkschaftsführer sollen diese Reorganisierungsbemühungen der Unternehmer ebenfalls unterstützt haben. Dennoch verzögerten die Amerikaner die Legalisierung bis zum Oktober 1946.

Schon vor der Zulassung der Unternehmerverbände und bürgerlichen Parteien verfügte das Bremer Großbürgertum jedoch in der Umbruchphase von der nationalsozialistischen Herrschaft zur alliierten Militärverwaltung in seiner Handelskammer über ein Organ von mittelbarer und unmittelbarer politischer Wirksamkeit. Die Industrie- und Handelskammern bildeten in dieser Phase das Gegenstück zu den antifaschistischen Ausschüssen der Arbeiterbewegung.

3. Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus

Die deutsche Antifa-Bewegung im Frühjahr und Sommer 1945 – ein Überblick

In den Monatsberichten des amerikanischen Militärgouverneurs für Deutschland wird in der ersten Phase nach der Wiederzulassung der Parteien übereinstimmend die »politische Apathie« der breiten Volksmassen als hervorstechendstes Kennzeichen der Szenerie bezeichnet.¹ Unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang meist, daß das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft fast überall vom Entstehen und von der Abwürgung einer spontanen antifaschistischen und radikaldemokratischen Bewegung begleitet gewesen war,² die alle die Kennzeichen nicht besessen hatte, die den wiederentstehenden Parteien als Negativa angerechnet wurden: von vornherein hochgradig bürokratisierte Strukturen und entsprechend geringe Partizipation der Anhängerschaft an den Entscheidungsprozessen, unreflektiertes Anknüpfen an die Zeit vor 1933 und Unfähigkeit, auf die konkreten aktuellen Probleme der arbeitenden Menschen einzugehen. Demgegenüber repräsentierten die antifaschistischen Ausschüsse, deren Grenzen und Schwächen im folgenden näher zu analysieren sein werden, in nuce einen neuen und eigenständigen Ansatz zur Reorganisierung der sozialistischen Bewegung in Deutschland und zur selbsttätigen Überwindung der Zusam-

menbruchskrise. In diesem Sinn waren die antifaschistischen Ausschüsse »die spezifische Übergangsform, in der sich die aus der Illegalität auftauchenden Überreste der vom Faschismus zerschlagenen Arbeiterbewegung nach dessen Zusammenbruch zunächst neu zu konstituieren versuchten.«³ Aufgrund der Zersplitterung der deutschen Gesellschaft in der Endkrise der nationalsozialistischen Herrschaft konnten die Antifa-Ausschüsse nur auf lokaler Ebene entstehen und blieben im allgemeinen auch darauf beschränkt. Dabei handelte es sich offensichtlich nicht allein um ein technisches Problem, sondern auch um eine – im wahrsten Sinn des Wortes – Horizontverengung der Arbeiterkader während des Dritten Reichs.

Die einfachste Form der Antifa waren kleinere, spontan gebildete Ausschüsse auf Stadtteilebene – meist in proletarischen Wohnbezirken – und in Kleinstädten. In mancher Hinsicht fallen auch die überall entstehenden Betriebsausschüsse in diese Kategorie der durch Begrenzung des Arbeitsfeldes, durch mangelnde quantitative Ausdehnung und durch Selbstbeschränkung auf elementarem Organisationsniveau verharrenden Antifa-Gruppierungen. Von diesen Keimzellen der Antifa hoben sich eine Reihe von Koordinationsausschüssen und von unterschiedlich großen Organisationen ab, die sich auf gesamtstädtischer oder sogar regionaler Ebene formierten und fast durchweg auf Traditionen des örtlichen Arbeiterwiderstandes fußten: neben der Bremer Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus mit ungefähr 5000 Mitgliedern etwa die Braunschweiger Antifa mit ca. 1100 Mitgliedern, die Eislebener Antifaschistische Arbeitergruppe, das Leipziger Nationalkomitee Freies Deutschland mit ca. 4500 Mitgliedern, die Kampfkomitees und Arbeitsausschüsse in Stuttgart, die Antifaschistische Einheitsfront in Duisburg, der Wiederaufbau-Ausschuß in Hannover und – insgesamt auch zur Antifa-Bewegung gehörend – die Hamburger Sozialistische Freie Gewerkschaft mit ca. 55 000 Mitgliedern.

Bei den Initiatoren und Führern der Antifa-Bewegung lassen sich vier Gruppen unterscheiden: sozialistische Dissidenten (SAP, ISK usw.), Kommunisten, bürgerliche Dissidenten und schließlich Sozialdemokraten, vor allem sozialdemokratische Gewerkschaftler. Die Linkssozialisten wollten – das war die Lehre, die sie aus dem Sieg der Nationalsozialisten gezogen hatten – den Umbruch nutzen, um von unten eine erneuerte einheitliche Arbeiterbewegung aufzubauen, indem sie, ausgehend von den konkreten Bedürfnissen in Betrieb und Gemeinde, eine Mobilisierung der Arbeiter in räteähnlichen Formen anregten, die eine stärker demokratische Struktur und sozialistische Zielsetzung der erstrebten politischen und gewerkschaftlichen Einheitsorganisationen

gewährleisten sollten. Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche wurden die Linksozialisten schon bald gegenüber den Restaurationsversuchen der alten Partei- und Gewerkschaftsbürokratien in die Defensive gedrängt.

Die kommunistisch dominierten Antifa-Gruppen waren besonders durch zwei Faktoren behindert: zum einen durch den Verlust fast aller profilierten Führer im Kampf gegen den Nationalsozialismus und zum anderen durch die fehlende Verbindung zur Parteiführung, die erst nach der Besetzung nach und nach wiederhergestellt werden konnte. Die meisten Kommunisten waren bei der – dazu noch überwiegend mißverstandenen – Konzeption des Nationalkomitees Freies Deutschland von 1944 stehengeblieben. Unterschiedliche Auslegungen dieser Konzeption bestimmten die große Aktivität und den Pragmatismus der KPD-Anhänger in der Antifa-Bewegung.

Bürgerliche Kräfte erlangten in den partikularistischen Bewegungen Bayerns und Österreichs das Übergewicht. Aber auch in Antifa-Ausschüssen, die durchweg, wenn auch in unterschiedlichem Verhältnis, gemischt zusammengesetzt waren, waren Angehörige des Bürgertums, meist Intellektuelle, zum Teil sogar in erheblichem Umfang vertreten. Doch repräsentierten sie hier keine organisierte bürgerliche Tendenz.

Trotz der praktisch überall anzutreffenden Beteiligung von Sozialdemokraten blieb die Masse der Funktionäre – auch der Gewerkschaften – abseits. Der sozialdemokratische Wiederaufbauausschuß in Hannover stand einzig da. Die Rekonstruktion der Verwaltung, der SPD und der Gewerkschaften ließ die Frage entstehen, wie repräsentativ die Ausschüsse, gemessen an früheren Wahlergebnissen, waren, und verstärkte die Absonderungstendenz der Sozialdemokraten.

Die politische und soziale Zusammensetzung der Antifa-Mitgliedschaft entsprach nicht unbedingt derjenigen der Spitze. So kam es häufig vor, daß Repräsentanten des »freiheitlichen Bürgertums« stärker an den Führungsgremien beteiligt wurden, als es dem sozialen Kräfteverhältnis an der Basis entsprochen hätte. Auch war es nicht ungewöhnlich, daß der Anteil von Funktionären ehemaliger Arbeiterparteien und Gewerkschaften in der Leitung größer war als der Anteil von Angehörigen der Arbeiterklasse. Eine relative Überrepräsentierung der Linksozialisten in der Führung verschiedener Antifa-Gruppen im Vergleich zu ihrem Einfluß auf die Arbeiterklasse, eine Unterrepräsentierung der Sozialdemokraten in der Mitgliedschaft und in den Führungsgremien und ein Überwiegen der Kommunisten auf beiden Ebenen kennzeichneten insgesamt die politische Zusammensetzung. Die für Stuttgart nachgewiesene große Zahl vor 1933 parteiloser Antifa-Mitglieder⁴ deu-

tet auf ein – teils proletarisches, teils kleinbürgerliches – Mobilisierungspotential hin, das über die vor dem Dritten Reich in den traditionellen Arbeiterparteien organisierten Werktätigen hinausreichte.

Angesichts der Isolierung der Antifa-Ausschüsse voneinander ist die relative Einheitlichkeit ihrer Forderungen erstaunlich. Sie enthielten überall den Aufruf, Verwaltung und Wirtschaft von Nationalsozialisten zu säubern, der größtenteils mit der Forderung nach begrenzten Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse verbunden war. Die NSDAP wurde als Haftungsgemeinschaft verstanden, die besonders zur Beseitigung der Trümmer und zu ähnlichen Arbeiten heranzuziehen sei. Der andere Hauptteil der Programmatik galt den Tagesaufgaben im Rahmen des Wiederaufbaus. Darüber hinaus wurden die Wiederherstellung von Grundfreiheiten, Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft und die Restauration des Gewerkschaftsvermögens verlangt. Viele Antifa-Gruppen verstanden sich als Alternative zum Wiederaufbau von SPD und KPD, ohne daß dieses Motiv programmatisch fixiert worden wäre.

Ein zuverlässigeres Bild über den Charakter der Antifa-Bewegung als die häufig vage und hastig formulierten Programme vermittelt die Tätigkeit der Gruppen. Proletarische Selbstbefreiungsaktionen unmittelbar vor dem Einmarsch der Alliierten gelangen nur in Ausnahmefällen, so in Kiel.⁵ Wesentlich zahlreicher waren – vielfach erfolgreiche – Versuche, die kampflose Übergabe der betreffenden Stadt zu erreichen, z. B. durch defätistische Beeinflussung von verantwortlichen Offizieren und Verteidigungstruppen und organisiertes Hissen weißer Fahnen. Doch gerade auch dort, wo eine kampflose Übergabe nicht zustande gekommen war und zuletzt noch erhebliche Zerstörungen erfolgt waren, trat nach der Besetzung das Bedürfnis nach Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Nahrungs- und Transportmitteln, nach Trümmerräumung und Leichenbestattung, nach Bekämpfung der Seuchengefahr, nach Instandsetzung der Produktionsmittel und Umstellung der Produktion von Tag zu Tag stärker hervor. Die Verantwortlichen hatten oft die Flucht ergriffen oder waren inhaftiert. Hier sprangen die Selbsthilfeausschüsse ein, die sich in Wohnbezirken und Betrieben, aber auch auf gesamtstädtischer Ebene bildeten. Sie organisierten die Ingangsetzung des täglichen Lebens, wobei sie mit Vorliebe Nationalsozialisten zu Notstandsarbeiten heranzogen. Neben der Selbsthilfe standen die Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von Nationalsozialisten und die Bestrafung von Funktionären der NSDAP und Denunzianten im Mittelpunkt der Tätigkeit. Auf diesem Gebiet wurden den Besatzungsmächten wertvolle Hilfsdienste geleistet. In den Aus-

schüssen entwickelte sich aus dem Chaos spontan ein notdürftiger Ersatz für das zusammengebrochene Kommunikations- und Verwaltungssystem.

Als Beispiel für solche Selbsthilfe in Wohngebieten seien die Aktivitäten der Antifaschisten in der bremischen Landgemeinde Huchting geschildert, in der damals knapp 10 000 Einwohner, in der Mehrheit Arbeiter, lebten.⁶ Der Ort war bereits am 20. April von britischen Truppen besetzt worden, die in drei Stadtteilen je einen Bürgermeister eingesetzt hatten. Zunächst verhinderte eine tagelange Ausgangssperre für Männer jede Initiative. Eine von ca. einem halben Dutzend Antifaschisten – unter denen ein Maurer und ein Zimmermeister waren – nach Aufhebung des Ausgangsverbots gebildete »Wiederaufbau-Kommission« organisierte mit Unterstützung des in Kirchhuchting eingesetzten Bürgermeisters, Pastor Wessels, einen obligatorisch gemeinten Arbeitseinsatz aller männlichen Einwohner von 14 bis 65 Jahren, von dem nur Landwirte und andere für die Lebensmittelversorgung wichtige Berufe ausgenommen waren. Zunächst sollen sich 250 bis 300 Personen am Arbeitseinsatz beteiligt haben. Aber schon Mitte Mai wurde das Fernbleiben gerade der Nationalsozialisten registriert. Auch die Wiedereingangssetzung der Betriebe führte bald zu einem Nachlassen der Beteiligung.

Der antifaschistische Kreis übernahm die Aufgaben einer provisorischen Gemeindeverwaltung. Die dringendsten Erfordernisse waren zunächst die Bergung der Toten und die Unterbringung der Obdachlosen. In Flakbaracken konnten die Familien aus 21 ausgebrannten Häusern notdürftig untergebracht werden. Mit requiriertem Baumaterial konnten die Lebensmittelläden repariert werden. Auch der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Theodor Klatte stellte in seiner Fabrik nicht mehr zu verwendendes Baumaterial zur Verfügung. Mit Einverständnis des bremischen Landherrenamtes, der zuständigen Dienstaufsichtsbehörde, wurde an die im Arbeitseinsatz Tätigen »illegal« Lohn ausgezahlt. Da Huchting nicht stark zerstört worden war, konnten die notwendigsten Reparatur- und Aufräumarbeiten innerhalb der ersten Wochen erledigt werden. Aus dem Kreis um die »Wiederaufbau-Kommission« wurden Ende Mai 1945 Franz Löbert und Heinrich Nolte zum Bürgermeister und stellvertretenden Bürgermeister sowie ein zwölfköpfiger Gemeinderat ernannt. Nach eigenen Angaben ersetzte Löbert sofort nach seiner Amtsübernahme alle Nationalsozialisten in der Gemeindeverwaltung durch Leute, die nicht in der NSDAP gewesen waren.

In einer Situation, in der die traditionelle Verwaltung in ihrer Wirksamkeit zumindest beeinträchtigt war, tangierten die Aktivitäten von Antifa-Ausschüssen den Funktionsbereich der kommunalen Behörden.

Nur in wenigen Fällen gelang es, Schlüsselpositionen wie Polizei, Personalamt, Arbeitsamt, Wohnungsamt zu okkupieren. Mangels politischer Säuberung blieb in den westlichen Besatzungsgebieten die vornehmlich durch bürgerliche Repräsentanten ergänzte überkommene Bürokratie erhalten und nutzte ihren Handlungsspielraum extensiv aus. Aktivitäten der Antifaschisten, die auf Sicherung der materiellen Existenzbedingungen in erster Linie der Arbeiterbevölkerung und politische Säuberung abzielten, führten zu Konflikten mit der Bürokratie, die darin nicht nur illegale Eingriffe in ihren Kompetenzbereich, sondern auch eine Bedrohung ihrer Existenz sah. Nach unterschiedlich langer Konsolidierungsdauer – häufig von kurzfristigem Zurückweichen aus vorübergehender Unsicherheit unterbrochen – drängten die Verwaltungsapparate die Antifaschisten unter Berufung auf die ihnen von der Besatzungsmacht übertragene Autorität zurück, wobei sie häufig die Militärregierung zum Eingreifen veranlaßten. Gemäßigte Antifaschisten, in erster Linie Sozialdemokraten, wurden vielfach integriert.

Die Rekonsolidierung der Verwaltung und die Reorganisierung der traditionellen Arbeiterparteien stellten die Funktionen der Antifa-Ausschüsse von vornherein in Frage. Alle vier Besatzungsmächte beeinträchtigten deren Aktivität zudem in massiver Weise, indem sie sie kanalisieren, einschränkten oder verboten. Am schärfsten gingen die Amerikaner gegen die Antifa-Organisationen vor und erzwangen im späten Frühjahr 1945, daß das Verbot politischer Betätigung auch von ihnen eingehalten wurde. Die Motive wurden oben schon erwähnt. Freilich gab es auch Ausnahmen wie in Stuttgart; aber die im allgemeinen besonders harte Form des Einschreitens – oft durch Verhaftungen – gab in der amerikanischen Zone den Altfunktionären der Arbeiterbewegung auf lokaler und regionaler Ebene doch am ehesten die Möglichkeit, dort wieder anzuknüpfen, wo sie 1933 aufgehört hatten.

Die USA befanden sich gegenüber den Antifa-Ausschüssen in einem Dilemma: Einerseits sammelten sich in ihnen meist die Teile der Bevölkerung, die am wenigsten demoralisiert und am ehesten bereit waren, Initiativen beim materiellen Wiederaufbau und bei der Ausschaltung der Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben zu ergreifen – und dies waren Ziele, die auch die USA verfolgten –, andererseits stellten die Amerikaner sehr bald fest, daß es vor allem die Linken in der Arbeiterbewegung, Kommunisten und Linksozialisten, waren, die sich in der Umbruchphase in den Antifa-Ausschüssen Übergangsorganisationen schufen. Wenn diese auch keine unmittelbare sozialistische Umwälzung anstrebten, so mußte doch befürchtet werden, daß ein Gewährenlassen in einer Zeit, da das Bürgertum noch keine schlagkräftigen

politischen Organisationen besaß, eine machtpolitische Vorentscheidung für einen eigenständigen »deutschen Weg zum Sozialismus« bedeuten würde. Das übergreifende amerikanische Kriegsziel, einen liberalen kapitalistischen Weltmarkt wiederaufzubauen, war jedoch ohne die Erhaltung – bzw. nach amerikanischem Verständnis: die Wiederherstellung – der kapitalistischen Marktwirtschaft in Deutschland nicht zu realisieren. Daher war die Ausschaltung der deutschen Linken erforderlich, sobald ihre Politik gegen die Interessen der USA verstieß.

Wo die Antifa-Bewegung sehr stark war, wie in Bremen, bedurften die neuen deutschen Autoritäten zu ihrer Legitimierung der Mitarbeit der Antifaschisten. Hinzu kamen die praktischen Hilfen bei der Entnazifizierung. Da jedoch für die meist konservativen amerikanischen Offiziere die Legitimierung der Besatzungsherrschaft kein Problem darstellte und in der Rangordnung der Ziele die Ausschaltung der Nationalsozialisten erst hinter der »Normalisierung« des täglichen Lebens in ihrem Befehlsbereich kam – ganz abgesehen von der verbreiteten Affinität zu den einheimischen gesellschaftlichen Eliten –, pflegten sie das Verbot politischer Betätigung im allgemeinen sehr rigoros durchzusetzen.

Selbst die Aktivitäten der Bremer KGF – möglicherweise die entwickeltste Antifa-Organisation überhaupt; sie war bis Ende 1945 tätig – ließen seit dem Hochsommer schnell nach. Es ist daher kein Zufall, daß seit Herbst 1945 trotz insgesamt relativ umfassender Dokumentation kaum noch Unterlagen über die KGF erhalten sind. Es gilt, die negative Haltung der Militärregierung als einen wesentlichen Grund für das Scheitern der Antifa-Bewegung zu erkennen, ohne deren innere Schwäche – sowohl hinsichtlich des Anhängerpotentials als auch hinsichtlich unklarer politischer Einschätzungen und Perspektiven – gering zu achten, die das Vorgehen der Besatzungsmächte entscheidend erleichterte.

Welche Dynamik die Antifa-Bewegung unter günstigen äußeren Bedingungen entwickeln konnte, zeigt vor allem das Beispiel des Kreises Schwarzenberg im Erzgebirge,⁷ der bis Ende Juni 1945 aus noch ungeklärten Gründen unbesetzt blieb. Gleich nach der Kapitulation der Wehrmacht fanden sich vor allem kommunistische Arbeiter zusammen. Der am 11. Mai gebildete Antifaschistische Aktionsausschuß umfaßte vier Kommunisten und zwei Sozialdemokraten, die sofort die nationalsozialistische Verwaltung auflösten und durch Vertreter der Arbeiterschaft ersetzten. Eine starke und bewaffnete antifaschistische Polizei sicherte die neuen Machtverhältnisse. Die führenden Nationalsozialisten wurden festgesetzt. Der Stadtverwaltung stellte man einen Bera-

tenden Ausschuß zur Seite, dem Bürger verschiedener Berufe angehörten. Seit Ende Mai wurden in den Betrieben Arbeitervertretungen gebildet, die am 1. Juni auf Kreisebene einen Gewerkschaftsausschuß konstituierten. Der größte Teil der Aktivität galt auch in Schwarzenberg der Wiederingangsetzung der Produktion, den Wohnungs- und Ernährungsproblemen.

Wie die Rätebewegung 1918/19 drückten die antifaschistischen Zusammenschlüsse spontane Bestrebungen an der gesellschaftlichen Basis aus. Doch fehlte der Antifa die umfassende Breite von Räten und deren Selbstverständnis und Funktion als revolutionäre Kampf- und Machtorgane, als die sie sich nur bei einer Organisationsform hätte legitimieren können, die geeignet war, stärker als selbst die Gewerkschaften die Einheit der werktätigen Bevölkerung zu verwirklichen. Demgegenüber deutete die Tatsache, daß die – unter »organischer« Leitung durch den Widerstand legitimierter, d. h. nicht gewählter Führer stehenden – Antifa-Gruppen überwiegend den Charakter von Koordinierungsausschüssen trugen, auf ein insgesamt stark reduziertes Mobilisierungspotential hin, das erst langsam hätte erweitert werden können. Die diversen Programme und Modelle für eine antifaschistische Umwälzung, die im Exil entworfen worden waren – zum Teil mit deutlichen Anklängen an eine Rätekonzeption⁸ –, blieben ohne Resonanz. In der Praxis kam es unter enormen objektiven Schwierigkeiten kaum zu Versuchen, den lokalen Rahmen zu überschreiten. In der situationsangemessenen Offenheit der Ausschußform, die der Antifa die Wahrnehmung ihrer Integrationsaufgaben für die wiederentstehende Arbeiterbewegung erst ermöglichte, lag auch ihre fundamentale politische Schwäche. Sie ließ die Zusammenfassung der Kräfte und die Herausbildung einer gemeinsamen politischen Perspektive nur begrenzt zu.

Die Organisation der KGF

Am 29. April 1945, als das Ausgehverbot für Männer erstmals seit der Eroberung Bremens für einige Stunden aufgehoben wurde, begaben sich Adolf Ehlers und Hermann Wolters zum Sitz der britischen Besatzungstruppe im Polizeigebäude und überreichten als Vertreter der antifaschistischen Arbeiterschaft ein »Sofortprogramm der Werktätigen.«⁹ Ebenfalls unmittelbar nach Aufhebung des Ausgehverbots soll es in Sebaldsbrück zu einem ersten Treffen des Kerns des Bremer Widerstands gekommen sein, bei dem die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsorganisation beschlossen wurde.¹⁰ Anknüpfend an die

Kontakte und Diskussionen in den Endmonaten des Kriegs, gelang es, in wenigen Tagen die Voraussetzungen für den Aufbau einer Organisation zu schaffen. Am 3. Mai konstituierten sich 23 Vertreter ehemaliger Arbeiterorganisationen als »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus«. ¹¹ Ein aus diesem Kreis gewählter zehnköpfiger Vorstand verstärkte wenig später durch Kooptierung eines SPD-Veteranen das relativ schwach repräsentierte sozialdemokratische Element. Schließlich wurde auf Wunsch der Amerikaner der vor 1933 parteilose Studienrat und Privatgelehrte für Indologie, Dr. Alfred Nawrath, hinzugezogen, der das repräsentative Amt des »Präsidenten« übertragen bekam, aber keine nennenswerte politische Rolle spielte. ¹² Die übrigen Vorstandsmitglieder gaben folgende Berufe an: ein Dreher, zwei Schlosser, ein Isolierer, ein Schriftsetzer, drei kaufmännische Angestellte (darunter zwei frühere Arbeiter), ein Vermessungsbeamter, ein Gewerbeoberlehrer, eine Hausfrau. ¹³ Sechs von ihnen hatten während des Dritten Reichs insgesamt 30 Jahre in Haft gesessen. Vor – und zum Teil nach – 1933 hatten die KGF-Vorstandsmitglieder folgenden Organisationen angehört: Heinrich Busch, Adolf Ehlers und Hermann Lücke der SAP, zu der die beiden ersten über die KPO gestoßen waren; Franz Cavier der Bremer Restgruppe der KPO; Hermann Wolters und Georg Bukkendahl der KPD, in der Bukkendahl während der zwanziger Jahre als Vertreter des »rechten« Flügels gegolten hatte (er wurde zu einem späteren, nicht genau bestimmaren Zeitpunkt durch den bis 1933 in der KPO organisierten Malermeister Georg Gries ersetzt); Frida und Fritz Paul dem ISK, dem sich Fritz Paul, ursprünglich SPD, allerdings erst während der illegalen Zeit angeschlossen hatte; Heinrich Gotthard, Emil Theil und Karl Heine der SPD, in der Heine als Anhänger des linkspazifistischen Flügels – er war Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft gewesen – gewirkt hatte. Berücksichtigt man ferner die enge persönliche und politische Anlehnung Hermann Wolters' an Ehlers, so kann man ohne Übertreibung von einer Vorherrschaft der Linksozialisten und oppositionellen Kommunisten in der KGF-Spitze sprechen.

Zum Teil nahmen die aktiven Gegner des Nationalsozialismus in den Stadtteilen und Vororten ihre Organisierung selbst in die Hand und schlossen sich dann der KGF an. ¹⁴ Im wesentlichen wurde die Kampfgemeinschaft von oben, hauptsächlich durch den alten SAP/KPO-Kern, aufgebaut. Nachdem sich der Vorstand konstituiert hatte, knüpfte er die Verbindung mit den Antifaschisten in Stadtteilen und Betrieben an. Ein »Sofortprogramm« und ein »Vorläufiges Organisationsstatut«, das dem Vorstand eine beherrschende Position einräumte, wurden ver-

vielfältigt und erschienen am 6. Mai als Nr. 1 des »Aufbau«, des Organs der KGF.

Das Statut der KGF trug noch deutlich den Stempel der Illegalität. Um sich gegen NS-Spitzel und -Infiltranten zu schützen, war eine Empfehlung von drei Bürgen Bedingung für die Aufnahme eines Bewerbers. Die endgültige Entscheidung behielt sich der Vorstand vor (Punkt 3 und 5). Demokratische Wahlen waren anscheinend zunächst nicht vorgesehen, denn über die Wahl des Vorstandes wurde nichts gesagt. Hingegen waren seine umfangreichen Befugnisse genau geregelt. Er konnte »Bezirksobleute« einsetzen, die in seinem Auftrag »Bezirkstellen« einzurichten hatten (9, 10). Er allein war es auch, der die bei Bedarf einzurichtenden »Abteilungen« kontrollierte (6 bis 8). Gelegentlich tagte der »erweiterte Vorstand«, der sich aus dem Vorstand, den Bezirksobleuten und den Abteilungsleitern zusammensetzte.¹⁵ De facto wurden die Bezirksobleute in den einzelnen Stadtteilen gewählt und in den »erweiterten Vorstand« delegiert, während sich der Vorstand das Kooptationsrecht vorbehielt.¹⁶

Innerhalb des Vorstandes waren jedem Mitglied ein oder mehrere Kompetenzbereiche zugeteilt.¹⁷ Zwei »Abteilungen« der KGF traten neben der Gesamtorganisation gesondert in Aktion: »Betrieb und Gewerkschaft« und »Information/Politische Polizei«, nach dem Decknamen Hermann Wolters' »Abteilung Bruns« genannt.¹⁸

Punkt 15 des »Vorläufigen Organisationsstatuts« besagte: »Über die endgültige Fassung entscheidet eine später einzuberufende Vollversammlung.« Diese Vollversammlung fand nie statt. Neben dem Fehlen geeigneter Versammlungsräume verhinderten die Verbote der Militärregierung ein solches Treffen. Statt dessen wurden zwei Bezirksdelegiertenkonferenzen am 29. Juli¹⁹ und am 16. Dezember 1945 einberufen, von denen die zweite allerdings kaum eine andere Funktion hatte, als die Auflösung der KGF zu beschließen.

Der »provisorische« Vorstand blieb – mit geringfügigen Veränderungen – bis zum Ende der KGF bestehen. Obwohl er im formalen Sinn nicht demokratisch legitimiert war, verfügte er über einen breiten Rückhalt. Das lag sicher vor allem daran, daß er seine Existenzberechtigung unmittelbar aus der illegalen Widerstandsbewegung herleiten konnte. Jedenfalls wurde seine Legitimation niemals von irgendeiner antifaschistischen Gruppe in Frage gestellt.

Etwa gleichzeitig mit der Verbreitung von Programm und Statut setzte ein Rundschreiben an »alle Ortsgruppen« die Bremer Antifaschisten von der Gründung der Organisation in Kenntnis.²⁰ »Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus ist eine politische Zweckor-

ganisation, die in ihrem Rahmen bereits Vorarbeiten zu leisten hat für Organisationen, die im Lauf der Zeit von den Anglo-Amerikanischen Besatzungsbehörden wieder zugelassen werden (Parteien, Gewerkschaften usw.). Das bedeutet nicht, daß die Kampfgemeinschaft nur eine Zusammenfassung aller Antifaschisten für eine beschränkte Zeit ist, sondern sie wird als Dachorganisation aller Antifaschisten und der neu erstehenden Organisationen von langer Dauer sein.« Dieses erste Rundschreiben endete mit der Aufforderung, in »allen Stadtteilen bzw. Bezirken der Stadt und des Landgebietes [...] Ortsgruppen oder Bezirksstellen« einzurichten. Zur ersten Sitzung seien nur altbekannte Antifaschisten einzuladen.

Bereits vor der Versendung des Rundschreibens hatten in den Stadtteilen die ersten Gründungsversammlungen stattgefunden, die z. T. vom Vorstand unmittelbar initiiert worden waren.²¹ Am 5. Mai war von 15 Sozialdemokraten und sechs Kommunisten die Ortsgruppe Hemelingen gebildet worden. Am 6. Mai hatten sich in Sebaldsbrück, dem Wohnort von Ehlers und Wolters, 55 Personen getroffen, darunter 21 ehemalige Mitglieder der SPD, 27 ehemalige Mitglieder der KPD, vier ehemalige SAP-Mitglieder und drei Parteilose. Bei der Gründungsversammlung in Hastedt am 8. Mai waren 68 Antifaschisten anwesend gewesen, von denen früher 31 der KPD, 18 der SPD und 19 keiner Partei angehört hatten. Ähnlich wie in diesen drei Arbeiterbezirken, aus denen die Protokolle der Zusammenkünfte überliefert sind, dürften die Gründungsversammlungen in den meisten anderen Stadtteilen zusammengesetzt gewesen sein.

Nach eigenen Angaben, die im Hinblick auf die Legitimierung der Organisation gegenüber der Besatzungsmacht vermutlich übertrieben waren, besaß die KGF in Bremen schon zwei Wochen nach ihrer Gründung 14 Ortsgruppen mit 4265 Mitgliedern:²²

Oslebshausen	100	Hemelingen	80
Gröpelingen	1 500	Findorff	110
Walle	500	Neustadt	320
Schwachhausen	120	Buntentor	180
Hastedt	500	Woltmershausen	75
Sebaldsbrück	350	Westliche Vorstadt	180
Osterholz-Tenever	85	Ostertor	165

Außerdem bestanden 14 Ortsgruppen am Stadtrand und in der Umgebung mit angeblich weiteren 2 230 Mitgliedern:

Delmenhorst	170	Lilienthal	30
Huchting	60	Ihlpohl	20
Habenhausen	35	Ritterhude	115
Baden	45	Vegesack	350
Verden	135	Blumenthal	170
Achim	145	Grohn	70
Oberneuland	35	Bremerhaven	850

Insgesamt hatte die KGF nach diesen Angaben 6495 Mitglieder. Einer Mitteilung zufolge, die Adolf Ehlers Ende Juli 1945 auf der ersten KGF-Bezirkskonferenz machte, wuchs die Organisation in den folgenden Wochen um weitere 1500 Mitglieder.²³ Nach einer rückblickenden Schätzung von Hermann Lücke aus dem Jahr 1955 erreichte die Kampfgemeinschaft sogar eine Stärke von 10 000 Mitgliedern.²⁴ Die oben angeführte Aufstellung über die Mitgliedschaft wurde jedoch vom Vorstand intern auf ihre wahre Bedeutung reduziert: Von den zahlenmäßig erfaßten beitragswilligen Antifaschisten hatten Mitte Mai erst 350 Mitgliedsausweise erhalten, d. h. die Vollmitgliedschaft erworben.²⁵

Die Voraussetzung dafür war die Ausfüllung eines Fragebogens über die persönlichen Daten, die berufliche und politische Vergangenheit, der von drei Bürgen unterzeichnet sein mußte.²⁶ Bis zur Auflösung der KGF sollen etwa 5000 Mitgliedskarten ausgestellt worden sein.²⁷ Außer der einwandfreien antifaschistischen Vergangenheit kannte die Kampfgemeinschaft keine Aufnahmebedingungen. Nicht einmal reguläre Beiträge wurden erhoben; die Organisation konnte durch Spenden reichlich finanziert werden.²⁸ Insofern ist davon auszugehen, daß die ständig einsatzbereiten Antifaschisten in der KGF – wie die Aktiven in jeder Massenorganisation – eine Minderheit bildeten, während die Mehrheit entweder passiv blieb oder sich doch nur von Fall zu Fall an den Aktivitäten der Kampfgemeinschaft beteiligte.

Ferner ist bei der Würdigung der überlieferten Mitgliederzahlen zu berücksichtigen, daß sich nach Beendigung des Kriegs viele vorwiegend im Hinblick auf das persönliche Fortkommen antifaschistischen Organisationen – bzw. später den politischen Parteien – anschlossen.²⁹ Möglicherweise lag darin auch der Grund für die vom KGF-Vorstand vorübergehend verhängte Aufnahmesperre.³⁰ Folgende Einschätzung sei als Hypothese formuliert: Die KGF umfaßte drei verschiedene Kategorien von Mitgliedern: 1. einen Führungskreis, der nicht völlig mit

dem Vorstand identisch war, aber nicht wesentlich über ihn hinausreichte; 2. einige hundert »Aktivisten der ersten Stunde«, die die praktische Arbeit der KGF trugen;³¹ 3. die nach Tausenden zählende Masse der Mitglieder, Beitrittswilligen und Anhänger, deren Einsatzbereitschaft unterschiedlich groß war bzw. schwankte.

Von den letztlich 5000 stimmberechtigten Mitgliedern der KGF hatten 3100 vor 1933 einer Arbeiterpartei angehört; die restlichen 1900 wurden von der Organisation als »Bürgerliche« eingestuft.³² Deren hoher Anteil erscheint angesichts der Verteilung der Mitgliedschaft auf die einzelnen Stadtgebiete unglaublich und dürfte auf ein fragwürdiges Zählverfahren zurückzuführen sein, bei dem alle diejenigen zu »Bürgerlichen« gemacht wurden, die vor 1933 keiner Linkspartei angehört hatten, selbst wenn sie ihrer sozialen Stellung nach Arbeiter oder untere Angestellte waren. Allein im traditionell »roten« Gröpelingen mit einem Arbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung von 69,3 % im Jahr 1950 wohnte fast ein Drittel der stadtbremischen KGF-Mitglieder, obwohl in diesem Arbeiterdistrikt 1950 nur etwa ein Vierzehntel der Bremer Erwerbs- und Wohnbevölkerung lebte.³³ Dennoch mag besonders der Anteil antifaschistischer Intellektueller höher gewesen sein als in den Arbeiterparteien vor 1933. Selbst in der Kaufmannschaft gab es eine Gruppierung, die eine Verbindung zur KGF suchte, die »Hanseatische Aufbaugemeinschaft«. Einige Vertreter dieser Richtung sollen der KGF als Einzelmitglieder angehört haben.³⁴ Insgesamt blieb die KGF jedoch ihrer Tradition und ihrer Zusammensetzung nach eine Organisation der Arbeiterbewegung, der es in begrenztem Maß gelang, Teile der Mittelschichten an sich zu ziehen.

Aufschluß über den Anteil der politischen Richtungen im unteren Funktionärskörper der KGF gab die erste Bezirkskonferenz am 27. 7. 1945, zu der die Ortsgruppen Delegierte und Gäste entsandten.³⁵ Von ihnen hatten vor 1933 102 der KPD angehört, 45 der SPD, acht der SAP, drei dem ISK und einer der KPO. 26 Anwesende bezeichneten sich als parteilos. Mag auch mancher statt der ehemaligen Parteizugehörigkeit seine neue Präferenz angeben haben, so läßt sich die kommunistische Dominanz nicht übersehen. Es ist also eine klare Diskrepanz zwischen dem Einfluß der SAP, des ISK und der KPO im Vorstand und ihrer zahlenmäßigen Schwäche auf der Bezirkskonferenz festzustellen, die die aktivistischen Kader der Organisation versammelte.

Über die eigentliche Basis liegen keine brauchbaren Angaben vor, doch lassen die Zusammensetzung der Gründungsversammlungen in Hastedt, Hemelingen und Sebaldsbrück sowie die – zumindest forma-

le – Zugehörigkeit fast aller bekannten Sozialdemokraten zur KGF vermuten, daß der sozialdemokratische Anteil an der breiten Mitgliedschaft größer war. Bei der Wiedezulassung der Parteien wurde jedenfalls deutlich, daß die KPD nicht die Mehrheit der in der KGF organisierten Antifaschisten zu gewinnen vermochte.³⁶ Andererseits lassen die Anwesenheitslisten der Bezirkskonferenz eine gewisse Reserve der sozialdemokratischen Kader der linkssozialistisch-kommunistisch dominierten Antifa-Organisation gegenüber erkennen.³⁷

Eine Aufstellung der KGF-Zentrale über 20 stadtbremische Distrikte vom 2. August 1945 zeigt, daß die Gründung neuer Stadtteil- und Ortsgruppen das Frühjahr und den Sommer 1945 über anhielt.³⁸ Gegenüber dem Mai waren danach neue Organisationseinheiten in Burg, Arsten, Borgfeld-Lehesterdeich, Rablinghausen und Mitte entstanden. Die Verbindung zwischen den Distrikts- und Ortsgruppen einerseits und dem Vorstand andererseits sollte nach dessen Wunsch durch regelmäßige Entsendung von Kurieren seitens der KGF-Untergliederungen gewährleistet werden.³⁹ Es dürfte aber klar sein, daß ein enger und häufiger Kontakt zu den weit abgelegenen Ortsgruppen, zumal denjenigen außerhalb der Enklave (z. B. Sulingen, Verden), angesichts der Verkehrsverhältnisse und der Beschränkung auf ehrenamtliche Mitarbeit kaum zu realisieren war.

Über Organisation und Arbeit der Stadtteil- und Ortsgruppen der KGF liegen nur vereinzelte Hinweise vor. Die KGF-Gruppe Burg teilte der Zentrale beispielsweise am 8. Juli mit, sie umfasse 100 Mitglieder. Jede Woche finde eine Funktionärssitzung statt; die übrigen Mitglieder würden zu je 25 in »politischen Schulungsabenden« zusammengefaßt.⁴⁰ Unterhalb der Ebene der Ortsgruppen sollten sich KGF-Mitglieder in Straßengemeinschaften zusammenschließen. Sie waren zur »Wahrung des organisatorischen Zusammenhalts der Mitglieder, solange die KGF nicht legalisiert ist«, bestimmt. Jede Straßengemeinschaft sollte einen Obmann wählen. Mindestens einmal in der Woche waren Sitzungen abzuhalten; »Diskussions- und Leseabende«, Besprechungen von »Tages- und Radio-Meldungen mit anschließender Aussprache, kleine Kurse über allgemeine politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen« könnten durchgeführt werden.⁴¹

Die Straßenzellen galten der KGF als eine wesentliche basisdemokratische Errungenschaft. Vor ihrer Auflösung erklärte es die Kampfgemeinschaft als »selbstverständlich [...], daß die allwöchentlichen Ausspracheabende unserer Straßengemeinschaften gemeinsam mit den parteimäßig erfaßten wie auch den parteilosen Kameraden zu einer dauernden Einrichtung werden sollen. Diese Straßengemeinschaften,

sie sind und bleiben die Zellen des öffentlichen Lebens. Sie sind das stets warnende Gewissen des Volkes. Sie sind die einzigsten Garanten gegen die Gefahr einer neuen Bürokratie.«⁴² Indessen gab es im Herbst 1945 keine politische Kraft, die ein Fortbestehen dieser Keimzellen direkter Demokratie unterstützt hätte.

Die Programmatik der KGF

Bereits in den Wochen vor der Besetzung der Stadt hatte Ehlers ein »Sofortprogramm der Werktätigen« entworfen, das in Besprechungen in kleinstem Kreis als Grundlage für die geplante antifaschistische Sammelbewegung verabschiedet worden war.⁴³ Am 30. April übersandten Ehlers, Wolters und Buckendahl der Militärregierung das Sofortprogramm mit dem Angebot zur Zusammenarbeit, nachdem Ehlers und Wolters schon am vorangegangenen Tag einen ersten Kontakt hergestellt hatten.⁴⁴ Das Sofortprogramm faßte die Diskussionsergebnisse des 1944 gebildeten Koordinierungszirkels zusammen. Es hatte die Aufgabe, die wiederentstehende Arbeiterbewegung für – wie man hoffte: mit Hilfe der Militärregierung – sofort durchzusetzende Forderungen zu einigen und zu mobilisieren. Kleinbürgerliche und intellektuelle Schichten – das »freiheitlich-gesinnte Bürgertum«⁴⁵ – sollten soweit wie möglich einbezogen werden. »Unser Sofortprogramm«, so wurde erläutert, »ist nicht das Programm einer Partei, sondern aus der Einsicht aller Antifaschisten geboren, gemeinsam in einer breiten, antifaschistischen Einheitsfront alle Kräfte für die Liquidierung des Faschismus zu mobilisieren.«⁴⁶

Die Forderungen des Sofortprogramms können in mehrere Kategorien eingeteilt werden: Im Interesse der gesamten Bevölkerung – einschließlich der ehemaligen Mitglieder der NSDAP, soweit sie nicht auf Gedeih und Verderb mit dem Regime verbunden gewesen waren – lagen Maßnahmen wie die Umstellung auf Friedensproduktion; die Instandsetzung reparaturfähiger Häuser; die Nutzung von Baracken, Kasernen und ähnlichen Gebäuden für Wohnzwecke; die schnellstmögliche Rückführung der von ihren Eltern getrennten Kinder aus den Lagern der Kinder-Landverschickung; die Zusammenlegung der Bremer Landgemeinden mit der Stadt zur Verbesserung der Ernährungssituation; die kommunale Bebauung aller geeigneten Frei- und Grünflächen mit Nutzpflanzen; die sofortige Instandsetzung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung sowie der öffentlichen Verkehrsmittel durch Einsatz aller erforderlichen Arbeitskräfte; die Reparatur der Kanalisation zur

Verhinderung der Seuchengefahr; schließlich die Erfassung und Verteilung der durch das »Volksoffer« und bei den Kleidersammlungen während des Dritten Reichs zusammengetragenen Bestände.

In dem im engeren Sinn politischen Teil beschäftigte sich ein Abschnitt mit der Liquidierung der NSDAP und ihrer Gliederungen; der Beschlagnahme deren Eigentums, wovon das den Arbeiterorganisationen 1933 Geraubte zurückgegeben werden sollte; der Auflösung der bestehenden Polizei und deren Ersetzung durch antifaschistische Mannschaften; sowie der »restlosen Beseitigung aller [!] Nationalsozialisten« aus der Administration. Die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Gewährung demokratischer Grundrechte wie Koalitions- und Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Wahl einer Stadtverordnetenversammlung sowie die Umgestaltung des Erziehungswesens waren Forderungen, die allen Gegnern des nationalsozialistischen Regimes außerhalb des militärischen und konservativen Lagers selbstverständlich schienen. Die Wiederzulassung von politischen Parteien wurde im Unterschied zu der von Gewerkschaften nicht verlangt.

Eine weitere Kategorie von Forderungen bezog sich im besonderen auf die Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten beseitigten Arbeiterrechte und proletarischen Interessenvertretungen. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 sei aufzuheben mit Ausnahme »der für die Arbeitnehmer günstigen Bestimmungen«. Die nationalsozialistischen Vertrauensräte und Betriebsobleute sollten verschwinden und sogleich durch gewählte Betriebsräte ersetzt werden. Der Gedanke, nicht nur die Gewerkschaften wiederaufzubauen, sondern daneben die Bremer Betriebsräte zusammenzufassen, läßt ein Anknüpfen an die Betriebsrätebewegung nach 1918 vermuten. Die verlangte uneingeschränkte Gleichstellung der ausländischen Arbeiter war die Voraussetzung für das Entstehen einer multinationalen proletarischen Solidarität.⁴⁷ Die Neubesetzung der Arbeitsämter – die »Beseitigung der Sklavenhändler« – schien nach den Erfahrungen im Dritten Reich ein vordringliches Interesse zu sein.

Neben den anfangs genannten Forderungen ergab sich auch die nach Umverteilung des Wohnraums und der Lebensmittel zwingend aus der spezifischen Notsituation des Zusammenbruchs. Doch traten hier die besonderen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft deutlich hervor. So wurde nicht nur die Einziehung der Wohnungen führender Nationalsozialisten, sondern die Beschlagnahme aller über den dringendsten Bedarf hinausgehenden Räume, Einrichtungen und Haushaltsgeräte für Bedürftige verlangt. Ebenso sollten alle über-

durchschnittlich großen Lebensmittelvorräte erfaßt und die Verteilung und Preisgestaltung durch Kontrollausschüsse der Arbeiter und Angestellten überwacht werden. Der private Zwischenhandel sollte weitgehend durch Konsumgenossenschaften ersetzt werden.

Das Sofortprogramm kann im Sinn sozialistischer Tradition als ein typisches Minimalprogramm charakterisiert werden.⁴⁸ Es ist aber offensichtlich, daß die ungehinderte Möglichkeit, dieses Programm in die Tat umzusetzen, zur Konfrontation gerade mit einem großen Teil der bürgerlichen Zwischenschichten zu führen drohte, die die KGF in das antifaschistische Bündnis einzubeziehen wünschte. Das gilt mindestens für die Verteilung von Wohnraum und Lebensmitteln. Möglicherweise war es diese Erkenntnis – vielleicht auch eine erste Intervention der Besatzungsmacht –, die die KGF einige Änderungen vornehmen ließ. Abgesehen von einzelnen Formulierungen und unwesentlichen inhaltlichen Korrekturen, wurde auf die Forderung nach Beschlagnahme von Wohnungseinrichtungen, Haushaltsgeräten und Lebensmittelvorräten in der am 6. Mai als Nr. 1 des KGF-Organs »Aufbau« veröffentlichten Fassung verzichtet. Aber selbst das überarbeitete Programm rief bei Professor Dorn Unwillen hervor. Dorn, der in Bremen unter anderem mit dem KGF-Vorstand konferierte, empfand das Sofortprogramm immer noch als extrem sozialistisch und verlangte in einigen Punkten Änderungen.⁴⁹

Außer durch die Aufrufe, Flugblätter und Plakate der ersten Tage und Wochen trat die KGF vor allem durch den »Aufbau« öffentlich hervor, dem deshalb besondere Bedeutung zukam, weil erst im September 1945 eine deutsche Lizenzzeitung erscheinen durfte. Der »Aufbau« war die erste periodische Veröffentlichung deutscher Antifaschisten nach dem Krieg überhaupt.⁵⁰ Insgesamt kamen elf Nummern heraus: die erste am 6. Mai 1945, die letzte im Januar 1946, nach der Auflösung der KGF. Während der neun Monate, in denen der »Aufbau« bestand, erschien in zwei Monaten keine Zeitung (Oktober und Dezember), in vier Monaten je eine (Mai, August, November 1945 und Januar 1946); in zwei Monaten erschienen je zwei (Juni, September) und im Juli gar drei Nummern. Die publizistische Aktivität der KGF nahm also von Mai bis Juli stark zu; im August ist ein Abfallen und im September ein neuer relativer Aufschwung festzustellen, bevor sich ein zweimonatlicher Erscheinungsrhythmus durchsetzte.

Die Zeitungen waren zwischen fünf und 14 Seiten stark. Sie enthielten zusammen nicht mehr als 119 Seiten, so daß die Hefte durchschnittlich elf Seiten umfaßten. Der »Aufbau« wurde unter Benutzung von Papier der DAF mit Schreibmaschine auf Matrizen geschrieben und ver-

vielfältigt. Die Auflagenhöhe war nicht gleichbleibend. Nach Ehlers betrug sie zu Anfang zwischen 200 und 300,⁵¹ nach Lücke zwischen 500 und 600 Stück⁵² und stieg dann von Nummer zu Nummer, blieb aber auch in der letzten Phase der KGF vermutlich noch unter 1000 Exemplaren. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die einzelnen Nummern in den Stadtteilen erneut abgeschrieben und vervielfältigt wurden.⁵³ In den Betrieben sollte die Zeitung am »Schwarzen Brett« ausgehängt werden.⁵⁴ Dennoch wird man bei der Größe der KGF davon ausgehen müssen, daß die Zeitung in erster Linie von Mitgliedern gelesen wurde.

Eine klare redaktionelle Linie der Zeitung ist nicht erkennbar. Der »Aufbau« sollte offensichtlich zugleich internes Mitteilungsblatt und Propagandaorgan nach außen sein. Der Inhalt der meisten Artikel kann als elementare antifaschistische Aufklärung charakterisiert werden. Im Vordergrund standen Artikel, in denen – in sehr unsystematischer Weise – gegen Relikte der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands aus den Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch polemisiert wurde. So wandten sich die Mitarbeiter des »Aufbau« gegen den »unheilvollen Geist des Preußentums«,⁵⁵ gegen unpolitische und Untertanengesinnung,⁵⁶ gegen nationalsozialistische Ausdrucksweise im Betrieb,⁵⁷ gegen den preußischen Amtston,⁵⁸ gegen faschistische Einflüsse in der Handelskammer und im Beamtentum,⁵⁹ gegen zersetzende Unterhaltungsliteratur,⁶⁰ gegen Geschäftemacher,⁶¹ gegen den ungebrochenen Einfluß der Nationalsozialisten auf dem Land,⁶² gegen Flüsterpropaganda⁶³ und ähnliches. Um den autoritären Traditionen Deutschlands entgegenzuwirken, sprachen sich verschiedene Autoren für die Mitarbeit der Frauen aus,⁶⁴ verlangten in ein und derselben Nummer politisches Engagement der Jugend und Wiederbelebung der Wandervogel-Tradition,⁶⁵ forderten Offenheit und Kritik,⁶⁶ radikale Säuberung des Beamtenapparates⁶⁷ und stärkere Heranziehung von Selbständigen zum Arbeitseinsatz.⁶⁸

Informationsartikel über ausländische oder deutsche Probleme außerhalb Bremens waren sehr selten: Nr. 6 brachte einen Bericht über das englische Wahlrecht und Nr. 9 einen vom Nationalkongreß der italienischen Sozialisten. In den übrigen Artikeln tauchten selbst Hinweise auf Vorgänge außerhalb Bremens und seiner Umgebung kaum auf. Zunächst war dies sicher überwiegend auf fehlende Unterrichtung zurückzuführen. Doch wurde seit dem 23. Juni von der amerikanischen Militärregierung der »Weser-Bote« herausgegeben, der ausländische Nachrichten übermittelte. Daneben gab es Rundfunksendungen. Es ist offensichtlich, daß die Antifaschisten, die im »Aufbau« schrie-

ben, durch die jahrelange Abkapselung vom internationalen politischen Geschehen auf einen beschränkten Gesichtskreis eingeeengt worden waren, so daß sie mit derartigen Informationen, selbst wenn sie sie erhielten, wenig anzufangen wußten. Es war gewiß kein Zufall, daß allein der Emigrant August Enderle in seinem Referat auf der Abschlußtagung der KGF den internationalen Klassenkampf in seine Analyse einbezog.⁶⁹

Sieht man von Nr. 1 (Sofortprogramm) und Nr. 11 (Referate der Abschlußkonferenz) ab, dann enthielten fünf der neun Ausgaben einen oder mehrere politisch-programmatische Beiträge. Der Diskussionsartikel des Bremer Lehrers Klaus Böttcher gab mit den Stichworten: Säuberung des Lehrkörpers von Nationalsozialisten und Ausmerzung antidemokratischen Gedankenguts aus den Büchern, »Ausbau der Einheitschule« als »Arbeits- und Gemeinschaftsschule«, »Erziehung zur Sachlichkeit und Demokratie« und »Übung in der Selbstverwaltung« bereits die Grundlinien der späteren, von Senator Paulmann repräsentierten sozialdemokratischen Bemühungen um die Reform des Erziehungswesens wieder.⁷⁰

Politisch äußerst bedeutsam war die – im »Aufbau« populär vereinfachte – Analyse der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten,⁷¹ weil die Tradition der SAP und KPO hier relativ deutlich zum Vorschein kam. Gegenüber einer pauschalen Verurteilung des deutschen Volks wies der Verfasser auf die sozialen Triebkräfte des Faschismus hin. Dessen gesellschaftliche Basis sei das Kleinbürgertum gewesen, das ihn zu einer Massenbewegung gemacht habe; aber erst die Unterstützung der faschistischen Bewegung durch die reaktionären Eliten, »Junkertum, Offizierskaste, Großindustrie und Hochfinanz«, habe die Machtfrage zugunsten der NSDAP zu entscheiden vermocht. Im Augenblick der Machtergreifung sei die Arbeiterschaft »in ihrer überwiegenden Mehrheit antifaschistisch und kampfgewillt« gewesen. Versagt habe – wie bei dem »freiheitlich gesinnten Teil des Bürgertums« – die Führung, »die neben einer fehlerhaften Unterschätzung der faschistischen Gefahr sich zu keiner ernsthaften Massenaktion entschließen konnte.« Auch wenn die »naziverseuchten Massen« einen Großteil des deutschen Volks ausmachten, so doch nicht seine Gesamtheit. SA- und SS-Terror seien der schlagendste Beweis für die Existenz einer Opposition gegen das Dritte Reich. Aus ihrem Kampf vor und nach 1933 könnten die deutschen Antifaschisten das Recht auf die Gewährung der Grundrechte ableiten, die den »großen und kleinen Nazis« berechtigterweise vorenthalten bleiben sollten. Denn: »Den Organisationsapparat der NSDAP hat die Militärmaschine der Alliierten zerschla-

gen, die faschistische Ideologie kann nur von den deutschen Antifaschisten ausgerottet werden.«

»So wichtig und notwendig bestimmte demokratische Formen und Gesetze sind«, so wurde den Lesern im Juli 1945 im »Aufbau« eingeschärft, »noch entscheidender ist die Praxis, sind die Methoden der Anwendung der Demokratie.«⁷² In diesem Artikel wurde erstmals der Versuch unternommen, eine weiterreichende politische Konzeption zu entwickeln: »Wirkliche Demokratie gibt es nur, wenn die breite Volksmasse ständig wachsam ist und stets kämpferisch die demokratischen Volksrechte gegen alle Kräfte verteidigt, die unter dem Mantel demokratischer Reden und Anwendung rein formaler Demokratie diktatorische Ziele verfolgen und eine reaktionäre Politik betreiben. [...] Offensichtlichen Feinden der Demokratie und damit allen offenen und verkappten Nazisten, allen Kapitalisten und Bürokraten, die ihre ökonomische oder sonstige Machtstellung ausnutzen, um sich selbst Vorteile auf Kosten der übrigen Bevölkerung zu verschaffen, müssen die demokratischen Bürgerrechte verweigert werden.« Das Monopolkapital und der Großgrundbesitz seien für zwei Weltkriege verantwortlich. »Ihre Beseitigung ist die Voraussetzung für eine wirklich stabile Demokratie. [...] Ob Arbeiter, Bauer, Angestellter, Wissenschaftler, ob Gewerbetreibender, Beamter oder Angehöriger freier Berufe, alle, die guten Willens sind, keine Nazisten oder deren Helfer, sind willkommen und müssen gewonnen werden. Es muß eine breite kämpferische Volksfront entstehen.«

Mit dieser Volksfrontkonzeption in unmittelbarem Zusammenhang standen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der KGF. Der Artikel: »Der Wiederaufbau und seine Voraussetzungen«, der im »Aufbau« im August 1945 veröffentlicht wurde, enthielt keine explizit sozialistische Zielsetzung, vielmehr wurde sogar der Förderung der »privaten Initiative weitschauender, tatkräftiger Unternehmer« das Wort geredet, die allerdings in gesellschaftlich nützliche Bahnen zu lenken sei. Das »planlose Drauflosproduzieren« müsse unterbunden und durch die Lenkung und Kontrolle der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung mittels einzurichtender Planungsstellen ersetzt werden. Insbesondere Schwarzmarkt- und Kompensationsgeschäfte seien durch schärfste Kontrollen des Groß-, Zwischen- und Einzelhandels zu unterbinden, wenn der Wiederaufbau in Gang kommen und die »Kluft zwischen der Masse der Darbenden und einer vermögenden Schicht von Raffenden, zwischen Hungernden und Satten« beseitigt werden solle. »Das werktätige deutsche Volk muß mit aller Kraft verhindern, daß wiederum der Versuch gemacht wird, diese untragbaren

gewaltigen Lasten eines verlorenen Krieges auf seine Schultern abzuwälzen.« Eine »rege, aktive Anteilnahme der breiten Volksmassen« an der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben sei daher zwingend erforderlich. Dazu bedürfe es der Wiederherstellung ihrer ökonomischen Interessenvertretungen: der Gewerkschaften, Konsum- und Produktionsgenossenschaften in der Stadt, der Produktions- und Absatzgenossenschaften der Bauern auf dem Land. »Allen diesen Organen des schaffenden Volkes muß ein weitgehendes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht auf Produktionsgestaltung und Preisbildung eingeräumt werden.«⁷³

Trotz der nicht spezifisch sozialistischen Sprache barg diese Forderung eine starke antikapitalistische Dynamik in sich – vorausgesetzt, es entwickelte sich eine revolutionäre Massenbewegung, wie das überhaupt die Voraussetzung aller Konzeptionen für eine gründliche antifaschistische Umwälzung war, sofern sie sich nicht ausschließlich auf die vermeintlichen Interessen der Besatzungsmächte gründeten. Keineswegs zufällig war gerade die Forderung nach wirtschaftlichen Kontrollorganen der Werktätigen in dem Neugründungsaufwurf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 nicht enthalten. Vor allem beim Vergleich dieses Aufrufs mit einer Ausarbeitung über die »Perspektiven des Sozialismus«, die August Hogrefe im Juli 1945 für die Diskussion innerhalb des SAP/KPO-Kerns verfaßte,⁷⁴ drängt sich die Interpretation auf, daß es sich bei der volksdemokratischen Diktion der KGF wenigstens zum Teil um ein terminologisches Zugeständnis der linkssozialistischen Richtung an die sozialdemokratischen und kommunistischen Bundesgenossen und an die Besatzungsmacht handelte. Wie die Exil-SAP Mitte der dreißiger Jahre gegenüber der Volksfrontbewegung, so glaubten offenbar auch die führenden Bremer Linkssozialisten 1945, sich einer in den politisierten Teilen der Arbeiterklasse vorherrschenden Ideologie nicht einfach durch die Propagierung sozialistischer Prinzipien entgegenstellen zu können, und meinten, gerade in der aktuellen Situation der Arbeiterbewegung in der Zusammenbruchskrise der deutschen Gesellschaft, als es »keine politische Stoßkraft und Aktionsfähigkeit der Arbeitermassen, keine klare politische Willensbildung« gab, an den vorhandenen Bewußtseinsstand anknüpfen zu müssen.

Weitgehend einig war sich der SAP/KPO-Kreis in der KGF mit der Berliner KPD-Führung über die bedeutende Rolle der Siegermächte und über die verheerenden Konsequenzen der nationalsozialistischen Herrschaft für die aktuelle Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Macht zu ergreifen und den Kapitalismus zu stürzen. Während die KPD jedoch

dazu neigte, aus der Not eine Tugend zu machen, und aus der Unmöglichkeit der sozialistischen Revolution die Möglichkeit einer bürgerlich-demokratischen Revolution schloß, zeigen die sehr vorsichtigen Formulierungen der KGF unter dem Einfluß der Linksozialisten weithin den Versuch, wieder Elemente antikapitalistischen Bewußtseins unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Das Etappenziel hieß daher: Verteidigung sozialpolitischer Errungenschaften und Aufbau »lebendiger, zielklarer und moderner Arbeiterorganisationen.«

Die eindeutige Ablehnung der Kollektivschuldthese, von der KPD als Begründung für eine vollständige Unterordnung der deutschen Arbeiterbewegung unter die Besatzungsmächte gebraucht, markierte einen weiteren wesentlichen Unterschied zur kommunistischen Partei. Obwohl es den Interessen der kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre gleichermaßen widersprach, deren politische Verantwortung für die Niederlage von 1933 zu erörtern, wurde dieses Thema im »Aufbau« nicht vermieden.

Der Versuch, die programmatischen Äußerungen der KGF zu systematisieren, birgt – so notwendig er ist, um die politische Motivation der führenden KGF-Mitglieder aus linkssozialistischen Gruppen zu ergründen – die Gefahr in sich, den ideologisch uneinheitlichen und konfusen Charakter der Organisation vergessen zu machen. Lediglich der SAP/KPO-Kader zeigte schwache Ansätze zu einer theoretisch-programmatischen Diskussion. Die zaghaften Versuche im »Aufbau«, die aktuelle Situation und die Aufgabenbestimmung der deutschen Antifaschisten zu analysieren, blieben vereinzelt und letztlich zusammenhanglos – und damit weitgehend ohne politische Relevanz. Dazu kommt, daß selbst die erfahrenen Altsozialisten der SAP, die sich über den Charakter der westlichen Besatzungspolitik im klaren wähten,⁷⁵ erhebliche Illusionen über das Ausmaß der Interessenkongruenz zwischen den Alliierten und den deutschen Sozialisten hegten, wie die von ihnen als führenden Mitgliedern bedeutend mitbestimmte Politik der KGF demonstrierte.

Spontane Aktionen der Antifaschisten und die Fixierung eines halblegalen Status für die KGF

Die KGF-Führung hegte keinen Zweifel daran, daß die Lösung der im Sofortprogramm genannten Aufgaben von der Unterstützung, mindestens der Duldung der antifaschistischen Bemühungen durch die Besatzungsmächte abhing. Daher wurde im ersten Rundschreiben der

Zentrale allen Antifaschisten eingeschärft: »Wir haben nicht die Macht, einem gemaßregelten Beamten des Staatsapparates eine neue Stellung zu verschaffen, wir können nicht Tausenden von Obdachlosen eine neue Wohnung zuweisen. Das sind keine Fragen unseres persönlichen Wollens, sondern politische Fragen, deren Lösung von der Macht abhängt, die uns das Vertrauen breiter Volksmassen verleiht und die Militärregierung uns zugesteht.« Ebenso eindeutig wurde im Rundschreiben aber ausgeführt: »Wenn wir entscheidenden Einfluß auf die neue entstehende Ordnung alles gesellschaftlichen Lebens gewinnen wollen, so hängt das in erster Linie von dem politischen Einfluß ab, den unsere Organisation durch die Mobilisierung aller antifaschistischen Kräfte gewinnt.«⁷⁶

Bevor »die Beschießung der Stadt beendet war und bevor ihre Bunker vom letzten Schlupfloch der Wehrmacht-Soldaten gesäubert waren«, wurde das in Bremen einrückende englische, kanadische und amerikanische Militär mit den selbständigen Aktionen der Bremer Antifaschisten konfrontiert. Nach der offiziellen amerikanischen Version nutzten »selbsternannte Antifaschisten« das Chaos des Zusammenbruchs, »um fremdes Eigentum in Besitz zu nehmen, Straßendemonstrationen zu organisieren und auf Plakaten ihren Willen zur Machtübernahme zu verkünden.«⁷⁷ Am 5. Mai verteilte die KGF einen Aufruf an die Bremer Bevölkerung.⁷⁸ In den Senatsprotokollen wurden am 11. Mai 1945 erstmals Beschwerden der leitenden Beamten über die Aktivitäten der »sogenannten Antifaschistischen Bewegung« verzeichnet, die, vor allem in der westlichen Vorstadt, Wohnungen beschlagnahme »und auch in sonstiger Weise die Außenstellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamtcs terrorisiere«.⁷⁹ Am darauffolgenden Tag wurde beklagt, daß die Antifa-Gruppe in Blumenthal eine Tätigkeit entfalte, »die mit der Stellung der staatlichen und kommunalen Verwaltung kaum vereinbar sei.«⁸⁰

Der Regierende Bürgermeister Vagts wurde daraufhin bei Oberst Welker vorstellig,⁸¹ der sich um Abhilfe bemühte. Ein Emissär wurde zu Wolters geschickt – den die Amerikaner als Hauptverantwortlichen betrachteten – mit dem Auftrag, ihn zum Verzicht auf »ungesetzliche« Methoden zu bewegen. Die deutsche Polizei erhielt Anweisung, die Plakate der KGF zu beseitigen und eventuelle Demonstrationen zu unterdrücken. Das Tragen von Armbinden und die Durchführung von Patrouillengängen, z. B. zum Schutz gegen Plünderer oder zum Zweck der Suche nach privaten Lebensmittellagern, wurden verboten.⁸² Die Entschlossenheit der amerikanischen Behörden, den Aktionen der KGF Einhalt zu gebieten, veranlaßte die Zentrale am 14. Mai zu einem zwei-

ten Rundschreiben, in dem sie alle Ortsgruppenleitungen bat, »ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die eigenmächtigen Handlungen sowohl von Mitgliedern der KGF als auch von anderen Teilen der Bevölkerung unterbleiben.«⁸³ Der Vorstand rückte nicht nur von den »wilden« Wohnungs- und Fahrradbeschlagnahmungen in einigen Ortsgruppen ab, sondern drohte jedem, der sich undiszipliniert verhalte, den sofortigen Ausschluß an.⁸⁴ In der Tat scheinen sich Vorfälle dieser Art danach nicht mehr ereignet zu haben.

Den unmittelbar schwersten Schlag richtete die Militärregierung gegen die KGF, als sie – kurz nach dem Abzug der letzten britischen Truppen – die Bremer Polizei anwies, die Büroräume zu beschlagnahmen, die die KGF in den ersten Tagen nach der Besetzung auf eigene Faust in Besitz genommen hatte.⁸⁵ Als Gegenleistung für die Mithilfe der KGF bei der Erfassung bzw. Vernehmung und Verhaftung von Nationalsozialisten will Wolters seinerzeit vom britischen Geheimdienst eine Beschlagnahmевollmacht für einige Geschäftsräume erwirkt haben.⁸⁶ Nachdem sich jedoch sehr schnell gezeigt hatte, daß diese Räume bei dem starken Andrang nicht ausreichten, und da kaum Aussicht bestanden hatte, die Briten von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Inbesitznahme eines größeren Gebäudes zu genehmigen, hatten sich einige führende KGF-Funktionäre zu einer Änderung der Beschlagnahmевollmacht entschlossen und in sie anstelle des der Organisation ursprünglich zugestandenen Hauses ein Verwaltungsgebäude der Bremer DAF, das »Reinhold-Muchow-Haus«, eingetragen. Das Muchow-Haus hatte vor 1933 dem AfA-Bund, der freien Angestellten-gewerkschaft, gehört, so daß es sich dem Selbstverständnis der Antifaschisten nach um die Wiederinbesitznahme von geraubtem Eigentum der Bremer Arbeiterbewegung gehandelt hatte. Durch die Ausweisung mehrerer bankrotter Firmen hatte sich die KGF ein großes Hauptquartier mit idealen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen.⁸⁷ In verschiedenen Distrikten hatten die Antifaschisten außerdem kleinere Häuser und Einzelräume beschlagnahmt, die teilweise zerstört gewesen und nur notdürftig als KGF-Büros wiedereingerichtet worden waren.⁸⁸ Alle von der Kampfgemeinschaft benutzten Räume, auch wenn sie ordentlich gemietet waren oder sich in Privatwohnungen befanden, wurden von der Bremer Polizei um den 20. Mai 1945 versiegelt.⁸⁹ Die von Major Schlömer geleitete und in ihrer Zusammensetzung noch fast unveränderte Bremer Polizei interpretierte die Anordnung der Militärregierung als Verbot der KGF. Deren Mitglieder wurden vom Vorstand aufgefordert, gegen diese Deutung und die darauf beruhenden, über die Anordnung der Militärregierung hinausgehenden Maßnahmen

zu protestieren.⁹⁰ Über den Erfolg derartiger Einsprüche ist allerdings nichts bekannt.

Gleichzeitig mit der Beschlagnahmung der KGF-Büroräume wurde den Antifaschisten von der Militärregierung untersagt, Versammlungen mit mehr als sechs Teilnehmern abzuhalten – allein der Vorstand zählte doppelt so viele Mitglieder –, wenn der Regierende Bürgermeister, den die KGF als ihren Hauptgegner betrachtete, keine Genehmigung erteile.⁹¹ Es ist möglich, daß diese Vorschrift später von den Amerikanern stillschweigend fallengelassen wurde; jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß sie von der KGF eingehalten wurde.⁹² – Das Ergebnis der verschiedenen gegen die KGF gerichteten Verbote und Interventionen wurde in der offiziellen amerikanischen Darstellung dennoch dahingehend zusammengefaßt, »daß die antifaschistischen ([nach Ansicht der Militärregierung, P. B.:] in Wirklichkeit kommunistischen) Aktivitäten gestoppt wurden und sich kein bemerkenswerter Antagonismus entwickelte.«⁹³

Wie war es möglich, daß sich die Einschätzung der KGF auf amerikanischer Seite nach der repressiven Zählung der Organisation in den ersten Wochen dermaßen wandelte, daß es in einem für das US-Außenministerium bestimmten Bericht über die politische Situation in Bremen im November 1945 hieß: »Die Bremer Antifa [. . .] war möglicherweise eine der besten solcher Organisationen in der amerikanischen Zone, d. h. am repräsentativsten aus verschiedenen politischen Gruppen zusammengesetzt«? Nach Ansicht des Berichterstatters hatte sie der Militärregierung »weniger Schwierigkeiten bereitet als die meisten anderen lokalen Gruppen dieser Art.«⁹⁴ Walter Dorn äußerte 1949 sogar – allerdings nicht speziell auf die KGF bezogen –, die Erfahrung mit Bremen sei »eine der glücklichsten in der US-Zone« gewesen, »und zwar insbesondere vom Gesichtspunkt politischer Verlässlichkeit und Annehmbarkeit aus.«⁹⁵

Trotz ihrer Bitten wurde die Kampfgemeinschaft von den Amerikanern nie legalisiert. Eine solche Legalisierung war schon daher unmöglich, weil sie im Widerspruch zu dem Verbot politischer Betätigung in der US-Zone gestanden hätte. Andererseits war es alles andere als eine Nachlässigkeit, daß die KGF nicht völlig in den Untergrund gedrängt wurde. Die Militärregierung war sich über die Unentbehrlichkeit der »wertvollen Unterstützung«,⁹⁶ die sie und der CIC beim Ausfindigmachen und Verhören von Nationalsozialisten durch die KGF erhielten, durchaus im klaren. Gleichzeitig handelte es sich darum, durch die Beteiligung der Antifaschisten am Senat zu verhindern, daß gerade in den Nachschubhäfen der amerikanischen Armee eine die Besatzungs-

politik störende Opposition entstände. Durch die Integration in die Stadtregierung sollte auch jeder – aus der Sicht der Militärregierung – »unnötige Zusammenstoß zwischen den Nazis und den antifaschistischen Gruppen«⁹⁷ vermieden werden. Daher wurde der KGF-Präsident Nawrath beschwichtigt, als er wegen der Behinderungen der antifaschistischen Arbeit Anfang Juni 1945 sein Amt niederlegen und die Organisation auflösen wollte: Die Auflösung »wäre voreilig. Nur nach außen sollte die KGF nicht in Erscheinung treten.« Sie solle »privat und in kleinen Kreisen weiterarbeiten, unter ständiger Fühlungnahme mit Herrn Bürgermeister Vagts.«⁹⁸

Die KGF ihrerseits konnte aufgrund der inneren Logik ihrer Position gar nicht anders als mit flexibler Anpassung reagieren, wollte sie dem Dilemma entgehen, zwischen bedingungsloser Unterwerfung und totaler Konfrontation wählen zu müssen. Die ehemalige Emigrantin Irmgard Enderle kennzeichnete die Haltung der Bremer Antifaschisten zur Besatzungsmacht folgendermaßen: »Im Grunde ist jeder Mensch in seiner Verwaltungsstelle Beauftragter bzw. ausführendes Organ der Militärregierung. Solche Fragen, ob das annehmbar ist oder nicht, stehen überhaupt nicht. Das ist so selbstverständlich wie nur was.«⁹⁹ Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen deutschen politischen Kräften ging gerade darum, wem es gelang, von der Militärregierung als Instrument ihrer Besatzungsherrschaft anerkannt zu werden. Nur verschwindend kleine Gruppen von überzeugten Nationalsozialisten einerseits und oppositionellen Kommunisten andererseits lehnten die Kollaboration mit den Besatzungsmächten von sich aus ab.

Der KGF gelang es nicht sogleich, den gewünschten engen Kontakt zur Militärregierung herzustellen. Nur zum CIC bestand über die »Abteilung Bruns« schon in den ersten Tagen eine Verbindung. Am 8. Mai 1945 bot die KGF in einem Schreiben an den Leiter der amerikanischen Militärverwaltung ihre Mithilfe bei ihr besonders dringlich erscheinenden Maßnahmen an.¹⁰⁰ Das waren: »1. Die Verhaftung aller führenden Nationalsozialisten. 2. Die Wiedereinrichtung einer bremischen Stadtverwaltung. 3. Die Beschlagnahme noch vorhandener Lebensmittellager und derjenigen privaten Lebensmittelvorräte, die durch Hamstereien persönlichen Bedarf überschreiten. 4. Die Beschlagnahme von Wohnungen, Baracken und sonstigen Unterkunftsmöglichkeiten.« Zu Punkt zwei wurde erläutert: »Wir bitten, beim Wiederaufbau der Stadtbehörden gehört zu werden. Es ist nach unserer Meinung besonders darauf zu achten, daß vor allen Dingen die leitenden Stellen des bremischen Behördenapparates nicht mit verkappten Faschisten besetzt werden, wie es zum Beispiel jetzt schon durch die Ernennung des

ehemaligen Fraktionsführers der Deutschnationalen Volkspartei, Vagt[s], geschehen ist. Diese Ernennung hat unter der antifaschistischen Bevölkerung Bremens größtes Befremden hervorgerufen.«

Eine feste Verbindung zur Militärregierung wurde indessen erst Mitte Mai durch Walter Dorn hergestellt, der von Vagts über die Existenz der KGF unterrichtet worden war. Dorn erklärte sich zur Zusammenarbeit grundsätzlich bereit, warnte aber die Antifaschisten zugleich, ihre Organisation sei wegen ihres »parteilpolitischen«, »einseitig sozialistischen« Charakters »ernstlich gefährdet«. ¹⁰¹ Er konnte dabei auf das Beispiel Leipzigs verweisen, wo das Nationalkomitee Freies Deutschland wegen öffentlicher Kritik an der mangelhaften Säuberung der Verwaltung aufgelöst worden war. Nach dem Abzug der britischen Truppen und der Beseitigung des britisch-amerikanischen Kompetenzdschungels wurde eine amerikanische Besatzungspraxis deutlich, die Repression und Integration gleichermaßen enthielt.

Walter Dorn als Vertreter einer liberalen Besatzungspolitik ging es offensichtlich in erster Linie um die Mithilfe der antifaschistischen Aktivisten bei der Entnazifizierung und ihre Einbeziehung in die neue politische Ordnung. Dorn besaß aber Welker gegenüber kein Weisungsrecht, der ein mehr repressives und stärker auf Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften ausgerichtetes Regiment befürwortete. Der rigoroseste Vertreter eines repressiven Kurses scheint der zeitweilige Chef der Public Safety Branch, Major Kennedy, gewesen zu sein, der seine »Hauptaufgabe« unter der »besonderen Gesetzlosigkeit« der Umbruchszeit darin sah, »Gesetz und Ordnung wiederaufzurichten.« ¹⁰² Welker mußte aber auch mit Offizieren zusammenarbeiten, die gegenüber den Nationalsozialisten eine härtere, gegenüber den Antifaschisten eine weichere Linie zu praktizieren versuchten. ¹⁰³ Neben dem Labor-Officer Marshall ¹⁰⁴ waren es vor allem zwei nicht dem Detachment E2 C2 unterstellte Offiziere, die sich für eine Förderung der KGF einsetzten: der im Auftrag des Frankfurter Hauptquartiers vorübergehend in Bremen eingesetzte Pressebeauftragte, Leutnant Rosenberg, und der als OSS-Mitarbeiter ebenfalls nur kurz in Bremen tätige marxistische Nationalökonom, Paul Sweezy. Sweezy nahm mehrfach an Sitzungen der KGF teil – Ehlers zufolge sogar an illegalen Zusammenkünften. ¹⁰⁵ Rosenbergs Bemühungen soll es im wesentlichen zu danken gewesen sein, daß sich die Beziehungen zwischen der Militärregierung und der KGF nach den Behinderungen der ersten Wochen merklich besserten. ¹⁰⁶ Zu der Gruppe der KGF-freundlichen Offiziere dürfte seiner linksliberalen Einstellung nach auch der Chef der Intelligence-Section der ICD, George Freimarck, gehört haben. ¹⁰⁷

Nach Angaben Hermann Lückes fanden bis zum September 1945 wöchentliche Besprechungen zwischen Funktionären der KGF und amerikanischen Offizieren statt.¹⁰⁸

Außer auf die unterschiedliche politische Einstellung der Besatzungsoffiziere ist auf das Nebeneinander dreier verschiedener amerikanischer Einheiten und im besonderen auf das institutionelle Chaos im Intelligence-Bereich zu verweisen, das dazu führte, daß von den verschiedenen Nachrichtendiensten »in hundert verschiedene Richtungen« gearbeitet wurde, ohne die Interessen der Militärregierung immer genügend zu berücksichtigen.¹⁰⁹ Auch wurden das offizielle amerikanische Verbot politischer Betätigung und der Status der KGF unterschiedlich interpretiert. »So konnte es z. B. geschehen, daß ein übereifriger Offizier sämtliche Akten der KGF beschlagnahmte und eine übergeordnete Stelle sie am nächsten Tag wieder freigab.«¹¹⁰ Es kam zu Hausdurchsuchungen und zu kurzfristiger Inhaftierung zweier Vorstandsmitglieder der KGF wegen unerlaubter politischer Aktivität.¹¹¹ Hermann Lücke berichtet, daß er ein Dutzend von verschiedenen Besatzungsbehörden ausgestellter Ausweise besaß, die ihm Bewegungsfreiheit zusicherten.¹¹² Noch schwierigere Bedingungen mußten manche KGF-Gruppen im britisch besetzten Hinterland Bremens gewärtigen. Die Militärbehörden reagierten dort ungleich härter als die amerikanische Enklave-Verwaltung, um unkontrollierte politische Aktivitäten zu unterbinden.¹¹³

Als die Militärregierung Ende August 1945 die Legalisierung der Parteien und Gewerkschaften vorbereitete, drängte sie bei Bürgermeister Kaisen, der inzwischen eingesetzt worden war und selbst der Antifa angehörte, auf Beendigung der Aktivitäten der KGF und Einstellung der Zeitung. Kaisen gab seinem Verbindungsoffizier die – wahrscheinlich dilatorisch gemeinte – Antwort, er habe angeordnet, daß die Organisation sich nicht weiter betätige.¹¹⁴ Warum die Militärregierung die Mißachtung ihres Wunsches duldete – die Kampfgemeinschaft war nachweislich bis zu ihrer Auflösung im Dezember 1945 tätig –, kann nur vermutet werden. Möglicherweise gelangte sie zu der, wie sich später herausstellte, richtigen Überzeugung, im Zuge der Wiedergründung der Parteien werde die KGF notwendigerweise der Auflösung anheimfallen.

Hatten die Antifaschisten auf eine eindeutige Unterstützung durch die Besatzungsmacht gehofft, so ging deren ambivalente Haltung zur KGF den bürgerlich-konservativen Kreisen schon viel zu weit. Theodor Spitta, der »große alte Mann« des stark konservativ geprägten bremischen Liberalismus, vertraute seinem Tagebuch am 14. Mai an:

»Die größte Sorge [...] ist das Eintreten der Amerikaner für die Kommunisten. Der antifaschistische Kampfbund ist offenbar vorwiegend bolschewistisch.« Wohnungsbeschlagnahmen, die Forderung nach Gleichstellung ausländischer Arbeiter und die Bildung von Arbeiterräten wiesen für Spitta in diese Richtung. Das Auftauchen einer KGF-Delegation im Rathaus am 19. Juli 1945 – Spitta war inzwischen Justizsenator geworden –, »die in unangenehmen Formen und Worten die sofortige Freilassung aller [antifaschistischen, P. B.] politischen Gefangenen« forderte, kommentierte er: »Selten haben mir Menschen einen so unangenehmen Eindruck gemacht. So denke ich mir die bolschewistischen »Kommissare«.«¹¹⁵ Spitta befürchtete, die »bolschewistische Saat«¹¹⁶ könne aufgehen, bevor die Amerikaner die verhängnisvollen Wirkungen ihrer mit Unterstützung der KGF durchgeführten Entnazifizierungspolitik erkannt hätten.

Ihren wichtigsten bürgerlichen Gegenspieler sah die KGF selbst in der Handelskammer: »Von Beginn ihres Bestehens an« sei die KGF »zielbewußt und systematisch von der Handelskammer bekämpft worden. Fast alle reaktionären Parolen und Gerüchte nahmen von dort ihren Ausgang.« Ihren sozialreaktionären Charakter habe die Handelskammer auch nach ihrer Säuberung von Nationalsozialisten nicht verloren.¹¹⁷

Wie bereits erwähnt, gab es unter den Bremer Kaufleuten jedoch auch eine Gruppe von 50 bis 60 Personen, die auf die Zusammenarbeit mit der KGF setzten, die sie als das »positive und aufbauende Element« bezeichneten.¹¹⁸ Diese Kaufleute waren keine radikalen Antifaschisten im Sinn der KGF, aber eindeutige Gegner des Nationalsozialismus, traten für eine Entnazifizierung der Handelskammer ein und unterstützten die Vorschläge der KGF für den Senat.¹¹⁹ Als »Hanseatische Aufbau-Gemeinschaft« traten die Kaufleute formell mit der KGF in ein Kartellverhältnis.¹²⁰ In der Praxis kam es jedoch offenbar zu keiner engeren Kooperation. Ob die Ursache dafür stärker bei den Kaufleuten oder bei der KGF zu suchen ist, ist unklar. Es steht jedoch fest, daß der KGF-Vorstand bzgl. der Zusammenarbeit mit den Kaufleuten nicht einer Meinung war, obwohl das erste Rundschreiben ausdrücklich die Einbeziehung des »freiheitlich-gesinnten Bürgertums« propagiert hatte: Während Theil, Heine, Buckendahl und Ehlers ein Zusammenwirken befürworteten, äußerten sich Busch und Cavier wegen der fortbestehenden Klassengegensätze skeptisch über eine institutionalisierte Verbindung, ohne eine individuelle Mitarbeit der Kaufleute prinzipiell abzulehnen.¹²¹

KGF und Senatsbildung

Nach einmonatiger Amtszeit der geschäftsführenden Beamten-Regierung unter Vagts fand am 6. Juni 1945 die konstituierende Sitzung des ersten, aufgrund einer Verfügung der Militärregierung vom 4. Juni bestellten Nachkriegssenats statt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzte:¹²²

Dr. jur. Theodor Spitta (vor 1933 Deutsche Staatspartei): Justiz und Verfassung;

Dr. jur. Hermann Apelt (vor 1933 DVP): Wirtschaft, Häfen und Verkehr;

Dr. jur. Wilhelm Nolting-Hauff (vor 1933 parteilos): Finanzen;

Wilhelm Kaisen (vor 1933 SPD): Wohlfahrtswesen;

Christian Paulmann (vor 1933 SPD): Schulen und Erziehung;

Emil Theil (vor 1933 SPD): Bauwesen;

Hermann Wolters (vor 1933 KPD): Ernährung und Arbeitseinsatz.

Erich Vagts (vor 1933 DNVP) blieb als »Regierender Bürgermeister« gemäß dem von den Nationalsozialisten auch den Kommunen aufgewungenen Führerprinzip den Senatoren übergeordnet und erhielt von der Militärregierung ausdrücklich das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit, jedoch – auf Vagts' Wunsch – in Abstimmung mit der Besatzungsmacht Verordnungen zu erlassen, die sich nicht einmal im Rahmen des Reichsrechts halten mußten.¹²³

Entsprechend bremischer Tradition wurden einige Tage später vier weitere halbamtlich tätige Senatoren aus dem Wirtschaftsleben berufen. Es handelte sich um: Gustav Wilhelm Harmssen (vor 1933 parteilos): Sachgebiet Wirtschaft; Hermann Wenhold (vor 1933 Deutsche Staatspartei): Sachgebiet Finanzen; Dr. jur. Ludwig Hillmann (vor 1933 parteilos): Sachgebiet Bauwesen; Andree Bölken (vor 1933 parteilos): Sachgebiet Ernährung und Landwirtschaft. Auch die von Vagts Anfang Mai als Mitarbeiter herangezogenen leitenden Beamten wurden in die Senatsarbeit integriert und nahmen an den Senatssitzungen teil.¹²⁴

Von den zwölf Senatoren hatte nur ein einziger, Hermann Wolters, dem Nationalsozialismus nach 1933 aktiven Widerstand geleistet. Ein weiterer, Emil Theil, war von den nationalsozialistischen Behörden wegen seiner führenden Rolle in der Bremer SPD der Weimarer Zeit mehrfach inhaftiert worden. Auf der anderen Seite war Erich Vagts durch seine unmittelbare Mitverantwortung für das Bündnis der Harzburger Front in Bremen schwer belastet. Gleichzeitig repräsentierte er – zusammen mit den leitenden Beamten – die Kontinuität der Kommunal-

bürokratie über den Zusammenbruch hinaus. Nach Vagts, der Ende Juli abgesetzt wurde, mußten im März 1946 auch die Senatoren Wenhold und Hillmann als politisch belastet ausscheiden, da sie den Bedingungen der Militärregierung für die Zugehörigkeit zur ernannten Bürgerschaft nicht genügten.¹²⁵ Abgesehen von ihrer Haltung in der Zeit des Dritten Reichs, lassen sich unter den Senatoren nach sozialer und politischer Herkunft und ihrer Stellung zu den Fragen des Wiederaufbaus mehrere Gruppen unterscheiden: Die Spannweite reichte von dem deutschnationalen Vagts und seinen Beamten als Vertretern der überkommenen »unpolitischen« Bürokratie bis zu Wolters als dem Exponenten der KGF.

Spitta und Apelt verkörperten die Traditionen des bremischen Liberalismus und waren schon vor 1933 Mitglieder des Senats gewesen. Spitta galt als Vater der Bremer Verfassung von 1920 und wurde daher auch 1946 mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beauftragt. Spitta und Apelt hatten während des Dritten Reichs sowohl untereinander privaten Kontakt gehalten als auch mit führenden Angehörigen der Kommunalbürokratie in Verbindung gestanden. Einige Tage nach der Besetzung hatte sich Spitta ins Rathaus begeben, um sich über den Stand der Regierungsneubildung zu informieren.¹²⁶ Zusammen mit Vagts hatten er und Apelt schon vor der Ernennung eines ordentlichen Senats eine bürgerliche »Fraktion« gebildet,¹²⁷ der man für die folgende Zeit auch die ehemals parteilosen und die halbamtlichen Senatoren wird zurechnen dürfen. Diese »Fraktion« stand klassenmäßig für die stolze Tradition der liberal-konservativen Oberschicht, die Wirtschaft und Verwaltung der Stadt seit Jahrzehnten – in gewisser Weise sogar seit Jahrhunderten – beherrscht hatte. Die Aufgaben des Senats beim Wiederaufbau Bremens waren nach dem Verständnis der bürgerlichen Gruppierung unpolitischer Art: durch die Beseitigung der materiellen Nöte schnellstmögliche Wiederherstellung eines »normalen« gesellschaftlichen Lebens auf allen Ebenen.¹²⁸ Die Grundvoraussetzung dafür war eine effektiv funktionierende Verwaltung, die daher möglichst wenig durch Entlassungen erfahrener Beamten geschwächt werden sollte.

Zwischen den bürgerlichen Senatoren und dem Kommunisten Wolters standen die drei Vertreter der Sozialdemokratie im Senat. Alle drei gehörten zwar der KGF an – Theil sogar als Vorstandsmitglied –, repräsentierten jedoch deutlich eine andere politische Tradition als die dort dominierenden Kommunisten und Linksozialisten.¹²⁹ Wilhelm Kaisen war bereits vor 1933 Wohlfahrtssenator gewesen und hatte, wie Emil Theil und Christian Paulmann, zu den Protagonisten der rein par-

lamentarisch ausgerichteten Koalitionspolitik der Partei gehört. Emil Theil meldete sich am 29. April 1945 als der letzte sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft vor 1933 im Rathaus.¹³⁰ Insbesondere Kaisen neigte in der Nachkriegszeit, als der Spielraum für alternative Entscheidungen der deutschen Regierungen in der Tat stark eingeengt war, zu einer Geringschätzung der politischen und sozialen Interessengegensätze. Sachlichkeit, Nüchternheit, Pragmatismus und die Überzeugung, daß Bremens Position als Seehandelsstadt zwingend das Bündnis von Kaufmannschaft und Arbeiterbewegung erfordere¹³¹ – als deren Repräsentant er sich stets uneingeschränkt bekannte –, machten ihn nach Vagts' Absetzung zum idealen Führer einer Allparteienkoalition. Kaisen war eine typische und äußerst erfolgreiche Integrationsfigur.

Die drei unterschiedlichen Gruppierungen versuchten vom ersten Tag nach der Besetzung an, auf die Senatsbildung Einfluß zu nehmen. Walter Dorn als der für die Bildung des neuen Senats zuständige amerikanische Offizier suchte seinerseits, die drei Kreise in getrennten Besprechungen für eine Mitarbeit zu gewinnen.¹³² Eine von Spitta und Apelt ausgearbeitete und von Vagts am 10. Mai 1945 der Militärregierung überreichte Vorschlagsliste enthielt neben den Namen der späteren sozialdemokratischen Senatoren Kaisen und Theil diejenigen mehrerer nationalsozialistisch belasteter Personen, sah jedoch keinen Kommunisten vor.¹³³ Die Zusammensetzung einer Mitte Mai von Theil eingereichten – möglicherweise in Zusammenarbeit mit der KGF erstellten – Liste ist nicht bekannt.¹³⁴

Die von den Amerikanern von vornherein verfochtene und schließlich durchgesetzte Aufnahme eines kommunistischen KGF-Funktionärs in den Senat löste auf bürgerlicher Seite Entsetzen aus. Spitta notierte am 14. Mai in seinem Tagebuch: »Wir [die bürgerliche Fraktion, P. B.] sind alle Gegner dieses Gedankens und überzeugt, daß der Senat dann nicht vertrauensvoll zusammenarbeiten könne und daß der Kommunist sich nur als Aufpasser und Störenfried, der Konflikte und Unruhen herbeiführen werde, betätigen werde. [...] Was kommt, wenn wir alle ablehnen? Wohl die Herrschaft der Antifaschisten-Liga, die eine Tarnung bolschewistischer Elemente ist. Vagts schlägt vor, den Kommunisten aufzunehmen und Geheimsachen und anderes Wichtige in kleinen Kreisen vorzubereiten und vorzubereiten; er werde dann als Reg. Bürgermeister entscheiden und bestimmen und die Verantwortung allein tragen.«¹³⁵

Durch diese Äußerung wird nicht zuletzt die politische Bedeutung der Beibehaltung des Führerprinzips in der Senatsverfassung klar, des-

sen Beseitigung Kaisen und andere sozialistische Senatoren von Anfang an gefordert hatten.¹³⁶ In der Tat erließ Vagts am 15. Juni 1945 seine Kündigungsschutz-Verordnung ohne Konsultierung des Senats – am selben Tag, an dem er diesem versicherte, so verfahren zu wollen, als herrsche das alte bremische Kollegialsystem.¹³⁷ Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich Vagts nur aufgrund des persönlichen Vertrauensverhältnisses zu Colonel Welker¹³⁸ wochenlang in seiner Position behaupten und die Entnazifizierung der Beamtschaft sabotieren konnte.

Wie durch die Functional History belegt wird, ging die Ablehnung des mehrfach vorgebrachten Anspruchs der KGF, das Polizeiressort mit Hermann Wolters zu besetzen, nicht allein auf die negative Haltung Bürgermeister Vagts' zurück, wie die KGF meinte,¹³⁹ sondern vor allem auf die antikommunistische Einstellung der Militärregierung. Entgegen den Befürchtungen Spittas, die Amerikaner würden mit der KGF eine Allianz eingehen,¹⁴⁰ waren die Vertreter der Militärregierung sich der machtpolitischen Problematik bei ihren Beziehungen zu der linksgerichteten Antifa-Organisation durchaus bewußt. Intern wurde die Betrauung gerade Wolters' mit dem Ressort Arbeit, dem auch die Beschaffung deutscher Arbeitskräfte zur Verladung des amerikanischen Nachschubs oblag, als raffiniertes Manöver gerechtfertigt, um den als gefährlich eingeschätzten Kommunisten von parteipolitischen Aktivitäten fernzuhalten und die radikale Linke dadurch ihres Führers zu berauben. Indessen sei Wolters systematisch der Eindruck vermittelt worden, er könne auf die Sympathie und Unterstützung der Militärregierung rechnen.¹⁴¹ Am 23. Mai 1945 war die Zusammensetzung des Senats in einer gemeinsamen Sitzung aller beteiligten Gruppen unter der Ägide Dorns geklärt worden. Inzwischen waren auch die bürgerlichen Senatsmitglieder für die amerikanische Taktik. Spitta schrieb in sein Tagebuch: »Absicht von uns, Wolters stark in verantwortliche Arbeit einzuspannen.«¹⁴²

Mit der offiziellen Neukonstituierung des Senats fanden dessen innere Gegensätze selbstverständlich kein Ende. Die KGF schickte amerikanischen Behörden mehrfach Memoranden über die politische Vergangenheit Vagts';¹⁴³ Vagts seinerseits übersandte der Militärregierung drei Wochen vor seiner Absetzung ein Geheimschreiben über die KGF.¹⁴⁴ In der Frage der Reinigung der Verwaltung von nationalsozialistischen Beamten waren die Standpunkte nach wie vor unvereinbar, und die Abneigung der bürgerlichen Senatoren gegen den »Fremdkörper«¹⁴⁵ Wolters verstärkte sich noch, als dieser mehrfach seine Kompetenzen überschritt und eigenmächtig in die Amtsbereiche ande-

rer Senatsmitglieder eingriff.¹⁴⁶ Im Juli sah Justizsenator Spitta nach einer Besprechung mit Vagts und Apelt eine dramatische Entwicklung voraus: »Es steht [...] eine unberechenbar große Menge und der russische Nimbus hinter Wolters. Daher ist Vorsicht geboten.« Aber: »Früher oder später wird es wohl zur Entscheidung kommen: Wolters und seine Leute und Methoden als Vorbereitung des Bolschewismus oder ein antibolschewistischer Senat.«¹⁴⁷

Die Arbeit der KGF im Wohnungs- und im Arbeitsamt

Drei Zuständigkeitsbereiche hatte Wolters im Namen der KGF in der Senatsbesprechung am 23. Mai 1945 für sich gefordert: Polizei, Arbeits- und Wohnungsamt.¹⁴⁸ Die machtpolitische Bedeutung des Polizeiressorts in einer Phase, in der eine weitgehende personelle Neubesetzung durchzuführen war und nur in Frage stand, in welchem Tempo die Säuberung geschehen und wer an die Stelle der entlassenen Beamten treten sollte, liegt auf der Hand. Die Beherrschung des Arbeitsamtes war aus drei Gründen von vorrangigem Interesse: Erstens konnte bei der Stellenvergabe darauf geachtet werden, daß die einflußreichen Funktionen und – auch das ist ein Aspekt der Antifa-Bestrebungen 1945 – die weniger beschwerlichen Arbeiten möglichst an eindeutige Antifaschisten gelangten;¹⁴⁹ zweitens konnte die KGF über das Arbeitsamt Kontakt zu den Betriebsbelegschaften herstellen und die Bildung von Betriebsausschüssen vorantreiben; drittens konnte sie durch reibungslose Abwicklung der Transportarbeiten für die Amerikaner deren Vertrauen gewinnen und – so hoffte man – deren Entgegenkommen in politischen Fragen erkaufen. Der Versuch, das Wohnungsamt unter den Einfluß der KGF zu bringen, war angesichts der stark reduzierten Wohnfläche und der sich daraus ergebenden Verteilungsproblematik geradezu eine Selbstverständlichkeit.

Ebenso selbstverständlich war es, daß die KGF den notwendigen Ausgleich vor allem auf Kosten der Nationalsozialisten aus den wohlhabenden Bevölkerungsschichten erstrebte. Zwar stand an der Spitze des Wohnungsamtes seit dem 1. Mai 1945 mit dem Sozialdemokraten Heinrich Gotthard ein KGF-Vorstandsmitglied,¹⁵⁰ doch war die Arbeit durch die Vernichtung der gesamten Kartei der Behörde entscheidend erschwert:¹⁵¹ Neuerhebungen absorbierten einen großen Teil der Energie. Nach einer Anweisung des Housing Office der Militärregierung vom 16. Mai durfte die KGF, wenn sie unbenutzte Wohnungen ausfindig machte, den Bezirksstellen des Wohnungsamtes Vorschläge

für ihre Belegung unterbreiten, denen grundsätzlich zu folgen war.¹⁵² Besondere Sorgfalt verwandte die KGF darauf, den ehemaligen KL-Häftlingen Wohnmöglichkeiten zu verschaffen. Es ließ sich meist nicht umgehen, sie in Wohnungen unterzubringen, die Nationalsozialisten gehörten. Viele dieser früheren Parteimitglieder sträubten sich, so daß die KGF Druck anwenden mußte.¹⁵³ Ende Mai teilte der KGF-Vorstand in einem internen Rundschreiben als Ergebnis intensiver Verhandlungen mit dem Wohnungsamt mit, daß jede Ortsgruppe einen »Vertrauensmann für die Bezirksstellen« bestimmen sollte. Hauptaufgabe dieser Vertrauensleute sei, »die Beschlagnahme freistehender Wohnungen und nicht voll ausgenutzter Räume zu veranlassen und die Einweisung von obdachlosen antifaschistischen Volksgenossen vornehmen zu lassen.«¹⁵⁴ An der Spitze des Wohnungsamtes hatte die KGF einen Oberausschuß gebildet, der die Arbeit der Vertrauensleute anleitete.¹⁵⁵ Als Adolf Ehlers, der im August 1945 nach der Ernennung Kaisens zum Bürgermeister Senator für Wohlfahrtswesen geworden war, im September auch das Wohnungsamt unterstellt bekam, bestätigte er die Vertrauensleute der KGF als ordentliche Leiter der Bezirksstellen, sofern diese Funktion nicht ohnehin schon in der Hand von KGF-Mitgliedern war.¹⁵⁶ Die alte Bürokratie scheint unter dem Druck der radikalen Entnazifizierungspraxis der zuständigen amerikanischen Offiziere völlig eingeschüchtert gewesen zu sein. Sie soll alle Vorschläge der KGF widerspruchslos akzeptiert haben.¹⁵⁷

Nachdem die Beschlagnahmungen von Wohnraum zunächst nur die Housing-Office-Anweisung vom 16. Mai 1945 als Rechtsgrundlage gehabt hatten, erging am 8. Juni eine Anordnung des Regierenden Bürgermeisters an das Wohnungsamt, nach der führende Mitglieder der NSDAP und nationalsozialistische Aktivisten aus ihren Wohnungen entfernt werden konnten, aber nicht obdachlos gemacht werden durften. KL-Häftlinge waren bei der Vergabe der Wohnungen zu bevorzugen; ihnen stand jedoch nicht mehr Wohnraum zu als anderen Bürgern. Schließlich sollten selbst wiederhergestellte Häuser nur in Anspruch genommen werden, wenn sie mehr Platz boten, als für den großzügig zu bewertenden Eigenbedarf benötigt wurde.¹⁵⁸ In »Richtlinien über die Inanspruchnahme von Wohnraum führender Nationalsozialisten« legte Vagts am 10. Juli ausdrücklich fest, daß hervorragende nationalsozialistische Funktionäre und Aktivisten sowie Gestapo-Angehörige unter schlechteren Wohnbedingungen leben sollten als die übrige Bevölkerung.¹⁵⁹

Trotz aller Bemühungen erzielte die KGF bei ihrer Arbeit im Wohnungsamt nur bescheidene Erfolge. Ein wirklich »gerechter« Ausgleich

hätte vor allem die wohlhabenden Viertel berücksichtigen müssen. Offenbar erwies sich eine solche tiefgreifende Veränderung der Wohnstruktur als machtpolitisch undurchführbar. Da sich die Tätigkeit hauptsächlich auf den Bereich der jeweiligen Bezirksstelle beschränkte, mußten sich die alten Verhältnisse auf engem Raum reproduzieren. Der Wohnraum in den Arbeitervierteln wurde schärfer erfaßt und besser ausgenutzt als in den bürgerlichen Wohngegenden.¹⁶⁰ Gut erhaltene Häuser konnten nicht voll belegt werden, weil die »geforderte Miete für die Wohnungssuchenden viel zu hoch« war.¹⁶¹ Auch waren nicht alle Beamten des Wohnungsamtes KGF-Mitglieder. Die KGF-Ortsgruppe Oslebshausen führte bei Kaisen am 3. September Beschwerde über die der dortigen Bezirksstelle als Ermittlungsbeamte zur Verfügung gestellten Studienräte, Rektoren und Lehrer, die als frühere Parteimitglieder unzuverlässig seien. Zwei ehrenamtliche Mitarbeiter aus den Reihen der KGF hätten in achttägigem Einsatz in einem von den Beamten zuvor mit negativem Erfolg bearbeiteten Ortsteil 17 ungenutzte Wohnungen, zum Teil mit mehr als drei Zimmern, festgestellt.¹⁶²

Außerdem wurde die Wohnungsknappheit durch die ständigen Requirierungen der Amerikaner verschärft, bei denen die politische Haltung der Betroffenen während des Dritten Reichs nicht einmal als ein Gesichtspunkt unter anderen Berücksichtigung fand. Bevorzugt wurden zunächst Wohnblocks in Gröpelingen und Neustadt, die vor 1933 vom gewerkschaftlichen Wohnungsbau errichtet worden waren.¹⁶³ Als die Requirierung mehrerer Häuserblocks im Juli 1945 zu starker Empörung unter den Bremern führte, weil die Betroffenen durchweg Antifaschisten seien – zum Teil waren sie sogar ehemalige KL-Häftlinge –, schlug die KGF in einer Eingabe an Vagts vor, die Evakuiereten in einem anderen, von Nationalsozialisten bewohnten Block unterzubringen, um »begangenes Unrecht wieder gutzumachen.«¹⁶⁴ Die Drohungen der KGF¹⁶⁵ fruchteten jedoch ebensowenig wie ihre erklärte Bereitschaft, an der Aktion mitzuwirken. Sie erhielt lediglich die Zusage des neuen Bürgermeisters, Wilhelm Kaisen, die Angelegenheit mit dem Chef der Militärregierung zu besprechen. Die Hauptschwierigkeit bei der Arbeit im Wohnungsamt lag darin, daß die Wohnungsnot in erster Linie kein Verteilungs-, sondern ein Bauproblem war.

Die objektiven Hindernisse boten zweifellos genügend Anlaß zur Kritik. Auch mag mancher KGF-Anhänger im Wohnungsamt in Ermangelung einer ausreichenden Anzahl »führender« Nationalsozialisten eine »Rachepolitik«¹⁶⁶ gegenüber kleinen Parteigenossen prakti-

ziert haben. So beklagte Spitta am 25. Juli 1945, daß im Wohnungsamt – wie im Arbeitsamt – nicht »rein fachlich« gearbeitet würde und politische, durch Rachemotive bestimmte Erwägungen eine Rolle spielten.¹⁶⁷ Wahrscheinlich war das auch der Grund für die Bedenken einiger Senatoren, das Wohnungsamt dem zweiten kommunistischen Senator, Adolf Ehlers, zu unterstellen, der bis dahin das Arbeitsamt geleitet hatte.¹⁶⁸ Am 7. August hatte Kaisen seinen Beschluß im Senat verkündet, aber erst sieben Wochen später wurde er realisiert, nachdem ein Beschwerdeausschuß ins Leben gerufen worden war, der willkürliche Entscheidungen von Beamten des Wohnungsamtes annullieren konnte.¹⁶⁹ Allerdings beschloß der Senat schon am 2. Oktober auf Verlangen Ehlers' die Auflösung des Beschwerdeausschusses, da dieser in kurzer Zeit 40 Entscheidungen des Wohnungsamtes aufgehoben habe. Die Beschlüsse sollten künftig von den Bezirksstellen gefaßt werden; über einen Einspruch entschied der Leiter des gesambremischen Wohnungsamtes, seit August 1945 der wie Gotthard dem KGF-Vorstand angehörende Karl Heine. Gegen die Entscheidung des Wohnungsamtes war nur noch eine Dienstaufsichtsbeschwerde aufgrund von Verletzungen bestehenden Rechts oder amtlicher Richtlinien zulässig. Auf diese Weise hatte Ehlers die Sabotagemöglichkeiten wesentlich reduziert.¹⁷⁰

Wesentlich komplizierter als die Aufgaben des Wohnungsamtes waren die des Arbeitsamtes. Seine Leitung war ebenfalls durchgehend in der Hand von Antifaschisten: Nach der Absetzung und Verhaftung der hohen nationalsozialistischen Beamten des Arbeitsamtes Mitte Mai 1945 wurde Adolf Ehlers zu dessen Leiter ernannt, nach seinem Amtsantritt als Senator im August übernahm der ehemalige Präsident und künftige Direktor der Bürgerschaft, der Sozialdemokrat Max Jahn, die Stelle, und im Oktober trat der Linksozialist Hans Alfken an die Spitze der Behörde.¹⁷¹ Ehlers will an einem Tag 100 nationalsozialistische Beamte gegen kommunistische Arbeiter und Angestellte ausgetauscht haben.¹⁷² Die Karteien des Arbeitsamtes waren zwar nicht verbrannt, aber nach Helmstedt und Bassum verlegt worden, so daß ebenfalls eine enorme Registrierungsarbeit geleistet werden mußte. Erstmals lag im Juni 1945 wieder eine angeblich vollständige Arbeitskräftestatistik vor.¹⁷³ Ein Versuch der KGF, durch einen Großeinsatz der Mitglieder, die als Hilfsbeamte des Arbeitsamtes auftraten, alle männlichen Arbeitskräfte lückenlos zu erfassen, mußte im August auf Anordnung der Amerikaner abgebrochen werden: Die KGF hatte auf der Rückseite der 70 000 Fragebögen unerlaubterweise einen Katalog von Fragen bezüglich der politischen Vergangenheit angefügt, um die

Gelegenheit zur vollständigen Registrierung der Nationalsozialisten zu nutzen. Zu diesem Zeitpunkt soll die Aktion fast abgeschlossen gewesen sein, so daß die Fragebögen den Antifaschisten in der Folgezeit als Unterlagen für die schärfere Heranziehung des nationalsozialistischen Bevölkerungsteils zu Aufräumungsarbeiten hätten dienen können.¹⁷⁴

Es scheint so, als ob für die Bremer Antifaschisten angesichts ihrer gesellschaftspolitischen Machtlosigkeit die Verhängung von Zwangsarbeit über Parteigenossen jeder Kategorie und deren generelle Einstufung als Handarbeiter eine Ersatzfunktion für die von der Besatzungsmacht blockierte endgültige und konsequente Ausschaltung der traditionellen Führungsgruppen in Wirtschaft und Verwaltung gehabt hätten. Dabei konnte sich das Arbeitsamt auf die Anordnungen der Militärregierung berufen, die eine Beschäftigung von Nationalsozialisten nur in »gewöhnlicher Arbeit« erlaubten. Im allgemeinen handelte es sich dabei jedoch um dehnbare Bestimmungen, die von verschiedenen Besatzungsoffizieren zum Teil unterschiedlich ausgelegt wurden. In der Functional History beklagte die Militärregierung selbst den Über-eifer des Arbeitsamtes angesichts von Arbeitskräfteknappheit und Facharbeitermangel.¹⁷⁵ Allerdings waren es ohnehin kaum Handarbeiter, die zu Arbeitsdienstleistungen verpflichtet wurden, sondern überwiegend Selbständige, gehobene Angestellte und vor allem Beamte.

Die Heranziehung aktiver Beamter, die früher NSDAP-Mitglieder gewesen waren, zu Hafen- und Erdarbeiten führte im Juli 1945 zu einer ersten Zurechtweisung Wolters' durch Vagts, der dessen diesbezügliche Verordnung rückgängig machte.¹⁷⁶ Trotz eines angeblich bestehenden antifaschistischen »Rollkommandos«, trotz drohenden Entzugs der Essenskarten bei Nichtteilnahme am befohlenen Arbeitseinsatz¹⁷⁷ war die Autorität des Arbeitsamtes bei den Betroffenen nicht allzu groß – zum Teil wegen ungenügender Unterstützung durch die noch kaum entnazifizierte Polizei.¹⁷⁸ Außerdem hatten die Hausärzte der Arbeitsverpflichteten, aber auch die Vertrauensärzte des Arbeitsamtes offenbar keinerlei Bedenken, befreiende Atteste auszustellen.¹⁷⁹ Am 29. Juni 1945 beschwerte sich Wolters im Senat, 80 Personen seien trotz dreimaliger Aufforderung nicht zum Arbeitseinsatz erschienen.¹⁸⁰ Zwei Berichte über Arbeitseinsätze zum Reinigen von Straßenschildern von Mitte Oktober 1945 zeigen, daß von 66 Nationalsozialisten 24, also über ein Drittel, nicht zur Arbeit angetreten waren.¹⁸¹

Die Unfähigkeit des Arbeitsamtes, die meist äußerst kurzfristigen Anforderungen von Arbeitskräften durch die Amerikaner restlos zu erfüllen, was wahrscheinlich überwiegend in objektiven Schwierigkeiten begründet war, führte Ende Juli 1945 zu heftigen Vorwürfen der

Militärregierung gegen den Senat und zur mehrwöchigen Inhaftierung zweier hoher Beamter wegen Befehlsverweigerung.¹⁸² Oberstleutnant Mursell, der dem KGF-freundlichen Major Marshall Ende August 1945 als Labor-Officer nachfolgte, ließ unter den Beamten des Arbeitsamtes einen »Intelligenztest« durchführen, um diejenigen auszuschalten, die ausschließlich aus politischen Gründen eingestellt worden waren.¹⁸³ Welchen »Erfolg« diese Maßnahme hatte, wird in dem geschichtlichen Bericht der Militärregierung nicht mitgeteilt.¹⁸⁴

Die Entnazifizierungspolitik der KGF

Im Vordergrund der Arbeit der KGF sollte »die Liquidierung der NSDAP und ihrer Gliederungen« stehen. Den Vorständen und Mitgliedern der Stadtteilgruppen wurde »die systematische Erfassung aller Aktivisten der NSDAP und ihre Bewertung nach dem Grad der Gefährlichkeit« zur Aufgabe gemacht. »Dabei sind zwei Gruppen zu unterscheiden. Bei der ersten Gruppe sind alle die Faschisten mit Namen, augenblicklichem Aufenthaltsort und ihre Funktion festzuhalten, die als Funktionäre der Bewegung, evtl. auch als Organisatoren der Werwolfbewegung, angesehen werden müssen. Die zweite Gruppe umfaßt alle übrigen, die durch ihr Verhalten in der Vergangenheit sich als Denunzianten und Verfechter der ideellen Einschüchterung betätigt haben.« Alle Nationalsozialisten sollten in dieser Form straßenweise in Listen registriert werden, die beim KGF-Vorstand einzureichen waren.¹⁸⁵

Ein sicheres Anzeichen dafür, daß der KGF als nichtamtlicher Institution eine vollständige Erfassung der Nationalsozialisten nicht gelang, war der Ende Juli unternommene Versuch, die noch fehlenden Informationen durch die Fragebogenaktion des Arbeitsamtes einzuholen. Dennoch war die KGF wegen der persönlichen Kenntnisse und Erfahrungen ihrer Mitglieder im Umgang mit den Bremer Nationalsozialisten für die Durchführung der von der Besatzungsmacht geplanten Verhaftungen und Personalsüberungen unentbehrlich. In der Neustadt hatten die Antifaschisten den gesamten Aktenbestand des dortigen NS-Hauses sicherstellen können,¹⁸⁶ und bei der Beschlagnahmung des Reinhold-Muchow-Hauses war ihnen eine vollständige Liste der nationalsozialistischen Spitzel in den Bremer Industriebetrieben in die Hände gefallen.¹⁸⁷

Die KGF legte Wert darauf, eine aktive Rolle bei der Verfolgung der Nationalsozialisten zu spielen, anstatt ihr Material und ihre

Kenntnisse bedingungslos an die Engländer oder Amerikaner weiterzugeben. Diesem Zweck diente die quasi halbpolizeiliche Abteilung Bruns, deren Mitglieder durch Ausweise der Besatzungsmacht berechtigt waren, Wohnungen zu betreten, Verhöre durchzuführen und gegebenenfalls Verhaftungen vorzunehmen.¹⁸⁸ Dabei ging es in den seltensten Fällen um führende Nationalsozialisten¹⁸⁹ – diese waren entweder wie Kreisleiter Schümann vor der Besetzung geflohen oder sofort danach verhaftet worden –, sondern um untere Funktionäre und Denunzianten. Die Verhaftungsvollmacht für die Abteilung Bruns hatte – abgesehen von der psychologischen Seite – rein technische Bedeutung; denn die Verhafteten mußten in jedem Fall den Besatzungsbehörden übergeben werden, so daß die deutschen Antifaschisten auf das weitere Schicksal der festgenommenen Nationalsozialisten genausowenig Einfluß hatten, wie wenn es keine besondere Abteilung zur Verfolgung der NS-Aktivisten gegeben hätte. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen konnte die Abteilung Bruns nichts anderes sein als eine – wenn auch eigenwillige – Hilfstruppe des CIC.

Im Lauf des Sommers soll sich auf seiten der KGF die Vermutung verdichtet haben, daß die Aktivitäten der Abteilung Bruns geduldet würden, um die Energie der Antifaschisten von anderen politischen Aufgaben abzulenken.¹⁹⁰ Außerdem scheinen nicht nur integre Personen zum Mitarbeiterstab von Bruns-Wolters gehört zu haben. So berichten Augenzeugen von Fahrradbeschlagnahmungen, von denen kleine oder angebliche Nationalsozialisten betroffen gewesen seien.¹⁹¹ Auch seien immer häufiger außenstehende Personen zwielichtigen Charakters als Angehörige der zunehmend bekannt werdenden Abteilung Bruns aufgetreten und hätten um des eigenen Vorteils willen Beschlagnahmungen durchgeführt.¹⁹² Regelrechte Berufsverbecher eröffneten eine »KL-Betreuungsstelle« zugunsten Krimineller, wobei sie vom Senat in Unkenntnis ihrer wahren Absichten unterstützt wurden. Diese Leute weigerten sich ausdrücklich, den politischen Gefangenen Hilfe zukommen zu lassen. Zwar wurde die »Betreuungsstelle« sehr schnell wieder von Antifaschisten geschlossen,¹⁹³ doch zeigt das Beispiel, wie verbrecherische Elemente in der Umbruchszeit die Bemühungen der Kampfgemeinschaft diskreditierten. Zahlreiche Beschwerden aus der Bevölkerung,¹⁹⁴ wachsende Skepsis über die politische Relevanz des Unterfangens und die Übernahme einiger ihrer Funktionen durch eine ordentliche KL-Betreuungsstelle¹⁹⁵ führten im Hochsommer 1945 zur Beendigung der Verfolgungstätigkeit der Abteilung Bruns. Als »Abteilung Beschwerde und Sichtung« bearbeitete sie jedoch weiterhin Anzeigen aus den Stadtteil- und Ortsgruppen der

KGF.¹⁹⁶ Die Mitglieder der Abteilung sollen zum Teil in den CIC übernommen worden sein.¹⁹⁷

Politisch relevanter als das Aufspüren und Verhören von »Schlägern« und V-Leuten der Gestapo war die Auseinandersetzung um die personelle Säuberung der Bremer Verwaltung. Als Erich Vagts am 31. Juli 1945 von der Militärregierung als Regierender Bürgermeister abgesetzt wurde,¹⁹⁸ gab sie als Gründe für den Schritt Vagts' politische Vergangenheit und – öffentlich – die mangelnde Befolgung amerikanischer Anordnungen in der Entnazifizierung an.¹⁹⁹ In Wirklichkeit war die frühere Tätigkeit Vagts' als Fraktionsvorsitzender der DNVP in der Bremer Bürgerschaft der Militärregierung seit langem bekannt – mindestens durch die Informationen, die die KGF geliefert hatte.²⁰⁰ Seine Haltung zur Entnazifizierung war hingegen von Anfang an durch Gouverneur Welker gedeckt worden, der Vagts noch unmittelbar vor dessen Absetzung versichert haben soll, solange er, Welker, auf seinem Posten bleibe, sei auch Vagts sicher.²⁰¹ Allerdings war es unmöglich gewesen – und von Welker sicher auch nicht beabsichtigt –, alle Beamten in ihrer Stellung zu belassen. Schon in den ersten Tagen seiner Amtszeit hatte Vagts mit drei möglichen Ausnahmen diejenigen hohen Beamten entlassen müssen, die vor dem 1. April 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren.²⁰² Am 21. Juli 1945 wurde im Weser-Boten, der deutschsprachigen Zeitung der amerikanischen Militärregierung, mitgeteilt: »Bisher wurden in Bremen-Stadt 1831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen. [Das war über ein Fünftel der am 1. 4. 1945 Beschäftigten, P. B.]. Bremen-Land ist zu 95 % von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden.«²⁰³ Besonders radikal wurden die Säuberungen natürlich in Ämtern durchgeführt, die von Antifaschisten kontrolliert wurden.

Gedeckt wurden von Vagts und anderen Senatsmitgliedern vor allem jene leitenden Beamten, mit deren Hilfe Vagts die erste geschäftsführende Regierung gebildet hatte. Es handelte sich um eine Gruppe konservativer Beamter, von denen nach Ansicht Vagts' und Spittas keiner »innerlich« Nationalsozialist gewesen war,²⁰⁴ die jedoch dem nationalsozialistischen Senat loyal gedient und durchweg die Parteimitgliedschaft erworben hatten. Nach dem politischen Verständnis der KGF war es ebenso notwendig, daß gerade diese Vertreter der konservativ-»unpolitischen« Beamtentradition umgehend entfernt werden mußten, wie das personalistische Konzept der bürgerlichen Senatsmitglieder, kombiniert mit dem Argument fachlicher Unentbehrlichkeit, ein unbedingtes Festhalten an diesen Beamten verlangte. Welker schloß sich offenbar Vagts' Auffassung an. Nachdem am 21. Juni die Entlas-

sung von acht höheren Beamten befohlen worden war – zum Teil mit sofortiger Wirkung –, sicherte Welker einige Tage später zu, die Betroffenen dürften zunächst bis zum 15. Juli in ihren Ämtern bleiben, und erklärte sich Anfang Juli damit einverstanden, daß sie ihre Stellung »bis auf weiteres« behielten. Es seien schon genug Beamte entfernt worden. Ebenso versprach Welker, die laufende Entlassungswelle gegen das gehobene Personal der öffentlichen Kredit- und Sparanstalten zu stoppen, wenn die Betroffenen vom Publikumsverkehr zurückgezogen würden.²⁰⁵

Obwohl manche Offiziere der Militärregierung einen wesentlich strengeren Maßstab anlegten,²⁰⁶ waren die in der KGF organisierten Antifaschisten über den inkonsequenten und schleppenden Gang der Entnazifizierung schwer enttäuscht. Auf der ersten erweiterten Vorstandssitzung am 16. Mai 1945 – also noch vor der Bildung eines neuen Senats – war in den Diskussionsbeiträgen der Ortsgruppen- und Stadtteilvertreter schon ein gewisser Unmut zu erkennen gewesen:²⁰⁷ Allgemein war auf die Schonung der Nationalsozialisten bei Kleider-, Aufräumungs- und ähnlichen Aktionen durch die Polizei hingewiesen worden, deren politisch belasteter Leiter, Major Schlömer, von der Militärregierung beauftragt worden war, Vorschläge für die Heranziehung der vor 1933 in die NSDAP eingetretenen Parteigenossen zur Trümmerbeseitigung zu machen.²⁰⁸ Aus Gröpelingen war berichtet worden, in der Bevölkerung herrsche großer Unwille darüber, daß bis dahin erst wenige Nationalsozialisten verhaftet worden seien.

Daß Vagts trotz der Beteiligung von Sozialdemokraten und Kommunisten am Senat Regierender Bürgermeister blieb, mag von seiten der KGF anfangs als kurzfristige Übergangsregelung verstanden worden sein. Die Enttäuschung über die sanfte Behandlung der Nationalsozialisten verstärkte sich im Hochsommer 1945 dramatisch. In einem der Briefe der KGF an die Militärregierung, der unter anderem neue Enthüllungen über Vagts' Vergangenheit enthielt, hieß es:²⁰⁹ »Schiebungen aller Art sind an der Tagesordnung. Es handelt sich um eine richtige Verschwörung ehemaliger Pg's, die sich gegenseitig bevorzugen und schützen und im übrigen alles sabotieren, was von antinazistischer Seite angeregt wird und was nach wirklichem Wiederaufbau aussieht. [...] Noch nie herrschte in der Stadt eine derartige Depression und solch ein moralischer Tiefstand wie jetzt. Die Enttäuschung in allen Antinazi-Kreisen ist so groß, daß sich das Ausmaß gar nicht mehr bezeichnen läßt.«

Die Antworten der Stadtteil- und Ortsgruppen auf eine Umfrage der KGF-Zentrale ließen folgendes Bild erkennen:

- Gröpelingen: Die Nationalsozialisten »fühlen sich schon wieder oben auf.« Die Besatzungsmacht verhalte sich zu tolerant. Polizei und Wirtschaftsamt seien nationalsozialistisch durchsetzt. »Wo man hinhört, kann man immer wieder feststellen, daß Bürger fragen: ›Warum laufen immer noch die führenden Nazi herum?‹«²¹⁰
- Oslebshausen: »Die Nazis bewegen sich sehr frei« und würden zum Teil durch die Unternehmer bestärkt.²¹¹
- Mahndorf: »Das Verhalten der früheren Nazis weicht keinen Deut von dem ab, als sie noch an der Macht waren.«²¹²
- Burg: Die Behörden träten gegenüber den Nationalsozialisten nicht scharf genug auf.²¹³
- Blumenthal: Die führenden Nationalsozialisten seien inhaftiert. »Andere Naziverbrecher, über die Berichte an die Militärpolizei ergangen sind, laufen frei umher. Schleppender Gang in der Verfolgung.« Die Dienststelle Blumenthal und die Nebenstelle des Arbeitsamtes in Aumund beschäftigten noch Nationalsozialisten. Ehemals nationalsozialistische Angestellte würden von ihren Unternehmern gehalten. Das gelte besonders für den örtlichen Militärbetrieb.²¹⁴
- Ritterhude: »Durch das bekannte Verhalten der Mil[itär]-Verw[altung] wird den Nazis, die dies geschickt auszunutzen verstehen, der Nacken gesteft.« Diese Entwicklung werde durch »lasches Verhalten« mancher KGF-Mitglieder in der Verwaltung unterstützt, die »der Militärverwaltung stets den krummen Rücken zeigen«.²¹⁵ – Die gleiche Tendenz wie diese Berichte zeigten die Diskussionsbeiträge während der Bezirkskonferenz.²¹⁶

Ohne daß diese unvollständige Sammlung von Meldungen der KGF-Untergliederungen in der Lage wäre, ein zuverlässiges Gesamtbild der politischen Situation zu vermitteln, macht sie die Atmosphäre im linksgerichteten antifaschistischen Teil der Bevölkerung im Juli 1945 deutlich. Vagts' Sturz, von der KGF als endliches Ergebnis ihrer diversen Mitteilungen an die Bremer Militärregierung und das Frankfurter Hauptquartier angesehen,²¹⁷ brachte zugleich eine spürbare Verschärfung der Entnazifizierung. Am 31. Juli wurden als erstes einige höhere Beamte entlassen, für deren Verbleiben Vagts, Spitta und andere wochenlang eingetreten waren.²¹⁸ Welker gab zu verstehen, daß er nicht in der Lage sei, seine zurückhaltende Politik in der Entnazifizierungsfrage gegenüber den übergeordneten Instanzen länger zu vertreten.²¹⁹

Obwohl die KGF mit dem Sturz Vagts', der am 1. August von Wilhelm Kaisen abgelöst wurde,²²⁰ einen sichtbaren Erfolg erzielt hatte, waren die Amerikaner weit davon entfernt, in der Entnazifizierung

nunmehr auf ihre Linie einzuschwenken. Anhaltende Beschwerden aus den Stadtteilen – etwa über die große Zahl von Nationalsozialisten in bestimmten Ämtern²²¹ oder die Fraternisierung mancher Besatzungsoffiziere mit ehemaligen NS-Aktivisten²²² – und Mißtrauen gegenüber dem größten Teil der Bürokratie waren vermutlich die Gründe für den Vorschlag der KGF an die Militärregierung, Hermann Lücke zum Senator ohne Geschäftsbereich zu ernennen, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, mit Hilfe der nötigen Sondervollmachten die Korruption in der Verwaltung zu bekämpfen, ihre Säuberung und Effektivierung voranzutreiben und der Militärregierung als Verbindungsmann zur Verfügung zu stehen.²²³ Der Plan wurde schon deswegen nicht realisiert, weil seine Ausführung eine offene Mißtrauenserklärung gegen die anderen Senatsmitglieder bedeutet hätte. Außerdem hatte die Militärregierung kein Interesse daran, die linksgerichteten Kräfte im Senat weiter zu stärken. Zunächst hatte sie auch Bedenken gezeigt, anstelle des zum Bürgermeister avancierten Kaisen einen zweiten Kommunisten in den Senat zu berufen.²²⁴ Demgegenüber hatte sich aber Kaisen mit seiner Auffassung durchgesetzt, daß es »mit Rücksicht auf die Not des kommenden Winters [...] von allergrößter Bedeutung sei, gerade diejenigen Kreise zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen, die möglicherweise die kommenden Schwierigkeiten politisch gegen den Senat ausnützen würden.«

4. Betriebsrätebewegung und Wiedergründung der Gewerkschaften

Die Neubildung von unabhängigen Betriebsausschüssen

In ihrem Sofortprogramm hatte die KGF die Wahl von betrieblichen Vertretungskörperschaften der Arbeiter und Angestellten und die Wiedereinrichtung der Gewerkschaften gefordert. Diesem Ziel diente eine besondere Abteilung, die dadurch, daß Senator Wolters Anfang Juni 1945 Adolf Ehlers zum Leiter des Arbeitsamtes ernannte, eine äußerst günstige Ausgangsposition für die systematische Bearbeitung der Betriebe erhielt.¹

Am 1. Juni 1945 schickte die »Abteilung Betrieb und Gewerkschaft« der KGF ein erstes Rundschreiben an alle in der Kampfgemeinschaft organisierten Betriebsarbeiter. In diesem Zirkular, das zu den wichtigsten KGF-Dokumenten gehört, war wesentlich stärker als in den meisten anderen Verlautbarungen der Organisation eine antikapitalistische Tendenz ausgedrückt. Im ersten Teil wurde das NS-Gesetz »zur Ordnung der nationalen Arbeit« analysiert, das den Unternehmer zum »Betriebsführer« erklärt hatte. Es wurde auf das umfangreiche Spitzelsystem der Gestapo in den Betrieben verwiesen. »Wenn wir nun vor der Frage der Reinigung der Betriebe von aktiven Nationalsozialisten stehen und solcher Elemente, die für diese verbrecherische Politik tätig waren, so muß für uns in ganz eindeutiger Weise

klar sein, daß die deutschen Monopolkapitalisten in vollem Umfange mitverantwortlich sind für das Aufkommen der Nationalsozialisten, daß sie als Geldgeber und Förderer dieser Bewegung die Eroberungspolitik des Faschismus nicht nur gebilligt [haben, P. B.], sondern dieser geradezu Geschäftsführer ihrer Interessen gewesen ist. Der Nationalsozialismus war nur die zugespitzteste, die gewaltsamste Form, um die Ansprüche des deutschen Monopolkapitals in der Welt zu vertreten. Er hat eine einseitig kapitalistische Interessenpolitik unter dem Deckmantel der sogenannten Volksgemeinschaft vertreten.«² Die Auseinandersetzung mit den Unternehmern um unmittelbare Interessen der Belegschaften wurde somit indirekt zum Hauptbestandteil des antifaschistischen Kampfs erklärt.

Damit die Arbeiterschaft bei der Wiedereingangssetzung der Produktion eine aktive und initiative Rolle zu spielen vermöchte, rief die KGF zur Bildung provisorischer Betriebsvertretungen auf. Die »aktivsten Antifaschisten« sollten aus ihren Reihen drei bis fünf Personen wählen, die von der Betriebsleitung die Anerkennung als vorläufiger Betriebsrat erwirken und bis zu den ersten ordentlichen Betriebsratswahlen im Amt bleiben sollten. Gäbe es keinen »größeren Kreis von Antifaschisten«, müßten »ein paar beherzte Kollegen« sich selbst zum provisorischen Betriebsrat erklären.³

In dem Rundschreiben wurden dann Forderungen formuliert, die die provisorischen Betriebsräte an die Leitungen der Betriebe zu richten hätten: »1. Anerkennung des provisorischen Betriebsrates und Bekanntgabe der Namen dieser Vertretung durch Anschlag des Unternehmers an die Gefolgschaft. 2. Der provisorische Betriebsrat richtet einen Aufruf an die Belegschaft und fordert alle Kollegen zur Mitarbeit und Unterstützung auf. [. . .] 3. Dem prov[isorischen] Betriebsrat ist ein Raum zur Verfügung zu stellen, in dem er seine Arbeiten durchführen kann und die Kollegen auch während der Arbeitszeit ihre Anliegen vorbringen können. 4. Die sofortige Entlassung des NS-Vertrauensrates ist zu fordern. 5. Bei größeren Betrieben ist die Freistellung eines engeren Ausschusses des provisorischen Betriebsrates (2-5 Personen) von der Arbeit zu fordern, in kleineren Betrieben ist eine stundenweise Freistellung zu erwirken. 6. Einstellungen und Entlassungen können nur mit Zustimmung zweier besonders beauftragter Mitglieder des Betriebsrates erfolgen. 7. Aus den Abteilungen ›Soziale Betreuung‹ und ›Lehrlings-Abteilung‹ sind die Nationalsozialisten zu entlassen und die Positionen mit zuverlässigen Antifaschisten zu besetzen. 8. Der Werkchutz ist sofort aufzulösen, und für die Einstellung von zuverlässigen Pförtnern ist sofort einzutreten. 9. Gegen Lohn- und Gehaltsabbau ist

sofort Einspruch zu erheben. Der Unternehmer ist zu fragen, ob er diesen evtl. Abbau aus eigener Machtvollkommenheit oder auf Veranlassung der Militärregierung durchführen will.«⁴

In dem beigelegten Aufruf an die Belegschaften wurde die demoralisierende Wirkung des nationalsozialistischen Systems in den Betrieben betont. »Nie waren Käuflichkeit und Korruption, Unkameradschaftlichkeit und Gesinnungslumperei in den Betrieben größer als unter dem Hitler-Regime. [...] Faßt wieder Vertrauen zueinander und begreift, daß in Eurer Einigkeit Eure größte Stärke liegt.«⁵

Mit ihrem Rundschreiben stieß die KGF keineswegs auf eine völlig apathische Arbeiterschaft. In dem Dokument selbst wurde darauf hingewiesen, daß in mehreren Betrieben bereits provisorische Betriebsvertretungen anerkannt seien, wenn auch mancherorts noch Schwierigkeiten bereitet würden. Die Initiative der KGF floß also zusammen mit selbständigen Bemühungen in den Betrieben, wo ehemalige Funktionäre der Arbeiterbewegung, die zum größten Teil sicher auch Mitglieder der KGF waren, von sich aus Betriebsausschüsse bildeten.

Am besten ist dieser Vorgang für die Atlas-Werke dokumentiert, da Aufzeichnungen des Betriebsrates erhalten sind. Dort hatten sich schon in der zweiten Mai-Hälfte ehemalige SPD- und KPD-Mitglieder zusammengefunden und sofort einen Vertrauensleutekörper um sich gesammelt. Insgesamt 31 Kollegen aus allen Abteilungen des Betriebs waren zur Mitarbeit bereit und wählten eine dreiköpfige Delegation, die von der Betriebsleitung die Anerkennung des »Arbeiter- und Angestelltenrates« erwirken sollte; diese erfolgte auch nach einigen Tagen. Die erste Sitzung des neuen Gremiums fand am 26. Mai statt. Acht seiner Mitglieder wurden zum »Betriebsrat« gewählt, zu dessen Vorsitzenden man den Kommunisten Johann Reiners bestimmte. Als wichtigste Sofortaufgaben wurden festgehalten: a) möglichst baldige Wahl eines Betriebsrates; b) Festsetzung seiner Rechte und Pflichten, wie sie vor 1933 bestanden hatten; c) »Beseitigung des politischen Einflusses der NSDAP im Betriebe«; d) Wiederaufbau der Gewerkschaften.⁶

Auch auf der AG Weser-Werft hatten Kommunisten und Sozialdemokraten unverzüglich mit der Bildung eines Betriebsausschusses begonnen.⁷ Bei Borgward bestand Anfang Juni ein provisorischer Betriebsrat, dem es gelungen war, die von der KGF formulierten Forderungen im wesentlichen durchzusetzen.⁸ Der fünfköpfige Ausschuß des Reichsbahn-Ausbesserungswerks Sebaldsbrück erreichte die Anerkennung seines Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen. Es wurde festgelegt: »Die 1933 gemaßregelten Arbeiter und Angestellten werden grundsätzlich wieder eingestellt.«⁹

Bei der Firma Fahrzeug- und Gerätebau, einer Nachfolgerin der Focke-Wulff-Werke, hatte zuerst ein einzelner Antifaschist die Funktion eines Betriebsrates übernommen. Zu seiner Unterstützung schleuste die KGF den Leiter der Sebaldsbrücker Ortsgruppe, Wilhelm Elmers, in die Firma ein, der schon früher jahrelang bei Focke-Wulff gearbeitet hatte und dem Betriebsrat durch die Mobilisierung der Belegschaft eine starke Position zu schaffen vermochte.¹⁰ Die grundsätzliche Anerkennung von Betriebsausschüssen war Anfang Juni außerdem in folgenden Betrieben durchgesetzt: Weserflug, Überlandwerke Hannover, Bremer Straßenbahn, Kraftwerke Farge, Wissenschaftliche Forschungsgesellschaft in Farge, Bremer Vulkan (Werft) in Vegesack, Grohner Steingutfabrik, Tesch in Farge, Bremer Wollkämmerei in Blumenthal.¹¹

Im zweiten Rundschreiben der »Abteilung Betrieb und Gewerkschaft« der KGF vom 14. Juni wurde zur Bildung von Betriebsausschüssen auch in denjenigen Betrieben aufgefordert, die noch nicht arbeiteten, um zu verhindern, »daß die Antifaschisten bei Öffnung der Betriebe auf der Straße bleiben«.¹²

Zum Teil unter Anleitung der Betriebsausschüsse wurde in den Fabriken mit Aufräumarbeiten und Reparaturen begonnen. Eine Reihe von Betrieben stellte sich auf die Produktion von Gebrauchsgegenständen um, wie sie in der konkreten Notsituation benötigt wurden. Bei Borgward gelang es der Betriebsvertretung, eine geplante Senkung der Löhne zu verhindern. Hinsichtlich der Gehälter wurde eine progressive Belastung der höheren Einkommen vereinbart. Ferner erlangte der Betriebsausschuß Einfluß auf Einstellungen und Entlassungen.¹³ Der Betriebsrat der Atlas-Werke setzte durch, daß geplante Lohnkürzungen unterblieben und daß für Aufräumarbeiten – wenn auch gekürzte – Leistungszulagen gezahlt wurden. Der Betriebsvertretung wurde Mitbestimmung über den Einsatz von Werksangehörigen bei öffentlichen Arbeiten und Einsicht in die Produktionspläne zugesagt.¹⁴

Leider stehen keine Unterlagen zur Verfügung, um ein umfassendes Bild der Entnazifizierungsanstrengungen der Bremer Betriebsräte zu zeichnen. Lediglich die Säuberung der Atlas-Werke von Nationalsozialisten läßt sich rekonstruieren. Ende Juni setzte der Betriebsrat die »Entlassung bzw. Degradierung der besonders durch Mißhandlungen und Angebereien belasteten Nazis« durch.¹⁵ Die Entlassung eines Meisters, der sich im Krieg der Teilnahme an der »Kristallnacht« gerühmt hatte, konnte nur durch Arbeitsverweigerung erzwungen werden.¹⁶

Zu einer systematischen Entnazifizierung kam es erst nach Erlass des Gesetzes Nr. 8, das den Betriebsausschüssen die legale Grundlage lieferte, weitgehende Maßnahmen durchzusetzen. Am 29. Oktober 1945, einen Tag nachdem die erste ordentlich gewählte Betriebsrätevollversammlung eine Entnazifizierungsresolution verabschiedet hatte,¹⁷ forderte der Betriebsrat der Atlas-Werke von der Leitung die konsequente Durchführung des neuen Gesetzes und fügte hinzu: »Wer von den Betroffenen als ›gewöhnlicher Arbeiter‹ im Betrieb verbleiben darf, entscheidet der Betriebsrat.«¹⁸ Mit den halbherzigen Degradierungsmaßnahmen der Direktion, die alle »bewährten Mitarbeiter« zu halten versuchte, gab sich der Betriebsrat nicht zufrieden. Er forderte Entlassungen, mindestens aber die Versetzung in eine andere Abteilung. Da 80 (27 0/0) der ca. 300 Angestellten der Atlas-Werke am 31. Januar 1945 Mitglieder der NSDAP, der SA und SS oder Amtswalter in deren Nebenorganisationen gewesen waren, während nur 38 (5 0/0) der 800 Arbeiter in diese vom Gesetz Nr. 8 festgesetzten Kategorien fielen, mußten die Entlassungen vor allem die Angestellten treffen.¹⁹ Am 5. November reichte der Betriebsrat »nach sorgfältiger Prüfung« eine Liste sämtlicher zu entlassenden Personen ein. Bei etwa 1100 Beschäftigten fielen nach dieser Aufstellung 102 unter die Kategorien des Gesetzes Nr. 8, also rund ein Elftel der Belegschaft. Der Betriebsrat bestand auf der Entlassung von 30 Belegschaftsmitgliedern, das vorläufige Verbleiben von elf weiteren wurde nur akzeptiert, um »Störungen im Betrieb zu vermeiden.«²⁰

Ende November folgte eine Bekanntmachung des Betriebsrats, in der er die »Bereinigung des Betriebes« für abgeschlossen erklärte und die verbliebenen früheren Mitglieder der NSDAP aufforderte, sich am Aufbau zu beteiligen. »Alle Entlassungen haben den Zweck, den Einfluß der Nationalsozialisten weitgehend auszuschalten und für alle Zukunft eine Wiederholung der politischen Entwicklung von 1918 bis 1933 zu verhindern.«²¹ Es zeugt von politischer Einsicht, daß hier keine Rachegefühle befriedigt wurden, sondern im Interesse einer festen Verankerung der neuen Arbeiterbewegung in den Betrieben eine begrenzte, aber konsequente Säuberung durchgesetzt wurde.

Wie in Bremen bildeten sich überall in Deutschland kurz nach dem Einmarsch der Alliierten provisorische Betriebsausschüsse, deren Träger meist ehemalige Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre waren. Die Initiative zu ihrer Gründung ging teilweise von Werksangehörigen aus, teilweise aber auch von anderen Betrieben, von Antifa-Organisationen oder von ersten Gewerkschaftsausschüssen.²² Besonders stark war die Betriebsrätebewegung im Ruhrgebiet, wo eine »weitge-

hende personelle Identität von politischen Kadern und Betriebsräten bestand.«²³ Nach Mannschatz/Seider organisierten die Kommunisten in mehreren Orten des Ruhrgebietes bereits in der ersten April-Hälfte provisorische Betriebsratswahlen.²⁴ In den Betrieben, deren Unternehmer geflohen waren oder von den Alliierten interniert wurden, nahmen die Betriebsausschüsse die Führung in die Hand, sicherten die Anlagen und Maschinen und leiteten erste Schritte zur Wiederaufnahme der Produktion ein. Auch den zurückgebliebenen Unternehmern blieb nichts anderes übrig, als mit den Ausschüssen zusammenzuarbeiten, da sie als belastete Gruppe keine Konfrontation wagen konnten.²⁵ Neben den Aufräumungsarbeiten und der Rohstoffversorgung befaßten sich die Betriebsräte vor allem mit der Beschaffung von Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung, Heizmaterial für die Belegschaften. Die britische Besatzungsmacht tolerierte zwar die Betriebsausschüsse, schritt aber rigoros gegen Beschlüsse ein, die den eigenen Vorstellungen und Interessen widersprachen. So erzwang die Militärregierung vom Betriebsrat der Zeche Prinz-Regent in Bochum im Herbst 1945 die Wiedereinsetzung zweier nationalsozialistischer Steiger, die aus ihrer Position entfernt werden sollten. Bereits im Frühjahr war den Arbeitervertretern einer Zeche bedeutet worden: »Revolution wird nicht geduldet.«²⁶

Der Zentralausschuß der Betriebsräte und die Auseinandersetzung um Vagts' Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen

Ebenfalls unmittelbar nach der Besetzung begannen Versuche, die verschiedenen Betriebsausschüsse auf lokaler oder sogar regionaler Ebene zusammenzufassen.²⁷ Am 2. Juni 1945, also einen Tag nach Versendung des ersten Rundschreibens der »Abteilung Betrieb und Gewerkschaft« der KGF, trafen sich Delegierte aus mehreren Bremer Betrieben zu einer gemeinsamen Beratung. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der zum Teil die Forderungen des ersten Rundschreibens wiederholt wurden. Außerdem wurde die »sofortige Neubildung von Gewerkschaften« verlangt.²⁸

Am 17. Juni beschlossen 35 Delegierte von ebenso vielen Betriebsvertretungen,²⁹ sich als »Zentralausschuß der Belegschaftsvertretungen der Bremer Enclave« zu konstituieren und einen Koordinationsausschuß zu wählen, dem sieben Betriebsräte angehören sollten.³⁰ Der »Siebener-Ausschuß« verstand sich gleichzeitig als Organ der KGF.³¹

Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wählte die Versammlung den Ingenieur Max Schimmeck.³²

In einem späteren »Kommentar zur Ergänzungsverordnung vom 6. 7. 1945«, in dem den Betriebssprechern detaillierte Hinweise gegeben wurden, wie sie sich gegenüber den Unternehmern zu verhalten hätten, wurde die Verzahnung zwischen der Betriebsrätebewegung und der KGF sehr deutlich herausgestellt: »Das erforderliche Vertrauen der Belegschaft genießen jene Kollegen, die in den Jahren der Hitlerherrschaft aufrecht und mannhaft ihrer proletarisch-revolutionären Überzeugung treu geblieben sind, in diesem Sinne unter der Belegschaft gewirkt und sich jetzt in der KGF zusammengefunden haben. Solange also eine Wahl noch nicht stattfinden kann, können daher Mitglieder einer Betriebsvertretung nur jene Kollegen sein, die von der KGF als solche anerkannt werden. Ob ein solches Anerkenntnis vorliegt, muß erforderlichenfalls vom Zentralausschuß der provisorischen Betriebsräte festgestellt werden.«³³

Im selben Schriftstück wurde darauf hingewiesen, daß durch die Ergänzungsverordnung die Betriebsvertretungen legalisiert seien. Nun komme es darauf an, zu verhindern, daß solche Körperschaften einfach vom Unternehmer eingesetzt würden. »So ist es in einigen Bremer Betrieben geschehen, wo die braunen Vertrauensratsmitglieder durch andere, zwar nicht braune, aber ebenso willfähige Kreaturen ersetzt wurden.«³⁴

Ein Verzeichnis der im Zentralausschuß zusammengeschlossenen »legitimierten« Betriebsausschußmitglieder umfaßt die Namen von 129 Vertretern aus 46 Betrieben.³⁵ Die meisten Delegierten entsandten die Betriebe Weserflug-Bremen (9); Hagen und Rineau (6); Silberwarenfabrik (8); Reichsbahn Wall (5); Überlandwerk Hannover Nord (8) und Borgward (5). Die Tatsache, daß so bedeutende Betriebe wie die Deschimag (1), Focke-Wulff (2) und die Atlas-Werke (2) nur schwach vertreten waren, beweist, daß diese Versammlung nicht repräsentativ zusammengesetzt war. Einige Betriebe erscheinen überhaupt nicht auf der Liste, etwa die Vulkan-Werft in Vegesack und die Wollkämmerei in Blumenthal, obwohl sie beide eine Betriebsvertretung besaßen. Es kann aber angenommen werden, daß die Zusammensetzung des Zentralausschusses nicht konstant blieb, sondern weitere Betriebe beteiligt wurden. Von den 129 Vertretern hatten 35 ihren Beruf angegeben. Unter ihnen waren: zehn Angestellte (einschließlich eines Ingenieurs), zwölf Schlosser, ein Maschinenschlosser, drei Schweißer, drei Dreher, je ein Monteur, Maurerpolier, Lagerist, Werkhelfer und Werkschutzmann.³⁶ Wir haben es also mit einem eindeutigen, für die Organisa-

tionskader der Arbeiterbewegung typischen Übergewicht der Facharbeiter und der aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen oder mit der Arbeiterbewegung verbundenen Angestellten zu tun.³⁷

Die erste gesellschaftspolitische Machtprobe in Bremen nach der Besetzung, ausgetragen zwischen dem Bürgermeister und den Unternehmern einerseits, dem Zentralausschuß und der KGF andererseits, wurde von Vagts mit seiner Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen vom 15. Juni 1945 provoziert. Durch Kriegseinwirkung war die Industrieproduktion in weiten Bereichen zum Erliegen gekommen. Der finanzielle Zusammenbruch des Reichs hatte viele Firmen in akute Zahlungsschwierigkeiten gebracht. Es erwies sich als ökonomisch unmöglich, die alten Beschäftigungszahlen aufrechtzuerhalten. Vagts' Verordnung ermöglichte es den Unternehmern, dieses Problem auf Kosten der Belegschaften zu lösen. Sie hatte »den Zweck, die augenblicklich bestehenden Arbeitsverträge hinsichtlich der daraus entstehenden Pflichten seitens der Arbeitgeber der veränderten Arbeitslage entsprechend anzupassen. Diese nicht zu vermeidende Maßnahme muß[te], um einer drohenden Finanzkrise vorzubeugen, in kürzester Frist durchgeführt werden.«³⁸ Zum 30. Juni 1945 sollten »Arbeitsverhältnisse aller Art ohne Einhaltung gesetzlicher, tariflicher oder vertraglicher Kündigungspflichten und ohne Rücksicht auf bestehende Kündigungsschutzbestimmungen gekündigt werden« können.³⁹ Die Zustimmung des Arbeitsamtes oder anderer Behörden war nicht erforderlich. Vor Inkrafttreten dieser Verordnung ausgesprochene Kündigungen wurden nachträglich legalisiert. Durch diese Regelung wurden nicht zuletzt sämtliche Vergünstigungen gestrichen, die sich, wie Urlaubsdauer, nach der Anzahl der Jahre richteten, die die Belegschaftsmitglieder im Betrieb arbeiteten.⁴⁰ Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft teilte ihren Beschäftigten zum Beispiel am 21. Juni mit, sie sähe sich zu ihrem Bedauern gezwungen, »alle Arbeitsverhältnisse auf den 30. Juni 1945 zu kündigen. Wir freuen uns aber, in der Lage zu sein, mit einem Teil unserer Mitarbeiter ab 1. Juli d. J. neue Arbeitsverträge abschließen zu können.«⁴¹

Mit der Bekanntgabe seiner Verordnung bestätigte Vagts ein Verfahren, das die in der Handelskammer zusammengeschlossenen Unternehmer schon vorher praktiziert hatten. Bereits am 6. Juni 1945 hatte die Handelskammer ihren Mitgliedern in einem ersten Rundschreiben empfohlen, in der oben geschilderten Weise vorzugehen, da in Kürze mit der Herausgabe einer entsprechenden Verordnung zu rechnen sei.⁴² Offenbar in Kenntnis dieses Tatbestandes hatte die KGF im zweiten Rundschreiben ihrer »Abteilung Betrieb und Gewerkschaft«

vom 14. Juni 1945, also einen Tag vor dem Inkrafttreten von Vagts' Verordnung, vor geplanten Massenkündigungen und bevorstehendem Lohn- und Gehaltsabbau gewarnt, den die Unternehmen auch noch auf die unteren Einkommensgruppen zu beschränken suchten: »Die Unternehmer benutzen den tariflosen Zustand, um die Arbeiter und Angestellten in verschiedene rechtlose Gruppen aufzuspalten.«⁴³ Nach der Auffassung der Arbeitgeber legalisierte die Kündigungsverordnung in der Weise durchgeführte Lohnsenkungen, daß Arbeitnehmer zum Monatsende entlassen und mit neuem Lohn bzw. Gehalt wiederingestellt wurden. Der Einspruch des Wirtschaftssenators⁴⁴ zwang die Industrieabteilung der Handelskammer zu der Feststellung, ein solches Verfahren bedürfe »zur Zeit noch« der Genehmigung des Arbeitsamtes. Generell wurde den Mitgliedern der Handelskammer vorgeschlagen, von der Kündigungsmöglichkeit »weitgehend Gebrauch« zu machen.⁴⁵

Vagts' Verordnung traf die Bremer Werkstätigen besonders hart, weil sie in der Mehrzahl seit zwei Monaten kein Einkommen mehr erhalten hatten.⁴⁶ Im »Aufbau« hieß es: »Wir können nicht umhin festzustellen, daß der Herr Reg[ierende] Bürgermeister sich in sehr eindeutiger Weise als der Geschäftsführer der Interessen einer noch in der Hauptsache nationalsozialistisch besetzten Industrie- und Handelskammer betätigt. [...] Daß Massenkündigungen infolge der zerstörten Produktionsstätten nicht zu umgehen sind, ist die selbstverständliche Einsicht aller Werkstätigen Bremens, aber der Versuch, die Lasten des Krieges einseitig auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen, wird bei diesen auf einmütige Abwehr stoßen.«⁴⁷

Die offenbar von der Handelskammer inspirierte Verordnung war von Vagts ohne Unterrichtung – geschweige denn Zustimmung – des Senats in Kraft gesetzt worden.⁴⁸ Die Tatsache, daß Vagts sich auf die ausdrückliche Zustimmung der Militärregierung berufen konnte,⁴⁹ hinderte den Zentralauschuß nicht daran, die rechtliche Grundlage der Verordnung zu bestreiten und Feststellungs- und Lohnklagen anzukündigen.⁵⁰ Im Senat traten die sozialistischen Senatoren für die Revision der Verordnung ein. Wolters legte am 29. Juni den Entwurf einer Ergänzungsverordnung vor.⁵¹

Infolge des unerwartet heftigen Widerstandes sah sich Vagts gezwungen, mehrere Senatoren mit der Ausarbeitung einer Revisionsverordnung zu beauftragen.⁵² Die Ergänzungsverordnung, die am 7. Juli aufgrund einer Ermächtigung der Militärregierung vom 22. 6. 1945 erlassen wurde, legte das Mitspracherecht der Betriebsvertretungen fest, womit diese implizit anerkannt schienen. Es wurden Kriterien be-

stimmt, nach denen das Arbeitsamt Beschwerden beurteilen sollte. Die Kündigung konnte zurückgewiesen oder hinausgeschoben werden, wenn sie »eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde und der Betrieb wirtschaftlich in der Lage ist, das Vertragsverhältnis aufrechtzuerhalten oder für eine Übergangszeit fortzusetzen.«⁵³ Da beide Bedingungen erfüllt sein mußten, ließen sich Entlassungen nur in Einzelfällen verhindern.⁵⁴

Die Arbeitslosigkeit war das notwendige Ergebnis der Krise, die mit dem Kriegsende einherging. Der Kampf dagegen auf der Ebene des Einzelbetriebs mit Hilfe des Beschwerderechts konnte nicht erfolgreich sein, denn dem jeweiligen Unternehmer blieb in der gegebenen Situation tatsächlich nichts anderes übrig, als Massenentlassungen durchzuführen, wenn er dem wirtschaftlichen Ruin entgehen wollte. Hier kollidierte das Unternehmerinteresse mit dem elementaren Interesse der Lohnabhängigen an einem sicheren Arbeitsplatz. Immerhin war es gelungen, die Arbeitgeber daran zu hindern, die Kündigungsverordnung zum Lohnabbau zu nutzen; anstatt die unternehmerische Willkür zum Gesetz zu erheben, wurden wenigstens die Bedingungen juristisch festgelegt, unter denen Entlassungen möglich waren. Unter den gegebenen Umständen war dies ein Erfolg der sozialistischen Kräfte, der dem Zentralausschuß eine gewisse politische Autorität verlieh.

Erste Initiativen zum Aufbau der Bremer Gewerkschaften. Zwei gewerkschaftliche Tendenzen

Am 29. April 1945 hatten Ehlers und Wolters die Besatzungsmacht aufgefordert, neben der KGF auch einen freien Gewerkschaftsbund zu legalisieren und damit eine Forderung des Sofortprogramms zu erfüllen.⁵⁵ Am 18. Mai fand eine Besprechung zwischen einem Teil des KGF-Vorstandes und den drei ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären Oskar Schulze, Albert Götze und Oskar Schwarz über die Koordinierung der Bemühungen zum Aufbau neuer Gewerkschaften statt.⁵⁶ Die Vertreter des Provisorischen Ortsausschusses des ADGB – später nach der Zahl seiner Mitglieder »Dreizehner-Ausschuß« genannt – berichteten, daß sie ebenfalls sofort nach der Besetzung Kontakte zur Militärregierung aufgenommen hätten. Schon Anfang Mai hätten drei von ihnen die Genehmigung erlangt, mit dem Aufbau der Gewerkschaften zu beginnen. Sie hätten ein Gebäude zur Verfügung gestellt bekommen und die Erlaubnis erhalten, zunächst eine Zusammenkunft von 25 bis 30 Personen abzuhalten, die den vorläufigen Vorstand bilden und ein

provisorisches Statut des nach dem Industrieverbandsprinzip zu gliedernden Bremer Gewerkschaftsbundes ausarbeiten sollten. Sogar eine Vertrauensmännersitzung von 250 Personen sei in Aussicht gestellt worden. Oskar Schulze betonte gegenüber dem KGF-Vorstand, man suche die Zusammenarbeit »ohne Hintergedanken«. Es wurde Einigung darüber erzielt, den demokratischen Entscheidungsprozeß innerhalb der Gewerkschaften durch Abbau des Delegiertensystems zu stärken und den Charakter sozialistischer Kampforganisationen wieder deutlicher hervortreten zu lassen. So schienen die ersten Schritte zur Wiederherstellung der Gewerkschaften in Bremen zu der Hoffnung zu berechtigen, daß ehemalige sozialdemokratische Funktionäre und einstige linkssozialistische Oppositionelle zu einer gemeinsamen Basis gefunden hatten.

Doch nur wenige Tage nach der erwähnten Unterredung – am 22. Mai 1945 – bereitete die Besatzungsmacht diesen Plänen ein jähes Ende. Ohne Angabe von Gründen teilte Vagts den Gewerkschaftlern im Auftrag der Militärregierung mit: »Alle entsprechenden Vorarbeiten sind sofort einzustellen und etwa vorgesehene oder schon in Besitz genommene Räumlichkeiten wieder freizugeben.«⁵⁷ Da diese Anordnung zum selben Zeitpunkt erfolgte wie die restriktive Beschränkung der KGF, dürfte die Ursache ebenfalls im endgültigen Übergang der Befehlsgewalt an die amerikanische Militärregierung zu suchen sein. Der erste Anlauf zum Wiederaufbau der Bremer Gewerkschaften war damit gescheitert.

Am 8. Juni 1945 richteten Schulze, Götze und Schwarz erneut einen Antrag an die Militärregierung, einen Bremer Gewerkschaftsbund zuzulassen. Im Auftrag »einer großen Zahl früherer Vertrauensleute der freien Gewerkschaften«, die ihre »Einstellung als Sozialdemokraten« während der NS-Zeit nicht aufgegeben hätten, schlugen sie die Schaffung mehrerer Wirtschaftsgruppen und einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes vor. Die Gründung der Gewerkschaften sei notwendig, weil als Folge des Lohnabbaus und wegen der unterbliebenen Entnazifizierung »die Unruhe in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft« wachse. »Die Gewerkschaften würden durch ihre Maßnahmen nicht nur in der Lage sein, die Unruhen zu beseitigen«, sie seien auch gewillt, die Militärregierung auf verschiedenen Gebieten, insbesondere beim Arbeitseinsatz, zu unterstützen.⁵⁸

Da die Militärregierung ihr Verbot nicht aufhob, wandte sich die KGF am 17. Juni mit einer von Ehlers verfaßten Denkschrift »Zur Gewerkschaftsfrage« erneut an die Besatzungsbehörden.⁵⁹ Bezugnehmend auf Vagts' Verordnung und die damit zusammenhängende Un-

ternehmeroffensive, führte sie aus: »Solange [...] besonders das Koalitions- und das Vereinsrecht nicht wiederhergestellt sind, ist in vielen arbeitsrechtlichen Fragen in Bremen ein völlig gesetzloser und tarifloser Zustand eingetreten. Die Militärregierung übersieht nach unserer Ansicht die nachteiligen Folgen, die sich aus dieser Sachlage in eindeutiger Weise für die Arbeitnehmer ergeben. Arbeiter und Angestellte können ihre Lebensinteressen nur dann mit Erfolg vertreten, wenn sie auf breiter demokratischer Grundlage in Organisationen vereinigt sind. Das Gewicht ihrer gesellschaftlichen Macht besteht bei den wirtschaftlich Schwächeren zunächst in ihrer Zahl, die aber illusorisch wird, wenn ihr kein organisierter Ausdruck verliehen werden kann.«

Es wurden vier Forderungen an die Militärregierung entwickelt: »1. Der Erlaß einer Lohn- und Gehalts-Stopp-Verordnung durch die Militärregierung bis zu dem Zeitpunkt, wo durch gleichberechtigte Kontrahenten auf demokratischer Grundlage neue Tarifverträge abgeschlossen werden können. 2. Die baldige Verkündung eines neuen demokratischen Arbeitsrechts unter weitgehender Mitbestimmung der gewerkschaftlichen Organisation. 3. Die sofortige Wiederherstellung der freien Gewerkschaften. 4. Die Beseitigung der nationalsozialistischen Schlüsselpositionen in der Industrie und ihre Besetzung mit zuverlässigen Antifaschisten.«

Die Interessengegensätze von Arbeitnehmern und Unternehmern beständen trotz ihrer Verschleierung durch die nationalsozialistische Parole der »Volksgemeinschaft« fort. »Die neuen Gewerkschaften müssen daher als eine Vertretung der wirtschaftlichen Interessen aller Arbeitnehmer erstehen (Arbeiter, Angestellte und Beamte). Diese müssen sich innerhalb einer Gewerkschaft nach Berufs- und Industriegruppen gliedern.« Die neue Gewerkschaft, der nur Antifaschisten beitreten sollten, müsse durch einen »breiten ehrenamtlichen Funktionärs-Körper«, durch die Verankerung des »demokratischen Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechts der Mitglieder« vor »Bürokratisierung und Apparatisierung« bewahrt werden. »Die Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte.« Das Endziel der Gewerkschaften, die in allen sozialpolitischen Institutionen vertreten sein müßten, sei die »sozialistische Planwirtschaft«.

Entgegen dem Eindruck, den die gemeinsame Sitzung am 18. Mai vermittelt hatte, meldeten sich mit den beiden Eingaben vom 8. 6. und 17. 6. 1945 zwei verschiedene gewerkschaftliche Richtungen zu Wort. Während die Unterzeichner des Briefes vom 8. Juni lediglich der in der Weimarer Republik noch nicht vollendeten Entwicklung zu Industrieverbänden zur Durchsetzung verhelfen, aber an der Autonomie

der Einzelgewerkschaften festhalten wollten, war in der Denkschrift »Zur Gewerkschaftsfrage« eine Einheitsgewerkschaft vorgesehen, in der die Industrie- und Berufsverbände nur Untergliederungen sein sollten.⁶⁰ Im Unterschied zu der Gruppe um Schulze hielt die KGF es außerdem für nötig, ausdrücklich auf das Streben nach größerer innerer Demokratie und Zurückdrängung des Apparates hinzuweisen.

Bei seinen seit Ende Mai auf die Pflege von Kontakten beschränkten Bemühungen um den Wiederaufbau der Gewerkschaften war der »Dreizehner-Ausschuß«, der sich, ähnlich wie der Hamburger »Ketzerklub«,⁶¹ aus älteren konservativen Funktionären der Weimarer Zeit zusammensetzte, trotz der langsam sichtbar werdenden gewerkschaftspolitischen Differenzen auf die organisatorischen Möglichkeiten der KGF angewiesen. Da diese von den Besatzungsbehörden wenigstens geduldet wurde, diente ihr Büro den Arbeitern und Angestellten, die sich wieder gewerkschaftlich betätigen wollten, als Anlaufstelle.⁶² So galt auch der »Dreizehner-Ausschuß« als Organ der KGF.⁶³ Seit dem 12. Juli stand dem Funktionärszirkel wieder das Instrument der Arbeiterkammer zur Verfügung.⁶⁴

Trotzdem war es in erster Linie der »spontane Wille der Arbeiterschaft [...] und nicht der Wille einer kleinen Gruppe von Spitzenfunktionären«, der den Aufbau der Gewerkschaften unter den illegalen und halblegalen Bedingungen der ersten Monate vorantrieb. »Träger dieses Willens waren nicht die Funktionäre, die mit den Besatzungsmächten verhandelten, sondern die Betriebsräte.«⁶⁵ Die einzige klare politische Perspektive, die sie 1945 in Deutschland – abgesehen von den gewiß nicht zu unterschätzenden Initiativen bei der Wiedereingangssetzung der Produktion, der Organisierung der Versorgung und der Entnazifizierung – entwickelten, »zielt[e] auf den Aufbau einer großen und mächtigen Gewerkschaftsbewegung.«⁶⁶ In Bremen war es der Zentralausschuß der Belegschaftsvertretungen (»Siebener-Ausschuß«), der neben der Funktionärsgruppe die Wiedererrichtung der Gewerkschaften in Angriff nahm. Im Gegensatz zum »Dreizehner-Ausschuß« bestand er mehrheitlich aus Kommunisten, teilweise auch aus ehemaligen SAP-Mitgliedern.⁶⁷ Konnte sich der »Dreizehner-Ausschuß« darauf berufen, die Kontinuität der alten Gewerkschaften zu repräsentieren, so war der »Siebener-Ausschuß« viel enger mit den Betrieben verbunden, wo die Betriebsräte seit Juli 1945 begannen, Aufbaubeiträge für die neuen Gewerkschaften zu sammeln.⁶⁸ Bis Mitte September – sechs Wochen vor der offiziellen Zulassung der Gewerkschaften – wurden allein in den Atlas-Werken 341 Aufnahmeanträge registriert.⁶⁹

Im Lauf des Sommers fanden auch schon überbetriebliche Gewerkschaftsversammlungen statt. Am 9. August 1945 trafen sich ehemalige Vertrauensleute der Buchdruckergewerkschaft.⁷⁰ Von einer Metallarbeiter-Versammlung mit mehreren hundert Teilnehmern, die ebenfalls im Sommer 1945 in Gröpelingen stattgefunden haben soll, berichtet Johann Reiners: »Kollegen hatten die Fahnen des alten DMV in Zink eingelötet und in ihrer Parzelle vergraben. Diese wurde dann feierlich in diese erste Versammlung getragen.«⁷¹

Es ist aufgrund der vorliegenden Quellen sehr schwer einzuschätzen, welchen Einfluß August Enderle auf die Anfänge des Bremer Gewerkschaftsaufbaus ausübte. Enderle, der im Juni 1945 mit Hilfe der ITF mit seiner Frau als einer der ersten Emigranten nach Deutschland zurückkehrte, hatte während des Kriegs als leitendes Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschaften in Schweden an deren programmatischer Arbeit maßgeblich teilgenommen. Als SAP-, erst seit 1944 SPD-Mitglied, trat er den Auffassungen Fritz Tarnows entgegen, nach denen die Gewerkschaften den DAF-Apparat übernehmen sollten.⁷² Es scheint so, als habe Enderle, der in Schweden über enge Kontakte zum OSS verfügt hatte, wegen des Mißtrauens der ehemaligen Funktionäre in Bremen nur eine begrenzte Rolle zu spielen vermocht. Jedenfalls erklärte Hans Krause, ein ebenfalls emigrierter Funktionär der Transportarbeiter-Gewerkschaft, der schon im Mai 1945 im Auftrag der ITF mehrere deutsche Städte bereist hatte, dem Vorsitzenden der Organisation, die Bremer Gewerkschaftsfunktionäre und er seien darüber entsetzt, daß ein Mann wie Enderle als Vertreter der ITF auftreten könne; denn gerade Leute wie er seien es gewesen, die den deutschen Gewerkschaften vor 1933 »in den Rücken geschossen« hätten.⁷³

Die Einheitsgewerkschaft

Am 19. Juni 1945 hatte Wolters im Senat erneut die Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer gefordert.⁷⁴ Nachdem Vagts diese Frage der Militärregierung vorgetragen hatte, beauftragte sie Wolters mit der Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags.⁷⁵ Anknüpfend an die Tradition der Bremer Arbeiter- und Angestelltenkammern, sollte nach Wolters' Organisationsplan, der vermutlich mit den anderen Mitgliedern des KGF-Vorstandes, mindestens mit Ehlers, abgestimmt war, eine einheitliche Kammer der Arbeiter, Angestellten und Beamten, gegliedert in zwölf Industriezweige, entstehen. Die Mitglieder dieser Kammer sollten »aus den Reihen der schon bestehenden, von

den Arbeitgebern anerkannten Betriebsausschüsse« entsandt werden. »Die Aufnahme einiger früherer Gewerkschaftsfunktionäre ist erwünscht.«⁷⁶ Ein engerer Ausschuß sollte berechtigt sein, Tarifverhandlungen zu führen, so daß die neue Institution »nur dem Namen nach« mit der alten Arbeiterkammer identisch, de facto aber eine Vorform der Einheitsgewerkschaft auf breitester Ebene gewesen wäre.

Wahrscheinlich war das der Grund dafür, daß sich dieser Vorschlag bei der Militärregierung nicht durchsetzen konnte. Nach einer Aktennotiz Vagts' vom 5. Juli 1945 erklärte Welker, »daß es ihm nicht erwünscht sei, schon jetzt die Gewerkschaften wiederzuzulassen; auch die Bildung von besonderen Betriebsausschüssen [die nach Meinung der KGF längst anerkannt waren, P. B.] für die Übergangszeit sei nicht erwünscht. Es müsse alles vermieden werden, was nur dazu führen könne, weitere Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und die Arbeit der Zivil-Verwaltung zu stören.«⁷⁷

Trotz dieser negativen Auskunft wurde ein Kernpunkt des Vorschlags von Wolters einige Wochen später realisiert, als sich der »Dreizehner« und der »Siebener-Ausschuß« unter Hinzuziehung von fünf Vertretern der KGF-Stadtteilgruppen am 30. Juli 1945 zum Vorbereitenden Ausschuß der Freien Gewerkschaften in Bremen (»Fünfundzwanziger-Ausschuß«) zusammenschlossen.⁷⁸ Schon am 18. Juli hatte im Beisein des amerikanischen Labor-Officers Marshall eine Vorbesprechung der beteiligten Gruppen stattgefunden, bei der versucht worden war, die Besatzungsmacht für eine Wiedezulassung der Gewerkschaften zu gewinnen. Nur durch die Schaffung von Gewerkschaften sei es möglich, »den Arbeitern Verständnis für die gegebenen Verhältnisse beizubringen« und »die Arbeitslust der guten Arbeiter« zu steigern.⁷⁹ Offenbar hatte die Militärregierung schon vorher durchblicken lassen, daß die Gewerkschaften in absehbarer Zeit zugelassen würden, und die Vereinigung der Ausschüsse unterstützt.⁸⁰

Obwohl die ehemaligen Funktionäre weiterhin Sonderverhandlungen mit der Militärregierung geführt haben sollen,⁸¹ konnten sich in den Diskussionen zunächst die Anhänger der Einheitsgewerkschaft durchsetzen. In der vom »Fünfundzwanziger-Ausschuß« verabschiedeten Satzung hieß es: »Die Freie Gewerkschaft wird unterteilt in 3 Hauptgruppen, und zwar eine für Arbeiter, eine für Angestellte und eine für Beamte. [...] Jede Gruppe wird eingeteilt in Industrie- oder Berufssektionen.«⁸² Die Grundorganisationen (Betrieb, Beruf oder Branche) sollten einen eigenen Vorstand bilden, dessen Mitglieder gleichzeitig Delegierte der Vertreterversammlung sein sollten, des höchsten Gremiums der Gewerkschaft. Die Vertreterversammlung hat-

te auch den Vorstand zu wählen. In der Satzung wurde bestimmt, daß die Gewerkschaft »eine von allen politischen Parteien unabhängige Organisation« sei. Ferner wurde »vollständige Unabhängigkeit von Unternehmern, Staat und Behörden« proklamiert. In § 2 war in zwölf unsystematisch aneinandergereihten Punkten als Zweck der Vereinigung dargelegt, »die materiellen und geistigen Interessen sowie die Ehre ihrer Mitglieder zu wahren und zu fördern«. Außer der Mithilfe bei der Entnazifizierung wurde besondere Bedeutung verschiedenen Mitbestimmungsforderungen beigemessen: »Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung«; »Mitwirkung bei der Neubildung des Sozial- und Arbeitsrechts«; »weitgehende Mitbestimmung bei der Produktion und Warenverteilung«.

Die 1945 unabhängig voneinander in vielen Städten und Regionen Deutschlands feststellbaren Versuche, Einheitsgewerkschaften zu errichten, hatten unterschiedliche Grundlagen und umfaßten verschiedene politische Tendenzen.⁸³ Die Spannweite reichte von dem autoritär-paternalistischen Konzept Wilhelm Leuschners, die DAF in eine »Deutsche (Staats-)Gewerkschaft« umzuwandeln – vergleichbare Pläne verfocht in der schwedischen Emigration Fritz Tarnow –, über die überwiegend pragmatisch begründeten Bestrebungen Hans Böcklers und Albin Karls, beide ebenfalls Protagonisten der Weimarer Gewerkschaftsbürokratie, bis zu der Vorstellung einer zentralisierten und durch die Eingliederung der Betriebsräte demokratisierten »allgemeinen« Gewerkschaft als Klassenkampforganisation. Für eine solche »Klassenkampfgewerkschaft« trat August Enderle auf der Konferenz der Wirtschaftsgruppen Metall der britischen Zone noch im Dezember 1946 ein, als die Entscheidung gegen die Einheitsgewerkschaft de facto bereits gefallen war, und führte zur Begründung aus, die Arbeitskämpfe der Einzelverbände dürften in Zukunft nicht mehr unabhängig voneinander geführt werden. Die Gewerkschaftsbewegung müsse sich »weit mehr als bisher eine Leitung schaffen [...], die diese Dinge beherrscht und eine gewisse Vollmacht besitzt. [...] Alle Streiks, die dem Charakter nach einen gewaltigen Fortschritt für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten, müssen von einer zentralen Stelle geleitet werden, sonst können sie nicht gewonnen werden.«⁸⁴

Den meisten deutschen Gewerkschaftsführern stand der Sinn freilich durchaus nicht nach der Durchführung von Massenstreiks, vielmehr strebten sie danach, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten, deren Bekundungen ihnen trotz aller Behinderungen des Organisationsaufbaus die Illusion vermittelten, gleichberechtigte Bündnispartner zu sein,⁸⁵ in die wirtschaftlichen und staatlichen Ap-

parate einbezogen zu werden. Die Betriebsräte – auch die kommunistischen – setzten keineswegs ein revolutionäres Aktionsprogramm dagegen, hatten aber aufgrund der engeren Kontakte zur Arbeiterklasse ein unmittelbareres Verständnis von Interessenvertretung. An einigen Orten drückte die Diskussion um die Einheitsgewerkschaft im Grunde tieferliegende gewerkschaftspolitische Differenzen aus, die jedoch in der unmittelbaren Nachkriegsphase wegen der geographischen Isolierung voneinander und der allgemeinen Abneigung gegen grundsätzliche Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften nicht zur Herausbildung klarer politischer Fronten führten und daher meist nur mit Vorsicht aus den aktuellen Auseinandersetzungen geschlossen werden können.

Ein Beispiel dafür bietet die Gründung der Einheitsgewerkschaft an der Unterweser. In Wesermünde/Bremerhaven bildete sich die Frontstellung zwischen den Betriebsräten und einer Reihe sozialdemokratischer Gewerkschaftler immerhin deutlicher als in Bremen heraus. Nachdem die Militärregierung im Juli 1945 die Allgemeine freie Gewerkschaft genehmigt hatte, wandte sich ein fünfzehnköpfiger Gewerkschaftsausschuß in einem Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Unterweserorte und forderte sie auf, der neuen Organisation beizutreten.⁸⁶ Kurz darauf kam es zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über die Zusammensetzung dieses Ausschusses. Die Betriebsräte fühlten sich unterrepräsentiert und zogen ihre Vertreter zurück, nachdem sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftler geweigert hatten, einer paritätischen Beteiligung der Betriebsräte zuzustimmen. Der örtliche Betriebsräteausschuß forderte in einem Rundschreiben sämtliche Betriebsräte auf, »Delegationen an alle berufenen Stellen und Behörden« zu senden, »um zu zeigen, daß die Betriebe gewillt sind, zu Tausenden [der] Gewerkschaftsbewegung beizutreten. [...] Höher als der Machtkitzel einiger parteipolitischer Größen steht das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung.«⁸⁷ In einer Erklärung der Vertrauensleute der Schiffbau-Gesellschaft Unterweser hieß es, 97 % der Belegschaft dieses Betriebs hätten sich durch Unterschriften zum Eintritt in die Einheitsgewerkschaft bereit erklärt. Auch in allen anderen [Groß-]Betrieben sei ähnlich verfahren worden. »Es geht aber auf keinen Fall, daß wir Betriebsvertrauensleute [lediglich] die Mitglieder stellen und Beitragszahler bringen, während uns nicht das geringste bekannt ist, daß andere Kreise solches auch taten. [...] Eine Gewerkschaft kann nur dann lebensfähig sein, wenn sie sich stützt auf die Produktionsstätten.«⁸⁸

Am 13. August einigten sich Betriebsräte und ehemalige Gewerk-

schaftsfunktionäre schließlich auf eine paritätische Besetzung. Der zehnköpfigen bisherigen Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre wurden ebenfalls zehn Vertreter der Betriebsräte zur Seite gestellt. Über die Einigung wurde den Werkträgern der Unterweserorte mitgeteilt: »Die gewerkschaftliche Einheit ist vollzogen.« Anders als in dem Flugblatt vom Juli bezeichnete sich die Allgemeine freie Gewerkschaft in dieser Erklärung im Untertitel ausdrücklich als Einheitsgewerkschaft.⁸⁹ Die Organisation gliederte sich in fünf Hauptgruppen, die wiederum nach Berufsbereichen unterteilt waren. Es wurde ausdrücklich vereinbart, »gewerkschaftliche Vertreter aus den Betrieben« zum provisorischen Büro heranzuziehen.⁹⁰ Trotz des schnell gefundenen Kompromisses bot der Streit der Besatzungsmacht Anlaß, die endgültige Legalisierung der Einheitsgewerkschaft hinauszuzögern, bis klar war, daß nur Einzelverbände zugelassen würden.⁹¹

Die Gewerkschaftspolitik der angelsächsischen Besatzungsmächte

Nach dem Eindringen der westalliierten Armeen ins Reichsgebiet im März 1945 hatte ihr Oberkommandierender, General Eisenhower, den deutschen Arbeitern in der Anordnung Nr. 12 das Versprechen gegeben, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren dürften, »sobald die Umstände dies gestatteten.«⁹² So sehr diese Erklärung ernst gemeint war,⁹³ so sicher war der Wille der Besatzungsmächte, das Tempo und die Formen des Gewerkschaftsaufbaus selbst zu bestimmen. Während die deutschen Gewerkschaftler ohne Zögern daran gingen, ihre Organisationen neu zu errichten, bremsten und behinderten die westlichen Besatzungsmächte auf Monate und Jahre hinaus die autonome Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.⁹⁴

Im Frühjahr und Sommer 1945 bot sich ein geographisch äußerst differenziertes Bild. Der Spielraum der lokalen Befehlshaber war erheblich. Einer großen Zahl frühzeitiger Gewerkschaftsgründungen stand eine Vielzahl – zum Teil willkürlicher – Eingriffe der Besatzungsmacht gegenüber. Selbst in der Functional History der Bremer Militärregierung wurde über die Verwirrung geklagt, die in dieser Frage bis zum Oktober infolge des häufigen Wechsels der offiziellen Direktiven und der permanenten Veränderungen in der Personalzusammensetzung der Militärregierung geherrscht habe.⁹⁵ Erst im August 1945 schalteten sich die beiden hier interessierenden Besatzungsmächte, Briten und Amerikaner, mit konkreten Richtlinien in den Prozeß der

Neugründung von Gewerkschaften ein.⁹⁶ Ein britischer Aufbauplan, dem auch die amerikanische Politik im wesentlichen entsprach, sah drei Phasen gewerkschaftlicher Entwicklung vor: »1. Die einführende, erprobende und vorbereitende Periode. 2. Die Periode einer vorläufigen Entwicklung. 3. Die Periode des Wachstums, die der Errichtung einer gesunden Verfassungsbasis folgt. Die Militärregierung wird sich hauptsächlich mit den beiden ersten Phasen zu befassen haben.«⁹⁷

Fiel die örtliche Gründung in die erste Phase, so bot erst der Übergang zur zweiten Phase die Möglichkeit, Beiträge zu kassieren, öffentliche Mitgliederwerbung zu betreiben und Büroräume zu mieten.⁹⁸ Da der Wechsel von einer Phase zur anderen der ausdrücklichen Genehmigung der Militärregierung bedurfte, war es möglich, ohne Verbote auszusprechen zu müssen, die deutschen Gewerkschaftler durch die Drohung, andernfalls den Übergang zur nächsten Stufe nicht zu genehmigen, zu den gewünschten Entscheidungen zu zwingen.

Auf besonderes Mißtrauen stieß der Gedanke der Einheitsgewerkschaft. Im Bezirk Nordrhein, dem wichtigsten Gewerkschaftsbezirk in der britischen Zone, erzwang das Veto der Militärregierung, die von einer angereichten TUC-Delegation unterstützt wurde, daß die Gewerkschaftsführung um Hans Böckler auf die erstrebte einheitliche Organisation verzichtete.⁹⁹ Diese »erste und nicht unwichtigste Kapitulation der neuen Gewerkschaftsführer vor der Macht der Verhältnisse«¹⁰⁰ entschied die Organisationsfrage für die ganze britische Zone. Allein in Niedersachsen vermochte sich die Allgemeine Gewerkschaft durch die Protektion des dortigen Chefs der Manpower Division bis 1947 zu halten.¹⁰¹

Die Amerikaner brauchten sich nicht dermaßen unmittelbar einzuschalten wie die Briten. Die Anhänger des Industrieverbandsprinzips waren in ihrer Zone – auch unter der Linken – stärker, so daß auf Landesebene keine Einheitsgewerkschaften entstanden.¹⁰² Die amerikanische AFL, deren Chikagoer Funktionär, Joe Keenan, der sozialpolitische Berater General Clays war, versuchte ebenso wie die britische TUC, ihren Einfluß bei den deutschen Kollegen für die Annahme eines autonomistischen Organisationsmodells geltend zu machen.¹⁰³

Obwohl in allen Bestimmungen der Briten und der Amerikaner zum Gewerkschaftsaufbau davon gesprochen wurde, die Rechte der Mitglieder zu sichern, die nicht von einer unrepräsentativen Führungsgruppe unterdrückt werden sollten,¹⁰⁴ ergaben sich die Motive, einer »langsamen und guten«¹⁰⁵ Entwicklung das Wort zu reden, zum geringsten Teil aus dem Ideal der reinen Demokratie, sondern entsprangen – neben der unter den konservativen Militärs vorherrschenden

Einstellung auf eine restriktive Law-and-order-Politik¹⁰⁶ – vorwiegend dem Mißtrauen gegenüber der vergleichsweise radikalen Betriebsrätebewegung und der Furcht, daß die – nach Meinung der Westalliierten – gegenüber autoritär-bürokratischer Bevormundung wenig resistenzfähigen deutschen Arbeiter durch die Kommunisten gesteuert werden könnten. »Das Argument war, durch langsames Vorgehen bei der Wiedereinrichtung von Arbeiterorganisationen in Deutschland das bedeutende Risiko, daß solche Organisationen von den Kommunisten erobert würden, wesentlich zu verringern, wenn nicht ganz auszuschalten.«¹⁰⁷ Wie die Gewerkschaften wurden auch die Betriebsräte in ihre Schranken verwiesen: Das Betriebsrätegesetz des Kontrollrats (Nr. 22) vom April 1946 gestand ihnen weniger Rechte zu als das Weimarer Betriebsrätegesetz von 1920, dessen Wiederinkraftsetzung eine Mindestforderung der deutschen Arbeitervertreter gewesen war.

Die Wiedererrichtung der Einzelverbände in Bremen und die ersten Betriebsrätewahlen

Auch in Bremen stieß der »Wille zu einer einheitlichen Organisation [...] auf die ablehnende Haltung der Militärregierung, durch die Bremer Kollegen verpflichtet wurden, einzelne Organisationen aufzubauen.«¹⁰⁸ In diesem Satz im Geschäftsbericht des DGB der britischen Zone für die ersten Nachkriegsjahre wird verschwiegen, daß Schulze und seine Anhänger mit der Entscheidung der Militärregierung durchaus übereinstimmten¹⁰⁹ und nur unter dem Druck der Bremer Arbeiter und ihrer Betriebsvertretungen vorübergehend zurückgewichen waren. Noch Ende September suchte Schulze den Eindruck zu erwecken, als bedauere er die Intervention der Besatzungsmacht.¹¹⁰

Als aufgrund des Potsdamer Abkommens Briten und Amerikaner im August 1945 dazu übergingen, gewerkschaftliche Betätigung auf lokaler Ebene prinzipiell zu gestatten, intervenierte Bürgermeister Kaisen am 20. August im Auftrag der Gewerkschaften bei der Militärregierung. Nach der Zulassung von Gewerkschaftsausschüssen in Vegesack und in der Enklave wollte er wissen, wann die Bremer Gewerkschaften mit dem Druck von Beitragsmarken beginnen dürften. Die Genehmigung ließ jedoch noch drei Wochen auf sich warten.¹¹¹ Am 22. August gab die Bremer Militärregierung die Bedingungen bekannt, unter denen Einzelgewerkschaften erlaubt werden sollten: Je fünf Bürgen mußten eine Reihe von Unterschriften beschaffen. Die Besatzungsbehörden konnten dann die Genehmigung beliebig lange verzögern. Die Gewerk-

schaften durften »sich nicht politisch betätigen«, insbesondere nicht gegen die Militärregierung. Löhne und Arbeitszeit waren ihrer Einflußnahme bis auf weiteres entzogen.¹¹²

Genau einen Monat später konnte Oskar Schulze im »Weser-Kurier« verkünden, daß »in Kürze« zehn Einzelgewerkschaften entstehen würden:¹¹³ 1. der Baugewerksbund, 2. der Metallarbeiterverband, 3. der Gesamtverband für das Transport- und Verkehrswesen, 4. der Fabrikarbeiterverband [hauptsächlich Chemie, P. B.], 5. der Holzarbeiterverband, 6. der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, 7. der Gesamtverband für das graphische Gewerbe, 8. der Tabakarbeiterverband, 9. der Verband der kaufmännischen, Büroangestellten und Beamten, 10. der Verband der technischen Angestellten, Werkmeister und Beamten.

Aber es dauerte wegen der Prüfung der Fragebögen der Gewerkschaftsgründer noch einmal einen Monat, bis die ersten sechs Verbände genehmigt wurden.¹¹⁴ Kurz darauf wurde der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zugelassen,¹¹⁵ und Mitte Dezember folgten der Baugewerksbund und der Verband der kaufmännischen Angestellten und Beamten.¹¹⁶ Der letztere sollte die Organisation für »alle kaufmännischen Angestellten, Kommunal- und Reichsbeamten und Angestellten der freien Berufe« sein.¹¹⁷ Damit war die Zersplitterung der Angestelltenbewegung, wie sie in der Weimarer Zeit bestanden hatte, aufgehoben. Doch standen bei konsequenter Verwirklichung des Organisationsziels die Angestellten und Beamten außerhalb der Arbeiterorganisationen des betreffenden Beschäftigungszweigs, so daß sich nicht einmal das Industrieverbandsprinzip voll durchgesetzt hatte.¹¹⁸

Im Gegensatz dazu verstand sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, obwohl dem Namen nach eine Arbeitergewerkschaft, als Industrieorganisation, die auch die Angestellten der Metallindustrie umfassen sollte.¹¹⁹ Es bestanden also zwei gegensätzliche Organisationsprinzipien nebeneinander, wenn auch die Sammlung der Angestellten hauptsächlich den gesonderten Angestelltenverbänden, später der DAG, überlassen wurde.¹²⁰ Ferner bestimmte die Satzung des DMV den Betrieb (und im Handwerk die Branche) zur organisatorischen Grundeinheit und nicht, wie eine besonders konservative Gruppe im späteren Zonen-Vorstand vorschlug, die Wohngebiete.¹²¹

In den Monaten November 1945 bis Januar 1946 hielten die neugegründeten Verbände ihre ersten Mitgliederversammlungen ab.¹²² Als erste Bremer Gewerkschaft stand der Gesamtverband für das graphische Gewerbe »äußerlich und innerlich fertig« da.¹²³ Mitte Novem-

ber 1945 lagen für sämtliche Gewerkschaften 13 000 Aufnahmeanträge vor, Ende Januar 1946 etwa 24 000.¹²⁴ Die Fesselung an das Drei-Phasen-Modell brachte es mit sich, daß die Zahl der »offiziellen« Mitglieder zunächst weit hinter dem tatsächlichen Organisationsstand zurückblieb. Ein zum Teil langwieriges Verfahren zur Genehmigung der Satzung ermöglichte eine ungehinderte Mitgliederwerbung manchmal erst nach mehreren Monaten. Der Bremer DMV wurde beispielsweise im März 1946 in die Phase zwei entlassen.¹²⁵ Aus dieser Verzögerung erklärt sich das rapide Anwachsen der offiziellen Mitgliederzahlen zwischen Dezember 1945 und April 1946, wie es auch in Bremen zutage trat. Tatsächlich handelte es sich überwiegend um bereits zuvor aufgenommene und kassierte Werk tätige, die erst beim Übergang in die zweite Phase als Mitglieder aufgeführt werden durften.¹²⁶

Nachdem Bremen im Dezember 1945 britischer Oberherrschaft unterstellt worden war und damit dort die britischen Gewerkschaftsdirektiven galten, beteiligten sich die Bremer Gewerkschaften am Aufbau überregionaler gewerkschaftlicher Institutionen in der britischen Zone. Wie vor 1933 wurden sie zunächst dem Bezirk Hannover angegliedert, mit dem sie jedoch wegen ihrer gesonderten Entwicklung und verschiedener Organisationsprinzipien nur lose verbunden waren.¹²⁷

In die Zeit der Wiederezulassung der Gewerkschaften fielen die ersten Betriebsrätewahlen nach dem Krieg.¹²⁸ Sie wurden Anfang Oktober 1945 mit Betriebsversammlungen eingeleitet, auf denen unter anderen Funktionäre der Arbeiterbewegung wie Oskar Schulze oder Hermann Wolters sprachen.¹²⁹ Bei Lloyd-Dynamo konnte der provisorische Betriebsratsvorsitzende mitteilen, daß sich die 300köpfige Belegschaft vollzählig dazu entschlossen habe, der Gewerkschaft beizutreten.¹³⁰ Überhaupt war die Verknüpfung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften in dieser Phase noch äußerst eng. Während sich die Betriebsräte als »Organe der Gewerkschaften in den Betrieben« verstanden,¹³¹ mußten umgekehrt die Gewerkschaftsfunktionäre eine Beteiligung und Mitsprache der Betriebsräte und ihrer Institutionen in Gewerkschaftsangelegenheiten zulassen, solange die gewerkschaftliche Struktur noch nicht voll ausgebildet war. Das drückte sich vor allem in der Weiterexistenz des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« aus. Außerdem tagte seit dem 28. Oktober 1945 in periodischen Abständen die Vollversammlung aller Bremer Betriebsräte,¹³² das »Betriebsräteparlament«, das in den folgenden Monaten als zentrale Vertretungskörperschaft der Bremer Lohnabhängigen fungierte.

Am 1. Oktober 1945 waren in Bremen 62 000 Personen gegen Lohn

und Gehalt beschäftigt.¹³³ Viele von ihnen fielen für die Betriebsräte-
wahlen aus, da – entsprechend dem Weimarer Betriebsrätegesetz –
nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten gewählt wurde.¹³⁴ Die
Wahl mußte von 25 % der Belegschaft beantragt werden.¹³⁵ Mitte
November waren 931 Betriebsratsmitglieder in 196 Betrieben mit
31 000 Beschäftigten gewählt.¹³⁶ Bis März 1946 erhöhten sich diese
Zahlen nur noch unwesentlich.¹³⁷ Im »Aufbau« wurde vermerkt, daß
»in fast allen Fällen« Mitglieder der KGF gewählt worden seien.¹³⁸
In den Atlas-Werken gehörten von den acht Arbeitern und Angestell-
ten, die Ende Mai 1945 von einem Vertrauensmännernegremium zum
provisorischen Betriebsrat berufen worden waren, sechs zu den elf neu-
en, von der Gesamtbelegschaft aus 25 Kandidaten ausgewählten Be-
triebsratsmitgliedern. Johann Reiners erhielt die meisten Stimmen und
wurde vom Betriebsrat wieder zum Vorsitzenden bestimmt.¹³⁹ Es ist
anzunehmen, daß die »Aktivisten der ersten Stunde« auch in anderen
Betrieben in ihren Funktionen bestätigt wurden. Die Parteizugehörig-
keit spielte in dieser Phase noch keine Rolle; die Auseinandersetzung
zwischen SPD und KPD war noch nicht voll in Gang. Daher sind die
Erfolge der Kommunisten bei diesen ersten Betriebsrätewahlen nach
dem Krieg kaum als Vertrauensbeweis für die KPD als Partei zu wer-
ten, sondern ganz überwiegend als Unterstützung derjenigen Kollegen,
die sich als Vertreter unmittelbarer Interessen der Belegschaften be-
währt hatten.¹⁴⁰ Solche Persönlichkeiten fanden sich allerdings weit
überproportional auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung, wo In-
itiative und Risikobereitschaft offenbar stärker entwickelt waren.

5. Der Wiederaufbau der Arbeiterparteien und das Problem der sozialistischen Einheit

Das spontane Verlangen nach Einheit

Es scheint so, als ob die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs den Aufbau einer vereinigten Arbeiterpartei anstelle der beiden traditionellen Richtungen anstrebte. Vor allem unter Sozialdemokraten war die Ansicht weit verbreitet, die alten Parteien dürften nicht neu entstehen, sondern es müsse sofort eine Einheitspartei gegründet werden.¹ Verschiedentlich bildeten sich spontan vereinigte Arbeiterparteien auf lokaler oder sogar regionaler Ebene.² Auch bei der Arbeit vieler Antifa-Komitees und der Hamburger Sozialistischen Freien Gewerkschaft spielte dieses Motiv eine maßgebliche Rolle.³ Nach der Wiedergründung der KPD am 11. Juni 1945 wurden die lokalen Einheitsparteien – zum Teil in Zusammenarbeit von SPD- und KPD-Funktionären – nach und nach zur Selbstauflösung veranlaßt.⁴ Dennoch schlug die Stimmung zugunsten der Vereinigung zunächst noch nicht um.

Trotz mancher Gemeinsamkeiten kann man nicht von einer geschlossenen »Einheitsbewegung« sprechen. Zu verschieden sind die politischen Tendenzen, die sich vorübergehend unter der Fahne der Einheit der Arbeiterparteien sammelten. Generell war das Verlangen nach Ein-

heit die bewußtseinsmäßige Reaktion auf die Periode von 1929–1933, als die Führungen der gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung sich unfähig zeigten, zu einem Defensivbündnis gegen den aufkommenden Nationalsozialismus zu gelangen. Die Linkssozialisten und oppositionellen Kommunisten mochten die Vereinigungsbestrebungen als Bestätigung und Fortsetzung ihrer Einheitsfrontpropaganda am Ende der Weimarer Republik verstehen, obgleich von ihnen damals nicht die Schaffung einer gemeinsamen Organisation, sondern der Zusammenschluß zu einem begrenzten Zweck: der Zerschlagung der faschistischen Bewegung, verfochten worden war. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten während der faschistischen Diktatur den Zusammenbruch ihrer Organisationen erleben müssen, wenn auch aus der totalen Niederlage durchaus nicht dieselben Schlußfolgerungen gezogen wurden. Nur bei einer Minderheit war anscheinend das Verlangen nach organisatorischer Einheit der Arbeiterbewegung aus Erfahrungen des gemeinsamen Widerstandskampfes entsprungen. Häufiger war vielmehr gerade das Gefühl der Vereinzelung und Isolierung unter der nationalsozialistischen Diktatur bestimmend, und die Parole der Einheit stark emotional gefärbt. Ein Vertreter dieser Tendenz war etwa der Sozialdemokrat Otto Buchwitz, dessen Leitgedanke die Wiederherstellung der geeinten deutschen Sozialdemokratie August Bebels war.⁵ Stärker rational ausgeprägt findet sich diese Zielvorstellung auch beim Berliner Zentrallausschuß. Selbst eine Reihe ausgesprochen konservativer Sozialdemokraten, wie Wilhelm Kaisen und Wilhelm Högner, verschlossen sich als erfahrene »Realpolitiker« in den ersten Monaten nicht dem Druck der Basis und der weltpolitischen Bedeutung der Sowjetunion und beteiligten sich an den Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Kommunisten. Was die kommunistische Führung von einer Einheitspartei erwartete, zeigt die Entstehungsgeschichte der SED.⁶

Bei den letztgenannten Tendenzen handelte es sich im Grunde nicht um wirkliche Erneuerungsbestrebungen, sondern um die geplante Amalgamierung zweier wiederentstehender bürokratischer Führungen, wobei jede der beiden hoffte, die Hegemonie in der neuen Organisation erringen zu können. Einen Ansatz zur radikalen Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung enthielten dagegen alle diejenigen Einheitsorganisationen, die im Widerstand oder in den Wochen des Umbruchs entstanden waren, wie immer sie sich nannten. Das gemeinsame Kennzeichen dieser Strömungen war der Versuch, die Einheit von unten zu schaffen, die Absage an das stellvertretende Handeln der Führungen für die Mitglieder. Obwohl diese Tendenz weit über den unmittelbaren

Einflußbereich der Linksozialisten hinausreichte, fand sie fast nur dort politische Sprecher. Immer wieder stößt man in den Berichten über Sitzungen der diversen Einheits- und Antifa-Komitees auf Angehörige früherer sozialistischer Splittergruppen als aktivste und entschiedenste Verfechter der Einheit. Unterstützung fanden die unabhängigen Sozialisten bei den jüngeren Anhängern der großen Arbeiterparteien, deren politische Sicht mehr durch die Erfahrung der illegalen Arbeit gegen die nationalsozialistische Diktatur als durch das Erlebnis des bisweilen blutigen Kampfs zwischen SPD und KPD in den Jahren der Weimarer Republik geprägt war.⁷

Eine untypisch klare Ausformulierung fand diese linkssozialistische Denkrichtung in den Thesen Hermann Brills, der im KL Buchenwald ein Volksfrontkomitee aufgebaut hatte. Bei Brill stand die Forderung nach einer sozialistischen Einheitspartei in Zusammenhang mit dem Konzept eines Volkskongresses, der sich auf räteähnliche Volksausschüsse stützen und dessen Funktion die Durchführung einer radikalen antifaschistischen Umwälzung sein sollte.⁸ Ebenso hoffte die Stockholmer SAP-Exil-Gruppe, die 1944 mit einer Schrift »Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten« hervorgetreten war,⁹ auf die Einigung und Regeneration der deutschen Arbeiterbewegung angesichts der Aufgaben einer konsequenten »demokratischen Revolution«. Indessen fanden diese intellektuellen Entwürfe unter den gegebenen Bedingungen keine Resonanz. Arbeitskämpfe auf breiter Ebene, deren Dynamik größere Teile des Proletariats in einen Politisierungsprozeß hätte hineinziehen können, blieben aus. Die Parole der Einheit war zum Teil auch Ausdruck für das Fehlen einer klaren politischen Perspektive.

Die Konstituierung der Berliner Parteizentren

Für die KPD-Führung war die Einheit der Arbeiterbewegung ein von der politischen Gesamtstrategie abgeleitetes Problem. Die kommunistische Strategie für Deutschland war wiederum eine Funktion der sowjetischen Außenpolitik.¹⁰ In den Monaten vor Kriegsende bekräftigte die Moskauer Exilführung der KPD das erstmals auf der »Berner Konferenz« 1939 verkündete Ziel der Bildung einer sozialistischen Einheitspartei.¹¹ Gleichzeitig begannen aber konkrete Vorbereitungen zum Neuaufbau der KPD als Massenpartei.¹² Daraus kann geschlossen werden, daß die Vereinigung mit der Sozialdemokratie im Prinzip angestrebt wurde, der Zeitpunkt und die konkreten Modalitäten aber zunächst ungeklärt blieben. Erst Anfang Juni 1945 soll Wilhelm Pieck aus

Moskau die definitive Entscheidung für die sofortige Wiedergründung der KPD mitgebracht haben.¹³

Am 11. Juni 1945 trat das ZK der KPD mit einem programmatischen Aufruf an das deutsche Volk hervor.¹⁴ In dem Zehn-Punkte-Programm war nicht nur jeder Anklang an die traditionelle kommunistische Klassenkampfterminologie vermieden, sondern nicht einmal das sozialistische Endziel erwähnt. Es gelte allein, mit der Vernichtung des »Hitlerismus« »die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen.« Das Sowjetsystem solle Deutschland nicht aufgezwungen werden, »denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen.« Es gehe vielmehr um die Errichtung einer »parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.« Während die Enteignung der Großgrundbesitzer, der »Kriegsverbrecher« und lebenswichtiger Betriebe vorgesehen war, wurde in dem Programm im übrigen gefordert: »Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.«

Inhaltlich deckten sich diese zehn Punkte weitgehend mit der seit Herbst 1944 im Moskauer Exil ausgearbeiteten Programmatik.¹⁵ Der demonstrativen Betonung der freien Unternehmerinitiative, die Anlaß zu mancher Polemik bot, kommt allerdings hauptsächlich propagandistische Bedeutung zu. Das KPD-Programm war – wie Sywottek richtig hervorhebt¹⁶ – flexibel genug formuliert, um bei extensiver Auslegung zwar nicht die Liquidierung des Kapitalismus schlechthin, aber die politische und ökonomische Entmachtung des Großkapitals im Sinn der Volksfrontkonzeption abzudecken, wie es in der Ostzone auch sehr bald geschah.¹⁷

Wesentlicher als die vagen Äußerungen zur Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung war die Konkretisierung des kommunistischen Demokratie-Verständnisses. Zwar war die scheinbar harmonisierende Blockkonzeption bereits in der Volksfrontpolitik der Jahre 1936/37 angelegt.¹⁸ Doch hatte das Aktionsprogramm des »Blocks der kämpferischen Demokratie« daneben eine plebiszitäre Komponente enthalten, indem in ihm die Bildung revolutionärer antifaschistischer Volksausschüsse und einer provisorischen Regierung projiziert war.¹⁹ In den im April 1945 verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet«²⁰ wurde – nachdem das Ausbleiben nennenswerter Erhebungen gegen den Nationalsozialismus offensichtlich geworden war – als

neuer Schwerpunkt der kommunistischen Aktivität in der ersten Besatzungsphase die Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau einer antifaschistischen Verwaltung verbindlich gemacht. Seit Ende April waren drei Gruppen kommunistischer Emigranten in diesem Sinn auf dem Territorium der SBZ tätig.²¹ Antifa-Komitees wurden verboten, »sektiererische« Kommunisten zur vorbehaltlosen Mitarbeit aufgefordert.²² Eine gewisse Autonomie, die den deutschen Kommunisten bei einer siegreichen antifaschistischen Revolution vor Kriegsende vielleicht hätte zufallen können, konnte sich nicht herausbilden. Die KPD wurde unmittelbar zu einem Ausführungsorgan der russischen Besatzungsmacht. Sich einzugestehen, daß darin ihr Hauptproblem bei der Suche nach Anhängern und Bündnispartnern lag,²³ war die Partei nach ihrem Selbstverständnis und angesichts der quasi institutionellen Bindung ihrer führenden Funktionäre an die sowjetische KP nicht imstande. Im Gegenteil: Durch ihr Bekenntnis zur Kollektivschuld des deutschen Volks rechtfertigte die KPD a priori die Besatzungspolitik der UdSSR und einen möglichen Karthago-Frieden der Sieger.²⁴

Den »Massen« kam im Rahmen dieser Politik allenfalls die Aufgabe zu, die Besetzung der Schlüsselpositionen in der Verwaltung mit Kommunisten durch die aufzubauenden gewerkschaftlichen und politischen Einheitsorganisationen nachträglich pseudo-plebiszitär abzusichern. Es war vor allem wichtig, offene politische und soziale Kämpfe zu verhindern, da deren Dynamik das Konzept der KPD zu zerstören drohte. Hier setzte die Funktion des »Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien« ein.²⁵ Indessen konnte dieser Plan nur in der Ostzone funktionieren, wo die Anwesenheit sowjetischer Truppen erlaubte, die autonome Entwicklung des Klassen- und Parteienkampfes administrativ abzubiegen oder, wenn nötig, zu unterdrücken. Im Westen hinderte die bedingungslose Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpolitik die KPD zunehmend daran, ihren Anspruch, den Interessen der deutschen Werktätigen Ausdruck zu verleihen, glaubwürdig zu vertreten. Die Blockpolitik verbot ihr die offene Opposition, ohne daß ihre Minister, Bürgermeister, Stadträte und Senatoren insgesamt mehr als Anhängsel der auf Landesebene zunächst vorherrschenden Allparteienkoalitionen gewesen wären.

Die separate Neugründung der KPD war aus der Sicht des ZK – unabhängig vom Zeitpunkt einer späteren Vereinigung mit der SPD – absolut notwendig: Ein großer Teil der ehemaligen Funktionäre und Mitglieder war im Widerstand gefallen oder nach langjähriger Haft gesundheitlich ruiniert. Die Bindung der restlichen Mitglieder an die kommunistische Führung hatte sich in den Jahren 1933 bis 1945 gelock-

kert, sofern sie nicht gänzlich abgerissen war. Viele sahen keine Berechtigung mehr für die Trennung von den Sozialdemokraten.²⁶ Am meisten Kopfzerbrechen scheinen der KPD-Führung jedoch die zahlreichen »Linkssektierer« bereitet zu haben, die teils unmittelbar eine sozialistische Gesellschaft erstrebten – ohne daß dieses Ziel unbedingt eine Frontstellung gegen die SPD implizierte –, teils aber auch an die Politik der KPD in der Weimarer Republik anknüpfen wollten. Diese »Sektierer« sollten nun durch die Hereinnahme aktiver Antifaschisten, für die minimale Aufnahmekriterien gelten sollten, in der Partei neutralisiert und zusammen mit allen Alt- und Neumitgliedern vermittels eines intensiven Schulungsprozesses mit der programmatischen Entwicklung seit 1935 und mit den aktuellen Aufgaben bekannt gemacht werden.²⁷ Die neue KPD war – wie Schumachers SPD – nicht mehr als Arbeiterpartei schlechthin, sondern allgemeiner als »Partei des schaffenden Volkes« gedacht.²⁸ Inwieweit Illusionen darüber bestanden, die SPD in der Mitglieder- und Wählerentwicklung überholen zu können, um auf diese Weise eine bessere Ausgangsposition für die Vereinigung zu erlangen, mag dahingestellt bleiben.²⁹ Sicher ist jedoch, daß die ideologische Neuformierung des deutschen Kommunismus und die Wiederherstellung des »bolschewistischen« Kommunikationssystems nur über die anfängliche organisatorische Separierung der Kommunisten möglich waren. Ein kaum beabsichtigter Effekt dieser Maßnahme war, daß die Position der prinzipiellen Vereinigungsgegner in der SPD um Kurt Schumacher gestärkt wurde, dem die Zeitspanne zwischen der Neuzulassung der KPD in der SBZ und dem Beginn der Einheitskampagne im Herbst 1945 die notwendige Atempause verschaffte, um die Verbindung zu den jeweiligen lokalen und regionalen sozialdemokratischen Aufbauzirkeln herzustellen und die sich schon bald auch auf lokaler Ebene entwickelnden Konflikte und Rivalitäten auszunutzen.

Die Konstituierung der KPD veranlaßte eine als »Zentralausschuß der SPD« auftretende Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den früheren Braunschweiger Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl, die Sozialdemokratie ebenfalls neu zu begründen. In einem Aufruf vom 15. Juni 1945 wurde das KPD-Programm »wärmstens begrüßt«.³⁰ Die in dem Aufruf formulierten sozialdemokratischen Forderungen unterschieden sich kaum von denen der KPD. Am 19. Juni 1945 schlossen der Zentralausschuß der SPD und das ZK der KPD ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses.³¹ Die beiden Parteiführungen verpflichteten sich, bei der »Liquidierung der Überreste des Nazismus« und beim Wiederaufbau zusammenzuarbei-

ten. Vorgesehen waren ferner gemeinsame Veranstaltungen und Diskussionen zur Klärung ideologischer Fragen. Den Anhängern beider Parteien wurde empfohlen, auf allen Ebenen ebensolche Aktionseinheitsausschüsse zu bilden.

Ursprünglich hatten die Mitglieder des Zentralaussschusses, die ihre Distanz zur Politik der SPD in der Endphase der Weimarer Republik deutlich zu erkennen gaben,³² einen sofortigen Zusammenschluß mit der KPD erstrebt.³³ Die vorläufige Entscheidung der KPD gegen die Einheitspartei zwang zur Standortbestimmung, da die Geltungsdauer der Absage sich nicht absehen ließ. Als rationaler Hintergrund für die Politik des Zentralaussschusses schälte sich intern das – mehr oder weniger durchdachte – Konzept eines Bündnisses zwischen der deutschen Sozialdemokratie (bzw. der sozialdemokratisch dominierten Einheitspartei) und der Sowjetunion heraus. Die sozialistische Innen- und Außenpolitik der SPD würde dem Sicherheitsbedürfnis der UdSSR Rechnung tragen, und die Sowjetunion, die im Gegensatz zu den Westmächten keine kapitalistisch-imperialistischen Konkurrenzinteressen verfechte, würde dafür dem deutschen Volk einen wirtschaftlichen Existenzraum gewähren.³⁴ Ähnliche Gedanken fanden sich bei einigen Sozialdemokraten in den westlichen Zonen. Wilhelm Kaisen bedauerte zum Beispiel im Hochsommer 1945 auf einer KGF-Versammlung, daß die Rote Armee nicht ganz Deutschland besetzt habe. »Rußland ist eine starke Macht. Alle Rohstoffe wären für einen Austausch vorhanden gewesen.«³⁵

Die Ostorientierung wurde indessen vom Zentralaussschuß nicht öffentlich vertreten. Vor allem blieb die Grundvoraussetzung dafür, daß die SPD der Sowjetunion als potentieller Bündnispartner hätte gegenüber treten können, die Gewinnung einer Führungsautorität im gesamten Reich, unerfüllt.

Rolle und Konzeption Kurt Schumachers

Während der Berliner Zentralaussschuß durch die zunächst hermetische Abriegelung der Besatzungszonen voneinander von vornherein auf das sowjetisch besetzte Gebiet beschränkt blieb, erhob der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher von Hannover aus den Anspruch, die neu aufzubauende SPD zu führen. Obwohl kaum etwas dafür zu sprechen schien, daß ein weithin, sogar unter Sozialdemokraten, unbekannter Mann wie Schumacher zum Führer der neuen deutschen Sozialdemokratie aufsteigen könnte, waren es gerade seine Außenseiter-

rolle während der Endphase der Weimarer Republik und während des Dritten Reichs wie auch die untypischen Charakteristika seiner Persönlichkeit, die ihn zum idealen Repräsentanten eines erneuerten sozialdemokratischen Selbstbewußtseins machten. Schumacher hatte vor 1933 zu den »militanten Sozialisten« (Moraw) auf dem rechten Flügel der SPD gehört, deren Kritik am Attentismus des Parteivorstandes eine Reihe Berührungspunkte mit der linken Opposition aufwies. In Stuttgart, dem Ort seiner hauptsächlich politischen und publizistischen Wirksamkeit, war Schumacher der von den Nationalsozialisten meistgehaßte Mann gewesen. Seine unbeugsame Haltung – vor allem auch nach der Machtergreifung der NSDAP – büßte er mit über zehnjähriger Haft in Konzentrationslagern.³⁶

Im Gegensatz zu den beiden in der SPD-Spitze der Weimarer Zeit und ebenso nach 1945 vorherrschenden Typen des Parteifunktionärs und des gouvernementalen öffentlichen Amtsträgers verkörperte Schumacher einen speziellen Typus des linken Volkstribunen: durch und durch autoritär, von eiserner Willenskraft, asketisch und unbestechlich. »In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und ganz besonders in der Geschichte der Sozialdemokratie, hat es zuvor keine Gestalt gegeben, die sich durch eine solche Apodiktik des Denkens und Redens, durch einen so ausgeprägten Willen zur Macht ausgezeichnet hätte.«³⁷

Die meisten sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre hatten das Dritte Reich in Ablehnung jeder Widerstandstätigkeit als Privatleute erlebt. Einige waren durch ihre Kapitulationspolitik gegenüber dem Rechtsextremismus gründlich diskreditiert – etwa Carl Severing oder, noch krasser, der Württemberger Wilhelm Keil.³⁸ Eine selbstkritische Haltung zur Politik der SPD vor 1933 scheint unter den ehemaligen Funktionären die Ausnahme gewesen zu sein. Es herrschte offenbar die Ansicht vor, die Politik der Partei sei im ganzen richtig gewesen, die Massen hätten sie nur nicht verstanden. Trotzdem waren fast alle in gewisser Weise politisch verunsichert. Neben der Neigung zur Verschmelzung mit den Kommunisten, die in den ersten Monaten auch unter den ehemaligen Funktionären verbreitet war, gab es Strömungen, die eine deutsche Labour-Party unter Einschluß des linken Zentrumsflügels und bürgerlich-demokratischer Kräfte erstrebten.³⁹ Aber auch dort, wo man die Sammlung der Sozialdemokraten unter der Fahne der alten SPD in Angriff nahm – und das geschah fast überall –, erfolgte dieser Schritt meist unreflektiert und ohne Begeisterung.

Schumacher, der sich zunächst in Hannover eine Hausmacht schuf, bevor er seinen Einfluß in der gesamten SPD der Westzonen geltend machte, unterschied sich von fast allen anderen sozialdemokratischen

Altfunktionären durch seine »granitene politische Konzeption« (Pirker), in der der SPD eine eindeutige politische Rolle als unabhängige und zentralistische Reichspartei zugeordnet war.⁴⁰ Nur ein Mann wie Schumacher konnte ein neues sozialdemokratisches Selbstbewußtsein darstellen, das es der Partei ermöglichte, da, wo es erforderlich war: in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten, als militante Kampforganisation in Erscheinung zu treten.

Schumacher legte die Grundzüge seiner Konzeption bereits in einer Rede am 6. Mai 1945 vor sozialdemokratischen Vertrauensleuten in Hannover fest.⁴¹ Durch Referate, die er auf Reisen im Sommer 1945 in verschiedenen Städten hielt, und vor allem durch seine »Politischen Richtlinien«⁴² machte er jenen zahlenmäßig begrenzten Funktionskreis mit seinen Gedanken bekannt, der beim lokalen Parteaufbau die Schlüsselposition einnahm. Die Sozialdemokratie wurde als Gegenpol des Nationalsozialismus definiert. Sowohl gegenüber dem kapitalistischen Großbesitz, dem die soziale Verantwortung für den Faschismus zukomme, und den bürgerlichen Parteien, die gegenüber dem Nationalsozialismus gänzlich versagt hätten, als auch gegenüber den Kommunisten, die durch ihren Kampf gegen die Weimarer Republik ebenfalls ihren Teil zur Machtergreifung der NSDAP beigetragen hätten, stellte sich die SPD als einzige unzweifelhaft demokratische Partei dar. Daraus ergab sich automatisch der sozialdemokratische Führungsanspruch in der deutschen Nachkriegspolitik. Im Unterschied zu der in der Ostzone propagierten Block-Konzeption, die partiell auch im Westen – wenn auch unter anderen machtpolitischen Gegebenheiten – in Form der späteren Allparteienkoalition Anwendung fand, sah Schumacher gerade im Parteienkampf das entscheidende Aufklärungs- und Politisierungsinstrument. Demokratie war für ihn nur denkbar als parlamentarischer Parteienstaat. Edinger hat in seiner Biographie Schumacher als einen traditionellen Marxisten zu interpretieren versucht. Demgegenüber wurde von anderen Autoren auf den Voluntarismus und Idealismus Schumachers hingewiesen, der nicht nur in seiner Persönlichkeit, sondern auch in seiner politischen Philosophie dominierte.⁴³ Bereits in seiner Dissertation hatte sich der junge sozialdemokratische Funktionär gegen Marx' Staatstheorie und für die Hegel-Lassallesche Bestimmung des Staates als sittlichen Prinzips entschieden.⁴⁴ Am 6. Mai 1945 wiederholte er mit Nachdruck, »daß es von vorneherein keine bloß ›formale‹ oder ›kapitalistische‹ oder ›proletarische‹ oder mit einem sonstigen Beiwort geschmückte Demokratie gibt. [. . .] Es gibt nur eine Demokratie schlechthin, und das, was die Einsicht und die Kraft einer Klasse aus ihr machen.«⁴⁵ Damit war in der Tat die zentrale theoretische

sche Differenz zwischen sozialdemokratischen und revolutionär-sozialistischen Anschauungen bezeichnet. Nur die Bestimmung des demokratischen Staates als eines prinzipiell neutralen Steuerungs- und Verteilungsapparates erlaubte die rückhaltlose Identifikation der Sozialisten mit der parlamentarischen Republik, während das Beharren auf dem Klassencharakter des Staates eben diese Identifikation verhinderte.

Um den Staat für die Interessen der Werktätigen einsetzen zu können, müsse die SPD, wie Schumacher erklärte, die Mehrheit der Wählerschaft an sich binden. Das sei nicht möglich, wenn sie auf die Industriearbeiterschaft beschränkt bleibe. Die zentrale wahlstrategische Aufgabe bestehe darin, durch den Krieg depossedierte und daher objektiv überwiegend ins »Gesamtproletariat« abgesunkene Mittelschichten für die SPD zu gewinnen. Mit der Bewältigung dieser Aufgabe erfülle die Partei zugleich eine entscheidende staatspolitische Funktion, nämlich die endliche Fesselung des deutschen Kleinbürgertums an die Demokratie. Das sozialistische Programm war für Schumacher die Grundlage für dieses Bündnis aller Abhängigen und Kleinbesitzer, weil darin die gemeinsame Interessenbasis formuliert werde: »die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung«⁴⁶ – bei Schutz des kleinen und mittleren, für Schumacher nicht ausbeuterischen Besitzes. Das Ziel war nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern eine antimonopolistische Demokratie auf der Grundlage einer gemischten Wirtschaftsordnung. Die katastrophale ökonomische Lage erlaube Deutschland nicht länger den Luxus kapitalistischer Profitwirtschaft, sondern mache den Übergang vom wirtschaftlich, politisch und moralisch zusammengebrochenen kapitalistischen System zur sozialistischen Planung notwendig.

Für Schumacher hatte die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in erster Linie ihre Funktion in der Befestigung der Demokratie durch die Brechung der ökonomischen Macht des Großbesitzes. Auch im Hinblick auf die Besatzungsmächte betonte er, daß es »unter den besonderen deutschen Verhältnissen ein Funktionieren der Demokratie und damit die Erhaltung des Friedens nur gibt, wenn gewisse sozialistische Voraussetzungen erfüllt sind.«⁴⁷ Obwohl sich Schumacher mehrfach gegen die These im Gründungsaufwurf der KPD von der Notwendigkeit »völlig ungehinderter Entwicklung« der unternehmerischen Initiative wandte,⁴⁸ war die daraus entstehende Polemik zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten völlig irreführend, weil die Begriffe »Sozialismus« und »Demokratie« mit unterschiedlichem Inhalt ge-

füllt wurden. Die sozialistische Propaganda der SPD besaß – ob bewußt oder unbewußt – überwiegend taktische Bedeutung in der ideologischen Offensive gegen die KPD, indem linke Parolen die Gewinnung linkssozialistischer und kommunistischer Arbeiter erleichterten.

Den dritten Schlüsselbegriff in Schumachers Konzeption neben »Demokratie« und »Sozialismus« bildete die Nation. Weitaus energischer als der föderalistische und der Bürgermeisterflügel seiner Partei oder der Zentralauschuß – ganz zu schweigen von der KPD/SED – verteidigte Schumacher die nationale Einheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Reichs. Er lehnte die Kollektivschuldthese ab und forderte von den Siegermächten, dem deutschen Volk – und damit der deutschen Arbeiterklasse – nicht durch Entnahme eines Großteils seiner Produktionsmittel die Existenzgrundlage zu entziehen. Die »prinzipielle Identifikation von Proletariat und proletarisierem Vaterland«,⁴⁹ der Versuch, die große »Synthese zwischen Staat und Klasse«⁵⁰ durch demonstratives Bekenntnis zur Nation endlich zustande zu bringen, war für viele Beobachter das hervorstechendste Kennzeichen der von Kurt Schumacher betriebenen Agitation. Nur einem Mann mit seiner Kampf- und Leidensgeschichte war es möglich, mit einer solchen – für 1945 und die folgenden Jahre ungewöhnlichen – Offenheit gleichermaßen die Pflicht zur radikalen Selbstreinigung und das Recht auf nationale und klassenpolitische Unabhängigkeit zu betonen.

Sein Verständnis von Demokratie brachte Schumacher notwendigerweise in diametralen Gegensatz zur Sowjetunion und zur KPD, in der er nicht mehr als eine russische Staatspartei sah. Eine Ausdehnung des sowjetischen, als totalitäre staatskapitalistische Neuauflage des zaristischen Imperialismus begriffenen Systems auf ganz Deutschland zu verhindern besaß für ihn absolute Priorität.

Waldemar Ritter und Hans-Peter Schwarz haben die von Anbeginn eindeutige Westorientierung Schumachers herausgearbeitet.⁵¹ Der Einfluß der britischen Labour Party und Roosevelts New Deal waren für Schumacher Grund genug zu bestreiten, »daß die Verhältnisse im Westen einfach kapitalistisch sind.«⁵² Sie seien in erster Linie entschieden demokratisch und erlaubten eine schrittweise Zurückdrängung des Kapitals, während im russischen Machtbereich die Sozialdemokratie keinerlei Wirkungsmöglichkeit besäße. Unter diesen Voraussetzungen war es selbstverständlich, daß Schumacher den Zusammenschluß mit den Kommunisten von vornherein klar ablehnte. Es ist aber von Bedeutung, daß der SPD-Führer diese negative Haltung nicht eher prinzipiell formulierte, als bis er die überwiegende Mehrheit der Funktionäre auf seiner Seite wähnte. Am 6. Mai 1945 verwies er auf die ungünstigen

Erfahrungen in Frankreich und Belgien und auf die Bindung der KPD an eine der Siegermächte, die die Gründung einer Einheitspartei ausschlossen.⁵³ In den »Politischen Richtlinien« wurde das Bekenntnis der Kommunisten zur Demokratie als unglaublich herausgestellt. Andernfalls sei ihre Partei überflüssig. »Die einzige für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger.«⁵⁴

De facto reduzierte sich das Problem der Einheit damit auf die Zusammenfassung der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung. Zu größeren Konzessionen war Schumacher in Anbetracht des Kräfteverhältnisses auch hier nicht bereit. Trotzdem kam es in Hannover schon im September 1945 zwischen Schumacher, Willi Eichler für den ISK und Otto Brenner für die SAP zu einem Abkommen über den Anschluß der beiden Organisationen an die SPD, wobei sie an ihrem Streben nach einer umfassenden sozialistischen Einheitspartei ausdrücklich festhielten.⁵⁵ Für den Londoner Sopade-Exilvorstand hingegen war die übereinstimmende Ablehnung der Vereinigung mit der KPD der entscheidende Grund dafür, Schumacher von vornherein in seiner Auseinandersetzung mit dem Berliner Zentralausschuß zu favorisieren.⁵⁶

Schumachers Dilemma bestand darin, daß der Primat des Antikommunismus in seinem Programm ihn dazu zwang, auf anderen Gebieten zurückzustecken. Bis er erkannte, daß der Kalte Krieg das Wiedererstarken des deutschen Großkapitals mit sich brachte, vergingen einige Jahre.⁵⁷ Hingegen muß er selbst bald bemerkt haben, daß die Reorganisation der Partei – also des Instruments, mit dem er seine »grani-tene Konzeption« der Wirklichkeit aufzuzwingen gedachte – ohne die Hilfe der undynamischen Altfunktionäre nicht möglich war. Dazu kam, daß etliche Vertreter des gouvernementalen Flügels in der SPD von den Besatzungsmächten, vor allem den Briten, in führende Verwaltungsfunktionen eingesetzt worden waren, wodurch sie fast automatisch maßgeblichen Einfluß auf die Neubildung der SPD erhielten.⁵⁸ Die praktische Politik der SPD in Ländern und Gemeinden entzog sich von Anfang an weitgehend der Kontrolle des Parteiführers.⁵⁹

Die historische Bedeutung Kurt Schumachers und seiner Konzeption liegt auf integrativem Gebiet: Er initiierte die Neuformierung einer unabhängigen deutschen Sozialdemokratie und ihre Vereinheitlichung durch ein militant verfochtenes, in sich geschlossenes politisches Programm. Keiner der späteren sozialdemokratischen Landespolitiker, geschweige denn eines der Mitglieder des Londoner Exilvorstandes, hätte diese Rolle übernehmen können.

Die Anfänge des Wiederaufbaus der Arbeiterparteien in Bremen

Die parteipolitische Entwicklung des sozialistischen Lagers in Bremen nach der Besetzung zeigt sehr deutlich den Zwiespalt der deutschen Arbeiterbewegung im Jahr 1945 zwischen dem Streben nach organisatorischer Einheit und von vornherein vorhandenen Abgrenzungstendenzen. Einerseits lassen übereinstimmende Aussagen Beteiligter kaum einen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Bremer Sozialdemokraten und Kommunisten zunächst eine sozialistische Einheitspartei wollte.⁶⁰ Andererseits war die Bereitschaft zum Wiederaufbau der traditionellen Organisationen in Kreisen ehemaliger – vor allem älterer – Funktionäre und Parteiaktivisten von Anfang an gegeben. Die praktische Zusammenarbeit im Rahmen der KGF konnte der Rekonstruktion regionaler SPD- und KPD-Organisationen nicht entgegenwirken, da sich die KGF ausdrücklich nicht als Bremer Einheitspartei oder deren Vorläufer, sondern als Dachorganisation aller Antifaschisten darstellte, deren Existenzberechtigung von der Entstehung der Parteien und Gewerkschaften nicht in Frage gestellt werde. Damit nahm die KGF die Parteigründungszirkel implizit gegen den möglicherweise auftauchenden Verdacht in Schutz, ihre Bemühungen gefährdeten die durch die Kampfgemeinschaft verkörperte Einheitsbewegung. Zudem schlossen sich diejenigen Personen, die die Arbeit der Antifa hauptsächlich bestimmten, zwar frühzeitig und zum Teil an maßgeblicher Stelle einer der beiden Arbeiterparteien an; dennoch waren die treibenden Kräfte beim Organisationsaufbau der Parteien im allgemeinen klar von den KGF-Aktivisten zu trennen.

Das war besonders deutlich in der Bremer KPD: Unmittelbar nach der Besetzung – also illegal – konstituierte sich eine Bezirksleitung für das Gebiet des früheren Parteibezirks Weser-Ems,⁶¹ der auch Hermann Wolters und – trotz seiner KPO/SAP-Vergangenheit – Adolf Ehlers angehörten. Letzterer war 1944 durch einen Kurier für die Mitarbeit nach Kriegsende geworben worden.⁶² Ehlers und Wolters, die die ganze Zeit des Dritten Reichs im Land gelebt und illegale Arbeit geleistet hatten – Ehlers sogar als Abtrünniger –, stand in Heinz Schramm ein Organisationssekretär gegenüber, der neben Widerstand und Haft in Deutschland auch die kommunistische Emigration und den Spanischen Bürgerkrieg kennengelernt hatte. Ebenfalls durch die Westemigration war Wilhelm Knigge geprägt, der im September 1945 nach Bremen zurückkehrte und seitdem die Parteiarbeit auf lokaler Ebene anleitete, also an den Aktivitäten der ersten Mona-

te nicht beteiligt war.⁶³ Nach amerikanischen Berichten zeichneten sich beide im Unterschied zu Ehlers und Wolters durch bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem ZK der KPD aus.⁶⁴

Der zweite hauptamtliche Sekretär der KPD für Bremen und Nordwestdeutschland war zunächst Georg Buckendahl. Er kam wie Ehlers vom rechten Flügel der Weimarer KPD, hatte sich aber 1924/25 und 1928/29 der Parteidisziplin gebeugt; 1936 war er als illegaler KPD-Funktionär zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt worden; kurz vor der Besetzung Bremens hatte ihn Ehlers in die Arbeit zur Vorbereitung der KGF einbezogen, deren Vorstand er zunächst angehörte. Bei der Legalisierung der Partei mußte Buckendahl auf Befehl der Militärregierung als angeblicher Gestapo-Agent aus der Bezirksleitung ausscheiden.⁶⁵ Schramm und Buckendahl sollen nahezu permanent in Schramms Privatwohnung getagt haben, um Parteifreunde aus Bremen und der Umgebung zu empfangen.⁶⁶ Die Verbindung zum ZK in Berlin konnte bereits im Mai hergestellt und durch Berliner Kuriere und Reisen der Bremer Spitzenfunktionäre in die Ostzone aufrechterhalten und ausgebaut werden.⁶⁷

Die KPD war also in der Lage, ihre Organisationsreste aus der Zeit des Dritten Reichs und die sich neu bildenden kommunistischen Gruppen von Anbeginn zentral zusammenzufassen, zu koordinieren und in den festen organisatorischen Rahmen einer auf Reichsebene wiederentstehenden Partei einzugliedern. Bereits im Juni 1945 soll in der Nähe von Bremen eine erste achttägige Parteischulung stattgefunden haben.⁶⁸ Vermutlich weil die Sekretäre ihre Hauptaktivität zunächst auf die Schaffung eines Organisationsgerüsts konzentrierten, war die Anleitung durch die Führung bei der praktisch-politischen Arbeit, wie sie Bremer Kommunisten in der KGF, in Senat und Verwaltung, Gewerkschaften und Betrieben leisteten, in den ersten Monaten nur schwach entwickelt. Nur selten sollen Sitzungen der Bezirksleitung stattgefunden haben, so daß die kommunistischen Mitglieder des Senats und des KGF-Vorstandes weitgehend nach eigenem Gutdünken Politik betreiben konnten.⁶⁹

Auch wenn von einer regelrechten Fraktionsarbeit der KPD in der KGF nicht gesprochen werden kann, fanden sich deren kommunistische und sozialdemokratische Mitglieder zu gesonderten Besprechungen zusammen. Etwa vier Wochen nach der Besetzung tagte im Gebäude der KGF eine Wiedergründungsversammlung der KPD, die besonders auf seiten der ehemaligen SAP- und ISK-Mitglieder zu heftiger Kritik führte, da sie sich am stärksten für die sozialistische Einheit einsetzten und die gesonderte Organisation der Kommunisten als »Un-

ehrlichkeit« empfanden.⁷⁰ Noch vor der Legalisierung sollen die Bremer Kommunisten eine Stadtleitung gewählt haben mit Rudolf Rafoth als Pol.-Leiter, Heinrich Reichel als Org.-Leiter und Hermann Gauthier als Kassierer.⁷¹

Für die sozialdemokratischen ehemaligen Funktionäre war es genauso selbstverständlich wie für die kommunistischen, nach dem Zusammenbruch untereinander wieder in Kontakt zu treten, sofern die Verbindung nicht ohnehin die Jahre des Parteiverbots hindurch auf privater Ebene aufrechterhalten worden war. Doch bildete sich auf sozialdemokratischer Seite bis zum Sommer 1945 nicht mehr als ein Geflecht informeller Zirkel und Diskussionsgruppen, die sich zum Teil überschneiden. Christian Paulmann berichtet in seiner nicht immer zuverlässigen Erinnerungsschrift: »Die Sozialdemokratie in Bremen 1864–1964«,⁷² Emil Theil habe am 29. April 1945, unmittelbar nach Aufhebung des Ausgehverbots für Männer, als letzter Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion vor 1933 der Besatzungsmacht den Führungsanspruch der Bremer Sozialdemokraten angemeldet. Anschließend habe Theil mit Paulmann und am darauffolgenden Tag mit Kaisen Kontakt aufgenommen.

Ein erweiterter Kreis von Sozialdemokraten – Paulmann erinnert sich außer an die drei Genannten an Oskar Schulze, Max Jahn und den früheren Bremer SPD-Sekretär Josef Böhm⁷³ – sei einige Tage später auf Einladung Dorns zu einer Besprechung über die Senatsneubildung zusammengetroffen. Bei dieser Gelegenheit habe sich eine erste Vereinbarung über die weitere politische Arbeit ergeben: Oskar Schulze sollte den Wiederaufbau der Gewerkschaften und Josef Böhm die Reorganisation der SPD übernehmen.

Nach der Bildung des Senats Anfang Juni 1945 fanden wöchentlich Besprechungen der sozialdemokratischen Senatoren mit sozialdemokratischen Vertrauensleuten aus den Distrikten statt.⁷⁴ In den Stadtteilen und Vororten Bremens begannen gleichzeitig kleine Gruppen von Parteiaktivisten aus der Zeit vor 1933 oder Einzelpersonen damit, die ehemaligen Mitglieder der SPD zu sammeln.⁷⁵ Ein SPD-Veteran berichtet, er habe in seinem Wohnort Oberneuland ehemalige Parteifreunde aufgesucht und sich von ihnen Erklärungen geben lassen, in denen sie sich zum Wiedereintritt in die SPD verpflichteten.⁷⁶ Zum Teil wurde schon mit der Einziehung von Beiträgen bzw. Spenden begonnen.⁷⁷

Anschluß an den überlokalen Organisationsprozeß der SPD gewannen die Bremer Sozialdemokraten nach der Einreise Walter Rother-Rombergs im Juni 1945, der – wie Knigge – im französischen Un-

tergrund gekämpft hatte und im Auftrag des Londoner Exilvorstandes⁷⁸ den Aufbau der SPD in der Bremer Region in Angriff nahm.⁷⁹ Rother-Romberg stellte den Kontakt nach London und zu Kurt Schumacher her, als dessen Vertrauensmann er die Funktion eines Parteisekretärs für den im Entstehen begriffenen Bezirk Bremen-Nordwest ausübte.⁸⁰

Das »Büro Schumacher« leitete bereits im Hochsommer 1945 entscheidende Schritte zur Schaffung einer einheitlichen westdeutschen SPD ein. Im Juli bereiste Schumacher Süddeutschland und schickte Kuriere in mehrere Städte, darunter auch Bremen.⁸¹ Mitte August hielt er sich selbst zu einer Besprechung mit sozialdemokratischen Funktionären in Bremen auf.⁸² Die Leichtigkeit, mit der er die verschiedenen provisorischen Bezirksleitungen unter seiner Führung zu sammeln vermochte, wird nur dadurch verständlich, daß er mit pragmatischen Argumenten arbeitete. Er betonte die Notwendigkeit, die Sozialdemokratie wenigstens in den Westzonen zu zentralisieren, wenn schon die Ostzone von der Entwicklung im Westen abgeschnitten sei.⁸³ In Westdeutschland stellte niemand außer Schumacher einen solchen Führungsanspruch, und der Berliner Zentralausschuß vermochte seinen jenseits der Grenze der SBZ nicht zu realisieren. So konnte sich Schumacher bereits am 20. August 1945 auf 14 von 19 provisorischen Bezirksvorständen stützen, die ihn ermächtigt hatten, eine sozialdemokratische Reichskonferenz vorzubereiten.⁸⁴

Der erste erhaltene Brief Rother-Rombergs an Schumacher stammt vom 26. August 1945.⁸⁵ Der Inhalt – Beiträge an die Zentrale – läßt jedoch erkennen, daß schon vorher, auf jeden Fall während der Anwesenheit Schumachers in Bremen, konkrete Vereinbarungen getroffen worden sein müssen. Am 1. September 1945 – also kurz nach der Versendung der »Politischen Richtlinien«, die, ausdrücklich nur für SPD-Funktionäre bestimmt, erstmals einen begrenzten Kreis von Parteiaktivisten und ehemals führenden Mitgliedern mit den Gedanken Schumachers bekannt machten⁸⁶ – lud dieser den Bremer Bezirk zu der von ihm organisierten Konferenz in Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober ein.⁸⁷ Am 5. September schickte das »Büro Schumacher« an alle Bezirkssekretäre ein erstes Rundschreiben mit 13 Fragen zum Stand des organisatorischen Aufbaus.⁸⁸ Die Bremer Antwort vom Ende des Monats vermittelte folgendes Bild:⁸⁹

Ein Zulassungsantrag an die Militärregierung war gestellt, aber noch nicht beantwortet. Die SPD zählte in der Stadt Bremen etwa 800 Mitglieder, die in 28 Distrikten organisiert waren. »In allen Teilen des Bezirks haben Versammlungen und Sitzungen stattgefunden.« Es hatte

sich eine kommissarische Bezirksleitung gebildet, die aus den Bremern Rother-Romberg, Theil, Osterloh, Böhm, Willi Schramm⁹⁰ und aus je einem Vertreter der Untergliederungen Wesermarsch/Nordenham, Vegesack, Wesermünde, Delmenhorst und Verden bestand.

Das Wiederentstehen der Arbeiterparteien stellte die ehemaligen Anhänger linkssozialistischer Organisationen, die im Vorstand der KGF dominierten, vor die Frage, welcher der beiden Richtungen sie sich anschließen sollten. Ein erneuter Versuch, eine »dritte Kraft« zu bilden, galt als aussichtslos.⁹¹ Etwa 50 ehemalige SAP-Mitglieder trafen sich im Sommer 1945, um eine gemeinsame Entscheidung zu diskutieren.⁹² Einige von ihnen hatten sich jedoch bereits – wie Adolf Ehlers – der KPD oder – wie die beiden Enderles – der SPD angeschlossen. So kam es zu keiner Einigung, und der alte KPO/SAP-Kern löste sich auf: Neben denen, die zur KPD, und denen, die zur SPD gingen, blieben einige zurück, die sich keiner der beiden Parteien zuwenden wollten. Zunächst blieb freilich in der KGF ein gemeinsames Betätigungsfeld erhalten. Daß die ehemaligen SAP-Mitglieder in SPD und KPD für die Vereinigung eintraten, war ohnehin selbstverständlich und wirkte der Erkenntnis einer politischen Spaltung des alten SAP-Kaders entgegen.

Nachdem eine Einigung nicht hatte erzielt werden können, strebte eine Gruppierung eine engere Verbindung mit der SPD an. In diesem Sinn richteten ehemalige Mitglieder der SAP und des ISK am 20. Juli 1945 ein Schreiben an den provisorischen Bezirksvorstand der SPD mit dem Vorschlag, ein Kartell der drei Organisationen zu schaffen und so der sozialistischen Einheitspartei einen Schritt näher zu kommen.⁹³ Innerhalb des Kartells sollten keine Mehrheitsentscheidungen fallen, sondern alle politischen Fragen »nach vorhergehender Diskussion auf der Basis freier Vereinbarung« geregelt werden. Als sich die sozialdemokratischen Führer auf diese Vorschläge offenbar nicht einließen, erklärten die Linkssozialisten wenige Tage später ihren bedingungslosen Beitritt zur SPD, »weil sie fest entschlossen sind, daran mitzuarbeiten, daß eine einheitliche sozialistische Partei in Deutschland entsteht.«⁹⁴

Warum die meisten Linkssozialisten in den westlichen Zonen Deutschlands meinten, dieses Ziel innerhalb der SPD besser verfolgen zu können als in der KPD, kam deutlich in dem Rundbrief der ehemaligen Stockholmer SAP-Exil-Gruppe zum Ausdruck.⁹⁵ »Ungeachtet dessen, wie richtig im einzelnen die von der KPD vertretenen Forderungen sein mögen, scheint uns keine Gewähr dafür zu bestehen, in ihrem Rahmen einen demokratischen, durch die Verhältnisse des eigenen Landes und den Willen der Mitgliedschaft bestimmten Prozeß der Klärung und Meinungsbildung durchführen zu können. Diese Gewähr ist bei

der Sozialdemokratie in höherem Maße gegeben. – Einigung im Rahmen der Sozialdemokratie ist die heute mögliche Etappen-Lösung des Einheitsproblems.«

Doch waren die traditionellen sozialdemokratischen Führer mißtrauisch, und in ihrer neuen Partei standen die Bremer Linkssozialisten »am Rande«.96 Am 31. August schrieb Irmgard Enderle enttäuscht an Willy Brandt: »Bei einem Teil des oberen Gremiums unserer eigenen Partei sowie der früheren alten Gewerkschafter, die auch jetzt die Spitze bilden, werden wir nicht so sehr freundlich angesehen, u. wir selber sind auch wenig beglückt, daß so eingefleischte Leute alten Stils (auch in Bezug auf kleinlichste Demagogenkunststückchen gegenüber Nicht-SPDlern) noch da sind u. vor allem daß sie noch wieder – aus alter Anhänglichkeit – einen ganzen Stab unterer SPD-Funktionäre finden, die ihnen treulich Gefolgschaft leisten. Da hatten wir in der Emigration mal wieder einige Illusionen. [. . .] Solch tüchtige Leute wie Heini Busch [. . .] werden trotz allen Kräftemangels sowohl von KPern wie SPern bei allem übergangen – es kotzt einen manchmal an, wie sehr dies alles genau wie vor [19]33 ist. Immerhin ist ja das Eine anders, daß KP und SP gemeinsame Sitzungen in Spitzen- und auch breiteren Gremien (auch in Distrikten) beginnen. Die Möglichkeit, daß hier auch andere Töne kommen u. ein Druck auf die Spitzen ausgeübt wird, besteht also.«97

Die Einheitsbestrebungen im Sommer 1945

Etwa zum Zeitpunkt von Schumachers Besuch in Bremen war nach längeren Verhandlungen am 14. August 1945 ein »Einheits-Aktions-Vertrag« zwischen der Bremer SPD-Bezirksleitung und der Bezirksleitung Weser-Ems der KPD unterzeichnet worden.98 »Getragen von dem Willen zur festen und aufrichtigen Zusammenarbeit, dem Willen, die unglückliche Spaltung der Arbeiterklasse im Interesse unseres ganzen Volkes endgültig zu überwinden«, bildeten je vier Vertreter beider Parteien einen gemeinsamen Arbeitsausschuß, dessen Aufgaben wörtlich ebenso bestimmt wurden, wie das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD in Berlin sie am 19. Juni beschlossen hatten. Die »Liquidierung der Überreste des Nazismus« und der »Aufbau einer antifaschistischen-demokratischen-parlamentarischen Republik« galten als politisches Sofortprogramm. Ebenso wie die Berliner bekundeten die Bremer Arbeiterparteien die Absicht, einen »festen Block« mit bürgerlich-demokratischen Parteien zu bilden. Alle Untergliederun-

gen der Bezirksverbände sollten nach dem Muster des Bremer Einheitsvertrages ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse schaffen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen. In den Distrikten Bremens und den Ortsgruppen in der Umgebung der Stadt begannen infolgedessen wie an der Spitze gemeinsame Sitzungen von Sozialdemokraten und Kommunisten.⁹⁹

Indem die Bremer Sozialdemokraten von der Gruppe um Grotewohl als »unser Berliner Zentralaussschuß« sprachen,¹⁰⁰ machten sie deutlich, daß der Gegensatz zwischen dessen politischer Ausrichtung und der Schumachers zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ihr Bewußtsein gedrungen war. Obwohl ein Teil der Bremer SPD-Funktionäre zur Zeit der Unterzeichnung des Einheits-Aktions-Bündnisses – also vor Schumachers Besuch – bereits ähnliche Vorbehalte wie dieser gegenüber der KPD hegte,¹⁰¹ erlaubte die Stimmung an der Basis noch kein offenes Hervortreten mit allzu skeptischen oder gar feindseligen Äußerungen zur Frage der Vereinigung mit den Kommunisten. Vielmehr war es in dieser Phase gerade die KPD, die, in Bremen wie im übrigen Deutschland, durch ihre Parole bremste: Aufbau zweier Reichsparteien in enger Zusammenarbeit und Vereinigung zu einem noch ungeklärten späteren Zeitpunkt, wie es Walter Ulbricht auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlin am 25. Juni 1945 erläutert hatte.¹⁰²

Diese Politik der KPD – vor allem nach innen schlagwortartig verkürzt als: »erst Klarheit, dann Einheit« – deckte sich mit den Interessen jener sozialdemokratischen Funktionäre, die zwar von vornherein auf die Erhaltung der Selbständigkeit der SPD bedacht waren, aber zunächst noch nicht wagten, ihre Ansichten offen zu propagieren. Ein Vergleich der Protokolle der SPD-KPD-Ausschüsse in Frankfurt, München und Hamburg läßt eine erstaunliche Parallelität der politischen Entwicklung erkennen,¹⁰³ so daß eine Verallgemeinerung über die drei Städte hinaus gerechtfertigt erscheint, auch wenn das für Bremen nicht eindeutig belegbar ist.

Bis Mitte August 1945 war auf seiten der Sozialdemokraten die Bereitschaft vorhanden, sich mit den Kommunisten sofort zu einer Organisation zu verschmelzen. Die ablehnende Antwort der Kommunisten, die der Entwicklung in der Ostzone nicht vorauslaufen durften, erfolgte in Frankfurt und Hamburg erst im September, als das Interesse der sozialdemokratischen Ausschuß-Delegierten an der Bildung einer Einheitspartei bereits spürbar nachgelassen hatte. In allen drei Städten wandten sich die SPD-Vertreter nach der Legalisierung der Parteien gegen die Veröffentlichung der im Sommer verabschiedeten gemeinsamen Aufrufe. Da es sehr unwahrscheinlich ist, daß aus Anhängern der

sofortigen Verschmelzung nur aufgrund lokaler Faktoren in wenigen Wochen Gegner eines gemeinsamen öffentlichen Auftretens geworden waren, muß man der Intervention Schumachers als einer Art Katalysators zentrale Bedeutung zumessen. Mit seinen Abgrenzungsparolen legte er die Partei auf die antikommunistische Linie fest, indem er sie von innen nach außen eroberte: zuerst die führenden Funktionäre, dann die Parteiaktivisten, dann die breite Mitgliedschaft und schließlich die sozialdemokratische Anhängerschaft in den Betrieben.¹⁰⁴ Hier erwies sich Schumacher – entgegen einer weitverbreiteten These – als geschickter Taktiker, der stets wußte, wie weit er gehen konnte.

Doch ist die rasche Gewinnung der lokalen und regionalen SPD-Führer nur so zu erklären, daß Schumacher erstmals Vorstellungen artikulierte, die bei einem großen Teil der verunsicherten und unter einem gewissen Druck der Basis stehenden Funktionäre in nuce schon vorhanden waren.¹⁰⁵ Nachdem die führenden Funktionäre aus den Westzonen sich für Schumachers Linie entschieden hatten, war es nur noch ein taktisches – wenn auch im Einzelfall schwieriges – Problem, diese Politik in der SPD und bei ihren Sympathisanten durchzusetzen. Jedenfalls war der Höhepunkt der Einheitsbestrebungen im September bereits überschritten.

Die Legalisierung der Arbeiterparteien

Nach Beendigung der Potsdamer Konferenz hatten die Oberbefehlshaber der britischen und amerikanischen Truppen, Montgomery und Eisenhower, in Ansprachen an das deutsche Volk die prinzipielle Erlaubnis zu politischer Betätigung auf lokaler Ebene verkündet.¹⁰⁶ Wie im Fall der Gewerkschaften dauerte es in Bremen aber noch mehrere Wochen, bis die Legalisierung der Parteien tatsächlich in Gang kam. Am 31. August 1945 übergab Kaisen seinem Verbindungsoffizier den Antrag der Bremer SPD auf Wiederezulassung.¹⁰⁷ Am 19. September teilte die Militärregierung dem Bürgermeister die Bedingungen mit, unter denen politische Parteien erlaubt und »gefördert« werden sollten.¹⁰⁸ Kaisen gab diese Richtlinien zehn Tage später im *Weser-Kurier* bekannt.¹⁰⁹ Danach war der offene Beginn der Parteiarbeit erst gestattet, nachdem sich die Militärregierung durch Prüfung der von den Gründern ausgefüllten Fragebogen, der Statuten- und Programmwürfe von dem – ihrem Verständnis nach – demokratischen Charakter der betreffenden Partei überzeugt hatte. Die Militärregierung behielt sich das Recht vor, die Lizenz jederzeit zurückzuziehen. Öffent-

liche Versammlungen waren nur nach einem langwierigen Anmeldeverfahren möglich. Da die Tätigkeit der zu gründenden Parteien ausdrücklich auf das »Land Bremen« beschränkt war, mußten sie, wenn sie ihre Bezirksorganisationen aufbauten, zunächst gegen Anordnungen der Besatzungsmacht verstoßen. Nachdem je ein Mitglied der provisorischen Vorstände von SPD und KPD, die inzwischen ebenfalls ihren Antrag übergeben hatte, nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zunächst als untragbar zurückgewiesen worden und so eine weitere Verzögerung eingetreten war,¹¹⁰ konnten die beiden gerade zugelassenen Arbeiterparteien am 20. Oktober 1945 mit programmatischen Beiträgen im Weser-Kurier an die Öffentlichkeit treten.¹¹¹

Die SPD betonte in ihrem Beitrag das Doppelziel: Demokratie und Sozialismus. Die demokratische Republik sollte durch die Säuberung des Staatsapparates und durch eine Verwaltungsreform abgesichert werden. Zur »Wirtschaftsform« wurde erklärt: »Die Epoche des deutschen Monopolkapitalismus ist zu Ende und damit ist auch dessen industrielle und soziale Macht zerstört.« Deshalb seien die Schlüsselindustrien zu verstaatlichen und die Banken unter Staatsaufsicht zu stellen; eine »Lenkung der Produktion« sei notwendig. Für die unmittelbare Zukunft verlangte die SPD Wiedergutmachung für die Bombengeschädigten, die Kriegsoffer, die Waisen und Hinterbliebenen.

Die Bremer Kommunisten orientierten sich in ihrem Gründungsauftrag an den zehn Punkten der KPD vom 11. Juni 1945. Es wurde die »Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarischen demokratischen Republik mit allen demokratischen Freiheiten und Rechten für das Volk« gefordert, »einer kämpferischen Demokratie, die rücksichtslos alle Feinde der Demokratie vernichtet und uns den Weg zum Sozialismus vorbereitet.«¹¹² Während die Bremer KPD den Vorschlag eines »antifaschistischen Blockes der zugelassenen Parteien« wiederholte, widmete sie den »sozialdemokratischen Freunden« größere Aufmerksamkeit: »Wir haben, Kommunisten und Sozialdemokraten, eine Arbeitsgemeinschaft und Aktionseinheit hergestellt. Aus dieser Einheit, das ist unser ehrlicher Wille, wird und muß eine einheitliche Arbeiterbewegung und in Zukunft eine Arbeiterpartei herauswachsen.«

Demgegenüber mußte die Aussage der SPD, die sich auf der Linie Kurt Schumachers bewegte,¹¹³ als eine deutliche Distanzierung aufgefaßt werden: »Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen Parteien bereit, die sich zur Demokratie bekennen, und können daher heute auch, was früher nicht immer möglich war, mit der KPD zusammenarbeiten.« Doch war das Verlangen nach Einheit der Arbeiterbewegung in Bre-

men im Herbst 1945 noch so stark, daß die ersten öffentlichen Versammlungen zumeist gemeinsam durchgeführt wurden.

Die zentrale Kundgebung der SPD und KPD für die Stadt Bremen am 21. Oktober 1945 war von etwa 6000 Personen besucht. Es sprachen Bürgermeister Kaisen und Senator Wolters. Wolters forderte zur Wachsamkeit gegenüber der »Reaktion« auf. 1918 sei nur der Kaiser geflohen. »Heute müssen auch die Offiziere, und nicht nur die berufsmäßigen, sondern auch die der Wirtschaft abtreten.« Nach der Schaffung einheitlicher Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Sport- und Kulturorganisationen solle man auch zur politischen Einheit fortschreiten. »Aus der Aktionseinheit des Wiederaufbaus muß eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei erstehen.« Kaisen führte unter anderem aus: »Die Arbeiterschaft muß demokratisch sein, weil die Demokratie die Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen Weiterentwicklung ist. Aufbau der Wirtschaft ist nur auf der Grundlage der Gemeinwirtschaft möglich. Die beiden Parteien müssen zusammenhalten, um auch dieses Ziel zu verwirklichen.«¹¹⁴

In verschiedenen Stadtteilen und in den Vororten Bremens fanden ebenfalls gemeinsame Versammlungen statt: am 19. Oktober in Huchting, am 20. Oktober in Farge, am 27. Oktober in Aumund, am 28. Oktober in Lesum, einige Tage später im Stadtteil Neustadt. Nach einer Zählung der Special Investigation Section (Public Safety Branch) fanden vom 19. bis 31. Oktober insgesamt 16 Parteiversammlungen statt, deren Besuch als »sehr gut« bezeichnet wurde. Neben fünf gemeinsamen wurden zehn sozialdemokratische und eine kommunistische Versammlung registriert.¹¹⁵ Die letzte gemeinsame Veranstaltung – jedenfalls in größerem Rahmen – führten die beiden Parteien am 3. Februar 1946 durch, als sie zusammen der Opfer der Revolutionskämpfe von 1919 gedachten, die im Kampf gegen die konterrevolutionären Freikorps gefallen waren.¹¹⁶

Bereits vor der Wiederezulassung der Arbeiterparteien war der Aufbau ihrer organisatorischen Struktur auf lokaler Ebene weitgehend abgeschlossen gewesen. Die alten Distrikte – und bei der KPD zusätzlich die Betriebsgruppen – waren wieder entstanden. Obwohl die Kommunisten von vornherein wesentlich großzügiger in der Aufnahme von Mitgliedern waren als die Sozialdemokraten,¹¹⁷ gelang es ihnen nicht, den traditionellen Vorsprung der SPD in der Mitgliederstärke einzuholen. Nach einem zeitgenössischen Bericht verfügten die Kommunisten Bremens im Januar 1946 über etwa 1000 Mitglieder, aber 13 bezahlte Sekretäre und drei Kuriere, die Sozialdemokraten dagegen über 2300 Mitglieder und nur zwei hauptamtliche Sekretäre.¹¹⁸

In Wesermünde wurden beide Arbeiterparteien am 31. Oktober 1945 legalisiert.¹¹⁹ Einem Bericht zufolge, den der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt, Gerhard van Heukelum, Ende November 1945 an Schumacher sandte, scheint die Neigung der Wesermünder Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit der KPD von Anfang an geringer als in Bremen gewesen zu sein.¹²⁰ »Im allgemeinen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die SPD mit Stolz auf ihre Haltung vor 1933 hinweisen kann und nur die Politik fortzusetzen braucht, die sie damals konsequent verfolgt hat.«¹²¹ Bis zum Juni 1946 hatte die SPD in Wesermünde 1300 und die KPD 900 Mitglieder rekrutiert.¹²²

Die für die Militärregierung angefertigten Listen der offiziellen Gründer der Bremer Arbeiterparteien lassen im Fall der SPD eine erhebliche Überalterung des Funktionärskorps erkennen. Die 20 sozialdemokratischen Parteigründer waren zwischen 39 und 66 Jahre alt und zählten durchschnittlich 51½ Jahre.¹²³ Die zwölf KPD-Gründer waren im Alter zwischen 35 und 53 Jahren und erreichten einen Durchschnitt von 44 Jahren.¹²⁴

Gewisse Schwierigkeiten bereitete die bezirkliche Gliederung des nordwestdeutschen Raums. Bremen hatte vor 1933 zum Bezirksverband Hamburg-Nordwest gehört. Eine Neugründung dieses Bezirks scheint 1945 nicht erwogen worden zu sein. Rother-Romberg strebte – wohl nicht zuletzt, um seine eigene Position zu stärken – die Schaffung eines großen nordwestdeutschen Bezirks beiderseits der Weser unter bremischer Führung an.¹²⁵ Offenbar gab es seitens der Oldenburger Sozialdemokraten,¹²⁶ die darangegangen waren, den alten Bezirk Weser-Ems wiederaufzubauen, einige Widerstände, so daß der am 4. November 1945 gegründete Bezirk Bremen-Nordwest zunächst nur die Enklave und die außerhalb der Enklave gelegenen Gebietsteile der Unterbezirke Delmenhorst und Verden/Rotenburg umfaßte.

Der nun ordentlich gewählte Bezirksvorstand setzte sich aus zwölf Personen zusammen, von denen nur die beiden Vorsitzenden, Kaisen und van Heukelum, der Bezirkssekretär, Rother-Romberg, und einer der drei Delegierten von Bremen-Stadt durch die Bezirkskonferenz bestimmt wurden. Die übrigen Vertreter wurden in den Unterbezirken gewählt.¹²⁷

Bis zum ersten Bezirksparteitag der SPD am 13. und 14. April 1946 konnte Rother-Romberg seinen Organisationsplan realisieren – vermutlich mit Unterstützung der Hannoveraner Zentrale. Zum erweiterten Bezirk Bremen-Nordwest gehörten jetzt die Unterbezirke: Unterelbe, Unterweser, Oldenburg, Ostfriesland, Osnabrück, Verden/Rotenburg, Wesermarsch, Bremen-Stadt- und -Landgebiet. Zum Vorsitzenden

wählten die Delegierten Hermann Osterloh, als sein Stellvertreter wurde Gerhard van Heukelum bestätigt. Zum Kassierer wurde Hermann Engel, zum Bezirkssekretär erneut Walter Rother-Romberg gewählt.¹²⁸ Unter den elf Vorstandsisitzern waren zwei Bremer: Anna Stiegler und Emil Theil, so daß insgesamt ein Drittel der Mitglieder des Bezirksvorstandes aus der Bremer SPD kam.¹²⁹

Da sich die neue Bezirksorganisation offenbar nicht bewährte, wurden am 1. Juli 1947 die beiden traditionellen Parteibezirke Weser-Ems und Hamburg-Nordwest mit dem Unterbezirk Bremen wiederhergestellt. Da dieser eine zunehmend autonome Rolle spielte, wurde er schließlich 1964 als Landesorganisation – ebenso wie das nord-niedersächsische Gebiet zwischen Hamburg und Bremen als Bezirksorganisation – verselbständigt.¹³⁰

Die Einheitsbestrebungen im Herbst 1945 und das Ende der KGF

Die im Spätsommer 1945 bereits sichtbare Auseinanderentwicklung der beiden Arbeiterparteien alarmierte in Bremen Teile der Mitgliedschaft der SPD und KPD. Das Einheits-Aktions-Komitee der Atlas-Werke, das sich aus sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsarbeitern gebildet hatte, verteilte in der ersten Septemberhälfte eine Resolution an Funktionäre der SPD, KPD und KGF.¹³¹ Außerdem erschien die Resolution im »Aufbau«.¹³² Der Aufruf war am 7. September verabschiedet worden und von je vier sozialdemokratischen und kommunistischen Atlas-Arbeitern unterzeichnet. Die meisten von ihnen gehörten zu dem Kreis, der Ende Mai 1945 den »Provisorischen Ausschuß zur Bildung des Arbeiter- und Angestelltenrates« konstituiert hatte.¹³³ Die Unterzeichnenden beriefen sich ausdrücklich auf das Vorgehen der Bezirksleitungen der Parteien. Sie erhoben den Anspruch, im Namen der Belegschaft zu sprechen, die in zahlreichen Diskussionen einstimmig den »Wunsch nach einer alle früheren Richtungen einigenden Arbeiterpartei zum Ausdruck« gebracht habe.

»Die geschichtlichen Aufgaben der Sozialisten sind so deutlich einmalig wie selten zuvor, die sozialistische Planwirtschaft ist jetzt so gebieterisch notwendig, daß wir die Führungen der Parteien dringend bitten, die Arbeiterschaft nicht wie vor 1933 durch Auskämpfen ihrer Rivalitäten ohnmächtig zu machen, sondern kraftvoll den Ausweg aus dem faschistisch-kapitalistischen Elend zu gehen.« Sollte die Einigung trotzdem nicht zustande kommen, so wären Resignation und erneute

Demoralisierung eines Großteils der Arbeiterschaft die Folge. Daher forderten die Atlas-Arbeiter in ihrem Aufruf: »1. Sofortiger Zusammenschluß oder Zusammenschluß beider Parteien vor ihrer Legalisierung zu einer organisatorischen Einheit. 2. Paritätische Besetzung aller Funktionen in der Einheitspartei durch Mitglieder der beiden Parteien. 3. Vornahme der Vereinigung, auch wenn Weisungen der Parteivorstände oder Zentralen im Reich ausbleiben oder dem entgegenstehen. 4. Einbau der KGF in diese Einheitspartei.« Besonders in der dritten Forderung lag eine klare Ablehnung der vom ZK der KPD und vom »Büro Schumacher« betriebenen Politik des gesonderten Organisationsaufbaus.

Auch im Vorort Huchting hatten Sozialdemokraten und Kommunisten Ende August in einer gemeinsamen Resolution verlangt, daß »die Bildung der Einheitspartei des Proletariats unbedingt jetzt schon erfolgen muß.«¹³⁴ Das Hinausschieben bis zur Legalisierung bedeute die Gefährdung der Einheit. Weiter hieß es in der Resolution: »Die theoretische Grundlage dieser Partei ist der revolutionäre Marxismus. Angesichts der heutigen katastrophalen Lage des deutschen Volkes werden als Aktionsprogramm die 10 Punkte des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 als Etappenziel angenommen.«

Dadurch daß der Wunsch nach Einheit der Arbeiterbewegung trotz des auf Wiedergründung zweier Arbeiterparteien zielenden Trends anhielt, stellte sich die Frage nach der politischen Funktion der KGF in neuem Licht. Anlässlich der Unterzeichnung des Einheits-Aktions-Vertrages am 14. August war noch von der SPD verkündet worden: »Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus stellt lt. einstimmigem Beschluß beider Parteien [SPD und KPD, P.B.] ihre Tätigkeit mit der Legalisierung der politischen Parteien ein. Sie hat in der vergangenen Epoche wertvolle Arbeit geleistet, die von beiden Parteien anerkannt und gewürdigt wird; ihre Aktivität wird schlagkräftiger durch die Einheitskomitees unserer beiden Parteien fortgesetzt. Dadurch wird in Zukunft verhindert, daß Elemente, die keiner Partei angehören und somit von niemand kontrolliert werden können, nicht mehr Hader und Zwiespalt in unsere Reihen tragen können.«¹³⁵

Da keineswegs einsichtig ist, warum die Organisation parteiloser Werkstätiger in einer antifaschistischen Einheitsorganisation zu »Hader und Zwiespalt« innerhalb der Arbeiterparteien oder zwischen ihnen hätte führen können, die KGF im Gegenteil gerade die Aktions-einheit der politisierten Schichten der Arbeiterklasse und der linksorientierten Teile des Kleinbürgertums realisierte, handelte es sich bei dem Beschluß der beiden Parteileitungen, die Kampfgemeinschaft aufzulö-

sen, wahrscheinlich um nichts anderes als um den Versuch, das in ihren Organisationen vorhandene kritische linkssozialistische Potential auszuschalten, dessen politisches Instrument der KGF-Vorstand war. Trotzdem wäre die Auflösung der Kampfgemeinschaft im August für die Verfechter eines sofortigen Zusammenschlusses von Sozialdemokraten und Kommunisten akzeptabel gewesen, wenn tatsächlich energische Schritte in Richtung auf eine vereinigte sozialistische Partei in Bremen unternommen worden wären. Angesichts der distanzierten Haltung der KPD – und zunehmend auch der SPD – faßte der KGF-Vorstand, obwohl ein Teil seiner Mitglieder den Parteiführungen angehörte, nach dem Zeugnis Hermann Wolters'¹³⁶ noch im Sommer den einstimmigen Beschluß, die Organisation fortzuführen.

Da die KGF insgesamt keine überzeugende Konzeption zur Rechtfertigung ihrer Weiterexistenz anzubieten hatte, wurde die Einheitspartei immer mehr zu ihrem wichtigsten Programmpunkt. Im »Aufbau« hieß es nach der Wiederezulassung der Arbeiterparteien: »Daß [. . .] unsere Freunde die Aktivisten im Kampf um die einheitliche Arbeiterpartei sein müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. [. . .] Der Gedanke der Einheitspartei marschiert. Er wird und muß sich noch in nächster Zukunft durchsetzen.«¹³⁷ Damit machte sich die KGF nunmehr explizit zum Sprecher jener etwa durch die Einheitskomitees der Atlas-Werke und des Ortsteils Huchting repräsentierten Strömung, die desto entschiedener hervortrat, je deutlicher sich die sozialdemokratisch-kommunistische Entfremdung abzeichnete. Ein Indiz dafür, daß es sich dabei nicht nur um eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft handelte, bietet ein im November 1945 verfaßter Bericht über die politische Situation in Bremen, nach dem »viele und gute Mitglieder der früheren Arbeiterparteien, die jetzt in der KGF organisiert sind und sich auch bereits für ihre gewerkschaftlichen Organisationen wieder gemeldet haben, sich parteipolitisch noch nicht entschieden haben. Sie erklären, daß sie abwarten wollen, bis sich die einheitliche Arbeiterpartei gebildet hat, und daß sie dieser dann beitreten wollen.«¹³⁸

Unter diesem Eindruck luden das Einheits-Aktions-Komitee, der Betriebsrat und die kommunistische Betriebsgruppe der Atlas-Werke je einen Vertreter der Arbeiterparteien und der KGF zu einer Diskussionsveranstaltung ein, die am 6. Dezember 1945 stattfand. Die Sitzung sei ausführlicher geschildert, da sie die Standpunkte der verschiedenen Gruppen in der Bremer Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt deutlich widerspiegelt.¹³⁹ Der Vertreter der SPD, Hermann Osterloh, stellte sich zwar prinzipiell auf den Boden der Einheit, erklärte aber, daß eine so komplizierte Frage sich nicht kurzfristig lösen lasse. Nur auf

Reichsebene könne die Einheitspartei geschaffen werden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Militärregierung den Einheitsbestrebungen im Wege stehe. Daher müsse man sich zunächst auf die Zusammenarbeit in den unmittelbaren Fragen des Aufbaus beschränken.

Wilhelm Knigge, der Vertreter der KPD, unterstützte diese Einschätzung Osterlohs ausdrücklich. Nur über den Ausbau der Aktionseinheit könne man der Einheitspartei näherkommen. Nicht das Fehlen der Einheitspartei lasse die Arbeiter zögern, sich der KPD oder der SPD anzuschließen, sondern eine allgemeine Entpolitisierung. Aufgrund der vorhandenen Machtverhältnisse sei es unmöglich, unmittelbar für den Sozialismus zu kämpfen.

Demgegenüber forderte Heinrich Busch namens der KGF die Herstellung der organisatorischen Einheit auf lokaler Ebene. Nur vermittels der Einheitspartei könne ein »sozialistisches Deutschland« erkämpft werden. Dabei müsse man sich notfalls auch gegen die Besatzungsmächte stellen.

Ähnlich wie Busch äußerten sich die meisten der anwesenden Betriebsfunktionäre. Es zeigte sich eine starke Opposition sowohl gegenüber der Besatzungsmacht als auch gegenüber den Parteiführungen. Am deutlichsten kam dies in dem vorbereiteten Diskussionsbeitrag des kommunistischen Aktionskomitee-Mitglieds, Rauhof, zum Ausdruck: »Der Zusammenschluß muß kommen. Wenn die Parteien sich nicht einigen, müssen wir über den Kopf der Führer hinweg uns einigen in einer einheitlichen Partei. Wir müssen unbedingt den Kampf für ein sozialistisches Deutschland aufnehmen. Dabei dürfen wir uns nicht von anderen Stellen, Amerikanern oder sonstwie, reinreden lassen.«¹⁴⁰

Gegen Ende der Sitzung kündigte der Betriebsratsvorsitzende Reiners an, in Zukunft würden nur noch gemeinsame Sitzungen der Kommunisten und Sozialdemokraten stattfinden. Es wurde ein sechsköpfiger Ausschuß gewählt, der die Forderungen der Atlas-Arbeiter noch einmal in einem offenen Brief an die Bremer Leitungen von SPD und KPD zusammenfassen sollte. Am 19. Dezember 1945 veröffentlichte der *Weser-Kurier* diese Stellungnahme.¹⁴¹ Sie enthielt folgende Forderungen: »Sofortige örtliche Aufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel der organisatorischen Vereinigung der Parteien. Zu diesen Verhandlungen sind gewählte Werk tätige aus den Betrieben hinzuzuziehen. Monatliche öffentliche Tätigkeitsberichte des Bremer zentralen Aktionsausschusses der beiden Parteien. [. . .] Keine Veranstaltung, keine Mitgliederversammlung einer Partei mehr, sondern nur gemeinsame Zusammenkünfte! Zu diesem Zweck Austausch der Mitgliederlisten in den Stadtteilen und Gemeinden.«

Eine Analyse der Sitzungsprotokolle und der Resolution ergibt folgendes: 1. Das Aufbäumen eines Teils der kommunistischen und sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen die neue Spaltung der Arbeiterbewegung führte zu einer Radikalisierung, die jedoch wirkungslos bleiben mußte, da sie keine politische Perspektive enthielt, als Appelle an diejenigen zu richten, die die Entscheidungen trafen bzw. sich den Entscheidungen ihrer überregionalen Führungsorgane unterordneten. Die für die unmittelbare Nachkriegszeit ungewöhnliche Vehemenz, mit der sowohl Busch als auch Rauhof auf das Ablenkungsmanöver Osterlohs eingingen, die Militärregierung für das vorläufige Scheitern der Einheit verantwortlich zu machen,¹⁴² zeigt den Wunsch, den Sündenbock außerhalb der Arbeiterbewegung zu lokalisieren, und die mangelnde Bereitschaft, den Hauptgegner in der Einheitsfrage dort zu sehen, wo er stand: innerhalb der eigenen Organisationen.

2. Die Bremer SPD-Spitze trat immer noch nicht eindeutig und geschlossen gegen die Vereinigung der Arbeiterparteien auf. Noch im November hatten die lokalen SPD-Führer den Eindruck erweckt, sie rechneten mit dem Zustandekommen einer Einheitspartei in sechs bis zwölf Monaten.¹⁴³ Auf der anderen Seite hielt der KPD-Funktionär Knigge am 6. Dezember den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, die Einheitskampagne seiner Partei, die nicht nur in der SBZ, sondern auch in den Westzonen längst begonnen hatte, offensiv zu unterstützen. Gemeinsam mit dem Vertreter der SPD trat Knigge der Forderung der Atlas-Arbeiter nach sofortiger Vereinigung entgegen. Diese Haltung deutet darauf hin, daß die Bremer KPD-Führung im Dezember 1945 noch damit rechnete, die gesamte SPD für die Einheitspartei gewinnen zu können, und daraus schloß, daß »äußerer« Druck – etwa aus den Betrieben – nur das Mißtrauen der sozialdemokratischen Führung verstärken und den gewünschten Annäherungsprozeß erschweren werde.

Die KGF sah schließlich keine Möglichkeit mehr, die Vereinigung der Arbeiterparteien durch Aufrechterhaltung ihrer Organisation voranzutreiben, und löste sich auf ihrer zweiten Bezirkskonferenz am 16. Dezember 1945 auf – nicht ohne einstimmig einen leidenschaftlichen Appell zur Schaffung der Arbeitereinheit zu verabschieden: »Die Versammlung erinnert die Bremer Führer der SPD und KPD noch einmal an ihre feierlich gegebenen Versprechen, diese Einheit zu verwirklichen. Die allgemeinen Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse stehen über allen Sonder-Interessen der Parteiapparate. Die Versammlung verpflichtet sich der bremischen Arbeiterschaft gegenüber, diesen Kampf für die sozialistische Einheitspartei bis zum Entstehen einer

solchen zu Ende zu führen, allen Widerständen zum Trotz!«¹⁴⁴ Damit trat die KGF von der historischen Bühne ab.

Das endgültige Scheitern der Einheitsbestrebungen

Indessen war die Differenzierung zwischen SPD und KPD auf nationaler Ebene erheblich weiter vorangeschritten, als in Bremen sichtbar geworden war. Die »Wennigsener Konferenz« am 5. und 6. Oktober 1945 hatte Kurt Schumacher endgültig zum unbestrittenen Führer der westdeutschen Sozialdemokratie gemacht und den Berliner Zentralauschuß, der drei Vertreter hatte entsenden dürfen, nunmehr auch parteioffiziell auf die Ostzone beschränkt.¹⁴⁵ Dabei war in der sowjetischen Zone ebenfalls eine wachsende Verärgerung der Sozialdemokraten über den im Verhältnis zum Massenanhang der beiden Arbeiterparteien als unzumutbar empfundenen Einfluß der KPD – vor allem in der Verwaltung – und die an vielen Orten erlebte mannigfaltige Benachteiligung der sozialdemokratischen Parteiarbeit durch die Besatzungsbehörden zu spüren.¹⁴⁶ Grotewohl selbst hatte am 14. September in einer Rede in Berlin-Neukölln dem sozialdemokratischen Unmut Ausdruck verliehen:¹⁴⁷ Nach wie vor sehe er die Vereinigung der Arbeiterparteien als politisch notwendig und erstrebenswert an. Doch seien die Voraussetzungen dafür noch keineswegs erfüllt. Unter stürmischem Beifall der versammelten sozialdemokratischen Funktionäre hatte er weiter ausgeführt: »Den kommunistischen Arbeitern muß rückhaltlos gesagt werden, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter zu sehen. [. . .] Es kann nicht angehen, daß in den letzten Ausläufern der Organisationen und in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften oft unter völliger Außerachtlassung des Grundsatzes demokratischer Parität der Versuch gemacht wird, sich gegenseitig den Rang abzulaufen.« Knapp zwei Monate später formulierte Grotewohl die Bedingungen, unter denen ein Zusammenschluß der SPD mit der KPD nur möglich sei. Er hob vor allem hervor, daß die Einheit nicht das Ergebnis äußeren Drucks sein und nur im Reichsmaßstab hergestellt werden dürfe.¹⁴⁸

Der Grund für das verstärkte Unabhängigkeitsstreben der Sozialdemokraten in der Ostzone lag nicht nur in der zunehmenden Ernüchterung über die politischen Methoden der KPD und die sowjetische Deutschlandpolitik, sondern auch in der Unterstützung, die die SPD gerade als eine im Unterschied zur KPD von der sowjetischen Besat-

zungsmacht unabhängige Partei bei der Bevölkerung fand. Nur durch einen riesigen hauptamtlichen Apparat und durch die massenhafte Aufnahme neuer Mitglieder aus ländlichen Gebieten konnte die KPD in der Ostzone in der Mitgliederentwicklung mit der SPD fast gleichziehen.¹⁴⁹ Bei einzelnen Betriebsrätewahlen – so in der ehemaligen kommunistischen Hochburg Leuna¹⁵⁰ – protestierte die Arbeiterschaft der Großbetriebe durch Wahl von SPD-Kandidaten gegen die »Russen-Partei«. Freien Wahlen konnten die Sozialdemokraten mit größten Hoffnungen entgegensehen, und sei es nur, um das Kräfteverhältnis innerhalb der geplanten Einheitspartei für sich zu verbessern.

Bei einem Besuch in der US-Zone im Anschluß an die »Wennigsener Konferenz« konnten die Berliner feststellen, wie weit sich in vielen Regionen des Westens die Haltung der Sozialdemokraten zu den Kommunisten verändert hatte:¹⁵¹ »Die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit ist durchweg gering. Die Argumente gegen sie liegen im wesentlichen darin, die Ehrlichkeit des Bekenntnisses der KPD zur Demokratie zu bezweifeln, und es, wie auch die Betonung der Notwendigkeit der Einheit der KPD und SPD, als Taktik zu bezeichnen.«

Eine gewisse Annäherung der west- und ostdeutschen Sozialdemokraten in der Vereinigungsfrage war unverkennbar. Jedenfalls bestand Einvernehmen darüber, daß es ungeachtet späterer Entwicklungen gelte, die SPD als selbständige Reichspartei wiederaufzubauen und zur politisch führenden Kraft in Deutschland zu machen. Da aber die beiden provisorischen Führungen in Hannover und Berlin nicht in der Lage waren, die vereinbarte Kommunikation und Kooperation zu realisieren¹⁵² und mit dem Ziel eines Reichsparteitags voranzutreiben, arbeiteten sie der KPD bei dem Plan in die Hände, die Einheit isoliert in der Ostzone zu erzwingen, wenn sich in der SPD in Westdeutschland keine Mehrheit dafür finden ließ. Ob die KPD-Führung die zonale Begrenzung der Vereinigung bereits voraussah, als sie am 19. September 1945 mit einer Rede Wilhelm Piecks – zunächst noch zurückhaltend, seit dem 9. November dann mit voller Kraft – die Einheitskampagne in der SBZ eröffnete,¹⁵³ läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Im Oktober begann auch in den Westzonen eine entsprechende Agitation.¹⁵⁴ Doch ist es sicher richtig, »die Vereinigungskampagne weitgehend als Defensivmaßnahme« gegenüber der wachsenden Popularität und dem drohenden »Rechtsruck« der SPD in der Ostzone zu werten.¹⁵⁵

Die Kurswende der KPD läßt sich in Bremen erst relativ spät nachweisen: Am 20. und 21. Dezember 1945 stellte in Berlin die erste »Sechziger-Konferenz« der beiden Arbeiterparteien die Weichen für den

Zusammenschluß in Ostdeutschland.¹⁵⁶ Am 22. Dezember veröffentlichte der *Weser-Kurier* einen Artikel von Rudolf Rafoth mit dem Titel: »Einheit der Arbeiterklasse«.¹⁵⁷ Darin wurde die Notwendigkeit der Vereinigung aus den historischen Erfahrungen und aktuellen Aufgaben begründet. Zu »dieser politischen und organisatorischen Einheit« sei es vor allem deswegen noch nicht gekommen, weil die Sozialdemokraten Bedenken gegen die zu starken Bindungen der Kommunisten an die Sowjetunion hätten. »Dazu muß in aller Eindeutigkeit erklärt werden, daß die Kommunistische Partei sich weder nach Osten noch nach Westen, sondern auf Deutschland orientiert.« Viele Menschen, die sich nicht entschließen könnten, einer der beiden Arbeiterparteien beizutreten, würden sich einer Einheitspartei sofort anschließen. Zwar könne diese endgültig erst auf nationaler Ebene geschaffen werden, doch würde es »entsprechend der revolutionären und klassenkämpferischen Tradition Bremens für unsere Arbeiterschaft nur eine Ehre sein, am folgerichtigsten diesen Weg zur Einheit zu beschreiten und beispielgebend für die übrigen Bezirke Deutschlands zu sein.«

Am 3. und 4. Januar 1946 tagte in Hannover die monatliche Konferenz der SPD-Bezirksleiter der britischen Zone. Die Versammelten sprachen sich einstimmig gegen die Übernahme der Beschlüsse der »Sechziger-Konferenz« aus.¹⁵⁸ Schumacher, dessen Rede den Bremer Sozialdemokraten durch einen Rundbrief des Bezirkssekretariats Nordwest bekannt wurde, hatte unter anderem ausgeführt: »Die Periode der taktischen Nuancierung ist vorüber. Wir sind in das Stadium der Dinge eingetreten, wo sich die Verhältnisse auf ein klares Ja oder Nein hinausdrängen.«¹⁵⁹

Bei der Delegierten-Versammlung des Ortsvereins Bremen der SPD am 6. Januar 1946 fanden sich nur noch zwei ehemalige SAP-Mitglieder, August Enderle und Carl Stockhinger, die die Beschlüsse von Hannover angriffen.¹⁶⁰ »Aber die große Mehrheit der SP« war »inzwischen überall der Meinung: ja, Zusammenarbeit, aber die KP als solche muß erst sauber u. ehrlich werden, ehe die Verschmelzung entstehen kann. [. . .] Daß man einen Apparat [gemeint ist der kommunistische Parteiapparat, P. B.] überwinden will gerade durch die Verschmelzung, scheint eine viel zu komplizierte Angelegenheit zu sein.«¹⁶¹ So schrieb Irmgard Enderle an Willy Brandt; in einem wenig später an einen anderen Freund in der Emigration gerichteten Brief fuhr sie fort: »Der Kampf wird also stärker entbrennen u. sich automatisch auch in Gewerkschaften u. andere Organe fortpflanzen. Und die vorhandenen breiten SP-Mitglieder??? In unserm Distrikt sind wir [August und Irmgard Enderle, P. B.] bereits sozusagen untendurch – die

Mitglieder kapieren das Ganze nicht, folgen blindlings ihren althergebrachten ›Führern‹ u. ärgern sich über jede ›Störung‹. (Unser Distrikt ist der größte in Br[emen; es handelt sich demnach um Ostertor,¹⁶² P. B.]). Es ist ein Jammerladen. – Aber im KP-Laden sieht es nicht schöner aus. [...] Wir werden sehen, ob nicht doch allmählich von unten, den Arbeitern her mehr Eigenwille entsteht u. dreingefahren wird. Hier u. da regt es sich ein bißchen in der Hinsicht.«¹⁶³

Die Einheitsparole hatte ihre zündende Kraft für die Mehrheit der Bremer SPD-Mitglieder bereits verloren, als die KPD begann, sich ihrer als Instrument ihrer Politik zu bedienen. Die veränderte Einstellung der Sozialdemokraten war offenbar nicht Ergebnis eines zeitlich fixierbaren radikalen Umschwungs, sondern eines kontinuierlichen Prozesses, der im August mit dem Besuch Schumachers begonnen hatte und um die Jahreswende seinen vorläufigen Abschluß fand. Die örtliche SPD-Führung machte sich nunmehr faktisch die Parole Schumachers von der notwendigen »Sozialdemokratisierung« der Kommunisten zu eigen: »Nach unserer Auffassung wäre es [...] weit richtiger, daß alle diejenigen, die die Demokratie als etwas Grundsätzliches in der sozialistischen Bewegung betrachten, und nicht nur als taktische Frage, den Weg zur SPD gehen würden, womit sich jegliche Diskussion über die Einheitspartei erübrigen würde.«¹⁶⁴ Welche zentrale Rolle dabei die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion spielte, wird allein darin deutlich, daß die Bremer Kommunisten – entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten – diesem Verdacht meinten öffentlich entgegenzutreten zu müssen. Bereits Ende August 1945 hatte Irmgard Enderle feststellen können: »Vorgänge im russisch besetzten Gebiet, die hier durchsickern (sogar auch von Kommunisten intern), und vor allem die ganze Frage: Bewertung der SU u. der KP als ihres Instruments, sind Hauptargumente von SP-Seite gegen Einheitspartei heute.«¹⁶⁵

Allerdings sollten die von Enttäuschung geprägten Äußerungen Irmgard Enderles nicht den auch unter Sozialdemokraten lebendigen Wunsch nach Fortsetzung der – einem amerikanischen Beobachter im November 1945 als »herzlich« erschienenen¹⁶⁶ – Beziehungen zwischen SPD und KPD übersehen lassen. Die Generalversammlung der SPD in Vegesack und Umgegend erkannte am 12. Januar 1946 zwar die einheitsfeindliche Resolution von Hannover an, dieses schließe jedoch nicht aus, »den im Bezirk Nordwest beschrittenen Weg, den Freundschaftspakt und die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei weiter und stärker zu vertiefen.«¹⁶⁷ In der Tat hielt die Bremer SPD-Führung den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, die Zusammenarbeit aufzukündigen. Sie erklärte sich vielmehr ausdrücklich

bereit, im Rahmen des »bekannten Aktionsausschusses« jederzeit für »gemeinsame Aktionen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet« einzutreten.¹⁶⁸ Noch am 2. Februar 1946 sprachen sich Hermann Osterloh und Heinrich Dietrich (KPD) auf einer gemeinsamen sozialdemokratisch-kommunistischen Versammlung in Osterholz-Tenever übereinstimmend für die »Zusammenarbeit der beiden Parteien in der Bekämpfung der Reaktion bis zur Klärung der ideologischen Voraussetzungen für die Vereinigung« aus. Als Haupthindernis für einen sofortigen Zusammenschluß bezeichnete Osterloh die »von Rußland aufgezwungene Politik der KPD«.¹⁶⁹

Das Ende der institutionalisierten Einheitsfront in Bremen war im Februar 1946 erreicht. Nachdem das zentrale Einheits-Aktions-Komitee noch am 28. Januar die Schaffung gemeinsamer Entnazifizierungskommissionen in den Distrikten beschlossen hatte,¹⁷⁰ wurden Angebote der KPD zu praktischer Zusammenarbeit, wie sie ursprünglich sogar Kurt Schumacher befürwortet hatte, öffentlich als »nicht auf richtig« attackiert: »Diese Propaganda verfolgt lediglich den bewußten Zweck, Unsicherheit und Mißtrauen in die Reihen der SPD-Mitglieder hineinzutragen, um daraus Vorteile für die KPD zu ziehen.«¹⁷¹ Besonders empört war die SPD-Führung offenbar darüber, daß die KPD nicht abwartete, wie sich die regionalen sozialdemokratischen Gremien zu den kommunistischen Angeboten stellten, sondern daranging, die »Einheitsfront von oben« durch Versuche zu befördern, auf allen Ebenen eine Aktionseinheit zustande zu bringen. Gewiß hatte die KPD in der Weimarer Republik mit dieser Taktik – systematisch angewandt in den Jahren 1921 bis 1923 und 1925 bis 1927 – unter anderem das Ziel verfolgt, die Differenzierung zwischen Führung und Basis der SPD voranzutreiben, und es war nicht verwunderlich, daß die sozialdemokratischen Funktionäre die neue Einheitskampagne in Erinnerung an diese Erfahrungen bewerteten. Aber es war doch bezeichnend für die seit der Jahreswende gewandelte Atmosphäre, daß zum Anlaß des Angriffs auf die KPD ausgerechnet Vorschläge der Kommunisten in den Stadtteilen Ostertor, Hastedt und Sebaldsbrück genommen wurden, die entsprechend dem Beschluß des Einheits-Aktions-Komitees vom 28. Januar eine Zusammenarbeit auf Distriktsebene in den Fragen der Entnazifizierung, der Wohnraumerfassung und -verteilung, des Preiswuchers und der Säuberung der Verwaltung vorsahen.¹⁷²

Die wachsende Abneigung der Bremer SPD gegen die Einheit war im Bezirk Nordwest nicht unumstritten. So forderten am 13. Januar 1946 200 Sozialdemokraten und Kommunisten des Ortes Baden im

Kreis Verden einstimmig »den baldigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien.«¹⁷³ Auch auf dem ersten Bezirksparteitag der SPD Nordwest am 13. und 14. April 1946 zeigte sich, daß die Befürworter der Einheit in der Umgebung Bremens stärker waren als in Bremen selbst, so daß Kaisen in seiner Eröffnungsansprache das Hauptgewicht auf die *momentane* Ablehnung des Zusammenschlusses legen mußte.¹⁷⁴ Obwohl eine Resolution gegen die organisatorische Vereinigung einstimmig angenommen wurde, fanden noch im Juni 1946 gemeinsame Versammlungen von SPD und KPD in Emden und Leer statt.¹⁷⁵ Bis zum Spätsommer 1947 arbeitete der gemeinsame Ausschuß in Bremen-Huchting.¹⁷⁶ In Sebaldsbrück bildete sich nach der Aussage des ehemaligen Vorsitzenden der dortigen KGF in der Zeit nach der ersten Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946 eine informelle Aktionseinheitsgruppe, die alle 14 Tage über konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Arbeiterparteien in Fragen der Wohnungspolitik, Schulpolitik und anderen kommunalen Angelegenheiten diskutierte.¹⁷⁷ Auch andernorts sollen Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bis ins Jahr 1947 aufrechterhalten worden sein.¹⁷⁸ Offenbar wurde in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden inmitten des konservativen bäuerlichen Milieus die Notwendigkeit einer praktischen Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien stärker empfunden als in den Großstädten.

Das endgültige Scheitern der Bemühungen um die Einheit der Arbeiterbewegung in Bremen im Februar 1946 fiel zeitlich zusammen mit der Intensivierung der Einheitskampagne in der Ostzone¹⁷⁹ und war wahrscheinlich durch die neue Politik der KPD bedingt, die seit der ersten »Sechziger-Konferenz« immer mehr die Form einer großangelegten Agitation gegen die »Feinde der Einheit« in Ost- und Westdeutschland annahm und zu einem ständig sich steigernden Druck auf die Sozialdemokratie führte. Seit die SPD-Betriebsleiter der britischen Zone Anfang Januar die Resolution von Hannover einstimmig angenommen hatten, löste das »Büro Schumacher« eine heftige Gegenpropaganda aus. Fast alle zentralen Rundschreiben des Bezirks Nordwest im Winter und Frühjahr 1946 hatten Stellungnahmen zur Frage der Einheitspartei sowie Schilderungen der Verhältnisse in der SBZ und anderen russisch besetzten Ländern Europas zum Inhalt. Es kursierten Berichte geflüchteter ostdeutscher Sozialdemokraten und anonyme Briefe aus der Ostzone.¹⁸⁰ Die zu diesem Zeitpunkt nur unter Druck entstehende Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone isolierte die Anhänger einer Einheitspartei in der westdeutschen SPD vollends und verhalf der militant-antikommunistischen Linie Kurt

Schumachers auch bei der Masse der sozialdemokratischen Mitglieder zum entscheidenden Durchbruch. Die Verwirklichung der Einheit auf Zonenebene, die nicht den ersten Schritt zur Einheit auf nationaler Ebene bedeutete, sondern zusätzlich zur richtungsmäßigen eine regionale Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung einleitete, schuf auf sozialdemokratischer Seite ein Trauma, das – durch die weitere Entwicklung genährt – bis heute nachwirkt.

In Bremen blieb jedoch die Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterparteien auch weiterhin relativ sachlich. Emil Theil, der sozialdemokratische Bausenator und Unterbezirksvorsitzende, bezeichnete im Mai 1946 die praktische Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD in Bremen als vorbildlich.¹⁸¹ Selbst die heftigen Angriffe, die Kurt Schumacher bei seinem ersten öffentlichen Auftreten in Bremen am 19. Mai 1946 gegen die KPD und die Sowjetunion richtete,¹⁸² vermochten diese Sachlichkeit nicht völlig zu zerstören. Bis Anfang 1948 war die KPD im Senat vertreten, und die SPD scheute sich nicht, in der Bürgerschaft in vielen Fällen gemeinsam mit der KPD Front gegen die bürgerlichen Parteien zu machen, wenn sachliche Übereinstimmungen vorlagen.

Der Beginn des Richtungskampfes in Betrieben und Gewerkschaften

Irmgard Enderle hatte im Januar 1946 das baldige Aufbrechen des sozialdemokratisch-kommunistischen Gegensatzes in Gewerkschaften und anderen Institutionen prophezeit. In den Betrieben hatten die Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen im Herbst 1945 eine Reihe beachtlicher Erfolge erringen können. Eine unvollständige Aufstellung der KPD über 24 Betriebe mit insgesamt 13 000 bis 14 000 Beschäftigten ergab folgendes Bild:¹⁸³ Fast alle genannten Betriebe hatten eine Belegschaftsstärke von über 100, mehrere von über 1000 Arbeitnehmern. In 19 von 20 Betrieben, von denen vergleichbare Zahlen vorlagen, hatten KPD-Mitglieder mehr Sitze im Betriebsrat als ihre sozialdemokratischen Kollegen. In weiteren zwei Betrieben waren beide Gruppen gleich stark.¹⁸⁴ Am besten war die KPD in den Atlas-Werken (1200 Beschäftigte), im Arbeitsamt (300), bei Borgward (1 700), bei der Norddeutschen Hütte (620), der Firma Fahrzeug- und Gerätebau (ohne Angaben) sowie in einigen kleinen Betrieben vertreten. Berücksichtigt man aber, daß die Betriebe nach dem Grad des kommunistischen Einflusses einseitig ausgewählt und daß selbst in drei Betrieben dieser Gruppe, dar-

unter in der AG Weser mit 1500 Beschäftigten, mehr sozialdemokratische als kommunistische Betriebsräte gewählt worden waren, kann als wahrscheinlich gelten, daß die SPD schon zu diesem Zeitpunkt in den Betrieben insgesamt stärker repräsentiert war als die KPD. Das kommunistische Betriebsgruppen-System und die Erringung der Mehrheit gerade in vielen Schlüsselbetrieben ermöglichten jedoch, die im »Betriebsräteparlament« organisierte Betriebsrätebewegung zu dominieren.

Nach dem Zeugnis eines Beteiligten hatten sich die Kommunisten in den Großbetrieben zunächst aus eigenen Stücken zu besonderen Gruppen zusammengefunden.¹⁸⁵ Erst zum Jahreswechsel ordnete die KPD-Bezirksleitung den systematischen Aufbau von Partei-Betriebsgruppen an.¹⁸⁶ Etwa zu diesem Zeitpunkt gab es in Bremen 17 kommunistische Betriebsgruppen; die größten waren die bei der AG Weser (43 Mitglieder), bei Borgward (41), im Hafen (38) und beim Arbeitsamt (41).¹⁸⁷

Es wurde an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß die kommunistischen Betriebsräte 1945 nicht als Repräsentanten einer Partei, sondern als einsatzfreudige und kämpferische Vertreter von Arbeiterinteressen gewählt wurden.¹⁸⁸ Die parteipolitische Auseinandersetzung in den Betrieben voranzutreiben konnte also nicht dem Interesse der KPD, sondern nur dem der SPD entsprechen, die zu Recht glaubte, eine Wiederwahl kommunistischer Betriebsräte durch ihre »Entlarvung« als Vertreter »betriebsfremder Interessen« erschweren zu können. Darüber hinaus begann auch die SPD – mit einer mehrmonatigen Phasenverschiebung – mit dem Aufbau von Betriebsgruppen,¹⁸⁹ die bei der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses in den Betrieben in der zweiten Hälfte der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre eine wichtige Rolle spielten.

In den Atlas-Werken führten die Aktivitäten des Einheits-Aktions-Komitees schon frühzeitig zur Intervention der SPD-Führung, die von einem Belegschaftsangehörigen, dem Vertrauensmann der Wächter und späteren zweiten Bevollmächtigten der Metallgewerkschaft, Matthias Weyers, informiert worden war.¹⁹⁰ Am 27. Dezember 1945 wandte sich die SPD an den Betriebsrat und ermahnte ihn, keine »politischen Diskussionen in die Betriebe hineinzutragen, zumal wenn es sich um ein so heikles Thema wie die organisatorische Einheit von SPD und KPD handelt. Diese Diskussionen und die Entscheidungen darüber müssen den politischen Parteien vorbehalten bleiben.«¹⁹¹

Weyers blieb jedoch unter den Vertrauensleuten isoliert,¹⁹² und noch am 19. Februar 1946 konnte Reiners feststellen: »Es herrschte darüber Einmütigkeit, daß auch in Zukunft freundschaftlich zusammengearbei-

tet [. . .] und störenden Einflüssen von außen nicht nachgegeben werden soll.«¹⁹³ Doch kurz danach gelang es der SPD-Spitze, ihre Anhänger im Betriebsrat, die nach einer erneuten Wahl am 11. März 1946 in der Mehrheit waren, gegen die Wiederwahl des Kommunisten Johann Reiners zu dessen Vorsitzenden zu mobilisieren.¹⁹⁴ Von der Belegschaft selbst war Reiners mit 80 % der Stimmen gewählt worden.¹⁹⁵ Seitdem besaßen die Sozialdemokraten bei Atlas das Übergewicht.¹⁹⁶ Die vorhandenen Unterlagen liefern keine Begründung für die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit und deren Affront gegen Reiners. Obwohl Reiners selbst betont,¹⁹⁷ die Betriebsratswahl sei kein Mißtrauensvotum gegen den Einheits-Aktions-Ausschuß gewesen, dürften die Vorgänge in der SBZ um die Vereinigung von KPD und SPD und die Gegenpropaganda der westdeutschen SPD die antikommunistischen Tendenzen gerade zu diesem Zeitpunkt begünstigt haben.¹⁹⁸ Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß die Entzweiung zwischen SPD- und KPD-Anhängern nicht aus innerbetrieblichen Konflikten entstand. Doch erwiesen sich die allgemeinen Tendenzen in der deutschen Politik gegenüber dem Einheitsstreben der Atlas-Arbeiter als stärker.

Die Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten mußte sich schließlich auch in den Gewerkschaften auswirken. Die dortigen »Fraktionen«: alte Funktionäre einerseits, Sprecher der Betriebsräte andererseits, waren zwar mit der Parteispaltung in SPD und KPD nicht vollständig identisch, entsprachen ihr aber weitgehend.

Zur ersten Kraftprobe zwischen den beiden Fraktionen war es bereits im Sommer 1945 im »Fünfundzwanziger-Ausschuß« im Zusammenhang mit der von den Betriebsräten begonnenen Kassierung gekommen. Die konservative Gruppe versuchte, eine Beitragseinziehung nach Sektionen durchzusetzen, um die relativ zentralistische Satzung zu durchlöchern; doch stieß sie dabei auf den heftigen Widerstand der übrigen Ausschuß-Mitglieder.¹⁹⁹ Noch bis zur Währungsreform wurden die Gewerkschaftsbeiträge in Bremen – entgegen der ausdrücklichen Anordnung der Militärregierung – gemeinsam kassiert und nach den Mitgliederzahlen auf die einzelnen Verbände verteilt.²⁰⁰

Hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären und den Vertretern der kommunistisch dominierten Betriebsräte bis Ende 1945 noch weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgespielt, so änderte sich das seit Beginn des Jahres 1946. Die Kommunisten wandten sich gegen die von den Amerikanern erzwungene Restauration der Einzelverbände und verlangten, daß – ungeachtet ihrer Existenz – der Gewerkschaftsaufbau

in den Betrieben nach den Prinzipien einer einheitlichen Organisation zu erfolgen habe.²⁰¹

Die Hauptauseinandersetzung entwickelte sich jedoch um die innere Demokratie. Nachdem die Kommunisten schon in der illegalen Zeit Selbstkritik an der Gründung eigener, revolutionärer Gewerkschaften vor 1933 geübt hatten, kam es ihnen beim Neuaufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung vor allem darauf an, den Einfluß der reformistischen Bürokratie zu begrenzen, wenn er sich schon nicht ausschalten ließ. In ihrer seit Januar 1946 erscheinenden Betriebs- und Gewerkschaftszeitung »Betriebe im Aufbau« begann die KPD, die alten Gewerkschaftsführer zu kritisieren:²⁰² »Manche, die beim Aufbau der Gewerkschaften in die Funktionen genommen werden, arbeiten in einem alten, bürokratischen Stil. Sie kommen über die Registrierung der Mitglieder und die Erfüllung von organisatorischen Aufgaben nicht hinaus. Sie sind nicht imstande, die neuen gewerkschaftlichen Aufgaben richtig anzufassen, wirklich operativ zu führen, d. h. die Kräfte auf die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben, die im Moment die wichtigsten sind, zu konzentrieren. Man muß deshalb offen aussprechen, daß die neuen Aufgaben der freien Gewerkschaften nicht allein mit den alten Gewerkschaftsfunktionären erfüllt werden können. Neben den alten bewährten Gewerkschaftsfunktionären, die mutig den Kampf gegen den Faschismus geführt haben, die niemals kapitulierten, müssen junge Gewerkschaftsfunktionäre aus den Betrieben wachsen.«

Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel zu realisieren, war eine Vergrößerung der innergewerkschaftlichen Demokratie und eine Verminderung der Macht des Apparates. Daher galt die besondere Gegnerschaft aller linksoppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften dem traditionellen Vertreter-System, nach dem die einmal gewählte Vertreter-Versammlung für eine bestimmte Zeitspanne, unangefochten von der Kritik der Basis, souverän entscheidet. Bereits in den Diskussionen des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« hatte es heftige Kontroversen gegeben, weil ein Teil seiner Mitglieder die Ansicht verteidigt hatte, eine für längere Zeit gewählte Vertreterversammlung, die nur zusammenzutreten brauche, wann sie es für nötig halte, sei unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Deshalb forderten diese Gewerkschaftler die Wahl von Delegierten für nur je eine Konferenz, deren Mandat danach erlöschen sollte.²⁰³ »Einfache Verbandsbeschlüsse werden auf einfachen Tagungen von den Gewerkschaftsfunktionären der Betriebe, den Betriebsräten und dem Vorstand beschlossen. In jedem Betrieb daher eine Gewerkschaftsleitung.«²⁰⁴

Den Gewerkschaftsfunktionären um Oskar Schulze kam es demgegenüber hauptsächlich darauf an, den »bewährten« Apparat wiederzuerrichten – und mit Leuten ihres Vertrauens zu besetzen –, der durch die permanente Kontrolle der »unsachkundigen« Basis nicht verunsichert werden sollte. Daher verteidigten sie das Vertreter-System: »Das Mitbestimmungsrecht des einzelnen Mitgliedes ist am meisten und besten gewahrt, wenn es in periodischen Abständen Kollegen seines Vertrauens wählt, denen die Aufgabe zufällt, für einen bestimmten Zeitraum die notwendigen Entscheidungen zu treffen.«²⁰⁵ Obwohl sich die Schulze-Gruppe schon in der Satzung der Freien Gewerkschaft mit ihrer Position durchgesetzt hatte, dauerte der Streit um diese Frage noch jahrelang fort.²⁰⁶

Durch ihre Vertreter im »Fünfundzwanziger-Ausschuß« hatten sich die Betriebsräte Einfluß auf das – solange noch keine Gewerkschaftswahlen stattgefunden hatten²⁰⁷ – höchste gewerkschaftliche Kontroll- und Leitungsorgan bewahrt. Nach einer kommunistischen Quelle erschien zu der Sitzung des Ausschusses am 6. Februar 1946 ein Besatzungsoffizier, der die Auflösung des Gremiums verkündete.²⁰⁸ Während kommunistische Betriebsräte Protest angemeldet und versucht hätten, dem Offizier Entstehung, Entwicklung und Funktion des Ausschusses zu erklären, hätten die sozialdemokratischen Gewerkschaftler geschwiegen. Trotzdem habe der Besatzungsoffizier versprochen, sich für das Weiterbestehen des Ausschusses einzusetzen, da er falsch informiert worden sei.

In der Sitzung der Betriebsräte-Vollversammlung am 10. März wurde trotzdem die Auflösung des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« bekanntgegeben. Die durch einen amerikanischen Leutnant mitgeteilte Anordnung rief große Empörung hervor.²⁰⁹ Gerade hatte August Raschen (KPD) einen Resolutionsentwurf verlesen, der als Eingabe an die Militärregierung verabschiedet werden sollte: »Wir stellen fest, daß sowohl die Bürgen für die 10 genehmigten Verbände als auch die provisorischen Vorstände, soweit vorhanden, nur aus Besprechungen kleiner Gruppen hervorgegangen sind. Der 25er Ausschuß ist kein Verband, sondern ein Kontrollorgan, das dafür zu sorgen hat, daß die Gewerkschaftsmitglieder oder ihre in geheimer Abstimmung zu wählenden Vertreter über Organisationsform, Satzungen und Verbandsleitungen beschließen.«²¹⁰

Der Verdacht lag nahe, daß beim Verbot des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« – wie in Hamburg bei der Liquidierung der SFG²¹¹ – eine konservative Gruppe von Gewerkschaftlern mit der Besatzungsmacht gegen eine andere Gruppe konspiriert hatte. Es wurde darauf

hingewiesen, daß Schulze und seine Anhänger schon früher hinter dem Rücken der übrigen Ausschußmitglieder mit der Militärregierung verhandelt hätten. Eine Woche vor dem Auftauchen des Besatzungsoffiziers sei ein erster Versuch gescheitert, den Ausschuß zu beseitigen.²¹²

Der Ausfall des Kontrollorgans machte sich bei den anstehenden Gewerkschaftswahlen bemerkbar, erstmalig beim Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, dessen Vertreterversammlung am 24. Februar 1946 tagte. Da der Verband ca. 1 100 Mitglieder zählte, hätten aufgrund des vereinbarten Schlüssels von einem Delegierten auf 20 Mitglieder 55 Vertreter anwesend sein müssen. Tatsächlich nahmen etwa 130 Personen teil, von denen die meisten Betriebsräte und Vertrauensleute waren, die für diese Versammlung kein Mandat besaßen. Die Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten entsandten je ein bis zwei Vertreter und dominierten damit in der Versammlung, so daß die vorbereitete Liste des früheren Gewerkschaftssekretärs Uhse akzeptiert wurde. Auf einen Wahlausschuß hatte man verzichtet.²¹³

Dieses Wahlverfahren, das in den ersten Monaten nach der Wiedergründung der Gewerkschaften allenthalben vorgeherrscht haben mag, verschärfte die Spannungen in den Verbänden weiter. Die kommunistischen Gewerkschaftler in Bremen gingen jetzt erstmals dazu über, die politische Tradition ihrer Gegner anzugreifen. Gleichzeitig mit einer Selbstkritik an der RGO-Taktik brachte das Gewerkschaftsorgan der KPD eine kritische Analyse der »Arbeitsgemeinschaftspolitik« der »reformistischen Verbandsleitungen« seit Ende des 19. Jahrhunderts.²¹⁴ Dieser Angriff macht deutlich, daß die Kommunisten nicht mehr an Kooperation mit den alten Funktionären glaubten.

In einem Flugblatt der KPD-Betriebsgruppe der Atlas-Werke drückte sich die offensive Linie folgendermaßen aus: »Die Gewerkschaften können nicht eine Fortsetzung der Gewerkschaften von 1933 sein. Eine mächtige Einheitsgewerkschaft muß erstehen. Die Gewerkschaften sollen eine Kampforganisation und kein Unterstützungsverein sein [...] Unser Betrieb muß wieder eine einheitliche Front werden, ohne Parteihader.«²¹⁵

Im Gegensatz zu dem Verfahren im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wurden die Delegierten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der traditionell wichtigsten Gewerkschaft, nach einem Schlüssel gewählt, wie er von den Kommunisten vorgeschlagen worden war.²¹⁶ Die zu etwa einem Drittel aus Parteilosen bestehende Vertreterversammlung wählte Oskar Schulze zum Vorsitzenden, während sie in die Ortsverwaltung mehrheitlich Kommunisten entsandte.²¹⁷ Leider liegen keine weiteren Materialien vor, um ein Gesamtbild vom

Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften zu vermitteln; doch spricht die Erfahrung dafür, daß die Kommunisten in anderen Verbänden nicht so stark repräsentiert waren wie in der von Großbetrieben geprägten Metallgewerkschaft.

Der Übertritt von Ehlers und Wolters zur SPD

Innerhalb der KPD waren die beiden Vertreter der Partei im Senat, Adolf Ehlers und Hermann Wolters, Protagonisten des Zusammenschlusses mit der SPD.²¹⁸ Beide waren seit der Neugründung der KPD der Parteilinie nur mit Vorbehalten gefolgt. Willy Brandt und Willi Eichler hatten bei Gesprächen mit Ehlers und Wolters in Bremen 1945 den Eindruck gewonnen, diese würden nicht lange in der KPD bleiben.²¹⁹ Derselben Richtung gehörte auch der Leiter des Arbeitsamtes, Hans Alfken, an, der wie Ehlers aus der SAP kam.

Im März 1946 trug Wolters auf einer Parteiarbeiterversammlung der Bremer KPD eine im Kreis der ehemaligen SAP- und KPO-Mitglieder für die interne Diskussion formulierte Kritik an den programmatischen Grundsätzen der Partei vor, wie sie im Juni-Aufruf des ZK und im Sofortprogramm der Bremer KPD niedergelegt worden waren.²²⁰ Er griff die KPD-Führung an, ein Bekenntnis zur bürgerlichen Gesellschaft abgelegt zu haben, »wie es in ähnlich weitgehender Form von keiner anderen Partei Deutschlands zum Ausdruck gebracht wurde. [...] Auch in einer ›kämpferischen Demokratie‹ [...] gibt es Besitzende und Besitzlose, Kapitalisten und Proletarier, wird Mehrwert angeeignet und Kapital akkumuliert, stehen sich Klassen und Klasseninteressen gegenüber. Auch für sie und in ihr gelten die Gesetze des Klassenkampfes, und nichts wäre verderblicher, als die Massen des werktätigen Volkes darüber hinwegtäuschen zu wollen«. Die bürgerliche Demokratie entspreche nur darum den Interessen der Arbeiterklasse, weil sie die »beste Basis für den proletarischen Freiheitskampf« bilde.

Der Kapitalismus sei nicht mehr in der Lage, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Er vermöge »die Welt nur noch zu zerstören, aber nicht mehr aufzubauen. [...] Taktische Erwägungen oder Notwendigkeiten können dazu führen, Forderungen und Grundsätze vorübergehend zurückzustellen, sie nicht besonders hervorzuheben und alle Kräfte auf ein Augenblicksziel zu konzentrieren. Sie können und dürfen aber nie dazu führen, daß man genau das Entgegengesetzte von dem fordert und redet, was man als Sozialist oder Kommunist wollen

und lehren muß. [...] Es kann sich niemals um eine »sofortige Errichtung« des Sozialismus handeln, wohl aber um den sofortigen Beginn eines zielklaren, grundsätzlichen, kompromißlosen Kampfes für den sozialistischen Gedanken und dessen Verwirklichung. In diesem Kampf und durch diesen Kampf wird die beklagte »ideologische Verwüstung« überwunden, erwirbt die Masse des werktätigen Volkes jene politische Reife, Erfahrung und Entschlossenheit, jene grundsätzliche Klarheit, die für die endliche Verwirklichung des Sozialismus notwendig ist.«

Beurteilt man die Position von Ehlers und Wolters ausschließlich nach diesem Dokument, so wäre sie eindeutig als linksoppositionell zu klassifizieren. Doch scheint deren Haltung von Anbeginn sehr ambivalent gewesen zu sein. So hatte Wolters am 11. Dezember 1945 eine Erklärung abgegeben, die in der Betonung der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften mindestens ebenso weit ging wie die offiziellen Verlautbarungen der KPD: »Die kommunistischen Vertreter [im Senat, P. B.] bekennen sich zwar zur kommunistischen Weltanschauung, fühlen sich jedoch als Mitglieder einer demokratischen Partei für das Gesamtwohl der Bevölkerung verantwortlich. [...] In dieser Notzeit ist kein Raum für der Parteien Streit und Hader. Deutschland wird nur leben und wieder emporsteigen, wenn die Ehrlichen und Anständigen unseres Volkes zusammenstehen.«²²¹

Als unmittelbare Antwort auf Wolters' Rede bei der Parteiarbeiterkonferenz im März 1946 verhängte die Bremer KPD-Führung ein Redeverbot gegen ihn.²²² Bereits im März gingen in Bremen Gerüchte um, die von einem bevorstehenden Übertritt Wolters' zur SPD wissen wollten.²²³ In der Tat suchten die beiden kommunistischen Senatoren und Hans Alfken verstärkt Kontakt zu ihren sozialdemokratischen Freunden. August Enderle, zu dem Ehlers aus der gemeinsamen KPO- und SAP-Zeit eine besonders enge Verbindung besaß, schickte Wolters zu Herbert Wehner, der in Hamburg als sozialdemokratischer Redakteur tätig war. Doch kam es zu keiner Einigung.²²⁴ Emil Theil wurde von Wolters gebeten, ein Gespräch mit den Führern der SPD in Hannover zu vermitteln.²²⁵ Theil schickte Wolters' Rede auf der Parteiarbeiterversammlung an das »Büro der Westzonen« und schrieb dazu: »Die Rede spricht für sich. Ich glaube, daß sie ehrlich ist und daß wahrscheinlich daraus auch Konsequenzen gezogen werden.«²²⁶ Tatsächlich sprach die Rede keinesfalls für sich. Offensichtlich meinte Theil, die praktische Politik der beiden kommunistischen Senatoren tendiere in sozialdemokratische Richtung und sei daher im Sinn von Schumachers Sozialismus zu interpretieren. Doch führten auch Gespräche mit den

Mitarbeitern Kurt Schumachers, Erich Ollenhauer, Herbert Kriedemann und Fritz Heine, die zu einem spektakulären Austritt aus der KPD rieten,²²⁷ noch keine Entscheidung herbei.

Dazu kam es erst nach einer Reise zur ersten Leipziger Nachkriegsmesse, die Ehlers und Wolters im Auftrag des Bremer Senats unternahmen. Sie bot Gelegenheit zu Diskussionen mit führenden Funktionären der neugebildeten SED.²²⁸ Nach dieser Reise erhielt die Kritik von Ehlers und Wolters neue Akzente: Sie hatten feststellen müssen, daß viele der in der Ostzone durchgeführten Maßnahmen dem Kapitalismus durchaus schwere Schläge zufügten – wenn sie auch als rein »demokratische Umwälzung« ausgegeben wurden. Aber die diese Politik vertretende SED schien ihnen nur ein Organ der sowjetischen Besatzungsmacht zu sein, das nicht nach den Interessen und Wünschen der deutschen Arbeiter fragte. Innerhalb der SED würden alle Schlüsselstellungen von den Kommunisten besetzt.²²⁹

Grundlage der Kritik an der KPD waren die Ablehnung der Abhängigkeit von der Sowjetunion und die Forderung nach innerparteilicher Demokratie. Nach einem amerikanischen nachrichtendienstlichen Bericht vom 13. April 1946 waren Ehlers, Wolters und Alfken davon überzeugt, »daß das Berliner Zentralkomitee ›eine Niederlassung des russischen Geheimdienstes‹ und die Sowjetunion nicht das ›Vaterland aller Werktätigen‹, sondern eine Nation mit einer nationalistischen Außenpolitik sei, die von den Sozialisten genauso eingeschätzt werden sollte wie andere Großmächte.«²³⁰

Dieser spezifischen Kombination von kritischen Einwänden gegen die KPD bot sich Schumachers Konzept als Alternative geradezu an. Die von Ehlers auf Drängen Enderles verfaßte Austrittserklärung erschien am 18. Mai 1946 im *Weser-Kurier*.²³¹ Ehlers und Wolters kamen damit ihrem Ausschluß zuvor, der informell bereits beschlossen worden war und auf der KPD-Bezirkskonferenz Weser-Ems am 19. Mai bestätigt werden sollte.²³² Die Position von Ehlers und Wolters in der KPD war unhaltbar geworden, nachdem Wolters, der früher als Ehlers aus Leipzig zurückgekehrt war, ohne jede Rücksicht auf die formale Parteidisziplin begonnen hatte, öffentlich gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die SED zu agitieren.²³³

In der Austrittserklärung war von der »linken Opposition«, wie sie in der Rede Wolters' zum Ausdruck gekommen war, kaum noch etwas zu spüren. Der KPD wurde nun vielmehr vorgeworfen, daß sie die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften nicht konsequent genug betreibe. Es gelte, »alle demokratischen Kräfte ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit für die schweren Aufgaben der Gegenwart zu mo-

bilisieren.« Weitere Vorwürfe richteten sich gegen mangelnde innerparteiliche Demokratie, Abhängigkeit von außen, Doppelzüngigkeit und »völlige Abkehr vom internationalen Sozialismus.«

Der Austritt von Ehlers und Wolters aus der KPD, dem der Anschluß an die SPD unmittelbar folgte, kam angesichts der seit Monaten spürbaren Entfremdung dieser Männer gegenüber ihrer Partei prinzipiell nicht überraschend. Schon im April hatte Hermann Osterloh mit dem baldigen Übertritt von 200 Ehlers, Wolters und Alfken nahestehenden Kommunisten gerechnet.²³⁴ Ein von Ehlers geplanter fraktioneller Kampf kam angeblich aufgrund von Arbeitsüberlastung und technischer Pannen nicht zustande.²³⁵ So erschien der Übertritt von Ehlers und Wolters zur SPD als ein individueller Akt, von dem nicht einmal engste Freunde vorher unterrichtet worden waren.²³⁶ Diese teilten zwar mehr oder weniger deren oppositionelle Einstellung zur Parteilinie, waren aber nicht bereit, sich der »reformistischen« SPD anzuschließen,²³⁷ deren Politik sie zum Teil jahrzehntelang bekämpft hatten. Selbst Alfken war zunächst nicht gewillt, den Beitritt zur SPD mitzumachen.²³⁸

Insgesamt führte der Parteiwechsel von Ehlers und Wolters nicht zur Spaltung der KPD, wie von amerikanischen Intelligence-Beobachtern vorher vermutet worden war,²³⁹ sondern zur Demoralisierung der oppositionellen Elemente und damit zur Stärkung der Parteiführungsmehrheit um Schramm und Knigge.²⁴⁰ Erst im Verlauf mehrerer Jahre verlor die Bremer KPD durch diverse Austritte und Säuberungswellen fast alle kritisch-sozialistischen Mitglieder.²⁴¹ Auch auf die Politik der SPD wirkte sich der Beitritt Ehlers' und Wolters' nicht spürbar aus. Beide konzentrierten sich in der folgenden Zeit auf ihre Regierungsarbeit und mieden, wenn möglich, innerparteiliche Kämpfe. Sie blieben jedoch – jedenfalls zunächst – Anhänger einer unabhängigen sozialistischen Einheitspartei und traten weiterhin für die Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien ein.²⁴²

6. Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Bremen nach der Legalisierung

Neuordnungspläne

Obwohl die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften und der SPD einerseits, der KPD andererseits in sich gegenseitig ausschließende Konzeptionen eingefügt waren – parlamentarischer »Sozialismus« mit antibolschewistischer Stoßrichtung und in enger Anlehnung an den Westen oder durch kommunistische Inbesitznahme von Schlüsselstellungen und Blocksystem gelenkte »Demokratie« –, boten die konkreten Modelle während der ersten Nachkriegszeit 1945/46 ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung. Die SPD- und Gewerkschaftsführer knüpften mehr oder weniger offen an die wirtschaftsdemokratischen Theorien Fritz Naphtalis an,¹ der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre einen Stufenplan für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verfochten hatte: Ständig wachsender Einfluß der organisierten Arbeitnehmerschaft und des demokratischen Staates sollte die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel immer mehr eingrenzen und so das Privateigentum bis zu seiner Aufhebung aushöhlen. Durch die Eroberung neuer Positionen sollte dabei nicht eine Gegenmacht aufgebaut werden, sondern erstrebt wurde gerade die Integration der Arbeiter in die Verantwortung über die Wirtschaft. Die Quintessenz der Gedanken Naphtalis –

wie auch der Gemeinwirtschaftspläne Rudolf Wissells² – war die Überzeugung, daß es möglich sein würde, die Unternehmerschaft im Rahmen einer institutionalisierten Klassenzusammenarbeit zurückzudrängen. Radikale klassenkämpferische Aktivitäten erschienen bei dieser Anschauung nicht nur sinnlos, sondern sogar schädlich.

Der Standpunkt, den freie Gewerkschaften und SPD in den zwanziger Jahren von Naphtali übernommen hatten, setzte sich 1945 um so mehr wieder wie selbstverständlich durch, als man geneigt war, in dem materiellen Chaos den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu erblicken. Hans Böckler formulierte etwa auf der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im März 1946: »Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen. Er ist im Augenblick aktionsunfähig. Unsere Wirtschaft ist zur Zeit todkrank, und sie wird krank bleiben für längere Zeit. Wir haben nicht mehr den alten Klassengegner uns gegenüber.«³ Auch in Bremen waren führende Arbeiterfunktionäre der Ansicht, »daß zur Zeit von einer privatkapitalistischen Wirtschaft kaum gesprochen werden kann.«⁴ Wie vor 1933 Gewerkschaftler und Sozialdemokraten ihre Hoffnung in den Weimarer Staat gesetzt hatten, so waren sie nach Kriegsende davon überzeugt, daß die westlichen Besatzungsmächte Bundesgenossen bei der Neuordnung der deutschen Gesellschaft seien und daß der Antinazismus und Antikommunismus der meisten SPD- und Gewerkschaftsführer dabei entscheidende Pluspunkte böten.⁵

Die Grundmerkmale der angestrebten neuen Gesellschaft waren: »Sozialisierung« der Schlüsselindustrien und Großbanken, gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene und Wirtschaftsplanung. Die betriebliche Mitbestimmung war dabei ein neuer Gedanke.⁶ Obwohl ursprünglich als Einheit verstanden, begann unter dem Druck der realen Machtverhältnisse schon frühzeitig eine Aufspaltung dieses Programms mit der Folge, daß, nachdem das einheitliche Konzept einmal fallengelassen worden war, auch an den Einzelforderungen immer mehr Abstriche gemacht wurden.

In der Eigentumsfrage gingen SPD und Gewerkschaften ursprünglich von der Nationalisierung der enteigneten Betriebe aus. Als sich die Hoffnungen auf ein baldiges Zustandekommen der deutschen Einheit nicht erfüllten, sollten diese Betriebe den Ländern übereignet werden. Manche Gewerkschaftsführer suchten nach Wegen, die Privatkapitalisten wieder in die Verwaltung der sozialisierten Unternehmungen einzubeziehen. So schrieb Oskar Schulze Ende 1946:⁷ »Die zu sozialisierenden Betriebe, die in Staats- oder Gemeindeeigentum übergehen, sol-

len nicht von diesen verwaltet werden, da solche Betriebe leicht zur Bürokratisierung neigen. Die Verwaltung dieser Betriebe müßte in die Hände von Gesellschaften öffentlichen Rechts gelegt werden, die sich aus den beiden großen Gruppen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vertreten durch die Wirtschaftsverbände auf der einen Seite und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, zusammensetzen.« Regierungen und Parlamenten sollte die oberste Kontrolle obliegen.

Auf dem Gebiet der Mitbestimmung konnten die Befürworter einer gesellschaftlichen Umgestaltung durch Reformen ihren einzigen Teilerfolg verbuchen, als die Gewerkschaften 1947 im Rahmen der Entflechtung der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Zone paritätisch an den Aufsichtsräten beteiligt wurden.⁸ Doch handelte es sich gerade in diesem Fall um ein Zugeständnis der Unternehmer und der Besatzungsmacht, durch das – wie 1918 durch die Arbeitsgemeinschaft – eine radikalere, von den Betriebsräten getragene Richtung⁹ durch die Integration »verantwortungsbewußter« Arbeiterführer zurückgedrängt werden sollte. Über die Funktion dieser Vereinbarung urteilt Michael Balfour: »Wenn auch das Mitbestimmungsrecht bei den Arbeitgebern nicht allzu beliebt war, so hat es doch fraglos dazu beigetragen, Arbeiterunruhen in der Zeit des wirtschaftlichen Wiederauflebens Deutschlands zu verhüten; ohne diese Regelung wäre es wahrscheinlich zu sehr viel hartnäckigeren Lohnforderungen gekommen.«¹⁰

Eine Hauptschwäche aller sozialdemokratischen und – vor allem – gewerkschaftlichen Neuordnungsvorschläge bestand darin, daß sie nicht genügend in den konkreten Zusammenhang sozialer und politischer Auseinandersetzung nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt wurden, also in gewisser Weise utopisch waren.¹¹ Das galt insbesondere für die Diskussion über die Planwirtschaft. In Bremen arbeiteten die beiden Arbeitnehmerkammern einen gemeinsamen Entwurf für ein planwirtschaftliches System in der Enklave aus, in dem zwar Vergesellschaftung kapitalistischen Eigentums im Interesse der »Allgemeinheit« gefordert, im übrigen aber das ganze Problem auf die damit zusammenhängenden technischen Fragen reduziert wurde: »Das Planamt wird durch einen verantwortlichen Leiter geführt, dessen Vollmachten möglichst weitgehend sein müssen; sie könnten ungefähr denen eines Generaldirektors einer Aktiengesellschaft entsprechen, und die Stellung des Aufsichtsrates wird vom Senatoren-Ausschuß, an dessen Spitze der Bürgermeister steht, eingenommen.« Gegliedert in die dem Leiter direkt unterstehenden Abteilungen »Beschaffung« und »Finanzierung« und die Gruppen »Bauwesen«, »Industrie«, »Gewerbe«, »Handel«, »Ernährung«, »Verkehr« und »Arbeitseinsatz«,

sollte das Planamt den möglichst sparsamen und sinnvollen Einsatz der vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte garantieren.¹²

Die Bremer KPD schuf sich eine in Fachausschüsse untergliederte, von Max Schimmeck geleitete »Wirtschaftsabteilung«, deren Aufgabe darin bestand, den Wiederaufbau nach einem kommunistischen Wirtschaftsplan voranzutreiben,¹³ ohne daß die Lösung dieses Problems – soweit aus den Publikationen der KPD-Wirtschaftsabteilung hervorgeht – in Abhängigkeit von der Verteilung der politischen Macht gesehen wurde. Zwar griffen die Kommunisten in der Nachkriegszeit die rechtssozialistische These vom »Ende des Kapitalismus« unter anderem deswegen an, weil sie die Machtfrage verschleierte, und stellten immer wieder konkrete Forderungen nach gänzlicher Ausschaltung derjenigen sozialen Schichten, die die Träger des Faschismus gewesen seien. Doch ist unverkennbar, daß das ungeklärte Verhältnis zwischen der leninistischen Staats- und Revolutionstheorie¹⁴ und der klassenunspezifischen Programmatik der KPD 1945/46 in der Kommunistischen Partei erhebliche Verwirrung hervorrief. Die Wirtschaftsabteilung der Bremer KPD propagierte eine »Wirtschaftspolitik der mittleren Linie«, das hieß: »eine vernünftige Sozialreform und gemäßigte Sozialisierung, vor allem auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie. [...] Die Zwangswirtschaft des Krieges für die meisten Industrien ist abzulösen durch eine gemeinwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft, um den sich vielfach bemerkbar machenden Spekulanten und schlimmen Auswüchsen des händlerischen Kapitalismus entgegenzutreten. [...] Im Rahmen der Planung ist die Wahrnehmung privater und politischer Sonderinteressen auszuschließen.«¹⁵

Es ist möglich, daß die nicht einmal linkssozialdemokratische Terminologie in einigen Publikationen der KPD-Wirtschaftsabteilung – bezeichnend ist die Benutzung solcher Begriffe wie Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft – aus der früheren Zugehörigkeit Schimmecks zur SPD resultierte. Immerhin fand eine offenbar von ihm formulierte Resolution zur Wirtschaftspolitik auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der KPD Weser-Ems einhellige Zustimmung.¹⁶ In jedem Fall wird deutlich, wie wenig die Linie des Zentralkomitees, das selbst die scheinbar nichtssagendsten Begriffe mit Bedacht wählte,¹⁷ im Funktionärskorps der Bremer KPD durchschaut wurde. Eine detaillierte Analyse der Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Äußerungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erscheint daher auf lokaler Ebene wenig zweckmäßig.

Die Stellung der Bremer Arbeiterbewegung zur Entnazifizierung

Schon 1945 war mit der Schaffung der »Beiräte« der bremischen Verwaltung, die mit Vertretern der Lohnabhängigen und der Unternehmer paritätisch besetzt waren, ein Versuch zur Demokratisierung des Regierungssystems gemacht worden,¹⁸ und seit der Ernennung einer provisorischen Bürgerschaft im Frühjahr 1946 stand wieder ein parlamentarisches Gremium zur Verfügung.¹⁹ Dennoch ist es angesichts der Grenzen, die der deutschen bzw. der bremischen Politik durch die Besatzungsherrschaft gezogen waren,²⁰ unergiebig, die parlamentarische Tätigkeit der Arbeiterparteien während des Jahres 1946 zu behandeln. Sogar die Veröffentlichung einer Resolution der Bürgerschaft vom 15. Juli 1946, in der sie wegen der drohenden Folgen der Lebensmittelknappheit eine Revision der Ernährungspolitik forderte, wurde untersagt.²¹ Gegenüber den Besatzungsmächten waren nicht einmal papierene – und überdies gemäßigte – Proteste gestattet. Ein wenn auch begrenzter Spielraum bestand dagegen bei der Abrechnung mit den Nationalsozialisten, bei der die Amerikaner frühzeitig deutsche Vertreter heranzogen.

Ein Hauptproblem der amerikanischen Entnazifizierungspolitik bestand darin, daß »sie auf deutscher Seite [...] keinen wirklichen Partner« fand.²² Die Bremer Militärregierung stellte mit Erstaunen fest, daß die von ihr betriebene Entnazifizierung von allen Seiten mit Kritik bedacht wurde: Während die Vertreter des Bürgertums sie als zu weitgehend beklagten, wurde sie von den Repräsentanten und Funktionären der Arbeiterschaft als zu milde und inkonsequent – insbesondere gegenüber den traditionellen Führungsgruppen – angesehen.²³

Die zwitterhafte Stellung der Entnazifizierung zwischen Strafverfahren und politisch begründeter Ausschaltung bestimmter Bevölkerungsgruppen bot den Protagonisten der verschiedenen Auffassungen in der innerdeutschen Auseinandersetzung um diese Frage stets Anhaltspunkte, um ihre besondere Position zu rechtfertigen. Die Handelskammer und andere Organisationen des Bremer Bürgertums bestanden auf den rechtsstaatlichen Prinzipien, die schon der konservative Widerstand gegen das Dritte Reich in den Mittelpunkt gestellt hatte. »Bei den Planungen des konservativen Widerstands für eine Säuberung und Aburteilung der NS-Führer fällt neben dem stets beschränkten Umfang der intendierten Maßnahmen auf, daß Personengruppen ausgeschaltet werden sollten, die fast ausschließlich im Partei-, Propaganda- und Terrorapparat des Dritten Reichs lokalisiert waren, und

zwar aufgrund von Urteilen über individuelle Verbrechen und Unanständigkeit, nicht über Teilnahme an der NS-Herrschaft und am Krieg in verantwortlicher Stellung. Dadurch wurden die deutschen Führungsschichten vor und während des Nationalsozialismus in Verwaltung, Wirtschaft und Militär entlastet. Die Kontinuität und Integrität dieser Gesellschaftsbereiche schien gesichert, wenn von außen – d. h. von der NSDAP und der SS – in sie eingedrungene Personen und Dienststellen entfernt seien, wodurch eine Überprüfung ihrer eigenen Rolle und Anpassung im faschistischen System entfallen konnte.«²⁴

Nach Ansicht führender Bremer Parlamentarier aus dem bürgerlichen Lager waren die Ursachen des Nationalsozialismus nicht mit den Kategorien des Klassenkampfes zu erfassen. Sie lägen vielmehr in »einer eineinhalb Jahrhunderte zurückreichenden geistigen und moralischen Dekadenz«, die, bestimmt durch »Relativismus« und »Materialismus«, zu einem in Form der »Vermassung« das ganze Volk erfassenden »Zersetzungsprozeß« geführt habe.²⁵ Der nicht zuletzt von den Arbeiterparteien erhobene »Totalitätsanspruch« habe »die 10 Gebote auch mit untergraben.«²⁶ Schuld daran trügen »letzten Endes [...] in irgendeiner Form wir alle.«²⁷ Bei der Entnazifizierung gehe es keinesfalls um links oder rechts, sondern ausschließlich um die Trennung von »anständigen Deutschen« und »Schweinehunden«.²⁸ Um zu gewährleisten, daß die Entnazifizierung nach streng rechtsstaatlichen Kriterien vor sich gehe,²⁹ forderte die bürgerliche Fraktion von vornherein die Beteiligung von Juristen an den Prüfungsausschüssen.

Der Auffassung der bürgerlichen Politiker traten in Bremen beide Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammern und Betriebsräte gemeinsam entgegen. SPD und KPD sahen in der Entnazifizierung übereinstimmend eine politische und keine überwiegend juristische Aufgabe.³⁰ In den Prüfungsausschüssen suchten die Vertreter der Arbeiterbewegung, meist unabhängig von der Parteirichtung, die geltenden alliierten Bestimmungen extensiv auszulegen.³¹ Nicht um Rache gehe es, sondern um die Bestrafung der wahrhaft Schuldigen – aus Gründen der Gerechtigkeit wie zur Sicherung der entstehenden deutschen Demokratie. Es gelte nicht, den »Kampf zu eröffnen gegen das einfache nationalsozialistische Parteimitglied, das selbst ein Ausbeutungsobjekt gewesen ist [...], sondern [...] gegen alle diejenigen, die wirklich aktiv in der Wirtschaft, in der Politik und in den Kommunalbehörden tätig gewesen sind.«³² Diese »Aktivisten« hätten sich »in erster Linie in den Reihen der besitzenden Schichten« befunden,³³ die »hervorragende wirtschaftliche Nutznießer des Nationalsozialismus« gewesen seien, ohne im Parteiapparat Funktionen bekleidet zu ha-

ben.³⁴ Bei der Ausschaltung und Bestrafung dieser Personengruppen, die »schamlos und unempfindlich vor dem grenzenlosen Elend und Leid stehen, das sie durch ihre Haltung selbst verschuldet haben«, und die es verständen, sich durch »ihre undurchsichtigen Verbindungen« zu deutschen und alliierten Stellen der Strafe zu entziehen,³⁵ unterstützt von Juristen, »die aus irgendeinem Grunde selbst verhindert« waren, der NSDAP beizutreten, müsse man sich auf das »gesunde Volksempfinden« verlassen.³⁶ Es sei bezeichnend, daß ein großer Teil der von der Handelskammer benannten Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse von der Militärregierung als politisch belastet hätte zurückgewiesen werden müssen.³⁷

Bereits wenige Wochen nach der Inkraftsetzung des Gesetzes Nr. 8 waren die Handelskammer und manche der öffentlichen Rechtsberater kritisiert worden. Die Betriebsräte-Vollversammlung hatte ihnen vorgeworfen, daß sie »in erster Linie ihr Augenmerk darauf richten, juristische Möglichkeiten zu finden, das Gesetz zu umgehen.« Um dieser Sabotage entgegenzuwirken, hatten die Betriebsräte verlangt, daß »mindestens zwei Drittel Arbeitervertreter berufen werden, die einwandfreie Antifaschisten sein müssen.«³⁸ Im Frühsommer 1946 berichtete ein sozialdemokratisches Mitglied eines Prüfungsausschusses über »schlimmste Auswüchse, und zwar nicht nur dort, wo Verwandte als Treuhänder eingesetzt sind, sondern auch in den größeren Betrieben, in denen neue Betriebsleiter eingesetzt wurden.«³⁹ Besonders wurde von sozialistischer Seite kritisiert, »daß kleine Parteigenossen zum Schippen verurteilt wurden und die anderen, vom Prokuristen angefangen bis zum Direktor, komischerweise so schwer krank sind, daß sie für solche Arbeiten nicht geeignet sind.«⁴⁰ Ein allgemeines unverbindliches Schuldbekennnis, so argumentierte Oskar Schulze, würde nur erleichtern, »daß wiederum [...] die Last auf die breite Masse abgewälzt wird.«⁴¹

Obwohl beide Arbeiterparteien die nationalsozialistische Elite ausschalten und »kleine« ehemalige Mitglieder der NSDAP schonen wollten, war die Übereinstimmung nicht vollständig. Die SPD sah zwar die einzig wirksame Beseitigung der Voraussetzungen für den Faschismus in der Sozialisierung,⁴² lehnte es aber ab, die Enteignung mit der diskriminierenden Säuberung zu verknüpfen.⁴³ Die KPD dagegen wollte die Vertreter des Großkapitals gerade mit Hilfe der Entnazifizierung entmachten und gegebenenfalls bestrafen. Ihr ganzes Konzept der »antifaschistisch-demokratischen Ordnung« beruhte darauf, die »Monopolherren« nicht in ihrer Eigenschaft als Kapitalisten, sondern als Förderer und Funktionäre des faschistischen Herrschaftssystems

anzugreifen.⁴⁴ Das Dilemma der KPD bestand darin, daß die amerikanische bzw. amerikanisch inspirierte Entnazifizierung ein solches Vorgehen kaum zuließ – es sei denn, es lag eine beweisbare individuelle Schuld vor.

Als die KPD 1947 erkennen mußte, daß die Entnazifizierung im amerikanisch besetzten Gebiet ihren Vorstellungen fast diametral zuwiderlief, begann sie, ihre Vertreter aus den Spruchkammern zurückzuziehen. Bereits im März 1947 trat der kommunistische Abgeordnete im Bremer Hauptausschuß zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus mit Einverständnis der Partei zurück, weil drei – nach Meinung der KPD – »große Nazis«, die Generaldirektoren der Deschimag und der Vulkan-Werft sowie ein früherer Reichswohnungskommissar, als »nominell« eingestuft worden waren.⁴⁵ Mit diesen Entscheidungen, an denen auch Sozialdemokraten beteiligt waren, begann die gemeinsame Front der Bremer Arbeiterparteien in der Entnazifizierungsfrage sich aufzulösen.⁴⁶ Wilhelm Kaisen und einige sozialdemokratische Senatoren hatten von vornherein eine Position eingenommen, die sich eher mit der bürgerlichen als mit der kommunistischen deckte.⁴⁷

Gewerkschaften und Betriebsräte 1946

Das rasche zahlenmäßige Wachstum der deutschen Gewerkschaften in den Nachkriegsjahren ist als das »Wunder der Organisation« bezeichnet worden. Nach Pirker kam in dieser Entwicklung vor allem der Wunsch der deutschen Arbeiterschaft nach einer mächtigen überparteilichen und einheitlichen Organisation zum Ausdruck.⁴⁸ In Bremen waren bald wieder Mitgliederzahlen erreicht, die denen vor 1933 entsprachen. Das ist um so bemerkenswerter, als die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf dem klassischen Gebiet der Lohnpolitik entscheidend eingeschränkt waren.

Der Jahresbericht 1946 des Ortsausschusses Bremen enthält folgende Aufstellung:⁴⁹

Mitgliederbestand:	männl.	weibl.	jugendl.	insges.
1945, August				500
1. November				4 000
1. Dezember				6 000
1946, 1. Januar				10 000
1. April	26 913	1 387	660	28 960
30. Juli	32 872	2 015	762	35 649
30. August	36 007	2 263	955	39 225
30. September	37 553	2 373	1 003	40 929
30. Oktober	39 866	2 563	1 092	43 521
30. November	41 916	2 837	1 229	45 982
15. Dezember				49 234

Eine Aufstellung der Mitgliederzahlen nach Einzelgewerkschaften liegt erst für den 31. Januar 1947 vor, als 52 119 Werk­ tätige gewerkschaftlich organisiert waren:⁵⁰

Handel und Transport	17 702
Metall	14 610
Angestellte	6 094
Holz	3 512
Bau	3 372
Nahrung und Genuß	2 974
Chemie, Papier, Keramik	2 926
Graphische Industrie	767
Haus- und Landwirtschaft	162

Das früher skizzierte gewerkschaftliche Konzept zur Durchsetzung der erstrebten gesellschaftlichen Neuordnung implizierte fast automatisch die mehr oder weniger deutlich artikulierte Ablehnung des Streiks als Kampfmittel.⁵¹ Der erst nach der Währungsreform aufgehobene Lohn- und Arbeitszeitstopp schränkte die Möglichkeit organisierter legaler Arbeitsniederlegung ohnehin entscheidend ein. Bei Kontroversen über die Eigentumsordnung und die innerbetriebliche Machtverteilung (Mitbestimmung) schreckten die Gewerkschaftsführer ebenfalls vor der Auslösung oder Unterstützung von Streikmaßnahmen zurück. Sie waren einerseits nicht bereit, die Hoffnung auf die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte, vor allem auf das Labour-regierte Großbritannien, aufzugeben – denn das hätte den Bruch mit ihrer gesamten politischen Konzeption bedeutet –, und fürchteten andererseits die

mit jeder Massenbewegung verbundene Gefahr der Radikalisierung mit der Folge wachsenden kommunistischen Einflusses.⁵² In dieser Befürchtung sahen sich die Gewerkschaftsführer durch den Verlauf der Arbeiterkämpfe 1946/47 bestätigt, auf deren Höhepunkt im Ruhrgebiet mehrere hunderttausend Werktätige für bessere Ernährung und Enteignung des schwerindustriellen Kapitals streikten und demonstrierten.⁵³ Auch der – letztlich erfolgreiche – Mitbestimmungstreik bei der Firma Bode-Panzer in Hannover wurde zwar von den Orts- und Bezirksleitungen der IG Metall, nicht aber vom Vorstand der Gewerkschaft unterstützt.⁵⁴

Außer für Tarifabschlüsse mit den 1946 wieder zugelassenen Arbeitgeberverbänden, in Bremen zuerst für den Bereich der graphischen, Metall- und Tabakindustrien,⁵⁵ traten die Gewerkschaften für Betriebsvereinbarungen zwischen den einzelnen Betriebsräten und Firmenleitungen ein. Doch zeigten sie kein Interesse, »das Schwergewicht des Kampfes um die Mitbestimmung in die Betriebe zu verlagern und so den Betriebsräten größere Machtbefugnisse zuzugestehen.« Das Ergebnis war, daß die gewerkschaftlichen Vorstellungen nur in den seltensten Fällen durchgesetzt werden konnten.⁵⁶ Einer Angabe der Functional History zufolge wurden von April bis Juni 1947 in den bedeutenden Betrieben Bremens 53 Einzelvereinbarungen unterzeichnet, von denen 42 eine nicht näher gekennzeichnete – offensichtlich nicht auf wirtschaftliche Entscheidungen bezügliche – Mitbestimmungsklausel enthielten.⁵⁷ Als mustergültig galt eine Vereinbarung, die der Betriebsrat der zu ca. 80 % gewerkschaftlich organisierten AG-Weser Räumungsarbeiter ausgehandelt hatte. Sie enthielt unter anderem eine beachtliche Lohnerhöhung für jugendliche Arbeiter.⁵⁸

Insgesamt konzentrierte sich die Aktivität der Betriebsräte und Gewerkschaften weiterhin auf elementare materielle Verbesserungen für die Werktätigen. So verwies etwa der Betriebsrat der AG Weser in einem im Frühjahr 1947 erstatteten Rechenschaftsbericht zuvorderst auf seine Erfolge und Bemühungen bei der Beschaffung von Kleidungsstücken und Heizungsmaterial.⁵⁹ Um die Wohnungsnot lindern zu helfen, stellten die Bremer Gewerkschaften 20 Mitglieder frei, die in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt Ende 1946 215 nicht benötigte Büroräume mit 4300 qm Fläche beschlagnahmten und renovierten. Die Aktion wurde 1947 fortgesetzt.⁶⁰

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsamt organisierten die Gewerkschaften außerdem eine »Amerika-Aktion«, durch die besonders Bedürftige mit Anzügen und Mänteln aus amerikanischen Spenden versorgt wurden. Bis Ende des Jahres 1946 konnten 8500 Bezugsscheine ausgegeben

werden.⁶¹ Im übrigen berichtete Oskar Schulze am 3. Dezember 1946 an das Wirtschaftsinstitut des DGB in der britischen Zone: »Die Bremer Gewerkschaften sind in allen Körperschaften und Ausschüssen auf allen Gebieten vertreten.« So existiere ein paritätischer Ausschuß beim Hauptwirtschaftsamt, der die Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Betriebe überprüfe. Gewerkschaftler säßen im Prüfungsausschuß für den Zuckerhandel, dem Ernährungswirtschaftlichen Ausschuß beim Landesernährungsamt, dem Beirat beim Wirtschaftsamt, in der »ehrenamtlichen Kontrollkommission, bei der Volksspeisung, Preisüberwachung. Es ist selbstverständlich, daß unsere Vertreter beim Arbeitsamt, Hauptarbeitsamt, im Wohlfahrtswesen, Kraftfahrwesen, Schlacht- und Viehhof, in der Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen- und Flüchtlingsbetreuung, in den Kunstgewerbeschulen und gewerblichen Schulen vertreten sind. Außerdem besteht ein Beirat für Arbeitseinsatz, ein Lohnberatungsausschuß.« Auch im Gerichtswesen seien die Gewerkschaften repräsentiert.⁶²

Streiks gab es während der Jahre 1945/46 in Bremen praktisch nicht. Die beiden dem Verfasser bekanntgewordenen Ausnahmen sind ein von den Gewerkschaften im November 1945 ausgerufenen zweiminütiger »Generalstreik« aus Protest gegen die Ermordung von elf Menschen durch polnische Plünderer in der Umgebung Bremens⁶³ und eine kurzfristige Arbeitsniederlegung auf der Vulkan-Werft im Frühjahr 1946.⁶⁴ Letztgenannter Ausstand entwickelte sich als Reaktion auf die Kürzung der Lebensmittelrationen am 1. März des Jahres. Am 17. März forderte die Betriebsrätevollversammlung Arbeitszeitverkürzungen bei Lohnausgleich und Sicherung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen. Als daraufhin nichts geschah, legten 700 Vulkan-Arbeiter am 1. April die Arbeit nieder. Am nächsten Tag erschienen sie jedoch wieder vollzählig zur Arbeit. In einer Aussprache der Belegschaft mit der Direktion, dem Betriebsrat und Vertretern des Arbeitsamtes wurde auf die Direktiven der Militärregierung verwiesen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich machten. Obwohl Hermann Wolters im Senat von einer »allgemeinen Streikpsychose« unter der Bremer Arbeiterschaft sprach,⁶⁵ kam es zu keinen weiteren Aktionen.

Als ein Jahr darauf erneut eine Rationskürzung erheblichen Ausmaßes erfolgte, waren es wieder die inzwischen zweieinhalbtausend Beschäftigten der Vulkan-Werft, die eine Verringerung der Arbeitszeit forderten.⁶⁶ Da eine Zusage des sozialdemokratischen Ernährungsseminators, Hermann Mester, bezüglich der Versorgung der Belegschaft mit zusätzlichen Lebensmitteln nicht eingehalten wurde, beschlossen 80 % der Beschäftigten in einer Urabstimmung die 35-Stunden-Woche, die

seit dem 12. Mai 1947 praktiziert wurde. Einige Abteilungen verweigerten überhaupt die Arbeit, da sie die neue Arbeitszeit nicht gesichert sahen, und nahmen ihre Tätigkeit erst wieder auf, nachdem der Betriebsrat die Gültigkeit der Abmachung garantiert hatte. Die Militärregierung intervenierte am 21. Mai mit der Drohung, daß sie die Weigerung, die ursprüngliche Arbeitszeit von wöchentlich 42 Stunden einzuhalten, mit dem sofortigen Entzug aller zusätzlichen Essenskarten beantworten werde. Daraufhin sprachen sich am 23. Mai 75 % der Belegschaft für die alte Arbeitszeit aus. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, wie die Aussicht, in eine Konfrontation mit der Besatzungsmacht zu geraten, die Arbeiter selbst bei der Wahrnehmung ihrer unmittelbaren materiellen Interessen lähmte.

Nachdem 1947 in Bremen nur vereinzelt kleinere Spontan-Streiks registriert worden waren, schwoll die Zahl der Arbeitsniederlegungen 1948 erstmals nach Kriegsende nennenswert an.⁶⁷ Der Hamburger Hafentarbeiterstreik im Februar 1948 griff zwar nicht auf Bremen über, aber die betrieblichen Proteststreiks gegen die schlechte Ernährungssituation wurden zahlreicher. Im November 1948 beteiligten sich die Bremer Gewerkschaften mit Massendemonstrationen mit 25 000 bis 30 000 Teilnehmern in Bremen und 9000 Teilnehmern in Vegesack und der Organisierung des 24stündigen Generalstreiks an den Aktionen des DGB gegen die Teuerungswelle im Gefolge der Währungsreform.⁶⁸ Allerdings waren die Amerikaner – jedenfalls in Bremen – offenbar nicht sonderlich beunruhigt über diese Unmutsäußerungen, da sie den Gewerkschaftsführern, und besonders Oskar Schulze, volles Vertrauen entgegenbrachten.⁶⁹

Das politische Kräfteverhältnis innerhalb der Betriebe verschob sich anscheinend schon im Sommer 1946 zugunsten der SPD: Eine 22 von 418 Betrieben, in denen gewählt worden war, umfassende Aufstellung der Bremer KPD enthält 15 Betriebe, in denen die Kommunisten mehr Betriebsrätemitglieder als die Sozialdemokraten und demzufolge im allgemeinen auch den Vorsitzenden des Betriebsrates stellten.⁷⁰ Es ist jedoch auffällig, daß die Anhänger der KPD gerade in dreien der bedeutendsten unter den aufgeführten Bremer Betrieben über keine Mehrheit verfügten: bei Vulkan, Atlas und Borgward. Sowohl in den Atlas als auch in den Borgward-Werken hatten die Kommunisten im Oktober 1945 eine Mehrheit besessen. Sie war jedoch bei Atlas – möglicherweise auch bei Borgward – schon bei den in einigen Bremer Betrieben im Februar/März 1946 abgehaltenen Wahlen verlorengegangen, so daß es angesichts der ohnehin einseitigen Auswahl der Betriebe gerechtfertigt erscheint, von einem gewissen Rückgang des kommunistischen Ein-

flusses zu sprechen. Allerdings waren 52 % der 1520 im Sommer 1946 gewählten Betriebsratsmitglieder in keiner Partei organisiert.⁷¹

1947 konnte die SPD bereits »einen entscheidenden Sieg« erringen.⁷² Nur in sehr wenigen Betrieben, zum Beispiel in den Francke-Werken, bei Fahrzeug- und Gerätebau, vermochte die KPD ihre Sitze zu halten. In ihrer einstigen Hochburg, den Atlas-Werken, verloren die Kommunisten ihre beiden verbliebenen Sitze – angeblich unter anderem wegen eines kurz vor der Wahl von ihren Anhängern organisierten unpopulären spontanen Streiks. In der Norddeutschen Hütte, wo im März 1946 unter acht Betriebsratsmitgliedern sieben Kommunisten gewählt worden waren,⁷³ behauptete die KPD zwar die Mehrheit, verlor aber ebenfalls einen Sitz; bei Borgward konnte die SPD ihre Mehrheit ausbauen. 1948 brachten die Betriebsratswahlen jedoch nur unbedeutende Gewinne für die SPD, und die Kommunisten konnten ihre Position in einigen größeren Betrieben sogar wieder verbessern.⁷⁴

Die Entstehung bürgerlicher Parteien in Bremen

Das nach dem Zusammenbruch in ganz Westdeutschland feststellbare organisatorische Zurückbleiben der bürgerlichen Parteien gegenüber SPD und KPD war für Bremen in besonderem Maß charakteristisch. Im Begleitbrief zu dem schon mehrfach zitierten amerikanischen Bericht vom Spätherbst 1945 über die politische Situation in Bremen wurde konstatiert: »Die Parteien der Mitte und der Rechten haben sich nicht so klar oder stark herausgebildet wie in den meisten anderen städtischen Zentren.«⁷⁵ Krasser war diese Tatsache einige Wochen zuvor von seiten der KGF formuliert worden: »Die Wirksamkeit der bürgerlichen antifaschistischen Parteien ist in Bremen gleich Null.«⁷⁶

Um die Bedeutung dieser Verzögerung beim Organisationsaufbau richtig einzuschätzen, ist es nötig, sich vor Augen zu halten, daß Parteien als politische Instrumente besonderer Art für das Besitzbürgertum generell nicht von so zentraler Bedeutung sind wie für die Werktätigen, die nur durch straffe Zusammenfassung ihre zahlenmäßige Überlegenheit geltend machen können. Hingegen hatten die großbürgerlichen Kräfte ohnehin die von ihnen als unpolitisch angesehenen Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung inne, denen unter der »politischen Quarantäne« der ersten Nachkriegsmonate ein außergewöhnlicher Stellenwert zukam. Das traf besonders für Gebiete wie Bremen zu, wo vor 1933 außer der NSDAP – und auch diese in

geringerem Maß als anderswo – keine nichtsozialistische Gruppierung sich zu einer Massenpartei hatte entwickeln können wie etwa das Zentrum im rheinisch-westfälischen Raum. In Bremen waren die bürgerlichen Parteien Honoratiorenvereinigungen geblieben; die dort dominierenden Liberalen galten als Partei der Großkaufleute. Schließlich waren die bürgerlichen Politiker durch das Verhalten ihrer Parteien 1933 diskreditiert, dem gegenüber selbst der Quietismus der SPD als tollkühn erscheinen mußte, und glaubten daher meist, nicht einfach wie SPD und KPD da anknüpfen zu können, wo sie 1933 aufgehört hatten. Eine direkte organisatorische Kontinuität über die Zeit des Dritten Reichs hinaus war nicht vorhanden.⁷⁷ Die Summe dieser Faktoren erklärt die langsame Entwicklung des bürgerlichen Parteienwesens in Deutschland, speziell in Bremen, 1945/46.

Schon im Mai 1945 – so berichtet Theodor Spitta⁷⁸ – war unter führenden Mitgliedern der Handelskammer um den früheren Generaldirektor der AG Weser, Stapelfeldt, der Plan entstanden, daß »als Gegengewicht gegen die Kommunisten und die Antifaschisten-Liga eine politische Partei (liberale oder demokratische) gegründet werde, entweder als einzige oder als Partei neben den Sozialdemokraten.«⁷⁹ Ab Mitte des Monats fanden in der Handelskammer Besprechungen zwischen führenden Unternehmern und bürgerlichen Politikern zur Vorbereitung dieser Parteigründung statt. Wenn der aus dem Tagebuch Spittas gewonnene Eindruck zutreffend ist, wurde bei diesen Beratungen als Hauptalternative diskutiert: antikommunistische Einheitspartei unter Einschluß der Sozialdemokraten oder bürgerliche Einheitspartei. In welchem Maß mußten führende Vertreter des Bürgertums in Bremen die traditionelle Gesellschaftsordnung bedroht glauben, daß sie ernsthaft nicht nur die Bildung einer Regierung unter Einschluß der SPD, sondern die Schaffung einer gemeinsamen Partei erwogen! Auch die Gegner dieses Plans äußerten offenbar keine prinzipiellen Einwände, sondern wiesen darauf hin, daß bei seiner Verwirklichung die Hinwendung der Arbeiterschaft zu den Kommunisten befürchtet werden müsse. Zwar scheinen die Parteibesprechungen in der Handelskammer schon sehr bald wieder eingestellt worden zu sein, nachdem bekanntgeworden war, daß die Legalisierung von politischer Tätigkeit noch einige Zeit auf sich warten lassen würde; doch ist allein die Tatsache bemerkenswert, daß sich die führenden Kreise des Bremer Bürgertums – ebenso wie die Funktionäre der Arbeiterbewegung und als Reaktion auf deren Antifa-Aktivitäten – unmittelbar nach der Besetzung politisch zu formieren begannen.

Die im Frühjahr 1945 anvisierte bürgerliche Einheitspartei wurde

am 17. Oktober als Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) gegründet.⁸⁰ In ihr fanden sich zwar Angehörige aller nichtsozialistischen Parteien aus der Zeit vor 1933 zusammen, aufgrund der besonderen Tradition des hanseatischen Bürgertums dominierte jedoch das liberale Element. Nach ihrer Zulassung am 7. Dezember trat die BDV mit einem programmatischen Artikel im *Weser-Kurier* an die Öffentlichkeit.⁸¹ Darin erklärte sie ihre Absicht, »an die politische Tradition unserer Hansestadt anzuschließen.« Der »Neuaufbau des Staates in sittlicher, sozialer und demokratischer Beziehung« müsse sich auf »ein in seinem Ansehen gekräftigtes und seiner wohlerworbenen Rechte bewußtes Beamtentum und eine unabhängige und unantastbare Rechtspflege stützen.« Bei der Trennung von Kirche und Staat sei die Kirche gerade in ihrer erzieherischen Tätigkeit zu fördern. Sei eine gewisse staatliche Lenkung der Wirtschaft zunächst unumgänglich, so müsse die »freie Wirtschaft« doch möglichst schnell wiederhergestellt werden.

Die Intelligence-Section der ICD bezeichnete die BDV als »das neue politische Instrument der mächtigen ›Patrizier‹-Klasse, deren Repräsentanten das politische und kulturelle Leben dieser Hansestadt nunmehr seit Jahrhunderten bestimmt haben.«⁸² Die wichtigsten Unternehmer waren indessen von der Notwendigkeit parteipolitischen Engagements nicht überzeugt, da sie »ihren ganzen Einfluß auf die Verwaltung über direkten Kontakt mit öffentlichen Amtsträgern ausüb[t]en.«⁸³ Die gesamte bürgerliche »Einheitspartei« zählte im Januar 1946 nicht mehr als ca. 350 Mitglieder⁸⁴ – also rund ein Zehntel der damaligen Mitgliedschaft der beiden Arbeiterparteien zusammen. Im Juni 1946 war noch immer keine öffentliche Versammlung abgehalten worden,⁸⁵ und auch in der folgenden Zeit blieb die öffentliche und interne Versammlungsaktivität weit hinter der der Arbeiterparteien zurück. Die Absetzung des Vorsitzenden, Senator Wenhold, und des Geschäftsführers der BDV, Dr. Rudolf Rübberdt,⁸⁶ im Frühjahr 1946 zeigt, daß es für die bürgerlichen Parteien schwer war, politisch unbelastete Repräsentanten zu finden.⁸⁷

Die Traditionen der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums waren in Bremen, wo nur ca. 9 % der Bevölkerung Katholiken waren, schwach entwickelt. Die nach dem Zusammenbruch besonders im rheinisch-westfälischen Gebiet und in Berlin verstärkt auftretende sozial-reformerische Richtung christlicher Politik mit ihren antikapitalistischen Impulsen hatte hier kaum Bedeutung.⁸⁸ Dennoch war das Image der CDU auch in Bremen von Anfang an volkstümlicher und weniger vom Honoratiorentum bestimmt als das der BDV. Zur Gründung der

Bremer CDU kam es am 14. Juni 1946, nachdem der Versuch einer christlichen Gruppierung innerhalb der BDV gescheitert war, die Gesamtpartei auf den Anschluß an die CDU der britischen Zone festzulegen.⁸⁹ Der katholische Teil dieser Fraktion, ehemalige Zentrumsangehörige, darunter der frühere christliche Gewerkschaftler Philipp Jahn, hatte seinen Anschluß an die BDV ohnehin nur als Notlösung angesehen und seit Januar 1946 Kontakte zur CDU der britischen Zone unterhalten. Durch Vermittlung hannoverscher Christdemokraten hatten diese Katholiken Verbindung zu ehemaligen Bremer Mitgliedern des rechtsgerichteten protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienstes gewonnen, die schon seit mehreren Monaten auf die Schaffung einer »Christlichen Volkspartei« hingearbeitet hatten und nun ebenfalls an der Gründung der CDU beteiligt wurden.

Nach amerikanischen Angaben bestand die Mitgliedschaft der Bremer CDU größtenteils aus mittelständischen Kaufleuten und kaufmännischen Angestellten sowie einer Gruppe katholischer Arbeiter.⁹⁰ Obwohl das am 20. Juli 1946 im *Weser-Kurier* veröffentlichte Programm der CDU kaum Unterschiede zu dem der BDV aufwies⁹¹ – selbstverständlich wurde das christliche Element stärker betont –, hatte die CDU im ersten Jahr ihrer Existenz bemerkenswerten Erfolg bei der Organisation ihrer Jungen Union.⁹² Unter dem Aspekt der Erhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung war die christliche Religion 1945/46 der einzige ideologische Schutz gegen das Vordringen sozialistischer Gedanken,⁹³ da der Nationalsozialismus sich nicht artikulieren durfte und der Liberalismus seine seit langem verlorene Anziehungskraft auf breite Volksschichten nicht wiederzugewinnen vermochte. Als christlich-antisozialistische Sammlungspartei wurde die CDU auch in Bremen seit 1947 – zunächst neben der Deutschen Partei – zum wichtigsten Gegenspieler der SPD und verwies die Liberalen zunehmend in die Rolle des kapitalistischen Korrektivs der Sozialdemokratie.

Die extrem konservative – teils welfisch-partikularistische, teils nationalistische, aber durchweg antipreußische – Niedersächsische Landespartei (NLP),⁹⁴ aus der 1947 die Deutsche Partei hervorging, blieb in Bremen anfangs fast ausschließlich auf bäuerliche Schichten im Landgebiet beschränkt. Erst in den fünfziger Jahren gelang es der Deutschen Partei, Bremen durch spektakuläre Wahlerfolge zu einer ihrer Hochburgen auszubauen.

Wie die NLP auf dem äußersten rechten, stand die Freie Demokratische Partei (FDP) auf dem linken Flügel des bürgerlichen Parteienfeldes. Die von der BDV abgespaltene, durch den starken persönlichen

Einfluß des Weingroßhändlers Heinrich Hollmann geprägte Gruppierung wurde am 10. Juni 1946 legalisiert.⁹⁵ Die Bremer FDP, die »bewußt als erste Forderung die Demokratisierung der Verwaltung und des gesamten öffentlichen Lebens« verlangte, und zwar »Demokratisierung von unten nach oben und nicht umgekehrt«,⁹⁶ gewann nie größere Bedeutung und ging schließlich wie die BDV nach der Bildung einer bundeseinheitlichen liberalen Partei in dieser auf.

Die Relation zwischen den Mitgliedschaften der Arbeiterparteien einerseits und der bürgerlichen Parteien andererseits verschob sich 1946/47 zwar leicht zugunsten der letzteren, im wesentlichen blieb das zahlenmäßige Kräfteverhältnis zwischen ihnen jedoch unverändert.⁹⁷ Die bürgerlichen Parteien waren in Bremen auch zwei Jahre nach der Besetzung »wenig mehr als Haken, an denen am Wahltag antisozialistische Stimmen aufzuhängen sind.«⁹⁸

Die ersten Bürgerschaftswahlen nach der Besetzung und die Situation der Arbeiterparteien am Ende des Jahres 1946

Die für den Herbst 1946 angesetzten Bürgerschaftswahlen boten zum ersten Mal nach dem Krieg die Möglichkeit, die Anziehungskraft der verschiedenen Bremer Parteien zu ermitteln. Das vorgesehene Wahlverfahren,⁹⁹ das man als modifiziertes Mehrheitswahlrecht bezeichnen kann, bevorteilte die größte Partei und benachteiligte insbesondere die kleinen Parteien. Die bürgerlichen Parteien zogen aus dem verordneten Wahlverfahren die Konsequenz, eine antisozialistische Einheitsliste aufzustellen. Die Ausführung dieses Plans wurde jedoch von der Militärregierung nach einer Intervention der SPD untersagt, da eine solche gemeinsame Liste dem Wähler die Parteifronten unsichtbar mache.¹⁰⁰ NLP und FDP verzichteten daraufhin zugunsten der Bremer Demokratischen Volkspartei auf ein eigenes Auftreten bei der Wahl. Einige FDP-Vertreter kandidierten auf deren Liste.¹⁰¹ Mit der CDU einigte sich die BDV auf ein Wahlabkommen, demzufolge jede Partei nur die Hälfte der zur Wahl stehenden Direktkandidaten aufstellen und die eigenen Anhänger auffordern sollte, auch für die Kandidaten der befreundeten Partei zu stimmen.¹⁰²

Ein ähnliches Wahlbündnis schlugen die Kommunisten für die Arbeiterparteien vor. Schon im Mai 1946 hatte die KPD der SPD das Angebot unterbreitet, in denjenigen Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufzustellen, in denen die Gefahr bestehe, daß die Zersplitterung

der Arbeiterstimmen zum Sieg bürgerlicher Kandidaten führe.¹⁰³ Nach dem Bekanntwerden des Abkommens zwischen BDV und CDU trat die KPD noch einmal an die SPD heran. Die Kommunisten erklärten es »für außerordentlich wichtig, mit möglichster Sicherheit eine Arbeitermehrheit in der kommenden Bürgerschaft zu haben.« Sie seien daher bereit, »jeden Parteiegoismus zurückzustellen«, und fühlten sich »als Treuhänder und Sachwalter der gesamten bremischen Arbeiterschaft.«¹⁰⁴ Die KPD betonte ausdrücklich, »daß es für uns von geringerer Bedeutung ist, wieviel mehr KP- oder SP-Abgeordnete in der Bürgerschaft sein werden.«¹⁰⁵ Um dem Vorschlag mehr Nachdruck zu verleihen, bemühten sich die Anhänger der KPD, in den Großbetrieben entsprechende Resolutionen verabschieden zu lassen. So sprachen sich im Sommer 1946 mehrere Belegschaften für ein Zusammengehen der Arbeiterparteien bei den Bürgerschaftswahlen aus.¹⁰⁶

Innerhalb der SPD trat jedoch nur eine Minderheit, darunter Ehlers, Wolters und das Ehepaar Enderle, für die Annahme des kommunistischen Vorschlags ein.¹⁰⁷ Die Mehrheit fühlte sich an den Beschluß des Parteivorstandes gebunden, unter allen Umständen unter eigener Fahne zu kandidieren. Zudem seien »in zahlreichen Fragen grundsätzliche Differenzen zwischen SPD und KPD vorhanden.«¹⁰⁸

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Wahlkampf selbst einen nennenswerten Einfluß auf das Wahlergebnis hatte. Die finanziellen und technischen Möglichkeiten reichten nicht hin, eine aufwendige Kampagne zu führen.¹⁰⁹ Zwar zeigte sich auch im Wahlkampf die organisatorische Überlegenheit der Arbeiterparteien – im Monat September 1946 hielt die KPD 109 Versammlungen ab, die SPD 64, die CDU 35, die BVD 21, die FDP und die NLP je drei¹¹⁰ –; aber das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen scheint insgesamt nicht groß gewesen zu sein. Nach Beobachtungen Irmgard Enderles waren die »Wahlversammlungen [...] fast durchweg schlecht besucht.«¹¹¹ Nur zu Beginn und zum Abschluß des Wahlkampfes vermochten die Arbeiterparteien tatsächliche Massenkundgebungen durchzuführen. Die SPD eröffnete ihre Kampagne am 7. Juli mit einer Kundgebung im Zirkus Schickler, bei der vor 4000 Zuhörern neben Wilhelm Kaisen der ehemalige preußische Innenminister Severing sprach.¹¹² Die Redner der am selben Ort abgehaltenen KPD-Versammlung waren Rudolf Rafoth und Heinz Schramm.¹¹³ Bei den Abschlußkundgebungen der Arbeiterparteien sprachen vor je ca. 15 000 Menschen in der von den Amerikanern neu errichteten Sporthalle die Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und Max Reimann.¹¹⁴

Der Wahlkampf wurde von allen Parteien relativ nüchtern geführt.

BDV und CDU warnten vor den »Klassenparteien« SPD und KPD und stellten sich selbst als wahre Volksparteien und Vertreter des Gemeininteresses hin.¹¹⁵ Die SPD wies einerseits auf die bisher unter ihrer Führung errungenen Aufbauernfolge hin, andererseits suchte sie die verbreitete antikapitalistische Stimmung in der deutschen Bevölkerung durch Hervorhebung ihrer sozialistischen Zielsetzung für sich zu mobilisieren.¹¹⁶ Während die SPD ihren Ruf nach Sozialismus kaum konkretisierte, verzichtete die KPD zwar ebenfalls nicht darauf, das sozialistische Endziel zu erwähnen,¹¹⁷ legte aber das Schwergewicht auf ihre Etappenziele. Als Hauptlosung formulierten die Bremer Kommunisten: »Einheit der Arbeiterklasse – Einheit Deutschlands!«¹¹⁸

Die Wahl am 13. Oktober brachte der SPD mit 47,6 % der gültigen Stimmen einen klaren Wahlsieg.¹¹⁹ Sie war in allen Wahlbezirken die relativ stärkste Partei geworden. Ihr Anteil bewegte sich zwischen 28,9 % (Schwachhausen-Horn) und 64,4 % (Buntentor, Huckelriede, Arsten, Habenhausen). Aufgrund des Wahlverfahrens erhielt die SPD 51 (= 63,7 %) der Mandate.¹²⁰

Die CDU errang 18,9 % und die BDV 18,3 % der Stimmen. Zu ihrem Anteil müssen die 3,7 % für unabhängige Kandidaten gerechnet werden, um den gesamten bürgerlichen Stimmenblock zu erfassen.

Die KPD konnte 11,5 % der Stimmen für sich verbuchen, errang aber kein Direktmandat. Sie war daher in der neuen Bürgerschaft nur mit drei Abgeordneten vertreten. Nur in einem Wahlbezirk (Industrie-hafen-Oslebshausen) überschritt ihr Stimmenanteil gerade 20 %, in sieben Wahlbezirken lag er unter 10 %, jedoch in keinem Bezirk unter 5 %.

Die Wähler hatten trotz des merkwürdigen Wahlsystems eindeutig nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden. Die Stimmzahl der verschiedenen in einem Wahlbezirk gewählten Kandidaten einer Partei war überall fast gleich hoch, so daß in elf der 16 Wahlbezirke alle sozialdemokratischen, in vier Wahlbezirken alle bürgerlichen Kandidaten gewählt wurden. Die einzige Ausnahme machte Wilhelm Kaisen, der in einem mehrheitlich bürgerlichen Bezirk direkt gewählt wurde.¹²¹ Knapp 60 % der Wähler stimmten für Parteien, die sich für eine an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierte Politik ausgesprochen hatten. Bremen gehörte damit – neben Hamburg und Hessen – zu den westdeutschen Ländern, in denen die Arbeiterparteien die absolute Mehrheit der Stimmen besaßen.

Der unerwartet hohe Wahlsieg gab der SPD Auftrieb. Mit Recht fürchteten die sozialdemokratischen Senatoren Paulmann und Theil als Ergebnis der Wahl – aus ihrer Sicht – übersteigerte Forderungen

ihrer Parteifreunde,¹²² mit Recht waren die unteren Funktionäre – von ihrem Standpunkt aus – mißtrauisch gegenüber denjenigen Senatoren, die den Wahlsieg nicht voll ausschöpfen wollten. Die Leitung des Distrikts Buntentor verlangte daher am 21. Oktober, »daß die grundsätzliche Festlegung der zukünftig in Bremen einzuschlagenden Politik und für die notwendige Umbildung des Senats nur unter Mitwirkung eines möglichst weitgefaßten Kreises der Mitglieder, zum mindesten aber unter Mitwirkung des erweiterten Parteivorstandes zu erfolgen hat.«¹²³

Dabei war das Bemühen, dem neuen Senat eine möglichst umfassende Basis zu geben, in der SPD wenig umstritten, wohl aber die von Kaisen propagierte Verteilung der Senatsitze auf die verschiedenen Parteien. Kaisen wünschte einen Senat aus sechs Sozialdemokraten, zwei Volksparteilern, zwei Christdemokraten und einem Kommunisten.¹²⁴ Gleichzeitig war er daran interessiert, die Mitglieder des ernannten Senats beizubehalten, der nach dem Übertritt Ehlers' und Wolters' zur SPD durch zwei andere kommunistische Vertreter, Käthe Popall und Albert Häusler, als Halbsenatoren für Gesundheit bzw. Wohnungswesen und Brennstoffbeschaffung erweitert worden war.¹²⁵ Die CDU forderte drei, mindestens aber zwei Sitze für sich.¹²⁶ Die Diskussion innerhalb der SPD konzentrierte sich insbesondere auf die Frage, ob bisherige Domänen bürgerlicher Politiker wie zum Beispiel das Wirtschaftsressort diesen weiterhin überlassen werden sollten. Strittig war aber auch die Beteiligung der Kommunisten am Senat, die mit der Verschleppung ostdeutscher Ingenieure und Techniker nach Rußland belastet wurden.¹²⁷

Nachdem sich die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien sechs Wochen hingezogen hatten, drang die SPD-Bürgerschaftsfraktion gegen Kaisen mit einem Vorschlag durch, nach dem sieben Senatsitze der SPD, zwei der BDV, einer der KPD, einer der CDU und einer einem »Unabhängigen« zufallen sollten.¹²⁸ Statt des CDU-Vertreters, den zu stellen sich die Partei angesichts der beabsichtigten Unterrepräsentierung weigerte, entsandte die Bürgerschaft am 28. November 1946 einen weiteren Politiker der BDV in den Senat. Gegenüber dem alten Senat wurden Albert Häusler durch Willy Ewert (SPD) und Andree Bölken durch Hermann Mester (SPD) ersetzt. Die einzige wesentliche Ressortänderung war die Aufteilung des Wirtschaftsressorts in die Bereiche »Wirtschaft«, nunmehr von Wolters gemeinsam mit dem Ressort Arbeit verwaltet, und »Häfen«, nunmehr von Apelt geleitet.¹²⁹

Beide Bremer Arbeiterparteien hatten ihre Mitgliederzahlen im Lauf

des Jahres 1946 erheblich steigern können: die SPD von 2309 auf 5042,¹³⁰ die KPD von ca. 1000 auf ca. 2700.¹³¹ 1947 expandierte die SPD noch einmal kräftig, die KPD nahm in geringerem Maß ebenfalls zu: Im Februar 1948 zählte die SPD 6332 Mitglieder, die KPD 2767. Im Verlauf des Jahres kam diese Aufwärtsbewegung bei beiden Parteien zum Stillstand.¹³² Beide blieben hinter ihren Zahlen während der Endphase der Weimarer Republik deutlich zurück.

In der Functional History – die in Ermangelung primären Quellenmaterials angeführt sei – wurden die Bremer Arbeiterparteien Ende 1946 folgendermaßen charakterisiert:¹³³ Die meisten SPD-Mitglieder kamen aus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft und hatten schon vor 1933 der SPD oder der sozialistischen Jugendbewegung angehört. Die Bremer sozialdemokratischen Parteiführer waren in der Weimarer Zeit ganz überwiegend Gewerkschaftsfunktionäre und Journalisten der Arbeiterpresse gewesen. Ausnahmen bildeten einige Lehrer und Intellektuelle.

Die Mitgliedschaft der KPD setzte sich ausschließlicher als die der SPD aus Arbeitern zusammen und war derselben Quelle zufolge »Mann für Mann einsatzfreudiger und beständiger aktiv als die irgendeiner anderen Partei.« Ihre Politik werde »mit Enthusiasmus und Disziplin« ausgeführt. Sie habe »stets reichlich Geld und einen viel größeren hauptamtlichen Stab als jede andere Partei.« Allerdings sei gerade ihre Bremer Führung sehr schwach. Gegenüber den ersten Monaten nach der Legalisierung, »als die KPD die bei weitem aktivste Partei war«, hätten die Kommunisten relativ an Einfluß verloren. Die Identifikation der Partei mit der Deutschlandpolitik der Sowjetunion durch beinahe die gesamte Bevölkerung hindere die KPD an der vollen Ausnutzung ihrer größten Stärke: der »äußerst engen Verbundenheit« mit den Tagesproblemen der deutschen Werktätigen.

Ein schwerwiegendes strukturelles Problem der deutschen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit war ihre Überalterung.¹³⁴ Gerade jene Altersstufen, die normalerweise den aktiven Stamm der Arbeiterorganisationen bildeten, waren durch Tod, Gefangenschaft, Invalidität zunächst für gewerkschaftliche und politische Arbeit verloren. Offenbar waren auch Demoralisierung und nationalsozialistische Beeinflussung gerade unter Jugendlichen und Angehörigen der »Frontgeneration« am verbreitetsten.¹³⁵ Im *Weser-Kurier* wurde nach der ersten öffentlichen Kundgebung der Bremer Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg am 1. Mai 1946 über eine »außergewöhnlich große Zahl über 50 Jahre alter Teilnehmer« und das »fast völlige Fehlen der 20–40jährigen Werktätigen« berichtet.¹³⁶

Von der Überalterung war die SPD weitaus stärker betroffen als die KPD. Nach einer exemplarischen Untersuchung zweier Westberliner Bezirke hatte sich die Relation zwischen den Parteimitgliedern unter und über 45 Jahren zwischen 1930 und Ende 1945 umgekehrt: Hatten vor der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ca. 60 % zu der ersten Gruppe gehört, so waren es einige Monate nach Kriegsende nur ca. 40 %. Ungefähr zwei Drittel der neuen Parteimitglieder hatten vor 1933 bereits sozialdemokratischen oder freigewerkschaftlichen Organisationen angehört.¹³⁷ In anderen Städten und insgesamt dürfte dieser Anteil eher höher gelegen haben.¹³⁸

Für Bremen stehen nur vereinzelte Zahlen zur Verfügung: Das Durchschnittsalter der sozialdemokratischen Mitglieder der ernannten Bürgerschaft betrug im August 1946 54,4, das der KPD-Fraktion 42,5 Jahre.¹³⁹ Allerdings stellten die unter 25 Jahre alten Mitglieder am 1. September 1947 bei der SPD 8 % und bei der KPD 13,5 %.¹⁴⁰ Diese Rate überstieg selbst im ersten Fall den Anteil der unter 25jährigen an der Bremer Gesamtbevölkerung.¹⁴¹ Die Relevanz der Zahlen läßt sich jedoch angesichts des Fehlens vollständiger Altersstatistiken – vor allem würde der Anteil der 25–40jährigen interessieren – nicht beurteilen. Schon Ende März 1946 hatte Irmgard Enderle vom plötzlichen Auftauchen eines »ganzen Schwunges jüngerer Funktionäre« im SPD-Distrikt Ostertor berichtet.¹⁴² Auch in der *Functional History* wird ein »kleiner, aber enthusiastischer Kader« jüngerer Bremer Sozialdemokraten erwähnt, der Anstalten mache, sich von der Unbeweglichkeit der älteren Genossen zu befreien.¹⁴³

Wie sich die Alterszusammensetzung der Arbeiterparteien, insbesondere der SPD, in den folgenden Jahren in Bremen entwickelte, ließe sich nur durch detaillierte Untersuchungen über diesen Zeitraum klären. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich das Dilemma zunächst noch verschärfte. Von den Mitgliedern der gesamten SPD waren 1952 nur noch 32 % jünger als 45 Jahre und 42 % älter als 55 Jahre.¹⁴⁴ Der starke Mitgliederrückgang seit 1948 kann also nicht allein mit dem Tod der ältesten Sozialdemokraten erklärt werden.

Die Auseinandersetzung über die Bremer Verfassung und die Wahlen von 1947

Für die im Oktober 1946 gewählte Bürgerschaft rückte alsbald die Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung für das Land Bremen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.¹⁴⁵ Am 6. März 1947 er-

klärte sie sich vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung zur konstituierenden Versammlung; die praktische Arbeit vollzog sich in einer besonderen Verfassungsdeputation.¹⁴⁶ Der endgültige Entwurf mußte dann durch ein Referendum gebilligt werden. Die monatelange Debatte zwischen den Parteien vollzog sich im allgemeinen ohne Zusammenhang mit den konkreten Existenzproblemen der Bevölkerung und fand daher kaum Interesse;¹⁴⁷ die Verfassungsdebatte war auf diese Weise bezeichnend für den irrealen Charakter der von den Arbeiterparteien in den Westzonen parlamentarisch verfochtenen Neuordnungsvorstellungen. Erst als die in einigen zentralen Punkten unüberwindlichen Differenzen zwischen den Parteien eine offene Konfrontation entlang der Klassengrenzen bewirkten, als deutlich wurde, daß Verfassungsfragen immer auch Machtfragen sind, kam es aufgrund dieser Polarisierung zu einer regeren Anteilnahme an der Auseinandersetzung, wobei der genaue Text der umstrittenen Paragraphen für die breiten Wählerschichten vermutlich eher symbolischen Wert hatte.

Der Verfassungsdeputation lagen vier verschiedene Entwürfe vor: neben dem traditionell liberalen Vorschlag Theodor Spittas (BDV), der schon die Verfassung von 1920 ausgearbeitet hatte, je ein Entwurf der CDU, der SPD und der KPD.¹⁴⁸ Die SPD, deren Entwurf von einem breiten repräsentativen Parteikomitee verabschiedet worden und offenbar ohne Mitarbeit Kaisers zustande gekommen war,¹⁴⁹ wandte sich, indem sie sich dabei eng an die hessische Verfassung anlehnte, insbesondere in den Fragen der Sozialisierung und Mitbestimmung scharf gegen Spitta. In einer gedruckten Disposition für Parteiredner hieß es im August 1947: »Die Sozialdemokratie ist willens, diese Verfassung zum Kampfinstrument der Schaffenden gegen die Reaktion und [das] Besitzbürgertum zu machen.«¹⁵⁰

Die KPD, die der Bildung selbständiger Länder an sich ablehnend gegenüberstand¹⁵¹ und ihren Verfassungsentwurf für Bremen¹⁵² daher nur als unvermeidlichen Tribut an die politische Realität ansah, legte ein Dokument vor, das weitgehend eine Kopie der von der SED im Herbst 1946 vorgeschlagenen gesamtdeutschen Verfassung war.¹⁵³ Formal gesehen, erstrebte die KPD mit ihrem Entwurf einen auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhenden radikaldemokratischen Parlamentarismus, wobei sie vor allem die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive beseitigen wollte. Der Vorschlag, die Zahl der Parteien zu begrenzen,¹⁵⁴ machte allerdings deutlich, daß auch die KPD nicht bereit war, eine unbeschränkte demokratische Entwicklung zuzulassen.

Auf gesellschaftspolitischem Gebiet sollte die Demokratie durch Verstaatlichung der Konzerne bzw. der Großindustrie, durch entschädigungslose Enteignung »ehemaliger Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler« und durch paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte in allen Fragen gesichert werden. Übereinstimmung mit der SPD bestand auch in bezug auf die Schaffung einer mit bedeutenden wirtschaftspolitischen Funktionen auszustattenden Wirtschaftskammer, die paritätisch zusammengesetzt sein und die bestehenden Kammern in sich aufnehmen sollte. Ein solches Gremium wurde jedoch von der Militärregierung von vornherein abgelehnt, die nicht bereit war, in den Kammern öffentlich-rechtliche Anstalten zu sehen.¹⁵⁵

Obwohl SPD und KPD in sehr vielen Punkten sachlich übereinstimmten, was sich in einem gemeinsamen Mehrheitsvotum in der Verfassungsdeputation niederschlug,¹⁵⁶ schreckten die Sozialdemokraten gerade in der Verfassungsfrage vor der Bildung eines »Sozialistenblocks« zurück¹⁵⁷ und suchten statt dessen die Verständigung mit den bürgerlichen Parteien. Mit der Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages in der Sozialisierungsfrage, nach dem eine Enteignung durch Gesetz in weitem Maß möglich, aber nicht vorgeschrieben war, hatte Kaisen bereits eines der größten Hindernisse für eine sozialdemokratisch-bürgerliche Übereinkunft über die Verfassung aus dem Weg geräumt.¹⁵⁸ Dennoch bemühte sich die SPD nach der Abstimmung in der Verfassungsdeputation vergeblich, doch noch eine Einigung mit den bürgerlichen Parteien zu erreichen. Gleichzeitig wandte sich die KPD von dem immer stärker verwässerten gemeinsamen Vorschlag ab. So blieb die SPD in der Abstimmung der Bürgerschaft über die Verfassung am 1. August 1947 fast allein, verstärkt nur durch die kleine FDP,¹⁵⁹ obwohl sie sich bereit erklärt hatte, die allseitige paritätische Mitbestimmung einem Sonderreferendum zu unterwerfen. Erst nachdem der Artikel 47, der diese Frage regelte, so umformuliert worden war, daß die paritätische Mitbestimmung sich nur auf die »sozialen« Probleme beschränkte, nicht aber die wirtschaftlichen und personellen Entscheidungen einschloß, während die weitergehende Forderung der SPD als Sonderwunsch gebilligt werden mußte, und nachdem die Verbindlichkeit der nichtkonfessionellen Gemeinschaftsschule etwas vager formuliert worden war, erklärten sich BDV und CDU bereit, ihre Anhänger zu einem positiven Votum bei der Volksabstimmung am 12. Oktober 1947 aufzurufen.¹⁶⁰

Die KPD trat gemeinsam mit der SPD für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ein, lehnte aber die Verfassung insgesamt als einzige der bedeutenden Parteien ab.¹⁶¹ Der SPD wurde vorge-

worfen, »ihren eigenen vorgelegten guten sozialistischen Verfassungsentwurf« fallengelassen zu haben.¹⁶² Dabei konnten die Kommunisten auf das wiederholte Zurückweichen der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion vor den Forderungen der bürgerlichen Parteien verweisen. Die KPD hingegen mußte sich vorhalten lassen, in der Verfassungsdeputation dem Gesamtentwurf zugestimmt zu haben und im nachhinein eine auf höhere Weisung vollzogene Wendung durch das Einbringen von rein taktisch begründeten Abänderungsanträgen verschleiern zu wollen.¹⁶³

Die Gewerkschaften – sozialdemokratisch dominiert – blieben bei ihrer massiven Unterstützung der SPD in beiden Referenden.¹⁶⁴ Die Haltung der KPD wurde eindeutig und scharf verurteilt – besonders als die SPD als Befürworterin des offiziellen Verfassungsentwurfs praktisch allein stand. Zweifellos war die unterschiedliche Position der beiden Parteien in der Verfassungsfrage, die damit in Bremen zum ersten Mal nach dem Krieg in einer politischen Frage von grundsätzlicher Bedeutung gegeneinander auftraten, ein wesentlicher Faktor für ihre weitere Entfremdung.

Angesichts der Einigung der SPD und der bürgerlichen Parteien vor der Abstimmung konnte die Annahme der Verfassung mit über drei Fünfteln der gültigen Stimmen im Wahlbereich Bremen nicht überraschen.¹⁶⁵ Bedeutsamer war das Absinken der Wahlbeteiligung bei den gleichzeitig abgehaltenen Bürgerschaftswahlen gegenüber 1946 um 14 %. Besonders stark waren die beiden Arbeiterparteien dadurch betroffen: Die SPD büßte 7,3 % der Stimmen ein, die KPD 2,9 %. Da sich die Sitzverteilung nunmehr nach dem Verhältniswahlsystem errechnete, war der Verlust an Mandaten für die SPD noch größer, während die KPD eine erheblich stärkere Fraktion in die Bürgerschaft entsenden konnte. Die Arbeitermehrheit blieb nur dadurch erhalten, daß mehrere bürgerliche Gruppierungen, darunter die Bremer FDP mit 4,8 %, an der 5 %-Grenze gescheitert waren.

Die Wahlniederlage der Arbeiterparteien war wohl überwiegend auf die Resignation von werktätigen SPD- und KPD-Wählern zurückzuführen, die sich 1946 von ihrer Entscheidung noch materielle Verbesserungen und durchgreifende gesellschaftliche Reformen erhofft hatten, angesichts des im Lauf des Jahres 1947 noch verschärften sozialen Elends aber enttäuscht beiseite standen. Der Erfolg der CDU (3,1 % Zuwachs) beruhte gewiß nicht zuletzt auf ihrer Oppositionsstellung. Daß die von der Linken propagierte Mitbestimmungsregelung trotz des Wahlergebnisses eine knappe Mehrheit fand, zeigt, daß die verbliebenen Anhänger von SPD und KPD in Konfrontation mit dem

geschlossenen Bürgertum außerordentlich diszipliniert abstimmten, während ein Teil der Wähler der diversen bürgerlichen Parteien entweder nicht an der Abstimmung teilnahm oder ungültig stimmte.

Die Ablehnung nahezu aller von der KPD propagierten gesellschaftlichen Veränderungen, besonders der paritätischen Mitbestimmung, durch sämtliche in Bremen vertretenen bürgerlichen Parteien¹⁶⁶ führte hier das Block-Konzept so eindeutig ad absurdum, daß die Alternative für die Kommunisten nach der Wahl eigentlich nur noch lauten konnte: Regierungsbündnis mit der SPD oder Opposition. Der gemeinsame Sieg bei der Abstimmung über den Artikel 47 bot der KPD trotz der Wahlniederlage einen günstigen Ansatzpunkt für eine Kampagne mit dem Ziel, eine »Arbeiterregierung« zu bilden; denn nur sie würde das in Artikel 47 festgelegte Mitbestimmungsrecht in Gesetzesform bringen und verwirklichen. Die bürgerlichen Parteien galten der KPD nun als Instrumente, deren sich die »deutschen Finanzkapitalisten, die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler von gestern« bedienten, »um ihre Position noch einmal, zum Schaden Deutschlands, zu retten. [. . .] Können diese Feinde des werktätigen Volkes Regierungspartner der Arbeiterparteien sein? Niemals!«¹⁶⁷ Zur Unterstützung ihrer Forderung nach einer Arbeiterregierung suchten die Kommunisten in Betrieben, Büros und Gewerkschaftsgruppen Resolutionen durchzusetzen, in denen ein Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien gefordert wurde.¹⁶⁸ Der SPD wurde ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Lage der Werktätigen als Basis für die gemeinsame Regierungstätigkeit vorgeschlagen.¹⁶⁹

Indessen war die SPD nicht gewillt, das Wagnis eines Linkssenats einzugehen. Kaisen warnte vor allem aus »finanziellen und wirtschaftlichen Gründen.«¹⁷⁰ In der Tat hätte die Bildung einer Arbeiterregierung in Bremen eine klassenmäßige Polarisierung herbeigeführt und damit Kaisens gesamtes Konzept des Klassenbündnisses von Bürgertum und Arbeiterschaft zerstört. Die Majorität der Arbeiterparteien in der Bürgerschaft war für Kaisen nicht mehr und nicht weniger als ein potentielles Disziplinierungsargument gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern der SPD.¹⁷¹

Da die SPD nicht gewillt war, auf das Bündnisangebot der KPD einzugehen, erklärten die Bremer Kommunisten in der Bürgerschaft: »Die Mitarbeit und Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien ist möglich, wenn sie bereit sind, ohne Vorbehalt den in der Verfassung zum Ausdruck gekommenen Willen zu achten und ihm zu entsprechen.«¹⁷² Obwohl die KPD die Möglichkeit einer solchen Lösung bereits kurz nach den Wahlen angedeutet hatte,¹⁷³ stand diese Erklärung doch in

merkwürdigem Gegensatz zu der agitatorischen Forderung, niemals mehr dürfe es eine Koalition mit den durch die bürgerlichen Parteien repräsentierten »Feinden des werktätigen Volkes« geben. Unter den Anhängern der SPD, die für eine Arbeiterregierung mobilisiert werden sollten, mußte diese augenscheinlich zweideutige Haltung der KPD das schon vorhandene Mißtrauen verstärken.

Nach ungewöhnlich langen Koalitionsverhandlungen wurde am 22. Januar 1948 eine Regierung aus SPD und BDV gebildet.¹⁷⁴ Die BDV hatte das Ausscheiden der KPD aus dem Senat zur Bedingung für ihre Regierungsbeteiligung gemacht. Voraussetzung einer solchen Koalition war selbstverständlich der Verzicht der Sozialdemokraten auf gesellschaftliche Strukturreformen jeder Art, speziell auf die in der Verfassung vorgesehenen Sozialisierungen, deren Propagierung – wie das Eintreten für die Mitbestimmung der Betriebsräte – im Mittelpunkt der Wahlkampagne der SPD gestanden hatte.¹⁷⁵

Trotz der Koalitions-Entscheidung beharrte die SPD-Fraktion daher zunächst auf der Verwirklichung des Verfassungsauftrags zur Schaffung eines Gesetzes über die paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte. Der erste, von SPD und KPD getragene Entwurf stieß bereits auf den Widerstand des Senats und der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschüsse der Bürgerschaft, hauptsächlich weil in ihm die paritätische Mitbestimmung auch für die städtischen Behörden vorgesehen war. Dennoch hielt die Bürgerschaft selbst bei der zweiten Fassung des Gesetzes, die sie am 15. Juli 1948 verabschiedete, für privatwirtschaftliche Unternehmen an der paritätischen Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen fest. Die KPD stimmte daher »trotz schwerster Bedenken« nochmals zu.¹⁷⁶

Als die Sozialdemokraten die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung in Angriff nahmen, waren sie überzeugt, daß die früher formulierten amerikanischen Einwände gegen die in Bremen geplante Lösung wegen der Volksabstimmung als »gegenstandslos« angesehen werden müßten, wenn »die Demokratie nicht zu einer inhaltslosen Formel herabgewürdigt« werden solle.¹⁷⁷ Gleichzeitig mit der Billigung der Verfassung hatte General Clay deutlich gemacht, daß die USA ein Inkrafttreten der paritätischen Mitbestimmung nicht dulden würden;¹⁷⁸ eine jede grundlegende Änderung in den Methoden der Leitung der Industriebetriebe sollte nur reichseinheitlich und auf Wunsch des ganzen deutschen Volkes erfolgen, also nicht bevor Deutschland – bzw. Westdeutschland – als einheitlicher Staat wiedererrichtet war. Dementsprechend suspendierte OMGUS am 22. Oktober 1948 ungeachtet des Referendums das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen und

einige Paragraphen, die sich mit den Befugnissen des Betriebsrates beschäftigten, »bis das Grundgesetz [...] für die drei westlichen Zonen Deutschlands in Kraft getreten ist und die Streitfrage entschieden hat, ob Gesetze, die den Umfang der Teilnahme des Betriebsrates an wirtschaftlichen Angelegenheiten in privaten Unternehmungen bestimmen, durch die gesetzgebenden Körperschaften der Länder beschlossen werden dürfen oder nicht.«¹⁷⁹ Gimbel unterstreicht zu Recht, daß Clay den gegenüber der Sowjetunion und der deutschen Linken sonst so energisch verfochtenen Föderalismus gerade in dem Moment desavouierte, als in mehreren deutschen Ländern gesellschaftspolitische Entscheidungen gefallen waren, die den amerikanischen Interessen widersprachen.¹⁸⁰

Die Intervention der Besatzungsmacht verhalf den Gegnern des Volksabstimmungsvotums vom 12. Oktober 1947 zu einem späten Sieg. Um den verbliebenen Teilen der Reform wenigstens einen breiten Konsensus zu sichern, kam die SPD den bürgerlichen Parteien auch bei der Regelung anderer umstrittener Teile des Gesetzes – vor allem bei der Mitbestimmung in personellen Fragen – entgegen. Das nunmehr im wesentlichen seiner Substanz beraubte Gesetz wurde am 30. Dezember 1948 von der Bürgerschaft gegen die Stimmen der KPD endgültig verabschiedet.¹⁸¹ Seine Geschichte demonstriert in nuce das Scheitern der sozialdemokratischen und kommunistischen Reformkonzeptionen in den Westzonen Deutschlands.

Schluß

Die erste organisatorische Form, in der sich die aus der Illegalität auftauchenden Kader der Arbeiterbewegung in Bremen zusammenfanden, war die antifaschistische Einheitsorganisation »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus«, die hier länger als vergleichbare Gruppierungen in den meisten anderen Städten existierte, bis Ende 1945 der beginnende Parteienkampf keinen Platz mehr für eine solche Vereinigung ließ. In ihren politischen Zielsetzungen war die KGF indessen schon vorher gescheitert. Der Grund für diesen Mißerfolg der antifaschistischen Bewegung in Bremen ist nur vordergründig bei der Besatzungsmacht zu suchen. Selbstverständlich war ein revolutionärer Kampf gegen die Amerikaner nicht nur machtpolitisch aussichtslos, sondern lag auch völlig außerhalb der Vorstellungswelt der deutschen Antifaschisten. Eine realistische Einschätzung der grundlegenden Ziele und weltpolitischen Interessen aller Besatzungsmächte hätte die Antifaschisten – unter der Voraussetzung, daß sie umgehend in den politischen Prozeß eingreifen wollten – vor die Alternative von radikaler Opposition mit der Konsequenz erneuter Illegalität oder bewußter Hilfsdienstleistung für die Okkupationsmächte bei Aufgabe der eigenen Ziele gestellt. Eine solche Analyse konnte von den Aktivistengruppen im Reich um so weniger erwartet werden, als selbst in der Emigration sich die Hoffnungen fast aller Sozialisten auf die Einsicht der Sieger konzentriert hatten. Der

Rahmen, in dem die KGF versuchen konnte, ihre Forderungen durchzusetzen, war äußerst eng. Vergeblich hatten die Antifaschisten in den ersten Wochen der Besetzung Bremens gehofft, mit Unterstützung der Militärregierung zur vorherrschenden politischen Kraft in der Hansestadt werden zu können. Die antifaschistischen Aktivitäten wurden sehr bald untersagt oder gebremst. Die KGF wurde als potentielle Linksoption durch Repression neutralisiert bei partieller Integration ihrer Führer in die Verwaltung, wo sie zwangsläufig zu Beauftragten der Militärregierung wurden. Praktisch beschränkten sich die Eingriffe der KGF in das soziale Gefüge auf die Beschlagnahme von Wohnungen ehemaliger prominenter Nationalsozialisten und deren zwangsweise Heranziehung zu Aufräumungsarbeiten durch die zuständigen, von Antifaschisten geleiteten Verwaltungsämter. Hinzu kam die Hilfe bei den amerikanischen Entnazifizierungsbemühungen, auf deren Ziele und Durchführung die KGF jedoch keinerlei Einfluß hatte.

Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus war aber nicht nur außerstande, sich gegenüber der Besatzungsmacht als eigenständiger Faktor zu behaupten; sie war genausowenig in der Lage, die Einigung und Erneuerung der Arbeiterbewegung voranzutreiben. Der überwiegend linkssozialistische und oppositionell-kommunistische Führungskreis der KGF hatte allein aufgrund seiner relativ starken Position im Widerstand in der Ausnahmesituation des Umbruchs eine bedeutende Rolle beim Neubeginn des politischen Lebens zu spielen vermocht. Er verfügte über keine größere »Hausmacht« unter den Bremer Arbeitern. Außerdem fehlte den ehemaligen SAP/KPO-Militanten in der unmittelbaren Nachkriegsphase jene klare politische Konzeption, die sie am Ende der Weimarer Republik ausgezeichnet hatte. Ein Teil der Linkssozialisten schloß sich überdies bereits im Sommer 1945 der SPD an, während die Mehrheit zunächst zur KPD ging. Eine Anzahl von fähigen, kritischen Arbeiterfunktionären aus dieser Gruppe wurde endlich durch die Übernahme wichtiger Verwaltungspositionen der politischen Auseinandersetzung entzogen. Aus allen diesen Gründen fiel der SAP/KPO-Kern als Alternative zur traditionell-reformistischen Sozialdemokratie und zum offiziellen Kommunismus stalinistischer Prägung aus; die Bedeutung der Gruppe ging desto stärker zurück, je mehr die herkömmlichen Parteien ihren Apparat festigten. Zweifellos ist es der Bremer KGF in wohl einmaliger Weise gelungen, die antifaschistische politische Tätigkeit für eine gewisse Phase zu monopolisieren. Unterschiedliche, ja gegensätzliche Tendenzen, wie sie sich etwa im »Dreizehner-« und im »Siebener-Ausschuß« ausdrückten, konnten für mehrere Monate zusammengefaßt werden. Die Stärke der KGF,

die Spannbreite ihrer Organisation, war jedoch zugleich ihre Schwäche, weil ihre führenden Politiker dadurch gegenüber den wiederentstehenden Partei- und Gewerkschaftsbürokratien in eine rein defensive Position gerieten. Gerade das Bemühen, die in der KGF hergestellte antifaschistische Einheit keinesfalls zu gefährden, verhinderte einen zielgerichteten Kampf für die Einheit der Arbeiterbewegung, da ein solcher Kampf sich auch gegen Kräfte innerhalb der KGF hätte richten müssen.

Die in enger Verknüpfung mit der KGF entstandenen Betriebsausschüsse, deren Mitglieder häufig dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung angehörten, spielten eine wichtige gesellschaftliche Rolle bei der Organisierung der Aufräum- und Reparaturarbeiten, bei der Wiedereingangssetzung und Umstellung der Produktion. Mitbestimmungsrechte konnten in unterschiedlichem Grad durchgesetzt und vor allem bei der Entnazifizierung der Betriebe gemäß Gesetz Nr. 8 praktiziert werden. Trotzdem entstand im Unterschied zu 1918 keine breite revolutionäre Betriebsrätebewegung. In den Gewerkschaften hatten die hauptamtlichen Funktionäre aus der Weimarer Zeit die Führung fest in der Hand, nachdem das Verlangen der Betriebsvertretungen nach einer Einheitsgewerkschaft von der Militärregierung zurückgewiesen worden war. Die mit der Auflösung des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« beginnende Zurückdrängung des radikalen und kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften und Großbetrieben zog sich über mehrere Jahre hin und verlief parallel zu der von Kurt Schumacher bereits 1945 projektierten »Sozialdemokratisierung« der KPD-Anhänger in der Arbeiterschaft.

Sowohl auf gewerkschaftlicher als auch auf politischer Ebene war das weitverbreitete Verlangen nach Einheit – abgesehen von der im Kern durchaus rationalen Reaktion auf die Epoche von 1914 bis 1945 – weitgehend ein Ersatz für die unter der Herrschaft der Besatzungsmächte den Sozialisten genommene Möglichkeit, nach eigenen Vorstellungen Politik zu machen. Bezeichnend dafür war, daß gerade die in der KGF dominierenden Linksozialisten am vehementesten für die Einheitspartei eintraten, nachdem sie in ihren ursprünglichen Aktivitäten und Vorstellungen – radikaldemokratische Basismobilisierung über eine überparteiliche Einheitsorganisation der gesamten antifaschistischen Linken – in vieler Hinsicht frustriert worden waren und als die KGF als Organisation ohnehin keine Perspektive mehr besaß. Das bedeutet keineswegs, daß die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter das Ziel der organisatorischen Vereinigung anfangs nicht wichtig genommen hätten. Doch war die »Einheit« – auch auf gewerkschaft-

licher Ebene – eine unbestimmte Formel, hinter der sich mehrere unterschiedliche, ja gegensätzliche Konzeptionen über die gesellschaftlichen Zielsetzungen der deutschen Arbeiterbewegung und die Strategie und Taktik zu deren Verwirklichung verbargen. Da die historische Spaltung der sozialistischen Bewegung an sich real vorhandenen verschiedenartigen Bewußtseinsformen innerhalb der Arbeiterklasse entsprach, die nur in einer relativ »ruhigen« Phase der gesellschaftlichen Entwicklung von 1875 bis 1915 in der Sozialdemokratie hatten vereinheitlicht werden können, während in der Epoche der Krisen, Kriege und Revolutionen seit 1914 diese organisatorische Einheit zerbrechen mußte, wäre – wenn überhaupt – eine längerfristig vereinigte Arbeiterpartei 1945 nur in der Form einer nach links erweiterten deutschen Labour Party denkbar gewesen mit einer großen politischen Spannbreite und der Möglichkeit offener Fraktionsbildung. Letzteres wiederum war aufgrund der deutschen Parteientradition sehr unwahrscheinlich.

Tatsächlich ging es bei der kurzen Auseinandersetzung um die Sozialistische Einheitspartei in Deutschland 1945 nicht darum, ob es gelingen könnte, eine dauerhafte gemeinsame politische Basis von Sozialdemokraten, Kommunisten und Linksozialisten zu finden. Vielmehr stand zur Entscheidung, ob sich die Trennungslinien aufgrund von differierenden Antworten verschiedener Fraktionen der einheimischen Arbeiterklasse auf die Probleme der deutschen Gesellschaft in dieser Phase ergeben würden oder ob frühere und selbsternannte neue Parteiführer und ausländische Mächte aufgrund ihrer spezifischen Eigeninteressen die Entscheidungen und Alternativen zu bestimmen vermochten.

Daß sich innerhalb einer durch spontanen Druck von unten zustande gekommenen Arbeitereinheitspartei in diesem Sinn neue politische Differenzierungen herausbilden würden – jenseits der überkommenen Trennung in »moskauhörige« Kommunisten und »klassenverräterische« Sozialdemokraten, aus der beide Parteiführungen ihre politische Existenzberechtigung ableiteten –, mußte die SPD- und die KPD-Partei spitze gleichermaßen beunruhigen. Daher erklärt sich, daß das ZK der KPD und sich am »Büro Schumacher« orientierende SPD-Funktionäre gemeinsam jene enthusiastischen Versuche in den ersten Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch zerschlugen, den Vereinigungsprozeß der Arbeiterbewegung über lokale Neugründungen in Gang zu bringen.

Es wäre ganz unangemessen, jene lokalen Einheitsbestrebungen zu heroisieren oder ihren Umfang zu übertreiben. Aber wie die Antifa-, die Betriebsräte- und die Einheitsgewerkschafts-Bewegung gehörte die auf sofortigen Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten

in einer Partei gerichtete Strömung zu dem einzig Lebendigen und Eigenständigen, was die überlebenden Kader der Arbeiterbewegung nach den zwölf Jahren des Dritten Reichs hervorbrachten. In Bremen war der Wunsch der Basis nach einer einheitlichen Arbeiterpartei zunächst offenbar so stark, daß die einer Vereinigung prinzipiell abgeneigten Teile des sozialdemokratischen Funktionärskorps anfangs kein offenes Hervortreten wagten. Indem jedoch die KPD die in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch sich bietende, einzige wirkliche Chance, in Übereinstimmung mit dem überwiegenden Teil der Sozialdemokratie eine Sozialistische Einheitspartei zu bilden, nicht wahrnahm, gab sie Kurt Schumacher und seinen Anhängern Zeit, die Sozialdemokraten der Westzonen organisatorisch zu sammeln und politisch auf seine Linie festzulegen.

Ein unmittelbar nach Kriegsende verbreiteter gemeinsamer Appell des ZK der KPD und des Berliner Zentralaussschusses der SPD, in allen Orten und Regionen Deutschlands an den Aufbau einer einheitlichen Arbeiterpartei zu gehen – der Berliner SPD-Zirkel dachte offenbar an eine Initiative dieser Art –, wäre wahrscheinlich auf breite Zustimmung gestoßen. Als Preis für den Aufbau ihres bürokratisch-zentralistischen Parteiapparats, der zur politischen Kontrolle der Mitgliedschaft im Rahmen der hierarchischen Organisationsformen der KPD unabdingbar war, mußte die kommunistische Führung, wesentlich oder nicht, die rasche Neuformierung der SPD auf antikommunistischer Grundlage in Kauf nehmen. Die reale Politik der UdSSR und der KPD in der Ostzone – vor allem bei der zonalen Vereinigung von SPD und KPD – schien die unversöhnliche Haltung Kurt Schumachers gegenüber der KPD als gerechtfertigt zu bestätigen und bot ihm daher die entscheidende Unterstützung bei der Gewinnung der sozialdemokratischen Anhängerschaft und der großen Mehrheit der westdeutschen Arbeiter. Als die KPD Bremens im Dezember 1945 ihre Einheitskampagne begann, war die Basis in der SPD dafür geschwunden. Die Bremer Wahlen im Herbst 1946 brachten die SPD dicht an die absolute Mehrheit der Stimmen und die Zweidrittelmehrheit der Mandate heran, während die KPD deutlich hinter ihren Ergebnissen während der Endphase der Weimarer Republik zurückblieb. Die SPD erhielt rund viereinhalbmal so viele Stimmen wie die KPD.

Daß die auf Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung gerichteten Ansätze im Jahr 1945 ohne nennenswerten Widerstand ausgeschaltet werden konnten und daß sie so gut wie keine Spuren hinterließen, deutet auf die tiefere Ursache ihres Scheiterns hin. Sie waren nicht der Ausdruck einer revolutionären Massenbewegung, sondern ein Kader-

oder, wenn man so will, Elitephänomen der Arbeiterbewegung, getragen von jener Schicht unterer und mittlerer Funktionäre, die als Verbindungsglied zwischen Führern und Basis das Rückgrat jeder Arbeiterorganisation bildet. Revolutionäre Phasen zeichnen sich dadurch aus, daß die breiten, normalerweise mehr oder weniger passiven, werktätigen Schichten für die Durchsetzung unmittelbarer Interessen aktiviert und allgemein politisiert werden. Erst dadurch erhalten die Organisationskader der Arbeiterbewegung – ergänzt durch neue Elemente – ihr gesellschaftliches Gewicht. Gerade dieses Merkmal einer revolutionären oder vorrevolutionären Situation fehlte 1945 in Deutschland.

Daraus ergibt sich, daß die Alternative zu den illusionären Strategien der SPD und der KPD nicht der außerparlamentarische Massenkampf um die politische Macht war, sondern – auf der Basis der Einsicht in die Machtverhältnisse und der Erkenntnis, unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft allenfalls einzelne Minimalforderungen durchsetzen zu können – der »Aufbau lebendiger, zielklarer und moderner Arbeiterorganisation«,¹ bezogen auf die sozialen und politischen Bedingungen Deutschlands und vollständig unabhängig von den Besatzungsmächten und dem deutschen Bürgertum. In ihrer praktischen Aktivität hätte die neue deutsche Arbeiterbewegung dieser Konzeption zufolge das Schwergewicht zunächst auf die Vertretung unmittelbarer materieller Interessen zu legen gehabt, anknüpfend an die spontanen Selbsthilfeaktionen in Betrieben und Wohnbezirken und an die vorhandenen Arbeiterkämpfe. SPD-, KPD- und Gewerkschaftsführer begriffen dagegen die Arbeiterbewegung nicht als *Bewegung der Arbeiter*, deren Selbsttätigkeit nach über einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Diktatur in jeder nur möglichen Weise zu fördern sei, sondern sahen sich selbst als Sachwalter und Lehrmeister einer noch »unreifen« Masse. Der »Sozialismus« der SPD und die »antifaschistische Demokratie« der KPD waren bei allen Unterschieden zwischen den beiden Parteien nicht nur aufgrund ihrer Fehleinschätzung der Machtverhältnisse von vornherein zum Scheitern verurteilt, sondern überdies als Programme im wesentlichen autoritär.

Es kann gewiß nicht bestritten werden, daß der Nationalsozialismus in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft ein ungeheures ideologisches Chaos bewirkt hatte, das sich lähmend auf die Reorganisation der Arbeiterbewegung auswirken mußte. Wie im ersten Kapitel zu zeigen versucht wurde, dürfte es jedoch falsch sein, bei der Mehrheit der deutschen Arbeiter im Dritten Reich von eindeutigen und in sich geschlossenen politischen Auffassungen auszugehen. Vorherrschend war auch im späten Stadium der nationalsozialistischen Diktatur nicht die

einfache Übernahme der faschistischen Ideologie, sondern die Vermischung traditioneller Bewußtseinsformen mit Elementen der offiziellen Ideologie: Es entstand ein Bewußtsein, zusammengesetzt aus verschiedenartigen, zum Teil völlig widersprüchlichen ideologischen Versatzstücken auf der Grundlage einer durch die Niederlage von 1933 und die Erfahrungen der folgenden Jahre bewirkten tiefen Demoralisierung.

Diesen Teilerfolg hätten die Nationalsozialisten nicht erreichen können, wenn nicht Umschichtungen in der deutschen Gesellschaft, die Einberufung von Millionen Männern zur Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Kleinbesitzer, Frauen und Ausländer, die traditionellen Milieubindungen und damit den elementaren solidarischen – »kameradschaftlichen« – Zusammenhalt in vielen Betrieben gerade in der zweiten Kriegshälfte gelockert oder sogar aufgelöst hätten. Die 1933 mit der Verfolgung der Arbeiterfunktionäre aller Ebenen und der Installierung des faschistischen Bespitzelungs- und Propagandasystems in den Betrieben begonnene Atomisierung der Arbeiterklasse setzte sich seit 1940 in der nationalen Aufspaltung der Betriebsbelegschaften und der Beauftragung einer wachsenden Zahl von deutschen Arbeitern mit Aufsichts- und Repressionsfunktionen gegenüber den Ausländern fort. Die Bewahrung eines vergleichsweise breiten Handlungspotentials in der Bremer Arbeiterschaft, was sich nicht zuletzt in der raschen Ausbreitung der KGF nach der Besetzung äußerte, ist wahrscheinlich unter anderem im Zusammenhang mit der relativ geringen Beschäftigung von Ausländern in Bremen, insbesondere in der Werftindustrie, zu sehen.

Mit der sukzessiven Eroberung Deutschlands durch die Alliierten verschwand zwar der nationalsozialistische Terrorapparat, aber die Besatzungsbehörden – besonders die der Amerikaner – verlängerten durch weitgehende Einschränkung der Kommunikation unter den Deutschen die regionale Zersplitterung Deutschlands, wie sie sich in der letzten Kriegsphase entwickelt hatte. Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Machtapparates und die Einwirkungen der westlichen Besatzungsmächte auf die deutsche Gesellschaft hoben deren kapitalistische Grundstruktur zwar nicht auf, riefen jedoch neben der traditionellen Klassenspaltung neue gesellschaftliche Gegensätze hervor, die die alten Antagonismen zum Teil überlagerten und damit unkenntlich machten. Faktoren wie der Gegensatz von Stadt und Land, die Beschäftigung vieler Deutscher – gerade in Bremen – durch die Militärregierung, wo sie weniger betriebspolitische Rechte besaßen, dafür aber bessere Verpflegung erhielten, und die vorübergehende Eingliederung vieler entlassener Nationalsozialisten in die Handarbeiterschaft

wirkten der Stärkung des Klassenbewußtseins und solidarischen Klassenaktionen entgegen. Die weitverbreitete kollektive nachbarschaftliche Hilfe trug meist keinen klassenspezifischen Charakter. Vorherrschend war hingegen der Versuch, die Existenzprobleme der Nachkriegszeit, insbesondere das Ernährungsproblem, individuell zu lösen: durch »Hamsterfahrten«, Bewirtschaftung von Kleingärten und ähnliches. Vor allem der Funktionsverlust des Geldes, bedingt durch den trotz verkleinerten Warenvolumens aufrechterhaltenen Lohn- und Preisstopp, die »zurückgestaute Inflation«, reduzierte die Bedeutung des Lohns und damit auch die Möglichkeit, über seine Erhöhung eine materielle Verbesserung der Lebenssituation zu erzielen. Die Währungsreform machte mit einem Schlag deutlich, daß sich unter der Oberfläche der allgemeinen Lähmung das soziale Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Unternehmer verschoben hatte.

Bremen entwickelte sich in der folgenden Zeit in noch stärkerem Maß als früher zu einer Hochburg der SPD. Nach einem geringfügigen Rückschlag bei der Bürgerschaftswahl von 1951 – bei der die früheren Nationalsozialisten erstmals wieder stimmberechtigt waren – begann 1955 die Serie der sozialdemokratischen Wahlsiege in Bremen. Ihren Erfolg verdankte die SPD maßgeblich der Popularität Wilhelm Kaisens in allen Teilen der Bevölkerung. Kaisen, der, vor allem nach Einsetzen der Marshall-Plan-Hilfe, nachgerade zu einem Hauptverfechter der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik in der SPD wurde, errang bald eine so unanfechtbare Stellung, daß er das Parteisekretariat und die Bürgerschaftsfraktion der SPD trotz wiederholter Spannungen auf seine Politik des Bündnisses mit dem Bürgertum und der engen Zusammenarbeit mit den Westmächten festzulegen vermochte.² Hier zeigte sich – wie anderswo –, daß die Forderung Kurt Schumachers nach einer rigorosen sozialdemokratischen Politik gegen das Besitzbürgertum und die bürgerlichen Parteien, seine starken Worte gegenüber den westlichen Besatzungsmächten im Verhältnis zu der durch seine Person bewirkten antikommunistischen Integration der SPD wenig politische Relevanz besaßen. Die Tagespolitik der SPD machten »realpolitisch« denkende Bürgermeister und Ministerpräsidenten, »pragmatische« Parlamentarier und traditionalistische Berufsfunktionäre, mit deren Hilfe Schumacher die Führung der SPD erobert hatte und auf die er politisch angewiesen war. Schumacher repräsentierte lediglich eine in ihrer Weise konsequente ideologische Richtung, Wilhelm Kaisen eine in ihrer Weise konsequente praktische Politik, die auf dem Hintergrund eines langjährigen Wirtschaftsaufschwungs unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nach Schu-

machers Tod von der deutschen Sozialdemokratie schrittweise zum Programm erhoben wurde.

In der seit Anfang 1948 aus dem Senat ausgeschlossenen Bremer KPD hatten sich schon unmittelbar nach der Wahlniederlage von 1947 Stimmen zu Wort gemeldet, die eine Rückkehr zur kommunistischen Tradition der Weimarer Republik forderten.³ Besonders ältere KP-Mitglieder verlangten, wieder als revolutionäre Bewegung in Erscheinung zu treten und »endlich diesen demokratischen Deckmantel abzuwerfen.«⁴ Neben grundsätzlichem Mißtrauen vieler Altkommunisten gegenüber dem offiziellen Parteikurs spielte dabei vermutlich auch die Hoffnung eine Rolle, durch Entfesselung einer breiten revolutionären Massenagitation die vorhandene Unzufriedenheit und Verzweiflung für die KPD mobilisieren zu können. Dem stand jedoch neben der Präsenz der westlichen Besatzungsmächte die gerade in der Arbeiterschaft noch ständig wachsende Unpopularität der Sowjetunion und ihrer Deutschlandpolitik entgegen, die jede nur denkbare kommunistische Politik auf das schwerste behinderte.

Das kommunistische Konzept von 1945/46 war vollständig gescheitert: Das im Sinn der KPD »antifaschistisch-demokratische Bürgertum« erwies sich als Phantom bzw. als *quantité négligeable*. Die antikommunistische Abgrenzung der SPD machte eine Beeinflussung der Sozialdemokratie zunehmend unmöglich. So mißglückte nach der Vereinigung der Arbeiterparteien in der SBZ der Versuch, auch in den Westzonen wenigstens einen nennenswerten Teil der SPD-Mitglieder und -Anhänger für eine Einheitspartei zu gewinnen. Die Volkskongreß-Bewegung blieb in den Westzonen angesichts der vorangegangenen Isolierung der KPD auf die Kommunisten selbst und einige bürgerliche und sozialdemokratische Dissidenten beschränkt, die keinerlei gesellschaftlich relevante Kräfte repräsentierten.⁵ Der nunmehr in den Mittelpunkt der kommunistischen Politik tretende Widerstand gegen westliche Separatstaatsbildung, Westintegration und Remilitarisierung zeigte in der Polemik gegen die proamerikanischen rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften wieder Anklänge an die Sozialfaschismus- und RGO-Politik der frühen dreißiger Jahre.⁶ Gleichzeitig sollte die militante nationale Agitation das Bemühen der Sowjetunion um ein Arrangement mit dem deutschen Bürgertum unterstützen.⁷ So wandte sich die kommunistische Propaganda um die Jahrzehntwende gleichermaßen nach ultralinks und nach rechts.

Durch die neue unglaubliche Linie sank die Partei zunehmend in die politische Bedeutungslosigkeit hinab. Sie selbst trieb diese Entwicklung sogar noch durch Massenausschlüsse von kritischen Kommunisten,

»Titoisten«, »Trotzkisten« etc., und den Konfrontationskurs in den Gewerkschaften voran.⁸ Sie verlor fast alle Stützpunkte in Betrieben und Gewerkschaften, die sie nach dem Krieg hatte erringen können. In Bremen blieben die Kommunisten jedoch bis zu ihrem Verbot relativ stark: Die massiven Streiks der Bremer Hafen-, Werft- und Metallarbeiter zu Beginn der fünfziger Jahre standen in erheblichem Maß unter ihrem Einfluß. Nachdem die KPD aus dem Bundestag und den übrigen Landesparlamenten bereits ausgeschieden war, gelang ihr in Bremen noch 1955 mit 5 % der Stimmen der Einzug in die Bürgerschaft. Das Verbot der Partei von 1956 verwies den kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung für zwölf Jahre in die Illegalität oder die Halblegalität der Tarnorganisationen.

Die politische Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre übertraf die Befürchtungen derjenigen, die von Anfang an mit einem Wiederaufleben des »Bruderkampfes« gerechnet hatten: Nicht nur die Kommunisten, auch zahlreiche Sozialdemokraten wurden zu Agenten des Kalten Krieges, der von den Supermächten mit ihrer Hilfe auf deutschem Boden ausgetragen wurde.

Dokumente

1. Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus an die Militärregierung in Bremen, 30. April 1945

An die
Militärregierung Bremen
Polizeihaus
Zimmer 357

Bremen, den 30. April 1945

Betr.: Wiederherstellung des Bremer Gewerkschaftsbundes und Anerkennung der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus als Organ für die Interessenvertretung der Bremer Werktätigen.

Unter Bezugnahme auf die am Sonntag, dem 29. April 1945, stattgefundene Unterredung zwischen dem Vertreter der Militärregierung und den Delegierten vorgenannter Organisationen, Herrn Hermann Wolters und Herrn Adolf Ehlers, überreichen wir als Anlage ein Sofortprogramm der Werktätigen Bremens.*

Dok. 1: Privatbesitz.

* Weitgehend, aber nicht vollständig identisch mit dem im »Aufbau« Nr. 1 abgedruckten Sofortprogramm (Dok. 3).

Für die Verwirklichung der hier erhobenen Forderungen ist die Kampfgemeinschaft bereit, unter Einsatz ihrer gesamten Organisationen einzustehen.

Als vordringlichste Aufgabe des Augenblicks erscheint uns jedoch die Liquidierung der Nazipartei samt ihrer Gliederungen sowie die völlige Beseitigung des faschistischen Einflusses im Staats- und Verwaltungsapparat.

Die Beseitigung und Inhaftierung der verantwortlichen Führer des Nationalsozialismus ist nicht durch zufällige persönliche Denunziation möglich, sondern nur durch Schaffung eines besonderen Polizeiapparates aus Antifaschisten, der, ausgerüstet mit den notwendigen Erfahrungen und Kenntnissen, die Gewähr für die im Augenblick wichtigste Aufgabe bietet.

Näheres über den Aufbau des Apparates halten wir für zweckmäßig in einer besonderen Konferenz zu besprechen.

Kampfgemeinschaft gegen
den Faschismus.

gez. Hermann Wolters, Adolf Ehlers, Georg Buckendahl

2. *Flugblatt der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, wahrscheinlich Ende April 1945*

Bremer!

Der Krieg ist über unsere Stadt hinweggerollt!

Wir sind in die Zone des besetzten Gebietes einbezogen worden. Klar und nüchtern gilt es unsere Lage zu erkennen, um die Folgerungen aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Naziregimes zu ziehen.

Machen wir uns keine Illusionen!

Dieser von den Nazis provozierte, geführte und verlorene Krieg hat das deutsche Volk in eine Lage hineingezwungen, aus der es nur nach schnellster und restloser Vernichtung seiner Verführer hinausgelangen kann.

Die ganze Erbärmlichkeit dieser verbrecherischen Politiker ist inzwischen wohl dem letzten Volksgenossen zu Bewußtsein gekommen. Aber im Augenblick genügen keine Erkenntnisse, es muß gehandelt werden, und zwar sofort.

1. Bildet daher in allen Häusern und Straßen antifaschistische Abwehrtrupps, die verhindern, daß irgendein Wahnwitziger im Sinne des Wehrwolfes Gelegenheit bekommt, durch sinnlose Schurkentaten namenloses Elend über unsere Stadt zu bringen.

2. Seid wachsam! Verhindert die Verschiebung von Lebensmitteln durch korrupte Verteiler. Verwaltung und Ausgabe darf nur erfolgen durch Personen, die allseitiges Vertrauen genießen und durch die Orts- und Straßengemeinschaften dazu befugt werden.

3. Schafft in allen Betrieben Organe, die befähigt sind, eine wirkliche Interessenvertretung der Werktätigen durchzuführen. Wählt dazu die wirklich Fähigsten, die durch Haltung und politische Vergangenheit unter Beweis gestellt haben, daß sie Antifaschisten der Tat und kompromißlose Gegner des Nationalsozialismus sind.

4. Bedenkt, daß die Betriebe als Produktionsstätten der Konsumgüter unsere Lebensbasis darstellen. Alle Werktätigen haben daher das größte Interesse, daß die Umstellung der Rüstungsbetriebe in solche der Friedensfabrikation in Kürze vollzogen wird. Sichert daher die betrieblichen Einrichtungen gegen alle Versuche eines Nazi-Vandalis-

Dok. 2: Privatbesitz.

mus, der nur zerstören will, um dem Chaos und der Anarchie den Boden zu bereiten. Schlagt unbarmherzig zu und wartet nicht auf das Eintreffen der Polizeiorgane. Nur durch schnelles und selbständiges Handeln ist der im Interesse aller liegende Betriebsschutz möglich.

5. Überwindet Eure Scheu gegenüber den ausländischen Arbeitern! Vergeßt nicht, unter welch schimpflichen Bedingungen sie von den Sklaventreibern der Arbeitsämter zum Frondienst nach Deutschland gepreßt wurden.

Gleichen Lohn für gleiche Leistung!

Ehrliche Kameradschaft und das Verständnis für das Besondere ihrer Lage werden schon heute die Voraussetzungen für eine Verständigung aller Werktätigen Europas schaffen, die, so oder so, kommen muß, wollen wir nicht Gefahr laufen, einer tödlichen Isolierung anheimzufallen.

6. Keine Freiheit ohne Ordnung!

Tretet mannhaft und entschlossen allen Plünderern und asozialen Elementen entgegen, die da glauben, die Stunde des Mobs und Untermenschen sei gekommen.

Diesem Gesindel, gleich welcher Nationalität – die Kugel oder der Strang.

Seid bereit, Euer Schicksal selbst in die Hand zu nehmen!

Kämpft für die Verwirklichung der von den Antifaschisten aufgestellten Sofortforderungen.

Kampfgemeinschaft gegen
den Faschismus.

3. *Der Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus*
Nr. 1, 6. Mai 1945

Antifaschisten!

Zwölf Jahre Schrecken, zwölf Jahre der Unmenschlichkeit, der Entrechtung und Erniedrigung, der Verfolgung und der blutigsten Willkür liegen hinter uns.

In Nacht und Grauen war Deutschland verstrickt, wie ein lastender Alp lag die Hitlerherrschaft auf allen, die noch menschlich fühlten, die noch freiheitlich empfinden, die noch selbständig denken konnten.

Kein aufrechter Gedanke durfte gedacht, kein ehrliches Wort konnte gesprochen werden, ohne daß man vor dem Schergen, dem Denunzianten, dem feigen Angeber zittern mußte. In alle Bezirke des persönlichen Lebens, in Heim und Familie drang die Hitler-Tyrannei, jedes Gefühl für Persönlichkeit und Menschenwürde erwürgend und vernichtend.

Ungeheuer ist die Zahl der Opfer, die dieses fluchbeladene System gefordert hat. Nirgends war ein Menschenleben so wenig wert wie im Reiche Hitlers. Die Besten und Aufrechtsten fielen durch Henkershand, wurden in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zu Tode gequält.

Millionen von Männern und Jünglingen, von Gatten und Söhnen, von Vätern und Brüdern starben auf dem Schlachtfeld, geopfert dem wahnwitzigen Weltherrschaftstraum des Nationalsozialismus. Und in der Heimat ließen Hunderttausende ihr Leben in den Feuersbrünsten der Bombennächte, wurden zerschmettert im Krachen und Bersten zusammenstürzender Häuser.

Der deutsche Name wurde mit Fluch und Schande beladen durch die grauenhaften, unmenschlichen Taten, die das Hitlertum in der ganzen Welt verübte und verüben ließ.

Die unvermeidliche Niederlage dieses Systems hat sich nun vollendet. Die Macht des Nationalsozialismus ist zerbrochen, die Hitlerpartei liegt zerschlagen am Boden.

Zum ersten Male nach zwölf Jahren der Entrechtung können wir wieder frei atmen, dürfen wir uns wieder als Menschen fühlen, brauchen wir nicht vor der blutigen Willkür brauner Mordbanditen zu zittern.

Mit Wehmut und Trauer gedenken wir der Toten! Ihr Sterben soll

uns Gelöbnis sein, eine Welt zu bauen, die eine Wiederkehr dieses Wahnsinns unmöglich macht, in der für preußischen Militarismus und für nationalsozialistische Weltherrschaftspläne und Überheblichkeit kein Raum mehr ist.

Mit Freude und Genugtuung begrüßen wir alle jenen Kämpfer für Freiheit und Menschlichkeit, für Wahrheit und Gerechtigkeit, die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern wieder in die Freiheit, zu ihren Familien, zu ihren Freunden, zum gemeinsamen Kampfe für eine bessere Zukunft zurückkehren!

Der Aufbau

Das Ergebnis der zwölfjährigen Hitlerherrschaft ist der restlose und totale Zusammenbruch auf allen Gebieten. Fabriken und Werkstätten, Läger und Verwaltungsgebäude, Schulen und Wohnhäuser, Verkehrsmittel, Rohstoffe und Materialien jeder Art sind zerstört und vernichtet oder in verantwortungslosem Raubbau verwüstet und vertan. Unsere Städte sind Ruinen und Schutthalden, Dorf und Land sind ausgeplündert, die menschliche Arbeitskraft ist bis zum Äußersten erschöpft und ausgepreßt.

Zur materiellen Zerstörung und Verwüstung kommen die seelische und sittliche Verwilderung und Aushöhlung des deutschen Volkes durch den korrupten und korrumpierenden Nationalsozialismus. Niederträchtigste Angeberei und Knechtseligkeit, Furcht und Schrecken, Jahre hohler Protzerei und völliger geistiger Stagnation sind die Zeugen nationalsozialistischer Politik.

Der Aufbau einer neuen Ordnung darf kein »Wiederaufbau« sein, kein Wiederaufbau dessen, was vergangen ist, was von der Geschichte mit harter Hand hinweggefegt wurde! Es ist ja nicht nur das Hitlerium, das zu Grabe getragen wird! Der unheilvolle Geist des Preußentums, der Geist der Untertanendemut und des beschränkten Untertanenverstandes, des blinden Gehorchens, der subalternen Hoffnung auf die Weisheit und Fürsorge des »Vorgesetzten«, die feige Gedankenlosigkeit, die nichts von sich selbst und alles vom anderen – vom »Führer«, von der »Obrigkeit«, von der »Regierung« – erhofft, sie waren die Wurzeln, aus denen das »Dritte Reich« erwuchs und die mit ihm ausgerottet werden müssen.

Wir haben keine Wahl. Wenn wir leben wollen, so müssen die Trümmer beiseite geräumt und mit dem Aufbau begonnen werden.

Wegbereiter und Helfer bei diesem Aufbau zu sein ist die Aufgabe

dieser Zeitschrift, die der Schwere der Zeit entsprechend zunächst in beschränktem Umfang und bescheidener Aufmachung erscheint.

Zum Sofortprogramm

Das nachstehende Sofortprogramm ist *nicht* das Programm *einer* Partei, sondern Grundlage der Verständigung aller Antifaschisten ohne Unterschied ihrer früheren Parteizugehörigkeit, zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus.

Wir sind uns der Mängel und der Unvollständigkeit dieses Sofortprogramms wohl bewußt. Sie waren aber nicht zu vermeiden, da die Forderungen des Programms bereits unter der Naziherrschaft formuliert wurden und Aussprachen in größerem Kreise damals schwierig, wenn nicht unmöglich waren.

Die »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus«, die sich inzwischen in Bremen formiert, hat dieses Programm als das ihre angenommen und fordert alle Antifaschisten auf, aktiv für seine Verwirklichung einzustehen.

Sofortprogramm der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus!

I.

- a) Auflösung der NSDAP und aller ihrer Gliederungen.
- b) Beschlagnahme des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der NSDAP und ihrer Gliederungen.
- c) Rückgabe des gestohlenen Eigentums an alle dem Faschismus feindlichen Organisationen. (Partei- und Gewerkschaftshäuser, Zeitungen, Konsum-, Sport- und Kulturorganisationen.)
- d) Völlige Auflösung der faschistischen Polizei und Neubildung einer Polizei aus zuverlässigen Antifaschisten.
- e) Restlose Beseitigung aller Nationalsozialisten aus dem Staats- und Verwaltungsapparat.
- f) Freilassung aller deutschen und ausländischen politischen Gefangenen.
- g) Sofortige Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten beseitigten demokratischen Grundrechte. (Koalitions- und Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, gleiches, direktes und allgemeines Wahlrecht.)

- h) Bildung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Verwaltungskörperschaft. (Stadtverordnetenversammlung.)

II.

- a) Sofortige Beseitigung der NS-Vertrauensräte und NS-Betriebsobleute aus allen Betrieben.
- b) Sofortige Aufhebung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und Wiedereinführung des Betriebsrätegesetzes in der bis zum März 1933 bestandenen Form.
- c) Sofortige Wahl von Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräten nach den Bestimmungen des BRG [Betriebsrätegesetzes].
- d) Zentrale Zusammenfassung aller Räte für ganz Bremen und Schaffung eines Vollzugsorgans.
- e) Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften. (Trade Union.)
- f) Neubesetzung aller maßgebenden Positionen in den Arbeitsämtern mit zuverlässigen Antifaschisten unter weitgehender Mitbeteiligung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen.
- g) Uneingeschränkte Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf allen Gebieten.
- h) Umstellung der Produktion auf Friedensbedürfnisse unter vornehmlicher Berücksichtigung der Bedürfnisse der breiten Massen.

III.

- a) Beschlagnahme aller über den notwendigsten Bedarf hinausgehenden Wohnräume.
- b) Beschlagnahme aller Wohnungen von Amtsträgern der NSDAP und aller sonst für die nationalsozialistische Politik tätigen Personen.
- c) Instandsetzung aller reparaturfähigen Häuser und Einzelwohnungen und ihre Zuweisung an Obdachlose.
- d) Sofortige Nutzung von Baracken und sonstigen Unterkunftsräumen zu Wohnzwecken. (Kasernen, Verwaltungsgebäude, Wohnlager, Doppelwohnungen, Landhäuser usw.)

IV.

- a) Völlige Überwindung der nationalsozialistischen Ideologie durch Umgestaltung des Unterrichts- und Erziehungswesens.
- b) Schnellste Rückführung der von den Eltern getrennten, bisher in

den K[inder]L[and]V[erschickungs]-Lägern untergebrachten Kinder.

V.

- a) Weitgehende Ausschaltung des korrupten Zwischenhandels und zentrale Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel durch Konsumgenossenschaften.
- b) Zusammenlegung von Landgemeinden mit der Stadt Bremen zur Sicherstellung der Versorgung. (Ländl. Überschußgebiete.)
- c) Erfassung und kommunale Bewirtschaftung aller geeigneten Frei- und Grünflächen und ihre Bebauung mit Nutzpflanzen.
- d) Überwachung der Erfassung, Verteilung und Preisgestaltung der vorhandenen Lebensmittelvorräte durch Kontrollausschüsse der Arbeiter und Angestellten.

VI.

- a) Sofortige Instandsetzung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung durch Einsatz aller erforderlichen und geeigneten Arbeitskräfte.
- b) Bekämpfung der Seuchengefahr durch gründliche Reparatur der Kanalisationen und Instandsetzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.
- c) Schnellste Wiederherstellung und Inbetriebsetzung der öffentlichen Verkehrsmittel. (Straßenbahn, Eisenbahn, Omnibusverkehr.)

VII.

- a) Öffentliche Bewirtschaftung aller Bekleidungsgegenstände aus den Beständen des Groß- und Kleinhandels, sowie der neu produzierten Textilfabrikate.

4. *Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus an den Chef der Militärregierung in Bremen, Col. Bion C. Welker, 8. Mai 1945*

An den
Herrn Bürgermeister*
der Alliierten Militärverwaltung
Bremen

Bremen, den 8. Mai 1945

Als Vertreter der antifaschistischen Bevölkerung von Bremen und Umgebung stellen wir uns zur Mitarbeit zur Verfügung, um beim Wiederaufbau Bremens zu helfen. Um welche Maßnahmen es sich dabei im einzelnen handeln sollte, bitten wir aus dem beigefügten Sofort-Programm zu entnehmen.

Als besonders vordringliche Aufgaben erscheinen uns:

1. die Verhaftung aller führenden Nationalsozialisten;
2. die Wiedereinrichtung einer bremischen Stadtverwaltung;
3. die Beschlagnahme noch vorhandener Lebensmittellager und derjenigen privaten Lebensmittelvorräte, die durch Hamsterei den persönlichen Bedarf überschreiten;
4. die Beschlagnahme von Wohnungen, Baracken und sonstigen Unterkunftsmöglichkeiten für Ausgebombte;

Zu den einzelnen Punkten möchten wir folgendes bemerken:

Zu eins: Es besteht bereits eine Verbindung mit der Militärpolizei. Dieser ist wichtiges und umfangreiches Material zugeleitet worden.

Zu zwei: Wir bitten beim Wiederaufbau der Stadtbehörden gehört zu werden. Es ist nach unserer Meinung besonders darauf zu achten, daß vor allen Dingen die leitenden Stellen des bremischen Behördenapparats nicht mit verkappten Faschisten besetzt werden, wie es zum Beispiel jetzt schon durch die Ernennung des ehemaligen Fraktionsführers der »Deutschnationalen Volkspartei«, Vagt[s], geschehen ist. Diese Ernennung hat unter der antifaschistischen Bevölkerung Bremens größtes Befremden hervorgerufen.

Zu drei: Es ist uns bekannt, daß Nationalsozialisten das Durcheinander der letzten Zeit dazu benutzt haben, um große Vorräte an Lebensmitteln und sonstigem Bedarf weit über die Versorgungsnotwendigkeit ihrer Familie hinaus zu hamstern**. Solche Vorräte sollten beschlagnahmt und gerecht verteilt werden.

Dok. 4: Privatbesitz.

* Gemeint ist der Leiter der Militärregierung, Col. Welker.

** Im Original fälschlich: gehamstert haben.

Zu vier: Es ist nach unserer Meinung unbedingt erforderlich, daß der vorhandene Wohnraum gerecht verteilt wird, und daß besonders der ausgebombten werktätigen Bevölkerung sofort Unterkunftsräume zur Verfügung gestellt werden. Für diese Zwecke sind auch Wohnungen früherer Führer der NSDAP und ihrer Hilfsorganisationen, falls erforderlich und möglich, zu beschlagnahmen.

Nach den Verlautbarungen der Militärregierung heißt es, daß alle Personen – einschließlich Deutsche –, die ihrer Rasse, Religion oder Sympathie mit der alliierten Sache wegen verfolgt worden sind, dieselbe Unterstützung erhalten sollen wie Fremdarbeiter und andere von ihrer Heimat vertriebene Personen der Vereinten Nationen.

Diese Verlautbarung, die für alle unsere Funktionäre zutrifft, veranlaßt uns, darum zu bitten, unsere Mitarbeiter vor der Öffentlichkeit so zu legitimieren, daß sie ihren mannigfachen Aufgaben zur Unterstützung der alliierten Militärverwaltung ohne Störung und Behinderung nachgehen können.

Über Einzelheiten bei der Durchführung dieser Legitimierung bitten wir, mündliche Vorschläge machen zu dürfen. Gleichzeitig möchten wir in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten hinweisen, die unseren Wunsch nach Legitimierung zu begründen geeignet sind.

Im Auftrage!

5. *Oskar Schulze, Oskar Schwarz, Albert Götze an die Militärregierung in Bremen, Abteilung für Gewerkschaftsfragen. Antrag auf Wiederezulassung von Gewerkschaften, 8. Juni 1945*

An die
Militärregierung
Abt. für Gewerkschaftsfragen,
Bremen

Bremen, den 8. Juni 1945

Betrifft: Antrag auf Zulassung von Gewerkschaften.

Wie uns durch Rundfunk und Presse bekanntgeworden ist, werden in Deutschland die Gewerkschaften wieder zugelassen. Gegründet wurden bereits Gewerkschaften in Aachen, Braunschweig und anderen Orten.

Die Unterzeichneten, früher Angestellte Bremer Gewerkschaften, stellen hiermit den Antrag, die Gründung eines Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für das Verwaltungsgebiet der Militärregierung Bremen zuzulassen.

Wir handeln nicht nur im eigenen Namen, sondern im Auftrage einer großen Zahl früherer Vertrauensleute der freien Gewerkschaften. Sowohl unsere Auftraggeber, als auch wir, haben während der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland unsere Einstellung als Sozialdemokraten nicht aufgegeben, und ein großer Teil von uns hat in den vergangenen Jahren Gefängnis und Konzentrationslager kennengelernt.

Die Gründung eines Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für Beamte und Angestellte der Behörden, der öffentlichen Betriebe, des Handelsgewerbes und der Industriegruppen: Metallindustrie, Bauindustrie, Holzindustrie, Graphisches Gewerbe, Verkehrsgewerbe usw. ist unbedingt erforderlich, da die Unruhe in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft wächst. Diese Unruhe ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß das Unternehmertum, vertreten durch die Handelskammer und ähnliche Einrichtungen, den Zusammenschluß gefunden hat und Lohnabbau propagiert, und auf die weitere Tatsache, daß in den Betrieben die leitenden Personen noch immer aus Nationalsozialisten bestehen, die unseres Erachtens mit Absicht Unruhe stiften.

Die Gewerkschaften würden durch ihre Maßnahmen nicht nur in

der Lage sein, diese Unruhen zu beseitigen; sie sind auch gewillt, die Militärregierung bei ihren Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft mit allen Mitteln zu unterstützen, insbesondere auch bei der Beschaffung genügender Arbeitskräfte, da das Arbeitsamt nach den Sabotageakten von zum Teil jetzt noch tätigen Beamten des Arbeitsamtes dazu gegenwärtig außerstande ist.

Wir sehen einer möglichst baldigen Entscheidung entgegen, sind zu einer persönlichen Besprechung bereit und erbitten Nachricht an den Erstunterzeichneten

[hs.] Oskar Schulze*

[hs.] Oskar Schwarz*

[hs.] A. Götze*

* Die deutsche Fassung ist nicht unterschrieben. Eine unterschriebene englische Fassung befindet sich im StA Bremen, 3-R11m Nr. 24.

6. *Militärregierung, Detachment E2C2 an Bürgermeister Kaisen betr.
Wiederzulassung von Gewerkschaften, 22. August 1945*

Übersetzung Military Government 22. August 1945
 Detachment E2 C2

Betr.: Gewerkschaften

an: den Herrn Bürgermeister in Bremen.

- 1) Gewerkschaften können erlaubt werden unter folgenden Bedingungen.
- a) Ein offizieller Antrag (Anhang »C« angeheftet) muß gestellt werden an die Militärbehörde, von 5 Bürgen unterzeichnet, die Fragebogen ausfüllen müssen.
 - b) Der Antrag, der die Gewerkschaft fordert, soll der Bewerbung angeheftet und mit ihr vorgelegt werden und soll genügend Unterschriften tragen, zu zeigen, daß wirklich ein Wunsch nach der Organisation seitens der Arbeiter vorliegt.
 - c) Wenn irgendwelche Bürgen Mitglieder der NSDAP waren, wird der Antrag abgewiesen, und kein früherer Beamter der Deutschen Arbeitsfront, kein aktiver Nazi und kein Anhänger des Nationalsozialismus oder Militarist darf irgendein Amt oder eine Vertrauensstellung in der Gewerkschaft einnehmen.
 - d) Diese Erlaubnis will in keiner Weise verbieten, daß andere Gewerkschaften Mitglieder werben in derselben Fabrik, Industrie oder Gewerbe, in welcher die oben genannte Gewerkschaft Mitglieder haben mag.
 - e) Die Gewerkschaft muß in ihrer Verfassung sorgen für eine demokratische Wahl von Funktionären in regelmäßig festgesetzten Zwischenräumen und muß jederzeit nach anerkannten demokratischen Grundsätzen handeln. Sechs Abschriften der Gewerkschaftsverfassung müssen der Militär-Regierung vorgelegt werden nach Bestätigung durch die Mitglieder.
 - f) Sechs Abschriften einer Liste mit Namen und Anschriften aller gewählten Funktionäre müssen der Militär-Regierung eingereicht werden. Die Militär-Regierung muß sofort von jeder Veränderung der Funktionäre oder Anschriftenänderung benachrichtigt

werden. Alle Funktionäre müssen Fragebogen ausfüllen und der Militär-Regierung einreichen.

- g) Akten über Mitgliedschaft, Sitzungen und Finanzen werden aufbewahrt und zur Einsicht für die Militär-Regierung zur Verfügung stehen.
- h) Zwangsmitgliedschaft ist nicht erlaubt.
- i) Die Gewerkschaft darf sich nicht politisch betätigen.
- j) Löhne und Arbeitsstunden sind jetzt nicht zugelassen als Gegenstand für gemeinsame Verhandlungen zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeber.
- k) Es ist der Gewerkschaft untersagt, sich in feindlichen Handlungen gegen die Ziele der Militär-Regierung zu betätigen.

Für den kommandierenden Offizier:

gez. A. S. Ashcanase

Capt. A. C.

Exec. Officer.

7. Richtlinien der Bremer KPD zur Gewerkschaftsarbeit, Anfang 1946

Die Grundlagen der freien Gewerkschaften

Die Aufgaben der Gewerkschaften sind der Kampf für die Vernichtung des Nazismus und Imperialismus und für die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen, für die Stärkung der Solidarität der Arbeiter[den] sowie die Erweiterung des Bewußtseins der Verbundenheit mit den anderen Völkern, insbesondere mit dem Sowjetvolk.

Die Stärkung der einheitlichen freien Gewerkschaften ist von größter Bedeutung für die Einigung der Arbeiterklasse und für die Aktions-einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Je mehr die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzogen werden, um so besser kann die Gewerkschaft ihre Aufgaben erfüllen.

Die dringendste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Wiedereingang-bringung der Wirtschaft, der Aufbau.

Nur durch die größte Initiation der Gewerkschaften ist es möglich, die Lebensbedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. Die Gewerkschaften haben eine wichtige Aufgabe in der Sicherung des Friedens zu erfüllen und führen deshalb einen systematischen Kampf gegen die Ideologie der früheren sogenannten deutschen Arbeitsfront und treffen die notwendigsten Maßnahmen zur Verhinderung jedes Versuches, in getarnter Weise eine Kriegsproduktion vorzubereiten oder von neuem Kartelle und Monopole wieder erstehen zu lassen.

Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen der Arbeiter und Angestellten, freiwillig von ihnen geschaffen, finanziert und verwaltet, zu dem Zweck, die Interessen der Arbeiter und Angestellten den Unternehmern gegenüber zu vertreten. Die grundsätzlichen Ziele der Gewerkschaftsbewegung sind also folgende:

1. Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
2. Bis dieses erreicht sein wird: Organisation der Arbeiter und Angestellten zur Hebung ihres Lebensstandards durch Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau des Arbeitsschutzes, Kontrolle der Schutzgesetze, Erweiterung der Sozialgesetzgebung, Kontrolle und Lenkung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands.

Um den Wiederaufbau tatsächlich zu fördern und die demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu sichern, müssen die Ge-

werkschaften folgende Forderung[en] als Sofortmaßnahm[en] verlangen:

Die Industrie-, Handelskammer und Handwerkerkammer

Nachdem die verschiedenen Unternehmerorganisationen mit dem faschistischen Staatsapparat verwachsen waren, sind sie mit diesem schonungslos zu beseitigen. Damit ist die Möglichkeit einer Demokratisierung der Industrie-, Handels- und Handwerkerkammern gegeben in dem Sinne, daß ihnen die Kräfte [ang]ehören, die in der Produktion die Hauptrolle spielen.

Die Gewerkschaften fordern daher Neuaufbau der Industrie-, Handels- und Handwerkerkammern.

- 1/3 Vertreter der Gewerkschaften
- 1/3 Vertreter der Unternehmer
- 1/3 Vertreter der Abteilung Arbeit und Wirtschaft des Bremer Staates

Sind diese Forderungen erfüllt, können die Arbeiter und Angestellten auf ihre Arbeiter- und Angestelltenkammern verzichten, auch in Bremen.

Da dann die Gewerkschaften tatsächlich in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter und Angestellten selbst in den Industrie-, Handels- und Handwerkerkammern zu vertreten und zugleich sich einen entscheidenden Einfluß in der Gestaltung und Lenkung der Wirtschaft zu sichern und somit den Wiederaufbau unserer notwendigen Industriebetriebe und der Städte zu fördern.

Einheitliche Sozialversicherung

Die Gewerkschaften fordern eine einheitliche Sozialversicherung auf demokratischer Grundlage, einheitliche Versicherungsanstalt für die Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Der Versicherte zahlt 10 % seines Einkommens, der Unternehmer ebenfalls 10 % der Gesamtlohnsumme. Um die Einheitlichkeit des Versicherungswesens zu erzielen, ist es zweckmäßig, einen Vorstand oder Rat für die Sozialversicherung zu bestimmen.

- 2/3 sollen von den Versicherten gestellt werden
- 1/3 von den Industrie-, Handels- und Handwerkerkammern

Demokratie in den Gewerkschaften

Oberstes Gesetz für das innergewerkschaftliche Leben muß das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sein.

Es darf nie wieder vorkommen, daß Gewerkschaftsleitungen gegen den Willen der Mitglieder weiter in Funktionen bleiben, daß sie entgegen dem Willen der Mitglieder wichtige Entscheidungen treffen. Alle Gewerkschaftsleitungen müssen von den Mitgliedern gewählt werden. Sie sind den Mitgliedern Rechenschaft schuldig und können abgesetzt werden, wenn sie das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr besitzen.

Die Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten entsprechen nicht mehr den Kampfbedingungen der Gegenwart.

Die Wirtschaft ist und wird auch im Neuaufbau nach dem Industrieprinzip aufgebaut, und daher muß die Einheitsgewerkschaft, aufgebaut in Industrieorganisationen, erfolgen. Jeder Betrieb ein Verband.

Die Betriebe einer Industrie bilden dann die Grundlagen für die Industrieorganisationen. Die einzelnen Industrieorganisationen entsenden ihre Vertreter in den Ortsausschuß der Einheitsgewerkschaft.

In Bremen ist die Einheitsgewerkschaft von den USA-Behörden vorerst noch nicht bestätigt. Vielmehr mußten wir uns noch mit 10 Berufsverbänden abfinden. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir den organisatorischen Aufbau auf der Grundlage der Einheitsgewerkschaft im Betrieb vornehmen.

Der 25er Ausschuß in Bremen ist die höchste Instanz der 10 Gewerkschaften, so lange bis alle Verbandsleitungen gewählt sind. Die Wahlen der einzelnen Verbandsleitungen werden unter Kontrolle des 25er Ausschuss[es] durchgeführt werden. In anderen Orten unseres Bezirks, wo ähnliche Zentral-Kommissionen oder Ausschüsse zur Vorbereitung freier Gewerkschaften bestehen, ist ebenfalls wie hier in Bremen zu verfahren.

Die Wahlen selbst werden durch eine geheime Wahl mit Stimmzettel erfolgen.

Die Rolle der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung im demokratischen Deutschland

Jeder Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieur und Beamter muß sich bewußt sein, daß eine mächtige und einheitliche Gewerkschaftsbewegung ein Garant für den Aufbau eines wahrhaft demokratischen Staatswesens im zukünftigen Deutschland ist. Die Gewerkschaftsbewegung wird die größte Organisation der demokratischen Kräfte Deutschlands sein. Ihre Kraft wird es unserem Volke möglich machen, die Nazi-Ideologie auszurotten, den Militarismus zu vernichten und den Einfluß der imperialistischen Klique auf die Gestaltung der neu zu schaffenden, kämpferischen Demokratie von vornherein auszuschalten.

Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung hat im kommenden demokratischen Deutschland eine weit über den Rahmen der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsempfänger [hinausgehende] nationale Aufgabe, die in der kämpferischen Anteilnahme an der Gestaltung des zukünftigen, fortschrittlichen, demokratischen Staatswesens ihren Ausdruck finden wird.

Die Gewerkschaften sind bereit, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Vereinten Nationen durchzuführen, müssen jedoch verlangen, daß uns tatsächlich auch alle demokratischen Rechte und Freiheiten eingeräumt werden. In dem Beschluß der Konferenz heißt es u. a.:

»Die Alliierten sind nicht gewillt, das Deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem Deutschen Volke eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des Deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.«

Wir freien Gewerkschaftler haben mit Genugtuung vernommen, daß die Sowjetunion bei ihrer Siegesfeier am 9. Mai 1945 durch Generalissimus Stalin erklärte:

»Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl wir nicht vorhaben, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.«

Wir haben die Hoffnung, daß auch die Gewerkschafts-Internationale uns in unserem Kampf unterstützt und alles daransetzt, daß die Deutschen Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllen können.

Die konkreten Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften

Die demokratischen Wahlen der Betriebsvertretungen in unserem Bezirk sind noch nicht abgeschlossen. In einer ganzen Reihe von Großbetrieben in Bremen, Vegesack und in anderen Orten haben wir gute Erfolge bei der Zusammensetzung der gewählten Betriebsräte zu verzeichnen. Unsere Aufgabe ist es, die Betriebsräte, zusammengesetzt aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen, einheitlich auszurichten auf die Aufgaben, die in den Betrieben zu lösen sind, d. h. die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Unternehmern zu vertreten und alle Produktionsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Die Betriebsräte werden ihre Aufgaben desto besser lösen und mit Erfolg durchführen können, wenn sie sich auf die Organisation der Freien Gewerkschaftler ihres Betriebes stützen und wenn sie selbst leitende Funktionen in den Gewerkschaften besitzen. Durch ihre richtigen Vorschläge, durch ihre Initiative müssen sich die Gewerkschaftsleitungen und Betriebsräte die notwendige Autorität erwerben und sich das volle Mitbestimmungsrecht in allen wichtigen Fragen der Produktion und in allen Fragen der Vertretung der Arbeiter- und Angestellten-Interessen sichern.

[. . ., Entwurf eines Betriebsräte-Gesetzes.]

8. *Taktik und Grundsätze in der gegenwärtigen Situation. Diskussionsrede Hermann Wolters' auf der Funktionärsversammlung der Kommunistischen Partei Groß-Bremen, 17. März 1946*

Genossen und Genossinnen!

Wenn ich heute in der Diskussion zu einigen Fragen Stellung nehme, die bisher offiziell in der Partei noch nicht diskutiert wurden, dann aus dem Grunde, weil ich der Meinung bin, daß gerade heute, bei dem Neubau einer Gesellschaftsordnung, unbedingte Klarheit in allen Fragen Voraussetzung ist. Ich weiß als Kommunist, daß ich mit meinen Feststellungen sowohl die Politik der örtlichen Parteileitung als auch die des Zentralkomitees angreife, aber ich fühle mich im Interesse der Wahrheit nicht nur der Partei, sondern der gesamten Arbeiterklasse gegenüber verpflichtet, die Dinge auszusprechen, die sich als hemmend und negativ in unserer Zielsetzung erweisen. Ihr könnt über das, was ich sage, diskutieren. Es soll ein Beitrag für die allgemeine Aussprache sein und als Klärung und Festigung unserer inneren Bereitschaft für den Kampf um den Sozialismus gewertet werden.

I. Die Taktik einer Partei oder Bewegung kann nur dem Zweck dienen, ihre Ziele oder Grundsätze zu verwirklichen, diesen unter den jeweilig gegebenen Umständen und Machtverhältnissen soweit wie möglich Geltung zu verschaffen und das politische, wirtschaftliche, kulturelle, kurz, das ganze staatliche und öffentliche Leben so zu gestalten, daß die Verwirklichung der erstrebten Ziele immer näher rückt.

II. Das letzte Ziel einer sozialistischen oder kommunistischen Partei ist – von Einzelheiten und Unterschieden abgesehen – die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiterklasse und der durch sie repräsentierten Gesellschaft. Wer die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anstrebt, muß unvermeidlich die auf dem Privatbesitz der Produktionsmittel basierende kapitalistische Gesellschaftsordnung ablehnen.

Entweder ist die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die den Unternehmer und die ihm allein und ausschließlich gehörenden Produktionsmittel und die sich daraus für ihn ergebenden alleinigen Eigentums- und Verfügungsrechte über die erzeugten Waren zur Voraussetzung hat, richtig und zu bejahen,
oder

die sozialistische Gesellschaftsordnung, die dem Unternehmer Ver-

fügings- und Eigentumsrechte über die Produktionsmittel und Produkte entziehen will – in welcher politischen und juristischen Form dies geschehen mag, ist hier nicht zu erörtern –, wird als die gemäße und dem technischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstande entsprechende angesehen und bejaht – eines von beiden ist nur möglich, nie aber beides zugleich.

III. Eine sozialistische oder kommunistische Partei muß sich also, wenn auch mit Modifikationen, zu der sozialistischen Gesellschaftsordnung bekennen und von ihrer Richtigkeit und Notwendigkeit überzeugt sein, mögen sich dabei auch über Tempo und Art, in denen die sozialistische Umgestaltung erkämpft und durchgeführt werden soll, länder- und parteimäßig Unterschiede ergeben. Ein Bekenntnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Forderung nach freier und ungehemmter Auswirkung und Entfaltung dieser Ordnung ist jedoch für eine sozialistische oder kommunistische Partei eine innere Unmöglichkeit.

IV. Eine solche Stellungnahme kann auch nicht mit taktischen Notwendigkeiten entschuldigt oder begründet werden. Taktische Erwägungen oder Notwendigkeiten können dazu führen, Forderungen und Grundsätze vorübergehend zurückzustellen, sie nicht besonders hervorzuheben und alle Kräfte auf ein Augenblicksziel zu konzentrieren. Sie können und dürfen aber nie dazu führen, daß man genau das Entgegengesetzte von dem fordert und redet, was man als Sozialist oder Kommunist wollen und lehren muß.

Dadurch werden die Anhänger und alle die, die man als Anhänger gewinnen will und muß, verwirrt, unsicher und unklar.

Dadurch wird der Begriff des Sozialismus und Kommunismus entwertet und ausgehöhlt.

Dadurch wird die Kraft und Stellung des Gegners politisch und ideell gestärkt und gefördert.

V. Wenn die KPD in ihrem Aufruf vom 11. 6. 1945 die Forderung stellt, »... völlig ungehemmte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums ...«, so mag das ihrer ehrlichen Auffassung von der Notwendigkeit der kommenden wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands entsprechen. Sie hat aber mit diesem rückhaltlosen Bekenntnis zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung und zum Manchesterturn (.. *völlig ungehemmte* Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative ..!), wie es in ähnlich weitgehender Form von keiner anderen Partei Deutschlands zum Ausdruck gebracht wurde, sich jedes Rechtes begeben, als Trägerin eines sozialistischen

oder kommunistischen Zukunfts- und Gestaltungswillens aufzutreten.

VI. Der Genosse Ulbricht lehnt in seiner Rede vor der 1. Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins die sofortige Errichtung des Sozialismus ab, da sie »angesichts der ideologischen Verwüstung, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht«, und der Zersplitterung der Arbeiterschaft unmöglich ist. Eine »sofortige Errichtung« des Sozialismus ist eine laienhafte Vorstellung, da die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ein Prozeß ist, der sich über lange Zeiten erstreckt. Es kann sich niemals um eine »sofortige Errichtung« des Sozialismus handeln, wohl aber um den sofortigen Beginn eines zielklaren, grundsätzlichen, kompromißlosen Kampfes für den sozialistischen Gedanken und dessen Verwirklichung. In diesem Kampf und durch diesen Kampf wird die beklagte »ideologische Verwüstung« überwunden, erwirbt die Masse des werktätigen Volkes jene politische Reife, Erfahrung und Entschlossenheit, jene grundsätzliche Klarheit, die für die endliche Verwirklichung des Sozialismus notwendig ist. Mit einem Bekenntnis zum Privateigentum und zur ungehemmten Entfaltung des Unternehmertums wird man aber die ideologischen Voraussetzungen für den Sozialismus niemals im werktätigen Volke schaffen.

VII. Der innere Widerspruch und die grundsätzliche Unklarheit, die in die Politik der KPD hineingetragen sind, zeigen sich immer wieder in der alltäglichen Praxis und sind selbst in den Reden ihrer maßgebenden Führer vorhanden.

Während die Führung der Partei die »ungehemmte Entfaltung der Unternehmerinitiative« proklamiert, fordern unsere lokalen Organisationen planwirtschaftliche Maßnahmen, verlangen Beschlagnahme von Rohstoffen und Waren, beanspruchen für die Betriebsräte und Belegschaftsvertretungen das Mitbestimmungsrecht über die Produktion, kurz, vertreten Forderungen, mit denen genau das Gegenteil einer »ungehemmten Entfaltung der Unternehmerinitiative« erreicht wird.

Auch die Formulierung: »Mitarbeit bei der Gestaltung der Produktion in den Betrieben unter Wahrung und Förderung der Unternehmerinitiative«, wie wir sie im Sofortprogramm der KPD Bremen finden, ist nichtssagend und widerspruchsvoll. Wenn die ungehemmte Unternehmerinitiative »gewahrt und gefördert« werden soll, so kann die »Mitarbeit« der Gewerkschaften und Betriebsräte nur in einer harmlosen und ungefährlichen »Beratung« und im Vorbringen von »Wünschen« und »Anregungen« bestehen, da ja bei jedem

Druck auf den Unternehmer, bei jeder Kräftermessung die ungehemmte Unternehmerinitiative nicht »gewahrt und gefördert«, sondern gehemmt und eingeschränkt, wenn nicht sogar aufgehoben wird. Die Tätigkeit, die das Sofortprogramm der KPD Bremen den Vertretern der Arbeitnehmer zubilligen will, hat eine fatale Ähnlichkeit mit jenen Aufgaben, die das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. 1. 34 den sogenannten »Vertrauensräten« zuwies. So wie die Gewerkschaften und Betriebsräte unter Wahrung und Förderung der Unternehmerinitiative bei der Gestaltung der Produktion »mitarbeiten« sollen, so sollten nach dem Arbeitsordnungsgesetz die Vertrauensräte unter Wahrung und Förderung der »Führereigenschaft« des Unternehmers »die Maßnahmen beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen« usw. dienen. Was dabei herauskam, wissen wir. Die »Vertrauensräte« waren die kümmerliche Kulisse, hinter der sich die »ungehemmte Initiative« der »Betriebsführer« austobte. Sollten die Spuren nicht schrecken?

VIII. Die sozialistischen und kommunistischen Parteien Deutschlands standen bisher auf dem Boden des historischen Materialismus. Für sie war der Ablauf der Geschichte nichts Zufälliges und Willkürliches, nicht das Werk »großer Männer«, nicht das Ergebnis eines Kampfes zwischen politischen Glaubenssätzen, nicht die Widerspiegelung eines Streites zwischen moralischen Prinzipien, zwischen »gut und böse«. Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft war vielmehr, nach den Worten des »Kommunistischen Manifestes«, die Geschichte von Klassenkämpfen. Die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen und Gegensätze zwischen den Herrschenden und den Beherrschten waren die treibenden und bestimmenden Faktoren für den Ablauf des geschichtlichen Geschehens. Nicht politische Ideen und moralische Prinzipien standen sich in letzter Instanz gegenüber, sondern wirtschaftliche Interessen und Klassengegensätze.

Diese Geschichtsauffassung ist bisher bestimmend gewesen für die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der sozialistischen und kommunistischen Parteien Deutschlands zu allen Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, für die Beurteilung der Klassen und ihrer Ziele und Anschauungen. Nicht das, was eine bestimmte Gesellschaftsschicht oder Klasse von sich sagte und glaubte, ist wesentlich, sondern ausschlaggebend allein sind ihre Klasseninteressen und ihre Stellung in der Produktion. Wenn das aufstrebende deutsche Bürgertum des 19. Jahrhunderts Demokratie, staatsbürgerliche Freiheiten und allgemeines Weltbürgertum forderte und daran

glaubte, so zeigt uns die historisch-materialistische Geschichtsauffassung, daß der Bourgeois als Besitzer der Produktionsmittel unter »Demokratie« den Fortfall aller die bürgerliche Produktion und die Unternehmerinitiative hemmenden Schranken des herrschenden Feudalismus und Bürokratismus, die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des besitzstolzen Bürgertums mit den alten, feudalen und bürokratischen Machtgebern verstand, unter »staatsbürgerlicher Freiheit« die Zerschlagung der Zünfte, die Aufhebung aller junkerlich-feudalen und patriarchalischen Regalien und Erschwerungen der Freizügigkeit und Verdienstmöglichkeiten und daß das allgemeine »Weltbürgertum« für ihn die internationale Möglichkeit des Produzierens und Schacherns bedeutete. Seine Auffassung von Demokratie und staatsbürgerlicher Freiheit hinderte ihn nicht daran, den Besitzlosen, den Arbeitnehmern, das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit vorzuenthalten, sie in jeder Weise politisch und wirtschaftlich zu entrechten, sie in einem 14- bis 16-stündigen Arbeitstag hemmungslos auszubeuten und sie körperlich, geistig und sittlich verkommen zu lassen.

Und wenn der Kapitalist, der Besitzer der Produktionsmittel, der Anhänger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung heute von Demokratie und bürgerlicher Freiheit spricht, so versteht er, wenn man den leeren Worten einen Inhalt gibt, etwas wesentlich anderes darunter als der Arbeitnehmer, der Besitzlose, der Anhänger der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Für den Besitzenden heißt es Demokratie und Freiheit, wenn er möglichst ungehindert von allen staatlichen und polizeilichen Bestimmungen und Vorschriften, von allen gesellschaftlichen Rücksichten, wirtschaften und verdienen kann, mögen dabei auch Demokratie, Freiheit und Wohlfahrt der Besitzlosen verdorren und verkümmern. Gesellschaftliche Produktionslenkung, gesetzliche Arbeitszeitregelung, Mitbestimmung der Betriebsräte und dergl. sind ihm ein Greuel, und wenn er sie auch aus politischen Erwägungen mit Worten unter vielen Vorbehalten bejaht, so tut er praktisch alles, um sie zu hintertreiben und wirkungslos zu machen.

Ich stelle dies nicht fest, um Anklagen gegen die Unternehmer zu erheben, sondern um zu zeigen, daß im Klassenstaat – und noch leben wir in einem solchen! – alle Begriffe einen klassenmäßigen Inhalt haben, daß es keine »Freiheit«, keine »Demokratie« an sich gibt, sondern daß jede Klasse, jede Gesellschaftsschicht einen anderen Inhalt mit diesen Begriffen verbindet.

Gewiß bietet die Demokratie des entwickelten bürgerlichen Staates

der Arbeiterklasse die besseren Voraussetzungen für den Kampf um ihre Interessen und für ihre Zukunftsideale. – Aber nur darum, als beste Basis für den proletarischen Freiheitskampf, ist sie zu erstreben, nicht aber als Selbstzweck, nicht als Ideal, das alle Widersprüche und Gegensätze aufhebt. Auch in einer »kämpferischen Demokratie« – was immer man darunter verstehen möge – gibt es Besitzende und Besitzlose, Kapitalisten und Proletarier, wird Mehrwert angeeignet und Kapital akkumuliert, stehen sich Klassen und Klasseninteressen gegenüber. Auch für sie und in ihr gelten die Gesetze des Klassenkampfes, und nichts wäre verderblicher, als die Massen des werktätigen Volkes darüber hinwegtäuschen zu wollen.

IX. Der soeben beendete Krieg hat kein Problem gelöst, hat alle Gegensätze verschärft und die Widersprüche des kapitalistischen Systems auf die Spitze getrieben. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die moderne Produktion den Händen der Kapitalistenklasse mehr und mehr entgleitet, daß das kapitalistische System die Welt nur noch zu zerstören, aber nicht mehr aufzubauen vermag.

Nach dem Zusammenbruch von 1918 wurde die deutsche Arbeiterklasse vor »sozialistischen Experimenten« gewarnt, da man »den Bankerott nicht sozialisieren könne!« Das kapitalistische System wurde wieder aufgebaut mit einigen demokratischen, republikanischen und parlamentarischen Verzierungen und mit all seinen Gegensätzen und Widersprüchen, seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Das »sozialistische Experiment«, vor dem damals die Arbeiterschaft so eindringlich gewarnt wurde, ist ihr zwar erspart geblieben. Dafür aber hat sie Hunger und Not, Inflation und Deflation, Massenarbeitslosigkeit und »Notstandsarbeiten«, Faschismus und Diktatur, Blut und Gewalt, Krieg und Zerstörung auf sich nehmen müssen und steht nach 28 Jahren abermals vor einem Zusammenbruch, dessen gigantische Ausmaße unvorstellbar sind.

Und wieder nahen sich besorgte Ratgeber und warnen im Sofortprogramm der KPD Bremen davor, »schöne Worte zu machen oder Lösungen zu propagieren, die den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland nicht entsprechen!« Und wieder erzählt man den deutschen Arbeitern, daß nur »die ungehemmte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums« den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht.

Soll das deutsche Proletariat noch einmal die Probe auf das Exempel machen? Soll es nochmals jenes System aufrichten helfen, das ihm so namenloses Elend und tiefes Grauen brachte?

Als Marx und Engels im Jahre 1848 im »Kommunistischen Manifest« der zukunftsfrohen bürgerlichen Welt ihre kommunistischen Losungen und Ziele entgegenschleuderten, entsprachen diese damals mehr als heute den »gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands«? – Oder sollen auch die gewaltigen und aufrüttelnden Sätze des »Kommunistischen Manifestes«, die heute noch so lebendig und wahr, so scharf und zutreffend sind, wie sie es vor 100 Jahren waren, als »schöne Worte« und »Losungen«, die den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands nicht entsprechen, verdammt werden? Sei dem, wie ihm wolle!

Den wechselnden Parolen der Tagespolitiker setzen wir getrost die ehernen Wahrheiten des Manifestes entgegen.

In einer Zeit tiefster Hoffnungslosigkeit und »ideologischer Verwüstung« soll den werktätigen Massen ein Ziel gezeigt werden, um das zu kämpfen es sich lohnt, ein Weg, der durch alle Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Kapitalismus zu einer besseren Zukunft weist.

Wenn je, so ist es heute notwendig, was bereits vor 100 Jahren das »Kommunistische Manifest« forderte: »Es ist hohe Zeit, daß die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen . . .«

Und wenn je, so müssen heute für eine wahrhaft kommunistische Bewegung die Schlußworte des Manifestes Mahnung, Gebot und Richtlinie sein: Die Kommunisten »kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung . . . Die kommunistische Bewegung unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten. . . . Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.«

9. *Protokoll der Mitgliederversammlung der KPD Bremen-Gröpelingen, 30. April 1946*

Bericht

Betr.: Mitglieder-Versammlung der K.P.D. Gröpelingen
am 30. April 1946

Tagesordnung:

1. Bericht vom Parteitag der S[ozialistischen]E[inheits-]P[artei] in Berlin
2. Wahlen der Delegierten beim Bezirksparteitag in Blumenthal
3. Politische Lage

Redner H. Schramm: Die Niederschlagung des Faschismus geschah leider ohne Zutun der Arbeiterschaft. Um aber zu verhindern, daß jemals der Faschismus sein Haupt wieder erhebt, ist die Einheit der Arbeiterschaft unbedingt erforderlich. In Bremen ist die Zusammenarbeit aller Antifaschisten vorbildlich für das ganze Reich. Obwohl ein Teil [der] imperialistischen Mächte gegen die Einheit der Arbeiterklasse ist, um mit den Reaktionären zusammen zu verhindern, daß der Sozialismus triumphiert, müssen wir alles daran setzen, um zu einer Einheit der Arbeiterschaft zu kommen. Schumacher leistet der Reaktion Vor-schub, indem er gemeinsame Veranstaltungen der KPD und SPD verbietet. Wir Kommunisten dürfen uns nicht von wild gewordenen Spießern irreführen lassen. Auf Grund unseres Sektiererertums innerhalb der Partei brachten wir es nicht fertig, das Kleinbürger- und Bauerntum für uns zu gewinnen.

Senator Wolters scharf angreifend, sagte Schramm u. a.: »Das Redeverbot für Wolters wurde nicht aufgehoben, und wir trennen uns von unseren Senatoren, wenn sie keine realistische Politik machen.« Auch können wir es nicht für gut heißen, wenn der Standpunkt unserer Senatoren vertreten wird, daß Jugendliche und Frauen bei der Aufräumungsaktion schlechter entlohnt werden sollen. Die Fahrradkarte, die hohe Besteuerung des Tabaks usw. sind auch nur Bremische Maßnahmen, und wir können es nicht für gut heißen, daß sie von Wolters und Ehlers befürwortet werden. Wolters antwortet uns: »Die politischen

Gegensätze zwischen ihm und uns würden sich wohl verschärfen.« Es gibt zu denken, wenn uns die Mil. Regierung fragt: »Wie steht Wolters zur Sowjet-Union?«, und die Mil. Regierung war genauestens über die Fragen unterrichtet, die ich (Schramm) Wolters gestellt hatte. (Allgemeine Entrüstung).

Schramm übermittelte dann persönliche Grüße von Pieck und erklärt, Pieck sei der festen Meinung, daß es Bremen gelingt, als erste Stadt im westlichen Sektor die SEP zu schaffen. Ich bin weich geworden in Berlin, wie Pieck von der linken und Grotewohl von der rechten Seite die Bühne betraten und sich die Hände reichten. Pieck erklärte dann, »Kommunisten, denkt daran, verlangt nicht zuviel von den ehemaligen SPD-Leuten, sie sind unser scharfes Tempo nicht gewohnt.« Es ist der Anfang zur Einheits-Partei gemacht, natürlich wird noch mancher Strauß ausgefochten werden müssen, aber 1 300 200 Mitglieder sind vorhanden, und neue Massen strömen der SEP mit großem Enthusiasmus zu.

Eine Schumacher-Kundgebung in der französischen Zone in Berlin wurde von Britischer Militär-Polizei überwacht, und einige Genossen, die es gewagt hatten, Zwischenrufe zu machen, wurden blutig geschlagen und ausgeworfen. Es waren dieselben Methoden wie vor 1933.

Genossen heißt es, Taktik zu üben. Die Mil. Regierung ist sehr interessiert und will wissen, wie wir uns die Einheit vorstellen. Wir haben die größten Chancen. Drüben im östlichen Sektor ist Leben und Aufbau, und hier ist ein Dreck. Die Lügen von Schumacher haben sich nicht bewahrheitet. Jetzt gilt es, Zentralausschüsse zu bilden und die SPD-Leute heranzuholen. Die Stimmung in der SPD drängt zur Einheitspartei. Wir Kommunisten in Gröpelingen schlafen; während es in anderen Stadtteilen gelungen ist, den Kontakt mit der SPD herzustellen, haben wir dieses in Gröpelingen nicht zu verzeichnen. Genossen, überlegt Euch mal, was das heißt, wenn in der Gröpelinger SPD-Mitglieder-Versammlung Resolutionen einstimmig angenommen wurden, die den Ausschluß der Genossen beschließen, die am Einigungsparteitag in Berlin teilnehmen. Im SPD-Distrikt Westend stimmten 16 SPD-Genossen gegen diese Resolution.

Früher hat man Gröpelingen mit Stolz »Klein Moskau« genannt, und es wäre doch gelacht, wenn wir das nicht wieder erreichten. Es ist vorgesehen, Pieck und Grotewohl in Bremen sprechen zu lassen, das kann aber nur vor dem noch zu bildenden Organisationsausschuß geschehen, da unbedingt der überparteiliche Charakter gewahrt bleiben muß.

Unser Mitgliederbestand in Bremen ist auf keinen Fall befriedigend.

Wir haben jetzt 2000 Mitglieder, und vor 1933 hatten wir 4000. Das kleine Aurich hatte 1933 einhundertzehn Mitglieder und [hat] jetzt 480. Emden, welche Stadt es ablehnt, mit der SPD zusammenzuarbeiten, hat noch keine 30 % von ihrem Mitgliederbestand im Jahre 1933 erreicht. Wir wissen, daß einige Schwächen in der Bezirks- und Stadtleitung sind. Aber wir müssen unseren Organisations-Apparat noch weiter ausbauen, um die uns gestellten Aufgaben zu meistern. Es fehlt uns aber an geeigneten Kräften, und die Genossen werden ersucht, entsprechende Vorschläge zu machen. Genossen, die in Staatsstellungen gebracht worden sind und ihre Pflicht gegenüber der Partei nicht erfüllen, werden wieder aus ihren Stellungen geholt. Wenn man uns den Vorwurf macht, wir hätten einen aufgeschwemmten Kopf in der Bezirks- und Stadtleitung, so muß ich erklären, daß wir noch viel mehr Leute gebrauchen, um die uns gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Vor 1933 waren wir eine Oppositions-Partei und haben gequakt und gemekert, aber wir hatten doch immer recht.

In der Diskussion sagte der Genosse Warnken: »In Gröpelingen haben wir keinen vernünftigen SPD-Mann. Ich hatte viele SPD-Funktionäre bearbeitet, und sie waren auch gewillt, für die Einheits-Partei zu werben, aber wie Schumacher seine Briefe losließ, war es aus. Ich war wieder der alte Lump, der nur im Trüben fischen wollte.« Die Funktionäre meiner Gruppe haben eine Resolution des Mißtrauens gegen die Bezirks-Leitung angenommen, weil ihrer Ansicht nach keine Direktiven von oben kommen. Ein Antrag zum Bezirksparteitag zur Senkung der Mitgliedsbeiträge wurde mit den niedrigen Löhnen begründet.

Redner Stier: Wir müssen die elementarsten Tagesfragen populär machen, um die Masse für uns zu gewinnen.

Redner Raschen: Wolters und Ehlers predigen den Marxismus wie die Pfaffen ihren Katechismus von der Kanzel.

Wenn wir ehrlich sein wollen, so müssen wir sagen, es ist von uns immer mit einem Auge gezwinkert worden, wenn wir von der Einheitsfront gesprochen haben. Wir werden mit den SPD-Führern nicht zur Einheits-Partei kommen. Die SPD-Führung Romberg, Theil usw. stützt die Reaktion. Fehler vor 1933 waren, in der SPD den Hauptfeind zu sehen und daß man die Verhältnisse von Rußland auf Deutschland übertragen wollte. Heute können wir nur durch Demokratie zum Sozialismus kommen. In der Bürgerschaft ist der Weg der SPD derselbe wie vor 1933, sie betreibt nach wie vor Koalitionspolitik. Schumacher, Hug und Klatte sind borniert.

Redner Becker: Die Politik vor 1933 war richtig. Der Feind der Arbeiterklasse ist die Bourgeoisie, und die SPD ist ihre Stütze. Heute ha-

ben wir immer mehr zu leisten, weil wir keine Oppositions-Partei mehr sind. Wir haben 400 Mitglieder im Distrikt Gröpelingen.

Schlußwort – Redner Schramm: Zu unseren Fraktions-Sitzungen werden die Pol.-Leiter hinzugezogen, jeder Senator hat Bericht zu erstatten, wir wollen keine Propaganda-Anträge in der Bürgerschaft stellen, aber wenn die KPD etwas sagt, dann muß die Bürgerschaft wackeln. Der Olle Wilhelm (Kaisen) weiß ganz genau, daß es mit uns nicht so einfach ist. Wir haben eine sozialistische Mehrheit im Senat und müssen die Politik in unserem Sinne bestimmen. Wolters und Ehlers werden nicht wieder Senatoren. Ich habe zu Wolters gesagt: »Wenn Du ein Kerl bist, dann trittst Du zurück«, es wird ein konsequenter Schnitt gemacht werden und es wird stark bluten; wenn es sein muß, werden wir Wolters so madig machen, daß kein Hund ein Stück Brot von ihm nimmt. Wenn Ehlers sagt, man könne mit einer deutschen Frau nicht dasselbe machen wie mit einer russischen, so erklären wir dazu: In Berlin arbeiten tausende Frauen als Bauarbeiter.

Wir haben es nicht verstanden, Oskar Schulze und Theil in unserem Sinne zu bearbeiten, sonst hätten sie eine andere Politik gemacht. Theil ist von der Mil.-Regierung gerügt worden, weil er Nazi-Bauräte noch nicht entlassen hat. Theil wird uns Rechenschaft abgeben müssen, wie es kommt, daß auf der einen Seite kein Baumaterial vorhanden ist und auf der anderen Seite große Mengen von Baumaterial verdorben sind (Platten, Gips usw.). Auch werden Häuser abgerissen, um die Ausweitung der Industrie zu fördern.

Nochmals auf die SPD eingehend, erklärt Schramm, die Bremer SPD ist nicht abhängig von Schumacher, und im übrigen ist Schumacher durch unsere Angriffe viel zu populär geworden.

Es wurden noch 10 Delegierte für den Bezirks-Parteitag gewählt.

10. *Protokoll der Funktionärsversammlung der SPD Bremen-Westend,*
17. Juni 1946

Sitzung der tätigen Genossen des Stadtteils »Westend« am 17. 6. 46 im Volksheim Ortstr. 10 a.

Um 20 Uhr eröffnete der Stadtteilleiter Genosse Windels die Sitzung mit der Verlesung folgender Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen[ossen] Lücke über »Die Bürgerschaftswahlen«.
2. Sommerfest.
3. Verschiedenes.

Nach Genehmigung der Tagesordnung ergreift Gen[osse] Lücke das Wort. Er führt aus: Ein Jahr ohne besondere, uns erfreuende Erfolge ist vergangen, sein Verlauf war enttäuschend. Politische Gleichgültigkeit und wirtschaftlicher Tiefstand sind vorherrschend, dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung noch offen. Dies alles ist nicht unsere Schuld. Aber die durch diese Umstände hervorgerufene Unzufriedenheit erklärt diejenigen für die Schuldigen, die heute in vorderster Front im Neuaufbau stehen. Das ist falsch. Sie können nicht frei arbeiten, weil sie durch die Planlosigkeit der Alliierten behindert werden. Hinzu kommt, daß unsere als sozialistisch anzusprechende Arbeit früher von den Besatzungsmächten anerkannt und gefördert wurde, heute aber durch die Beziehungen der KPD zum Osten und der Entwicklung dort nicht mehr voll anerkannt wird. Die Westmächte sehen in der östlichen Entwicklung eine Gefahr, wenden sich von den sozialistischen Parteien ab und suchen ein Gegengewicht dadurch zu schaffen, daß sie den bürgerlichen Parteien Vorschub leisten. Dies sind, unter anderem, die Voraussetzungen, unter denen wir in den Wahlkampf gehen. Im Hinblick auf die bürgerliche Konzentration, die in der Planung von Wahlkartellen zum Ausdruck kommt, müssen wir unsere Zusammenarbeit mit der KPD vertiefen. Hier in Bremen besteht, trotzdem die KPD aus den vorerwähnten Gründen in Mißkredit geraten ist, doch immer noch eine gute Zusammenarbeit.

Gen[osse] Lücke geht dann näher auf die Wahlarbeit ein. Er fordert, daß jeder einzelne Funktionär besonders bereit und präpariert sein muß, um die Wahlarbeit bewältigen zu können. Das ist nötig, da die Wahlar-

beit wesentlich anders als früher sein wird. Denn das Wahlsystem ist komplizierter und die Zeitungsstellung im Wahlkampf eine andere wie früher. Wir müssen beweisen, daß wir die Partei sind, die die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertritt, wenn wir dem Bürgerblock gegenüber bestehen wollen. Jeder muß mitarbeiten, und die Funktionäre sind besonders berufen, da sie aus ihrer praktischen Erfahrung heraus am erfolgreichsten wirken können.

In der anschließenden Aussprache wird zunächst die Einteilung der Wahlbezirke und die gegen früher veränderte Wahlform eingehend besprochen.

Die angeregte Zusammenarbeit mit der KPD gibt Veranlassung zu einer längeren Erörterung des Für und Wider. Dabei wird auf einen Vorfall in Worpsswede hingewiesen, wo die KPD in Gemeinschaft mit den Bürgerlichen am Sturze des SPD-Bürgermeisters arbeite. Ein weiterer Punkt in der Aussprache betraf die Wahlarbeit auf dem flachen Lande, deren Zielsetzung die Forderung ist »Wir müssen das Land und seine Bevölkerung gewinnen«.

Die Erörterung der anzuwendenden Mittel und einzuschlagenden Wege ließ Zweifel an der Richtigkeit der bisher geübten Taktik in Erscheinung treten. Es bestand volle Einmütigkeit unter den Versammelten darüber, daß die wirkungsvollste Propaganda dadurch erzielt würde, wenn die Partei mit Erfolgen auf dem Gebiete ihrer bisherigen Tätigkeit aufwarten könnte. In der heutigen wirtschaftlichen und politischen Not können große, weitgesteckte Ziele nicht die Wirkung haben, die das Aufweisen von Erfolgen bei der Lösung von Tagesproblemen auf die Wähler haben würde.

Hier werden Mängel und Fehler bei der bisherigen Behandlung dieser Probleme angeführt, die von größter Wichtigkeit sind. Die Tatsache, daß bei Besetzung wichtiger Positionen im öffentlichen Leben führende Genossen den Standpunkt vertreten, es sei dazu akademische Vorbildung oder wenigstens bessere Schulbildung erforderlich, wird als abwegig verurteilt. Wir haben in unseren Reihen genügend Genossen, die fähig sind, eine verantwortungsvolle Stellung auszufüllen. Dazu wurde auf das Ausscheiden des Leiters des Landeswirtschaftsamtes hingewiesen, an dessen Stelle der Genosse Ewert vorgeschlagen wurde, von den führenden Genossen aber nicht mit dem notwendigen Nachdruck unterstützt, sondern sogar abgelehnt wurde. Zu dieser Einstellung der Genossen wurde noch erwähnt, daß Gen[osse] Kaisen, wenn ihm diesbezügliche Vorstellungen gemacht werden, gleich mit seinem Rücktritt droht. Bei aller Achtung vor der Leistung und Person des Gen[ossen] Kaisen wird diese Methode doch nicht für richtig befunden. Ein weiterer Fall

ist der Fall Yström, der, wenn auch politisch nicht belastet, nach seinem Herkommen als ausgesprochener Reaktionär anzusehen ist, aber trotzdem den wichtigen Posten eines Polizeipräsidenten bekleidet, weil nach Auffassung des Gen[ossen] Kaisen diese Stellung nur von einem »Offizier von Format« ausgefüllt werden kann.* [. . .] Hierzu [Kritik am sozialdemokratischen Bausenator] wurde die Baumaterialverteilung bemängelt und auf die Tatsache hingewiesen, daß Bäcker, Schlachter, Zigarrenhändler, kurz alle diejenigen, die Mangelware oder ähnliches als Äquivalent bieten können, ihre Häuser reparieren können, während gewöhnliche Sterbliche in Halb- und Dreiviertelruinen wohnen oder wegen Wohnraumknappheit sich mit wenigen Quadratmetern bescheiden müssen. Daß die erwähnten Kreise frühere, mehr oder weniger entbräunte Pg's sind, unterstreicht noch, daß auch auf diesen Gebieten von der Partei nicht mit dem genügenden Nachdruck gearbeitet wurde und darum die Nazi heute noch nicht nur in Amtsstellen, sondern auch in der Wirtschaft sitzen und sich und ihresgleichen Vorteile verschaffen, wo sie nur können.

Zusammenfassend wurde festgestellt, daß wir mit der bisher geleisteten Arbeit auf keinen Fall zufrieden sein können. Es muß unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Vor allem muß die Arbeit in den Distrikten mehr von der Ortsleitung unterstützt werden, damit sie nicht wie bisher zum größten Teil negativ verläuft. Hier ist in erster Linie die Parteileitung zuständig. Sie kann dabei unserer vollen Unterstützung gewiß sein. Es ist aber erforderlich, daß die jüngeren Kräfte viel mehr als bisher zur Mitarbeit geschult und herangezogen werden. Darum ist auch die Einstellung der Parteileitung, wie sie sich bei der Besetzung der Bezirkssekretärsposten in bezug auf den Genossen Romberg kundtut, zu verurteilen. Der Genosse Romberg ist unter allen Umständen zu halten. Er hat im vergangenen Jahr bewiesen, daß er fähig ist, der Partei den heute leider fehlenden Schwung zu verleihen.

Zu der Frage der Verjüngung des Parteiapparates wurde festgestellt, daß oft von führenden älteren Genossen die Verjüngung anerkannt, in der Ausführung aber nur zögernd gehandhabt wurde. Dies wurde schon durch die Behandlung der in der Gründungsversammlung zur Vorstandswahl gemachten Vorschläge sichtbar. Ebenso bei der Aufstellung der Bürgerschaftskandidatenliste im Frühjahr und der Besetzung des Bezirksvorstandes. Weitere Beispiele wirkten ergänzend und brin-

* Bei der Fortsetzung der Aussprache am 24. 6. 1946 wurde mitgeteilt, daß Yström nicht von Kaisen berufen, sondern von den Amerikanern aus Wesermünde mitgebracht worden sei.

gen zum Ausdruck, die Parteileitung sei zu stark von ihrer Methodik von vor 1933 befangen und zeige Zeichen von Ermüdung und Alterserscheinungen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Beschwerden laut, die sich gegen die oft recht unfreundliche Abfertigung im Parteibüro richten. Gen[osse] Schramm nahm hiergegen Stellung und verwies auf die durch den starken Arbeitsanfall äußerst beschränkte Zeit. Er ist bereit, jederzeit seinen Posten zur Verfügung zu stellen.

Um dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, Kenntnis zu nehmen von der in der Aussprache zum Ausdruck gekommenen Auffassung der Funktionäre, wird beschlossen, eine Abschrift des Protokolls dem Vorstand einzureichen.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird die Aussprache abgebrochen und Fortsetzung derselben am 24. 6. 46 beschlossen.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung gibt Gen[osse] Lücke als Vorsitzender des Festausschusses Hinweise auf die für das Sommerfest noch zu erledigenden Arbeiten.

Schluß um 23 Uhr.

Anwesend waren etwa 60 – 65 Genossen.

Der Stadtleiter:
[hs.] Windels

Der Schriftführer:
[hs.] Craß

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestellten-Bund
AFL	American Federation of Labor
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
Arpo	Arbeiterpolitik (Bremer Gruppe Arbeiterpolitik)
BA	Bundesarchiv
BdO	Bund deutscher Offiziere
BBC	British Broadcasting Corporation
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BfS	Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
BLG	Bremer Lagerhaus-Gesellschaft
Bm.	Bürgermeister
BPC	Bremen Port Command
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
CIC	Counter Intelligence Corps
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Deschimag	Deutsche Schiff- und Maschinenbau Aktiengesellschaft
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DPs	Displaced Persons
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale
FIS	Field Intelligence Study
FUB	Freie Universität Berlin
Gedag	Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (christlich-national)
Gen.	General

HAG	Hanseatische Aufbau-Gemeinschaft
HJ	Hitlerjugend
HQ	Headquarters
ICD	Information Control Division
IFZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IHK	Industrie- und Handelskammer
IJB	Internationaler Jugend-Bund
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
ITF	Internationale Transportarbeiter-Föderation
JCS 1067	Joint Chiefs of Staff, Directive No. 1067
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
KGF	Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Konzentrationslager
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPO	KPD-Opposition
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MdB	Mitglied des Bundestages
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MG	Military Government
Mil. Gov.	Military Government
MP-Leiter	Militärpolitik-Leiter
MSP	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NLP	Niedersächsische Landespartei
NPL	Neue Politische Literatur
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OMG	Office of Military Government
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
Org.-Leiter	Organisations-Leiter
OSI	Otto-Suhr-Institut
OSS	Office of Strategic Services
PH	Pädagogische Hochschule
Pg.	Parteigenosse (der NSDAP)
Pol.-Leiter	Politischer Leiter
PSQ	Political Science Quarterly
PV	Parteivorstand
RFB	Roter Frontkämpfer-Bund
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SAJ	Sozialistische Arbeiter-Jugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SEP	Sozialistische Einheitspartei
SFG	Sozialistische Freie Gewerkschaft

SJV	Sozialistischer Jugendverband
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exil-SPD)
StA	Staatsarchiv
TUC	Trade Union Congress
USG	Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZA	Zentralausschuß
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZStA	Zentrales Staatsarchiv

Anmerkungen

Einleitung

- ¹ Albrecht Kaden: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964.
- ² Johannes Kolb: Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt/M. 1970.
- ³ Lewis J. Edinger: Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.
- ⁴ Diese Form von Parteilichkeit reduziert sich nicht auf den Versuch, Geschichte der Arbeiterbewegung vom Arbeiterstandpunkt aus zu schreiben, sondern beinhaltet vor allem eine Rechtfertigung der amtlich festgelegten Parteitradition der SED.
- ⁵ Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1970.
- ⁶ Ernst Ulrich Huster / Gerhard Kraiker / Burkhard Scherer / Friedrich-Karl Schlotmann / Marianne Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/M. 1972.
- ⁷ Ute Schmidt / Tilmann Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48, Berlin 1971; Tilmann Fichter / Eugen Eberle: Kampf um Bosch, Berlin 1974.
- ⁸ Frank Moraw: Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- ⁹ Jürgen Klein: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972.
- ¹⁰ Die erste dieser Darstellungen ist soeben erschienen: Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949, Hamburg 1975. Außerdem sind Parallelstudien zu dieser Arbeit zu erwarten von Horst Schmollinger über Leipzig und

- Inge Marßolek über das Bergische Land. Ferner ist auf die Untersuchung von Werner Müller über die Geschichte der westdeutschen KPD 1945 bis 1949, die von einer Gruppe jüngerer Historiker vorbereitete Gesamt-Analyse der deutschen Antifa-Bewegung im Frühjahr und Sommer 1945 und schließlich das umfassende, von Helga Grebing geleitete Projekt zur Erforschung der Arbeiterbewegung im niedersächsischen Raum zu verweisen.
- 11 Zum Beispiel »Bolschewik« (Theoretisches Organ der KPD/ML) 3. Jg., Nr. 6, Januar 1971: Die antifaschistisch-demokratische Revolution 1945/49.
 - 12 Z. B. Proletarische Front 10 / Trikont: Arbeiterkämpfe in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, München 1973; etwas fundierter jetzt: Karl-Heinz Roth: Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974, Kapitel IV, 1.
 - 13 Siehe Anm. 5 und 6. Außerdem: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 6: Von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1966; Reinhard Kühnl: Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969; Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin (Ost) 1965.
 - 14 Die organisatorischen Strukturen waren einige Monate nach der Legalisierung wiederhergestellt, und selbst die quantitative Sammlung war Ende 1946 überwiegend bewältigt.
 - 15 Rüdiger Gripenburg: Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Zur Auswirkung der Volksfronttaktik im sozialistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Marburg o. J. (1971), Vorbemerkung.
 - 16 Siehe den Überblick bei Gabriel Kolko: The Politics of War. The World and United States Foreign Policy 1943-1945, New York 1968, und ders. (zus. mit Joyce Kolko): The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy 1945-1954, New York/Evanston/San Francisco/London 1972.
 - 17 Vom 23. Juni 1945 an gab die Militärregierung zweimal wöchentlich als deutschsprachige Zeitung den »Weser-Boten« heraus. Nach monatelangen Auseinandersetzungen um die Zusammensetzung der Redaktion erschien am 19. September 1945 die erste Nummer des »Weser-Kurier«, zunächst zweimal in der Woche. Der Weser-Kurier, der als Gruppenzeitung galt – die Amerikaner lehnten die Lizenzierung von Parteizeitungen ausdrücklich ab –, war bis Ende 1947 die einzige reguläre Zeitung in Bremen. Da die Mehrheit der Redaktion aus Sozialdemokraten bestand (darunter das Ehepaar Irmgard und August Enderle), was seinen Niederschlag im Inhalt des Blattes fand, erfuhr der Weser-Kurier bei konservativen Bremer Bürgern wenig Zustimmung und wurde von den Briten kurzerhand als SPD-Zeitung geführt. Als einzige deutsche Zeitung dieser Art besaß der Weser-Kurier einen eigenen Gewerkschaftsteil, der von August Enderle redigiert wurde. In der zweiten Jahreshälfte 1946 wuchsen die Spannungen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Parteien innerhalb der Redaktion, so daß unter den sozialdemokratischen Redaktionsmitgliedern

die Neigung wuchs, doch die Schaffung einer SPD-Parteizeitung zu versuchen. Der alleinige Lizenzträger des *Weser-Kurier* war der Alt-Sozialdemokrat Hans Hackmack. Erst im Oktober 1947 wurde Felix von Eckardt als zweiter Lizenzträger eingesetzt. Bezüglich der Zeit beim *Weser-Kurier* sind die Ausführungen von Eckardts in seinen Memoiren (*Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf/Wien 1967, S. 115 ff.) also nicht korrekt. Hermann Lücke: *Berichte und Bemerkungen über die Presseorgane der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis zur Währungsreform 1948*, unveröff. Mskr., 1973, S. 20 ff.; zur allgemeinen Problematik der Lizenzzeitungen siehe Harold Hurwitz: *Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949*, Köln 1972.

- ¹⁸ Die nicht bestätigten Interviews, auf deren Informationen der Verfasser dennoch meinte nicht verzichten zu können, sind im Anhang mit * gekennzeichnet. Die von Horst Adamietz für sein Buch: *Das erste Kapitel*, Bremen 1975, gemachten Interviews konnten dankenswerterweise ebenfalls benutzt werden. Um die Einschätzung der Aussagen zu erleichtern, werden die Interviewpartner, wo das erste Mal auf sie Bezug genommen wird, in Kurzbiographien vorgestellt. – Bezüglich der formalen Gestaltung ist zu bemerken, daß zitierte Worte oder Satzteile grundsätzlich dem Satz des Verfassers grammatikalisch angepaßt sind. Offensichtliche Schreibfehler, grammatikalische Irrtümer o. ä. wurden stillschweigend verbessert, Hervorhebungen nicht übernommen.
- ¹⁹ Eine systematische Durchsicht der noch ungeordneten Akten der amerikanischen Militärregierung in Bremen, die in den US National Archives lagern, hätte für das Erscheinen der vorliegenden Arbeit eine weitere längere Verzögerung bedeutet, die angesichts der allmählich beginnenden Diskussion über die in diesem Buch behandelte Thematik dem Verfasser wenig sinnvoll erschien, zumal die benutzten amerikanischen Berichte die Vermutung nahelegen, daß wesentlich Neues von einer derartigen Ausweitung des Materials kaum zu erwarten wäre.

1. Kapitel

- ¹ Ulrich Böttcher: *Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes*, Bremen 1953; Christian Paulmann: *Die Sozialdemokratie in Bremen 1864–1964*, Bremen 1964; Alfred Faust: *Der Anteil des bremischen Arbeiters*, in: *Schaffendes Bremen*, hrsg. von Hanns Meyer u. a., Bremen 1960, S. 184 f.; Hermann Entholt: *Bremens Handel, Schifffahrt und Industrie im 19. Jahrhundert (1815–1914)*, in: *Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer*, Bd. 5, Gotha 1928; Friedrich Rauers: *Bremer Handelsgeschichte im 19. Jahrhundert*, Bremen 1913; Doris Herms: *Die Anfänge der bremischen Industrie. Vom 17. Jahrhundert bis zum Zollanschluß*, Bremen 1952.
- ² Karl-Ernst Moring: *Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890 bis 1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens*, Hannover 1968, S. 11 f.; Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen*, Jg. 1929, S. 7; Sta-

- tistisches Handbuch der Freien Hansestadt Bremen, Ausgabe 1937, S. 7; Fritz Peters: Zwölf Jahre Bremen 1933–1945, Bremen 1951, S. 185; Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919, Bremen 1969, S. 6. – Die Zahlenangaben beziehen sich, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, auch im weiteren Text auf die Stadt Bremen, klammern also Bremerhaven und bis 1939 die nördlich der früheren Stadtgrenzen gelegenen, stark industrialisierten Vorstädte (Vege sack und Umgegend) aus, die erst zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eingemeindet wurden.
- 3 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1929, S. 25. Die zugrunde liegende Berufs- und Betriebszählung bezog sich auf den Staat Bremen. Das ist vor allem bei den im folgenden aufgeführten absoluten Zahlen zu berücksichtigen.
 - 4 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 im Freistaat Bremen, 2. Heft: Gewerbliche Betriebszählung, Bremen 1928, S. 28 f.
 - 5 ebd., S. 24, 26.
 - 6 ebd., S. 27. – Ein Vergleich mit den vorliegenden Zahlen von 1933 scheint wegen der zu dieser Zeit noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise wenig sinnvoll. Die vereinzelt Angaben aus dem Jahr 1936 reichen für einen Vergleich nicht aus. (Siehe: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistisches Handbuch der Freien Hansestadt Bremen, Ausgabe 1937, S. 7). Die Ergebnisse der Zählung von 1939 wurden nicht veröffentlicht. Also bleiben nur die Ergebnisse der Zählung von 1925, um die Sozialstruktur Bremens vor dem Zweiten Weltkrieg grob quantifizieren zu können.
 - 7 Siehe zu diesem Abschnitt: Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.), Die Bremer Linksradikalen, S. 6 ff.; Moring, a.a.O., S. 172 f.; Sepp Miller: Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906–1918, in: ZfG Sonderheft 1958, S. 202 ff.; ders.: Die Kämpfe der Bremer Werftarbeiter, in: Unter der Roten Fahne, Berlin (Ost) 1958; ders. (dort als Josef Miller): Auf der Weserwerft wehte die rote Fahne, in: Vorwärts und nicht vergessen, Berlin (Ost) 1958; Karl Jannack: Wir kämpften in Bremen für die Räterepublik, in: ebd.; Helmut Kral: Streik auf den Helgen, Berlin (Ost) 1964 (Werftarbeiterbewegung allgemein); für die Weimarer Zeit: Helmut Gätsch: Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919–1933, Bremen 1969. – Die Industriebetriebe und die Arbeiterbevölkerung konzentrierten sich in der südlichen und westlichen Vorstadt, in Walle, Gröpelingen, Woltmershausen und Hastedt.
 - 8 Hermann Apelt: Bremens Häfen, Schifffahrt und Verkehr, in: Hanns Meyer u. a. (Hrsgg.), Schaffendes Bremen, Bremen 1960, S. 116; Georg Borttscheller: Industrie und Industrialisierung Bremens, in: ebd., S. 154.
 - 9 Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.), Die Bremer Linksradikalen, S. 6 ff.; auch Moring, a.a.O. (speziell zum Schulkonflikt: S. 120 f.); Hinrich Wulff: Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft, 2 Bde., Bremen 1950. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich 1905 an obrigkeitlichen Bestrebungen, den Unterricht in einer für Bremen ungewohnten Weise orthodox-kirchlich zu beeinflussen.
 - 10 Siehe dazu vor allem Moring, a.a.O., S. 69 ff. und W. Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin (Ost) 1972.

- ¹¹ Die Arbeitersekretäre hatten »außer der Auskunftserteilung in sozialpolitischen und rein juristischen Fragen die Pflege einer den Interessen der bremischen Arbeiterschaft dienenden Sozialstatistik als Aufgabe.« Berichte der Siebener-Kommission über ein zu gründendes Arbeitersekretariat in Bremen, Bremen 1899, S. 3, zit. nach Moring, a.a.O., S. 61. Als erster wurde der seit 1891 in Bremen ansässige Friedrich Ebert zum Sekretär dieses sehr erfolgreichen Instituts bestimmt. Zu Eberts Tätigkeit in der Stadt als hervorragender Vertreter des reformistischen Flügels siehe neben Moring Georg Kotowski: Friedrich Ebert. Eine politische Biographie. Bd. 1: Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871 bis 1917, Wiesbaden 1963.
- ¹² Moring, a.a.O.; Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969.
- ¹³ Peter Kuckuk (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt 1969; ders.: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrivolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, Phil. Diss., Hamburg 1970; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, hrsg. von der KPD, Berlin 1929, S. 334 ff.; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962, S. 328 ff., 339 ff.; Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.), Die Bremer Linksradikalen, S. 17 ff.; siehe auch die in Anmerkung 7 genannte Literatur. – Im Gegensatz zum Spartakusbund waren die Bremer Linksradikalen im Ersten Weltkrieg für die unmittelbare Schaffung einer eindeutig revolutionären Partei eingetreten, schlossen sich aber mit dem Spartakus zusammen, als dieser mit der USPD brach. In der Gewerkschaftsfrage nahm die Bremer KPD zunächst eine »ultralinke« Haltung ein. Die Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) wurde bis zum Juni 1920 als revolutionäre Einheitsorganisation angepriesen, die die überkommenen Gewerkschaften ersetzen sollte. (Dazu Gätsch, a.a.O., S. 22 ff.). – Außer den bereits erwähnten Alfred Henke, Anton Pannekoek und Johann Knief, über deren Biographie sich Angaben bei Moring finden, seien nur noch folgende marxistische Theoretiker und Arbeiterpolitiker erwähnt, die mehr oder weniger lange in Bremen wirkten, dabei das revolutionäre Milieu beeinflussten und von ihm beeinflusst wurden: Karl Radek, polnisch-stämmiger revolutionärer Journalist und später führender Bolschewik; Heinrich Brandler, Mitinitiator der »Jungen Garde«, der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Bremen, später Vorsitzender der KPD (1921–23) und – nach seinem Ausschluß – Führer der KPO (s. Anm. 55); Herbert Warnke, vor 1933 Leiter der Bremer RGO und nach 1945 Vorsitzender des FDGB in Ostdeutschland; Wilhelm Pieck, bis 1960 Staatspräsident der DDR.
- ¹⁴ Gätsch, a.a.O., S. 80 ff. Die Stimmenverhältnisse bei der Bürgerschaftswahl lauteten: SPD 44 568, KPD 26 142 bei 157 659 gültigen Stimmen. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1932, S. 160.
- ¹⁵ Gätsch, a.a.O., S. 22 ff. (bes. S. 24). Bei den Bürgerschaftswahlen 1920 erzielten die Unabhängigen 46 864 Stimmen gegen 25 421 der Mehrheitssozialdemokraten. Obwohl die USPD 8½ Monate später auf 31 093 Stimmen gegen 33 107 zurückging, dürfte ihr Arbeiteranhang aufgrund des stärkeren kleinbürgerlichen Einschlags der Mehrheitssozialdemokratie immer noch größer gewesen sein. Statistisches Jahrbuch 1932, S. 160.
- ¹⁶ Vor 1933 waren der Parteisekretär, Josef Böhm; der Vorsitzende der

- Bürgerschaftsfraktion, Emil Theil; der leitende Redakteur der Bremer Volkszeitung (des Organs von SPD und ADGB), Alfred Faust; der Vorsitzende des ADGB und Senator, Emil Sommer; der Vorsitzende des DMV und (ab 1928) des ADGB, Oskar Schulze, ehemalige USPD-Mitglieder.
- 17 Paulmann, a.a.O., S. 138.
 - 18 Bremer Volkszeitung, 13. 2. 1929: Vormarsch der Bremer Parteibewegung.
 - 19 Paulmann, a.a.O., S. 137, zeigt die Entwicklung von 1924 bis 1931, dem letzten Jahr, das vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in einem Jahresbericht abgehandelt werden konnte. Selbst zu diesem Zeitpunkt waren es noch 10 074 Mitglieder.
 - 20 Statistik 1919 bis 1931 bei Gätsch, a.a.O., S. 147.
 - 21 Kommunistische Wählerstimmen: Bürgerschaftswahl Dezember 1924: 14 426 (ähnlich die Reichstagswahl am selben Tage); Reichspräsidentenwahl 1925: 9863 (1. Wahlgang) und 12 282 (2. Wahlgang); Bürgerschaftswahl 1927: 17 782; Reichstagswahl 1928: 18 159. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jahrgang 1932, S. 160, 162, 164. Über die Mitgliedschaft der Bremer KPD sind offenbar keine gesonderten Statistiken geführt worden. Im Bezirk Nordwest sank die Mitgliederzahl von 5333 im Jahre 1923 auf 1500 Ende 1925 und stieg dann bis Anfang 1928 wieder auf 2183. Aufgrund einer einzigen Angabe über die Stadt Bremen kann geschätzt werden, daß etwa die Hälfte der Mitglieder des Bezirksverbandes Bremer waren. Die Zahlen sind entnommen aus: Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 381.
 - 22 ebd., S. 76 f.; Lagebericht der Polizei 1.-15. September 1925, ZStA der DDR Potsdam, 61 Ve 9, Verein f. freie Wirtschaft 1/1.
 - 23 Zur Mitgliederzahl siehe Anm. 21. Das Verhältnis der Wählerstimmen bei den Reichstagswahlen 1928: 72 680 = 41,8 % (SPD) zu 18 159 = 10,5 % (KPD). Statistisches Jahrbuch Bremen 1932, S. 162.
 - 24 Dazu das umfassende Werk von Hermann Weber, Wandlung, a.a.O.
 - 25 Siegfried Bahne: »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History, Vol. X 1965, Part 2, S. 211 ff., hat zu Recht darauf hingewiesen, welche enorme psychologische Bedeutung das gewaltsame Vorgehen des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel gegen die verbotene kommunistische Demonstration am 1. Mai 1929 für die Popularisierung der Sozialfaschismus-Theorie hatte.
 - 26 Polizeiliche Lageberichte für Mai und Juli 1929, ZStA Potsdam, 61 Ve 9, Verein f. freie Wirtschaft 1/2.
 - 27 Gätsch, a.a.O., S. 111.
 - 28 ebd., S. 120. Der Arbeitsamtsbezirk Bremen war größer als die Stadt.
 - 29 ebd., S. 121.
 - 30 ebd.; 11 000 Personen hatte die Belegschaft zur Zeit ihrer größten Ausdehnung umfaßt, nach: Bericht der Bezirksleitung an den Parteitag. 26./27. November 1932 in Bremen, S. 42. StA Bremen, 4,65 - II A 12b, Bd. 16b (zweiter Sonderband). Dort eine Aufstellung der Entwicklung der Belegschaftsstärke in weiteren Metallbetrieben. In bezug auf die Deschimag muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß bereits 1929 nach Fertigstellung

- der »Bremen« und der Schiffsneubauten für die Hansalinie die Beschäftigtenzahl auf 3300 vermindert worden war. Polizeilicher Lagebericht für September 1929, S. 3. ZStA Potsdam, 61 Ve 9, 1/2.
- 31 Gätsch, a.a.O., S. 120. Die Stadt Bremen zählte vor der »Machtergreifung« 44 000 Arbeitslose. (Siehe Gätschs Examensarbeit mit demselben Titel, masch.schr., PH Bremen 1964, S. 72).
- 32 Kommunistische Wählerstimmen: Reichstagswahl 1930: 23 493; Bürgerchaftswahl 1930: 19 802; Reichspräsidentenwahl: 1932: 27 311 (1. Wahlgang) und 21 708 (2. Wahlgang); Reichstagswahl Juli 1932: 25 350; Reichstagswahl November 1932: 32 469. Erst mit diesem Ergebnis lag die Bremer KPD mit 17,2 % ganz knapp über dem Reichsdurchschnitt für ihre Partei von 16,9 %. Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, 1932, S. 160, 162, 164; Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Bremer Verwaltungs- und Wirtschaftsberichte, Jg. 4 (N. F.), H. 4, März 1933, S. 38. Zur Mitgliederzahl mdl. Auskunft Willi Meyer-Buer, DKP Bremen, am 9. 6. 1972 (nach Aussagen alter KPD-Mitglieder). Auch der spätere Bezirksleiter, Heinrich Schramm, sprach am 30. 4. 1946 auf einer Mitgliederversammlung der KPD in Gröpelingen von ehemals 4000 Mitgliedern (Nachlaß Theil). Die Angabe scheint glaubwürdig, da der Bezirk Nordwest im Oktober 1932 über 7500 zahlende Mitglieder (10 200 registrierte) verfügte. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 381.
- Wilhelm Meyer-Buer: Geb. 30. 4. 1911. Kaufmännische Lehre. Seit 1931 KPD. Illegale Arbeit. Herbst 1933 bis Januar 1936 Zuchthaus, März 1936 erneut inhaftiert; KL, Zuchthaus, schwere gesundheitliche Schäden. 1944 nach Bremen. Bei einem Luftangriff verschüttet (Phosphorverbrennungen). 1945 KGF und wieder KPD-Funktionär. 1946–1959 MdBü. 1962 wegen illegaler politischer Betätigung zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt.
- Heinrich Schramm: 11. 2. 1901–22. 8. 1963. Hafenarbeiter. Vor 1933 in der Bezirksleitung der KPD. 1932 Sekretär der Roten Hafenarbeitergewerkschaft. 1933/34 inhaftiert, danach Flucht nach Amsterdam. Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg. 1940 beim Einmarsch der Wehrmacht in Amsterdam verhaftet. 1945 Bezirkssekretär der KPD Weser-Ems.
- 33 Polizeibericht: Betr. Kassierersitzung des Stadtteils IV., Bremen, 16. Dezember 1932. StA Bremen 4,65 – II A 1261, Bd. 9; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 381, spricht von 6785 Erwerbslosen unter 7500 Mitgliedern. – Siegfried Bahne: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 662, gibt für diesen Zeitpunkt als Reichsdurchschnitt 11 % beschäftigte Betriebsarbeiter an.
- 34 Über die Politik der KPD seit 1928/29 und ihre ideologische Begründung informieren: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, (2. Aufl.) Frankfurt 1969, und Siegfried Bahne, Kommunistische Partei. Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin 1970, hat außenpolitische Interessen der Sowjetunion als wesentliche Motivation für den antisozialdemokratischen Kurs in der Form des Kampfes gegen den »Sozialfaschismus« nachgewiesen: Als Hauptgefahr für die Sicherheit der UdSSR wurde in Moskau eine deutsch-französische Annäherung gesehen, als deren Protagonist die SPD galt. – Die

DDR-Literatur krankt gerade in bezug auf diese Phase der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« (siehe Bd. 4: Von 1924 bis Januar 1933, Berlin [Ost] 1966) daran, daß sie aus politischen Gründen dazu gezwungen ist, aus der Grundlinie der damaligen Politik der KPD die Fehler einzelner »Abenteurer« und »Sektierer« zu machen, sofern unbequeme Fakten nicht überhaupt verschwiegen werden. In dieser Hinsicht ist Alexander von Platos Arbeit: Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus, Berlin 1973, positiv zu bewerten, da er erstmalig den Versuch macht, die kommunistische Politik in den Jahren seit 1929 systematisch zu rechtfertigen, und so eher Möglichkeiten für eine wissenschaftliche Diskussion bietet. Weitere Literatur in Hermann Webers Vorwort zu der Neuauflage von Flechtheims Buch. – Auf einen wichtigen Gesichtspunkt weist Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973, S. 170, hin: »Ihr [der KPD, P. B.] verbaler Radikalismus ging gerade während dieser Periode einher mit einem triumphalistischen Glauben an den parlamentarisch-elektoralen Kampf und einem – sieht man von der ›Verteidigung der UdSSR‹ ab – prononcierten Sozialchauvinismus. Bezeichnend ist, daß ihr ›Linksradikalismus‹ völlig verschieden war von dem der italienischen Partei während des Faschisierungsprozesses in Italien und ebenso von ihrem eigenen ›Linksradikalismus‹ der Periode von 1920–1922« (gemeint sein können nur die Perioden 1918/19 und die »Märzaktion« 1921).

35 Bericht der Bezirksleitung an den Parteitag, 26./27. November 1932 in Bremen, S. 75. StA Bremen, 4,65 – II A 12b, Bd. 16b.

36 Gätsch, a.a.O., S. 131. Die KPD selbst gab einen starken Rückgang gegenüber 1930 zu. Bericht der Bezirksleitung, 26./27. Nov. 1932, S. 64 (siehe Anm. 35). Dort und auf den folgenden Seiten sind auch die wenigen kommunistischen Erfolge aufgeführt.

37 ebd., S. 189:

RGO	4 820	Stimmen = 7 Mandate
ADGB	15 472	Stimmen = 22 Mandate
Christliche Gewerkschaften	1 257	Stimmen = 1 Mandat
Nationalsozialisten	491 (!)	Stimmen = 0 Mandate
Stahlhelm	644	Stimmen = 0 Mandate

Demgegenüber erbrachte die Wahl zur Angestelltenkammer folgendes Ergebnis:

RGO	135	Stimmen = 0 Mandate
AfA-Bund	3 530	Stimmen = 9 Mandate
Gewerkschaft der		
Angestellten und Beamten	1 737	Stimmen = 4 Mandate
Gedag	4 309	Stimmen = 10 Mandate
Unorganisierte	677	Stimmen = 1 Mandat

Die Arbeiter- und die Angestelltenkammer waren in Bremen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Beide Kammern – die Arbeiterkammer diente bis 1933 als eine Art Hilfsorganisation der Gewerkschaften, in der auch die Unorganisierten vertreten waren – wurden 1936 von den Nationalsozialisten aufgelöst. Hans Bors: Die bremische Arbeiterkammer – eine echte Selbstverwaltungskörperschaft überbetrieblicher Mitbestimmung. Ihre Geschichte, ihr Wesen, ihre Aufgaben und ihre Erfahrungen, Bremen

- 1962 (masch.schr.); Ingomar Benoit: Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung der beiden Arbeitnehmerkammern, in: Geschichte und Gegenwart der Arbeitnehmerkammern in Bremen, hrsg. von der Angestelltenkammer und Arbeiterkammer Bremen, Bremen 1971; schriftl. Mitteilungen Ingomar Benoit an Verf., 1. 12. 1971, 14. 12. 1971.
- 38 Wie die Partei selbst wurden auch alle Nebenorganisationen durch Polizeispitzel genauestens observiert und in die monatlichen Lageberichte aufgenommen. ZStA Potsdam, 61 Ve 9, 1/2, 1/3; StA Bremen, 4,65 – II A 4b 32, Bd. 1; Bericht der Bezirksleitung an den Parteitag, 26./27. Nov. 1932, StA Bremen 4,65 – II A 12b, Bd. 16b. Siehe auch die Darstellung von Albert Oltmanns: 1000 Jahre Bremen. Aus der wechselvollen Geschichte einer alten Hansestadt, 35. Folge, in: Neues Echo Nr. 29, 22. 7. 1966, S. 6. Allgemein: Bahne, Kommunistische Partei, S. 664 ff.
- 39 Bericht der Polizeidirektion, Zentralpolizeistelle, vom 22. 6. 1932, StA Bremen 4,65 – II A 10b, Bd. 4.
- 40 Polizeilicher Lagebericht für Dezember 1928, S. 2, ZStA Potsdam 61 Ve 9, 1/1.
- 41 Siehe Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1932, S. 160, 162, 164. Zum Vergleich Alfred Milatz: Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933, in: Matthias/Morsey, a.a.O., S. 790 ff.
- 42 Herbert Schwarzwälder: Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933, Bremen 1966, S. 9.
- 43 Bericht der Bezirksleitung der KPD an den Parteitag, 26./27. November 1932 in Bremen, S. 68, StA Bremen 4,65 – II A 12b, Bd. 16b.
- 44 Beispiele für die unverhüllte Anbiederung an die Unternehmer bei Gätsch, a.a.O., S. 135 f.
- 45 Bericht der Bezirksleitung der KPD an den Parteitag, 26./27. November 1932 in Bremen, S. 67, StA Bremen 4,65 – II A 12b, Bd. 16b. Diese Angabe erscheint glaubwürdig, da es der KPD-Bezirksleitung in diesem Teil ihres Rechenschaftsberichtes gerade darum ging, die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus für die Rolle der KPD als Partei der radikalen Vereinigung des Weimarer Systems aufzuzeigen. Außerdem war die NSBO generell überwiegend eine Vereinigung von Angestellten. Siehe Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«, Hannover/Frankfurt 1958, S. 39.
- 46 Siehe Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1932, S. 160, 162; Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 21 ff., 39, 66 ff. Der Unterschied zwischen der »liberalen« DVP und der DNVP war in Bremen kaum prinzipieller Art, sondern resultierte vornehmlich daraus, daß die DVP trotz starker Rechtstendenzen an der Koalition mit der SPD festhielt. Zum Bremer Liberalismus siehe Hermann Kastendiek: Der Liberalismus in Bremen, Phil. Diss., Kiel 1951.
- 47 Reichstagswahl 1928: 72 680 Stimmen; Reichstagswahl 1930: 62 456 Stimmen; Bürgerschaftswahl 1930: 53 809 Stimmen; Reichstagswahl Juli 1932: 62 476 Stimmen. Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1932, S. 160, 162.
- 48 Zur Politik der SPD im Reich am Ende der Weimarer Republik siehe Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Mat-

- thias/Morsey, a.a.O., S. 99 ff. – Auch in Bremen führte die Sozialdemokratie mehrere antifaschistische Manifestationen durch. Gättsch, a.a.O., S. 138.
- 49 Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 29; Arbeiter-Zeitung (Organ der Bremer KPD), 23. 5. 32, Vorwärts im Massenkampf für ein rotes Bremen. Für ihren Volksentscheid hatte die Bremer KPD ganze 2 % der Stimmberechtigten, also nur einen winzigen Teil ihrer Wähler, mobilisieren können. 1928, beim Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau, war ihr wenigstens die Mobilisierung der Hälfte ihrer damaligen Wählerschaft gelungen. Siehe Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1932, S. 163.
- 50 Die in der DDR-Literatur herausgestellten einzelnen Einheitsfrontangebote an die SPD- und Gewerkschaftsspitze (z. B. am 20. Juli 1932) konnten angesichts der Hauptlinie der kommunistischen Politik auch bei den sozialdemokratischen *Arbeitern* kein Vertrauen erwecken.
- 51 So die Bremer Volkszeitung am 23. 2. 1932.
- 52 Interview Gumpert, S. 1; Oltmanns, a.a.O., S. 6; vgl. Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 17.
Georg Gumpert: Geb. 3. 4. 1914. Lehrzeit als Dreher bei der AG Weser 1929–1932, danach arbeitslos. 1931 KPD, insbesondere Jugendarbeit, Arbeitslosenausschüsse, Rote Hilfe, Stadtteilarbeit. 1933 erstmalig wegen Widerstandstätigkeit verhaftet. 1936 dreieinhalb Jahre Zuchthaus. 1942 bis 1944 erneut inhaftiert, Ende 1944 geflohen und mit den Alliierten zurück nach Bremen. 1945/46 enger Mitarbeiter von Hermann Wolters bei der KGF, der »Abteilung Bruns« und im Arbeitsamt. Parteilos, VVN-Präsidium (bis 1970).
- 53 Interviews Ehlers, Schmidt, Gumpert, Martin Meyer.
Adolf Ehlers: Geb. 21. 2. 1898. Kaufmännische Lehre, nach dem Ersten Weltkrieg als Hilfsarbeiter auf der AG-Weser-Werft. Seit 1919 einer der führenden Kommunisten Bremens, 1922 Betriebsratsvorsitzender der AG Weser. 1923–1924 MdBü. Als Anhänger des »rechten« Flügels Ende 1924 aus der KPD ausgeschlossen; Anfang 1926 wieder aufgenommen. Leiter der Roten Hilfe, Bezirk Nordwest, seit 1927 Leiter der Agitprop-Abteilung im Zentralvorstand der Roten Hilfe. 1930 erneut als »Rechter« aus der KPD ausgeschlossen. Pol.-Leiter der KPO in Nordwestdeutschland; Anfang 1932 mit der Bremer KPO-Gruppe zur SAP, wo E. ebenfalls eine führende Position einnahm. 1933–1945 illegale Arbeit, seit 1938 wieder auf der Weser-Werft. 1945 KGF-Vorstand und KPD-Bezirksleitung. 1945 bis 1963 Mitglied des Senats, zuerst als Vertreter der KPD. Seit 1946 Sozialdemokrat. Vertreter Bremens im Parlamentarischen Rat und im Bundesrat. Aus Gesundheitsgründen schied E., der als Nachfolger Wilhelm Kaisens vorgesehen war, 1963 aus der aktiven Politik aus.
Martin Meyer: Geb. 1913. 1928 SAJ, 1931 SAP. Während der NS-Zeit illegale Arbeit. Beruflich bei der AG Weser tätig. 1937 als Delegierter der Bremer SAP auf einer Tagung in Göteborg. Mitarbeit in der gemischten antifaschistischen Jugendgruppe (siehe S. 43). 1938 verhaftet, bis Kriegsende im Zuchthaus und KL inhaftiert. Im Sommer 1945 Rückkehr nach Bremen, aus gesundheitlichen Gründen zunächst aber keine politische Aktivität. Beteiligung an der Wiedergründung der »Bremer Gruppe Arbeiterpolitik«.

Wilhelm Schmidt: Geb. 8. 3. 1883. Bäckerlehre, 1908–1933 Beamter. Seit 1903 SPD. 1907 Organisator des erfolgreichen Bäckerstreiks in Bremen. 1916 USPD, 1920–1933 MdB. 1933 – Herbst 1934 (Verhaftung der SPD-Organisation) Mitglied eines sozialdemokratischen Diskussionszirkels. Nach dem 20. Juli 1944 einige Wochen im KL Farge. Seit 15. Mai 1945 Leiter der Regierungskanzlei. Am Wiederaufbau der SPD und der Gewerkschaften (DAG, später ÖTV) beteiligt. Als Initiator des »Ristedter Kreises« von maßgeblichem Einfluß auf den SPD-Entwurf für die Bremer Verfassung. 1950 pensioniert.

54 Die SAP entstand 1931, als ein Teil der dem linken Flügel der SPD angehörenden Reichstagsabgeordneten sich weigerte, die Tolerierungspolitik ihrer Partei gegenüber der Regierung Brüning weiter zu unterstützen. Die neue Partei wurde zum Sammelbecken verschiedener linker Gruppen. Gewisse Einbrüche in die Sozialdemokratie gelangen ihr in Teilen Mitteldeutschlands und Schlesiens (Breslau) sowie in der SAJ, deren Ortsgruppen sich in einzelnen Fällen geschlossen dem Sozialistischen Jugendverband (SJV) der SAP anschlossen. In ihrer Blütezeit umfaßte die SAP etwa 25 000 Mitglieder – einschließlich der 8000–10 000 des SJV. Bei den Landtagswahlen in Preußen im April 1932 errang die Partei noch 0,4 % der Stimmen, bei den Reichstagswahlen im Juli 0,2 %, bei den Reichstagswahlen im November gar nur noch 0,1 %. – In den Mittelpunkt ihrer politischen Agitation stellte die SAP den Kampf um die proletarische Einheitsfront gegen den aufkommenden Faschismus. Trotz örtlicher Erfolge und trotz der Unzufriedenheit weiter Kreise mit dem »Bruderkampf« zwischen SPD und KPD gelang es auch in dieser Frage nicht, die Gefolgschaftstreue der Arbeiter gegenüber den großen Parteien zu erschüttern. – Nach dem Übertritt von etwa 1000 alten Kommunisten aus den Reihen der KPO (siehe Anm. 55), die aus ihr den Kern einer neuen kommunistischen Partei formen wollten, entwickelte sich die SAP weiter nach links. Liquidierungsversuche der Parteivorstandsmehrheit nach der Machtübernahme Hitlers führten schließlich zu deren Ausscheiden und zum Sieg des linken Flügels aus ehemaligen KPO-Mitgliedern und der Parteijugend. Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965. Zur Bremer SAP: StA Bremen 4,65 – II A 10b 4 (größtenteils Spitzelberichte). Auch StA Bremen 4,65 – II A 12b 1d. An den Mitgliederversammlungen nahmen zunächst 200–300 Personen teil, Ende 1932 war die Zahl auf 100–150 abgesunken. Siehe auch: Martin Lütjen: Die Sozialistische Arbeiterpartei in Bremen, Examensarbeit PH Bremen 1964 (masch.schr.).

55 Die KPD-Opposition (KPO) entstand 1928 im Kampf der Rechtsopposition um den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Brandler gegen den neuen, »ultralinken« Kurs der Komintern. Sie verstand sich als »organisierte kommunistische Richtung«, deren Ziel in der Rettung der KPD vor ihrem selbstmörderischen Kurs bestehe. (Was will die KPD-Opposition? Plattform, verbesserter Entwurf, o. O. 1929, S. 6 f.). Aufgrund ihrer scharfsinnigen Faschismus-Analysen (August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Bauer u. a.: Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt 1967; Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928–1933, Frankfurt 1973) erkannte

die KPO schon frühzeitig die Gefahr, die der Arbeiterbewegung bei einem Sieg Hitlers drohte, und setzte daher ihre ganze politische Kraft für eine Wende der KPD in den Fragen der Einheitsfront mit der SPD und der Wiederaufnahme einer systematischen Arbeit in den Freien Gewerkschaften ein. Die etwa 3500 Mitglieder der KPO bildeten meist hochqualifizierte Kader, so daß die Bedeutung der Gruppe ihre Zahl weit überstieg. K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechtsopposition« im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964. – Schon 1925, nach dem Ausschluß eines Teils der »rechten« Führungskader der Bremer KPD um Willi Deisen durch die linke Mehrheit, hatten sich die Bremer Dissidenten KPO genannt. Die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen nach der Ausbootung der Fischer-Maslow-Gruppe aus der KPD-Reichsführung konnte angesichts der tiefgreifenden Differenzen nur eine vorübergehende Entspannung bringen. Nach der Wendung der Komintern von 1928 wurden die »Rechten« erneut aus der Partei gedrängt und bildeten eine Ortsgruppe der nunmehr auf nationaler Ebene entstehenden KPO. Nach dem Übertritt fast der gesamten Bremer KPO zur SAP war die Rest-KPO in Bremen auf einzelne Personen reduziert. StA Bremen 4,65 – II A 12b 1d; Bremer Volkszeitung, 14. 10. 1924, Die Bremer KPD vor der Spaltung; 17. 11. 1925, In Eppsteins Arme zurückgekehrt; Interview Hogrefe, S. 1; Polizeilicher Lagebericht 1.–15. September 1925; 1/2. Lageberichte für Mai und Juni 1929; 1/3. Lagebericht für November 1929, ZStA Potsdam 61 Ve 9. Die Bezirksleitung Nordwest der KPD brachte in einem Rundschreiben an die Unterbezirke und Ortsgruppen vom 18. Oktober 1932 zum Ausdruck, daß die führenden Vertreter der SAP bzw. der KPO, die »den Klassenfeind in seinen Maßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung unterstützen«, im Gegensatz zu »jedem ehrlich denkenden Arbeiter« in kommunistischen Versammlungen nicht das Wort erhalten dürften. StA Bremen 4,65 – II A 10b, Bd. 4.

August Hogrefe: Vgl. Anm. 216.

⁵⁶ Die absoluten Zahlen für Bremen-Stadt:

SPD	57 765	(30,6 0/0)	(Reichsdurchschnitt 20,7 0/0)
NSDAP	38 500	(20,4 0/0)	(„ 33,1 0/0)
KPD	32 469	(17,2 0/0)	(„ 16,9 0/0)
DNVP	32 753	(17,4 0/0)	(„ 8,3 0/0)
DVP	16 759	(8,9 0/0)	(„ 1,9 0/0)

zusammen 188 481 (einschließlich der für kleinere Parteien abgegebenen gültigen) Stimmen, 229 794 Wahlberechtigte. Nach: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Bremer Verwaltungs- und Wirtschaftsberichte Jg. 4 (Neue Folge), H. 4, März 1933, S. 38; Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Fünfte Auflage, Villingen 1971, S. 566, 572.

⁵⁷ Für Bremen: Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 14 ff. Das damalige SAP-Mitglied Martin Meyer, Interview, S. 1, berichtet, ihm sei in Vege-sack als aktivem Sozialisten vom Generalstreikaufruf der KPD überhaupt nichts bekanntgeworden.

⁵⁸ Sitzungsprotokolle vom 1. 2. bis 2. 3. 1933, StA Bremen 4,65 – II A 12b 1, Bd. 10. Der KPD-Funktionär Albert Krohn sagte am 28. 2., die SPD

- sei nach wie vor die Hauptstütze der Bourgeoisie. – Die Verzweiflung über Mißerfolge bei der Massenmobilisierung führte zu gleichermaßen irrealen wie abenteuerlichen Plänen. So sollte systematisch zum Gegenterror übergegangen werden (Krohn am 23., 28. 2.; Kurzinski am 28. 2.).
- ⁵⁹ StA Bremen 4,65 – II A 12b 8, Bd. 8; Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 14 ff.
- ⁶⁰ Krohn behauptete am 23. 2. vor 20 Bremer Spitzenfunktionären (Pol- und Org.-Leiter), er habe »bereits aktive bewaffnete Gruppen aufgestellt«. Sitzungsprotokoll vom 24. 2. 1933, StA Bremen 4,65 – II A 12b 1, Bd. 10.
- ⁶¹ Weser-Ems-Fackel, 6. 2. 1933.
- ⁶² Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin (Ost) 1966, S. 14. Obwohl Matthias dazu neigt, den Papen-Staatsstreich vom 20. Juli 1932 als letztmöglichen Termin einer erfolgreichen Gegenwehr gegen den Faschismus anzusehen (Sozialdemokratische Partei, S. 144), geht aus seinen Arbeiten klar hervor, daß die Machtübernahme zu einem neuen, letzten Aufbäumen auch und gerade der sozialdemokratischen Arbeitermassen führte (ebd., S. 153, 269; und ders.: Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, in: Gotthard Jasper (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler, Köln/Berlin 1968, S. 289). Die Massenaktionen der Tage nach der »Machtergreifung«, an denen sich die Kommunisten meist beteiligten, ließen bei den Landesregierungen und der Reichsregierung Besorgnis aufkommen. Horst Laschitzka/Siegfried Vietzke: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1945, Berlin (Ost) 1964, S. 50 f.
- ⁶³ Faksimile des Aufrufs bei Helmut Gätsch: Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919–1933, Examensarbeit PH Bremen 1964, S. 85.
- ⁶⁴ Fritz Peters, a.a.O., S. 7, 10; Antifaschistischer Widerstand 1933–1945 in Bremen. Eine Dokumentation für die Ausstellung Antifaschistischer Widerstand 28. 4. 74–19. 5. 74 in der unteren Rathauhalle in Bremen, S. 2. Schwarzwälders Einschätzung, Machtergreifung, S. 19, 48, bei den Bremer Sozialdemokraten hätte es keinen echten Widerstandswillen gegeben, muß angesichts einer so machtvollen Manifestation nach Einsetzen des eigentlichen Terrors bezweifelt werden, zumal die Berichte aus anderen Städten (siehe Anm. 62) dagegen sprechen.
- ⁶⁵ Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Betr.: Unterredung der Reichsbannerführer Drees und Hackmack beim Herrn Senator von Spreckelsen, Bremen, den 7. Februar 1933, StA Bremen 4,65 – II E 7b 1. Hans Hackmack betonte: »Die Reichsbannerleitung ermahnte stets zur Ruhe.« Eine Stellungnahme Drees' gibt das Protokoll folgendermaßen wieder: »Sollte [...] die Beteiligung von Reichsbannerleuten an Aktionen der KPD festgestellt werden, bäte er um Benachrichtigung der Reichsbannerleitung, wie dies auch bereits früher von der Polizei zugesagt und auch erfolgt sei.« Hans Hackmack: 1. 4. 1900–28. 5. 1970. Kaufmännische Lehre. Sozialistische Jugendarbeit (USPD). 1919 nach Bremen. Bis 1933 Redakteur bei Bremer USPD- bzw. SPD-Zeitungen. Bremer Reichsbanner-Führer. SPD-Widerstand. 3 Jahre Zuchthaus, anschließend KL. 1945 zunächst einziger Lizenzträger des Weser-Kurier. 1946–1948 MdB. Ausscheiden aus der aktiven Politik wegen haftbedingter gesundheitlicher Schäden.
- ⁶⁶ Siehe Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 66 ff; über das Vorgehen gegen die anderen Länder informieren Karl Dietrich Bracher / Wolfgang

- Sauer / Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960, S. 136 ff.
- 67 Peters, a. a. O., S. 9; Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 44. Eine von der KPD für den 17. 2. geplante Großkundgebung war davor bereits verboten worden (ebd., S. 43).
- 68 Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 2 ff.; Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 47.
- 69 ebd. Viele kommunistische Beamte dürfte es freilich nicht gegeben haben, vermutlich einige Lehrer.
- 70 ebd., S. 52 ff. Der Senat teilte dem Reichsinnenminister mit, eine »gleichartige Behandlung« aller Zeitungen sei ihm erwünscht, ausgenommen die Presse der KPD, weil diese »sich die gewaltsame Erschütterung des Staates zur Aufgabe stellt«. Zit. nach ebd., S. 54.
- 71 Die Bremer absoluten Zahlen nach Bremer Verwaltungs- und Wirtschaftsberichte (Anm. 32), S. 38; die Ergebnisse des Reichsdurchschnitts nach Milatz, a.a.O., S. 790 ff.; die Bremer Prozentangaben sind selbst errechnet. Insgesamt gaben in Bremen 209 137 Personen gültige Stimmzettel ab.
- 72 Genaue Darstellung bei Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 70 ff. In seiner Rede zur Eröffnung der von den Besatzungsmächten ernannten Bürgerschaft am 18. April 1946 führte Wilhelm Kaisen über die Reaktion des bürgerlichen Bremen auf diese politische Umwälzung aus (zitiert nach W. Kaisen: *Meine Arbeit, mein Leben*, München 1967, S. 220): »Schon am 16. März begrüßte die in der Börse versammelte Kaufmannschaft auf das wärmste den »nationalen Senat«, ebenso stellte die Kleinhandelskammer sich restlos zur Verfügung, um »ihren so bitter notwendigen Anteil« zu sichern. [...] Die Freimaurerlogen übersandten schwülstige Ergebnisadressen, die Arbeitgeberverbände überschlugen sich in einem Schreiben vom 5. April 1933 in der Anerkennung der zielbewußten Führung des neuen Senats im Kampf gegen die Kräfte der Systemzeit. Der Kirchengausschuß der bremischen Kirche sprach dem Senat seinen tiefgefühlten Glückwunsch aus und ordnete einen »Bettag für Volk, Vaterland und Kirche« an.«
- 73 Das bestätigen die zahlreichen Polizeiberichte, die der Verfasser im StA Bremen und im ZStA der DDR Potsdam einsehen konnte.
- 74 Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 47.
- 75 Vgl. ebd., S. 112.
- 76 SPD Ortsverein Bremen: Mitteilungen an die Funktionäre (offenbar Mai 1933), StA Bremen 4,65-II A 10 b, Bd. 3.
- 77 ebd.
- 78 Matthias, *Untergang*, S. 297.
- 79 Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 113.
- 80 Die Gewerkschaftsführer klammerten sich an die Illusion, sie könnten durch politisches Wohlverhalten ihre Organisation retten. In zwei Ergebnisadressen an Hitler vom 21. und 29. 3. 1933 erklärte Leipart die Gewerkschaften für politisch neutral und kündigte die Verbindungen zur SPD auf. Hans-Gerd Schumann, a.a.O., S. 56 ff.; Hannes Heer: *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften, 1930-1933*, Neuwied/Berlin 1971, S. 101 ff.; Gerhard

Beier: Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Afs* 13 (1973), S. 225 ff. Ging auch die Anpassung der SPD-Führung nie so weit wie die der Gewerkschaftsführung, so war die Mehrheit des PV noch nach dem Ermächtigungsgesetz überzeugt, ein Verbot der SPD umgehen zu können. Als sich der emigrierte Teil des PV gegen diese Politik wandte, distanzierte sich die PV-Mehrheit von den Emigranten. Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 168 ff.; ders., *Untergang*, S. 292 ff.

⁸¹ Beleg u. a. ebd., S. 300.

⁸² Gätsch, a.a.O., S. 141.

⁸³ Die Verhaftungen erfolgten, nachdem sich die Betroffenen geweigert hatten zurückzutreten, um einem neuen, d. h. nationalsozialistischen, Arbeiterkammervorstand Platz zu machen (ebd., S. 142). Es fällt auf, daß sowohl der Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren als auch die Rücktrittsverweigerung des Vorstandes der Arbeiterkammer eine gewisse Würde zeigten, die manche Sozialdemokraten in dieser Phase vielerorts vermissen ließen. So fielen in Hamburg sechs rechte Gewerkschaftsführer um John Ehrenteit von der SPD-Bürgerschaftsfraktion ab und konstituierten sich als »Gewerkschaftsfraktion« (nach dem 2. Mai!). Henning Timpke (Hrsg.): *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933*, Frankfurt 1964, S. 85–88 und 117. Im März waren die sechs Hamburger sozialdemokratischen Senatoren aus Protest gegen das vom Reichsinnenministerium geforderte vierzehntägige Verbot der Parteizeitung zurückgetreten und hatten in einer an ehemalige Senatskollegen gerichteten Erklärung auf ihre Verdienste bei der Beruhigung der SPD-Basis und der polizeilichen Überwachung der KPD hingewiesen. Ebd., S. 35–37, 67 bis 74. Auch für massives Überläufertum, wie es andernorts gerade unter den Anhängern der RGO und des RFB vorkam, hat der Verfasser in bezug auf Bremen keinerlei Anhaltspunkte gefunden.

⁸⁴ Schwarzwälder, *Machtergreifung*, S. 144.

⁸⁵ Eike Hennig: *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938*, Frankfurt 1973, S. 83 f.; Franz Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York/Evanston 1966 (reprint), S. 435 f.; siehe auch Charles Bettelheim: *Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1974, S. 232 ff.; Ernest Mandel: *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972, S. 149 ff. Die Statistik kennt keine Arbeiterklasse; Angaben über die Gruppe der Lohn- und Gehaltsempfänger, die eine Anzahl Großverdiener (Manager etc.) einschließt, sind daher nur als eine die Umverteilung des Volkseinkommens indizierende Hilfskategorie anzusehen.

⁸⁶ Alfred Sohn-Rethel: *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt 1973, Vorwort (Agnoli, Blanke, Kadritzke), S. 12. – Tim Mason hat im Zusammenhang mit seiner These vom Primat der Politik (*Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument* 41, Heft 6, Dezember 1966, S. 473 ff., und: *Primat der Industrie? – Eine Erwiderung*, in: *Das Argument* 47, Heft 3, Juli 1968, S. 193 ff.) eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft im Nationalsozialismus betreffen. Ohne an dieser Stelle im einzelnen auf die Debatte eingehen zu können, sei darauf hingewiesen, daß Mason von einem rationalistischen Idealmodell direkten Einflusses

der Unternehmer auf den bürgerlichen Staat in »normalen« Zeiten ausgeht, dem dann die – tatsächliche oder vorgebliche – Wirklichkeit der nationalsozialistischen Gesellschaft gegenübergestellt wird. Wenn auch die Wirtschaftsführer im Dritten Reich die Entscheidungen der »großen Politik« unmittelbar weniger zu beeinflussen vermochten als in anderen Systemen bürgerlicher Herrschaft (dazu jetzt aus eigener Erfahrung Sohn-Rethel, a.a.O.), ist damit noch nichts über die soziale Funktion dieser Politik gesagt, deren Primat behauptet wird. »Es ist unwesentlich, zu bestimmen, ob Krupp oder Thyssen Hitler mit Begeisterung, mit Zurückhaltung oder mit Widerwillen an diesem oder jenem Punkt seiner Herrschaft begegneten. Es ist dagegen wesentlich, festzustellen, ob die Hitlerdiktatur die gesellschaftlichen Institutionen des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Unterordnung der zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Werk­tätigen unter die Herrschaft des Kapitals aufrechterhalten und zerstört, konsolidiert oder unterminiert hat.« (Ernest Mandel: Trotzki's Faschismustheorie. Einleitung zu Leo Trotzki: Schriften über Deutschland, Frankfurt 1971, S. 14). Unbestreitbar ist eine »charakteristische relative Autonomie [des Faschismus, P. B.] sowohl gegenüber dem Block an der Macht, als auch gegenüber der Fraktion des monopolistischen Großkapitals«, dessen Hegemonie etabliert wird (Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973, S. 87). Hier macht es sich Mandel (Trotzki's Faschismustheorie, a.a.O., S. 13 ff.) zu leicht, wenn er Masons niveauvolle Fragestellung nicht ernst nimmt. Siehe die ausgewogene Darstellung des Problems bei Hennig, a.a.O., S. 125 ff. – Weitere Literatur zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Deutschland nach 1933: Dieter Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968; Arthur Schweitzer: Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; Wilhelm Treue / Günther Frede: Wirtschaft und Politik 1933–1945, Braunschweig 1964; Wolfram Fischer: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen 1968; Henry Ashby Turner: Fascism and Modernization, in: World Politics 24 (1972), S. 547 ff.; siehe auch die bereits erwähnten Bücher von Bettelheim, Neumann und Sohn-Rethel. Zum sowjetmarxistischen Standpunkt siehe u. a. Dietrich Eichholz: Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: JWG 1963/III, S. 97 ff.; ders. und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Das Argument 47, Heft 3, Juli 1968, S. 210 ff.; Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, ebd., S. 168 ff. Im Argument (33, Heft 2, Mai 1965, S. 35 ff.) erschien auch der kritische Aufsatz von Bernhard Blanke / Reimut Reiche / Jürgen Werth: Die Faschismus-Theorie der DDR.

⁸⁷ Bettelheim, a.a.O., S. 217 ff., bes. S. 225; Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Band 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1964, S. 71 ff.

⁸⁸ Im Bericht des Leiters der Bremer Kriminalpolizei für den Monat Oktober 1934 vom 5. November 1934 (IML/ZPA St3/718) heißt es z. B., die wirtschaftliche Lage würde wegen des Darniederliegens von Im- und Export von den Bremer Kaufleuten »nicht gerade günstig beurteilt«. Diese

Unzufriedenheit griff in Bremen vor Ausbruch des Krieges auf die Verwaltung des Senators für Wirtschaft über. Ein Denunziant beschwerte sich am 17. Oktober 1939 bei der Reichskanzlei und legte ein nicht näher gekennzeichnetes Schreiben bei, das die »Selbstzerstörung der Stützen der deutschen Außenwirtschaft« beklagte. (BA, R 43 II, Bd. 1322 b). Hermann Lücke, schriftl. Mitteilung vom 15. 5. 1972, berichtet aus eigener Erfahrung, der »Deutsche Gruß« sei in den Kontoren der Bremer Kaufmannschaft verpönt gewesen. Meist habe man einen Prokuristen aus »geschäftlichen« Gründen beauftragt, in die Partei einzutreten. – Im Unterschied zum Handelskapital gehörte das Werftkapital zu den Nutznießern der Rüstungspolitik (Schlachtflotten- und U-Boot-Bau).

Hermann Lücke: Geb. 26. 12. 1893. Gymnasium, Lehrer, seit 1923 Berufsschuldienst in Thüringen, im Herbst 1933 Entlassung aus dem Schuldienst, Übersiedlung nach Bremen, 1934–1937 Vertreter des Leipziger Messeamtes für Nordwestdeutschland, 1939–1945 Geschäftsführer in einer Werkzeug- und Maschinengroßhandlung. Teilnahme am Ersten Weltkrieg. 1919 Deutsche Friedensgesellschaft, 1920 SPD, 1931 mit sämtlichen Mitgliedern der Eisenacher SAJ zur SAP. Illegale Arbeit für die »Roten Kämpfer« und den ISK, März 1937 Verhaftung, 1 1/2 Jahre Gefängnis und KL. Mitbegründer und Vorstandsmitglied der KGF, SPD, 1945–1948 Redakteur beim Weser-Kurier, 1946–1951 MdBü. 1948 bis 1959 Leiter von DGB-Bundesschulen in Bremen und Hamburg. 1965 Ausschluß aus der SPD wegen Kontakten mit der DFU.

⁸⁹ Neumann, Behemoth, S. 235 ff.; Bettelheim, a.a.O.; Arthur Schweitzer: Der organisierte Kapitalismus. Die Wirtschaftsordnung in der ersten Periode der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1962, S. 32 ff. Sohn-Rethel, a.a.O., S. 188, spricht von einer »Unternehmerfunktion des Staates« – im entwickelten Faschismus – »für das von seiner Existenzkrise bedrohte Monopolkapital.« –

⁹⁰ Hennig, a.a.O., S. 234; Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 151 f.; Bettelheim, a.a.O., S. 228.

⁹¹ Arbeitsamt Bremen: Vertraulicher Bericht, 1. Juli 1936, StA Bremen 4,65-II E 1 b 2, Bd. 2.

⁹² Hennig, a.a.O., S. 93; Petzina, a.a.O., S. 167; Mandel, Spätkapitalismus, S. 149; siehe auch Bettelheim, a.a.O., S. 229 f.; Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 155 ff.; David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1968, S. 136 ff.

⁹³ Neumann, Behemoth, S. 436; siehe auch Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 223.

⁹⁴ Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 173.

⁹⁵ Hilde Oppenheimer-Blum: The Standard of Living of German Labor under Nazi Rule, New York 1943, S. 40, nach: Hennig, a.a.O., S. 94. Dort auch Schätzungen und Berechnungen anderer Autoren. Siehe auch Bettelheim, S. 244 ff.; Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 155 ff.

⁹⁶ Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 169 ff. Siehe auch die Ausführungen auf S. 30.

⁹⁷ Tim Mason: Labour in the Third Reich, 1933–1939, in: Past and Present, No. 33, April 1966, S. 126 ff.; Schumann, a.a.O., S. 143.

⁹⁸ Mason, Labour, S. 134, siehe auch S. 131 ff.

⁹⁹ ebd., S. 136; Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 221; Neumann, Behemoth, S. 341. Die Bestimmungen des Gesetzes wurden 1939 verschärft.

- ¹⁰⁰ Schoenbaum, a.a.O., S. 111.
- ¹⁰¹ Siehe Wilhelm Reich: *Massenpsychologie des Faschismus*, Kopenhagen 1933.
- ¹⁰² Neumann, a.a.O., S. 420; Schoenbaum, a.a.O., S. 96.
- ¹⁰³ Dazu vor allem Schumann, a.a.O., S. 76 ff.; auch Mason, *Labour*, S. 112 ff.
- ¹⁰⁴ Mason, *Labour*, S. 115; Schumann, a.a.O., S. 63 ff., S. 81 ff. Zwar lösten sich die Arbeitgeberverbände auf, bestehen blieben jedoch die Wirtschaftsverbände, deren Struktur in der »Reichsvereinigung der deutschen Industrie« vervollkommen wurde. (Neumann, Behemoth, S. 440 ff.; Bracher/Sauer/Schulz, a.a.O., S. 627 ff.)
- ¹⁰⁵ Schumann, a.a.O., S. 100; Neumann, Behemoth, S. 415 f.
- ¹⁰⁶ Schumann, a.a.O., S. 156. Obwohl formell keine Zwangsmitgliedschaft bestand, wurde der Druck zum Beitritt immer stärker, wie die von Schumann, S. 168, abgedruckte Tabelle über die Mitgliederbewegung zeigt, so daß schließlich eine weitgehend vollständige Organisierung der werktätigen Bevölkerung gelang.
- ¹⁰⁷ RGBI. I, S. 45. Analysen des Gesetzes bei Schumann, a.a.O., S. 116 ff.; Neumann, Behemoth, S. 422 ff.; Schoenbaum, a.a.O., S. 123 ff.
- ¹⁰⁸ Da aufsässige Arbeiter im allgemeinen gleich der Gestapo übergeben wurden und die Großunternehmer es nicht nötig hatten, die Bestimmungen des Gesetzes zu übertreten, waren es überwiegend kleinere Unternehmer, die als Beispiel für den Gerechtigkeitssinn des nationalsozialistischen Staates gerichtlich belangt wurden. Neumann, Behemoth, S. 425 ff.; siehe auch Schoenbaum, a.a.O., S. 128.
- ¹⁰⁹ Neumann, Behemoth, S. 419 ff.; Schumann, a.a.O., S. 116 ff.; Schoenbaum, a.a.O., S. 124 ff.; Mason, *Labour*, S. 114, 117. Die NSBO, Kreis Osnabrück-Stadt, und die DAF, Gau Weser-Ems, beschuldigten im August 1934 Markert, der bis zur »Machtergreifung« Leiter des Bremer Arbeitsamtes gewesen war, ohne weiteres die Genehmigung zur Entlassung von 200 Arbeitern der Firma Karmann gegeben zu haben. Die DAF stellte fest, »daß Dr. Markert bei allen seinen Entscheidungen niemals nationalsozialistisch gedacht hat, sondern immer nur vom rein wirtschaftlich persönlichen Standpunkt handelte.« Abschriften der beiden Briefe vom 17. und 20. August 1934 an Gauleiter Röver im ZStA Potsdam, 15. 01, Bd. 1, 25 740. Der Vorfall, obgleich er in Zusammenhang mit innernationalsozialistischen Cliquenkämpfen stand, macht deutlich, daß die DAF im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Funktion einer unverhüllten Wahrnehmung von Unternehmerinteressen durch den Staat entgegengetreten mußte.
- ¹¹⁰ Neumann, Behemoth, S. 432.
- ¹¹¹ Beispiele bei Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 162 f.
- ¹¹² Schoenbaum, a.a.O., S. 136.
- ¹¹³ Schoenbaum, a.a.O., S. 141; Schumann, a.a.O., S. 142.
- ¹¹⁴ Schumann, a.a.O., S. 139 f. – Die DAF gestand den Zweck ihrer Unternehmungen in zynischer Offenheit ein: Es ging ihr um die Überholung der Arbeitskraft zwecks besserer Erhaltung, »genauso wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muß«. (So der DAF-Funktionär Starcke 1940, zitiert nach Schumann, a.a.O., S. 142.)

- 115 Rüdiger Gripenburg, a.a.O., S. 50; siehe auch die Typisierung bei Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 190, 195.
- 116 Zur Situation der SPD nach dem offensichtlichen Bankrott der legalistisch-attentistischen Politik siehe neben den beiden mehrfach zitierten Arbeiten von Matthias vor allem: Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 bis 1945. Hannover/Frankfurt 1960, S. 31 ff.; Frank Moraw, a.a.O., S. 13 ff.; die Diskussion innerhalb der Emigration schildert Erich Matthias in seinem Buch: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952; dazu auch die in Karlsbad erschienene (SPD-)»Zeitschrift für Sozialismus« (reprint 1970). – Speziell zum »Roten Stoßtrupp« siehe Hans J. Reichhardt: Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Walter Schmitt-henner / Hans Buchheim (Hrsgg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 178 f.; Gripenburg, a.a.O., S. 52, 124 (Anm. 107). Typisch war insbesondere auch, daß der Rote Stoßtrupp seine neu erworbene Radikalität schon im Namen ausdrücken wollte. Andere Gruppen nannten sich: »Sozialistische Front«, »Roter Stab«, »Rote Rebellen«. – Die beiden wichtigsten linksoppositionellen sozialdemokratischen Organisationen waren der »Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten«, später Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (Jutta von Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten, Köln 1973; außerdem die in dieser Anm. schon genannte Literatur), und die »Gruppe Neu Beginnen« (Kurt Kliem: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der »Gruppe Neu-Beginnen«, Phil.Diss., Marburg 1957; Hans J. Reichhardt: Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 12, 1963, S. 150 ff.; außerdem die in dieser Anmerkung genannte Literatur). Die beiden Organisationen sind zu Recht als Alte und Neue Linke gegenübergestellt worden. Da beide für die Bremer Entwicklung keine Rolle spielten, soll auf sie nicht näher eingegangen werden. Es sei aber auf die sowohl von Edinger, Sozialdemokratie, S. 80, als auch von Moraw, a.a.O., S. 13 ff., konstatierten Berührungspunkte zwischen der »jungen Rechten« (Leber, Haubach, Mierendorff, Schumacher) und der von Neu Beginnen organisierten »jungen Linken« hingewiesen. Die als »Leninismus« ausgegebene einseitige Betonung des revolutionären Subjekts durch die Gruppe Neu Beginnen hatte bei genauer Analyse in der Tat mehr Ähnlichkeit mit bürgerlichen Elitetheorien. Ab 1935 näherte sich Neu Beginnen stark dem Austromarxismus Otto Bauers.
- 117 Das Prager Manifest (Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei, Prag 1934) kam der linkssozialistischen Kritik zwar entgegen – es sprach sich für eine von einer konspirativen sozialistischen Kaderorganisation vorbereitete antifaschistische Revolution aus, die, im Gegensatz zu 1918/19, erst in ein legales parlamentarisches Stadium übergehen sollte, wenn die Zerschlagung aller politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtpositionen der herrschenden Klasse die Dominanz der Arbeiterklasse gesichert haben würde –, muß aber im wesentlichen als taktisches Instrument zur Festigung

- der Führungsrolle der Sopade (Mandatstheorie) verstanden werden. Die Vertreter der Linken im Parteivorstand stimmten gegen das Dokument, da sie eine grundsätzliche Abkehr vom Reformismus vermißten. Sobald sich die innersozialdemokratischen Kräfteverhältnisse geändert hatten, kehrte die Sopade zu einer liberaldemokratischen Propaganda zurück. Edinger, Sozialdemokratie, S. 91 ff.; Matthias, Sozialdemokratie und Nation, S. 32 ff.
- 118 Edinger, Sozialdemokratie, S. 104 ff.
- 119 Die Zahl bei Heinz Niemann: SPD und Hitlerfaschismus. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie vom 30. Januar 1933 bis zum 21. April 1946, Phil.Diss. (masch.), Berlin (Ost) 1965, S. 92 f., nach Griepenburg, a.a.O., S. 125 (Anm. 109).
- 120 Griepenburg, a.a.O., S. 53 ff.; Moraw, a.a.O., S. 31 ff.
- 121 Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, bes. S. 470 ff.
- 122 Meine Ausführungen über die Bremer Reichsbanner-Gruppe stützen sich – auch im folgenden – vor allem auf die Anklageschrift gegen Jazdziewski u. a. (BA, R 60 II, Bd. 63), die Urteile gegen Jazdziewski u. a. (IML/ZPA NJ-9788) und Walter u. a. (ebd., NJ-920).
- 123 Über die Vegesacker Reichsbanner-Gruppe auch: Interview Adamietz/Piaskowski.
 Willy Dehnkamp: Geb. 22. 7. 1903. Bau- und Werkzeugschlosser. 1925 bis 1933 SPD-Sekretär, Vorsitzender des Reichsbanners in Vegesack. 1929 bis 1933 Gemeindevertreter und Kreisabgeordneter in Blumenthal. 1933 bis 1936 41 Monate Schutz- und Strafhaft. 1942–1945 Soldat. Seit 1945 am Wiederaufbau der SPD beteiligt. 1949–1951 Ortsamtsleiter in Blumenthal. Seit 1951 Senator für Bildungswesen, 1965–1967 Präsident des Senats.
 Fritz Piaskowski: Geb. 24. 3. 1906. Maschinenschlosser-Lehre auf der Vulkan-Werft; dort 37 Jahre beschäftigt, zuletzt als Werkmeister. Arbeitersport, 1927 SPD. 1933/34 illegale Arbeit im Rahmen der Vegesacker Reichsbanner-Gruppe, mehrmonatige Haft. 1945 Mitarbeit beim Wiederaufbau der SPD in Bremen-Nord, 1946–1967 MdBü, 1959–1970 Unterbezirksvorsitzender der SPD in Bremen-Nord.
- 124 Möglicherweise fürchtete diese tatsächlich die etwas dynamischere Auffassung des Reichsbanners von illegaler Arbeit. – Zur Charakterisierung des Berliner Reichsbanner-Widerstands um Theodor Haubach siehe Moraw, a.a.O., S. 33 ff.
- 125 Meine Ausführungen über die Bremer SPD-Gruppe stützen sich – auch im folgenden – vor allem auf den Bremer Gestapo-Bericht vom 9. 3. 1935 (BA, R 58/322), das Urteil gegen Ernemann u. a. (IML/ZPA NJ-926) und den Bericht der Bremer Gestapo »Stand und Tätigkeit der staatsfeindlichen Bestrebungen« vom Dezember 1934 (ebd. St 3/718). Im IML/ZPA finden sich auch die Anklageschriften 1–4 in der Strafsache gegen Osterloh u. a. (NJ-926, NJ-1023, NJ-8043, NJ-8355).
- 126 Darunter Anna Stiegler, Hermann Osterloh und Hans Hackmack.
- 127 Die Bremer Gestapo (Bericht vom 9. 11. 1934, IML/ZPA, St 3/717) behauptete später, die Aktivitäten der SPD seien ihr schon zu diesem Zeitpunkt bekannt gewesen und nur das Bestreben, Aufbau und Taktik durch

sorgfältige Beobachtungen kennenzulernen, habe sie veranlaßt, die SPD-Gruppe bis zum November 1934 am Leben zu lassen. – Zur Arbeitsweise der Gestapo siehe die knappen, aber instruktiven Bemerkungen von Hans-Josef Steinberg: *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945*, Hannover 1969, S. 59 ff.; auch Wolfgang H. Kraus / Gabriel A. Almond: *Resistance and Repression under the Nazis*, in: Gabriel A. Almond (Hrsg.): *The Struggle for Democracy in Germany*, Chapel Hill 1949, S. 40, die die Zahl der Bremer V-Leute auf 150–200 beziffern (Hamburg 500).

- ¹²⁸ Dazu außer den in Anm. 125 genannten Quellen schriftl. Mittlg. Boljahn, 30. 11. 1971 und Interview Adamietz/Boljahn.
Richard Boljahn: Geb. 28. 11. 1912. Klempner- und Installateurlehre. Vor 1933 SAJ, SPD, DMV. Illegale Arbeit für die SPD, deshalb im Nov. 1934 verhaftet und im Jahr darauf zusammen mit Hermann Osterloh u. a. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen. 1946 Sekretär beim Bremer DGB. 1946–1971 MdBü, 1951 bis 1968 Fraktionsvorsitzender der SPD, 1953 gleichzeitig Bremer DGB-Vorsitzender.
- ¹²⁹ Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer: *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945*. Berichte und Dokumente, Frankfurt 1969, S. 118. Zur Arbeit der Hamburger SPD-Gruppe auch Christier, a.a.O., S. 36 ff. Bevor die Materialzufuhr aus Hamburg zu funktionieren begann, hatte die Bremer SPD auch eigenes Material hergestellt. Ein von Anna Stiegler zur Abstimmung am 19. August 1934 verfaßtes Flugblatt forderte die Werktätigen auf, mit Nein zu stimmen und dadurch »alle Eure Empörung, alle Eure verbissene Wut, aber auch Eure Hoffnung und Eure unwandelbare Treue zur sozialistischen Weltanschauung« zum Ausdruck zu bringen. (Urteil gegen Ernemann u. a., S. 27, IML/ZPA NJ-926).
- ¹³⁰ Vor Gericht wurden Vorbehalte gegen die »revolutionäre« Zielsetzung des Dokuments ins Feld geführt, die angesichts des Charakters der Bremer SPD-Gruppe nicht völlig unglaubwürdig erscheinen, selbst wenn man das Bestreben in Rechnung stellt, die eigene Tätigkeit als möglichst harmlos auszugeben. (Urteil Ernemann u. a., S. 18 f., IML/ZPA NJ-926).
- ¹³¹ Siehe die in Anm. 122 und 123 genannten Urteile; außerdem Paulmann, a.a.O., S. 149 f.; Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 8; Peters, a.a.O., S. 84, 90 ff.; Bremer Zeitung, 2., 3., 4., 7., 10. 8. 1935 (Streiflichter aus dem Gerichtssaal); Bremer Nachrichten, 2. 8. 1935, Das illegale Reichsbanner; Neuer Vorwärts, 22. 12. 1935, Der Zusammenbruch der Anklage. – Die Bremer Gestapo lobte die »glänzende Prozeßführung des Präsidenten Roth« und der Oberstaatsanwälte Lehmann und Stegmann vom Hanseatischen Oberlandesgericht beim Reichsbanner-Prozeß. »Es handelt sich hier um Juristen, die den Sinn der Zeit erfaßt haben.« (BA, R 58/322, Gestapo-Bericht, wahrscheinlich September 1935). – Die als gefährlich angesehenen Verurteilten wurden in ein KL überführt.
- ¹³² Bericht vom 9. 8. 1935. BA, R 58/322.
- ¹³³ Mitteilung der Berliner Gestapo-Zentrale an die Bremer Gestapo (be-
ruhend auf einen Spitzelbericht) vom 29. 10. 1934 (IML/ZPA St3/717).
- ¹³⁴ Gestapo Bremen an Gestapoamt Berlin, 9. 11. 1934 (IML/ZPA St3/717).
- ¹³⁵ Lagebericht über die illegale kommunistische und marxistische Bewegung für das Jahr 1937, BA, R 58/457. – Ob diese antikommunistische Haltung aus ungebrochenem sozialdemokratischem Selbstverständnis, aus

Nachgeben gegenüber dem ideologischen Druck der Umwelt oder aus Furcht, in die schärfere Repression gegen die KPD einbezogen zu werden, herrührte, wird nicht erwähnt. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß alle drei Gesichtspunkte eine Rolle spielten.

- ¹³⁶ Lagebericht der Staatspolizeistelle Bremen für die Monate Juli und August 1938, BA, R 58/446.
- ¹³⁷ Lagebericht 1937, BA, R 58/457; auch diverse Berichte des Jahres 1935, BA, R 58/322.
- ¹³⁸ Lagebericht der Staatspolizeistelle Bremen für den Monat Oktober 1938, BA, R 58/446.
- ¹³⁹ Die Kontrolle über die formal schon 1933 gleichgeschalteten Konsumgenossenschaften war bis zur Verkündung des »Gesetzes über die Verbrauchergenossenschaften« vom 21. Mai 1935 relativ locker. Erst durch die »Verordnung zur Anpassung der verbrauchergenossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse« vom 18. Febr. 1941 wurde die Konsumgenossenschaftsbewegung definitiv liquidiert. Kuno Bludau: Nationalsozialismus und Genossenschaften, Hannover 1968, S. 117 ff. Bludau gibt auf S. 217 eine faksimilierte Tagesmeldung der Bremer Gestapo vom 21. 5. 1935 als Beispiel für oppositionelles Verhalten von Konsumgenossenschaften wieder. In der betreffenden Versammlung kam dieses durch das Zeigen einer schwarzrotblauen Fahne zum Ausdruck, die, wie die Gestapo sicher zu Recht vermutete, eine getarnte schwarzrotgoldene Fahne darstellen sollte.
- ¹⁴⁰ Lagebericht 1937, BA, R 58/457.
- ¹⁴¹ Der Richter Roth (siehe Anm. 131) verkündete anlässlich des Bremer Reichsbannerprozesses folgende Rechtsauffassung: Während einem Sozialdemokraten – wolle man ihn wegen Hochverrats verurteilen – die bewußte Unterstützung der hochverräterischen Ziele seiner Partei nachgewiesen werden müsse, seien Angehörige der KPD automatisch als Hochverräter abzuurteilen. Bremer Nachrichten, 2. 8. 1935, Das illegale Reichsbanner.
- ¹⁴² Siehe Antifaschistischer Widerstand, a.a.O. Im gesamten Reich wurden während der NS-Zeit ca. 150 000 Kommunisten inhaftiert. Mit ca. 20 000 Hinrichtungen waren die Kommunisten von der Hälfte aller politischen Hinrichtungen betroffen. 1936 und 1937 waren 89,5 % bzw. 91,7 % aller verhafteten »Linksoptionellen« Kommunisten. (Horst Duhnke, die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 525, 201). Diese Aussage wird bestätigt durch die Lokalstudien von Hans-Josef Steinberg über Essen (a.a.O.); Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969; Kuno Bludau: Gestapo-Geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1973; Hochmuth/Meyer, a.a.O.
- ¹⁴³ Duhnke, a.a.O., S. 101 ff.
- ¹⁴⁴ Rudolf Diels zufolge (Lucifer ante portas, Zürich 1949, nach Duhnke, a.a.O., S. 101) traten im Lauf des Jahres 1933 35 000 Kommunisten der SA bei. Schumann, a.a.O., S. 64, weist aber zu Recht darauf hin, daß es sich nur zum Teil um echte Überläufer handelte; zum anderen Teil sei der Versuch unverkennbar, die Unruhe unter den sozialrevolutionär gesinnten Anhängern der SA und der NSBO zu verstärken und politisch auszunutzen. Diese Bestrebungen benutzte die NS-Führung, um die genuin fa-

- schistische Linksoption als das Werk marxistischer Agenten zu denunzieren. Die Sozialdemokraten und manche Kommunisten neigten eher dazu, im militaristisch-konservativen »Stahlhelm« oder ähnlichen Vereinigungen statt in der »radikalen« SA Unterschlupf zu suchen. Klotzbach, a.a.O., S. 120 (Anm. 124), berichtet, der Deutschnationale Kampfring sei am 14. Juni 1933 in Dortmund aufgelöst worden, weil angeblich 75 % der Neuaufgenommenen noch bis zum März 1933 Mitglieder der Arbeiterparteien gewesen seien.
- ¹⁴⁵ Duhnke, a.a.O., S. 104.
- ¹⁴⁶ ebd., S. 63 ff.; Bahne, Kommunistische Partei, S. 710 ff. Auch Siegfried Vietzke: Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin (Ost) 1966, S. 117, gibt dieses grundsätzlich zu, wenn er es auch als nur zeitweiliges Abgehen von der korrekten Linie deutet.
- ¹⁴⁷ Gripenburg, a.a.O., S. 27.
- ¹⁴⁸ An alle Stadtteile, Unterbezirke und Zellen, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁴⁹ ZStA Potsdam 61 Ve 9, 4.
- ¹⁵⁰ Anklageschrift gegen Paul Arnold u. a., S. 8. IML/ZPA NJ-17 556.
- ¹⁵¹ ebd. – Politische Verbindungen Bremer Seeleute zu ausländischen Kollegen und Hafentarbeitern beschäftigten die Gestapo noch jahrelang.
- ¹⁵² Auszug aus einer Entschließung der Bezirksleitung Nordwest zur Lage und den nächsten Aufgaben, ZStA Potsdam, 61 Ve 9, 10.
- ¹⁵³ 81 Funktionäre festgenommen (Mitteilung der Bremer Gestapo), IML/ZPA St3/717 (auch für den folgenden Satz); Peters, a.a.O., S. 32.
- ¹⁵⁴ Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 5 f. Der Prozeß gegen 88 Kommunisten fand am 19. Juni 1934 statt. 74 von ihnen wurden zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt, ebd. S. 7; Peters, a.a.O., S. 57.
- ¹⁵⁵ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen (von der KGF vermutlich für die Besatzungsmacht verfaßt), S. 5, Material Ehlers.
- ¹⁵⁶ Halbmonatsbericht der Bremer Gestapo, 14. Mai 1934, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁵⁷ Gestapo Bremen an Gestapoamt Berlin, 4. 2. 1935, IML/ZPA St3/717; Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 7; Peters, a.a.O., S. 68. Der Prozeß gegen die neun Kommunisten fand im Februar/März 1936 statt und führte zu meist mehrjährigen Zuchthausstrafen. Gestapoamt Bremen, 12. 2. 1936, Betr.: Hochverratsache Waldheim u. Andere, IML/ZPA St3/370; Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 8; Peters a.a.O., S. 97.
- ¹⁵⁸ Tagesmeldung der Bremer Gestapo, 31. 5. 1935, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁵⁹ Monatsbericht der Bremer Gestapo, 4. 9. 1935, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁶⁰ Lagebericht der Bremer Gestapo Februar 1936, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁶¹ Siehe die Tagesmeldungen der Bremer Gestapo vom 13. 6., 1. 8., 5. 8., 19. 10., 24. 10., 11. 11., 5. 12. (2. Tagesmeldung) 1936, IML/ZPA St3/370. Bei der Zerschlagung der AG-Weser-Zellen sollen die Nationalsozialisten geäußert haben: »Wollte man diese Widerstandsarbeit aufrollen, müßte man das ganze AG-Weser-Gelände zum KZ erklären.« Interview Gumpert, S. 2 f.
- ¹⁶² Lagebericht 1937, S. 2, BA, R 58/457.
- ¹⁶³ ebd., S. 1.
- ¹⁶⁴ ebd., S. 4.
- ¹⁶⁵ Klaus Mammach: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstands-

- bewegung 1933–1939. Frankfurt 1974, S. 42 und 129. – Über die Verbindung mit der Berliner Inlandsleitung: Interview Gumpert, S. 2 f. Gumpert war der Verbindungsmann zu Conrad Blenkle, dem damaligen Instrukteur der Reichsleitung, der mit Robert Stamm der ehemalige Politiker des Bezirks Weser-Ems der KPD angehörte. Zusammen mit Stamm wurde auch die Bremerin Käte Lübeck, später: Popall, verurteilt. Urteil gegen Rembte, u. a., BA, R 60 II/86.
- 166 Lagebericht 1937, S. 2 f., BA, R 58/457; Bremen, Anlage zum Antwortbrief der KGF an die Militärregierung vom 2. 7. 1945, S. 2, Material Lücke.
- 167 Klotzbach, a.a.O., S. 193; Vietzke, a.a.O., S. 216.
- 168 Weingartner, a.a.O., S. 208 ff.; Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962, S. 443 ff. An einer »Fortsetzung« der Arbeit von Weingartner bis 1939 arbeitet Rainer Holzer (FU Berlin).
- 169 Vgl. den gemeinsamen Kampf der Sozialisten und Kommunisten 1934 gegen den Faschismus und die autoritäre Rechte in Österreich, Frankreich und Spanien. Dazu Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 421 ff. Für Deutschland spielte insbesondere das vereinte Auftreten gegen den Anschluß an das Dritte Reich im Saarland eine Rolle, obwohl es eine katastrophale Niederlage nicht verhindern konnte.
- 170 Vietzke, a.a.O., S. 119 ff.; Duhnke, a.a.O., S. 85 ff.; Arnold Sywottek: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971, S. 23 ff.
- 171 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Wilhelm Pieck / Georgi Dimitroff / Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin (Ost) 1960, S. 109, 141 ff. Zum Vergleich die Protokolle des III. und IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921 bzw. 1923.
- 172 ders., ebd., S. 88. – Zum Vergleich die in Anm. 55 genannten Aufsätze Thalheimers und Leo Trotzki's Schriften über Deutschland.
- 173 Dimitroff, a.a.O., S. 87.
- 174 ders., S. 118 f.
- 175 Vietzke, a.a.O., S. 232.
- 176 Sywottek, a.a.O., S. 58.
- 177 Duhnke, a.a.O., S. 205, 207; Dimitroff, a.a.O., S. 132; Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler? Der Weg zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Volksfront in Deutschland, Straßburg 1935.
- 178 Die Praxis der kommunistischen Volksfrontpolitik – insbesondere in Spanien, wo die KP im Bündnis mit Liberalen und Rechtssozialisten dazu überging, dem revolutionären Aufbegehren großer Teile der Arbeiterschaft mit Waffengewalt entgegenzutreten – machte erst die Dimension des 1935 eingeleiteten Rechtsrucks deutlich. Braunthal, Bd. 2, S. 437 ff., 470 ff.; Pierre Broué / Emile Témime: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt/Zürich 1969. Viele intelligente Einschätzungen im Detail enthält auch das Buch Franz Borkenhaus: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952, der jedoch

kaum Quellen verwendet und durch seinen militanten Antikommunismus zu abenteuerlichen, teils grotesken Interpretationen getrieben wird.

- ¹⁷⁹ Sywottek, a.a.O., S. 69.
- ¹⁸⁰ Edinger, Sozialdemokratie, S. 15 ff.; Duhnke, a.a.O., S. 194, 199; Günther Weisenborn (Hrsg.): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Hamburg 1953, S. 145; siehe auch Steinberg, a.a.O., S. 110 ff., Klotzbach, a.a.O., S. 192 ff., Bludau, a.a.O., S. 139 ff.
- ¹⁸¹ Dazu Sywottek, a.a.O.
- ¹⁸² Griepenburg, a.a.O., S. 34, gibt das innerparteiliche Oppositionsdokument einer Berliner Gruppe wieder, die das Vorgehen der kommunistischen Führung folgendermaßen beschreibt: »Das ZK erfindet einen nichtexistierenden demokratischen Partner für seine Volksfrontpolitik, und dann erhält dieser die Aufgabe, an das ZK ein Ultimatum zu richten: entweder werdet demokratischer oder wir machen die Volksfrontpolitik nicht mit.«
- ¹⁸³ Ein gemeinsamer Aufruf der Bezirksleitungen Hessen-Süd der SPD und KPD vom September 1934 propagierte den einheitlichen Massenwiderstand, eine revolutionäre Einheitspartei und die Diktatur des Proletariats. (Auszüge bei Laschitz/Vietzke, a.a.O., S. 357). Ein ähnlicher Aufruf der Bezirksleitungen beider Parteien für Mittel- und Ostbaden vom März 1935 forderte sogar noch konkreter die Errichtung »eines wahrhaft sozialistischen Rätedeutschlands« (in: ebd., S. 358). In Berlin wurden im Juni 1935 zwei Kooperationsabkommen »zur gemeinsamen Hilfe für die Opfer des faschistischen Terrors« zwischen der Berliner SPD und dem Bezirksvorstand der Roten Hilfe abgeschlossen. (Dazu Moraw, a.a.O., S. 38 ff., Zitat S. 39).
- ¹⁸⁴ StA Bremen 4,65 – II A 12b 10q 2, Bd. 2; allgemein: Duhnke, a.a.O., S. 89 ff.
- ¹⁸⁵ Anklageschrift gegen Georg Thumm u. a., IML/ZPA NJ 14 738.
- ¹⁸⁶ Siehe die in Anm. 161 genannten Tagesmeldungen der Bremer Gestapo.
- ¹⁸⁷ Drechsler, a.a.O., S. 330 ff.; Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964, S. 177 ff.; Tjaden, a.a.O., S. 320 ff. – Die SAP mußte allerdings schon in den ersten Wochen einige schwere Verluste (vor allem der ganz überwiegend aus unerfahrenen Jugendlichen zusammengesetzten Ortsgruppen) hinnehmen.
- ¹⁸⁸ Der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) wurde 1929 von Anhängern der idealistisch-rationalistischen Philosophie Leonard Nelsons und der »agrozentrischen liberalistischen« (Link) Wirtschaftstheorie Franz Oppenheimers gegründet, nachdem er als Internationaler Jugendbund (IJB) aus der sozialdemokratischen Jugendorganisation SAJ ausgeschlossen worden war. Die auf höchsten persönlichen Einsatz gegründete Organisation, die in ihrer Blütezeit nur knapp 300 Mitglieder sowie 600 bis 1000 Sympathisanten besaß, war nach einem gedanklich-logisch hergeleiteten Führerprinzip organisiert. Obwohl sich der ISK durch seine prinzipielle Demokratiefeindlichkeit, seinen Wirtschaftsliberalismus und seine idealistische Philosophie von allen anderen linken Organisationen unterschied, trafen sich seine aktuellen politischen Einschätzungen häufig mit denen der übrigen »Splittergruppen«. W. Link, a.a.O.

- ¹⁸⁹ Siehe Karin Schoebes: Die sozialistische Jugendbewegung in Bremen 1919 bis 1933. Examensarbeit PH Bremen 1964, (masch.schr.), S. 23 f.; Link, a.a.O., S. 141.
- ¹⁹⁰ Bremen, Anlage zum Antwortbrief der KGF an die Militärregierung vom 27. 5. 1945, S. 3, Material Lücke.
- ¹⁹¹ ebd. – Der ISK vertrat mit Vehemenz die Ansicht, unsichtbarer Widerstand sei unwirksamer Widerstand. (Link, a.a.O., S. 203 ff.).
- ¹⁹² Link, a.a.O., S. 211; Interview Paul, S. 1. Der Text des Flugblatts sei im folgenden wiedergegeben, da er m. E. sehr deutlich die Problematik einer sozialistischen Widerstandsgruppe zeigt, die durch abstrakte Appelle an das traditionelle Bewußtsein den Zugang zur Arbeiterklasse suchte. (Zitiert nach einem Original im Besitz von Fritz Paul, Frankfurt): (Deutlicher als je ist es heute sichtbar, die Maske des Nationalsozialismus fällt. Hinter ihr erscheint die grinsende Fratze der kapitalistischen Ausbeutung und des Krieges. Hitler entpuppt sich als der »Rattenfänger von Hameln«. Seine gleißenden Töne und Verlockungen gehen unter in der ehernen Sprache der Wirklichkeit. Er und seine Helfershelfer, die Schacht und Göring, die Hess und Goebbels und Ley, versuchen es mit Zuckerbrot und Peitsche, den Arbeiter für ihre Ziele auszunutzen. Die Verblendung der Arbeiter ist Bedingung des wachsenden Kapitalprofits und das Kernstück der Hitlerischen Arbeitsbeschaffung. – Arbeiter! In Eurer Hand liegt Euer Schicksal. Von Euch allein hängt es ab, ob ihr weiter dem Krieg als unabwendbarer Gefahr entgegengeht, ob Ihr weiter Sklaven des Dritten Reiches bleibt.« – Im allgemeinen war die Aufklärungspropaganda des ISK, wie Link (a.a.O., S. 208 f.) meint, realistisch und konkret gehalten. Frida Paul: Geb. 1. 7. 1902. Gelernte Säuglingspflegerin. Seit 1928 Aktivistin des Bremer ISK. Ab 1933 illegale Arbeit. 1938–1943 Zuchthaushaft, 1943 wieder Kontaktaufnahme zu sozialistischen Antifaschisten. 1945 Vorstandsmitglied der KGF, SPD. Beteiligung am Aufbau des Bremer Arbeiterhilfswerks. 1952 Übersiedlung nach Frankfurt/M. Fritz Paul: Geb. 23. 6. 1903. Gelernter Schriftsetzer. Über die Wandervogel-Bewegung 1928 zur SPD gestoßen. Kontakte mit dem ISK, in der Illegalität Mitarbeit. 1938 zu 2½ Jahren Haft verurteilt. 1945 Vorstandsmitglied der KGF, SPD. Zeitweise Technischer Betriebsleiter des Weser-Kurier. 1951 Übersiedlung nach Frankfurt/M. Gründung einer Druckerei und Geschäftsführer der Europäischen Verlagsanstalt (bis 1968).
- ¹⁹³ Link, a.a.O., S. 178. – Auch die von der ITF und ihrem Vorsitzenden Edo Fimmen geförderte gewerkschaftliche Widerstandsorganisation unter Führung von Hans Jahn verfügte über eine Gruppe in Bremen, die offenbar nicht aufgedeckt werden konnte, die sich aber anscheinend seit 1936 aufzulösen begann. (Helmut Esters / Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967, S. 41, 68.)
- ¹⁹⁴ Link, a.a.O., S. 183 f.; »Auszüge aus einem Brief vom Sommer 1946 an den heutigen Bundestagsabgeordneten Willi Eichler« (Unterschrift unleserlich), S. 3, DGB-Archiv, Bestand Hans Böckler, Box: Material von Lübke und Eberhardt.
- ¹⁹⁵ ebd.; Hermann Lücke weist in einem Bericht über seine Widerstandstätigkeit an den Verfasser vom 7. 7. 1973 auf den wachsenden Erfolg der USG-Zellen in den nordwestdeutschen Großbetrieben hin.
- ¹⁹⁶ »Auszüge ...« (s. Anm. 194), S. 1 ff.; »Bremen ...« (s. Anm. 190),

S. 3. – Die von einem Deutschnationalen herausgegebene Wochenzeitung »Blick in die Zeit« gab Nachrichten der internationalen Presse wieder – im Dritten Reich eine Seltenheit. Ihre Leser waren in Bremen vor allem ehemalige Mitglieder linker Organisationen. Der Vertriebsapparat wurde von einem ISK-Mitglied dazu genutzt, ein weites illegales Netz aufzubauen.

- ¹⁹⁷ Bericht Hermann Lückes vom 7. 7. 1973, um den es sich dabei handelte. Lücke war außerdem der Bremer Verbindungsmann des »Rote-Kämpfer«-Kreises. Dazu außerdem Olaf Ihlau: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1969, bes. S. 79, 135; Meldung der Bremer Gestapo über die Verhaftung Flachtmanns und Lückes vom 19. 6. 1937, IML/ZPA St3/717.
- ¹⁹⁸ Link, a.a.O., S. 198, 218.
- ¹⁹⁹ ebd., S. 224; Interview Paul, S. 1. – Im Mai 1939 verurteilte ein Senat des Berliner Kammergerichtes in Bremen zwölf dortige ISK-Mitglieder zu Zuchthausstrafen. Link, a.a.O., S. 228 (Anm. 236); Peters, a.a.O., S. 174; Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 9.
- ²⁰⁰ Link, a.a.O., S. 218. – Link berichtet, zwei Bremer ISK-Mitglieder hätten im Frühjahr 1937 an einer Tagung ihrer Organisation in London teilgenommen (S. 223). – Auch Interview Paul, S. 4; »Auszüge . . .« (s. Anm. 194), S. 7.
- ²⁰¹ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik (vervielfältigtes Manuskript, Bremen 1973), S. 1.
- ²⁰² Dieser Tatbestand wirft natürlich eine Quellenproblematik auf, die noch delikater ist als die der Verfolgerakten: Man ist fast ausschließlich auf schriftliche und mündliche Berichte angewiesen. Näheres dazu in der Einleitung.
- ²⁰³ Bericht der Bremer Gestapo vom 8. 1. 1935, IML/ZPA St3/718. Kurioserweise hatte die Bremer SAP-Gruppe die Polizei bei einer kurz nach der Machtübernahme der NSDAP erfolgten Aktion gegen ihr Büro überzeugen können, sie täte nichts anderes, als die Liquidierung der Organisation abzuwickeln, nachdem ein Teil der Reichsführung der SAP die Auflösung der Partei verkündet hatte, was zur Rebellion der Basis und zur Übernahme der Führung durch die Linken geführt hatte (siehe Anm. 54). Interview Hallerstedde, S. 3.
Fritz Hallerstedde: Geb. 2. 11. 1904. Seit 1908 in Bremen. Elektrikerlehre, nach Beendigung der Lehrzeit Arbeitslosigkeit, Aushilfsarbeiten und als Kohlentrimmer zur See, 1927 Rückkehr nach Bremen und Beschäftigung im Hafen. 1919 zur kommunistischen Jugend, KPD, später KPO, dann SAP. Seit 1933 illegale Arbeit. In verschiedenen Firmen, u. a. bei der AG Weser, 1940–1942 Kriegsdienst (Marine). Gegen Kriegsende in Neustadt (Holstein), im Frühsommer Rückkehr nach Bremen. Seit 1945 Leiter der Flüchtlings-, Heimkehrer- und Kriegsgefangenenbetreuungsstelle in Bremen, seit 1952 stellv. Leiter des Landesamtes für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte, 1957 Personalratsvorsitzender beim Senator für Wohlfahrtswesen. 1945 KGF und KPD (Distriktsleiter), 1946 nach dem Austritt von Ehlers und Wolters ebenfalls aus der KPD ausgeschieden, seit 1949 SPD, 1959–1963 MdBü.
- ²⁰⁴ Lagebericht 1937, S. 6, BA, R 58/457.

- 205 Monatsbericht für März 1938, S. 4, BA, R 58/449.
- 206 Lageberichte der Stapostelle Bremen für die Monate September und Oktober 1938, BA, R 58/446; für die Monate November und Dezember 1938, IML/ZPA St3/718.
- 207 Interview Ehlers, S. 5; Interview Hallerstedde, S. 4.
- 208 Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 5, Material Ehlers.
- 209 Heinrich Busch: Geb. 8. 10. 1904. Hafenarbeiter, 1919–1929 KPD, später KPO, dann SAP-Funktionär. Illegale Arbeit. 1945 KGF-Vorstand, SPD. Geschäftsführer der Bremer Arbeiterwohlfahrt. Verstorben.
- 210 Biographische Angaben über Ehlers in Anm. 53.
- 211 Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 5, Material Ehlers.
- 212 Interview Ehlers, S. 3 f.; Interview Hallerstedde, S. 5 f.; Interview Martin Meyer, S. 2; auch Interview Enderle, S. 1.
Irmgard Enderle: Geb. 28. 4. 1895 als I. Rasch. Über sozialistische Jugend- und Studentengruppen in Berlin Ende 1918 zum Spartakusbund gestoßen. 1919–1929 im zentralen Apparat der KPD tätig. Anfang 1929 als »Rechte« ausgeschlossen, Übertritt zur KPO und SAP. Durch Heirat mit August Enderle nach Breslau gelangt, dort 1933 verhaftet. Im Juni 1933 Flucht ins Ausland, Emigration in den Niederlanden, Belgien und Schweden. Dort in der Exilorganisation der SAP und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter tätig. 1944 SPD. Im Juni 1945 mit August Enderle illegale Einreise nach Bremen durch Unterstützung der ITF. Redakteurin beim Weser-Kurier, 1947 nach Köln, dort Gewerkschaftsredakteurin.
- 213 Interview I. Enderle, S. 1. Martin Meyer, Interview, S. 2, berichtet von einer solchen Tagung in Göteborg im Sommer 1937 (Referenten Fritz Sternberg, August Enderle, Willy Brandt), auf der nach dem Vorbild der in Bremen praktizierten Arbeit Richtlinien für die illegale Partei-, Gewerkschafts- und Jugendarbeit beschlossen worden seien.
- 214 August Enderle: 5. 8. 1887–2. 11. 59. Mechanikerlehre. 1905 SPD, DMV. 1919 KPD, kommunistischer Gewerkschaftsredakteur, Mitglied der Gewerkschaftsabteilung des ZK, deutscher Vertreter der RGI. Ende 1928 Parteiausschluß als »Rechter«. Mitglied der Zentralleitung der KPO. Mit der KPO-Minderheit 1932 zur SAP. 1933 Leiter der illegalen SAP in Breslau. Über verschiedene Stationen im Frühjahr 1934 nach Schweden, um einen Auslandsstützpunkt der SAP aufzubauen. Illegale Arbeit mit Unterstützung Edo Fimmens von der ITF. 1944 SPD-Emigrantenorganisation. Führend in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter tätig. Mit Hilfe der ITF Ende Juni 1945 als einer der ersten Emigranten illegal nach Deutschland (Bremen) zurückgekehrt. Beteiligt am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD. Redakteur beim Weser-Kurier. Seit 1947 in Köln Redakteur bei der Gewerkschaftspresse.
Irmgard Enderle: Vgl. Anm. 212.
- 215 Helmut Müssener: Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974, S. 251; vgl. auch Drechsler, a.a.O., S. 337. Auch diese Arbeit erfolgte mit Unterstützung der ITF.
- 216 August Hogrefe: Geb. 6. 4. 1896. Nach einer kaufmännischen Lehre (währenddessen Kontakt mit einer sozialistischen Schülergruppe) 1914 Eintritt in die (überwiegend linksoppositionelle) Bremer SPD. 1916 Kriegsdienst,

- 1917 wegen Meuterei und Fahnenflucht zu 3½ Jahren Festung verurteilt. Oktober 1918 Mitglied des Großen Soldatenrats in Brest-Litowsk. Dezember 1918 Rückkehr nach Bremen. KPD. Teilnahme an den Februarkämpfen, wegen Hochverrats erneut zu einer Haftstrafe verurteilt, aber Ende 1919 begnadigt. Danach als Parteiredakteur und MP-Leiter Nordwest tätig. 1925 als »Rechter« aus der KPD ausgeschlossen, im Unterschied zu den meisten anderen Ausgeschlossenen aber nicht wieder aufgenommen. 1930 mit Wissen seiner KPO-Genossen Eintritt in die NSDAP. Dort Ortsgruppenleiter und Kreispressesprecher der NSBO. 1933 Präsident der Arbeiterkammer (bis zu deren Liquidierung 1936). 1934 wegen öffentlicher Kritik am AOG als Ortsgruppenleiter der NSDAP abgesetzt. Illegale Arbeit in bürgerlichen Oppositionsgruppen in Zusammenarbeit mit KPO/SAP-Genossen. Nach 1945 KGF, parteilos.
- 217 Interview Hogrefe, S. 1 f.; schriftliche Mitteilungen August Hogrefes, 4. 1. 1972; 15. 8. 1973; Erklärung zum Fall des Kameraden Hogrefe (wahrscheinlich 1945 vom KGF-Vorstand verfaßt), Material Lücke.
- 218 Interview Hogrefe, S. 3; schriftl. Mitteilungen August Hogrefes, 4. 1. 1972; 15. 8. 1973; Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 4.
- 219 Interview Ehlers, S. 11 und Interview Heinemann, S. 1 f.
- 220 Interview Martin Meyer, S. 1; Lagebericht der Stapostelle Bremen für die Zeit von Januar bis März 1939, IML/ZPA, St3/717.
- 221 Interne Richtlinien der SAP zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit vom Oktober 1936 und März 1937, Privatarchiv Willy Brandt. – Martin Meyer, Interview, S. 1, berichtet, in einigen Abteilungen der Deschimag-Werft seien Facharbeiter in bestimmten Abständen (aber immer nur zwei gleichzeitig, um den Eindruck einer organisierten Aktion zu vermeiden) zu ihrem zuständigen Vorgesetzten gegangen und hätten Leistungszulagen verlangt. Die größtenteils ebenfalls antifaschistisch eingestellten Werkmeister hätten die Forderungen meist unterstützt und, sofern zuständig, erfüllt. Geldsammlungen im Betrieb für das Winterhilfswerk und die NSV wurden boykottiert; bei Betriebsversammlungen wurde zum Fernbleiben aufgefordert. Diese Darstellung der Betriebsarbeit in einem ausgesprochen oppositionellen Betrieb dürfte geeignet sein, eine realistische Vorstellung von den Möglichkeiten der Illegalen auf diesem Sektor zu geben.
- 222 Interview Ehlers, S. 2; Interview Martin Meyer, S. 2; Interne Richtlinien (Anm. 221).
- 223 Neue Front (Organ der SAP) 5/1936, Schlagt Hitler und Ley; Interne Richtlinien (s. Anm. 221).
- 224 Interne Richtlinien März 1937, S. 4 (s. Anm. 221).
- 225 Neue Front 1/1936, Die Aussichten der illegalen Arbeit.
- 226 Ein Dokument, das 1936 im Berliner Widerstand unter Mitarbeit eines Kuriers der Auslandsleitung (wahrscheinlich Willy Brandt) entstand, verlangte, »weiterhin die Sicherung und Festigung unserer Kader zum obersten Gesetz unserer Arbeit zu machen und solche Arbeiten zurückzustellen, die sich mit dieser Notwendigkeit nicht in Einklang bringen lassen.« (Privatarchiv Willy Brandt.)
- 227 Otto Erbe: Der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Aufgaben der Arbeiterklasse (hrsg. von der Auslandsvertretung der SAP), Göteborg o. J., insbes. S. 59.
- 228 Resolution zur Frage der Einheitspartei; »Aus einem Brief von Anto-

- nius« (A. Enderle), 6. 6. 1936, beide Dokumente im Privatarchiv Willy Brandt.
- ²²⁹ A. Enderle (Anm. 228) brachte die Stellung der SAP zur Volksfront auf die einfache Formel, diese sei »die heute einzige Art, die Massen wieder in Bewegung zu bringen.« John Ewas schrieb in seinem Artikel: Grundlinien einer revolutionären Volksfrontpolitik, in: Marxistische Tribüne, Diskussionsblätter der SAP, 5/1936: »Das Wesen der von uns bejahten Volksfront besteht darin, daß sie nicht Organ der Klassenzusammenarbeit, sondern des Klassenkampfes ist. Ihre Funktion ist nicht und kann nicht sein [...] das »normale« Funktionieren des politisch-sozialen Systems der kapitalistischen Herrschaft zu sichern, sondern den Anstrengungen des Monopolkapitals um die Neubefestigung der aus den Fugen gehenden kapitalistischen »Ordnung« den Erneuerungswillen der großen Volksmassen gegenüberzustellen und größere Teile der bürgerlichen Klassen an der Seite der Arbeiterklasse in den unmittelbaren Klassenkrieg mit dem Kapital zu verwickeln.«
- ²³⁰ Drechsler, a.a.O., S. 343 ff.; Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 90 ff. – Der 1936 in Paris konstituierte deutsche Volksfrontausschuß aus Vertretern der französischen Landesgruppe der SPD, aus den Revolutionären Sozialisten Deutschlands, der SAP, dem ISK und der KPD sowie einer Reihe bürgerlicher Intellektueller ist vor allem ein tragikomisches Beispiel für das Scheitern der Volksfrontpolitik der KPD selbst in der Emigration. Indem sie die SAP als trotzkistisch verseucht angriff (die Trotzkisten galten als Gestapo-Agenten, die auch dementsprechend behandelt werden mußten, Duhnke, a.a.O., S. 275 [Anm. 157], 279), hoffte sie, eine gemeinsame Front mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses gegen seinen linken Flügel aufbauen zu können, der anstelle der Ausarbeitung bürgerlich-demokratischer Programme das Schwergewicht auf die praktische Zusammenarbeit legen wollte. Mit ihren grotesken Anschuldigungen trieb die KPD die erhofften Bündnispartner zur Solidarisierung mit der SAP. Außerdem kam es über die Volksfronttaktik zur »rechten« Abspaltung einer Gruppe um Willy Münzenberg. – Die Position der SAP zum Pariser Ausschuß wie auch die Angriffe der KPD gegen sie gehen hervor aus dem von der SAP veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihren Vertretern im Ausschuß und denen der KPD: An die Freunde der deutschen Volksfront drinnen und draußen, Paris 1937.
- ²³¹ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 4, Material Ehlers. Eine Reihe von SAP-Mitgliedern fiel im Krieg. (Interview Martin Meyer, S. 1).
- ²³² Weisenborn, a.a.O., S. 145 ff. Die bedeutendste Gruppe dieser Art war die »Deutsche Volksfront« Hermann L. Brills. Dazu Gricpenburg, a.a.O., S. 70 ff.; Moraw, a.a.O., S. 47 ff.; auch Kliem, a.a.O., S. 209 ff. und Reichhardt, Neu Beginnen, S. 179 ff.
- ²³³ Reichhardt, Arbeiterwiderstand, S. 209.
- ²³⁴ Edinger, Sozialdemokratie, S. 15 ff.; Duhnke, a.a.O., S. 194, 199; Weisenborn, a.a.O., S. 145; Steinberg, a.a.O.; Klotzbach, a.a.O.
- ²³⁵ Mason, Labour, S. 126 ff.; Elisabeth Behrens: Arbeiterkampf und kapi-

talistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus, in: Roth, a.a.O., S. 109 ff. Behrens führt als Beispiel einen angeblichen Streik auf den U-Boot-Werften von Vegesack an (S. 110. Ihre Quelle ist das Lehrbuch der Deutschen Geschichte, Bd. II: E. Paterna / W. Fischer / K. Gossweiler / G. Markus / K. Pätzold: Deutschland 1933-1939, Berlin (Ost) 1969, S. 169 f. Vermutlich bezieht sich auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 69, auf dieselben angeblichen Vorgänge. Demgegenüber muß richtiggestellt werden, daß es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei und auch keinerlei Streiks in Vegesack und Blumenthal gab, wie die Bremer Gestapo, auf eine Notiz in der in Basel erscheinenden KPD-Zeitung »Rundschau« bezugnehmend, in einer Meldung an das Gestapoamt Berlin v. 7. 9. 1935 feststellte. IML/ZPA St3/717. Mir sind aus Bremen auch keine anderen Streikaktionen während der NS-Zeit bekanntgeworden.

²³⁶ Nach Schumann, a.a.O., S. 128.

²³⁷ Günther Groß: Der gewerkschaftliche Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensrätewahlen 1934, Berlin (Ost) 1962, S. 46 ff.; siehe auch Link, a.a.O., S. 188, Anm. 72. – Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Angestelltenstimmen mit den Arbeiterstimmen zusammengezählt wurden.

²³⁸ Duhnke, a.a.O., S. 212.

²³⁹ Seidel (Beauftragter der NS-Parteileitung) an Hoffmann (Stab des Stellvertreters des Führers), VfZ 3/1955, Dokumentation, S. 315.

²⁴⁰ Duhnke, a.a.O., S. 212; Schumann, a.a.O., S. 128 f.

²⁴¹ Der Rundschau Nr. 31, 24. 5. 1934, S. 1189, zufolge führte die Abstimmung 1934 in den Atlas-Werken zu folgendem Ergebnis: 989 Stimmberechtigte, davon 333 für und 656 gegen die offizielle Liste. Nach der Bremer Nationalsozialistischen Zeitung, 19. 4. 1935, betrug das Gesamtergebnis bei 43 426 Wahlberechtigten: 39 699 abgegebene Stimmen (91 %), davon 1557 ungültig; 34 569 Ja-Stimmen, 3573 Nein-Stimmen. In der Neuen Front Nr. 10/1935, S. 3, hieß es über dieselben Wahlen: »Bei Hansa-Lloyd, Bremen, ergaben Beobachtungen, daß alte Kommunisten, die in Konzentrationslagern gewesen waren, mit zitternder Hand unveränderte Zettel abgaben, während SA-Leute und früher Unorganisierte mit Nein stimmten«.

²⁴² Bracher/Sauer/Schulz, a.a.O., S. 360. Zum Vergleich 1933/1934: Hamburg (78,1/72,6%), Berlin 78,6/74,2%), Kurhessen (95,6/94,6%), ebd., S. 358. – Hogrefe, Interview, S. 3, berichtet aus eigener Erfahrung über Wahlmanipulationen während des Dritten Reichs in Bremen. Generell muß betont werden, daß die Bedingungen, unter denen »gewählt« wurde, es verbieten, in den Ergebnissen etwas anderes als Indikatoren zu sehen.

²⁴³ Nach Vietzke, a.a.O., S. 87. Zum Vergleich Hamburg: 7,5 %, Berlin: 8 %.

²⁴⁴ Monatsbericht des Bremer Senats (Laue) an Innenminister Frick, 8. 10. 1934, IML/ZPA St3/718.

²⁴⁵ Vietzke, a.a.O., S. 40 ff.; Bracher/Sauer/Schulz, a.a.O., S. 897 ff; Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt 1970; Alfred Sohn-Rethel: Die Geschichte des 30. Juni 1934, in Sohn-Rethel, a.a.O., S. 200 ff. – In Bremen kam es im Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen dem Regierenden Bürgermeister Markert und dem SA-Grup-

- penführer, Freiherrn von Schorlemer, zu Zusammenstößen zwischen Polizei und SA. Schorlemer organisierte Massendemonstrationen gegen den Senat und ließ seine Unterführer die bevorstehende »zweite Revolution« gegen die »Reaktion« und den ehemaligen Freimaurer Markert propagieren. Nach dem 30. Juni wurde Schorlemer abgesetzt und schließlich auch gerichtlich belangt. – Demgegenüber führte der Kampf des Bremer Bürgermeisters gegen den nordwestdeutschen Gauleiter Röver, der Bremen in eine von Oldenburg regierte Reichsprovinz Weser-Ems eingliedern wollte, zu Markerts eigenem Sturz im Oktober 1934. Inhaltlich blieb Markerts Einsatz für die bremischen Wirtschaftsinteressen allerdings weitgehend erfolgreich. Bezeichnenderweise stand die Handelskammer in dem Konflikt auf seiten Markerts, während die Gewerbe- und die Kleinhandelskammer dem Gauleiter zur Seite standen. – In ihren Briefen nach Berlin gab in den beiden Auseinandersetzungen (SA/Senat, Gauleiter/Bürgermeister) jede Seite der anderen die Schuld an dem schlechten Abschneiden der NSDAP in Bremen im August 1934. Quellen: ZStA Potsdam, 15. 01., 25 740, Bd. 1; IML/ZPA St3/718; BA, R 43 II/1319.
- ²⁴⁶ Der Präses der Bremer Kleinhandelskammer sprach (1934?) in einem Bericht von einer »immer mehr aufkommenden Mißstimmung« und einem »Schwinden des Vertrauens« angesichts des »gewaltigen Aufschwungs« der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Großfilialbetriebe und Konsumgenossenschaften. (IML/ZPA St3/718).
- ²⁴⁷ Poulantzas, a.a.O., S. 116, 275.
- ²⁴⁸ Leo Trotzki: Bonapartismus und Faschismus (1934), in: Schriften über Deutschland, Bd. 2, S. 677 ff.
- ²⁴⁹ Neumann, Behemoth; Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1969, S. 444 ff.
- ²⁵⁰ Wo das Spitzelsystem der Nationalsozialisten funktionierte, wurden selbst harmlose Schimpfereien zu einem Wagnis. Das Mißtrauen verbot es, sich dem anderen zu erkennen zu geben. – Neumann, Behemoth, S. 424 f., weist auf die isolierende Wirkung hin, die die Ausdehnung des Tatbestandes des Geheimnisverrats auf die Weitergabe jeder beliebigen Information aus Rüstungsbetrieben an jede beliebige Person im Krieg ausübte.
- ²⁵¹ Siehe Behrens, a.a.O., S. 131, die jedoch die Tendenz zur materiellen und ideologischen Korrumpierung der Arbeiterklasse in einigen Regionen, Industriezweigen oder einzelnen Betrieben unzulässig verallgemeinert. David Rodnick: Postwar Germans. An Anthropologist Account, New Haven 1948, S. 12, schätzte aufgrund einer Fülle von Befragungen, daß ca. 60 % aller Arbeiter den Nationalsozialismus passiv akzeptiert, 15–20 % ihn aktiv unterstützt und 20–25 % eindeutig in Opposition gestanden hätten.
- ²⁵² Siehe Alan S. Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966.
- ²⁵³ Rolf Wagenführ: Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1954, S. 178–181.
- ²⁵⁴ Milward, a.a.O., S. 53 ff.; Gregor Janssen: Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin/Frankfurt/Wien 1968; Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1969; Franz Neumann, Behemoth, S. 587 ff.

- 255 Karl Ploetz: Geschichte des Zweiten Weltkrieges, T. 2: Die Kriegsmittel, Würzburg 1960, S. 5.
- 256 Milward, a.a.O., S. 100, 156.
- 257 Horst Laschitzka: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, S. 44; siehe auch Milward, a.a.O., S. 46.
- 258 Prof. Dr. Ernest Mandel (Brüssel), der während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter in Köln war, berichtete dem Verfasser am 30. Januar 1972, daß 1944 ein deutlicher Wandel in der Haltung der deutschen Arbeiter spürbar geworden sei. Bis zu diesem Zeitpunkt sei eine revolutionäre Entwicklung – bei einem äußeren Anstoß, wie er etwa vom 20.-Juli-Putsch hätte ausgehen können – durchaus möglich gewesen.
- 259 Zahlen bei Jürgen Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 282 und Milward, a.a.O., S. 46 f.
- 260 Ploetz, a.a.O., S. 5; vgl. Milward, a.a.O., S. 102; Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 278. Klaus Drobisch und Dietrich Eichholz: Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, ZfG 5/1970, S. 637, gehen von über 8 Millionen aus. Zu berücksichtigen ist, daß allein 4 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener bis Kriegsende umkamen (Gerald Reitlinger: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962, S. 114 ff.), so daß die Zahl der Deportierten weit höher als 7–8 Millionen lag. Drobisch/Eichholz schätzen die Gesamtzahl aller Deportierten einschließlich der Kriegsgefangenen und KL-Insassen auf 14 Millionen (ebd.).
- 261 Horst Heininger: Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945–1950, Berlin (Ost) 1959, S. 37, gibt an, daß die Zahl der deutschen Industriearbeiter von Ende Mai 1939 bis Ende Mai 1944 von 10,8 auf 7,6 Millionen zurückging, während die der ausländischen Industriearbeiter auf 3,2 Millionen anwuchs. Vgl. Milward, a.a.O., S. 47, und Hans Pfahlmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Darmstadt 1968, S. 146. – In der Rüstungsindustrie lag der Ausländeranteil im November 1944 sogar noch etwas höher (ebd., S. 232). Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland beschleunigte die weitere Einführung der Fließbandfertigung in der Rüstungsproduktion von 1942 bis 1944. »Die Fließbandarbeit verlangte minimale Anlernzeit, und zudem bot diese Form der Arbeitsorganisation selbst maximale Kontrolle über die Arbeitskraft«. Elisabeth Behrens, a.a.O., S. 140.
- 262 Herbert Schwarzwälder: Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945. Bd. 1: Die Vorbereitung auf den Endkampf, Bremen 1972, S. 33, 50, 140, 201 (Anm. 255).
- 263 ebd., S. 140.
- 264 ebd., S. 33.
- 265 Rundschreiben des Senators für das Bauwesen als Leiter der Sondermaßnahmen, 9. 3. 1943, S. 1, StA Bremen, 3-M 2 h 3 Nr. 298.
- 266 Zechen-Zeitschrift der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Gruppe Bochum, 10. 10. 1942, zitiert nach Drobisch/Eichholz, a.a.O., S. 630.
- 267 ebd., S. 634.
- 268 Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 266 f.; Behrens, a.a.O., S. 146.

- 269 Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 140.
- 270 Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 267, 307 f.; Drobisch/Eichholz, a.a.O., S. 637; Behrens, a.a.O., S. 145 ff. Das in Anm. 265 genannte Rundschreiben setzte für die zivilen Ostarbeiter 70 % des Lohns des entsprechenden deutschen Arbeiters fest.
- 271 Pfahlmann, a.a.O., S. 148, 198.
- 272 Dazu gehörten z. B. Verpflegungsentzug, Geldstrafen, Arrest, Prügel durch Vorarbeiter und Werkschutz. Drobisch/Eichholz, a.a.O., S. 635; Behrens, a.a.O., S. 152 ff. Der Bremer Senat (siehe Anm. 265) ordnete an: »Arbeitsscheue und Faulenzer sind der Gestapo zuzugeben, damit sie für mehrere Wochen einem Arbeitslager zugeführt werden.« (S. 5)
- 273 Pfahlmann, a.a.O., S. 147, 193 ff.
- 274 Weisenborn, a.a.O., S. 150.
- 275 Drobisch/Eichholz, a.a.O., S. 639; Behrens, a.a.O., S. 168 f.
- 276 Pfahlmann, a.a.O., S. 218 ff.
- 277 ebd., S. 191 f. Z. B. nahm die Stapostelle Bremen Ende August 1944 drei sowjetische Kriegsgefangene fest, denen die Bildung einer illegalen Organisation vorgeworfen wurde. BA, R 58/213, Meldung wichtiger staatsfeindlicher Ereignisse Nr. 4, 25. August 1944. – Eine zusammenfassende Darstellung des Ausländer-Widerstandes bei Behrens, a.a.O., S. 163 ff.
- 278 Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 47 ff., 138 ff. Die Tatsache, daß in der Endphase des Krieges 1945 keine Erhebungen oder ernsthaften Aufstandsversuche ausländischer Arbeiter stattfanden, scheint dieselbe Ursache zu haben wie das fast vollständige Ausbleiben entsprechender Aktionen deutscher Antifaschisten. Solche Aufstände hätten an der militärischen Gesamtlage kaum etwas geändert, den vom Faschismus Unterdrückten allerdings eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den Alliierten verschafft. Daß die Überlebenden des NS-Terrors unmittelbar vor Kriegsende ein dermaßen großes Risiko unter solchen Umständen im allgemeinen nicht mehr übernehmen wollten, leuchtet unabhängig von der politischen Bewertung dieses Verhaltens ein.
- 279 Marlis G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, S. 20, 465; Albert Speer, a.a.O., S. 229; Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 163.
- 280 Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 272.
- 281 ebd., S. 292.
- 282 Meldungen aus dem Reich (SD), Nr. 270 vom 23. März 1942, abgedruckt in: Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied/Berlin 1965.
- 283 Steinert, a.a.O., S. 164 f., 181 ff., 198; Boberach, a.a.O., X (zusammenfassend).
- 284 Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S. 261, 295.
- 285 Behrens, a.a.O., S. 149 ff. Schon zu Kriegsbeginn wurde der Werkschutz durch »politisch zuverlässige« Arbeiter verstärkt; dem hauptamtlichen wurde ein nebenamtlicher Werkschutz zur Seite gestellt.
- 286 ebd., S. 172; Weisenborn, a.a.O., S. 149 f.
- 287 Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 6, Material

- Ehlers. Ehlers weist darauf hin (Interview, S. 7), daß selbst mit den zur Wehrmacht Eingezogenen viele briefliche Verbindungen aufrechterhalten wurden.
- ²⁸⁸ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 2 ff. Das Manuskript fußt auf Augenzeugenberichten älterer Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe. Auch Interview Wolters, S. 6.
Hermann Wolters: Vgl. Anm. 321.
- ²⁸⁹ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 6, Material Ehlers; siehe auch Peters, a.a.O., S. 181.
- ²⁹⁰ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 259.
- ²⁹¹ So ein Gestapo-Bericht vom 4. 3. 1940. Nach Duhnke, a.a.O., S. 359 (Anm. 220).
- ²⁹² Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 2 ff. – Die Motivation Stalins beim Abschluß des Nichtangriffspakts versucht Deutscher, a.a.O., S. 42 ff., herauszuarbeiten. Um im Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland ihre Deutschland gegenüber wohlwollende Neutralität rechtfertigen zu können, griff die Komintern auf die Parole Lenins vom »revolutionären Defaitismus« zurück, den es gegenüber allen imperialistischen Staaten zu üben gelte. Selbst bei orthodoxer Anwendung dieser Losung hätte der Hauptkampf der KPD gegen die *deutsche* Regierung gerichtet sein müssen. Die KPD mäßigte jedoch merklich ihre Angriffe (ohne daß allerdings die illegalen Gruppen ihren Widerstand eingestellt hätten!) und propagierte ein neuartiges Bündnis der Kommunisten mit sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Werkträgern gegen die »Thyssen-Clique« (Thyssen war gerade aus Deutschland geflohen) und für die Freundschaft Hitlerdeutschlands mit der Sowjetunion. In den Reihen der KPD verbreiteten sich zum Teil Illusionen über halblegale Arbeitsmöglichkeiten im Dritten Reich nach dem Paktabschluß. Dazu Sywottek, a.a.O., S. 101 ff.; Duhnke, a.a.O., S. 333 ff.; Borkenau, a.a.O., S. 217 ff. Der Hitler-Stalin-Pakt spielte eine wichtige Rolle bei der Wiederannäherung der deutschen linkssozialistischen Exilgruppen an die Sozialdemokratie, die ihnen in diesem Moment gegenüber der Kominternpolitik eindeutig als kleineres Übel erschien. Bei Kliem, a.a.O., S. 50 ff. des Anhangs, ist die gemeinsame Erklärung der SAP, des ISK, der Gruppe Neu Beginnen und der Revolutionären Sozialisten Österreichs zu dem Artikel W. Ulbrichts in der »Welt« abgedruckt, der die Gegner des Pakts als »Thyssen-Clique« bezeichnetete, die es zu entlarven gelte. Diese Andeutung wurde von den oben Genannten als Aufforderung zur Denunziation nichtkommunistischer Hitlergegner gewertet. Der ISK schrieb: »Die Aggressoren heißen Hitler und Stalin. Nieder mit den Aggressoren!« (Zit. nach Link, a.a.O., S. 268).
- ²⁹³ Steinert, a.a.O., S. 132 ff.
- ²⁹⁴ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 8: »Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter schüttelten sich die Hände, umarmten sich, und jeder ging stolz im Bewußtsein, daß jetzt die große Wende da sei.« Nach den Anfangerfolgen der deutschen Wehrmacht sei die Stimmung jedoch bald wieder umgeschlagen.
- ²⁹⁵ Steinert, a.a.O., S. 394. Für das Vorausgegangene vor allem S. 347. Die Tatsache, daß es ab Herbst 1943 zu einer Wiederannäherung großer Bevölkerungsteile an die NS-Führung kam, ist ein deutliches Zeichen dafür,

- daß die Mehrheit der Deutschen keine Alternative zu Hitler sah (ebd., S. 424, 427) und sich daher auf Gedeih und Verderb mit seinem System verbunden glaubte.
- ²⁹⁶ Tabelle bei Peters, a.a.O., S. 203. Siehe auch Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 151 ff.
- ²⁹⁷ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 9 f., Material Ehlers.
- ²⁹⁸ ebd., S. 10. – Hinsichtlich der psychologischen Wirkung des Bombenkriegs widersprechen sich die NS-deutschen und amerikanischen Quellen diametral. Während die von Boberach, a.a.O., und Steinert, a.a.O., gesammelten Dokumente – bis zu dem Zeitpunkt, als der Krieg ohnehin als verloren angesehen wurde – von einer Stärkung der Abwehrbereitschaft und der einhelligen Forderung nach Vergeltung sprechen, konstatiert der United States Strategic Bombing Survey. All-around-Report, 1945, S. 95 f., aufgrund von Repräsentativumfragen eine starke Demoralisierung. Da die Menschen dazu neigen, neue Erfahrungen in ihr bereits vorhandenes »Weltbild« einzuordnen, ist es immerhin denkbar, daß die Terrorangriffe in einer dem Nationalsozialismus relativ feindlichen Stadt wie Bremen andere Reaktionen provozierten als in Städten mit einer stärker regimetreu eingestellten Bevölkerung. In Bremen habe die eigentümliche Bauweise, aufgrund derer viele Arbeiter Besitzer eines kleinen Hauses gewesen seien, ebenfalls eine Rolle gespielt. Nach Bombenangriffen seien die meisten von ihnen der Arbeit fern geblieben, bis sie das Haus wieder bewohnbar gemacht hätten. Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 9 f. Zu den Wohnverhältnissen der bremischen Arbeiter unter diesem Aspekt Alfred Faust, a.a.O., S. 188 ff.
- ²⁹⁹ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 9 ff.
- ³⁰⁰ ebd., S. 11; siehe auch J. Walcher an W. Brandt, 14. 6. 1945 (nach dem Bericht eines im August 1944 in Gefangenschaft geratenen Bremer SAP-Mitglieds), Privatarchiv Willy Brandt, Bonn; am 12. 2. 1975 auch mündlich bestätigt von dem früheren SAP-Mitglied, Heinrich Kundel, Bremen. Die Berliner SAP-»Zentrale« habe Kontakte mit der Saefkow-Gruppe der KPD gehabt. Karl Baier, eines ihrer Mitglieder, sei ein- bis zweimal jährlich in Bremen gewesen.
- ³⁰¹ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 7, Material Ehlers.
- ³⁰² Interview Reiners, S. 2 ff. Über die Diskussionsgruppen sagt Reiners (ebd., S. 3): »Gerade auf der Werft [...] war eine freimütige Diskussion gegen die Nazis. Wir hätten alle an die Wand gemußt, wenn das bekanntgeworden wäre.«
Johann Reiners: Geb. 30. 4. 1907. Maler. 1931 KPD. 1932 zeitweise in Berlin und politisch gearbeitet. Während der NS-Zeit in die Atlas-Werke dienstverpflichtet. Teilnahme an antifaschistischen Diskussionsgruppen. 1945 von Anbeginn Mitglied des (zunächst provisorischen) Betriebsrats der Atlas-Werke; Vorsitzender bis März 1946. 1946–1970 Kassierer und Geschäftsführer der Bremer IG Metall. 1945–1956 KPD (Austritt einige Monate vor dem Verbot).
- ³⁰³ ebd.; Interview Gregor, S. 1 f. – Fritz Hallerstede, Interview, S. 10, berichtet von dem Schiffs-Reparaturbetrieb Wichmann u. Co., daß ein nationalsozialistischer Ingenieur in einem dunklen Schiffskesselraum (so

daß eine Identifizierung nicht möglich war) von zwei Kesselschmieden bei der Kontrolle schwer zusammengeschlagen worden sei, da er jemanden denunziert hatte »und weil er so ein 150%iger Nazi war«. Die Drohung, ihn das nächste mal totzuschlagen, habe den Ingenieur schweigen lassen. Solche Methoden hätten »so abschreckend gewirkt, daß es doch zu wenig Denunzierungen kam«.

Richard Gregor: Geb. 25. 12. 1907. 1923 als Tischler-Lehrling in die Holzarbeiter-Gewerkschaft, später Arbeiter-Turn- und Sportverein, Reichsbanner und SPD (1926). Seit 1936 bei den Atlas-Werken tätig. 1945 wieder SPD, beteiligt am Aufbau der SPD-Betriebsgruppe. Gewerkschaftlicher Vertrauensmann bei Atlas, seit 1946 Mitglied des Betriebsrats, später als stellv. Vors. und von 1964 bis 1973 als Vorsitzender.

304 Interview Hallerstedde, S. 11; Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 1 (Fußnote).

305 ebd., S. 14.

306 Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 7, Material Ehlers. Auch Ehlers hält die Zahl von 150 bis 200 Organisierten heute für übertrieben (Interview, S. 7).

307 Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 14.

308 Emil Theil: 23. 7. 1892–27. 12. 1968. Eisendreherlehre. 1907 Arbeiterjugend, 1910 SPD und DMV, später USPD. Im Januar 1918 in Kiel wegen Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. 1920 als Geschäftsführer des DMV nach Bremen berufen, 1927 bis 1933 Sekretär der Konsumgenossenschaft. Seit 1921 MdBü, Fraktionsvorsitzender der USPD, später der SPD. Nach längerer Arbeitslosigkeit 1936 bis 1945 bei der AG Weser. Während der NS-Zeit insgesamt 3 1/2 Jahre inhaftiert. 1945–1955 Bausenator; bis 1956 Vorsitzender der SPD in Bremen-Stadt, 1955–1963 MdBü. Mitbegründer der neuen Konsumgenossenschaften und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft.

309 Interview Ehlers, S. 8 f. Interview Gumpert, S. 3 f. – Die Antifaschisten, die auf der Weserwerft arbeiteten, wurden gedeckt von dem antinationalsozialistischen Generaldirektor Stapelfeldt, der sich z. B. persönlich für die Freilassung Emil Theils nach einer seiner Verhaftungen einsetzte. Stapelfeldts Verhaltensweise wird positiv hervorgehoben von Hallerstedde (Interview, S. 9), dem Gewährsmann der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik (Zur Geschichte . . ., S. 1, Fußnote) und von Gumpert (Interview, S. 3). Zu der damit zusammenhängenden Problematik siehe Kap. 6, Anm. 45. – Ehlers, Interview, S. 8, hebt zu Recht die für illegale Arbeit günstigen Bedingungen auf der Werft hervor: »Nehmen Sie den Kesselschmied oder den Kupferschmied, der in der Werkstatt Leitungen und Rohre anfertigt und sie später an Ort und Stelle prüfen muß. Dazu muß er manchmal 1000 Meter und weiter laufen. Unterwegs trifft er ein Dutzend von Leuten und auf dem Schiff auch. [. . .] Die Nachrichtenübermittlung ist in einem solchen Betrieb natürlich ideal.«

310 Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 8, Material Ehlers.

311 ebd.; Interview Hallerstedde, S. 9: »Es war erstaunlich, wie wenig Einfluß die Nazis unter den Facharbeitern hatten.«

312 Es handelte sich vor allem um die Gruppen: Heinz Kapelle, Robert Uhrig, Joseph Römer (alle drei Berlin), Antifaschistische Arbeitergruppe

- Mitteldeutschland (Mansfelder Raum), Schulze-Boysen/Harnack (ursprünglich Berlin), Lechleiter (Mannheim), Bästlein/Jacob/Abshagen (Hamburg), Saefkow (Berlin), Neubauer/Poser (Thüringen), Schumann/Engert/Kresse (Leipzig). Überblick bei Duhnke, a.a.O., S. 458 ff. – Für das folgende außerdem: Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkriegs, Berlin (Ost) 1959; Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 344 ff. Franz Jacob war von April bis Juni 1933 Polleiter des Bezirks Weser-Ems gewesen.
- 313 Puls, a.a.O., S. 93, 95, 119, 191 f., 203 f.; Hochmuth/Meyer, S. 271; Interview Maria Krüger; schriftliche Mitteilung Maria Krüger, 12. 4. 1972. Maria Krüger (Bücking): Geb. 17. 10. 1907. Aus einer Pastorenfamilie stammend, kam M. K. als Kindergärtnerin und Jugendleiterin seit 1924 mit den sozialen Problemen der Arbeiter in Berührung. 1931 in Berlin Rote Hilfe, dann auch KPD. 1942 im Zusammenhang mit der Zerschlagung des Bremer Zweigs der Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe verhaftet. Im Prozeß im Frühjahr 1944 konnte M. K. ihre Beteiligung an der KPD-Gruppe verschleiern, daher auf Bewährung entlassen. Übersiedlung ins Allgäu. Im Sommer 1946 Rückkehr nach Bremen, seit 1948 Sonderschullehrerin. KPD, seit 1968 DKP. 1951–1959 MdBü.
- 314 Duhnke, a.a.O., S. 461, 483; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 326.
- 315 Anklageschrift und Urteil im IML/ZPA NJ-2927; Antifaschistischer Widerstand 1933–1945 in Bremen, a.a.O., S. 45 f., 51 f.
- 316 Interview Wolters, S. 10.
- 317 Duhnke, a.a.O., S. 485 ff.; Gerhard Nitzsche: Die Saefkow/Jacob/Bästlein-Gruppe, Berlin (Ost) 1957; Gertrud Glondajewski / Heinz Schumann: Die Neubauer/Poser-Gruppe, Berlin (Ost) 1957; Ilse Krause: Die Schumann/Engert/Kresse-Gruppe, Berlin (Ost) 1960; Gerhard Rossmann: Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (Ost) 1963. Die organisatorischen Bemühungen der kommunistischen Widerstandszentren wurden dadurch kompliziert, daß maßgebliche Teile der KPD-Gruppen den »antifaschistisch-demokratischen« Kurs der Exilführung, wie er in dieser Phase speziell in der Form des NKFD verkörpert war, entweder nicht kannten oder ihn ablehnten. Der Gegensatz zwischen dem größten Teil des kommunistischen Widerstandes einerseits und der westlichen und östlichen Emigration andererseits ist ganz deutlich geworden durch die Veröffentlichung einiger Dokumente »Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1943« durch Hermann Weber im VfZ 4/1972. Selbst das Kompromißdokument: »Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ›Freies Deutschland«, wollte die antifaschistische Umwälzung nur als Vorspiel des Kampfes für die Diktatur des Proletariats akzeptieren und schlug sogar die verfemte (Marxsche und Trotzksische) Formulierung »permanente Revolution« für den einzuleitenden Prozeß vor. (Glondajewski/Rossmann: Ein bedeutungsvolles politisches Dokument, in: BzG 4/1966, S. 653). Über das Nationalkomitee und seine Programmatik im Rahmen kommunistischer Strategie und Taktik: Duhnke, a.a.O., S. 368 ff.; Sywottek, a.a.O., S. 124 ff. Aus der Sicht der deutschen Offiziere: Bodo Scheurig: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion, 1943–1945, München 1960. Nachdem die

anfängliche Hoffnung, die Gründung der beiden Organisationen würde als Katalysator für die Ablösung des Offizierkorps der Wehrmacht von Hitler dienen, gescheitert war, orientierte sich das NKFD auf die Bildung antifaschistischer Volksausschüsse im Reich. Entsprechend wurde die anfängliche Losung: »Rückführung der Truppen an die Reichsgrenzen«, durch die verbal verkleidete Aufforderung zum Überlaufen ersetzt. In ihrer ursprünglichen, von den Westmächten gefürchteten Form eines stabilen Arrangements zwischen der preußisch-deutschen Offizierskaste und der Sowjetunion blieb der NKFD/BdO-Kurs eine Episode. Wichtiger war auch in diesem Fall (wie bei der Volksfrontwendung der KPD 1935) die Durchsetzung bestimmter Denk- und Verhaltensmuster innerhalb des deutschen Kommunismus. Das Programm der KPD vom Herbst 1944 sah einen »Block der kämpferischen Demokratie« vor, der alle antifaschistischen Kräfte umfassen sollte. Dazu vor allem Horst Laschitz, Kämpferische Demokratie; auch Sywottek, a.a.O., S. 153 f., 175 ff. Nach einem Artikel Ulbrichts im »Freien Deutschland« (Sywottek, a.a.O., S. 176) sollte sich die Umwälzung nur gegen die Rüstungskonzerne und Großgrundbesitzer richten, dagegen den Unternehmer, »der nichts mehr mit der Naziclique zu tun haben will«, ungeschoren lassen.

³¹⁸ Siehe etwa Klotzbach, a.a.O., S. 235.

³¹⁹ Geschichte der KGF, Material Lücke; Interview Ehlers, S. 10.

³²⁰ Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 9, Material Ehlers; schriftl. Mitteilung August Hogrefe, 16. 8. 1973. Die Deutsche Friedensgesellschaft war eine 1892 gegründete linksbürgerlich-pazifistische Vereinigung, der sich später auch Vertreter der Arbeiterbewegung anschlossen und die in der Endphase der Weimarer Republik politisch überwiegend auf dem linken Flügel der SPD bzw. bei der SAP anzusiedeln war. Kurzartikel von Fritz Köhler in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von Dieter Fricke, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 364 ff. – In dem engeren Zirkel wurden die politischen Entwürfe der »Union« der deutschen sozialistischen Organisationen in London: Die neue deutsche Republik, und der Stockholmer SAP-Gruppe: Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten (s. Kap. 3, Anm. 8), diskutiert, die über Kurierere nach Bremen gelangt waren. Hermann Lücke, Berichte und Bemerkungen, a.a.O., S. 5 und Geschichte der KGF, Material Lücke. Auch die ISK-Mitarbeiterin Anne Kappius, die 1944 zweimal illegal nach Deutschland eingereist war (Link, a.a.O., S. 314 f.), war in Bremen. Interview Paul, S. 4. Allerdings erwähnt Link dieses nicht.

³²¹ Hermann Wolters: 25. 5. 1911–24. 10. 1974. Matrose. 1929 KJVD in Hamburg, 1930 KPD, nach Besuch der Parteischule in Berlin Ende 1932 Mitglied des Bezirksvorstandes Wasserkante des KJVD, 1932 als Mitglied des »Roten Marinesturms« an einem Überfall auf das Hotel Adler (einen Stützpunkt der NSDAP) in Hamburg beteiligt. 1933 an einem Raubüberfall beteiligt; zu sechs Jahren Haft verurteilt; wegen einer Feier für den hingerichteten Kommunisten Fiete Schulze im Zuchthaus zu einer neuen Strafe verurteilt. Nach Entlassung im November 1939 Rückkehr in die Geburtsstadt Bremen, Anstellung bei Borgward, wo W. 1944 Adolf Ehlers kennenlernte. Nach der Einziehung zur Organisation Todt Flucht

- und illegaler Aufenthalt in Bremen. 1945 KGF-Vorstand, KPD-Bezirksleitung, 1946 SPD. 1945–1959 Mitglied des Senats. – Die Verurteilungen Wolters' unter dem NS-Regime gaben (neben seiner Tätigkeit 1945) der Bremer Bürgerschaft Anlaß zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Während CDU und BDV die politische Motivation bei einer der drei Verurteilungen nicht anerkennen wollten, hielt die Mehrheit (SPD, KPD, FDP) auch den Raubüberfall »revolutionärer Romantik« des jungen Wolters zugute. Ehrenrührige Motive seien wegen seiner mutigen und tadellosen Haltung in der Haft auszuschließen.
- ³²² Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 11, Material Ehlers; Interview Wolters, S. 8.
- ³²³ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 12. Damit wurde auf die Gründung des NKFD in der Sowjetunion Bezug genommen. Aus den ebd. gemachten Ausführungen geht jedoch hervor, daß die Bremer SAP eher die Interpretation der NKFD-Linie vertrat, wie sie auch in den kommunistischen Widerstandsgruppen vorherrschend war (siehe Anm. 317).
- ³²⁴ Schwarzwälder, Kriegsende 1945, Bd. 2, S. 199 ff.; Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 11; Interview Ehlers, S. 10 f.; Interview Wolters, S. 7; Interview Hogrefe, S. 3; schriftl. Mitteilung Hogrefe, 15. 8. 1973.
- ³²⁵ Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 2 u. 3; zur Belagerung und Eroberung Bremens auch Peters, a.a.O., S. 277 ff.; Weser-Kurier, 27. 4. 1946, Bremens Befreiung vom Hitlerjoch. Der Kampf um Bremen im April 1946 [gemeint ist: 1945, P.B.]; Club Route in Europe. The Story of 30 Corps in the European Campaign, compiled by Ronald Gill and John Groves, Hannover 1946.

2. Kapitel

- ¹ Aufgrund des überwiegend thesehaften Charakters dieses Unterkapitels ist ein umfangreicher Belegapparat nicht für notwendig befunden worden. Ich habe vorwiegend mit folgender Literatur gearbeitet: Gar Alperovitz: Atomare Diplomatie – Hiroshima und Potsdam, München 1966; Ernst-Otto Czempel: Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966; John Morton Blum: Deutschland – ein Ackerland? Aus den Morgenthau-Tagebüchern, Düsseldorf 1968; Borkenau, a.a.O.; Braunthal, a.a.O.; Deutscher, a.a.O.; Walter L. Dorn: Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–45), in: VfZ 6/1958, S. 60 ff.; Herbert Feis: Churchill, Roosevelt, Stalin. The War They Waged and the Peace They Sought, Princeton 1957; ders.: Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen, Frankfurt/M. 1962; David Horowitz: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde., Berlin 1969; ders. (Hrsg.): Strategien der Konterrevolution. Westliche Eindämmungspolitik 1919 bis Vietnam, Darmstadt 1969; Kolko, a.a.O.; ders./Joyce Kolko, a.a.O.; Ekkehart Krippendorff: Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt/Main 1970; Boris Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953, Hamburg

- 1954; Günter Moltmann: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941–1945, Heidelberg 1958; Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied/Berlin 1966; August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, o.O.o.J. (reprint, verfaßt 1945); ders.: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, o.O.o.J. (reprint, verfaßt 1946); William Appleman Williams: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt/M. 1973;
- ² Kolko, Limits, S. 53 f. Nach Horowitz, Bd. 1, S. 21 f. waren zwei Drittel des sowjetischen Industriepotentials vernichtet worden, fünfzehn Großstädte, 1710 Kleinstädte und 70 000 Dörfer ganz oder teilweise zerstört.
- ³ Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht erforderlich, eine genaue Definition des gesellschaftlichen Charakters der Sowjetunion während der Stalin-Zeit zu geben. Die angeführten Gesichtspunkte grenzen das soziale System der UdSSR negativ ab: 1. gegen die kapitalistische und 2. gegen die sozialistische Gesellschaft. Es kann an dieser Stelle offen bleiben, ob es sich um einen »bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat« (Trotzki) oder um eine historisch neue Form der Klassenherrschaft (etwa »bürokratischer Kollektivismus«) handelte.
- ⁴ So war sie 1946 bereit, einer Erhöhung der im 1. Industrieplan des Kontrollrats festgesetzten Produktionsquoten zuzustimmen, um den Erhalt der Reparationen zu ermöglichen. Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, a.a.O., S. 37f.
- ⁵ Siehe G. W. Harmssen: Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951, S. 76 ff.
- ⁶ Für das folgende: Steinert, a.a.O., S. 307 ff., 353, 378 ff., 442, 446, 593; Boberach, a.a.O., S. 286 ff., 358, 421 f.
- ⁷ Kolko, Politics, S. 31 f., glaubt sogar eine umgekehrte Korrelation zwischen der Besetzung durch die Rote Armee und der Massensympathie für die jeweilige KP erkennen zu können. Wahlergebnisse (in Frankreich gewann die KP bis zu 28,6 % der Stimmen, in Ungarn nur 17 %) bestätigen diese These.
- ⁸ Dazu in erster Linie E. Schmidt, a.a.O., S. 110 ff.
- ⁹ Siehe ebd., S. 145 ff.
- ¹⁰ Die USA konnten ihre Produktion während des Kriegs gegenüber 1937 mehr als verdoppeln, während Großbritannien nicht über den Vorkriegsstand hinauskam. Deutschland und Japan vermochten ebenfalls ihren Produktionsapparat und ihre Produktion, wenn auch nicht in dem Maß wie die USA, zu erweitern. Siehe Heining, a.a.O., S. 20 ff.
- ¹¹ Siehe Anm. 1.
- ¹² Dorn, Debatte, S. 64.
- ¹³ Abgedruckt in: Henry Morgenthau, Germany is Our Problem, New York 1945. Auf der Konferenz in Quebec unterzeichnete Churchill unter Druck der Amerikaner ein von den Ideen Morgenthau inspiriertes Programm, das Roosevelt jedoch Ende September 1944 – zwei Wochen nach Abschluß der Quebecer Konferenz! – durch ein Dementi zurückziehen mußte. Moltmann, a.a.O., S. 128 ff.; Blum, a.a.O., S. 236 ff.
- ¹⁴ Schwarz, a.a.O., S. 63, 66.

- ¹⁵ Dazu Huster u. a., a.a.O., S. 69 ff., und Kolko, *Limits*, Kap. 13, 16, 17.
- ¹⁶ Auch in diesem – notwendigerweise sehr allgemein gehaltenen – Unterkapitel wird weitgehend auf einzelne Belege verzichtet. Außer den in Anm. 1 genannten Darstellungen sind folgende Werke berücksichtigt worden: James K. Pollock / James H. Meisel (Hrsg.): *Germany under Occupation*, Ann Arbor 1947; Edward Litchfield (Hrsg.): *Governing Postwar Germany*, 2 Bde., Washington/London 1953; *Monthly Report of the Military Governor, US-Zone*; Badstübner, *Restauration*; ders./Siegfried Thomas: *Die Spaltung Deutschlands*, Berlin (Ost) 1966; Michael Balfour: *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland*, Düsseldorf 1959; Raymond Ebsworth: *Restoring Democracy in Germany*, New York/London 1960; Justus Fürstenau: *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*, Neuwied/Berlin 1969; John Gimbel: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt/M. 1971; ders.: *Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung*, Marburg 1945–1952, Köln/Berlin 1964; Huster u. a., a.a.O.; Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973; Lutz Niethammer: *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt/M. 1972; Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, 4. Aufl., Stuttgart 1965; John D. Montgomery: *Forced to Be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan*, Chicago 1957; Saul K. Padover: *Experiment in Germany*, New York 1946; Lucius D. Clay: *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt/M. 1950; U. Schmidt/Fichter, a.a.O.; Harold Zink: *American Military Government in Germany*, New York 1947; ders.: *The United States in Germany 1944–1955*, New York 1957; John Gimbel: *The Artificial Revolution in Germany, A Case Study*, in: PSQ 76/1961, S. 88 ff.; ders.: *American Military Government and the Education of a New German Leadership*, in: PSQ 83/1968, S. 248 ff.; John H. Herz: *The Fiasco of Denazification in Germany*, in: PSQ 63/1948, S. 569 ff.; Leonard Krieger: *The Inter-Regnum in Germany: March–August 1945*, in: PSQ 64/1949, S. 507 ff.; Franz L. Neumann: *Military Government and the Revival of Democracy in Germany*, in: *Journal of International Affairs*, 1–4/1947 bis 1950.
- ¹⁷ Hajo Dröll: *Die Zusammenbruchskrise des faschistischen Systems in Deutschland* (Kapitelentwurf für die Arbeitsgruppe Antifa), S. 20. Dröll hat seine »Zersplitterungsthese« systematisch in seiner Magisterarbeit entwickelt: *Bedingungen der Reorganisation und erste spontane Reorganisationsformen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus*, Frankfurt 1973 (masch.).
- ¹⁸ JCS 1067, Abschnitt I, 3. April 1945, veröffentlicht am 17. 10. 1945; abgedruckt bei Wilhelm Cornides / Hermann Volle: *Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung*, Oberursel 1948, S. 61.
- ¹⁹ Zink, *Military Government*, S. 92; Gimbel, *Marburg*, S. 94.
- ²⁰ Gimbel, *Besatzungspolitik*, S. 13 f.
- ²¹ Balfour, a.a.O., S. 236 f.; E. Schmidt, a.a.O., S. 54.
- ²² E. Schmidt, a.a.O., S. 16.

- ²³ Gimbel, Besatzungspolitik, S. 160.
- ²⁴ Niethammer, Entnazifizierung, S. 62.
- ²⁵ ebd., S. 229 ff.
- ²⁶ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers: The Conferences of Malta and Yalta 1945, Washington 1955, S. 121 ff., 639.
- ²⁷ Für das folgende: Functional History of Military Government Bremen Enclave. 27 April 1945 – 30 June 1946. Part I: Narrative, S. 1 ff. Eine kurzgefaßte Darstellung findet sich bei Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 101 ff., die sich ebenfalls überwiegend auf die Functional History stützen.
- ²⁸ The Bremen Enclave. Agreement on Military Government Responsibility in the Bremen Enclave, in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 121 f.; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 18 f., 29 ff.; Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 105, 119. (Auch für das folgende).
- ²⁹ Der langjährige Bürgermeister Bremens, Wilhelm Kaisen, sah im naheliegenderen in der Bewahrung der bremischen Eigenstaatlichkeit seine größte Leistung. (Weser-Kurier, 23. 2. 1947, S. 16).
- ³⁰ Bremen Becomes the Fourth State Under US Jurisdiction, in: Pollock/Meisel, a.a.O., S. 100, 123 f. Siehe auch die Erklärung Bürgermeister Kaisens in der Bürgerschaft am 30. Jan. 1947 (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 38 ff.).
- ³¹ Für das folgende: Functional History 1945/46, a.a.O., S. 4 ff.; Herbert Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 3, S. 76 ff.
- ³² Der militärische Widerstand gegen die Briten war insgesamt schwach gewesen. In einer Notiz in den Aachener Nachrichten, auf die mich Gerhard Beier dankenswerterweise aufmerksam machte, wurde am 21. 3. 1945 unter der Überschrift »Erste Schritte in Bremen« sogar berichtet: »Stockholm, 20. März. – Der Korrespondent der ›New York Times‹ meldet: In Bremen brach anfang dieser Woche die Lebensmittelversorgung zusammen. Es kam darauf hin, wie schwedische Reisende aus Deutschland berichteten, zu Straßendemonstrationen, und Tausende von Arbeitern traten zum Zeichen des Protestes in Streik. Die Demonstranten forderten die unverzügliche Beendigung des Krieges, wobei Rufe laut wurden, wie: ›Nieder mit Hitler.« Ich habe nirgendwo eine Bestätigung dieser Meldung finden können. Auch Herbert Schwarzwälder, Bremen, Bd. 3, erwähnt diese angeblichen Streiks und Demonstrationen in seiner sehr detaillierten Studie nicht. Es ist völlig unvorstellbar, daß die Bremer Antifaschisten in ihrem Bestreben, sich gegenüber der Besatzungsmacht zu legitimieren, nicht auf diese Vorgänge hingewiesen hätten, wenn sie Wirklichkeit gewesen wären. Auch befragte Zeitgenossen wußten darüber nichts zu berichten.
- ³³ Peters, a.a.O., S. 287 ff.
- ³⁴ Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 3, S. 104 ff.; Peters, a.a.O., S. 286, 288; Latour/Vogelsang, a.a.O., S. 103; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 54 ff.; Walter L. Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S. 39 ff. Personalien von Duckwitz und Schroers bei Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 29 f.
- ³⁵ Erich Vagts: Geb. 9. 2. 1896. Bis 1925 Landbunddirektor in Mecklenburg-Schwerin, 1926 Übersiedlung nach Bremen. Stellvertretender Vorsitzender der Bremer DNVP, 1927–1933 MdBü, Fraktionsvorsitzender. Nach

- dem Umsturz im März 1933 kurze Zeit Mitglied des Senats. Danach Präsident der Gemeindeaufsichtsbehörde (1933–35, 1937/38) und Vertreter Bremens (1936–37), Bremens und Oldenburgs (1938–45) beim Reich in Berlin. Vom 4. 5. bis 31. 7. 1945 Regierender Bürgermeister.
- 36 Dorn, Inspektionsreisen, S. 40, Anm. 66; Senatsprotokolle, 7. 5., 8. 5. 1945.
- 37 Siehe Kap. 3, Anm. 123.
- 38 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 78 ff. (Auch für das folgende).
- 39 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft. Sitzungen am 6. Juni und 4. Juli 1946; Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 9. Mai 1947, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 19/1947, ausgegeben am 14. Mai 1947.
- 40 DGB-Archiv, Entnazifizierung brit. Bes.-Zone, Berichte.
- 41 Nach Übernahme des »Befreiungsgesetzes« wurden im Lauf eines Jahres im Land Bremen ca. 389 000 Fragebogen »gesammelt, sortiert, registriert, ausgewertet, behandelt und abgeurteilt.« 387 000 Fälle wurden entschieden. Zurück blieben 1500 schwere Fälle. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft. Sitzung vom 29. April 1948, S. 184, [Senator Lifschütz]). In Bremen wie anderswo profitierten die Betroffenen gleichermaßen von dem Wunsch der Amerikaner, die Entnazifizierung angesichts des beginnenden Kalten Kriegs so schnell wie möglich abzuschließen, von der Stärkung konservativer Kräfte in den Westzonen und von der verbreiteten Abneigung gegen den inquisitorischen Charakter der Entnazifizierung, der jede Partei auf ihre Weise gerecht zu werden versuchte. (Siehe Fürstenau, a.a.O., S. 70 ff.; Niethammer, Entnazifizierung, S. 483 ff.).
- 42 Für das folgende: Senatsprotokolle, 17. 8., 24. 8. 1945; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 92 ff.; Besprechungen mit Capt. Bard 10. 8., 7. 9. 1945, StA Bremen 3 – R 1m Nr. 390; Rother-Romberg an Schumacher, 10. 12. 1945, AdSd, Bestand Schumacher, J 9.
- 43 Rother-Romberg an Schumacher, ebd.
- 44 Für das folgende: Functional History 1945/46, a.a.O., S. 95 ff., 471 ff. Speziell zu dem Massaker im Blockland: Weser-Kurier, 24. 11. 1945, S. 5; Willy Brandt: Forbrytere og andre Tyskere, Oslo 1946, S. 182.
- 45 Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung der KGF am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- 46 Aus der Niederschrift über die Sitzung des Sonderausschusses zur Besprechung von Organisationsfragen in der Industrie- und Handelskammer Bremen am 17. 5. 1945 ergibt sich, daß zu diesem Zeitpunkt keine ausländischen Arbeitskräfte mehr zur Verfügung standen. (Archiv der Handelskammer Bremen, 1303b).
- 47 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 267 ff. Dort wird auch mitgeteilt, bisweilen höre man, die Abkürzung »USA« bedeute: »Uhren Stehlen sie Auch«.
- 48 Zusammenstellung von Ausschreitungen von USA-Soldaten im Bereich des 21. Polizeireviere, 10. 5. 1946, StA Bremen, 3–R 1m Nr. 175.
- 49 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 268.
- 50 IML/ZPA V–G 20/8. Der Bericht enthält sich jeder Polemik und ist offenbar von einem städtischen Beamten verfaßt. Es werden eine Reihe von Beispielen für die behaupteten Verhaltensweisen der Wachtposten angeführt.

- ⁵¹ StA Bremen, 3-W 11 Nr. 49b/96/2; Weser-Kurier, 6. 7. 1946, S. 8. Im Oktober 1946 wurde ein ganzer Straßenzug in einem bürgerlichen Wohnviertel geräumt. Die Bewohner verfaßten eine Protestresolution und veranstalteten eine Demonstration vor dem Rathaus. AdsD, Bestand Schumacher, J 38; Weser-Kurier, 16. 11. 1946, S. 2 f. Zu diesem Fragenkomplex auch Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzungen am 4. Juli, 19. Sept., 14. Nov. 1946, S. 85, 217, 13. Vgl. außerdem Gimbel, Marburg, S. 79.
- ⁵² KGF an Vagts, 10. 7. 1945, StA Bremen, 3 - W 11 Nr. 49b/96/2; Weser-Kurier, 6. 7. 1946, S. 8.
- ⁵³ StA Bremen, 3 - S 1a Nr. 374; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 4. 7. 1946, S. 85 (Ehlers).
- ⁵⁴ So berichtet das Institut für Besatzungsfragen Tübingen in seiner Untersuchung: Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, o. O. 1949, S. 70, in Hessen sei der Stromverbrauch der Besatzungsangehörigen und ihrer Familien zehnmal so hoch wie der durchschnittliche Verbrauch der Deutschen und gleichzeitig drei- bis viermal so hoch wie der durchschnittliche Vorkriegsverbrauch. - Über die finanziellen Verhältnisse der Soldaten weiß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S. 213, Anm. 2, zu berichten: »Im Herbst 1946 reichten die monatlichen Besoldungssätze für Mannschaften und Unteroffiziere der amerikanischen Besatzungsarmee von 90 bis 135 US \$ = 900 bis 1350 Mark [das war der spezifische Wechselkurs für US-Soldaten, P. B.] für den »Private«, 198 bis 297 US \$ = 1980 bis 2970 Mark für den »Master Sergeant« oder »First Sergeant«. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Beträge steuerfrei sind.« Ein deutscher Facharbeiter verdiente durchschnittlich 180-190 RM.
- ⁵⁵ Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 151 ff. Die AG Weser war am 17., 18., 22., 24., 25., 27. 2., 2. und 11. 3. 1945 bombardiert worden.
- ⁵⁶ André Piettre: L'Economie Allemande Contemporaine 1945-1952, Paris 1952, nach Frank Deppe: Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: ders.: Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins. Köln 1971, S. 273.
- ⁵⁷ Nachkriegsbericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945 bis 1947, Bremen o. J., S. 80.
- ⁵⁸ Schwarzwälder, Kriegsende, Bd. 1, S. 152.
- ⁵⁹ Gerhard Deissmann: Bremen im Wiederaufbau 1945-1957, Bremen 1958, S. 170; Handelskammer Nachkriegsbericht, a.a.O., S. 28 ff. Für das folgende: Functional History 1945/46, a.a.O., S. 318 ff., 368 ff.; Bericht der Bauverwaltung, StA Bremen, 3 - S 1a Nr. 374.
- ⁶⁰ Peters, a.a.O., S. 285; Weser-Kurier, 27. 4. 1946, S. 3, Bremens Befreiung vom Hitlerjoch. Der Kampf um Bremen im April 1946 [muß heißen: 1945, P. B.].
- ⁶¹ Peters, a.a.O., S. 283.
- ⁶² Bericht der Bauverwaltung, StA Bremen, 3 - S 1a Nr. 374. Für das folgende außerdem: Handelskammer Nachkriegsbericht, a.a.O., S. 28 f.; Apelt, a.a.O., S. 109 f.; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. Aug. 1946, S. 169 (Harmssen).

- 63 Dazu *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 318 ff., 368 ff.; *Handelskammer Nachkriegsbericht*, a.a.O., S. 28 ff.; *Deissmann*, a.a.O., S. 21 ff.; *Bericht der Bauverwaltung*, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374.
- 64 *Berichte der Bremer Arbeiterfunktionäre über ihre Tätigkeit nach dem Zusammenbruch: IML/ZPA V 20/16/1*; schriftl. Mitteilung Nolte, 4. 3. 1972. Heinrich Nolte: 18. 6. 1908–22. 10. 1972. Schlosserlehre, Technischer Angestellter. Vor 1933 SPD, dann SAP, während der Illegalität zur KPD gestoßen. Wohnhaft in Huchting (KGF, Wiederaufbauausschuß); stellvertretender Bürgermeister. KPD-Parteisekretär. 1947–1951 *MdBü.*
- 65 *Weser-Bote*, 23. 6. 1945, S. 4.
- 66 ebd. Diese Regelung stieß auf Widerstand bei den Betriebsarbeitern, die darin eine Behinderung der Produktion sahen. Entschließung der Belegschaftsversammlung der Atlas-Werke am 14. 2. 1946, *Material Reiners.*
- 67 *Bericht über die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt der Stadt Bremen und der Enclave IML/ZPA, V-G 20/8.*
- 68 *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 321 f.
- 69 ebd., S. 324; *Bericht der Bauverwaltung*, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374.
- 70 *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 407 f.
- 71 ebd., S. 384.
- 72 ebd., S. 384 ff.; *Handelskammer Nachkriegsbericht*, a.a.O., S. 29 ff.; *Apelt*, a.a.O., S. 109 ff. Vor dem Zweiten Weltkrieg war ungefähr ein Drittel der deutschen Handelsflotte in Bremen beheimatet gewesen.
- 73 *Weser-Kurier*, 20. 2. 1946, S. 2; *Bericht über die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt der Stadt Bremen und der Enclave, IML/ZPA V-G 20/8*; *Bericht der Bauverwaltung*, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374; siehe auch die *Akte 3 – B 10 c Nr. 1.*
- 74 *Abschnitt III B 11 des Potsdamer Abkommens.*
- 75 Siehe die Listen der Industriebetriebe, die ihre Fertigung wiederaufgenommen hatten, im Archiv der Handelskammer Bremen, 20 000.
- 76 *Weser-Kurier*, Weihnachten 1945, S. 4. Nach den Angaben von Senator Harmssen am 15. August 1946 in der Bürgerschaft (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 168) betrug dieser Anteil 15 %.
- 77 *Atlas-Werke an HG*, 20. 6. 1945, *Archiv der Handelskammer Bremen*, 20 000; *Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus Nr. 7*, S. 9. Die Seiten wurden vom Verfasser durchgezählt.
- 78 *Dadurch, daß Bremer Industrie- und Handelsfirmen ihre Lagerbestände während des Kriegs in besonders starkem Maß außerhalb der Stadt und auch außerhalb der späteren Enklave untergebracht hatten, waren sie nicht nur vorübergehend der Nutzung entzogen, sondern zum Teil endgültig verloren, da sie von den Autoritäten in den betreffenden Gebieten häufig in Anspruch genommen wurden. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. Aug. 1946, S. 165 [Harmssen]).*
- 79 *Handelskammer Nachkriegsbericht*, a.a.O., S. 62.
- 80 *StA Bremen*, 3 – S 3 Nr. 780.
- 81 *Handelskammer, Nachkriegsbericht*, a.a.O., S. 67. – Außerdem wurden zusätzlich verschiedentlich einzelne wichtige Maschinen anderer Betriebe bzw. Abteilungen abgebaut. Da die Arbeiter wußten, daß nur einwandfreie Maschinen berücksichtigt wurden, hatten sie mancherlei Möglichkeiten, die Demontage zu sabotieren, ohne offenen Widerstand zu leisten. (Interview Heinemann, S. 4). – Siehe zur Demontage in Bremen auch den

- Bericht Senator Harmssens in: Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom 30. Oktober 1947, S. 5 ff.
- Erwin Heinemann: Geb. 13. 3. 1910. Betriebselektriker-Lehre bei den Hansa-Lloyd-Automobilwerken. 1926 SAJ und SPD, bei Gründung der SAP mit der Mehrheit der Bremer SAJ Übertritt. Während der NS-Zeit illegale Arbeit bei Borgward, 1944/45 Arbeitslager in Duingen (Weserbergland) aus politischen und rassischen Gründen, im April Flucht und illegale Rückkehr nach Bremen. Dort hauptsächlich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Bei Borgward von Anbeginn im (zunächst provisorischen) Betriebsrat. 1945–1955 KPD, die bei Borgward eine ihrer Hochburgen in Bremen hatte; 1947–1951 MdBü. Nach verschiedenen Konflikten 1955 Austritt aus der KPD, 1958 SPD.
- ⁸² Bericht der Handelskammer Bremen über das Jahr 1948, Bremen 1948, S. 25; Senatsprotokolle, 24. 9., 20. 12. 1948.
- ⁸³ Deissmann, a.a.O., S. 32. Siehe dazu auch StA Bremen, 3 – J 6 Nr. 20.
- ⁸⁴ Es handelte sich Ende 1945 um 2800, im Mai 1947 um 1400 Beschäftigte. (Tribüne der Demokratie Nr. 16, Dritte Mai-Woche 1947, Ein Betriebsrat gibt Rechenschaft.)
- ⁸⁵ Stat. Landesamt Bremen (Hrsg.): Die Volks- und Berufszählung am 29. 10. 1946 im Lande Bremen. Sonderheft 2 der Statistischen Mitteilungen aus Bremen, S. 22 f.; Deissmann, a.a.O., S. 200.
- ⁸⁶ Deissmann, a.a.O., S. 199.
- ⁸⁷ Die Bevölkerung des Landes Bremen nach ihrer beruflichen Struktur 1939 und 1946, in: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistische Mitteilungen aus Bremen, Heft 1/3, Jan.–März 1948, S. 7.
- ⁸⁸ Handelskammer Bremen an Senator für Wirtschaft, 28. 8. 1945, Anlage 2, StA Bremen, 3 – B 10d Nr. 100/5.
- ⁸⁹ Mitteilung des Wirtschaftssenators, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. 8. 1946, S. 168. Es ist undenkbar, daß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten im Juni 19000, im August aber nur 14 300 betrug. Möglicherweise sind in der Statistik der Handelskammer (s. Anm. 88) die Beschäftigten jener Industriebetriebe, die unmittelbar für die Militärregierung arbeiteten, mit den deutschen Angestellten der Besatzungsbehörden in einer Gruppe zusammengefaßt worden. – Die am Jahresende in der Industrie Beschäftigten gliederten sich wie folgt auf (Weser-Kurier, 9. 1. 1946, S. 6): Im Schiffbau ca. 5000 in 9 Betrieben (AG Weser 2800, Bremer Vulkan 2100); im Maschinenbau ca. 3000 in 13 Betrieben (Atlas-Werke 1200); Metallwaren ca. 2700 in 19 Betrieben, Fahrzeugbau ca. 2100 in 8 Betrieben (Borgward 1850); Eisen- und Stahlindustrie 674 in 7 Betrieben; Elektroindustrie 1260 in 14 Betrieben; Gießereien 170 in 5 Betrieben; Sägewerke ca. 700 in 11 Betrieben; Holzverarbeitende Industrie 800 in 22 Betrieben; Bauindustrie 4700 in 41 Betrieben; Textilindustrie ca. 1100 in 12 Betrieben; Bekleidungsindustrie ca. 400 in 10 Betrieben; Nahrungs- und Genußmittelindustrie ca. 1700 in 39 Betrieben; Brauereien und Spirituosenindustrie ca. 550 in 12 Betrieben; Druck- und Papierverarbeitung ca. 350 in 24 Betrieben; Chemieindustrie ca. 760 in 30 Betrieben; Mineralölindustrie 516 in 4 Betrieben.
- ⁹⁰ Siehe Stat. Mittlgg., Sonderh. 2 (s. Anm. 85), S. 59, und Stat. Mittlgg. 1948, H 1/3 (s. Anm. 87), auch für das folgende.
- ⁹¹ Functional History 1945/46, a.a.O., S. 24.

- 92 Handelskammer Nachkriegsbericht, a.a.O., S. 62 f.
- 93 Heininger, a.a.O., S. 149.
- 94 Gustav Stolper: Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949, S. 102.
- 95 So die Formulierung in JCS 1067 (s. Anm. 18), die auch die Haltung der übrigen Besatzungsmächte beschrieb.
- 96 Nicholas Balabkins: Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945–1948, New Brunswick 1964, S. 102.
- 97 Nach ebd., S. 97. Einige deutsche Schätzungen veranschlagten diesen Anteil auf ca. 20 0/0.
- 98 Senator für Ernährung und Landwirtschaft: Bericht über die Ernährungslage Bremens, StA Bremen, 3 – B 10d Nr. 100/5. Mitteilung des Senats, 12. Nov. 1947: Die Versorgungslage im Hinblick auf den kommenden Winter, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1947, S. 165 f.
- 99 Balabkins, a.a.O., S. 71 ff.
- 100 Nach: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., S. 72. Für das folgende S. 72 ff.
- 101 Irmgard Enderle schrieb am 6. 2. 1946 an Stefan Szende (Material Szende): »Mit der Ernährung ist es zur Zeit so, daß selbst in unseren engeren Kreisen man hin und wieder zwischendurch klagt: Wenn wir nur ein bißchen mehr Fett hätten oder überhaupt Fett. Man fühlt richtig, wie man weniger leistungsfähig geworden ist.« Dabei erhielten die Redakteure des Weser-Kurier, zu denen August und Irmgard Enderle gehörten, Schwerstarbeiterzulagen.
- 102 Ernährungsamt der Freien Hansestadt Bremen, 19. 2. 1947, Auszug, StA Bremen, 3 – B 10d Nr. 100/6.
- 103 HQ OMG for Bremen, ICD: Political Intelligence Summary for March: The Political Scene in the Bremen Enclave, S. 2, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- 104 Verlust an Körpergewicht in kg:
- | Alter in Jahren | Männer | Frauen |
|-----------------|--------|--------|
| 20–40 | 2,0 | 3,9 |
| 40–60 | 1,7 | 0,5 |
| über 60 | 1,9 | 1,2 |
- (Weser-Kurier, 20. 3. 1946, S. 3).
- 105 Schreiben an Landesobermedizinalrat Dr. Rau, Oldenburg, 4. 12. 1946, StA Bremen, 3 – B 10d Nr. 100/7.
- 106 Nach Functional History 1945/46, a.a.O., S. 151.
- 107 Ende 1947 waren in Bremen 35 000 Kleingärtner in einem Verband zusammengeschlossen. Außerdem gab es ca. 20 000 nichtorganisierte Kleingärtner. Seit der Besetzung waren 4200 Kleingärten und Grabelandparzellen geschaffen worden. Bei einer Familie von durchschnittlich 4 Personen bedeuteten diese Zahlen die zusätzliche Versorgung von 220 000 Bremern, also der Mehrzahl der Bevölkerung. (Mitteilung des Senats vom 12. November 1947: Die Versorgungslage im Hinblick auf den kommenden Winter, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1947, S. 166). Unterschiedliche Quantität und Qualität des Bodens finden in dieser Angabe allerdings keine Berücksichtigung.
- 108 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., S. 76.

- ¹⁰⁹ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. 7. 1946, S. 90 (Wolters).
- ¹¹⁰ In der 87sten Rationsperiode vom 1. bis 28. April 1946 erhielten z. B. in Bremen Schwerstarbeiter 2304 Kal. täglich – eine Menge, die nach den Berechnungen des Völkerbundes nicht einmal für einen erwachsenen Menschen ausreichte, der keinerlei Arbeit verrichtete. Normalverbraucher erhielten 1044 Kal. HQ/OMG for Bremen, ICD, Intelligence Section: Intelligence Summary, Week Ending 30 April 1946, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ¹¹¹ G. W. Harmssen: Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremen 1948, Heft 3, S. 78.
- ¹¹² Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. Aug. 1946, S. 167 (Harmssen).
- ¹¹³ Bericht der Bauverwaltung vom 10. 9. 1946, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374. In der Functional History 1946/47, a.a.O., S. 258, wurden sogar 55 000 Wohnungen als nicht wiederherstellbar bezeichnet.
- ¹¹⁴ Harmssen, Reparationen, H. 3, S. 95.
- ¹¹⁵ Weser-Kurier, 22. 3. 1946, S. 2.
- ¹¹⁶ Zur Wohnungsfrage (10. 9. 1946), StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 4. Juli 1946, S. 84 (Ehlers).
- ¹¹⁷ ebd.
- ¹¹⁸ Weser-Kurier, 31. 7. 1946, S. 3. Wohlfahrtssenator Ehlers stellte bei einer Besichtigungs-Rundfahrt in Schwachhausen fest, daß einige Wohnungen nicht »entsprechend den Richtlinien des Wohnungsamtes« ausgenutzt waren (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 14. Nov. 1946, S. 13). Es sei »zweifelloos richtig, daß in einigen Stadtteilen Bremens die Menschen besser untergebracht sind als in anderen«.
- ¹¹⁹ Aufbau, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, Nr. 3, Juni 1945, S. 6.
- ¹²⁰ Das Wohnungsamt (Bericht), IML/ZPA V 20/4/ 3; Zur Wohnungsfrage (10. 9. 1946), StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 19. Sept. 1946, S. 217 (Häusler).
- ¹²¹ Zur Wohnungsfrage (10. 9. 1946), StA Bremen, 3 – S 1a, Nr. 374; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 4. Juli 1946, S. 85 (Ehlers).
- ¹²² Deissmann, a.a.O., S. 160.
- ¹²³ Zur Wohnungsfrage (10. 9. 1946), StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 374.
- ¹²⁴ Dieses Unterkapitel stützt sich vorwiegend auf folgende Untersuchungen: Balabkins, a.a.O.; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O.; Institut für Besatzungsfragen, a.a.O.; G. W. Harmssen, Reparationen; ders., Am Abend; Heiningner, a.a.O.; Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Bd. 7a: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945, Berlin (Ost) 1963; Stolper, a.a.O.; Klaus Mehnert / Heinrich Schulte (Hrsgg.): Deutschland-Jahrbuch 1949, Essen 1949; Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, a.a.O.
- ¹²⁵ Balabkins, a.a.O., S. 138. Es ist jedoch vielfach vermutet worden, daß die Unternehmen ihre Produktion zu niedrig angeben hätten, um größere Mengen für Hortungen oder illegale Geschäfte zur Verfügung zu haben (s. S. 92).

- ¹²⁶ OSS, Mission for Germany, Research and Analysis Branch: The German Economic Situation, 18 July 1945, OMGUS Records, US National Archives, Record Group 226.
- ¹²⁷ Knut Borchardt: Die Bundesrepublik Deutschland, in: Gustav Stolper u. a.: Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1960, S. 257.
- ¹²⁸ Zum Umfang der Demontagen siehe etwa Balfour, a.a.O., S. 253 f., und Heininger, a.a.O., S. 192 ff.
- ¹²⁹ Nach den Angaben des Bürgerschaftsabgeordneten Alfred Balcke (SPD) am 25. September 1947 (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, S. 340) waren von ca. 423 Mill. RM Gesamtausgaben des Landes und der Stadt Bremen allein ca. 168 Mill. unmittelbare Besatzungskosten. Dieses Geld war bei wesentlich gesunkenen Steuereinnahmen aufzubringen.
- ¹³⁰ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., S. 41, schätzte den Wert der deutschen Auslandsanlagen im Jahr 1939 auf 10 Mrd. RM; der Wert der entnommenen Patente etc. wurde von deutschen Sachverständigen nach Balabkins, a.a.O., 142, auf 12 bis 30 Mrd. RM geschätzt; die Belastung der westdeutschen Zonen durch Besatzungszwangslasten betrug nach Angaben des Instituts für Besatzungsfragen, a.a.O., S. 178, jährlich 5 Mrd. RM.
- ¹³¹ Dazu besonders Heininger, a.a.O., S. 155 ff., der auf den minimalen Umfang des Exports von ca. 10% des Standes von 1936 – trotz der Zwangslieferungen – hinweist. Institut für Besatzungsfragen, a.a.O., S. 110 ff.
- ¹³² Dazu besonders Balabkins, a.a.O., S. 111 ff.
- ¹³³ Siehe die Aufstellungen bei Heininger, a.a.O., S. 122, und Kuczynski, a.a.O., Bd. 7a, S. 46 f.
- ¹³⁴ Heininger, a.a.O., S. 119 f.
- ¹³⁵ Balabkins, a.a.O., S. 109, 162.
- ¹³⁶ Balfour, a.a.O., S. 20. Zu dieser Problematik vor allem: Eduard Wolf: Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., S. 195 ff.
- ¹³⁷ Der Lohnstopp bedeutete nicht das Einfrieren der individuellen Löhne und Gehälter, sondern das Festhalten an den letztgültigen Tarifen und innerbetrieblichen Vereinbarungen. Ausnahmen mußten vom Landesarbeitsamt genehmigt werden. (Haider an Betriebsräte, 17. 11. 1945, Material Reiners).
- ¹³⁸ Balabkins, a.a.O., S. 145 ff.
- ¹³⁹ Ein Beispiel für den Ablauf eines Kompensationsgeschäfts findet sich bei Balabkins, a.a.O., S. 151, für die Einschätzung des Gesamtproblems siehe ebd., S. 148 ff.
- ¹⁴⁰ Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1946, Mitteilung des Senats vom 12. 9. 1946.
- ¹⁴¹ Stat. Landesamt (Hrsg.): Statistische Mitteilungen aus Bremen, Heft 4/6, April–Juni 1948, S. 45 (Lebenshaltungsindex). – Nach Balabkins, a.a.O., S. 159, betragen die Preise in Bremen für folgende Produkte:

	1938	1948
Kleiderschrank	95,00 RM	158,00 RM
Kochtopf	2,50 RM	4,35 RM
Männerschuhe	12,00 RM	22,00 RM
Männerhemd	3,40 RM	4,50 RM

¹⁴² Balabkins, a.a.O., S. 160.

- 143 ebd., S. 172.
- 144 StA Bremen, 3 – H 1 Nr. 972/11. Es wurde ausgegangen von der 85. Kartenperiode.
- 145 Niederschrift über eine Senatorenbesprechung vom 18. 9. 1946, ebd.
- 146 M. Rohlfing: Lohn und Lebenshaltungskosten, in: *Dortmunder Schriften zur Sozialforschung*, Heft 1, Hamburg 1947, S. 12, nach Kuczynski, a.a.O., Bd. 7a, S. 137.
- 147 *Der Schwarze Markt in Deutschland 1939 bis 1945*. Von Dr. Alfred Jacobs, Hamburg (hektographiertes Manuskript), S. 18, StA Bremen, 3 – H 1 Nr. 515/25.
- 148 *So der Preis im Juli 1945 in Hamburg*. Ebd., S. 26.
- 149 HQ OMG for Bremen, ICD, Political Intelligence Summary for March: The Political Scene in the Bremen Enclave, S. 1 f., OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 263 ff.
- 150 ebd., S. 24.
- 151 In der Bremer Norddeutschen Hütte war der mehrheitlich kommunistische Betriebsrat im Sommer 1947 an einem Kompensationsgeschäft beteiligt, bei dem große Mengen Zement für Lebensmittel und Gebrauchsartikel zum Nutzen der Belegschaft getauscht worden waren. Siehe StA Bremen, 3 – B 10d Nr. 66.
- 152 Victor Agartz: Die Nachkriegsentwicklung im kapitalistischen System Westdeutschlands und die sozialistischen Gegenwartsaufgaben. Vortrag, gehalten am 26. Februar 1958 vor der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 2, zit. nach: Heininger, a.a.O., S. 140.
- 153 Siehe die Darstellung bei Badstübner, *Restauration*, S. 189 ff. – Von den bürgerlichen Parteien wird später, S. 223 ff. die Rede sein.
- 154 Neumann, Behemoth, S. 243 ff.; Strategie Services Unit Germany. United States Forces. European Theater: Field Intelligence Study 32: The Structure, Functions, and Significance of the German Chambers of Commerce and Industry, OSS-Records, US National Archives, Modern Military Branch, siehe auch S. 26, 49.
- 155 *Dokumente zur Geschichte der Handelskammer Hamburg*, hrsg. von der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1965, S. 210 ff.
- 156 Niederschrift über die Beiratssitzung der Handelskammer Hamburg am 25. Mai 1945, 14 1/2 Uhr, Archiv der Handelskammer Hamburg (Hinweis von Jürgen Klein).
- 157 *100 Jahre Industrie- und Handelskammer und Kaufmannschaft in Lübeck*, hrsg. von der IHK Lübeck, Lübeck 1953, S. 81; *60 Jahre Industrie- und Handelskammer Wetzlar*, hrsg. von der IHK Wetzlar, Wetzlar 1960, S. 11.
- 158 *90 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Neuß*, hrsg. von der IHK Neuß, verfaßt von Nic. Bömmels, o. O., o. J., S. 54; *Lebenslinien der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 1798–1948*, hrsg. von der IHK Düsseldorf, o.O., o.J.; S. 33 f.; Fritz Geisthardt: *Wirtschaft in Mittelnassau. Hundert Jahre Industrie- und Handelskammer Limburg 1864–1964*, Limburg/Lahn 1964, S. 101 ff.; Gustav Ludowski: *Die Industrie- und Handelskammern und die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr im Regierungsbezirk Lüneburg, Lüneburg (1966)*, S. 143 f.; *100 Jahre Ober-*

schwäbische Industrie- und Handelskammer Ravensburg, hrsg. von der IHK Ravensburg, Ravensburg 1967, S. 118 f.; Die Industrie- und Handelskammer Braunschweig. Ihre Entstehung und geschichtliche Entwicklung, hrsg. von der IHK Braunschweig, 1953, S. 42 ff.; Albert Lefèvre: 100 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Hannover, Wiesbaden 1966, S. 155 ff.; Harald Witthöft: Industrie- und Handelskammer Hildesheim 1866–1966, Berlin/Frankfurt/M./Zürich 1966. S. 134 f.

¹⁵⁹ August Küster: Wirtschaftsorganisation in Nordrhein-Westfalen, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschafts- und Firmenjahrbuch, Essen/Kettwig 1948, S. 32, zit. nach: Badstübner, a.a.O., S. 185.

¹⁶⁰ FIS 32 (s. Anm. 154), S. 6.

¹⁶¹ Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831–1956. (Festschrift), hrsg. von der IHK Wuppertal in Verbindung mit Wolfgang Köllmann, o. O., o. J., S. 145 f.

¹⁶² 1908–1958. Weitere fünfzig Jahre Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, hrsg. von der IHK Frankfurt am Main, Frankfurt 1960, S. 132.

¹⁶³ Der Hamburger Kammerpräsident während der NS-Zeit, de la Camp, mußte erst am 20. Juni, fast sieben Wochen nach der Besetzung, demissionieren (Dokumente zur Geschichte der Handelskammer Hamburg, hrsg. von der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1965, S. 204 ff., 213). Für Bremen s. S. 98 f.

¹⁶⁴ FIS 32 (s. Anm. 154), S. 4 f. Sohn-Rethel, a.a.O., S. 32 f., räumt (für die NS-Zeit aus eigener Erfahrung) »den Geschäftsführern oder ›Syndici‹ der Interessenverbände einen Hauptplatz« ein als »Vermittlungsglieder« bei der Umsetzung der »privaten Wirtschaftsinteressen des Kapitals, speziell des Finanzkapitals, in große Politik«. »Die Kapitalmagnaten und Industriellen selbst haben größtenteils nur die allerdürftigsten und verworrensten Vorstellungen von ›ihrer‹ Politik gehabt [...]. Nicht daß die Syndici von Haus aus notwendig intelligenter waren, aber sie machten in ihrer beruflichen Funktion eine unvergleichliche Schulung durch in der Erfassung und Abwägung von Interessengegensätzen und in der Behandlung derselben durch Überbrückung oder Umgehung, Verheimlichung oder ›Ausbügelung«. Außerdem weiteten sich ihr Horizont und ihre Kenntnis durch die Fühlung, die sie im Umkreis verschiedener Verbände untereinander hielten, weit über die der einzelnen Verbandsmitglieder aus.«

¹⁶⁵ FIS 32 (s. Anm. 154), S. 6 f. Als Beispiel sei Kassel angeführt, wo der Präsident Dr. h.c. Karl Pfeiffer »nach Herkommen und Gesinnung hochkonservativ und einem autoritär-nationalen Denken verhaftet« war. Pfeiffer hatte sich 1933 in seinem Rücktrittsschreiben ausdrücklich zur »nationalen Bewegung« bekannt – zu diesem Zeitpunkt freilich nicht gerade ungewöhnlich. (Harm-Hinrich Brandt: Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763–1963, Kassel 1963, S. 97 f.).

¹⁶⁶ Harm-Hinrich Brandt: Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763–1963, S. 102, äußert sich in diesem Sinn anerkennend über den Präsidenten Dr. Rudolf Braun (NSDAP), der der Kammer von 1933 bis 1945 vorstand. In der ganzen NS-Zeit sei »weder in der Geschäftsführung noch bei den übrigen hauptamtlichen Mitarbeitern ein Wechsel eingetreten« (S. 98). Auch der Wirtschaftshistoriker Wolfgang Köllmann: Die strukturelle Entwicklung des südwestfälischen Wirtschaftsraumes

1945–1967, Hagen 1969, S. 23, hebt die »personale Kontinuität der Geschäftsführungen« hervor. Siehe auch Anm. 169 (Wilkens-Rede).

¹⁶⁷ FIS 32 (s. Anm. 154), S. 2.

¹⁶⁸ ebd., S. 10 ff.

¹⁶⁹ ebd., S. 7, 12. – In Bremen führte der neue Kammerpräsident Martin Wilkens in seiner Einführungsrede (Archiv der Handelskammer Bremen) aus: »Manche unter uns – ich selbst rechne mich mit dazu – haben seit 1933 und bereits viel früher die Hitler-Bewegung ohne jedes Schwanken abgelehnt. [. . .]. Andere unter uns haben zeitweise ehrlich an Adolf Hitler geglaubt oder geglaubt, glauben zu müssen, und haben erst später ihren Irrtum erkannt. Es erscheint mir nun nicht nur unfruchtbar, sondern sogar schädlich, wenn wir uns gegenseitig Vorwürfe machen. Es ist gewiß nötig, daß auch in unserer Kammer die Führung bei denjenigen liegt, die zwar richtig gesehen haben, ihre Erkenntnis aber nicht durchsetzen konnten. Aber jetzt, wo der große Strich gezogen wird und ein neues Leben beginnen soll, bedürfen wir im Interesse Bremens und seiner Wirtschaft auch derer, die sich geirrt und ihren Irrtum erkannt haben. Gemeinsam wollen wir Bilanz ziehen und einen neuen Abschnitt beginnen«. Wilkens wurde später ein führender Politiker der Bremer CDU.

¹⁷⁰ FIS 32 (s. Anm. 154), S. 12.

¹⁷¹ Letter, Headquarters, US Forces, European Theater, file AGO 14. 1. GEC-AGO, nach: ebd., S. 1.

¹⁷² Am 7. 5. 1945 war bei einer Senatsbesprechung bereits die Rede von Sitzungen der Handelskammer (Senatsprotokolle). Siehe auch Tagebuch Spitta, 14. 5. 1945, IfZ, ED 125.

¹⁷³ Am 7. 5. 1945 hatte Oberregierungsrat Dr. Groscurth die Erlaubnis zur Teilnahme an zwei Sitzungen der Handelskammer erhalten, am 14. 5. 1945 wurde H. Meyer als Verbindungsmann des Regierenden Bürgermeisters benannt (Senatsprotokolle).

¹⁷⁴ Siehe S. 151 ff.

¹⁷⁵ Nachkriegsbericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945–1947, Bremen o. J., S. 7; Senatsprotokolle, 6.6., 13.6., 19. 6. 1945.

¹⁷⁶ Tagebuch Spitta, 28. 9. 1945, IfZ, ED 125.

¹⁷⁷ DGB-Archiv, Limburg 1945–1949, Schreiben an den hessischen Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 27. 12. 1945. (Hinweis von Jürgen Klein). Siehe auch verschiedene Korrespondenzen mit Victor Agartz 1946 im DGB-Archiv, Zentralamt für Wirtschaft 1946–1948.

¹⁷⁸ Bericht über die Sitzung vom 22. 6. 1945, einberufen von der Industrie- und Handelskammer unter Leitung von Herrn Wilkens und Dr. Daseking, Material Ehlers.

¹⁷⁹ Siehe (auch für das folgende): Besprechungen mit Captain Bard am 29. 8. 1945, 6. 12. 1945, StA Bremen, 3 – R im Nr. 390; Senatsprotokolle, 9. 10. 1945, 30. 10. 1945; schriftliche Mitteilung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, 29. 2. 1972.

3. Kapitel

- 1 Monthly Report Nr. 1, 20. 8. 1945 (Juli), Report of Mil. Gov., S. 17; Nr. 3, 20. 10. 1945 (September), Political Activities, S. 4; Nr. 4, 20. 11. 1945 (Oktober), Pol. Act., S. 6; Nr. 5, 20. 12. 1945 (November), Pol. Act., S. 1; für Bremen siehe OMG for Bremen, ICD, Political Intelligence Summary for March (1946), S. 3 (OMGUS-Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.)
- 2 Die folgenden Ausführungen fußen auf einem Zwischenbericht, den der Verfasser Anfang 1974 über die derzeitigen Ergebnisse der »Arbeitsgruppe Antifa« (siehe Einleitung) angefertigt hat. Es handelt sich – bis in die Formulierungen hinein – um eine Zusammenfassung der verschiedenen Kapitelentwürfe und Diskussionen. Da die Publikation der Arbeitsgruppe demnächst erscheinen wird, ist auf Quellenbelege im allgemeinen verzichtet worden. Eine gute Einführung in die Problematik liefert: Leonard Krieger: *The Inter-Regnum in Germany: March–August 1945*, in: *PSQ* 64/1949, S. 507 ff.
- 3 Alfred Weinrich: *Thesen zur antifaschistischen Bewegung 1945*, S. 1, Materialien der Arbeitsgruppe Antifa (Manuskripte).
- 4 Lutz Niehammer: *Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945*. Das Beispiel Stuttgart, in: *VfZ* 3/1975, S. 326. Von 80 hauptamtlichen Funktionären der Arbeitsausschüsse in 19 Stadtteilen waren 31 (= 39 %) vor 1933 parteilos gewesen, von 81 Gesamtmitgliedern des Arbeitsausschusses Heschlach 28 (= 34,5 %), von 60 Gesamtmitgliedern des Arbeitsausschusses Ostheim 25 (= 41,7 %). Die Stuttgarter Zahlen, die einzigartig sind, stammen vom Sommer und Herbst 1945.
- 5 DGB-Archiv, Plettl-Nachlaß IV, Bruno Verdieck an M. Plettl, 29. 12. 1946. Hinweis von Jürgen Klein.
- 6 Für das folgende: Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. II/3 f.; Interview Löbert; Interview Adamietz/Löbert; schriftliche Mitteilung I. Rafoth/Nolte, 25. 1. 1972; Nolte, 4. 3. 1972. Huchting wurde am 19. September 1945 zusammen mit den übrigen zehn Bremer Landgemeinden der Stadt Bremen angegliedert, so daß Stadt und Staat Bremen bis Anfang 1947 flächenmäßig identisch waren. Die Eingemeindung der Landgemeinden hatte die KGF in ihrem Sofortprogramm aus ernährungs-politischen Gründen gefordert.
 Franz Löbert: 6. 6. 1906–10. 6. 1975 Kaufmännischer Angestellter. Über die Wandervogel-Bewegung 1927 zur SPD. Abteilungsleiter bei den Lloyd-Dynamo-Werken. Dort während der NS-Zeit Teilnahme an antifaschistischen Diskussionsgruppen. Anschluß an die Bremer ISK-Gruppe nach 1933, aber durch Zufall bei der Zerschlagung der Gruppe der Verhaftung entgangen. Seit 1930 in Huchting ansässig, dort 1945 einer der Initiatoren der Wiederaufbau-Kommission (KGF) und erster Nachkriegsbürgermeister. SPD. Seit 1948 in der Inneren Verwaltung Bremens, 1967–1971 Senator.
- 7 Irene Rafoth: Geb. 6. 4. 1910. Über Pionierbewegung und KJVD in der Weimarer Zeit zur KPD gestoßen. Ehefrau von Rudolf Rafoth.
- 7 Werner Groß: *Die ersten Schritte*, Berlin(Ost) 1961; ders.: *Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945)*, in: *ZfG* 3/1960, S. 657 ff. Das Schwarzenberger Beispiel dient

Groß zur Begründung der These von der Offenheit der Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. – Lutz Niethammer (Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VfZ 2/1967, S. 153) sucht Groß' Argumentation mit dessen eigener Darstellung entgegenzutreten: »Groß kann an Schwarzenberg gerade nicht zeigen, wie die politische Option des deutschen Volkes ausgefallen wäre, wenn eine Besetzung nicht stattgefunden hätte; vielmehr veranschaulicht er an seinem Beispiel, wie wenig politische Führungsenergie beim Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt noch am einzelnen Ort zur Verfügung stand.« Von den beiden von Niethammer angeführten Kennzeichen – einerseits eine um Tage verzögerte Auflösung der allgemeinen Erstarrung, andererseits die Unfähigkeit der beiden miteinander konkurrierenden örtlichen Eliten, der Honoratioren und ehemaligen Arbeiterfunktionäre, die unmittelbar anstehenden lokalen Aufgaben voll zu lösen, und das daraus resultierende Bestreben, möglichst schnell Anschluß an jeweils eine der beiden Besatzungsmächte (Amerikaner oder Russen) zu gewinnen – gilt das erste durchaus nicht für alle, insbesondere nicht für die großstädtischen Antifa-Ausschüsse; das zweite ergab sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß das gesamte übrige Deutschland besetzt und die längerfristige unabhängige Existenz eines antifaschistischen Gemeinwesens im Erzgebirge undenkbar war. Ohne die von Niethammer betonte katastrophale Auswirkung der nationalsozialistischen Diktatur auf das politische Handlungsvermögen des deutschen Volkes ableugnen zu wollen (siehe die Argumentation des Verfassers in den Kapiteln 1 und 2), kann Schwarzenberg m. E. nach wie vor – gerade weil es sich nicht um einen großstädtischen Bereich handelte – als Beweis für Existenz und grundsätzliche Entwicklungsmöglichkeit der bodenständigen radikal-demokratischen Potenzen der wiederentstehenden deutschen Arbeiterbewegung gelten. Gewiß: eine starke revolutionäre Bewegung (wie die von 1918/19) läßt sich nicht durch Repression niederwerfen, ohne tiefe Spuren zu hinterlassen. Aber der Unterschied zwischen tatsächlicher vollständiger politischer Apathie, wie für Deutschland 1945 immer wieder behauptet wird, und relativ schwachen autochthonen Ansätzen, die von den Besatzungsmächten insgesamt unterdrückt oder entmutigt wurden, bleibt immerhin von einiger Bedeutung für die Beurteilung der deutschen Arbeiterbewegung seit 1945 und für die Einschätzung der Rolle der Besatzungsmächte.

⁸ Siehe vor allem: Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hrsg.): Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945; dies. (Hrsg.): Die neue deutsche Republik, o. O. 1943; Paul Hagen: Germany after Hitler, New York 1944; Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten [verfaßt von ehemaligen SAP-Mitgliedern], Stockholm 1944; Building the Revolutionary German New Order [hekt. Manuskript des ISK], 1943; Mary Saran / Willy Eichler / Wilhelm Heidorn / Minna Specht: Remaking Germany, London Jan. 1945. Zur kommunistischen Exil-Programmatik siehe Kap. 1, Anm. 317.

⁹ Ehlers/Wolters/Buckendahl an Militärregierung, 30. 4. 1945, Material Lücke. Siehe S. 114 ff.

- ¹⁰ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. II/1.
- ¹¹ Ein Faksimile des Sitzungsprotokolls vom 3. 5. 1945 in: Antifaschistischer Widerstand, a.a.O., S. 91.
- ¹² Interview Niethammer/Weinrich mit Ehlers/Wolters, S. 2; siehe auch schriftl. Mitteilung Lücke, 15. 5. 1972. – Nawrath wird in einem Sitzungsprotokoll des Vorstandes vom 7. 5. 1945 (Material Lücke) noch nicht erwähnt. Erst im Protokoll vom 14. 5. 1945 (Material Ehlers) taucht er erstmalig auf. Es ist also anzunehmen, daß er in der Zwischenzeit hinzugezogen wurde. N. war 1933 aus dem Staatsdienst entlassen worden. 1946 wurde er Leiter der Behörde »Kunst und Wissenschaft«. Während Lücke Nawrath bescheinigt, er habe die Beschlüsse der sozialistischen Vorstandsmehrheit stets respektiert und aktiv unterstützt, meint August Hogrefe, Interview, S. 4, Nawrath sei ein gänzlich unpolitischer Mann gewesen, der die KGF durch törichte Äußerungen oft in Verlegenheit gebracht habe.
- ¹³ Antwort der KGF auf die Anfrage der MG, 27. 5. 1945, Material Lücke, (auch für das folgende). – Biographische Daten der noch nicht an anderer Stelle behandelten Vorstandsmitglieder:
- Georg Buckendahl: 19. 2. 1899–1958. Schlosser. Seit 1927 hauptamtlich KPD-Funktionär. Während der NS-Zeit 6 Jahre Zuchthaus wegen illegaler Arbeit. Mai 1945–Oktober 1945 Organisationssekretär der KPD in Bremen, Parteiausschluß wegen angeblicher Spitzeltätigkeit für die Gestapo; Eintritt in die SPD, später hauptamtlicher Betriebsgruppen- und Landessekretär; seit 1951 MdB.
- Franz Cavier: Geb. 11. 4. 1903. Schlosser. 1919–1929 KPD, dann KPO. Nicht zur SAP übergewechselt, aber während der illegalen Periode in enger Verbindung mit ihr. 1945 einige Zeit Redakteur beim Weser-Kurier.
- Heinrich Gotthard: Vor 1933 und nach 1945 SPD. Später Senatsdirektor beim Senator für das Sozialwesen. Verstorben.
- Georg Gries: Selbständiger Malermeister. KPD, dann KPO bis 1933. Illegale Arbeit. Nach 1945 parteilos und Leiter einer Wohlfahrtseinrichtung der Stadt Bremen.
- Karl Heine: Vor 1933 und nach 1945 SPD und aktiv in der Deutschen Friedensgesellschaft. Leiter des Wohnungsamts. Verstorben.
- ¹⁴ Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. II/3 f. Siehe z. B. die auf S. 104 abgehandelte Huchtinger Entwicklung.
- ¹⁵ Die erste erweiterte Vorstandssitzung, auf der nach dem Protokoll (Material Lücke) ca. 60 Personen anwesend waren, fand am 16. Mai statt. Es wurde versucht, eine erste Bestandsaufnahme der KGF-Arbeit zu leisten. Paul M. Sweezy, der als OSS-Mitarbeiter an dieser Sitzung teilnahm (siehe S. 126), schrieb später über seine Eindrücke, damit gegen arrogant-moralische Urteile einiger »linker« amerikanischer Besatzungsoffiziere, insbesondere gegen Saul K. Padover, a.a.O., polemisierend: »Die meisten dieser Anwesenden waren Arbeiter mit politischer Erfahrung von vor 1933; niemand, der ihrer leidenschaftlichen Diskussion zuhörte, konnte auch nur einen Moment daran zweifeln, daß ihr Haß auf den Nazismus viel persönlicher und tiefer war als derjenige von Amerikanern, die ihn [den Nationalsozialismus, P. B.] niemals erlebt haben und denen es dennoch so leicht fällt, über die Schuld des ganzen deutschen Volkes zu moralisieren.« Paul M. Sweezy: Resurrection, in: ders., The Present as History, New York 1953, S. 249.

- ¹⁶ Schriftl. Mitteilung Ehlers, 18. 6. 1972. – Die Gründungsversammlungen in Hastedt, Hemelingen und Sebaldsbrück (Anm. 21) wählten z. B. selbst ihren Vorstand.
- ¹⁷ Antwort der KGF auf die Anfrage der MG, 27. 5. 1945, Material Lücke (auch für die folgende Aussage).
- ¹⁸ Der 1860 geborene Zigarrenarbeiter Julius Bruhns hatte sich, nachdem er aus Hamburg wegen sozialdemokratischer Tätigkeit ausgewiesen worden war, im Oktober 1881 in Bremen niedergelassen und der dortigen sozialdemokratischen Gruppe angeschlossen. Er wurde zum Führer einer Tendenz, die das ängstliche Verhalten der Bremer Sozialdemokraten gegenüber dem Sozialistengesetz kritisierte und eine offenere Agitation forderte. Der Erneuerer Bruhns gewann 1890 als erster Bremer Sozialist das bremische Reichstagsmandat. Böttcher, a.a.O., S. 128 ff.; Moring, a.a.O., S. 13 ff.
- ¹⁹ Die Tagung fand – getarnt als eine Besprechung über Fragen des Arbeitseinsatzes – im provisorischen Gebäude des Arbeitsamtes, in der Schule in der Dechanatstraße, statt. Das »offizielle« Protokoll wurde als KGF-Rundschreiben Nr. 12, im August 1945, Material Lücke, vervielfältigt. Ein weiteres Protokoll befindet sich im Material Arpo. Nach dem Rundschreiben Nr. 12, S. 4, und dem Schreiben der KGF vom 4. 8. 1945 an Herbert Voigt, Material Lücke, wählte die Bezirkskonferenz diesen (als Vertreter der Kaufmannschaft) und Wilhelm Kaisen zusätzlich in den Vorstand. Kaisen war zwar eingeschriebenes Mitglied der KGF, wurde aber niemals für die Organisation oder in ihrem Rahmen aktiv. Auch über die politische Präsenz Herbert Voigts, der zu dem Kreis der Hanseatischen Aufbaugemeinschaft gehörte, ist nichts bekannt. Beide werden in der letzten Ausgabe des »Aufbau«, Nr. 11, Deckblatt, nicht als Mitglieder des Vorstandes genannt.
- ²⁰ KGF: An alle Ortsgruppen, Mai 1945, S. 1 f., Material Ehlers.
- ²¹ Protokolle der drei im folgenden genannten Sitzungen im Material Ehlers, aus denen auch die Anwesenheit von Ehlers als Referent auf allen drei Sitzungen hervorgeht.
- ²² Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Bremen, S. 12 f., Material Ehlers.
- ²³ Siehe das in Anm. 19 genannte, nicht näher gekennzeichnete Protokoll im Material Arpo, S. 6.
- ²⁴ Vor zehn Jahren, in: Der Fächer. Zeitschrift für das Kulturkartell Bremen e. V., 3. Heft, Oktober 1955, S. 1.
- ²⁵ Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- ²⁶ Gedruckter Fragebogen im Material Lücke. Wie der Leiter der KGF-Gruppe in Sebaldsbrück, W. Elmers, Interview S. 4, berichtet, wurde das Bürgerschaftssystem dort z. B. sehr streng gehandhabt. Man habe solche »Antifaschisten« abgewiesen, die nur aus persönlichen Gründen hätten Mitglieder werden wollen.
 Wilhelm Elmers: Geb. 23. 5. 1909. Schlosserlehre. 1925 Gewerkschaft, 1924 SAJ, 1927 SPD, seit 1931 vor allem im Reichsbanner aktiv. Nach längerer Arbeitslosigkeit und verschiedenen Tätigkeiten seit 1936 bei Focke-Wulff, 1943 in einer ausgelagerten Betriebsabteilung in Detmold. In antifaschistischen betrieblichen Zirkeln tätig. Ostern 1945 illegale Rück-

kehr nach Bremen. Leiter der Sebaldsbrücker Ortsgruppe der KGF. Von Anbeginn Mitglied des (zunächst provisorischen) Betriebsrats der Firma Fahrzeug- und Gerätebau (früher: Focke-Wulff), später als Vorsitzender. 1945–1955 KPD (Distriktsleiter). 1951–1973 Lehrlingsausbilder bei Borgward und Siemens.

- 27 Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 13, Material Ehlers.
- 28 Interview Paul, S. 7. (Frida Paul war KassiererIn der KGF).
- 29 Von der Bevölkerung wurde die KGF vielfach als Dienstleistungsinstitution und Schlichtungsstelle angesehen, wie der Erinnerungsartikel: Vor zehn Jahren, im »Fächer« (s. Anm. 24), S. 1 f., anschaulich schildert: »Wenn in jenen Tagen im Mai 1945 ein Bürger unserer Stadt etwas über das Schicksal seiner evakuierten Kinder erfahren wollte, Wohnung oder Arbeit suchte, sich bei der Verteilung der so knappen Lebensmittel benachteiligt fühlte, wenn er Streit mit seinem Nachbarn hatte, wenn er Erlaubnis und Material brauchte, um seinen Betrieb wieder in Gang zu bringen, wenn er auf Mißstände in irgendeiner Behörde aufmerksam machen wollte, wenn er Zugang zu einem Büro der Militärregierung haben wollte, wenn er eine Reise machen mußte, wenn er Ersatzteile für sein Fahrrad nötig hatte, unter familiären Zerwürfnissen litt, von Nazis bedrängt worden war, vermied Angehörige ausfindig machen wollte, gute Ratschläge in umfangreichen Denkschriften niedergelegt hatte, wenn er Zeitungen und Bücher herausbringen wollte, und tausendmal beteuern und nachweisen wollte, daß er nie, nie mit den Nationalsozialisten sympathisiert hatte – er kam zur KGF. Alle Angelegenheiten des damaligen privaten und öffentlichen Lebens wurden in das Bürohaus der KGF am Wall 180 getragen. Hier drängte sich den ganzen Tag über ein ständiger Strom von Besuchern durch die Räume, in denen die ehrenamtlichen Funktionäre der KGF zu helfen versuchten, soviel sie nur konnten.«
- 30 Die Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 14, Material Ehlers, begründet die Aufnahmesperre mit der Abwehr »unlauterer Elemente.«
- 31 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Zahlenangaben über a) die in der Endphase der Illegalität miteinander in Verbindung stehenden Antifaschisten (250 bzw. 400, siehe S. 56), b) die zwei Wochen nach der KGF-Gründung ausgegebenen Mitgliedsbücher (350, siehe Anm. 25) und c) die auf der ersten Bezirkskonferenz als Delegierte, Gäste und Zuhörer Anwesenden (250–300, schriftl. Mitteilung Hans L. Meyer, 12. 4. 1972, aus eigener Beobachtung) sich alle in der gleichen Größenordnung bewegen und daher die Annahme einer weitgehenden personellen Identität der jeweiligen Aktivisten-Kreise naheliegt.
- 32 Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 13, Material Ehlers.
- 33 Die Ortsteile der Stadt Bremen in Zahlen, hrsg. vom Statistischen Landesamt Bremen (1950). Aus den Jahren davor liegen keine entsprechenden Zahlen vor. Das Anführen der Zahlen von 1950 scheint mir dennoch gerechtfertigt, da es sich nicht um die empirische Begründung einer von mir aufgestellten These, sondern lediglich um die Infragestellung einer Behauptung der KGF handelt. Eine eindeutige Widerlegung kann dadurch nicht geleistet werden. Eine entsprechende Korrelierung der anderen Stadtteile ist angesichts des meist nur wenig überdurchschnittlichen Arbeiteranteils ohne Aussagekraft und unterbleibt daher. – Auch bezüglich der Angaben der KGF über den Anteil des Bürgertums in der Organisation gilt es zu be-

denken, daß eine Übertreibung geeignet sein konnte, die Autorität der Kampfgemeinschaft als angeblich auch in soziologischer Hinsicht umfassender Organisation bei der Militärregierung zu erhöhen.

- 34 Interview Niethammer/Weinrich mit Ehlers/Wolters, S. 4. Allgemein zur Hanseatischen Aufbaugesellschaft S. 349 f., Anm. 120.
- 35 Protokolle Material Lücke und Arpo. Anwesenheitslisten im Material Lücke.
- 36 Das ergibt sich aus ihrer Mitgliedschaft (siehe S. 188). Die SPD behauptete nach Auflösung der KGF, die große Mehrheit ihrer Anhänger habe sich der Sozialdemokratie angeschlossen. *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 37.
- 37 Siehe Anm. 19. – Eine solche Reserve wird auch in den Interviews von Adamietz mit Hermann Hansing und Hermann Engel deutlich. Beide Sozialdemokraten zogen sich nach einigen Wochen aus der aktiven Arbeit der KGF zurück, Hansing wegen des seinem Eindruck nach überwiegend kommunistischen Charakters der Organisation, Engel (und mit ihm, wie er berichtet, Hans Hackmack) hauptsächlich wegen der Mitarbeit August Hogrefes, der durch die Intervention Engels und Hackmacks vorher »kaltgestellt« worden sei. Engel hebt indessen gleichzeitig hervor, auch viele Sozialdemokraten seien in der KGF »tonangebend« tätig gewesen.
- Hermann Engel: Geb. 3. 8. 1899. 1905 nach Bremen. Nach kaufmännischer Lehre seit 1919 Angestellter der AOK. Freie Angestelltengewerkschaft, 1924 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1926 SPD. 1933 Entlassung, Februar 1934 Verhaftung. Im Reichsbanner-Prozeß zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Nach der Entlassung in der Privatindustrie tätig, seit 1946 Steuerbevollmächtigter. Von Anfang an aktiv am Wiederaufbau der SPD als Funktionär beteiligt, 1946–1970 MdB.
- Hermann Hansing: Geb. 20. 1. 1908. Kunstgießer und Kunstgewerbeschüler, 1939 als Gießereimeister nach Bremen. Metallarbeiterjugend. 1926 SPD, 1931 Ortsvorsitzender der Eisernen Front in Seelze bei Hannover. Illegale Arbeit. 1945 als Distriktvorsitzer maßgebliche Beteiligung am Wiederaufbau der SPD in Hastedt; 1946–1953 MdB, 1952 Fraktionssekretär, 1952 stellvertretender SPD-Vorsitzender in Bremen, 1958 bis 1970 Vorsitzender, 1953–1972 MdB.
- 38 Rundschreiben Nr. 10, 2. 8. 1945, Material Lücke.
- 39 KGF-Rundschreiben Nr. 6, 29. 5. 1945, Material Ehlers.
- 40 KGF-Ortsgruppe Burg an KGF-Vorstand, 8. 7. 1945, Material Lücke.
- 41 Rundschreiben Nr. 7, Material Ehlers. – Die Gröpelinger Ortsgruppe trug zur politischen Aufklärung der Bevölkerung bei, indem sie Radiomeldungen des Londoner Rundfunks als Informationsmaterial vervielfältigte. Eine vierseitige Flugschrift mit Meldungen vom 14. 5. 1945 ist im Material Lücke erhalten.
- 42 Der zukünftige Weg, in: *Aufbau*, Nr. 10, November 1945, S. 4.
- 43 Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 11, Material Ehlers; Interview Ehlers, S. 11; Interview Wolters, S. 7 f. Das Sofortprogramm befindet sich im Material Lücke.
- 44 Ehlers/Wolters/Buckendahl an Militärregierung, 30. 4. 1945, Material Lücke.
- 45 KGF: An alle Ortsgruppen, im Mai 1945, S. 2, Material Ehlers.
- 46 ebd., S. 1.

- 47 Es kam jedoch in Bremen nicht zur Herausbildung einer antifaschistischen Aktionseinheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, wie sie in einigen Antifa-Organisationen ansatzweise festzustellen ist (z. B. Essen, Eisleben, Villingen). Der nicht oder nicht umgehend zur Rückkehr in seine Heimat bereite Teil der polnischen Fremdarbeiter entwickelte aus Rachegelüsten oder Demoralisierung ein eindeutig kriminelles Verhalten, das sich gegen Deutsche aller Klassen und politischen Gruppierungen gleichermaßen richtete (siehe S. 73 f.).
- 48 Es ist unrichtig, wenn Moraw, a.a.O., S. 164, von der Unterscheidung zwischen Minimal- und Maximalprogramm als einer kommunistischen Definition spricht. Diese Unterscheidung war das grundlegende Kennzeichen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Der kommunistische Flügel der internationalen Arbeiterbewegung hatte zu Beginn der zwanziger Jahre demgegenüber gerade versucht, die Kluft zwischen dem Endziel (Maximalprogramm) und der Tagespolitik (Minimalprogramm) durch ein System von Teil- und Übergangsforderungen zu überwinden, das die proletarischen Massen – ausgehend von deren unmittelbaren Interessen und Kämpfen – an die revolutionäre Machteroberung heranführen sollte. Dieser Ansatz wurde allerdings nach dem Sieg Stalins nicht weiterverfolgt. Vereinfachend könnte man sagen, daß die Kominintern-Politik in der dritten Periode (1928–1934) sich im wesentlichen auf die Propagierung des Maximalprogramms beschränkte, während die Volksfrontwendung schon bald zur alten Taktik einer etappenweisen Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft zurückführte.
- 49 Protokolle der Vorstandssitzungen am 14. 5. und 18. 5. 1945, Material Lücke. – Leider wurde die »gesäuberte« Fassung von der KGF nie publiziert, so daß die Relevanz der amerikanischen Änderungswünsche nicht eingeschätzt werden kann. Aus der Besprechung der Angelegenheit im Vorstand (14. 5.) ergibt sich jedoch, daß die Führer der KGF selbst die Angelegenheit nicht für sehr bedeutsam hielten.
- 50 Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 15, Material Ehlers.
- 51 Interview Ehlers, S. 29.
- 52 Interview Adamietz/Lücke.
- 53 Interview Ehlers, S. 29.
- 54 KGF: An alle Ortsgruppen, im Mai 1945, S. 3, Material Ehlers.
- 55 Aufbau Nr. 1, S. 2.
- 56 Du und die Politik, in: Aufbau Nr. 2, S. 2 f.
- 57 Fort mit dem Nazismus!, in: Aufbau Nr. 3, S. 3.
- 58 Etwas verbindlicher, meine Herren!, in: ebd., S. 4.
- 59 Zwischen Wall und Weser, in: Aufbau Nr. 5, S. 9 f.
- 60 Gift!, in: Aufbau Nr. 8, S. 7 f.
- 61 Nazis als Geschäftsleute, in: Aufbau Nr. 9, S. 3.
- 62 Die Nazis auf dem Lande, in: Aufbau Nr. 8, S. 10.
- 63 Flüster-Propaganda, in: Aufbau Nr. 6, S. 4.
- 64 Wir Frauen und die Politik, in: Aufbau Nr. 3, S. 9; Wir Frauen und das neue Deutschland, in: Aufbau Nr. 5, S. 1 ff.; Die Frauen und die Kampf-gemeinschaft, in: Aufbau Nr. 8, S. 11.
- 65 Geht die Jugend die Politik etwas an?, in: Aufbau Nr. 5, S. 6; Wann wir schreiten Seit an Seit . . ., in: ebd. S. 7.
- 66 Lauter reden!, in: Aufbau Nr. 6, S. 5.

- 67 »Unerstlichkeits«-Erwägungen, in: Aufbau Nr. 8, S. 4.
- 68 Neue Kräfte für den Arbeitseinsatz!, in: Aufbau Nr. 10, S. 8.
- 69 Die politische Lage. (Aus dem Referat von August Enderle), Aufbau Nr. 11, S. 5 ff.
- 70 Klaus Böttcher: Über den Wiederaufbau unseres Erziehungswesens, in: Aufbau Nr. 2, S. 7 ff. Böttcher hatte in der Weimarer Zeit mit Christian Paulmann, Fritz Aebermann u. a. zu einem Kreis sozialdemokratischer Reformpädagogen gehört. Während Böttchers Vorstellungen sich in vieler Hinsicht mit dem Konzept der amerikanischen Besatzungsmacht deckten, versuchte Hermann Lücke in seinem Artikel über den »Neuaufbau der Berufsschulen« (Nr. 6, S. 10 f.), eine spezifisch sozialistische Pädagogik von bürgerlichen Modernisierungsforderungen zu unterscheiden. »Rationalisierung im bürgerlichen Sinne zielt auf die Allgemeinheit der Berufsschulpflicht, Unterrichtsreform, Werkschuleinrichtungen und Systemänderungen des Schulaufbaues zugunsten von Aufstiegsmöglichkeiten hin. Das lehnen wir nicht ab. Darüber hinaus aber wollen wir die Erziehung zu einer veränderlichen Wirtschaft und Gesellschaft, also Wirtschaftsanalyse, Erziehung zum Gemeinschaftsbewußtsein im Sinne des Solidaritätsgefühls. Der gesellschaftlich klar und bewußt durchgebildete Mensch ist unser Ziel.« Im einzelnen forderte Lücke die Ausdehnung des berufsschulpflichtigen Alters auf die Zeit vom 16. bis zum 18. Lebensjahr, Erwerbslosenausbildung, nachholende Ausbildung der durch den Faschismus beruflos gewordenen Jugend, vollständige Eingliederung der Mädchen, verbesserte Lehrerausbildung, politischen Unterricht und »Schülerselbstverwaltung«.
- 71 Ist das ganze deutsche Volk schuld?, in: Aufbau Nr. 4, S. 1 ff. (auch für das folgende).
- 72 Was bedeutet uns Demokratie?, in: Aufbau Nr. 6, S. 1 f. (auch für das folgende).
- 73 Nr. 7, S. 1 f. Auffällig sind Anklänge an die NS-Terminologie. Möglicherweise handelte es sich dabei um einen bewußten Versuch, an bekannte Begriffe anzuknüpfen.
- 74 Material Hogrefe. Die beiden folgenden Zitate sind dem Papier entnommen.
- 75 Siehe ebd. – Nach Ehlers, Interview, S. 22, hatten alle politisch bewußten Antifaschisten große Hoffnungen auf die Briten gesetzt (auch vor der Regierungsübernahme der Labour Party), aber von den Amerikanern nichts anderes als die Durchsetzung einer kapitalistischen Politik erwartet.
- 76 KGF: An alle Ortsgruppen, im Mai 1945, S. 2, Material Ehlers.
- 77 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 278 f.
- 78 Peters, a.a.O., S. 289.
- 79 Senatsprotokolle, 11. 5. 1945. Die Äußerungen über die KGF stammten von Baudirektor Wortmann und Staatsrat Dr. Schultz (Ernährung).
- 80 Senatsprotokolle, 12. 5. 1945, Baudirektor Wortmann.
- 81 ebd. Am 14. 5. 1945 berichtete Wortmann noch einmal von der Antifaschistischen in Blumenthal. Danach spiegeln sich die Aktivitäten der KGF nicht mehr in den Senatsprotokollen.
- 82 Functional History 1945/46, S. 279 f.; Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- 83 Rundschreiben Nr. 2: Sofortanweisung zur Wohnungsfrage, Material Ehlers.

- ⁸⁴ Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- ⁸⁵ StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 117/3. Functional History 1945/46, a.a.O., S. 279. Es wurde der KGF am 23. 5. 1945 mitgeteilt, daß sie nicht berechtigt sei, Eigentum der NSDAP oder ihrer Gliederungen in Besitz zu nehmen. StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 23.
- ⁸⁶ Interview Wolters, S. 9.
- ⁸⁷ ebd.; Interview Ehlers, S. 12 f.; schriftl. Mitteilung Ehlers, 18. 6. 1972. – Nachdem sich die KGF durch die Inbesitznahme eines Büros etabliert hatte, begannen auch die ehemaligen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften aufzutauchen und sich an der Arbeit zu beteiligen. Fritz Paul, Interview, S. 5, bemerkt in bezug auf Kaisen: »Jedenfalls war es nicht so, daß er sich nun zu Anfang Hals über Kopf in die Arbeit gestürzt hätte. Überhaupt machten die alten Sozialdemokraten nur sehr zögernd mit.«
- ⁸⁸ Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 13, Material Ehlers; schriftl. Mitteilung Ehlers, 18. 6. 1972.
- ⁸⁹ KGF-Rundschreiben Nr. 4, 22. 5. 1945, Material Ehlers.
- ⁹⁰ ebd.
- ⁹¹ Reg. Bm. an KGF 23. 5. 1945, StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 23; Vagts' Schreiben war eine Konferenz der Militärregierung mit ihm vorausgegangen, in der er u. a. mit der Unterbindung aller politischen, gewerkschaftlichen oder ähnlichen Versammlungen beauftragt worden war (Functional History 1945/46, a.a.O., Part II: Appendices, App. 4). Woher die Abschwächung der Anordnung rührt, ist nicht bekannt. – Möglicherweise spielte die Sechs-Personen-Verordnung eine Rolle bei der Einrichtung der Straßenzellen der KGF.
- ⁹² Ehlers, Interview, S. 13, betont, die KGF habe auch ohne Erlaubnis getagt.
- ⁹³ Functional History 1945/46, a.a.O., S. 279. – Aus der KGF-Vorstandssitzung am 14. 5. 1945 (Protokoll im Material Ehlers) geht hervor, daß ein amerikanischer Major erst davon überzeugt werden mußte, daß die KGF keine bewaffnete NS-Untergrundorganisation sei. (Siehe zu diesem Verdacht unter alliierten Offizieren auch Sweezy, a.a.O., S. 249). – Die Angst vor einem nazistisch-kommunistischen Amalgam spielte im Denken sowohl der konservativen Besatzungsoffiziere als auch der nichtfaschistischen deutschen Rechten nach 1945 eine zentrale Rolle. An beiden Bewegungen wurde an erster Stelle ihr Massencharakter gesehen und gefürchtet.
- ⁹⁴ Memorandum: The Political Situation in Bremen, 20. November 1945, S. 1 (Anl. zu Schreiben Murphy an Secretary of State, Berlin, December 5, 1945), US National Archives, Diplomatic Records Division, 74 000 119 Control (Germany)/12-545.
- ⁹⁵ Interview mit der Historical Division, OMGUS, 1949, größtenteils abgedruckt in: Dorn, Inspektionsreisen, S. 42.
- ⁹⁶ Functional History 1945/46, a.a.O., S. 36.
- ⁹⁷ Dorn, Inspektionsreisen, S. 41.
- ⁹⁸ Protokoll der Vorstandssitzung der KGF am 4. 6. 1945, Material Lücke.
- ⁹⁹ I. Enderle an W. Brandt (wahrscheinlich Anfang Juli 1945), Privatarchiv W. Brandt.
- ¹⁰⁰ Material Lücke.

- ¹⁰¹ So die Formulierung von Nawrath, Dorn zitierend. Protokoll der Vorstandssitzung am 18. 5. 1945, Material Lücke.
- ¹⁰² Functional History 1945/46, a.a.O., S. 91; siehe auch Interview Ehlers, S. 14.
- ¹⁰³ Siehe Senatsprotokolle, 20. 7. 1945.
- ¹⁰⁴ Hervorgehoben von Wolters, Interview, S. 10, und Ehlers, schriftl. Mitteilung, 18. 6. 1972.
- ¹⁰⁵ Interview Ehlers, S. 13 f. – Siehe auch Sweezy, a.a.O., S. 248 f.
- ¹⁰⁶ Frida Paul an Eichler, 24. 7. 1945, erhalten durch Vermittlung von Susanne Miller, Bonn. – Die Verbindung zu Rosenberg und anderen linksgerichteten Offizieren war über Listen hergestellt worden, die SAP- und ISK-Emigranten in Großbritannien und Schweden mit Namen zuverlässiger Antifaschisten für die Alliierten angefertigt hatten. (Interview I. Enderle, S. 1; Interview Paul, S. 6).
- ¹⁰⁷ Siehe die politische Tendenz seiner 1946 geschriebenen Reports, zitiert im Kapitel 5, bes. Anm. 218 ff.
- ¹⁰⁸ Schriftl. Mitteilung Lücke, 15. 5. 1972. Außer Lücke hätten an den Besprechungen Hans Alfken und August Enderle teilgenommen. Nach Lücke, Berichte und Bemerkungen, S. 11, setzten die KGF-freundlichen Offiziere durch, daß zwei ehrenamtlichen Funktionären der Organisation, die 12–14 Stunden täglich unentgeltlich tätig gewesen seien, ein monatliches Gehalt aus der Staatskasse als »Berater« der Militärregierung gezahlt wurde.
- ¹⁰⁹ Functional History 1945/46, a.a.O., S. 32.
- ¹¹⁰ Vor zehn Jahren, in: Der Fächer, S. 3 (siehe Anm. 24).
- ¹¹¹ Interview Paul, S. 5 f. Die beiden mehrtägig Verhafteten waren Frida Paul und Heinrich Busch.
- ¹¹² Schriftl. Mitteilung Lücke, 15. 5. 1972.
- ¹¹³ Nach einer Notiz im Material Lücke (Betrifft: Ludwig Dreesmann) wurde ein KGF-Mitglied aus Bochholzberg in Oldenburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil es versucht habe (vermutlich ohne Genehmigung), eine antifaschistische Versammlung einzuberufen. In Verden wurde die KGF nach dem Protokoll der Bezirkskonferenz am 29. 7. 1945 im Material Arpo, S. 8, vom Secret Service mit der Begründung verboten, sie halte kommunistische Versammlungen ab.
- ¹¹⁴ Besprechung mit Captain Bard am 4. 9. 1945, StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 390.
- ¹¹⁵ Tagebuch Spitta, 14. 5., 19. 7. 1945; IFZ, ED 125.
- ¹¹⁶ Tagebuch Spitta, 14. 5. 1945, IFZ, ED 125.
- ¹¹⁷ Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 14, Material Ehlers.
- ¹¹⁸ So der Verbindungsmann der Kaufleute zur KGF in der KGF-Vorstandssitzung am 4. 6. 1945 (Protokoll), Material Lücke.
- ¹¹⁹ ebd.; Protokoll einer »Besprechung mit Bremer Großkaufleuten« (2. 6. 1945), Material Lücke.
- ¹²⁰ Geschichte der antifaschistischen Bewegung, S. 15, Material Ehlers. Protokoll der Vorstandssitzung der KGF am 5. 6. 1945, Material Lücke. Zum Gründungskreis der Aufbaugemeinschaft zählten unter anderen die Herren: Kalb, Fritz Entholt, Fuhrmann, Herbert Voigt, de Viel, Hermann Edzard, Emil Richter, Helmuth Koenenkamp. Die am 1. 3. 1946 als Verein legalisierte Hanseatische Aufbaugemeinschaft wurde in der folgenden

Zeit ein unpolitischer Honoratiorenzirkel, der neben führenden Senatoren auch Spitzenfunktionäre der Arbeiterorganisationen und deren wichtigste Vertreter in der Verwaltung angehörten. Die Mitgliederzahl war auf 125 begrenzt. Ab Dezember 1947 gab die HAG für ihre Mitglieder ein Mitteilungsblatt mit dem Namen: »Wagen und Winnen« heraus. § 2 der Satzung des e. V. gab als Zweck der Vereinigung an, »Bestrebungen für den Wiederaufbau auf wirtschaftlichen, baulichen, verwaltungsmäßigen, sozialen, kulturellen und sonstigen Gebieten in der Freien Hansestadt Bremen zu fördern und zu unterstützen.« Die Persönlichkeiten, denen dabei eine bedeutende Rolle zukam, sollten in der HAG zusammengefaßt werden. Ehemalige Mitglieder der NSDAP waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. HAG an Nolting-Hauff, 6. 12. 1946 (mit Anlage: Satzung); Wagen und Winnen, Mitteilungen für die Mitglieder der Hanseatischen Aufbaugemeinschaft, Bremen e. V., Nr. 1, Dezember 1947; Mitgliederverzeichnis (Stand: 31. 12. 1947), StA Bremen, 3 – V 2 Nr. 2649.

¹²¹ Protokoll der Vorstandssitzung am 4. 6. 1945, Material Lücke.

¹²² Decree Concerning the Appointment of a Senate for the Free Hanseatic Town of Bremen, § 2, 4. 6. 1945, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 363; Senatsprotokolle, 6. 6. 1945, 13. 6. 1945; Weser-Bote, 23. 6. 1945, S. 2.

Hermann Apelt: 10. 7. 1876–11. 11. 1960. Seit 1904 Rechtsanwalt in Bremen, 1906 Syndikus der Handelskammer. Seit 1908 MdBü. 1917–1933 (mit Unterbrechung während der Räterepublik) Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, DVP. 1945–1955 wieder Wirtschafts- bzw. Hafensenator. Mitbegründer der BDV.

Wilhelm Kaisen: Geb. 22. 5. 1887. Gelernter Stukkateur. Über einen Arbeiterbildungsverein zur SPD gestoßen, dort von Anfang an auf dem reformistischen Flügel (später MSPD), 1919 als Redakteur des Bremer Volksblatts nach Bremen; MdBü. 1928–1933 Wohlfahrtssenator. 1945–1965 Präsident des Senats. 1946–50 Mitglied des SPD-PV. Als Verfechter eines innenpolitisch und außenpolitisch »realistischen«, offen pro-amerikanischen Kurses einer der innerparteilichen Gegenspieler Kurt Schumachers.

Wilhelm Nolting-Hauff: Geb. 22. 4. 1902. Bis 1933 Anwalt, dann zwangsweises Ausscheiden als Halbjude. Tätigkeit als Syndikus bei der Holding-Gesellschaft von Kaffee HAG. 1944/45 im Arbeitslager Duingen inhaftiert. 1945–1962 Finanzsenator. Zunächst parteilos, dann Anschluß an die FDP.

Christian Paulmann: 2. 2. 1897–11. 7. 1970. Volksschule und Lehrerseminar in Bremen. Seit 1919 an mehreren Bremer Schulexperimenten in der Tradition der sozialdemokratischen Lehrerschaft beteiligt. 1922 SPD. Im Vorstand des Bremer Lehrervereins. 1931–1933 und 1955–1967 MdBü. 1934–1945 selbständiger Kaufmann. 1945 maßgeblich am Wiederaufbau der SPD beteiligt. 1945–51 Senator für Schulen und Bildungswesen. 1955–1960 Vorsitzender der SPD Bremen.

Theodor Spitta: 5. 1. 1873–24. 1. 1969. Rechtsanwalt. Jahrzehntlang wichtigster Führer der Bremer Liberalen, seit 1905 MdBü, 1911–1933 Senator, DDP/Staatspartei. 1945 Mitbegründer der BDV. Justizsenator und zweiter Bürgermeister bis 1955. »Vater« der Verfassungen von 1920 und 1946/47. Theil: Vgl. Kap. 1, Anm. 308; Vagts: Kap. 2, Anm. 35; Wolters: Kap. 1, Anm. 321.

- ¹²³ Decree Concerning the Appointment of a Senate (Anm. 122); Entscheidung des Colonel Welker, 2. 6. 1945, StA Bremen 3 – R im Nr. 117/3; Protokoll einer Besprechung bei Major Bechtel, 8. 6. 1945, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 364; Ermächtigung Vagts' zu allen notwendigen Verordnungen durch Gouverneur Welker, 22. 6. 1945, ebd.; Senatsprotokolle, 26. 6. 1945. Selbstverständlich mußten die Maßnahmen des Regierenden Bürgermeisters »zu jeder Zeit allen von der Militärregierung herausgegebenen Proklamationen, Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Befehlen entsprechen.« (Welker, 22. 6. 1945). – Schriftliche Mitteilung Vagts, 23. 1. 1975: »Der Gouverneur sagte mir mehrfach, ich hätte ausschließlich mit ihm zu tun, und seine officers [...] hätten durchzuführen, was von mir bestimmt würde. Das war jedoch durchaus nicht immer der Fall.«
- ¹²⁴ Siehe Senatsprotokolle, 13. 6. 1945 ff.
- ¹²⁵ Senatsprotokolle, 2. 4. 1946; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 66.
- ¹²⁶ Tagebuch Spitta, 5. 5. 1945 und diverse Eintragungen 1944/45, IfZ, ED 125.
- ¹²⁷ Die Existenz dieser »Fraktion« geht eindeutig aus dem Tagebuch Spittas hervor. Bereits am 7. 5. 1945 (Tagebuch) wurden Spitta und Apelt von Vagts mit der Erstellung eines Memorandums über die Bildung eines neuen Senats beauftragt. Vagts selbst bezeichnet heute Apelt als seinen damaligen »Vertrauensmann«. (Schriftl. Mitteilung, 23. 1. 1975).
- ¹²⁸ Das geschilderte Konzept läßt sich aus dem Tagebuch Spittas und aus dem Verhalten und den Äußerungen der betreffenden Senatoren im Senat erschließen.
- ¹²⁹ Department of State, Office of Research and Intelligence, No. 3200: The Revival of Political Life in Germany, 11. 1. 1946, S. 64, 68, OMGUS-Records, US National Archives, Record Group 59; für Kaisen siehe KGF-Rundschreiben Nr. 12, Material Lücke.
- ¹³⁰ Paulmann, a.a.O., S. 153. Nach Kaisen (Brief an Conrad F. Latour, 25. 12. 1965, StA Bremen, 3 – R im Nr. 1/5) handelte es sich um den 30. April.
- ¹³¹ Schon am 14. 5. 1945 forderte Kaisen vom KGF-Vorstand (Protokoll, Material Ehlers), auch aus der jungen Kaufmannschaft Mitarbeiter heranzuziehen.
- ¹³² Protokoll der Vorstandssitzung der KGF am 14. 5. 1945, Material Lücke; Paulmann, a.a.O., S. 154; Tagebuch Spitta, 14. 5. 1945, IfZ, ED 125; Dorn, Inspektionsreisen, S. 43.
- ¹³³ Tagebuch Spitta, 9. 5. 1945, IfZ, ED 125.
- ¹³⁴ Tagebuch Spitta, 14. 5. 1945, IfZ, ED 125.
- ¹³⁵ ebd.
- ¹³⁶ Senatsprotokolle, 15. 6. 1945; auch Protokoll der Vorstandssitzung der KGF am 16. 6. 1945, Material Lücke.
- ¹³⁷ ebd.
- ¹³⁸ StA Bremen, 3-R im Nr. 117/3, 2. 6. 1945; Tagebuch Spitta, 24. 7. 1945, IfZ, ED 125; Kaisen drückt in seinem Brief an Latour vom 25. 12. 1965 (StA Bremen, 3-R im Nr. 1/5) die Vermutung aus, daß Welker Gefallen an Vagts' Beflissenheit fand, ihm als Verbindungsmann zu den Deutschen zu dienen.
- ¹³⁹ Siehe Protokoll der Vorstandssitzung am 16. 6. 1945, Material Lücke.

- 140 Tagebuch Spitta, 14. 5., 30. 5. 1945, IfZ, ED 125.
- 141 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 279 f.
- 142 Tagebuch Spitta, 23. 5. 1945, IfZ, ED 125. Zu der Sitzung außerdem: KGF an Militärregierung, 25. 5. 1945, Material Ehlers.
- 143 Frida Paul an Eichler, 24. 7. 1945, erhalten durch Vermittlung von Susanne Miller.
- 144 Tagebuch Spitta, 6. 7. 1945, IfZ, ED 125. Von Vagts, schriftl. Mittlg. 23. 1. 75, bestätigt: Die Antifa sei von »fast allen« amerikanischen Offizieren gedeckt worden, so daß er sich wegen der dauernden Störungen an Welker habe wenden müssen, der das Schreiben »sehr freundlich aufnahm; aber geändert hat sich dadurch fast nichts.«
- 145 Tagebuch Spitta, 19. 6. 1945, IfZ, ED 125.
- 146 Tagebuch Spitta, 9. 7. 1945, IfZ, ED 125; Senatsprotokolle, 10. 7. 1945. – Wolters charakterisierte die Schwierigkeiten der Senatsarbeit vor der Bezirkskonferenz der KGF am 29. 7. 1945 (Protokoll im Material Arpo, S. 9) folgendermaßen: »Als wir in den Senat hineingegangen sind, haben wir uns gesagt, wir können nicht nur meckern, wir haben es vielmehr besser zu machen. Wie schwer das ist, wißt Ihr selber, vor allen Dingen, wenn man sieht, wie die Reaktionäre nur so herumlaufen. Ihr könnt Euch keine Vorstellung davon machen, wie heißt es oft bei unseren [Senats-, P.B.] Sitzungen hergeht. Da wird stundenlang über irgendeine unwichtige Sache verhandelt, und die wichtigen Sachen, die uns Arbeitern am Herzen liegen, werden sabotiert. Ich kann mich hier nicht weiter darüber auslassen, aber Ihr versteht mich auch so.« Diese Äußerung ist quellenkritisch bemerkenswert: In den Senatsprotokollen werden die angedeuteten Konflikte in keiner Weise sichtbar.
- 147 Tagebuch Spitta, 9. und 10. 7. 1945, IfZ, ED 125.
- 148 Tagebuch Spitta, 23. 5. 1945, IfZ, ED 125; siehe auch: KGF an Dorn, 25. 5. 1945, Material Ehlers. Vgl. auch Dok. 1, S. 250
- 149 Arnold Kunst und Heinz Meyer berichten (Interviews Adamietz), der zuständige Beamte des Arbeitsamtes, Carl Stockhinger, habe die Heimkehrer bei ihrer Ankunft in Bremen – in diesen beiden Fällen im September 1945 – auf die listenmäßig festgehaltene Zugehörigkeit zur NSDAP oder zu ihren Gliederungen geprüft.
 Arnold Kunst: Katholik. Nach Buchbinderlehre und langjähriger Militärzeit im September 1945 Rückkehr nach Bremen. Beschäftigt beim Caritas-Verband. CDU-Politiker (zunächst BDV).
 Heinz Meyer: Geb. 25. 9. 1911. Buchdruckerlehre. 1945 SPD, 1946–1967 MdBü, 1959–1967 als Vizepräsident. 1947 Hauptkassierer des DGB. Seit 1948 Ortsamtsleiter in Huchting.
- 150 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 447. Gotthard folgte am 15. August das KGF-Vorstandsmitglied Karl Heine nach (ebd.).
- 151 Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung der KGF am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- 152 Anlage zum Rundschreiben Nr. 2 der KGF, 14. 5. 1945, Material Ehlers.
- 153 Das Wohnungsamt, IML/ZPA V 20/4/3; Fortsetzung Interview Ehlers, S. 1.
- 154 Rundschreiben Nr. 5, 23. 5. 1945, Material Ehlers.
- 155 Interview Ehlers, S. 20.
- 156 ebd.

- 157 Schriftl. Mitteilung Ehlers, 18. 6. 1972.
- 158 Material Lücke.
- 159 StA Bremen, 3 – W 11 Nr. 49b/96/Nr. 1.
- 160 Aufbau Nr. 7, August 1945, S. 7. Wie aus einem Beitrag von Rudolf Rafoth in der Bürgerschaftssitzung am 1. August 1946 (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 146) hervorgeht, war 1945 eine Reihe ausgebombter Familien aus den traditionellen Bremer Arbeiterbezirken in besser erhaltene Wohngebiete umgesiedelt worden. Später ergaben sich aus dieser Aktion soziale Probleme, da die Betroffenen auf die Dauer nicht in der Lage waren, die nunmehr meist verdoppelte Miete aufzubringen. Zweifellos handelte es sich um eine relativ begrenzte Anzahl von Personen, wie die Bemerkungen von Bausenator Theil im Juli (Weser-Kurier, 21. 7. 1946, S. 3) und Wohlfahrtssenator Ehlers im November 1946 (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 14. 11. 1946, S. 13) belegen.
- 161 Aufbau Nr. 7, August 1945, S. 7.
- 162 KGF-Ortsgruppe Oslebshausen an Kaisen, 3. 9. 1945, Material Lücke.
- 163 Gotthardt an Vagts, 15. 7. 1945, StA Bremen 3–W 11 Nr. 49b/96/Nr. 2.
- 164 KGF an Reg. Bm. Vagts, 10. 7. 1945, ebd.
- 165 ebd.: »Es dürfte wohl nicht im Interesse der hierfür zuständigen Stellen liegen, bei Nichtbeachtung der vorliegenden Beschwerde in den Verdacht zu kommen, daß sie gegen alles Antifaschistische nach wie vor eine feindliche, den Nazis gegenüber aber eine umso mehr freundlichere Haltung bewahren.«
- 166 So die Formulierung Wilhelm Kaisens in der Senatsitzung am 17. 8. 1945 (Protokoll).
- 167 Tagebuch Spitta, 25. 7. 1945, IfZ, ED 125. Neben den politischen Überlegungen und Emotionen waren natürlich elementare materielle Interessen im Spiel. Das gilt insbesondere auch für die von Emil Theil im Senat (Protokoll, 28. 9. 1945) durchgesetzte Entfernung nationalsozialistischer Aktivisten aus Kleingärten, auf deren enorme Bedeutung für die Ernährung der Betroffenen bereits hingewiesen worden ist. Die Angelegenheit war auf der Bezirkskonferenz der KGF am 29. 7. 1945 zur Sprache gekommen, wie das inoffizielle Protokoll aus dem Material Arpo, S. 8, zeigt.
- 168 Senatsprotokolle, 7. 8. 1945; Tagebuch Spitta, 14. 8. 1945, IfZ, ED 125.
- 169 Senatsprotokolle, 17. 8., 24. 8. 1945.
- 170 Senatsprotokolle, 2. 10., 5. 10. 1945.
- 171 Lebenslauf Ehlers; Senatsprotokolle, 3. 8. 1945; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 427.
Max Jahn: 3. 6. 1881–28. 7. 1954. Stellmacherlehre. 1899 nach Bremen; dort in verschiedenen Verwaltungsberufen tätig. 1901 SPD, Mitglied der Bremischen Nationalversammlung 1919/20, seit 1924 MdBü, 1933 für einige Monate ihr Präsident. Nach dem Zweiten Weltkrieg am Wiederaufbau der SPD beteiligt. August–Oktober 1945 Leiter des Bremer Arbeitsamts. 1946 Direktor der Bürgerschaft.
- 172 Interview Ehlers, S. 19. Besonderer Wert sei auf die sofortige Neubesetzung der leitenden Funktionen gelegt worden. Rudolf Rafoth sprach dagegen am 19. 9. 1946 (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 222) von 40–50 Nationalsozialisten, die im Juni 1945 aus dem Arbeitsamt entlassen worden seien.

- 173 *Functional History* 1945/46, a.a.O., S. 420.
- 174 KGF Bremen: An alle Distrikte, 27. 7. 1945, Material Lücke; Interview Gumpert, S. 5 f.; Senatsprotokolle, 3. 8. 1945; *Geschichte der antifaschistischen Bewegung*, S. 14, Material Ehlers.
- 175 *Functional History* 1945/46, a.a.O., S. 415.
- 176 Senatsprotokolle, 10. 7. 1945; Tagebuch Spitta, 9., 10. 7. 1945, IfZ, ED 125.
- 177 Interview Gumpert, S. 6.
- 178 Senatsprotokolle, 29. 6. 1945; siehe auch Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung der KGF am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- 179 Siehe z. B. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 6. Juni 1946, S. 43 (Ewert).
- 180 Senatsprotokolle, 29. 6. 1945.
- 181 Haider (Landesarbeitsamt) an Kaisen, 19. 10. 1945, StA Bremen, 3-A 18 Nr. 282.
- 182 Senatsprotokolle, 27. 7., 31. 7., 3. 8. 1945; Tagebuch Spitta, 25. 7., 31. 7., 9. 10. 1945, IfZ, ED 125; Interview Adamietz/Wolters; *Weser-Bote*, 4. 8., 1945, S. 2. Die beiden Verhafteten waren Oberregierungsrat Ziese, der Leiter des – dem Arbeitsamt Bremen formal übergeordneten – Landesarbeitsamts und Amtmann Schramm, die erst nach sechswöchiger Haft in einem Prozeß freigesprochen wurden, ohne jedoch ihre Stellung zurückzuerhalten.
- 183 *Functional History* 1945/46, a.a.O., S. 421, 424.
- 184 Es war an die Entlassung von ca. 40 % der Beschäftigten gedacht worden, »die vollständig unfähig für diese Art Arbeit« seien. (*Functional History of Military Government, Bremen Enclave*, 14 July–August 1945, Part I, Narrative, S. 142). – Ein Jahr später kam es in der Bürgerschaft zu einer heftigen Auseinandersetzung über das Arbeitsamt, als die KPD die Entlassung einer »erheblichen« Anzahl von Personen und die Auflösung des (offenbar mehrheitlich kommunistischen) Betriebsrates wegen angeblich nicht eingehaltener Formalien kritisierte. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. August 1946, S. 160). Nachdem der zuständige Senator Wolters (inzwischen SPD) sich der Kritik der KPD zunächst angeschlossen hatte (ebd., S. 161 f), stellte er nach neuen »Erkundigungen« einige Wochen später fest, die Entlassungen seien wegen Unfähigkeit erfolgt, zum Teil aber auch, weil »einige Leute im Arbeitsamt aus ihrer Stellung ein parteipolitisches Geschäft zu machen versucht haben« (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 19. September 1946, S. 221). Wolters attackierte jedoch die Militärregierung, weil sie 1945 einen durch NSDAP- und SS-Mitgliedschaft belasteten Berufssoldaten trotz Warnungen als Spitzel ins Arbeitsamt geschickt und im Sommer 1946 sogar zum leitenden Beamten gemacht habe. Dieser Mann sei nun endlich, u. a. wegen Fragebogen-Fälschung, verhaftet worden.
- 185 KGF: An alle Ortsgruppen, im Mai 1945, S. 3, Material Ehlers.
- 186 Protokoll der ersten erweiterten Vorstandssitzung der KGF am 16. 5. 1945, Material Lücke.
- 187 Siehe KGF-Abteilung Betrieb und Gewerkschaft, Rundschreiben Nr. 1, 1. Juni 1945, S. 1, Material Ehlers; Interview Ehlers, S. 13.
- 188 *Geschichte der antifaschistischen Bewegung*, Material Ehlers, S. 12; Inter-

view Wolters, S. 9; Interview Gumpert, S. 5; Fortsetzung Interview Ehlers, S. 1. Ebenso wie die Alliierten hielt die KGF den Werwolf für eine reale Gefahr, und die Bildung der Abteilung Bruns ist sicher auch unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Die Vertreter der KGF-Ortsgruppe Burg wiesen in der ersten erweiterten Vorstandssitzung am 16. 5. 1945 (Protokoll im Material Lücke) darauf hin, daß die Nationalsozialisten in Burg zum Teil noch bewaffnet seien und öffentliche Werwolfpropaganda betrieben würde. – Noch am 28. 6. 1945 kam die KGF in einem internen Bericht über Gerüchte und Beobachtungen zu dem Ergebnis, »daß die NSDAP systematisch illegal arbeitet.« Für solche Vermutungen gibt es aus heutiger Perspektive keinerlei ernsthafte Indizien.

- ¹⁸⁹ Vorausgesetzt, man nimmt als Kriterium den Einfluß der Betroffenen und nicht ihre Brutalität gegenüber den Hitlergegnern während des Dritten Reichs. Gumpert, Interview, S. 4, nennt ein Beispiel für die bedeutende Rolle der Abteilung Bruns bei der Verhaftung von bekannten Folterern des NS-Terrorapparats.
- ¹⁹⁰ Interview Gumpert, S. 5: »Ich sagte: »Das ist ein Knochen, den man uns hinwirft, um uns damit herumzubalgen. Wir lassen die Finger davon!« Siehe auch Interview Paul, S. 5: »Die Schwierigkeit war, daß die Besatzer etwas ganz anderes mit uns vorhatten als wir.«
- ¹⁹¹ Schriftl. Mitteilung Martin Meyer, 23. 10. 1973; Interview Hogrefe, S. 5. Normalerweise hatten die Beschlagnahmeaktionen der Abteilung Bruns den Zweck, nach Bremen zurückgekehrte KL-Häftlinge mit Wohnungen, Möbeln, Haushaltsgeräten, Radioapparaten usw. zu versorgen. (Fortsetzung Interview Ehlers, S. 1).
- ¹⁹² Interview Gumpert, S. 5.
- ¹⁹³ ebd.; Interview Paul, S. 10.
- ¹⁹⁴ Interview Meyer-Buer, S. 9: »Es hat fast täglich Beschwerden gegeben.«
- ¹⁹⁵ Am 18. 5. 1945 wurde im Senat (Protokoll) die geplante Einrichtung einer KL-Betreuungsstelle bekanntgegeben. Am 13. 7. und am 17. 8. 1945 führte Senator Apelt Klage über Eingriffe der Stelle in die Kompetenzen anderer Institutionen (Senatsprotokolle). Die Bremer KL-Betreuungsstelle war für ca. 500 ehemalige KL-Häftlinge zuständig, insgesamt für 840 politisch und 230 rassistisch verfolgte Häftlinge. (Senatsprotokolle, 7. 10., 30. 10. 1945).
- ¹⁹⁶ Im Material Lücke z. B. folgende Aufstellungen und Beschwerden: Bericht der Ortsgruppe Gröpelingen über die mangelnde Entnazifizierung, 27. 7. 1945; Listen antifaschistischer Handwerker und Geschäftsleute in Sebaldsbrück und Blumenthal, 30. 7. 1945; Beschwerde eines KGF-Mitglieds über die Beschäftigung von Nationalsozialisten auf dem Lagerplatz des Amtes für Straßen- und Brückenbau 12. 8. 1945; Beschwerde der Ortsgruppe Oslebshausen über einen hamsternden Arbeiter; Bericht über die Heranziehung befreundeter NS-Architekten durch den aus dem Staatsdienst entlassenen, aber von der Stadt mit der Erstellung eines Wiederaufbauplans beauftragten Baudirektor Wortmann; Bericht der Ortsgruppe Oslebshausen über Zurückhaltung von Mangelware durch verschiedene Geschäftsleute, 24. 8. 1945; Beschwerde eines Franz Rieling über feuchtfröhliche Besuche amerikanischer Offiziere bei einem Reichsbahnoberinspektor, ehemaligen Blockleiter und Mitglied der SA, 2. 9. 1945; Mitteilung von zwei Arbeitern über einen Denunzianten bei der Firma Eikemeyer, 31. 8. 1945.

- KGF-interne Anzeigen sollten offenbar von drei Zeugen unterzeichnet werden.
- 197 Die Kommunisten hätten jedoch aus Abneigung gegen die amerikanische Art der Entnazifizierung beschlossen, sich dem CIC nicht zur Verfügung zu stellen, ohne daß dieser Beschluß von allen kommunistischen Mitgliedern der Abteilung Bruns respektiert worden sei. (Interview Adamietz/Reichel; Adamietz, a.a.O., S. 228 f.).
Heinrich Reichel: Geb. 10. 6. 1907. Maschinenschlosser, bis 1930 AG Weser, dann Blohm u. Voss (Hamburg), 1938 Rückkehr nach Bremen, wieder AG Weser. Über die USP-Jugend 1921 zum KJVD, 1928 KPD. Illegale Arbeit. 1945 Vertrauensmann bei der AG Weser. KGF und KPD; auf der ersten Delegiertenkonferenz der Bremer KPD zum Organisationsleiter gewählt; heute DKP.
- 198 Senatsprotokolle, 3. 8. 1945.
- 199 ebd.; Tagebuch Spitta, 1. 8., 3. 8. 1945, IfZ, ED 125; Weser-Bote, 4. 8. 1945, S. 2; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 57. Der wahre Grund für die Absetzung Vagts' – für die vorliegende Arbeit von sekundärer Bedeutung – wäre allenfalls durch ein Studium der amerikanischen Akten zu erfahren. Dorn, Inspektionsreisen, S. 42, behauptet, Welker habe Einsicht gezeigt, nachdem Dorn ihm Sitzungsprotokolle der Bremer Bürgerschaft von 1931/32 mit antidemokratischen Äußerungen Vagts' vorgelegt habe. Im »Fächer« (s. Anm. 24), S. 2 werden kritische Berichte in der amerikanischen Presse als Anlaß angegeben. Wahrscheinlich wollte Welker der Gefahr vorbeugen, selbst für die schleppende Entnazifizierung im amerikanischen Nachschubhafen haftbar gemacht zu werden. Jedenfalls muß sein Entschluß sehr kurzfristig gefallen sein, da er noch unmittelbar vorher Vagts seiner Unterstützung versichert hatte. Vagts, schriftl. Mitteilung, 23. 1. 1975, behauptet, seine Absetzung sei gegen »Wunsch und Stimme des Gouverneurs« erfolgt.
- 200 KGF an Militärregierung, 8. 5. 1945, Material Lücke; siehe auch Dorn, Inspektionsreisen, S. 41 f.
- 201 Tagebuch Spitta, 31. 7. 1945; auch 24. 7. 1945, IfZ, ED 125.
- 202 Senatsprotokolle, 8. 5. 1945.
- 203 Weser-Bote, 21. 7. 1945, S. 2.
- 204 Vagts [?] an Militärregierung, 17. 7. 1945, StA Bremen, 3 – B 10b Nr. 3; Tagebuch Spitta, 31. 7. 1945, IfZ, ED 125.
- 205 StA Bremen, 3 – R im Nr. 117/3, 20. 6., 10. 7. 1945; Senatsprotokolle, 6. 7., 13. 7. 1945; Tagebuch Spitta, 21. 6., 25. 6., 5. 7. 1945, IfZ, ED 125.
- 206 Senatsprotokolle, 6. 7., 13. 7., 5. 10. 1945; Tagebuch Spitta, 11. 8. 1945, IfZ, ED 125. Dies galt vor allem für die Bau- und Schulverwaltung.
- 207 Protokoll im Material Lücke.
- 208 Senatsprotokolle, 17. 5. 1945.
- 209 KGF an Militärregierung, 21. 7. 1945, Material Lücke: Vagts habe sich mehrfach vergeblich [da er Freimaurer war, P.B.] um die Mitgliedschaft in der NSDAP bemüht. Am 18. 8. 1945 übergab Kaisen seinem amerikanischen Verbindungsoffizier Material, aus dem angeblich hervorging, daß die Aufnahme in die NSDAP bis Kriegsende zurückgestellt sei. Besprechung mit Capt. Bard, 18. 8. 1945, StA Bremen 3-R 1 m Nr. 390.
- 210 Ortsgruppe Gröpelingen an Abteilung Beschwerde und Sichtung, 27. 7. 1945, Material Lücke.

- 211 Ortsgruppe Oslebshausen an Zentrale, 20. 7. 1945, Material Lücke.
- 212 Ortsgruppe Mahndorf an Zentrale, 20. 7. 1945, Material Lücke.
- 213 Ortsgruppe Burg an Zentrale, 8. 7. 1945, Material Lücke.
- 214 Ortsgruppe Blumenthal an Zentrale, ohne Datum, Material Lücke.
- 215 Ortsgruppe Ritterhude an Zentrale, 20. 7. 1945, Material Lücke.
- 216 Protokoll im Material Arpo, S. 7 ff.
- 217 Frida Paul schrieb am 9. 8. 1945 an Willi Eichler (erhalten durch Vermittlung von Susanne Miller): »Wir haben es geschafft, daß Vagts nicht mehr da ist.«
- 218 Am 31. 7. 1945 waren folgende Beamte sofort zu entlassen: Landesschulrat Dr. Kurz, Oberregierungsrat Dr. Groscurth, Baudirektor Wortmann, Oberschulrat Dr. Dehning, Oberregierungsrat Dr. Spreine, Oberbaurat Kummer, Baurat Wolf, Landesrentmeister Hildebrand. Die Entscheidung stünde noch aus bei: Oberregierungsrat Behrens, Regierungsdirektor Dr. Hagens, Präsident Dr. Platz. Am 28. 9. 1945 wurde die Entlassung von Platz, am 9. 10. 1945 die von Behrens bekanntgegeben (jeweils Senatsprotokolle). Wie Spitta am 11. 10. 1945 in sein Tagebuch schrieb, blieb Behrens »hinter den Kulissen« Beamter Kaisens. IfZ, ED 125. Wortmann wurde mit der Erstellung eines Neubauplans für die Bremer Innenstadt beauftragt. Bausenator Theil hielt den von Wortmann vorgelegten Plan (StA Bremen 3-B 10 c Nr. 17, 5. 8. 1945) für undurchführbar, Senatsprotokolle, 17. 8. 1945.
- 219 Senatsprotokolle, 3. 8. 1945.
- 220 ebd.; Kaisen, a.a.O., S. 177 f., nimmt fälschlicherweise an, er sei bereits am 17. Juni 1945 an die Stelle von Vagts getreten. Kaisen bestand darauf, statt der von den Nationalsozialisten eingeführten Bezeichnung »Regierender Bürgermeister« den traditionellen Titel des Bremer Regierungschefs: »Präsident des Senats«, zu tragen. Die Führerstellung des Bürgermeisters gegenüber den Senatoren blieb jedoch de iure bis zur Verabschiedung einer neuen Bremer Verfassung erhalten. Spitta schrieb am 1. 8. 1945 in sein Tagebuch: »Apelt und ich haben zu Kaisens Persönlichkeit größtes Vertrauen. Die Frage ist nur: Kann er dem Druck von links – von Wolters, Nawrath usw. – standhalten?« IfZ, ED 125.
- 221 Z. B. die Beschwerde eines KGF-Mitglieds über die Beschäftigung von Nationalsozialisten auf dem Lagerplatz des Amtes für Straßen- und Brückenbau vom 12. 8. 1945, Material Lücke.
- 222 Z. B. die Beschwerde von Franz Rieling über Besuche amerikanischer Offiziere bei einem ehemaligen NS-Aktivist, Material Lücke.
- 223 KGF an Militärregierung, 24. 8. 1945, Material Lücke.
- 224 Senatsprotokolle, 7. 8. 1945. Dort auch das folgende Zitat.

4. Kapitel

- 1 Handschriftl. Lebenslauf Ehlers; Interview Ehlers, S. 18.
- 2 KGF-Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, Rundschreiben Nr. 1, 1. Juni 1945, S. 1 f., Material Ehlers.
- 3 ebd., S. 4 – Der Betriebsrat müsse unbedingt aus Arbeitern *und* Angestellten zusammengesetzt sein (S. 6).
- 4 ebd., S. 5.

- 5 Arbeitskollegen! (Anlage zum Rundschreiben Nr. 1 der Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, Material Ehlers).
- 6 Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates am 26. 5. 1945, Material Gregor. – Von den erwähnten 31 Vertrauensmännern waren sechs Angestellte (Ingenieure und Kalkulatoren), sechs Industriemeister, einer Kontrolleur, zwei Vorarbeiter. Die 15 Arbeiter verteilten sich auf folgende Berufe: drei Schlosser, ein Dreher, vier Former, ein Mechaniker, ein Schiffbauer, ein Zimmermann, ein Putzer, ein Maurer, ein Bote. Eine Person hatte keine Berufsangabe gemacht.
- 7 Notiz über die Wiedereingangssetzung von Betrieben, IML/ZPA V 20/16/1.
- 8 Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates der Atlas-Werke am 19. 6. 1945, Material Gregor; KGF-Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, Rundschreiben Nr. 2, 14. Juni 1945, S. 3, Material Ehlers.
- 9 ebd.
- 10 Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, S. 11; Interview Elmers, S. 4.
- 11 Rundschreiben Nr. 2 der Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, 14. Juni 1945, S. 4, Material Ehlers.
- 12 ebd.
- 13 Rundschreiben Nr. 2 der Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, S. 3, Material Ehlers.
- 14 Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates der Atlas-Werke vom 16. 7. 1945, Material Gregor. – Eine Festlegung der Gehaltskürzungen wurde nicht erreicht.
- 15 Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates der Atlas-Werke vom 26. 6. 1945, Material Gregor; Interview Heinemann (damals Borgward), S. 4 und Interview Elmers (damals Fahrzeug- und Gerätebau), S. 5.
- 16 Aufbau Nr. 7, August 1945, S. 9 f.
- 17 »Resolution«, Material Reiners.
- 18 Betriebsrat der Atlas-Werke an Direktion, 29. 10. 1945, Material Reiners.
- 19 Betriebsrat der Atlas-Werke an Direktion, 18. 10. 1945, StA Bremen, 3-B 10b Nr. 19. Das Schreiben gab in der Anlage ein »Beispiel für die gesellschaftliche Schichtung der Nazis« in den Atlas-Werken nach dem Stand vom 31. 1. 1945. Mitglieder der NSDAP, der SA, der SS oder Amtswalter in deren Nebenorganisationen waren:

Belegschaftsstärke	Eintritt bis einschl. 1937	Eintritt nach 1937	insgesamt
Angestellte 298	53 (18 0/0)	27 (9 0/0)	80 (27 0/0)
Arbeiter 800	8 (1 0/0)	30 (4 0/0)	38 (5 0/0)

Ein Teil der 118 Nationalsozialisten war allerdings bereits aus dem Betrieb ausgeschieden. – Daß diese Unterrepräsentation der Arbeiter bei der Mitgliedschaft in der NSDAP auch für andere Betriebe und Regionen galt, zeigt Tilman Fichter für die Firma Bosch: Betriebspolitik der KPD nach 1945. Am Beispiel der Firma Bosch, in: Fichter/Eberle, a.a.O., S. 91 f.

- 20 Betriebsrat der Atlas-Werke an Direktion, 5. 11. 1945, S. 3, Material Reiners. – Schlüsselt man die Nationalsozialisten nach den einzelnen Abteilungen des Betriebs auf, so ergibt sich folgendes Bild:

	zu entlassen	es verbleiben
Mechanische Werkstatt	7	11
Elektromechanische Werkstatt	4	8
Apparatebau	2	3
Büro und Labor der Elma	1	9
Magazin	4	3
Bauabteilung	1	3
Werft	3	10
Gießerei	—	2
Kaufmännisches Büro	3	4
Technisches Büro	4	8

Außerdem sollte ein Fahrer entlassen werden. Aus der Tabelle ergibt sich, daß die meisten NSDAP-Mitglieder unter den Angestellten – jedenfalls soweit sie nicht schon vorher entlassen worden waren oder selbst gekündigt hatten – nicht in den reinen Angestellten-Abteilungen zu finden waren, sondern sich vermutlich stärker aus den Aufsichtsfunktionen in den Arbeiterabteilungen rekrutierten.

- ²¹ »Bekanntmachung«, 27. 11. 1945, Material Reiners. – Beispiele für die konsequente Entnazifizierungspolitik deutscher Betriebsräte bei Fichter/Eberle, a.a.O., und bei Lutz Niethammer, Entnazifizierung, S. 131 ff.
- ²² Siehe dazu das entsprechende Kapitel der bereits erwähnten, demnächst erscheinenden Analyse der »Arbeitsgruppe Antifa«. Bis dahin: Lutz Niethammer / Alfred Weinrich: Die unerwünschte Demokratie. Über die Antifa-Ausschüsse und den Aufbau der Besatzungssysteme (Rundfunkmanuskript), S. 18, Kulturelles Wort, Westdt. Rundfunk.
- ²³ Frank Deppe / Jutta von Freyberg / Christof Kievenheim / Regine Meyer / Frank Werkmeister: Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf, Frankfurt 1969, S. 70.
- ²⁴ Gerhard Mannschatz / Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren (1945–1947), Berlin (Ost) 1962, S. 29.
- ²⁵ Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 12. bis 14. März 1946 im Katholischen Vereinshaus in Hannover-Linden, S. 20; Theo Pirker: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Tl. I: 1945–1952. Vom »Ende des Kapitalismus« zur Zähmung der Gewerkschaften, München 1960, S. 32 ff.; E. Schmidt, a.a.O., S. 28 f.
- ²⁶ Ulrich Borsdorf: Zum »Weeke«-Material, S. 2 (Materialien der Arbeitsgruppe Antifa, Manuskripte).
- ²⁷ Am 18. April 1945 bildeten z. B. Bochumer Belegschaftsvertreter eine Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte, Bochum, den 18. 4. 1945, Material Ehlers). Einen Tag später trafen sich in Gelsenkirchen-Buer die Vertreter von 19 Schachtanlagen verschiedener Städte des Ruhrgebietes. (Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 29).
- ²⁸ Resolution der Tagung im Material Reiners.
- ²⁹ Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates der Atlas-Werke vom 19. 6. 1945, Material Gregor.
- ³⁰ Betriebe im Aufbau (hrsg. von der Bremer KPD), DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46.

- 31 Aufbau Nr. 11, Januar 1946, S. 3.
- 32 Dafür spricht dessen Unterschrift unter Briefen und Rundschreiben des »Siebener-Ausschusses«, u. a. Betriebsräte-Schulungsbrief Nr. 1, 4. August 1945, Material Ehlers. In einem Brief vom 14. 6. 1945 wird Schimmeck bereits als Vorsitzender der Bremer Betriebsräte bezeichnet. Anordnung der Geschäftsführung (ohne Firmennamen) vom 14. 5. 1945, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. Die Erklärung mag darin liegen, daß die »Wahlliste« bereits vorher in der KGF abgesprochen war. Max Schimmeck: Geb. 1900. Ingenieur. Seit 1917 SPD und DMV. Nach eigenen Angaben im Auftrag der illegalen SPD, versuchte S. nach der Machtergreifung vergeblich, Mitglied der NSDAP zu werden. 1933/34 inhaftiert, 1937–45 Ingenieur bei Focke-Wulff bzw. bei Weser-Flug. 1945 Vorsitzender des Zentralausschusses der Bremer Betriebsräte. KGF, KPD. Personalreferent beim Arbeitsamt. 1946–1947 MdBü. Später zur SPD übergetreten. Verstorben.
- 33 Archiv der Handelskammer Bremen, erhalten durch J. E. Noltenius.
- 34 Der Direktor der Stadtwerke Bremen war z. B. folgendermaßen vorgegangen: »Da durch die Auflösung des bisherigen Vertrauensrates die Verbindung zwischen Belegschaft und Betriebsleitung abgerissen war, ich jedoch Wert darauf legte, auch weiterhin Fühlung mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern zu behalten, habe ich mich in den letzten Wochen darum bemüht, eine neue Betriebsvertretung zu bilden, die vorläufig ihre Aufgaben übernehmen soll, bis geregelte Wahlen stattfinden können. Ich habe tüchtige, politisch nicht belastete Werksangehörige ausfindig gemacht und Gegenvorschläge, die aus der Belegschaft heraus auftraten, berücksichtigt.« Dettmar an Vagts, 13. 7. 1945, StA Bremen 3-R im Nr. 24.
- 35 Verzeichnis der legitimierten Betriebsausschußmitglieder, zusammengefaßt im Zentralausschuß der Betriebsausschüsse für die Enklave Bremen, Material Ehlers.
- 36 ebd.
- 37 Siehe zum Beleg dieser These auch die in Anm. 6 aufgeführte berufliche Gliederung des Vertrauensleutekörpers der Atlas-Werke.
- 38 Vorspann zur Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen zum 30. Juni 1945, Material Ehlers.
- 39 § 1 der VO, abgedruckt im Weser-Boten, 23. 6. 1945.
- 40 Aufbau Nr. 3, Juni 1945, Sonderbeilage: Eine Verordnung des Regierenden Bürgermeisters, S. 3.
- 41 BLG an Belegschaft (vervielfältigter Brief), 21. 6. 1945, Material Lücke. – Für die »im Wochenlohn stehenden Mitarbeiter« galten die Arbeitsverträge mit neuer Kündigungsfrist weiter, da diese offenbar mit Hilfe des Arbeitsamtes an andere Arbeitsstellen ausgeliehen werden sollten, soweit sie nicht im Betrieb selbst benötigt wurden.
- 42 Handelskammer Bremen, Industrieabteilung: Behelfsmäßiger Rundschreibdienst Nr. 1/VI, 6. Juni 1945, Archiv der Handelskammer Bremen, 20 000.
- 43 KGF-Abtlg. Betrieb und Gewerkschaft, Rundschreiben Nr. 2, 14. Juni 1945, S. 2 f., Material Ehlers.
- 44 Apelt an Handelskammer Bremen, 20. 6. 1945, Archiv der Handelskammer Bremen (erhalten durch J. E. Noltenius). Diesem Schreiben Apelts

- war am Tag zuvor eine Intervention Wolters' im Senat vorausgegangen (Senatsprotokolle, 19. 6. 1945).
- 45 Bericht über die Sitzung vom 22. 6. 1945, einberufen von der Industrie- und Handelskammer, unter Leitung von Wilkens und Daseking, Material Ehlers.
- 46 Aufbau Nr. 3, Sonderbeilage, S. 2.
- 47 ebd.
- 48 Das geht aus den Senatsprotokollen eindeutig hervor, wo die Verordnung erst nach ihrer Inkraftsetzung diskutiert wurde. Dafür spricht außerdem das Exposé des Betriebsräte-Zentralausschusses zur VO vom 21. 6. 1945, StA Bremen 3 - A 18 Nr. 268.
- 49 Vagts hatte der Militärregierung den Entwurf seiner Kündigungsverordnung bereits am 11. 6. 1945 eingereicht. StA Bremen, 3 - R im Nr. 117/3, Bd. 1, 11. 6. 1945; Entscheidungen des Colonel Welker, StA Bremen 3-R im Nr. 24. Aus dieser Quelle geht nicht eindeutig hervor, mit welcher Verordnung Welker »grundsätzlich einverstanden« war. M. E. kann jedoch wegen des Zeitpunkts des Protokolls, der ebenfalls nur aus dem Inhalt erschlossen werden kann, allein die Kündigungsschutz-Verordnung gemeint sein.
- 50 Zentralausschuß an Industrie- und Handelskammer, 1. 7. 1945; Schimmeck an die Mitglieder des Zentralausschusses, 3. 7. 1945, beide Dokumente im Material Ehlers; außerdem die in Anm. 48 und 49 genannten Schreiben. Angeblich war der zuständige Fachoffizier von Vagts nicht unterrichtet worden.
- 51 Senatsprotokolle, 29. 6. 1945.
- 52 Senatsprotokolle, 29. 6., 3. 7., 6. 7. 1945.
- 53 Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen, Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen, 7. Juli 1945.
- 54 Interview Ehlers, S. 27. - Beide Kündigungsschutz-Verordnungen vom 15. 6. 1945 bzw. 6. 7. 1945 wurden durch eine dritte Verordnung vom 15. 1. 1946 zum 1. bzw. 20. 2. 1946 aufgehoben. (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 10/1946, 25. 2. 1946, S. 29).
- 55 Das geht aus dem von Ehlers, Wolters und Buckendahl unterzeichneten Schreiben an die Besatzungsmacht vom 30. 4. 1945 hervor. (Material Lücke).
- 56 Protokoll dieser »Gewerkschaftsbesprechung« im Material Lücke, auch als Beleg für das folgende; zusätzlich: Zur Gewerkschaftsfrage, abgegeben an die Militärregierung am 17. 6. 1945 (KGF-Dokument), S. 5, Material Ehlers.
- Albert Götze: 5. 7. 1887-1967. 1905 in Bremen zur sozialistischen Bewegung gestoßen. In der Weimarer Zeit Erster Bevollmächtigter des Baugewerksbundes in Bremen, Präsident der Arbeiterkammer und 1921-1933, 1946-1953 MdBü. 1945 erneut Präsident der Arbeiterkammer und Bevollmächtigter der Gewerkschaft Bau/Steine/Erden.
- Oskar Schulze: 26. 5. 1890-1968. Heizungsleger. 1919 als Unabhängiger Sozialdemokrat Bevollmächtigter beim Bremer DMV, später auch Syndikus der Arbeiterkammer. 1933 vorübergehend inhaftiert. Nach 1945 IG Metall- und DGB-Vorsitzender in Bremen. SPD, MdBü 1946-1952.
- Oskar Schwarz: Geb. 12. 6. 1886. Drechsler. Vor 1933 und nach 1945 Gewerkschaftssekretär (DMV; IGM).

- ⁵⁷ Vagts an Schulze, 23. 5. 1945, StA Bremen 3 – R 1m Nr. 24.
- ⁵⁸ Schulze u. a. an US Military Government, 8. 6. 1945, StA Bremen 3 – R 1m Nr. 24.
- ⁵⁹ Zur Gewerkschaftsfrage, abgegeben an die Militärregierung am 17. 6. 1945, S. 2 f., 5, Material Ehlers.
- ⁶⁰ Die Vereinheitlichungsdiskussion der deutschen Gewerkschaftler umfaßte 1945 mehrere Aspekte: 1. Die Trennung in weltanschauliche bzw. religiöse Richtungsgewerkschaften sollte aufgehoben werden. Das bedeutete den Zusammenschluß der freien Gewerkschaften mit den christlichen Verbänden, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und – bei vielen eher als Unvermeidlichkeit angesehen – mit der RGO. 2. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollten einem einzigen Gewerkschaftsbund angehören. (Vor 1933 hatten sogar die freien Gewerkschaften drei verschiedene Bünde aufrechterhalten.) Diese beiden Bestrebungen waren allgemein. Es gab darüber keine Auseinandersetzungen. Dagegen existierten verschiedene Auffassungen bei zwei weiteren Fragen: 3. Sollte das Industrieverbandsprinzip konsequent angewandt werden, d. h., sollten Arbeiter, Angestellte und Beamte eines bestimmten Wirtschaftszweigs in einer Einzelgewerkschaft zusammengeschlossen sein (ein Betrieb – eine Gewerkschaft), oder durften die Angestellten und Beamten ihre eigenen Sondergewerkschaften im Rahmen des gemeinsamen Bundes aufrechterhalten? 4. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob die Einzelverbände ihre Autonomie zugunsten einer stärkeren Zentralisation aufgeben sollten. Dazu gehörte vor allem die zentrale Sammlung und Verwaltung von Beiträgen. Die Sektionen oder Fachgruppen wären ausführende Organe der Gesamtgewerkschaft und von dieser finanziell abhängig gewesen. Bei Arbeitskämpfen hätten die Gelder der »reichen« Verbände zur Stützung einer »ärmeren« Sektion verwendet werden können. Wenn in diesem Buch von der Einheitsgewerkschaft die Rede ist, dann ist damit diese Absage an den Autonomismus gemeint, die im Einzelfall radikaler oder – wie in Bremen – gemäßigter formuliert war. Zu den politischen Konzeptionen im Zusammenhang mit der Einheitsgewerkschaft S. 59 f., 363, Anm. 72.
- ⁶¹ siehe Anm. 83.
- ⁶² Zur Gewerkschaftsfrage, abgegeben an die Militärregierung am 17. 6. 1945, S. 4, Material Ehlers.
- ⁶³ Aufbau Nr. 11, Januar 1946, S. 3.
- ⁶⁴ Am 12. Juli 1945 veranlaßte Vagts aufgrund einer Ermächtigung der Militärregierung die Wiederherstellung beider Arbeitskammern in ihrer alten Form. Da Wahlen zunächst undurchführbar waren, ernannte der neue Bürgermeister Kaisen am 2. August auf Vorschlag des ehemaligen Syndikus Oskar Schulze die Mitglieder der Arbeiterkammer. Es handelte sich zum Teil um Gewerkschaftler, die diese Stellung auch schon vor 1933 innegehabt hatten. Präsident wurde Albert Götze, Stellvertreter Alwin Ohse, Syndikus Oskar Schulze und Rechnungsführer Otto Otten. – Hatte sich auch im wesentlichen die alte Form der Kammern durchgesetzt, so lehnten doch die ehemaligen Gewerkschaftsführer ebenso wie der »Siebener-Ausschuß« der Betriebsräte die Trennung in Arbeiter- und Angestelltenkammer ab. Der Vorsitzende der Arbeiterkammer, Götze, führte in einer Sitzung der Vollversammlung am 16. August 1945 aus: »Daß unsererseits der Versuch gemacht worden ist, eine einheitliche Kammer zu bekom-

men, das war unbedingt notwendig. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, die angetan ist nach einer Zersplitterung, sondern alles drängt darauf hinaus, einheitliche Organisationen zu bekommen.« Diesen Bestrebungen arbeitete jedoch eine Gruppe ehemaliger DHV-Mitglieder entgegen. Nachdem sie sich mit dem Vorsitzenden des »Siebener-Ausschusses« am 27. Juli 1945 trotz großer Gegensätze auf einen gemeinsamen Vorstand der Angestelltenkammer zu dem Zweck geeinigt hatte, »aus Ersparnisgründen die Angestelltenkammer mit der Arbeiterkammer zusammenzulegen«, reichte sie einige Tage später beim zuständigen Senator eine eigene Liste ein. Erst auf die Intervention der Angestelltensektion des »Vorbereitenden Ausschusses der Freien Gewerkschaften« hin wurde der bereits ernannte Vorstand der Angestelltenkammer am 24. August entlassen und ein neuer Vorstand eingesetzt. Zur Vereinigung beider Kammern kam es jedoch nicht mehr. Benoit, a.a.O., S. 53 ff.; schriftliche Mitteilungen I. Benoit, 1. 12., 14. 12. 1971; StA Bremen, 3 – A 17 Nr. 32 (diverse Dokumente); Aktennotiz betr. Vorbesprechung der Angestelltenkammer, Material Ehlers; Sitzungsprotokoll der Vollversammlung am 16. 8. 1945, Archiv der Arbeiterkammer, erhalten durch Ingomar Benoit.

65 Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1, S. 31.

66 ebd., S. 32

67 Interview Reiners, S. 7; schriftl. Mitteilung Ehlers, 18. 6. 1972, S. 8 f.

68 Quittung aus dem Material Gregor, 27. 7. 1945.

69 Quittungen aus dem Material Gregor 27. 7., 29. 8., 18. 9. 1945.

70 »Entschließung« der Versammlung im DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46.

71 Interview Reiners, S. 7.

72 Zu dieser Konzeption, die ähnlich auch von Wilhelm Leuschner im Widerstand vertreten wurde: Klein, a.a.O., S. 103 ff.; Gerhard Beier: Einheitsgewerkschaft, S. 237 ff. Ulrich Borsdorf: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 385 ff., bes. S. 394 ff. Vgl. S. 159.

73 Krause an Oldenbroeck, 30. 10. 1945. AdsD, Bestand ITF, Mappe 64. Diese Äußerung Krauses zeigt, daß ein bestimmter Typ von antikommunistischen Gewerkschaftsfunktionären unfähig oder nicht gewillt war, zwischen Gewerkschaftsspaltung und innergewerkschaftlicher Opposition zu unterscheiden. Denn Enderle u. a. waren nicht zuletzt wegen des Kurswechsels der KPD in der Gewerkschaftsfrage (RGO) seit 1928 aus der KPD ausgeschlossen worden bzw. ausgetreten. (Vgl. Kap. 1, Anm. 55).

74 Senatsprotokolle, 19. 6. 1945.

75 Vagts an Military Government, 30. 6. 1945, und als Anlage: die von Wolters ausgearbeitete Stellungnahme »Betr.: Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten«, StA Bremen, 3-R 1m Nr. 24.

76 ebd., S. 1 f. Auf S. 3 hieß es: »Die Aufgaben der Kammer als provisorischer Interessenvertretung der Bremer Arbeitnehmer erlöschen mit dem Tage, an welchem die Gewerkschaften als die gegebenen Tarifkontrahenten an ihre Stelle treten«.

77 StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 24.

78 Vorbereitender Ausschuß der Gewerkschaften an Ehlers, 26. 7. 1945 (Einladung), Material Ehlers; außerdem: Betriebe im Aufbau, S. 4, DGB-Ar-

- chiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. J. Kolb, a.a.O., S. 32, nimmt irrtümlicherweise an, der Ausschuß sei erst im Oktober entstanden.
- 79 Abteilung für Gewerkschaftsfragen der KGF an Militärregierung (Entwurf), StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 24.
- 80 Einladung des Vorbereitenden Ausschusses der Freien Gewerkschaften in Bremen, Sektion: Metallindustrie, Material Ehlers, und Ehlers an Schulze, 17. 7. 1945, Material Ehlers: »Am Mittwoch, dem 18. Juli, um 14.00 Uhr findet im Arbeitsamt Bremen [...] eine wichtige Besprechung über Gewerkschaftsfragen statt. Die daran teilnehmenden amerikanischen Offiziere, Herr Mayor Marshall und der höchste amerikanische Gerichtsoffizier, haben den Wunsch geäußert, daß alle Mitglieder des provisorischen Ausschusses des ADGB und der Zentralausschuß der Betriebsräte daran teilnehmen. Es soll eine zwanglose Aussprache sein, um alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die der neuen Bildung von Gewerkschaften noch entgegenstehen.«
- 81 Betriebe im Aufbau, S. 4, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46.
- 82 Satzung der Freien Gewerkschaft für Bremen und Umgebung, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. – Parallel zum zentralen »Fünf- undzwanziger-Ausschuß« bildeten sich zunächst »Vorbereitende Ausschüsse« zur Wiedererrichtung der Einzelverbände als Untergliederungen der Einheitsgewerkschaft. Einladung des »Vorbereitenden Ausschusses der Freien Gewerkschaften in Bremen, Sektion: Metallindustrie«, Material Ehlers.
- 83 Klein, a.a.O., S. 163 ff. An anderer Stelle des Buchs (S. 21 ff.) interessante Ausführungen zur Vorgeschichte der Einheitsgewerkschaften. Über die autoritäre und zugleich klassenpartnerschaftliche Variante der Konzeption der Einheitsgewerkschaft außerdem: Beier, Einheitsgewerkschaft, S. 207 ff. und Borsdorf, a.a.O., S. 385 ff. – Vgl. ferner insbesondere J. Kolb, a.a.O.; auch Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 12. bis 14. März 1946 im Katholischen Vereinshaus in Hannover-Linden, o.O.o.J., S. 13 ff. – Ein unter mehreren Aspekten – nämlich wegen des überragenden zahlenmäßigen Erfolgs, der unmittelbaren politischen Ausrichtung und des Intrigenspiels der im »Ketzlerklub« zusammengeschlossenen Altfunktionäre mit der Besatzungsmacht gegen die eigene Organisation – besonders krasses Beispiel, die Hamburger Sozialistische Freie Gewerkschaft, ist schon verschiedentlich in der Literatur behandelt worden: Franz Spliedt: Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge seit 1945, Hamburg 1948; Kaden, a.a.O., S. 53 ff.; J. Kolb, a.a.O., S. 35 ff.; Klein, a.a.O., S. 192 ff.; Schmidt/Fichter, a.a.O., S. 14 f.; E. Schmidt, a.a.O., S. 29 f.; Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke/a.a.O., S. 193 f. Jetzt vor allem Christier, a.a.O., S. 59 ff.
- 84 Konferenz der Wirtschaftsgruppe Metall im Lande Niedersachsen. Niederschrift zu den Verhandlungen der Wirtschaftsgruppe Metall der Gewerkschaften im Lande Niedersachsen am 28./29. Dezember 1946 in Wolfsburg, Volkswagenwerk, Hannover o. J., S. 10.
- 85 Beispiele dafür bei Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1, S. 59 f.
- 86 Arbeiter, Angestellte und Beamte der Unterwerse!, Juli 1945, BfS: Depositorium DGB-Hamburg.
- 87 An alle Betriebsräte, Erklärung, 25. Juli 1945, BfS: Depos. DGB-Hamburg. Klein, a.a.O., S. 257, Anm. 161, teilt ferner mit: »Die vier Opponen-

ten gegen den Gewerkschaftsaufwurf waren Mitglieder der KGF, sie hatten bereits am 18. 6. 1945 als Mitglieder der Betriebsrätekommission bei der Militärregierung um die Gründung einer neuen Gewerkschaft nachgesucht, und am 20. Juni hatten sie auf Aufforderung ein Memorandum über die Gewerkschaftskonzeption bei der Militärregierung eingereicht [vgl. Bremen, P. B.], zugleich hatte die KGF in den Betrieben Listen für beitragswillige Mitglieder verteilt. Diese Maßnahme hatte sodann die sozialdemokratischen »Nurgewerkschafter« empört und zu ihrem Flugblatt [siehe Anm. 86, P. B.] angeregt, in dem sie allerdings immerhin die vier KGF-Vertreter akzeptierten.

⁸⁸ Eingabe der KPD an die Militärregierung: Erklärung der Vertrauensleute der Schiffbau-Gesellschaft »Unterweser«, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. Bedeutsam scheint mir die Feststellung, daß offenbar alle Beteiligten nichts dabei fanden, die Besatzungsmacht gewissermaßen als Schiedsrichter in internen Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung anzurufen.

⁸⁹ Die gewerkschaftliche Einheit ist vollzogen, BfS: Depos. DGB-Hamburg. Hans Krause (AdsD, Bestand ITF, Mappe 64) schrieb am 17. 10. 1945 an Oldenbroeck: »Anfangs gab es einige Schwierigkeiten mit den Kommunisten (Bremerhaven/Hamburg), aber nach Verhandlungen und Treffen wurden die Dinge ausgebügelt, und die Kommunisten erklärten sich bereit, in den Gewerkschaften als bona fide Mitglieder mitzuarbeiten. [...] Trotz meiner guten Gewerkschaftsarbeit längs der Wasserkante war Captain W. der Ansicht, ich sei gegen die [Gewerkschafts-, P. B.] Einheit mit den Kommunisten. Wenn die Kommunisten an ihren Worten und Wünschen festhalten, alles in Ordnung – dann werden wir innerhalb der Gewerkschaft in Deutschland zusammenarbeiten. In jedem Fall werden sie zeigen müssen, daß sie es [erst, P. B.] meinen.«

⁹⁰ Die gewerkschaftliche Einheit ist vollzogen; Gruppenteilung der Allgemeinen freien Gewerkschaft; beide Dokumente: BfS, Depos. DGB-Hamburg.

⁹¹ Siehe Klein, a.a.O., S. 192.

⁹² Abgedruckt bei Fritz Opel / Dieter Schneider: Fünfundszwanzig Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt 1966, S. 345.

⁹³ In allen offiziellen und offiziellen Publikationen brachten die Amerikaner ihre politische Wertschätzung der deutschen Gewerkschaftsführer zum Ausdruck. In der Functional History 1945/46, a.a.O., S. 415, hieß es: »Die Gewerkschaften stellen eine der solidesten Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland dar.« (Siehe auch die folgende Anm.)

⁹⁴ Siehe – auch für das folgende – vor allem die mehrfach erwähnten Bücher von Klein, J. Kolb, Pirker und E. Schmidt. In der Hochphase des Kalten Kriegs hieß es dagegen in einer amerikanischen Publikation: »Die Ermutigung und Unterstützung, die den Gewerkschaften in den Jahren ihrer Herausbildung gegeben wurden, haben eine Organisation hinterlassen, die heute vergleichsweise eine der zahlenmäßig stärksten, best organisierten, am kräftigsten antinazistischen und antikommunistischen [...] und am konsequentesten prowestlichen [...] Kräfte in Westdeutschland darstellt.« Taylor Cole: Labor Relations, in: Edward H. Litchfield (Hrsg.): Governing Postwar Germany, Bd. 2, Washington/London 1953, S. 378. Die

- sowjetische Besatzungsmacht unterstützte den Aufbau der Gewerkschaften von oben. Dadurch entstanden Bedingungen, die sich nur schwer mit denen der westlichen Zonen vergleichen lassen. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S. 54 f.; Klein, a.a.O., S. 223 ff. Allerdings hatten die Gewerkschaften hier auch – gerade gegenüber den Betriebsräten – eine disziplinierende Funktion. Benno Sarel: *La classe ouvriere d'Allemagne Orientale. Essai de chronique (1945–1958)*, Paris 1958.
- ⁹⁵ *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 440.
- ⁹⁶ E. Schmidt, a.a.O., S. 30 ff.; J. Kolb, a.a.O., S. 54; Matthew A. Kelly: *The Reconstruction of the German Trade Union Movement*, in: *PSQ 64 (1949)*, S. 31.
- ⁹⁷ Zitiert nach: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (britische Besatzungszone) 1947–1949*, Köln o. J., S. 16.
- ⁹⁸ ebd., E. Schmidt, a.a.O., S. 37; Pirker, *Die blinde Macht*, Bd. 1, S. 28 f.
- ⁹⁹ Dazu vor allem J. Kolb, a.a.O., S. 14 ff.; Klein, a.a.O., S. 168 ff., 303 ff.
- ¹⁰⁰ Pirker, *Die blinde Macht*, Bd. 1, S. 38.
- ¹⁰¹ J. Kolb, a.a.O., S. 27 ff.; Klein, a.a.O., S. 171 ff.; 312 ff.
- ¹⁰² J. Kolb, a.a.O., S. 75.
- ¹⁰³ ebd, S. 54; E. Schmidt, a.a.O., S. 44; Kelly, a.a.O., S. 37, schreibt: »Die Position der deutschen Arbeiterorganisationen in bezug auf zentralisierte Organisationen und Autonomie der Einzelgewerkschaften innerhalb der [gewerkschaftlichen, P. B.] Föderation ist zum großen Teil ein Produkt der Politik der alliierten Mächte. Die westlichen Alliierten förderten mit Unterstützung von Gewerkschaftsführern ihrer eigenen Länder die Autonomie in der Föderation in dem Glauben, daß demokratische Gewerkschaften nicht in hochzentralisierten Organisationen gedeihen könnten.«
- ¹⁰⁴ J. Kolb, a.a.O., S. 12; E. Schmidt, a.a.O., S. 32; Zink, *United States*, S. 282 f.; Kelly, a.a.O., S. 37.
- ¹⁰⁵ *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone 1947–1949*, a.a.O., S. 14 f. (dort im Wortlaut die betreffende Bekanntmachung).
- ¹⁰⁶ E. Schmidt, a.a.O., S. 39.
- ¹⁰⁷ Zink, *United States*, S. 282. Ähnlich Bernard Montgomery: *Memoiren*, München 1958, S. 428.
- ¹⁰⁸ *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone 1947–1949*, a.a.O., S. 687; siehe auch *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 440.
- ¹⁰⁹ J. Kolb, a.a.O., S. 32, 138 (Anm. 199). Kolb gibt neben den Ausführungen Schulzes auf der Interzonenkonferenz der Metallgewerkschaften am 27. und 28. 2. 1947 in Mannheim (Protokoll, S. 4) ein Tonbandinterview mit dem inzwischen verstorbenen Schulze als Beleg an. Ob die Bremer Altfunktionäre – wie ihre Hamburger Kollegen – direkt gegen die Einheitsgewerkschaft intrigierten, konnte nicht festgestellt werden.
- ¹¹⁰ »Der Wunsch der Bremer Arbeiter, Angestellten und Beamten ging dahin, eine einheitliche Organisation zu schaffen. Das ist leider jetzt noch nicht möglich.« O. Schulze: *Gewerkschaften kommen*, *Weser-Kurier*, 22. 9. 1945, S. 3.
- ¹¹¹ *Besprechungen mit Captain Bard* am 20. 8. 1945 und am 11. 9. 1945, *StA Bremen*, 3 – R 1m Nr. 390.
- ¹¹² *Military Government (Ashcanase) an Kaisen*, 22. 8. 1945, betr.: *Gewerk-*

- schaften, mit Anhang C: Antrag für die Erlaubnis zur Gründung einer Gewerkschaft (Fragebogen-Muster), StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 24; Senatsprotokolle, 24. 8. 1945.
- ¹¹³ O. Schulze: Gewerkschaften kommen, *Weser-Kurier*, 22. 9. 1945, S. 3.
- ¹¹⁴ *Weser-Kurier*, 24. 10. 1945, S. 3.
- ¹¹⁵ *Weser-Kurier*, 7. 11. 1945, S. 3.
- ¹¹⁶ *Weser-Kurier*, 12. 12. 1945, S. 4.
- ¹¹⁷ *Weser-Kurier*, 19. 12. 1945, S. 4.
- ¹¹⁸ Von den Befürwortern der Einheitsgewerkschaft war die volle Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips zum Teil nicht wichtig genommen worden, da die Bedeutung des Einzelverbandes nach ihrer Meinung ohnehin stark reduziert werden sollte. Daher war die erneute Spaltung von Arbeitern und Angestellten z. B. in der Satzung der Freien Gewerkschaft Bremens bereits verankert (siehe S. 158). Die Initiative für die Durchsetzung einer eigenen Angestelltengewerkschaft im Rahmen des DGB ging von Hamburg aus. Die Niederlage der Hamburger Vorstellungen im Rahmen der britischen Zone führte dann zur Verselbständigung der DAG. Klein, a.a.O., S. 319 ff.
- ¹¹⁹ § 4 der Satzung des DMV lautete: »Mitglied können Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts werden.« Satzung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Bremen und Umgebung, § 4, Material Reiners.
- ¹²⁰ Schriftl. Mittlg. Reiners, 6. 5. 1972, S. 3.
- ¹²¹ Diese Gruppe um W. Freitag bekämpfte Betriebsgruppen als typisch kommunistisches Organisationsprinzip. J. Kolb, a.a.O., S. 33.
- ¹²² *Weser-Kurier*, 7. 11. 1945, S. 3; 10. 11. 1945, S. 6; 8. 12. 1945, S. 6; 12. 1. 1946, S. 4.
- ¹²³ *Weser-Kurier*, 7. 11. 1945, S. 3.
- ¹²⁴ *Weser-Kurier*, 7. 11. 1945, S. 6; *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 180.
- ¹²⁵ Bramall (britischer Industrial Relations Officer in Hannover) an Military Government in Bremen, erhalten durch J. Kolb. Mit diesem Schreiben wurde die DMV-Satzung als genügend für Phase zwei genehmigt.
- ¹²⁶ Pirker, *Die blinde Macht*, Bd. 1, S. 28.
- ¹²⁷ Siehe J. Kolb, a.a.O., S. 27 ff. Über den Gewerkschaftsaufbau in Niedersachsen informiert jetzt: Franz Hartmann: *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen*, Hannover 1972.
- ¹²⁸ Military Government (Ashcanase) an Kaisen, 22. 8. 1945, betr.: Wahl von Arbeitnehmervertretern, mit Anhang A: Bekanntmachung über die Wahl von Arbeitnehmervertretern, StA Bremen, 3 – R 1m Nr. 24.
- ¹²⁹ Bericht über die Betriebsversammlung bei Borgward im *Weser-Kurier*, 6. 10. 1945, S. 4; für die Atlas-Werke befindet sich ein Vermerk in den Sitzungsprotokollen des Materials Gregor; siehe auch die folgende Anm.
- ¹³⁰ *Weser-Kurier*, 24. 10. 1945, S. 3.
- ¹³¹ Rede des Betriebsratsvorsitzenden der Atlas-Werke am 28. 11. 1945, Material Reiners. Dort wurde auch gesagt: »1. Der Betriebsrat vertritt in erster Linie Organisierte. 2. Grundsätzlich können Meister und sonstige Vorgesetzte nur Organisierte sein, damit sie ihrerseits Wert auf Organisierte legen.«
- ¹³² Sitzungsbericht im *Weser-Kurier*, 31. 10. 1945, S. 2; nach *Functional History* Oktober/Dezember 1945, a.a.O., S. 130, waren 320 Betriebsräte an dem Treffen beteiligt. Daß dieses »Betriebsräteparlament« keine Ten-

- denzen zeigte, als Organ proletarischer Gegenmacht zu fungieren, ist ein deutlicher Beweis für die wenig revolutionäre Stimmung in der deutschen Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg.
- ¹³³ *Weser-Kurier*, 3. 11. 1945, S. 6.
- ¹³⁴ ebd.
- ¹³⁵ *MG an Kaisen*, 22. 8. 1945, Anh. A: Bekanntmachung über die Wahl von Arbeitnehmervertretern, Punkt 3a, StA Bremen, 3 – R im Nr. 24.
- ¹³⁶ *Weser-Kurier*, 17. 11. 1945, S. 6.
- ¹³⁷ 1064 Betriebsratsmitglieder in 229 Betrieben mit 33 000 Beschäftigten, *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 442.
- ¹³⁸ *Aufbau* Nr. 10, November 1945, S. 8.
- ¹³⁹ Vermerk über die Wahl und Protokoll der Sitzung des Betriebsrates der Atlas-Werke, Material Gregor.
- ¹⁴⁰ Daher erscheint es mir sinnvoll, quantitative Angaben über das parteipolitische Kräfteverhältnis in den Bremer Betrieben 1945 nicht an dieser Stelle, sondern im Kapitel 5 im Zusammenhang mit der Wiedergründung der Arbeiterparteien zu machen.

5. Kapitel

- ¹ Kaden, a.a.O., S. 31 ff.; Carola Stern: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957, S. 15 f.; Siegfried Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin (Ost) 1967, S. 62 ff.; Moraw, a.a.O., S. 65 ff.; Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1958, S. 163 ff.; ders.: Brüder, in eins nun die Hände, Berlin (Ost) 1956, S. 21; Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 28 ff., bes. S. 34; Ernst Thape: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969, S. 207 f., 211; Klaus-Peter Schulz: Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46, Berlin 1965, S. 17 ff.
- ² In der Literatur sind folgende Hinweise enthalten: mehrere Orte Mecklenburg/Vorpommerns (Heinz Voßke: Die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED in Mecklenburg/Vorpommern Mai 1945 bis April 1946, Rostock 1966, S. 37); Sachsen/Anhalts (Rolf Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964, S. 26; speziell zu Eisleben außerdem: Robert Büchner: Wir wußten, was wir wollten! in: *Wie die Arbeiter- und Bauernmacht entstand*, Halle o. J., S. 8 ff.; ders.: *Mit dem Lenin-Denkmal und der Fahne von Kriwoi-Rog empfangen wir in Eisleben unsere sowjetischen Klassenbrüder*, in: *Wir sind die Kraft. Der Weg der Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen*. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959, S. 401; Thüringens (Wolfgang Leonhard: *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln/Berlin 1955, S. 388); Nordrhein-Westfalens (Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 31, 37; Hans Peter Ehni: *Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Reulecke*, a.a.O., S. 434); Südbadens, wo eine Vereinigte Arbeiterpartei regional organisiert war (Karl Greese: *Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden*. Phil. Diss. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED), Berlin (Ost)

- 1961, (masch.), S. 26; speziell zu Singen außerdem: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Mai 1945–April 1946. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959, Dokument 117, S. 286 ff.). Die Braunschweiger Einheitspartei-Gründung erwähnt Kaden, a.a.O., S. 156 (außerdem: Dokumente und Materialien, a.a.O., Dokument 71, S. 180); die Ludwigsburger wird im Monthly Report der US-Militärregierung Nr. 4, 20. 11. 1945 (für Monat Oktober) und von Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 684, behandelt.
- 3 So verstanden sich z. B. die Stadtteilausschüsse in Berlin-Pankow, in der Praunheimer Siedlung in Frankfurt, in den Hamburger Stadtteilen Bergedorf und Langenhorn nach Aussagen von Beteiligten (Materialien der Arbeitsgruppe Antifa) als Zellen oder Vorstufen der künftigen einheitlichen Partei. Für die SFG Kaden, a.a.O., S. 54 ff. und Christier, a.a.O., S. 59 ff.
- 4 Dokumente und Materialien, a.a.O., Dokumente 71 und 117, S. 180, 286 ff.; Kaden, a.a.O., S. 156 f.; Voßke, Vereinigung, S. 36; Stöckigt, a.a.O., S. 26; Leonhard, a.a.O., S. 388. In der Ostzone erfolgte die Zerschlagung der lokalen Einheitsparteien bereits in den ersten Wochen, in den Westzonen zog sie sich zum Teil bis zum Beginn der offiziellen Einheitskampagne der KPD hin.
- 5 Buchwitz, Brüder, S. 21.
- 6 Siehe dazu: Stern, SED, a.a.O.; Moraw, a.a.O., S. 175 ff.; Joachim Schultz: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart/Düsseldorf 1956; Günter Uebel / Erich Weitina: Zur Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der SED bis zu ihrem III. Parteitag 1950, in: BzG 12/1970, S. 606 ff. Die neuere Entwicklung analysiert Peter Christian Ludz: Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968.
- 7 Am eindeutigsten ist der Fall der SFG Christier, a.a.O., S. 34 ff.
- 8 Hermann Brill: Gegen den Strom, Offenbach 1946 (das berühmte »Buchenwalder Manifest« des »Bundes demokratischer Sozialisten« ist außerdem abgedruckt im Anhang von Thape, a.a.O., S. 312 ff.); ferner: Moraw, a.a.O., S. 65 ff.; Griepenburg, a.a.O., S. 105 ff., der auf das in Brills Konzeption ungeklärte Verhältnis zwischen antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Umwälzung hinweist: »Brills Schwierigkeit bestand darin, daß er einerseits die Volksfrontpolitik als Realisierung einer dezidiert sozialistischen Politik verstand, andererseits aber auch als Einigungsinstrument mit den Kommunisten, bürgerlichen Demokraten und Antifaschisten, als gemeinsames Programm demokratischer, antifaschistischer Strukturreformen«. (S. 118). Aus diesem Dilemma löste sich Brill nur scheinbar, indem er die Meinung vertrat, auch die bürgerlichen Gegner des Faschismus müßten weitgehende Strukturreformen befürworten, wenn sie konsequent sein wollten. – Allerdings ließen das Ausbleiben einer revolutionären Erhebung nach der Besetzung und die restriktive Politik der Besatzungsmächte dieses Problem als ein Problem von Massenaktivität in der Realität gar nicht erst entstehen.
- 9 Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten, Stockholm 1944.
- 10 Obwohl Sywottek diese These gewiß nicht in dieser Eindeutigkeit teilen

- würde, kann auch aus seinem Buch m. E. keine andere Interpretation abgeleitet werden. – Wie weit die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion ging, zeigt das von Gniffke, a.a.O., S. 137, überlieferte Angebot Shukows an Grotewohl, Ulbricht »zurückzuziehen«, falls er der Vereinigung der Arbeiterparteien im Wege stehe.
- ¹¹ Siehe den bei Laschitza, a.a.O., abgedruckten 3. Entwurf des »Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie« (S. 194); auch Richard Gryptner: Die ersten Tage in der Heimat, in: Neues Deutschland, 30. 4. 1964, S. 5, Anm. 2; Leonhard, a.a.O., S. 390. – Die »Berner Konferenz« stellte insofern einen Wendepunkt dar, als dort zum ersten Mal die Einigung auf der Grundlage einer antifaschistischen »Aktionsplattform zum Sturze Hitlers« als erster Schritt vorgeschlagen wurde (Sywottek, a.a.O., S. 90 f.). Demgegenüber hatte Dimitroff, a.a.O., S. 172 f., auf dem VII. Weltkongreß Bedingungen formuliert, die auf eine »Bolschewisierung« der Sozialdemokratie hinausliefen: 1. Unabhängigkeit von der Bourgeoisie, 2. vorherige Aktionseinheit, 3. Anerkennung der Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Rätediktatur, 4. Verzicht auf die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg, 5. demokratischer Zentralismus nach russischem Vorbild.
- ¹² Laschitza, a.a.O., S. 93, 129, 228 f. (Entwurf zu Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation, 12. Februar 1945); Sywottek, a.a.O., S. 181.
- ¹³ Stern, SED, S. 13; Leonhard, a.a.O., S. 389.
- ¹⁴ Dokumente und Materialien, a.a.O., Dok. 5, S. 14 ff. – Insbesondere bei einheitsbegeisterten Sozialdemokraten stieß die Wiedergründung der KPD auf Unverständnis (Voßke, Vereinigung, S. 34; Buchwitz, Brüder, S. 33; Thomas, a.a.O., S. 62 ff.). – Von den 16 ZK-Mitgliedern der neukonstituierten KPD hatten nur zwei die NS-Zeit in Deutschland überlebt, alle anderen waren Emigranten aus der Sowjetunion.
- ¹⁵ Die verschiedenen Ausarbeitungen sind abgedruckt und interpretiert bei Laschitza, a.a.O.
- ¹⁶ Sywottek, a.a.O., S. 200 ff., der auch darauf hinweist, daß das Programm von vornherein als Koalitionsvorschlag für den angestrebten Block mit den anderen antifaschistischen Parteien konzipiert war.
- ¹⁷ Schon am 7. Januar 1946 – also ein halbes Jahr vor dem Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung von »Naziaktivisten« und »Kriegsverbrechern«, de facto des gesamten Großkapitals – teilte Walter Ulbricht auf der Konferenz zur Beratung der Richtlinien der KPD für die Wirtschaftspolitik mit: »Die ehemaligen Besitzer sind entfernt worden, weil sie Kriegsverbrecher und Nazis oder sonstige Kriegsinteressenten sind, die eine Gefahr für die Nation darstellen, wenn sie in wichtigen wirtschaftlichen Funktionen bleiben. [...] In der Tat ist es so, daß wahrscheinlich nicht viele Großbetriebe übriggeblieben sind, die nicht unter der Leitung von Landes- oder Provinzialverwaltungen stehen. Die Privatbetriebe beschränken sich gegenwärtig in der sowjetischen Besatzungszone hauptsächlich auf Mittel- und Kleinbetriebe. Damit ist die Hauptgefahr gebannt, daß Großunternehmer in stande sind, durch neue Konzernbildungen eine solche ökonomische Macht zu entfalten, daß sie eine Gefahr für das Volk und das Land werden.« (Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. II: 1933–1946, Berlin (Ost) 1963,

S. 517 f.). Als die KPD feststellte, daß ihre prokapitalistischen Bekundungen das Mißtrauen des Bürgertums angesichts dieser Politik kaum zu beseitigen vermochten, aber die Bestrebungen zur Vereinigung mit der Sozialdemokratie seit Herbst 1945 eher behinderten als förderten, wurden solche Parolen im Zusammenhang mit der Einheitskampagne stillschweigend fallengelassen, ohne daß die seit 1935 obligatorische Doktrin vom demokratischen Zwischenstadium auf dem Weg zum Sozialismus in Frage gestellt wurde.

- ¹⁸ Siehe Sywottek, a.a.O., S. 57 ff.
- ¹⁹ 3. und 4. Entwurf abgedruckt im Anhang von Laschitzka, a.a.O., S. 193 ff.
- ²⁰ Abgedruckt ebd., S. 247 ff.; vgl. Sywottek, a.a.O., S. 183 ff.
- ²¹ Deren Leiter waren Gustav Sobottka (Mecklenburg-Pommern), Walter Ulbricht (Berlin-Brandenburg), Anton Ackermann (hauptsächlich Sachsen). Siehe Heinz Voßke: Über die Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai-Juli 1945), in: BzG 6/1964, S. 424 ff.; Leonhard, a.a.O., S. 334 ff.; Bericht Anton Ackermanns, in: Von der Geburt der neuen Staatsmacht, in: Staat und Recht 14/1965, S. 665 ff.
- ²² Leonhard, a.a.O., S. 381 ff.; Thomas, a.a.O., S. 35, 39. Walter Ulbricht schrieb in einem Brief an Dimitroff am 9. Mai 1945 (Zur Geschichte, Bd. 2, S. 417): »Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung ›Freies Deutschland‹ und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben diese Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Stadtverwaltungen konzentriert werden müssen.« Dazu auch: Ulrich Schröder: Der Aufbau deutscher Verwaltungen und die Politik der KPD in Deutschland 1945, Examensarbeit, Bochum 1972, S. 34. Siehe auch Anm. 27.
- ²³ Daß die deutschen Kommunisten die Problematik zum Teil erkannten und bisweilen sogar so weit gingen, »Konsequenzen« zu fordern, schildert Leonhard, a.a.O., S. 374 f., 395 f. Siehe auch Gniffke, a.a.O., S. 35 f.
- ²⁴ Nach Ansicht des ZK der KPD (Juni-Aufruf, Dokumente und Materialien, a.a.O., Vorspann) mußten »in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.« Das deutsche Volk wurde »zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.« – Besonders in der kommunistischen Westemigration war während des Kriegs das »Schuldbekenntnis« ein wesentliches Charakteristikum der KPD-Gruppen gewesen. Wilhelm Koenen (Großbritannien) ging so weit, die Existenz eines nennenswerten Antifaschismus innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zu leugnen. Hier widersprach aus Mexiko Paul Merker, obwohl auch er im Prinzip die Unterordnung unter die Besatzungsmächte propagierte. Die Kontroverse wurde ausgetragen in den Zeitschriften: »Freie Tribüne« (London) und »Freies Deutschland« (Mexiko), Mai-September 1945. (Duhnke, a.a.O., S. 431 ff., 446 ff.).
- ²⁵ Am 14. Juli unterzeichneten Vertreter der beiden Arbeiterparteien, der CDU und der LDPD ein Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses. (Dokumente und Materialien, a.a.O., Dok. 21, S. 60 f.).
- ²⁶ Greese, a.a.O., S. 72; siehe auch Anm. 2.

- ²⁷ Ackermann, a.a.O., S. 674; Schröder, a.a.O., S. 33 f., 67; Niehammer, Entnazifizierung, S. 210; Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 47; Sywottek, a.a.O., S. 199; Thomas, a.a.O., S. 45 f.; Stern, SED, S. 20. – Ulbricht schrieb am 17. Mai 1945 an Pieck: »Wir müssen uns Rechenschaft legen darüber, daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist und daß möglichst bald die Zusammensetzung der Partei geändert werden muß durch Hereinnahme aktiver Antifaschisten, die sich in der Arbeit bewähren. Manche Genossen führen unsere Politik mit Augenzwinkern durch, manche haben den guten Willen, aber dann ist bei ihnen doch die Losung »Rot Front«, und manche, vor allem in den komplizierten Bezirken Charlottenburg und Wilmersdorf, reden über Sowjetmacht und ähnliches. Wir haben energisch den Kampf gegen die falschen Auffassungen geführt, aber immer wieder tauchen neue Genossen auf, die mit den alten Fehlern von vorne beginnen. Diese kurzen Andeutungen zeigen Dir, welche Bedeutung die ideologische Umerziehung unserer Genossen hat.« Ein unbekannter Brief Walter Ulbrichts vom Mai 1945, in: ZfG 6/1965. Als Schulungsmaterial dienten sog. Vortragsdispositionen (z. T. gedruckt), die die Parteifunktionäre mit Hilfe vieler Zitate mit der »Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik« bekannt machen und zu entsprechender politischer Anleitung ihrer Organisationen befähigen sollten. Im AdsD (Bestand KPD) folgende Vortragsdispositionen: Nr. 1: Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf; Nr. 2: Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront. (Die Politik der KPD von 1933–August 1939); Nr. 3: Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes. – Im Material Lücke: Schulungsmaterial Nr. 4: Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands (möglicherweise speziell für Bremen).
- ²⁸ So der Titel eines internen Papiers, AdsD, Bestand KPD. – Ulbricht führte auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945 aus (Zur Geschichte, Bd. 2, S. 436 f.): »Die Kommunistische Partei ist eine wahrhaft nationale Partei, denn sie kämpft um die Beseitigung der Ursachen des Unglücks der Nation. Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die Partei des Aufbaus. [...] Unserer Partei, der Partei der Arbeiterklasse, sollen alle ehrlichen Kämpfer gegen den Faschismus angehören. [...] Wie kann die Kommunistische Partei ihre historische Aufgabe erfüllen, wenn ihr nicht die besten Männer und Frauen aus allen Schichten des schaffenden Volkes, wenn ihr nicht die antifaschistischen Funktionäre der Gewerkschaften und der kommunalen Verwaltungsorgane angehören?«
- ²⁹ Nach Sywottek, a.a.O., S. 209, rechnete Pieck im Sommer 1945 mit ca. 30 % Wählerstimmen für die KPD.
- ³⁰ Dokumente und Materialien, a.a.O., Dok. 8, S. 28 ff. Zur Herausbildung und Politik des ZA vor allem Moraw, a.a.O., S. 80 ff.
- ³¹ Dokumente und Materialien, a.a.O., Dok. 11, S. 41 f.
- ³² Am 12. Juni erklärte Gustav Dahrendorf gegenüber KPD-Funktionären, die neue Sozialdemokratie verbinde »nichts mit der letzten Phase der politischen Praxis der alten SPD.« (Zit. nach Moraw, a.a.O., S. 85).
- ³³ ebd., S. 83 ff.; Kaden, a.a.O., S. 31 f.; Schulz, a.a.O., S. 21.
- ³⁴ Dieses Konzept ist systematisch herausgearbeitet bei Moraw, a.a.O., S.

- 96 ff. und bei Arnold Sywottek: Die »fünfte Zone«. Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945–1948, in: AfS 13 (1973), S. 77 ff.
- 35 KGF-Rundschreiben Nr. 12 (Protokoll der ersten Bezirkskonferenz), August 1945, S. 3, Material Lücke. – Kaisen kam sehr schnell von seiner Ostorientierung ab. Aber noch im August 1946 hatte er heftige Angriffe von seiten des SPD-Parteivorstandes zu gewärtigen, weil er seine bei einem Besuch in der Ostzone gewonnenen positiven Eindrücke im Weser-Kurier (7. 8. 1946, S. 1, 5) geschildert hatte. (Briefwechsel zwischen Kaisen und Heine im AdsD, Bestand Schumacher J 38). Kaisen an Heine, 10. 8. 1946 (ebd.): »Der Osten braucht den Westen und umgekehrt, und zwischen dem Osten und der SED muß ein Unterschied gemacht werden.«
- 36 Zu Schumachers Biographie siehe: Edinger, Schumacher (dazu die Rezension von Reinhard Rürup: Kurt Schumacher – Persönlichkeit und politische Konzeption, in: NPL 4/1966, S. 424 ff.); Fried Wesemann: Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland, Frankfurt 1952; Friedrich Heine: Dr. Kurt Schumacher. Ein demokratischer Sozialist europäischer Prägung, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969.
- 37 Theo Pirker: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, München 1964, S. 18.
- 38 Nach Angaben von Moraw, a.a.O., S. 75, Anm. 31, hatten Keil und Erich Rossmann als Mitglieder des württembergischen Landesvorstandes der SPD, dem auch Schumacher angehörte, »im Namen dieses Gremiums, aber gegen den Willen der übrigen Vorstandsmitglieder am 11. Mai 1933 eine Art Loyalitätserklärung publiziert, mit der sie die weitere Arbeit der sozialdemokratischen Mandatsträger zu sichern hofften.«
- 39 Entsprechende Ideen tauchten hauptsächlich in Hamburg und Berlin auf (dort inspiriert von Jakob Kaiser). Hans-Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 181 f., S. 211 ff.; Moraw, a.a.O., S. 83, 123.
- 40 In den folgenden Ausführungen wird versucht, aufgrund von Reden und Schriften ein Konstrukt der programmatischen Anschauungen Kurt Schumachers in der Nachkriegszeit wiederzugeben, wobei das Schwergewicht auf den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch liegt. Im einzelnen belegt werden nur Zitate; im übrigen siehe die folgenden Archivalien und Publikationen: Kurt Schumacher: Warum selbständige Sozialdemokratie? (April 1946); ders.: Deutschland braucht den Sozialismus (März 1946), beide AdsD, Bestand Schumacher, J 29; ders.: Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland (Vortrag auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg am 27. 1. 1946), Hamburg 1946; ders.: Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus, Hamburg 1948; Arno Scholz / Walter G. Oschilewski (Hrsg.): Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. 3 Bde, Berlin 1952–1954 (vor allem Bd. 2: Reden und Schriften); Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, Hamburg 1947; Waldemar Ritter: Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Hannover 1964; Wolf-Dieter Narr: CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966, S. 104 ff.; Schwarz, a.a.O., S. 483 ff.; Moraw, a.a.O., S. 69 ff.; Ulla Plesner: Kurt Schumachers Konzeption der demokratischen Republik – die

- Grundlage seiner antikommunistischen Politik 1945/46, in: BzG 5 (1966), S. 802 ff.; sowie die in Anm. 36 und 37 genannte Literatur.
- 41 Kurt Schumacher: *Wir verzweifeln nicht!*, in: Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Willy Brandt: *Der Auftrag des demokratischen Sozialismus*, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 3 ff.
- 42 Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Parteien (Ende August 1945), AdsD, Bestand Schumacher, J 29.
- 43 Ritter, a.a.O.; Narr, a.a.O.
- 44 Kurt Schumacher: *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, Phil.Diss., Münster 1926. Inzwischen veröffentlicht: Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- 45 Schumacher, *Wir verzweifeln nicht*, S. 20.
- 46 Kurt Schumacher: *Konsequenzen deutscher Politik*. Aufruf, Sommer 1945, in: Scholz/Oschilewski, *Turmwächter*, Bd. 2, S. 37.
- 47 Schumacher, *Wir verzweifeln nicht*, S. 33.
- 48 Z. B. in den Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Parteien, S. 18, AdsD, Bestand Schumacher, J 29.
- 49 Narr, a.a.O., S. 115.
- 50 Schumacher, *Staatsgedanke*, S. 131.
- 51 Ritter, a.a.O., S. 133 ff.; S. 217 ff.; Schwarz, a.a.O., S. 483 ff.
- 52 Protokoll SPD-Parteitag 1946, a.a.O., S. 36; siehe auch: Schumacher, *Wir verzweifeln nicht*, S. 33.
- 53 Schumacher, *Wir verzweifeln nicht*, S. 29 f.
- 54 Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Parteien, S. 10, AdsD, Bestand Schumacher, J 29.
- 55 Schumacher, *Wir verzweifeln nicht*, S. 31 f.; An die Freunde der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), Papiere Max Mayr (Kassel), erhalten durch Alfred Weinrich, Frankfurt/M.; Kaden, a.a.O., S. 105; Link, a.a.O., S. 326 f.; Drechsler, a.a.O., S. 256. – Dieser Schritt, den durchaus nicht alle ehemaligen Mitglieder der beiden linkssozialistischen Gruppen mitzumachen bereit waren, war bereits in der Emigration durch die Bildung der Londoner »Union« und den Beitritt der meisten schwedischen SAP-Mitglieder zur Sozialdemokratie vorprogrammiert worden. Röder, a.a.O., S. 93 ff.; Müssener, a.a.O., S. 134 ff., 170 ff. Warum Eintritt in die Sozialdemokratie?, Rundbrief von Willy Brandt, Stefan Szende, Ernst Böhm, 25. 9. 1945, Privatarchiv W. Brandt.
- 56 Kaden, a.a.O., S. 87 ff.
- 57 Vgl. Schumachers negative Bestandsaufnahme auf dem SPD-Parteitag 1948. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Hamburg o. J., S. 39.
- 58 Carl Severing erhielt von den Briten praktisch die Funktion eines Personalchefs der Militärregierung zugeteilt und schlug dabei vorwiegend Freunde aus der Zeit vor 1933 vor. Edinger, a.a.O., S. 142. Zu seiner Rolle beim Aufbau der SPD im Bezirk Östliches Westfalen: Ehni, *Wiederaufbau*, S. 424 f.
- 59 Pirker, SPD, S. 45 f., schreibt treffend: »Schumacher konnte nationale Töne, Töne der nationalen Opposition anschlagen, soviel er wollte;

die sozialdemokratischen Politiker auf kommunaler Ebene, in den neuen Länder- und Zoneninstitutionen konnten dieser ›nationalen Opposition‹ überhaupt nicht folgen – ob sie selbst sie für richtig hielten oder nicht. Sie waren gezwungen, sowohl mit den Vertretern der Besatzungsmächte als auch mit den Vertretern der wiedererstandenen Verwaltungen und – nicht zuletzt – auch mit den Vertretern der neuen Parteien, die Schumacher als die Vertreter des deutschen Restkapitalismus bezeichnete, zusammenzuarbeiten. [Wenn sie nicht auf totalen Konfrontationskurs gehen wollten, P. B.] Schumacher war der Führer, er war das Organ der neuen Partei, aber er war keineswegs die Partei selbst.«

⁶⁰ Interview Ehlers, S. 25; Interview Wolters, S. 11; Interview Elmers, S. 5; Interview Gregor, S. 3; Interview Reiners, S. 4; Interview Schmidt, S. 2; Interview Löbert, S. 16; schriftl. Mitteilung Hogrefe, 8. 12. 1971; schriftl. Mitteilung Boljahn, 30. 11. 1971; OMG for Bremen, Information Control Division, Political Intelligence Summary for March: The Political Scene in the Bremen Enclave, S. 6, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260. Unter den Betriebsarbeitern soll der Wunsch nach einer geeinten Arbeiterbewegung besonders stark verbreitet gewesen sein.

⁶¹ Fortsetzung Interview Ehlers, S. 4; Interview Wolters, S. 10.

⁶² Möglicherweise handelt es sich bei dem Kurier um den von Heinemann, Interview, S. 3, erwähnten Kommunisten Willi Szlegat, der, als deutscher Soldat in Rußland gefangen genommen, später mit dem Fallschirm über Deutschland abgesetzt worden war und illegal dort lebte. Er war nach Aussage Heinemanns an den Vorarbeiten zur Schaffung der KGF beteiligt. Der Kurier soll sinngemäß u. a. ausgeführt haben: »Man lege Wert darauf festzustellen, daß das Vergangene nun alles vergessen sein sollte: meine Opposition in der Partei und die politische Tätigkeit in der KPO und SAP.« (Fortsetzung Interview Ehlers, S. 4). Dagegen Meyer-Buer: »Ehlers war von Anfang an Mitglied der Partei geworden, und zwar nicht aufgefordert. [...] Wir haben dann mit ihm gesprochen, auch mit den anderen Oppositionellen. Sie haben alle abgeschworen und sich von der alten oppositionellen Politik getrennt. Das war eine der Voraussetzungen, daß ihre Mitgliedschaft wiederaufleben konnte.« (Interview, S. 9). Es ist möglich, daß Meyer-Buer die Umstände von Ehlers' Wiedereintritt nie erfahren hat. Vorausgesetzt, Ehlers' Darstellung ist mindestens bezüglich der Anwesenheit eines ZK-Kuriers richtig (solche Kuriere wurden 1944/45 meist als Fallschirmspringer über dem Reichsgebiet abgesetzt), so wäre das ein konkretes Beispiel für die Bemühungen der KPD-Exilführung gegen Ende des Kriegs um einen raschen organisatorischen Wiederaufbau der Partei von oben nach unten. – Die KPD hatte auch in Bremen unvergleichbar schwerere Verluste durch den NS-Terror zu beklagen als die SPD. Führende Funktionäre wie Hermann Böse, Richard Heller, vor allem Leo Drabent und Robert Stamm waren hingerichtet worden bzw. an den Entbehrungen der Haftzeit gestorben (H. Böse). Diese Einbußen machen die gezielten Bemühungen verständlich, mit denen die KPD – nicht nur in Bremen – ehemalige Angehörige kommunistischer Oppositionsgruppen für die Partei zurückzugewinnen versuchte. Irmgard und August Enderle wurde durch Bremer KPD-Funktionäre eine persönliche Botschaft Wilhelm Piecks überbracht, der sie aufforderte, nach

- Berlin zu kommen und wieder Mitglieder der KPD zu werden (Interview Enderle, S. 5).
- 63 Wilhelm Knigge: Geb. 16. 10. 1906. Maurer. KPD. Bis Ende 1933 illegale Arbeit, danach Emigration: Niederlande, Belgien, Frankreich. Dort während des Zweiten Weltkriegs illegale Arbeit im Rahmen der Abteilung für »deutsche Arbeit« der französischen KP und im NKFD des Westens. Im September Rückkehr nach Bremen. Hauptamtlicher KPD-Funktionär (stellvertretender Bezirkssekretär und Parteivorsitzender für Bremen). 1946–1951 MdBü. Lebt heute in Ostberlin.
Biographische Angaben über Heinrich Schramm und Georg Buckendahl in Kap. I, Anm. 32 und Kap. III, Anm. 13.
- 64 Memorandum: The Political Situation in Bremen, 20 November 1945, Anlage zum Schreiben Murphy an Secretary of State, Berlin, December 5, 1945, US National Archives, Diplomatic Records Division, 740.0019 Control (Germany)/12-545; OMG for Bremen, Information Control Division, Intelligence Section, Special Report Nr. 2: Impending Rift in Communist Party of Bremen, 13 April 1946, S. 2, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- 65 Die Militärregierung verlangte in einem Schreiben an H. Schramm vom 12. 10. 1945 (StA Bremen, 3-K 13 Nr. 100/1) ohne Begründung Buckendahls Zurückziehung aus der Parteileitung. Nur Wochen später wurde das Betätigungsverbot aufgehoben, Buckendahl aber unter der Beschuldigung, als Gestapo-Agent an der Überführung Alfred Kowalkes schuldig zu sein, aus der Partei ausgeschlossen. Er trat daraufhin der SPD bei, als deren Sekretär er später sogar eine lokal führende Stellung einnahm. Buckendahl und die SPD bestritten die kommunistischen Vorwürfe (Tribüne der Demokratie, Informationsblatt der KPD, 2. Jg., Nr. 19, Erste Juni-Woche 1948, S. 2).
- 66 Schriftl. Mitteilung Landwehr, Dezember 1971. Heinrich Landwehr: 24. 7. 1908–8. 5. 1974. Buchdruckerlehre. Arbeitersport, Gewerkschaft, SAJ. 1927 mit 20 Genossen der SAJ und Gewerkschaftsjugend Übertritt zum KJVD und zur KPD, 1930 MdBü, 1931 Bezirksleiter Schlesien des KJVD, Ende 1932 als Jugendsekretär der RGI nach Moskau delegiert. 1934/35 illegale Arbeit in Deutschland, 1936/37 Rückkehr in die UdSSR, Parteirüge, Zwangsversetzung zur Arbeit in einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, 1937 Verhaftung, Dezember 1939, nach Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts, Auslieferung an Deutschland. 1940–1945 Buchdrucker in Bremen. Dezember 1945 in Bremen Eintritt in die SPD, 1952 Betriebsgruppenleiter der SPD bei Borgward, 1959–1970 Landesgeschäftsführer der SPD.
- 67 OMG for Bremen, Information Control Division, Political Intelligence Summary for March, S. 7, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260. Dort wird auch behauptet, daß Befehle aus Berlin die Bremer KPD-Führung veranlaßt hätten, dem sozialdemokratischen Willen zum Zusammenschluß abweisend zu begegnen.
- 68 Interview Adamietz/Meyer-Buer.
- 69 Fortsetzung Interview Ehlers, S. 4 f.: »Die Bezirksleitung der KPD versuchte überhaupt nicht, ihre Leute im Senat zu steuern.«
- 70 Interview Paul, S. 8 f.; schriftl. Mitteilung Hogrefe, 8. 12. 1971.
- 71 Interview Adamietz/Reichel; Adamietz, a.a.O., S. 52 f.

- Rudolf Rafter: 24. 2. 1911–5. 11. 1964. Abitur und kaufmännische Lehre. Vor 1933 Sekretär der RGO. 1933 einige Monate KL. 1945 Syndikus der Angestelltenkammer und Arbeitseinsatzleiter des Arbeitsamtes. 1946 Pol.-Leiter der Bremer KPD, 1946–1951 MdBü, »Starrredner« der KPD und Fraktionsvorsitzender. 1952 nach Trennung von der KPD als DAG-Bevollmächtigter nach Braunschweig, 1961 nach politischen Differenzen mit der DAG zum Hauptvorstand der IGM nach Frankfurt.
- Hermann Gautier: Geb. 25. 6. 1920. Kaufmännischer Angestellter bis 1939. 1940 Arbeitsdienst und Wehrdienst. 1945 wieder kaufmännischer Angestellter. KPD, 1946 Kassierer der Bremer KPD, 1951–56 Parteisekretär, 1951–59 MdBü, heute stellvertretender Bundesvorsitzender der DKP.
- Heinrich Reichel: vgl. Kap. 3, Anm. 197.
- 72 Paulmann, a.a.O., S. 153 f. – Den Vorgang schildert auch Wilhelm Kaisen in einem Brief an Conrad F. Latour vom 25. 11. 1965 (StA Bremen, 3-R 1m Nr. 1/5).
- 73 Josef Böhm: 19. 3. 1887–13. 10. 1954. Tischlerlehre. 1904 nach Bremen. 1905 SPD, sozialistische Jugendarbeit. Als Soldat 1916 in russische Gefangenschaft geraten, 1917 Vorsitzender des zentralen Soldatenrates der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Moskau, 1919 Rückkehr nach Bremen, 1920 Parteisekretär der USPD, später der vereinigten SPD. Während der NS-Zeit mehrfach inhaftiert. Seit 1945 Parteisekretär in Bremen (Stadt). 1923–1933 und 1946–1954 MdBü.
- 74 Interview Adamietz/Engel.
- 75 ebd.; Interview Adamietz/Piaskowski; Interview Löbert, S. 16.
- 76 Interview Schmidt, S. 3.
- 77 Interview Adamietz/Piaskowski.
- 78 SPD, Bezirk Nord-Niedersachsen: Geschäftsbericht 1970/71, Stade 1972, S. 105. – Darauf deutet auch ein Brief Kurt Schumachers an Rother-Romberg vom 1. 9. 1945 hin, in dem Schumacher für die Hilfe Rombergs bei den Bemühungen dankt, die Londoner Sopade-Vertreter zur Teilnahme an der Konferenz in Wennigsen zu veranlassen (AdsD, Bestand Schumacher, J 9). Andererseits zählte Bremen zu den Städten, zu denen die Londoner schon im Spätsommer 1945 Verbindung hatten (Vogel an Schumacher, 6. 9. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, Q 27).
- 79 Walter Rother-Romberg: Geb. 24. 10. 1906. Kaufmännische Lehre. Seit 1927 SPD in Berlin. März bis Dezember 1933 illegale Arbeit, zwei Jahre Gefängnis, seit 1936 Sekretär des Landesverbandes der nach Frankreich emigrierten Sozialdemokraten. Während des Kriegs Teilnahme an der französischen Maquis-Bewegung. Juni 1945 Rückkehr nach Deutschland, um in Bremen und Nordwestdeutschland die SPD wiederaufzubauen, bis 1947 SPD-Bezirkssekretär.
- 80 Die besondere Verbindung zwischen Schumacher und Rother-Romberg ist für die ersten Wochen quellenmäßig nicht zu erfassen. Doch dürfte Rother-Rombergs starke Position im Bremer Raum – er konnte als Auswärtiger ohne weiteres die Position des Bezirkssekretärs usurpieren – vor allem auf diesen Verbindungen – und denen nach London – beruhen.
- 81 Kaden, a.a.O., S. 70.
- 82 Kaden erwähnt diesen Besuch nicht. Allerdings geht die Anwesenheit Schumachers in Bremen aus seinem in Anm. 78 erwähnten Brief an Rom-

berg eindeutig hervor. Irmgard Enderle kündigte den »nächster Tage« stattfindenden Besuch in einem Schreiben an Willy Brandt am 12. August an (Privatarchiv W. Brandt) und erwähnte dessen Auftreten in Bremen auch in dem Interview mit dem Verfasser (S. 6). Der genaue Termin ist nicht bekannt. Am 11./12. August 1945 war Schumacher in Hamburg (Christier, a.a.O., S. 95).

- ⁸³ In einem Rundschreiben des Büros Schumacher vom 15. 9. 1945 (AdsD, Bestand Schumacher, Q 27) wurde, Bezug nehmend auf die geplante Konferenz in Wennigsen, unterstrichen, »daß wir in den drei westlichen Gebieten keinen neuen Parteivorstand aufrichten wollen. Eine echte zentrale Reichsinstanz werden wir erst nach dem ersten richtigen Reichs-Parteitag aller vier Besatzungszonen und der westlichen Emigration haben. Wir brauchen aber für die besonderen Verhältnisse in den drei westlichen Besatzungszonen eine Stelle, die, von allen Bezirken dieser Zonen getragen, für die politische, geistige und organisatorische Ausrichtung maßgebend und verantwortlich ist.« (Siehe auch Kaden, a.a.O., S. 69). Gewiß hielt Schumacher mit seinen inhaltlichen Argumenten von Anfang an nicht hinter dem Berg, doch unterschätzt Kaden (ebd.) die pragmatischen Gesichtspunkte, die gerade für diejenigen, die Schumachers Einstellung zur Vereinigungsfrage und zum Problem der Einheitsfront mit der KPD nicht von vornherein teilten, ausschlaggebend gewesen sein dürften.
- ⁸⁴ Kaden, a.a.O., S. 69.
- ⁸⁵ AdsD, Bestand Schumacher, J. 9.
- ⁸⁶ In dem vom Büro Schumacher aufgestellten Verteilerplan (AdsD, Bestand Schumacher, Q 27) ist Bremen nicht enthalten. Es scheint mir aber ausgeschlossen, daß ausgerechnet die Bremer Sozialdemokraten nicht in den Besitz dieses wichtigen Dokuments gelangten.
- ⁸⁷ Schumacher an Rother-Romberg, 1. 9. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9.
- ⁸⁸ Wiedergegeben bei Kaden, a.a.O., S. 109 ff.
- ⁸⁹ H. Theil an Schumacher, 27. 9. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9.
- ⁹⁰ Willi Schramm: 5. 7. 1900–1951. SPD, 1930–1933 MdBü. Während der NS-Zeit wegen illegaler Arbeit inhaftiert. 1945 zweiter Bezirkssekretär, Koordinierung der sozialdemokratischen Betriebsarbeit. 1946–1947 MdBü.
- ⁹¹ Irmgard Enderle an Stefan Szende, 20. 1. 1946, Material Szende; dies.: Reisebericht (für ehemalige SAP-Freunde), 27. 2. 1947, Privatarchiv W. Brandt.
- ⁹² Interview Martin Meyer, S. 3; Interview Hallerstedde, S. 18.
- ⁹³ Leitung der SAP Bremen und Arbeitsgemeinschaft des ISK an Bezirksvorstand der SPD, 20. 7. 1945, Material Lücke.
- ⁹⁴ Dies. an Bezirksvorstand der SPD, Juli 1945, Material Lücke.
- ⁹⁵ Warum Eintritt in die Sozialdemokratie? Rundbrief von Willy Brandt, Stefan Szende, Ernst Böhm, 25. 9. 1945, Privatarchiv W. Brandt.
- ⁹⁶ Interview Paul, S. 11.
- ⁹⁷ Erhalten durch Susanne Miller, Bonn.
- ⁹⁸ SPD-Bezirksleitung: Wasserkante-Nordwest, Rundschreiben 2/45, 17. 8. 1945, Material Lücke. Dort auch der Text des Einheits-Aktions-Vertrages, der im folgenden zitiert wird.
- ⁹⁹ Irmgard Enderle an Willy Brandt, 31. 8. 1945, erhalten durch Susanne Miller, Bonn. Oltmanns, a.a.O., Folge 39, in: Neues Echo, Nr. 33, 19. 8.

1966, S. 6; indirekter Beleg im Rundschreiben 3/45 der SPD, Bezirksverband Nordwest, 15. 11. 1945 (AdsD, Bestand Schumacher, J 9), wo es unter der Zwischenüberschrift »Unterbezirk Bremen-Stadt« u. a. heißt: Es »müssen schriftliche Berichte an das Bezirkssekretariat über Schwierigkeiten in Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den sogenannten Einheits-Aktions-Komitees schriftlich eingereicht werden. Oft kommt es vor, daß die Bezirksleitung der KPD sich bei uns über Vorgänge im Einheitskomitee dieses oder jenes Bezirksteiles beschwert.«

- ¹⁰⁰ SPD-Bezirksleitung Wasserkante-Nordwest, Rundschreiben 2/45, 17. 8. 1945, Material Lücke.
- ¹⁰¹ Irmgard Enderle an Willy Brandt, 12. 8. 1945, Privatarchiv W. Brandt. I. Enderle weist dort auf die zentrale Bedeutung hin, die die russische Frage, und zwar sowohl die Einschätzung des inneren Regimes als auch das Problem der außenpolitischen Abhängigkeit der KPD, für die Haltung der leitenden Sozialdemokraten habe. Zu Schumachers Haltung vgl. S. 177 f.
- ¹⁰² Ulbricht, Zur Geschichte, Bd. 2, S. 422 ff., bes. S. 434 f. Als Kriterien für die Errichtung einer Einheitspartei wurden dort angegeben: 1) »Herbeiführung einer engen Aktionsgemeinschaft«; 2) theoretische Schulung der Arbeiter und anderen Werktätigen »über den Sozialismus in der Sowjetunion und über die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus«; 3) »Gewinnung der Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz und der antifaschistischen Bauern«. – Keine dieser Voraussetzungen war drei Monate später erfüllt, als die Vereinigungskampagne anließ – genauso wenig zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses. Es handelte sich also um vorgeschobene Argumente, die die wahren Beweggründe weniger deutlich hervortreten lassen sollten. – Die Notwendigkeit, das weitgehend »verschüttete Klassenbewußtsein« bei den Arbeitern wieder zu wecken und zu schulen, konnte im übrigen natürlich ebenso als Argument für die sofortige Schaffung einer vereinigten, erzieherisch wirkenden sozialistischen Partei gelten, wie Moraw, a.a.O., S. 65 ff., am Beispiel Brills und des Zentralausschusses aufzeigt.
- ¹⁰³ Dieser Vergleich wird durchgeführt von Moraw, a.a.O., S. 122 ff.; siehe auch Christier, a.a.O., S. 79 ff. und Kaden, a.a.O., S. 155 ff.; Dokumente und Materialien, a.a.O., Dok. 27 (Hamburg), 35 (München), 52 (Frankfurt), 71 (Braunschweig), 77 (Wiesbaden), 165 (Konstanz).
- ¹⁰⁴ Wenn sich auch die angedeuteten Phasen nicht säuberlich voneinander trennen lassen, so ist doch unbestreitbar, daß es Schumacher zunächst auf die Gewinnung der Funktionärs-Aufbauzirkel ankam und daß seine militant-antikommunistische Linie der breiten sozialdemokratischen Anhängerschaft – zum Teil wegen der Behinderung öffentlichen Auftretens in der Anfangsphase der Besatzungsherrschaft – überhaupt erst bekannt wurde, als die Partei schon weitgehend auf sie eingeschwenkt war. Die folgende Darstellung der Bremer Entwicklung belegt diese These. – Die Feststellung, daß Schumacher sich nur deswegen so unangefochten durchsetzen konnte, weil die Realität der sowjetischen Besatzungspolitik und die Rolle der KPD seine These zu bestätigen schienen, ist gerade für viele Vertreter des historischen Materialismus nicht selbstverständlich, für die der Antikommunismus eine Größe zu sein scheint, die von den Handlungen der Kommunisten weitgehend unabhängig ist.

- ¹⁰⁵ Siehe Anm. 101; auch Oltmanns, a.a.O., Folge 39, in: Neues Echo Nr. 33, 19. 8. 1966, S. 6, und Löbert, Interview, S. 18, weisen darauf hin, daß gerade die älteren (Löbert) SPD-Funktionäre zum Teil von vornherein gegen die Einheit gewesen seien und »genau dort wieder anknüpfen wollten, wo sie 1933 durch den Zwang der Nazis aufhören mußten«. (Oltmanns).
- ¹⁰⁶ J. Kolb, a.a.O., S. 54. – Mit Wirkung vom 27. August 1945 war den einzelnen Detachments gestattet, auf Kreisebene politische Parteien zu lizenzieren (Monthly Report Nr. 2, 20. 9. 1945 [August], Political Activities, S. 3).
- ¹⁰⁷ Besprechung mit Captain Bard am 31. 8. 1945, StA Bremen, 3-R 1m Nr. 390. – Der von Kaisen überreichte Antrag entsprach offenbar nicht den am 19. September festgelegten Richtlinien. Jedenfalls wurden am 29. September ein neuer Antrag (unterzeichnet von Theil, Osterloh und Böhm) sowie als Anlagen programmatische Richtlinien und der Entwurf eines Organisationsstatus eingereicht (StA Bremen, Depositem Kaisen).
- ¹⁰⁸ HQ MG Detachment E2C2 (Meservey) an Kaisen, 19. 9. 1945, StA Bremen, 3-V 2 Nr. 2750/1.
- ¹⁰⁹ Weser-Kurier, 29. 9. 1945, S. 3.
- ¹¹⁰ Es handelte sich um Buckendahl (vgl. Anm. 65) und Hermann Osterloh. (Besprechung mit Captain Bard am 11. 10. 1945, StA Bremen, 3-R 1m Nr. 390). Auch Osterloh soll gezwungen worden sein, während der Zeit des Dritten Reichs als V-Mann für die Gestapo zu arbeiten. Er habe seine Opfer aber stets zu warnen gewußt. (Mdl. Mitteilung Heinrich Reichel, 21. 1. 1975). Jedenfalls wurde das Verbot politischer Betätigung für Bukendahl und Osterloh bald wieder aufgehoben.
- ¹¹¹ Weser-Kurier, 20. 10. 1945, S. 2: Was will die Sozialdemokratie?; Ziel und Weg der KPD.
- ¹¹² Trotz der sehr weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung sind taktische Nuancen im Vergleich zum zentralen KPD-Aufruf festzustellen: Während die Bremer KPD den Sozialismus immerhin als Endziel proklamierte und die antifaschistische Demokratie als Etappe auf dem Weg dorthin verstand, tauchte in dem Aufruf des ZK nicht einmal das Wort Sozialismus auf. Entsprechend war im Bremer Dokument nicht die Rede von der »völlig ungehinderten Entfaltung« des Privatkapitalismus, sondern man sprach etwas zurückhaltender von der »Wahrung und Förderung der Unternehmerinitiative«. – Daß die offizielle KPD-Linie in der Bremer Partei nicht unumstritten war, zeigt die (unvollständige) Sammlung von Sitzungsprotokollen der ersten Monate des Jahres 1946 aus dem Distrikt Huchting (Material Arpo).
- ¹¹³ In den Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Parteien, AdsD, Bestand Schumacher, J 29, S. 20, hatte Schumacher trotz seiner antikommunistischen Grundlinie »ohne Vorbehalt die praktische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei in allen sozialen Fragen und in allen Dingen der Austilgung des Faschismus« bejaht.
- ¹¹⁴ Weser-Kurier, 24. 10. 1945, S. 3.
- ¹¹⁵ Berichte über Parteiversammlungen am 21. 10. 1945 (zentrale Kundgebung), 19. 10. 1945 (Huchting), 20. 10. 1945 (Farge) sowie der zusammenfassende Bericht vom 3. November 1945 in den OMGUS-Records, US Na-

- tional Archives, Record Group Nr. 260. Außerdem Berichte im Weser-Kurier, 24. 10. 1945, S. 3; 3. 11. 1945, S. 6; 10. 11. 1945, S. 6.
- 116 Weser-Kurier, 6. 2. 1946, S. 3; Bericht über die Aktionsausschußsitzung am 28. 1. 1946, IML/ZPA V 20/15/4. – Zu den Vorgängen 1919 siehe die Arbeiten von Kuckuk und E. Kolb.
- 117 Bericht (namentlich nicht gekennzeichnet, wahrscheinlich von H. Lücke verfaßt), Material Lücke; Functional History Oct.-Dec. 1945, a.a.O., S. 21.
- 118 Willy Brandt: Forbrytere og andere Tyskere, Oslo 1946, S. 231; die Zahl für die SPD (nach Brandt 2000–3000) nach: Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen und Vegesack, 1. Jg., Februar 1947, Nr. 1, S. 2. Die KPD verfügte nach eigenen damaligen Angaben über 3350 Mitglieder, nach sozialdemokratischen Schätzungen nur über 250 (Functional History 1945/46, a.a.O., S. 46). Da Brandts Angabe über die Mitgliederzahl der SPD mit deren späteren Veröffentlichungen übereinstimmt, ist auch seine Angabe über die KPD als realistisch anzusehen, zumal ihm damals – wie sein Buch zeigt – nichts daran lag, die Bedeutung der KPD zu untertreiben.
- Ende April 1946 fügten die Kommunisten in Bremen nach eigenen Angaben über 2000 Mitglieder (Protokoll der Mitgliederversammlung der KPD in Gröpelingen, 30. 4. 1946, Nachlaß Theil). Eine solche Steigerung um 100 % in einigen Monaten erscheint nicht ausgeschlossen, wenn man eine gewisse Übertreibung in Rechnung stellt. Auch die SPD wuchs in dieser Zeit beträchtlich (siehe Kap. 6, Anm. 130). – Während die KPD in der Großstadt Bremen hinter den Mitgliederzahlen in der Endphase der Weimarer Republik zurückblieb, konnte sie auch in Nordwestdeutschland (für die SBZ siehe Anm. 149) vor allem in ländlichen Gebieten ihre Position verbessern. Nach eigenen Angaben vermehrte sie ihre Mitglieder im Bezirk Weser-Ems von 5000 (vor 1933) auf 8000 im Frühjahr 1946. Ende Oktober 1932 hatte sie jedoch bereits 7500 Mitglieder besessen (vgl. Kap. 1, Anm. 32). Der SPD-Bezirksverband Nordwest hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal die Hälfte seiner früheren Mitgliederzahl erreicht (15 000 zu 33 000). (Bericht über die Bezirksparteitage der SPD am 13./14. 4. 1946 und der KPD am 18./19. 5. 1946, OMGUS-Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.)
- 119 Functional History Bremen 1945/46, a.a.O., S. 49.
- 120 Van Heukelum an Schumacher, 29. 11. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9.
- 121 ebd.
- 122 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 49.
- 123 Listen im Depositum Kaisen, StA Bremen. Von den 20 Sozialdemokraten, darunter drei Frauen, hatten 15 einen Beruf angegeben: zwei hauptamtliche Funktionäre (davon einer ursprünglich Zimmermann), ein Vorsitzender (?), ein Bezirksbürgermeister, ein Sparkassendirektor, ein Herausgeber und eine Redakteurin des Weser-Kuriers, ein Großhändler, ein Steuerberater, zwei Schlosser, ein Drechsler, ein Maurer (inzwischen bereits Präsident der Arbeiterkammer), ein Tapezierer, ein Elektriker.
- 124 Liste im Depositum Kaisen, StA Bremen. Von den zwölf Kommunisten, darunter zwei Frauen, hatten elf einen Beruf angegeben: drei hauptamtliche Funktionäre, ein Angestellter des Arbeitsamtes, ein Ingenieur, ein

- Uhrmacher, ein Friseur, ein Kranführer, ein Maurer, ein Landarbeiter, eine Hausfrau.
- ¹²⁵ Rother-Romberg an Schumacher, 27. 10. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9.
- ¹²⁶ In Oldenburg war der Parteaufbau scheinbar rascher vorangeschritten als in Bremen. Auf das Rundschreiben Schumachers wurde geantwortet: »Wir halten bereits seit Monaten regelmäßig Mitgliederversammlungen ab. [...] Die Zahl der Teilnehmer wird immer größer.« Sinnstedt an Schumacher, 25. 9. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9. – Da die Besetzung des nordwestdeutschen Raums mehrere Wochen vor der Bremens erfolgt war, kam es schon im März 1945 zu »stark besuchten Funktionärssitzungen an einzelnen Orten«. Im Juni fand eine Unterbezirkskonferenz in Emden statt, und im Juli wurde dort die erste Massenversammlung der britischen Zone mit 3000 bis 4000 Teilnehmern abgehalten. Sojade, Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, Bd. 4, 1947, 39.
- ¹²⁷ Rother-Romberg an Schumacher, 12. 11. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9. – Nach der Veränderung des rechtlichen Status Bremens am 10. Dezember 1945 erhielten die Bremer Arbeiterparteien die Erlaubnis, sich überregional zu organisieren. Dadurch wurde aber nur ein tatsächlicher Zustand nachträglich legalisiert (Functional History 1945/1946, Part II Appendices, App. 35, OMG for Bremen, Detachment E2C2: Extension of Sphere of Political Activity, 22. 10. 1945). Der Bremer Bezirk war zunächst allerdings nicht mehr als eine »lose Arbeitsgemeinschaft«. Van Heukelum an Schumacher, 29. 11. 1945, AdsD, Bestand Schumacher, J 9.
- ¹²⁸ Hermann Osterloh: 19. 6. 1886–1961. Seit 1905 in der Arbeiterbewegung tätig. Als deutscher Kriegsgefangener wie Josef Böhm an der russischen Oktoberrevolution beteiligt (zeitweise in der Leibwache Lenins). Nach Rückkehr nach Bremen 1921–1928 MdBü, zunächst KPD, KPD-Organisationssekretär, 1928 Übertritt zur SPD, auch dort Sekretär. 1933/34 Anleitung der illegalen SPD. 1935 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend KL. 1945 SPD-Funktionär, MdBü (1947–1951) und Ortsamtsleiter in Hemelingen.
- Gerhard van Heukelum: 15. 1. 1890–1969. Schiffbauerlehre. 1908 DMV, 1910 SPD. 1913 nach Bremerhaven. 1919 Stadtverordneter, 1920 Geschäftsführer des DMV, 1924–1933 sozialdemokratischer Redakteur, 1928 SPD-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung, 1928–1933 MdBü. Mai 1945 zweiter Bürgermeister, Juli 1946 Bürgermeister von Wesermünde/Bremerhaven. Dort SPD-Vors. 1947–1959 Senator für Arbeit und Wohlfahrt. Entscheidender Anteil am Zustandekommen der Vereinigung von Bremen und Wesermünde/Bremerhaven zum Land Bremen 1947.
- Rother-Romberg: Anm 79. Hermann Engel: Kap. 3, Anm. 37.
- ¹²⁹ Entsprechende Aufstellung im AdsD, Bestand Schumacher, J 11.
- ¹³⁰ Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Nord-Niedersachsen, Geschäftsbericht 1970/71, Stade 1972, S. 71 f., 105 f.
- ¹³¹ Empfängerliste der Resolution im Material Reiners.
- ¹³² Aufbau Nr. 9, S. 8.
- ¹³³ Protokoll der Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenrates der Atlas-Werke am 26. 5. 1945, Material Gregor.

- ¹³⁴ Resolution im Material Reiners.
- ¹³⁵ SPD Bezirksleitung Wasserkante – Nordwest, Rundschreiben 2/45, 17. 8. 1945, S. 1, Material Lücke.
- ¹³⁶ Interview Wolters, S. 12.
- ¹³⁷ Aufbau Nr. 10, S. 4.
- ¹³⁸ Namentlich nicht gekennzeichnete Bericht (vermutlich verfaßt von Hermann Lücke), Material Lücke. – Maria Krüger, Interview, S. 7, erinnert sich daran, noch bei ihrer Rückkehr nach Bremen im Sommer 1946 Arbeiter getroffen zu haben, die mit dem Beitritt zu einer Partei warten wollten, bis SPD und KPD vereinigt seien.
- ¹³⁹ Meiner Schilderung liegen zwei verschiedene umfangreiche Protokolle im Material Reiners zugrunde, die sich ergänzen.
- ¹⁴⁰ Diskussionsbeitrag Rauhof, Material Reiners.
- ¹⁴¹ Weser-Kurier, 19. 12. 1945, S. 4.
- ¹⁴² Gewiß wäre eine gesamtdeutsche sozialistische Einheitspartei – wäre sie auch unabhängig von Moskau und demokratisch strukturiert gewesen – von den Westmächten, insbesondere den USA, nicht gerade freundlich aufgenommen worden. Direkte Behinderungen von Einheitsbestrebungen seitens der Westmächte (über die generelle Behinderung politischer Arbeit hinaus) sind mir aber für die Phase, während der die Vereinigungsfrage noch offen war, weder in Bremen noch anderswo bekannt geworden. In Berlin waren die Westalliierten nicht die Initiatoren des Widerstandes gegen die Vereinigung, sondern unterstützten diesen, nachdem er völlig unabhängig von ihnen entstanden war. Die Urabstimmung der Westberliner SPD scheint die Wende in der Haltung der Westmächte zur KPD ausgelöst zu haben: Ermahnungen, Behinderungen und Verbote wurden zahlreicher. Nun wurden auch die Bestrebungen der KPD, Teile der Sozialdemokraten doch noch für eine Einheitspartei zu gewinnen, von den Besatzungsmächten administrativ behindert.
- ¹⁴³ Bericht, Material Lücke. Der Bezirkssekretär Rother-Romberg argumentierte auf einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung in Lesum am 11. Dezember 1945, man sei »noch nicht so weit [!], um sagen zu können, die Einheit zwischen KPD und SPD ist vorhanden. Die KPD kennt nur die Richtlinien des Zentralkomitees. Wir bekämpfen das, aber trotzdem wollen wir Seite an Seite marschieren in Form einer Koalition. [...] Alle unsere Gegner sollen nicht glauben, daß ein Bruderkampf zwischen KPD und SPD, wie er 1933 der Fall war, noch einmal wiederkäme. Das wird nie mehr der Fall sein.« Bericht in den OMGUS-Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ¹⁴⁴ Aufbau Nr. 11, Januar 1946, S. 5. – August Enderle stellte in seinem Referat zur politischen Lage realistischerweise fest, man sei »faktisch von der einheitlichen politischen Organisation heute weiter entfernt als im Frühjahr«. Ebd., S. 7 f.
- ¹⁴⁵ Kaden, a.a.O., S. 127 ff.; Moraw, a.a.O., S. 124 ff.; Strategic Services Unit, Germany, US Forces, Field Intelligence Study 37: The National Conference of Social Democratic Leaders, 3 November 1945, OMGUS-Records, US National Archives, Record Group 226. – Ursprünglich war von einer »Reichskonferenz« die Rede gewesen, doch war die Bezeichnung fallengelassen worden, als bei Schumacher die Befürchtung aufgetaucht war, diese Bezeichnung könnte den Anspruch des Zentralaussschusses

- stützen. – Aus Bremen kam nur August Enderle nach Hannover, wo er an der für die Delegierten der amerikanischen und französischen Zone arrangierten Parallelkonferenz teilnahm (FIS 37, S. 10, 35). Warum die von Schumacher in seinem Schreiben an Rother-Romberg vom 1. 9. 1945 (AdsD, Bestand Schumacher, J 9) eingeladenen drei Delegierten und vier Gastdelegierten nicht erscheinen konnten – zumal eine Zusage vorlag (Böhm an Schumacher, 27. 9. 1945, ebd.) –, ist nicht bekannt.
- 146 Schulz, a.a.O., S. 30 ff.; Gniffke, a.a.O., S. 25, 39 f.; Moraw, a.a.O., S. 103 ff.
- 147 Otto Grotewohl: Wo stehen wir – wohin gehen wir? Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie, Berlin o. J., S. 76 ff.
- 148 Nach Moraw, a.a.O., S. 133.
- 149 Im November 1945 zählte die KPD in der Ostzone ca. 270 000, die SPD 300 000 Mitglieder. Schröder, a.a.O., S. 133.
- 150 Nach Angaben, die Grotewohl vor Leipziger SPD-Funktionären machte (Kaden, a.a.O., S. 84), hatte die KPD nur einen Sitz im Betriebsrat gegenüber 26 sozialdemokratischen und fünf bürgerlichen Mandaten gewinnen können. – Zur Manipulation der Gewerkschaftswahlen in der SBZ: Moraw, a.a.O., S. 146 ff.
- 151 Gustav Dahrendorf: Bericht über eine Reise, die Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf in der Zeit vom 17. Nov. bis 26. Nov. 1945 nach Frankfurt/M., Stuttgart, München und Regensburg führte, zit. nach Kaden, a.a.O., S. 167.
- 152 Siehe Moraw, a.a.O., S. 126 ff.
- 153 ebd., S. 129 ff. Daß es sich bei den Aufforderungen der KPD-Spitzen seit dem Frühherbst, die Aktionseinheit mit dem Ziel der Vereinigung zu verstärken, um eine wirkliche Wende handelt, wird aus der Bemerkung Hermann Brills klar, die bezirklichen Einheitskomitees in der Ostzone, die im Sommer nach dem Muster der Berliner Vereinbarung geschaffen worden waren, hätten bis Mitte Oktober 1945 »eine Art Dornröschenschlaf« gehalten. (Zitiert nach Moraw, a.a.O., S. 118). – Den in der älteren Literatur bisweilen als auslösender Faktor für die Einheitskampagne genannten Wahlen in Österreich und Ungarn im November kommt allenfalls die Bedeutung zu, die Dringlichkeit des bereits eingeleiteten Prozesses für die KPD-Führung und die Sowjetunion sichtbar gemacht zu haben.
- 154 Monthly Report No. 4, 20. 11. 1945 (Oktober), Political Activities, S. 5.
- 155 So Schröder, a.a.O., S. 134. Auch Gniffke, a.a.O., S. 113. – Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung dieser Defensivmaßnahme war allerdings die Restauration eines hierarchisch-zentralistisch funktionierenden KPD-Parteiapparates. Insofern hatte die Gründung im Juni ihren Sinn behalten.
- 156 Moraw, a.a.O., S. 138 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S. 121 ff.; Kaden, a.a.O., S. 205 ff.; Thomas, a.a.O., S. 166 ff.; Schulz, a.a.O., S. 54 ff.; Gniffke, a.a.O., S. 119 ff.; Stern, SED, S. 30 ff.
- 157 Weser-Kurier, 22. 12. 1945, S. 8.
- 158 Kaden, a.a.O., S. 220 ff.
- 159 Rundschreiben des Bezirkssekretariats Nordwest I/46, 10. 1. 1946, S. 1, AdsD, Bestand Schumacher, J 11.
- 160 Weser-Kurier, 9. 1. 1946, S. 6.
Carl Stockhinger: 10. 9. 1894–4. 4. 1951. Schriftsetzer, nebenberuflich

- Redakteur bei der Parteizeitung, 1914–1918 Kriegsteilnehmer. Vor dem 1. Weltkrieg rote Falken, Naturfreunde; seit 1914 SPD, 1920–1922 USPD, seit 1922 wieder SPD, bei Gründung der SAP 1931 Vorsitzender dieser Partei in Bremen; führende Position im Bremer Verband deutscher Buchdrucker. 1933–1945 wiederholte Verhaftungen. 1945 KGF, SPD; 1946 bis 1951 MdBü, Fraktionsvorsitzender.
- 161 Irmgard Enderle an Willy Brandt, ca. Mitte Januar 1946, Privatarchiv W. Brandt.
- 162 Mitgliederbestand am 26. März 1946, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. Es handelt sich zwar um eine spätere Aufstellung, doch ist der Abstand zum nächstgroßen Distrikt so beträchtlich, daß erfahrungsgemäß eine Verschiebung in der Zwischenzeit ausgeschlossen werden kann.
- 163 Irmgard Enderle an Szende, 20. 1. 1946, Material Szende.
- 164 Weser-Kurier, 2. 2. 1946, S. 4. Der Bremer SPD-Sekretär Josef Böhm behauptete im November 1945 einem amerikanischen Besucher gegenüber, in Bremen hätte es – im Unterschied zu anderen Städten – nie einen Einheitsvertrag zwischen SPD und KPD gegeben (The Political Situation in Bremen, 20 November 1945, Anl. z. Schreiben Murphy an Secretary of State, 5. 12. 1945, US National Archives, Diplomatic Records Division 740.00119 Control (Germany)/12-545, S. 2), obwohl der Bremer Vertrag sogar einer anderen SPD-Organisation (Braunschweig, Kaden, a.a.O., S. 157) als Muster diente, also überregional bekannt war. Wenn es sich nicht um eine schlichte Lüge handelt, deutet die Bemerkung Böhms auf einen kolossalen Verdrängungsmechanismus hin.
- 165 Irmgard Enderle an Willy Brandt, 31. 8. 1945, erhalten durch Susanne Miller, Bonn.
- 166 Memorandum: The Political Situation in Bremen, 20 November 1945, Anlage zum Schreiben Murphy an Secretary of State, 5. 12. 1945, US National Archives, Diplomatic Records Division, 740.00119 Control (Germany)/12-545.
- 167 Weser-Kurier, 19. 1. 1946, S. 4.
- 168 Weser-Kurier, 2. 2. 1946, S. 4.
- 169 Bericht in den OMGUS-Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- 170 Bericht über die Aktionsausschußsitzung am 28. 1. 1946, IML/ZPA 20/15/4.
- 171 Weser-Kurier, 2. 2. 1946, S. 4.
- 172 Weser-Kurier, 9. 2. 1946, S. 4.
- 173 Weser-Kurier, 19. 1. 1946, S. 4.
- 174 Tagungsberichte im Weser-Kurier 17. 4. 1946, S. 2, 6; 19. 4. 1946, S. 7. In der Ausgabe vom 17. 4., S. 2, folgendes Zitat Kaisens: »Die Arbeiterklasse muß bei dieser geschichtlichen Aufgabe geeint sein, aber wir können uns mit der KPD solange nicht verschmelzen, solange sie nicht eine Politik betreibt, die einem unabhängigen Deutschland dient.« – Irmgard Enderle schrieb Gründonnerstag 1946 über den Parteitag an Szende (Material Szende): »Der Geist war viel frischer als auf Br[emer] Konferenzen, einige ausgezeichnete Kräfte (Landräte u. dgl.) sind darunter. Tenor war auch keineswegs solche Ablehnung gegenüber KP wie in Br[emen] im allgemeinen, sondern Betonung der Zusammenarbeit u. des Strebens nach Verschmelzung.«

- 175 Rother-Romberg an Heine, 8. 6. 1946; Heine an Rother-Romberg, 25. 6., 26. 6. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38.
- 176 Schriftl. Mitteilung Heinrich Nolte, 4. 3. 1972.
- 177 Interview Elmers, S. 6.
- 178 Informationen aus der KP, AdsD, HK (Zeitungsausschnittsammlung 1945 und später).
- 179 Zur »zweiten Phase der Einheit« in der Ostzone: Moraw, a.a.O., S. 138 ff.; Gniffke, a.a.O., S. 129 ff.
- 180 Rundschreiben des Büros der Westzonen im AdsD, Bestand Schumacher, J 9. Dort auch: Zur Frage der Einheit (Rohstoff für Referenten); Die politischen Hintergründe der Zwangsvereinigung (Rundschreiben Nr. 25/46, 23. 3. 1946); Fr. Heine: Auf dem Wege zum Einparteiensystem?; Max Januszewski: Bericht über meine Erlebnisse in der russischen Besatzungszone; Wie Magdeburg gleichgeschaltet wurde; Der Schwindel von der Bodenreform in der Sowjetzone. Wie sie in der Wirklichkeit aussieht; Die »Einheitspartei« und die Sozialdemokratie. – Rundschreiben des Bezirks Nordwest: ebd., J 11. – Um die Wirkung der sozialdemokratischen Gegenpropaganda auf die Mitgliedschaft zu erklären, müssen zwei Aspekte hervorgehoben werden:
1. Schumacher stellte keinen Augenblick seine Angriffe gegen die bürgerlichen Parteien und die hinter ihnen stehenden sozialen Kräfte, den »absoluten Klassengegner im Westen«, oder seine »sozialistischen« Forderungen zurück, sondern integrierte sie in die antikommunistische Kampagne.
 2. Zwar waren es im Westen überwiegend Linksozialdemokraten, die für eine Vereinigung mit der KPD eintraten, und überwiegend Rechtssozialisten, die sich dagegen aussprachen. Aber auch hier waren die Anhänger einer radikalen und militanten linken Politik nicht immer zugleich die entschiedensten Befürworter der Einheitspartei. Noch weniger galt das in der Ostzone, wo ehemalige prononcierte Vertreter des rechten Parteiflügels z. T. eine hervorragende Rolle als »Einheitscher« der Vereinigung spielten. Das gilt etwa für den Berliner Bezirkssekretär Helmut Lehmann (Moraw, a.a.O., S. 161 ff.; Gniffke, a.a.O., S. 97). Ein Mann wie Theodor Leipart, verantwortlich für den Unterwerfungsversuch der Gewerkschaften unter die Hitler-Regierung im Frühjahr 1933, war Delegierter beim Vereinigungsparteitag (Gniffke, a.a.O., S. 165). Insofern war Schumachers These nicht völlig aus der Luft gegriffen, daß ein Zusammenhang zwischen mangelndem Widerstandswillen vor 1933, während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und nach deren Zusammenbruch bestehe. (So z. B. in seiner Rede vor der Bremer SPD am 19. 5. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, Q 5 I, S. 5.)
- 181 Theil an Schramm, 9. 5. 1946, Nachlaß Theil. Ebenso wird in einem amerikanischen nachrichtendienstlichen Bericht von anhaltender »freundlicher Kooperation« seitens der offiziellen SPD gesprochen. OMG for Bremen Enclave (US), Information Control Division, Intelligence Section, Intelligence Summary: Week Ending 7 May 1946, S. 1. OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- 182 Nach OMG for Bremen Enclave (US), Information Control Division, Intelligence Section, Intelligence Summary for Period 8 May–27 May 1946, S. 2, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260, zogen Schumachers antikommunistische und antisowjetische Ausführungen,

aber auch seine relativ harte Kritik an den Westmächten »riesigen Beifall« auf sich. Insbesondere Angehörige des Bürgertums hätten sich bemerkenswert beeindruckt gezeigt – eine Tatsache, die generell auch aus dem Briefwechsel des Büros Schumacher bzw. des Parteivorstandes im AdSD hervorgeht. Als Beispiel für die von Schumacher ausgehende Faszination seien zwei Äußerungen der kritischen, bisweilen sogar skeptischen Beobachterin und engagierten Sozialistin Irmgard Enderle angeführt: »Von Hannover [SPD-Parteitag, P. B.] waren selbst wir tief beeindruckt. Aug[ust Enderle, P. B.] ist zwar noch immer der Meinung, daß es ein furchtbares Verhängnis ist, daß man nicht doch Einheitsfront macht [. . .] u. seinerseits mit bestimmten Forderungen f. Verschmelzung ist. [. . .] Ich selbst bin etwas schwankender geworden, denn wenn man solche tatkräftige, klar ausgerichtete Politik wirklich macht, wie sie durch Schum[achers, P. B.] ganzes Referat bzw. Schlußwort ging, ist in der Hinsicht ja wirklich anderer Geist als früher in allem. Frage ist, ob es wirklich gelingt, so klar vorwärtszuschreiten. Außerdem kann man gegen eine so fast einhellige Haltung in der Ablehnung, mit der KPD zu tun zu haben, einfach nicht an.« Brief an Szende, 18. 5. 1946, Material Szende. »Hier in Bremen, wo bisher alles etwas im Kleister, ist nun alles plötzlich [nach Schumachers Reden, P. B.] so klar wie nur denkbar aufgerollt, u. sicher spricht alles lange erregt über den Inhalt von gestern.« Brief an Szende, 19. 5. 1946, Material Szende. – Die Texte der beiden Reden Schumachers in Bremen (vor dem Deutsch-Amerikanischen Informationsbüro und vor Sozialdemokraten) im DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46 (Auszüge) und im AdSD, Bestand Schumacher, Q 5 I.

- ¹⁸³ Tätigkeitsbericht und Aufstellung unserer Betriebsgruppen, IML/ZPA V –G 20/7.
- ¹⁸⁴ Dabei ist die Anzahl der Parteiloosen nicht berücksichtigt, deren Zahl zwischen null und acht lag, meist gering war, die aber in vielen Fällen den Ausschlag gaben.
- ¹⁸⁵ Schriftl. Mitteilung Reiners, 6. 5. 1972.
- ¹⁸⁶ Die Grundlagen der freien Gewerkschaften, S. 10 ff., Material Reiners.
- ¹⁸⁷ Tätigkeitsbericht und Aufstellung unserer Betriebsgruppen, IML/ZPA V –G 20/7.
- ¹⁸⁸ Siehe S. 166.
- ¹⁸⁹ Interview Gregor, S. 3 f.; siehe auch Interview Böhrnsen, S. 3. – Die SPD, Referenten-Material Nr. 2, 6. April 1946, (AdSD, Bestand Schumacher, J 29), hob als einen der Gründe für die Schaffung sozialdemokratischer Betriebsgruppen hervor: Da die Gewerkschaften alle Richtungen umfaßten (bis 1933 waren die Verbände des ADGB de facto sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften gewesen), müßten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftler stärker als während der Weimarer Republik politisch neutral verhalten. Die damalige weitgehende Identität der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Bewegungen bestehe nicht mehr, und daher sei der Aufbau eigener Betriebsgruppen als Gegengewicht gegen die der KPD notwendig. – Der wichtigste praktische Vorschlag lautete: »Jede Betriebsgruppe einen Arbeitsplan, Arbeit aufteilen – keine Betriebsratswahl, kein wichtiges Ereignis im Betrieb ohne vorherige Betriebsgruppenbesprechung!« – Im Unterschied zu den kommunistischen Betriebsgruppen waren die der SPD keine im Vergleich zu den Ortsgruppen gleich-

- wertigen Organisationseinheiten; auch waren SPD-Mitglieder nicht verpflichtet, in den Betriebsgruppen ihrer Partei mitzuarbeiten. – Der erweiterte Vorstand des SPD-Bezirks Nordwest beschäftigte sich am 10. 7. 1946 mit der »Notwendigkeit einer intensiven Propaganda in den Betrieben«. Rother-Romberg wies darauf hin, »daß wir als Partei das Schwergewicht der KP, das in den Betrieben zu wachsen droht, unbedingt brechen müssen.« (Vollständig wurde dieses Ziel in Bremen erst in den fünfziger Jahren erreicht.) Als vorbildlich wurde die Arbeit der Vegesacker Ortsgruppe erwähnt, die alle sozialdemokratischen Betriebsarbeiter für die Durchführung von Betriebsgruppen-Schulungen karteimäßig erfaßt habe. Protokoll im AdSD, Bestand Weser-Ems, Mappe 1.
- Gustav Böhrnsen: Geb. 14. 1. 1914. Maschinenbauerlehre. 1928–1936 und seit 1951 AG Weser. SAJ – SPD – SAP. 1932 KJV. Mitarbeit in einer gemischten antifaschistischen Jugendgruppe und illegale Tätigkeit für die KPD. 1936 verhaftet und bis 1939 inhaftiert. 1942 zum Strafbataillon 999 eingezogen. Im Mai 1943 in Nordafrika in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Im Juli 1946 Rückkehr nach Bremen, wo B. bis 1948 als Jugendpfleger tätig war. Zunächst KPD, nach ca. 18 Monaten Austritt, Ende 1948 Übertritt zur SPD. Seit 1954 Betriebsratsvorsitzender der AG Weser, seit 1955 MdBü, 1966–1968 stellvertretender, 1968–1971 erster Fraktionsvorsitzender der SPD. Mitglied des LV der Bremer SPD.
- ¹⁹⁰ Siehe Betriebsrat der Atlas-Werke an SPD-Bezirkssekretariat, 7. 1. 1946, Material Reiners.
- ¹⁹¹ SPD-Bezirkssekretariat an Betriebsrat der Atlas-Werke, 27. 12. 1945, Material Reiners.
- ¹⁹² Protokolle der Betriebsratssitzung am 4. 1. und der Vertrauensleutesitzung am 10. 1. 1946, Material Gregor.
- ¹⁹³ Protokoll der Betriebsratssitzung am 19. 2. 1946, Material Gregor.
- ¹⁹⁴ Protokoll der Betriebsratssitzung am 11. 3. 1946, Material Gregor.
- ¹⁹⁵ Schriftl. Mitteilung Reiners, 6. 5. 1972.
- ¹⁹⁶ Interview Gregor, S. 3.
- ¹⁹⁷ Schriftl. Mitteilung Reiners, 6. 5. 1972.
- ¹⁹⁸ Zur Zeit der Betriebsratswahl verschärfte und verbreiterte sich in Berlin der Widerstand der Sozialdemokraten gegen den Zusammenschluß mit der KPD, der zur Niederlage der Anhänger der Einheit bei der Urabstimmung am 31. März führen sollte. Schulz, a.a.O., S. 134 ff.; siehe auch Thomas, a.a.O., S. 200 ff.
- ¹⁹⁹ Betriebe im Aufbau, S. 4, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46.
- ²⁰⁰ Interview Reiners, S. 6; siehe auch J. Kolb, a.a.O., S. 32.
- ²⁰¹ Die Grundlagen der freien Gewerkschaften, S. 3, Material Reiners.
- ²⁰² Es handelte sich um ein hektographiertes Blatt, dessen Auflage nicht ermittelt werden konnte. Zum Teil fehlt ein Erscheinungsdatum, das nur nach dem Inhalt vermutet werden kann. DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46. Das folgende Zitat ist Nr. 2, Februar 1946, S. 8, IML/ZPA V 20/15/5, entnommen.
- ²⁰³ Betriebe im Aufbau, ohne Datierung, S. 4, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46; Betriebe im Aufbau Nr. 2, S. 8, IML/ZPA V 20/15/5.
- ²⁰⁴ Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksleitung Weser-Ems, Abteilung Arbeit und Sozialwesen an alle Stadtteil- und Betriebsgruppenleitungen der Partei, 1. 2. 1946, S. 3, Material Reiners.

- 205 O. Schulze: Gewerkschaftseinheit in Theorie und Praxis, *Weser-Kurier*, 6. 3. 1946, S. 6.
- 206 Interview Reiners, S. 13.
- 207 Der Gesamtverband für das graphische Gewerbe hatte z. B. auf seiner Gründungsversammlung noch keinen Vorstand gewählt, sondern den selbsternannten provisorischen Vorstand zunächst bestätigt. *Weser-Kurier*, 7. 11. 1945, S. 3.
- 208 Betriebe im Aufbau, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46, S. 4.
- 209 *Weser-Kurier*, 15. 2. 1946, S. 6.
- 210 Erklärung der Betriebsrätevollversammlung als Eingabe an die Mil.-Reg., IML/ZPA, V G 20/7.
August Raschen: 1890–1967. Hafendarbeiter. Vor 1914 »Bremer Linke«. SPD, KPD seit ihrer Gründung, Funktionär der Partei und der Gewerkschaftsorganisation der Hafendarbeiter. 1930 Betriebsratsvorsitzender in einer Ölfabrik. Nach 1933 KL. Seit 1945 Betriebsratsmitglied bei der AG Weser, 1945 2. Vorsitzender der Bremer »Freien Gewerkschaft«.
- 211 Vgl. Christier, a.a.O., S. 65 ff.
- 212 Betriebe im Aufbau, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46, S. 4.
- 213 ebd., S. 4 f.; zu dieser Wahl auch *Weser-Kurier*, 9. 3. 1946, S. 4.
- 214 Betriebe im Aufbau, DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1945/46, S. 2 f.
- 215 Bekennt Euch! Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes, Material Reiners.
- 216 In den Betrieben kam auf 30 Arbeiter ein Delegierter. In kleineren Betrieben Beschäftigte wählten auf Wohnbezirksebene nach gleichem Schlüssel. *Weser-Kurier*, 20. 3. 1946, S. 6; 10. 4. 1946, S. 6.
- 217 Interview Heinemann, S. 5. Reiners, Interview, S. 7, spricht von einem Verhältnis von neun zu sechs.
- 218 OMG for Bremen, Information Control Division, Political Intelligence Summary for March 1946: The Political Scene in the Bremen Enclave, S. 7, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260; Interview Wolters, S. 12 f.; auch Fortsetzung Interview Ehlers, S. 4. Wolters führte am 3. Oktober 1945 in der ersten Betriebsversammlung der Atlas-Werke unter starkem Beifall aus: »Die verantwortlichen Personen an der Spitze der beiden Arbeiterparteien müssen ihre historisch günstige Chance wahrnehmen und alles tun, um möglichst bald zu einer sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei zu kommen. Je geschlossener wir zusammenstehen, um so besser können wir die uns gestellten Aufgaben bewältigen. Wir alle wollen und müssen sein: Pioniere einer neuen Zeit.« *Weser-Kurier*, 6. 10. 1945, S. 4.
- 219 Mdl. Auskunft Willy Brandt, 26. 7. 1972; Interview Paul, S. 9.
- 220 Taktik und Grundsätze, Material Ehlers. Über den Verfasser des Dokuments liegen widersprüchliche Aussagen vor: sowohl Ehlers, Fortsetzung Interview, S. 5, als auch Hogrefe, Interview, S. 5, beanspruchen die Urheberschaft. Offenbar wurde der Text, den Wolters ohne vorherige Absprache vorgetragen haben soll (Hogrefe, ebd.), nachträglich vervielfältigt und unter dem Titel: »Taktik und Grundsätze in der gegenwärtigen Situation«, auch außerhalb der KPD verteilt. Im Nachlaß Theil befinden sich zwei Exemplare.
- 221 Wolters an Spitta, 11. 12. 1945, StA Bremen, 3 – K 13 Nr. 100/1.
- 222 Political Intelligence Summary for March 1946: The Political Scene in

- the Bremen Enclave, S. 8, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²²³ ebd.
- ²²⁴ Interview Wolters, S. 15.
- ²²⁵ Theil an Büro der Westzonen, 25. 3. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38.
- ²²⁶ ebd.
- ²²⁷ Interview Wolters, S. 15.
- ²²⁸ ebd., S. 13; Interview Adamietz/Ehlers.
- ²²⁹ Fortsetzung Interview Ehlers, S. 5; Interview Wolters, S. 13; Reise-Notizen, Material Ehlers. »Beide Männer kamen mit der Überzeugung zurück, daß der ganze ›sozialistische Fortschritt, mit dem in der Ostzone geprahlt wird, ein Schwindel ist, daß die Vereinigung von SPD und KPD gänzlich das Resultat russischen Drucks ist, daß die SED [...] eine offizielle, kommunistisch gesteuerte, Partei der sowjetischen Besatzungsmacht ist und daß – obwohl sie in einer bevorzugten Position in der Verwaltung ist – ihre Identifikation mit der sowjetischen Politik, besonders mit der Industriedemontage, ihre Unterstützung in der Bevölkerung auf nahezu Null reduziert hat.« Report of Civil Government Division, Intelligence Section, Special Report Nr. 5: The Split in the Bremen KPD, 21 May 1946, S. 3, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²³⁰ Special Report Nr. 2: Impending Rift in Communist Party of Bremen, 13 April 1946, S. 2, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²³¹ *Weser-Kurier*, 18. 5. 1946, S. 4.
- ²³² Nach Special Report Nr. 5 (s. Anm. 229), S. 2, war der Ausschluß der beiden von der KPD-Führung für die Westzonen in Hannover beschlossen worden. Für den 4. Mai habe die regionale Bremer Parteiführung eine Funktionärskonferenz einberufen, die den Beschluß gebilligt habe. Immerhin hielt man es für nötig, die Ausschluß-Resolution den Untergliederungen der Partei zur Abstimmung vorzulegen. Trotz stark abweichender Ergebnisse konnte die KPD-Leitung auf ein mehrheitliches Votum für den Ausschluß verweisen. Während sich am 15. Mai 1946 in den Stadtteilen Mitte (74 Ja-, 7 Neinstimmen und 6 Enthaltungen), Hastedt (38 : 8) und in der Betriebsgruppe der AG Weser-Werft Mehrheiten für den Ausschluß fanden, sprach sich der erweiterte Vorstand des Distrikts Huchting am selben Tag gegen einen Ausschluß aus (Protokoll im Material Arpo). Aufgrund dieser Abstimmungen rechneten Ehlers und Wolters mit ihrem endgültigen Ausschluß am 19. Mai (Special Report No. 5, S. 2). – Die konkreten Vorwürfe der KPD-Führung gegen die beiden Senatoren änderten sich während des Frühjahrs, waren aber alle um das Problem ihrer mangelnden Unterordnung unter die Politik der Partei zentriert. Zum Teil bezogen sie sich auf ungenügende Erfolge und nach Meinung der leitenden Bremer KPD-Funktionäre verfehlte Entscheidungen in der Regierung. Diverse Berichte über KPD-Versammlungen zwischen dem 30.3. und 19. 5. 1946 in den OMGUS Records, US National Archives, Record Group 260; Interview Meyer-Buer, S. 8 f.; *Weser-Kurier*, 18. 5. 1946, S. 4.
- ²³³ Interview Elmers, S. 6.
- ²³⁴ OMG for Bremen, Information Control Division US Army, Intelli-

- gence Section, Intelligence Summary; Week Ending 22 April 1946, S. 1, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²³⁵ Nach Special Report Nr. 5 (s. Anm. 229), S. 2, bestand der Plan darin, die Diskussion über die Beziehungen der KPD zur Sowjetunion und über die innerparteiliche Demokratie in die Mitgliedschaft zu tragen und so zuzuspitzen, daß ein Austritt politisch verständlich würde.
- ²³⁶ Interview Böhrnsen, S. 1 f.; Interview Hallerstedde, S. 18. – Nach OMG for Bremen Enclave (US), Information Control Division, Intelligence Section, Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946, S. 1 (OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260) fühlten sich viele der KPD-Mitglieder, die Ehlers und Wolters früher unterstützt hatten, regelrecht betrogen.
- ²³⁷ Irmgard Enderle an Neumann, 27. 5. 1946; Irmgard Enderle an Heine, 25. 6. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38; siehe auch die vorige Anmerkung.
- ²³⁸ Enderle an Neumann bzw. Heine, 27. 5. und 25. 6. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38; Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946, S. 1, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²³⁹ Die beiden zitierten Special Reports (Anm. 229, 230) trugen die Überschriften: »Der bevorstehende Riß in der Kommunistischen Partei Bremens« und: »Die Spaltung in der Bremer KPD«.
- ²⁴⁰ Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946, S.1, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- ²⁴¹ Nach Angaben des 1950 abgelösten Chefredakteurs des KPD-Zentralorgans »Freies Volk«, Josef Schappe, sollen der Partei zwischen 1948 und 1950 im Gebiet um Bremen und Bremerhaven bis zu 90 % der Mitglieder verloren gegangen sein. In ganz Westdeutschland sank die Mitgliederzahl von ca. 300 000 im Jahre 1947 auf 78 000 vor dem Verbot 1956. Arne Arneemann: Möglichkeiten und Grenzen der Politik der KPD mit besonderer Berücksichtigung der Wiederaufbauphase nach 1945, Diplom-Arbeit am OSI der FUB, Berlin 1972, S. 76; Hans Kluth: Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1959, S. 35 f. – In der Zeit von 1948 bis 1951 wurden im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Jugoslawien fast alle 1945/46 gewonnenen ehemaligen Mitglieder linkssozialistischer oder oppositionell-kommunistischer Organisationen wieder aus der Partei entfernt, wenn sie nicht von selbst austraten. Tilmann Fichter und Eugen Eberle, a.a.O., S. 115 ff., haben am konkreten Beispiel aufgezeigt, wie in dieser für die KPD ohnehin fast aussichtslosen Situation am Anfang der 50er Jahre eine ultralinke Schwenkung in der Gewerkschaftsfrage dazu beitrug, die wenigen der Partei noch verbliebenen Stützpunkte in der Arbeiterklasse zu verlieren. – Nachdem sich der alte KPO/SAP-Kern spätestens mit dem Übertritt Ehlers' zur SPD aufgelöst hatte, begann ein Teil der aus diesen Organisationen kommenden Personen unter dem Einfluß der im kubanischen Exil festsitzenden ehemaligen KPO-Führer Brandler und Thalheimer, sich wieder zu sammeln. Durch seine ersten Nachkriegsschriften schuf August Thalheimer die politischen Voraussetzungen für die Gründung der Gruppe Arbeiterpolitik als Nachfolgeorganisation der KPO im Jahr 1947 (Interview Martin Meyer, S. 3; Mitteilung der Gruppe Arbeiterpolitik). Die der KPD angehörenden Anhänger der Gruppe Arbeiterpolitik wur-

den spätestens bis 1950 aus ihrer Partei ausgeschlossen. Erklärung von vier oppositionellen Bremer Kommunisten zu ihrem Ausschluß aus der KPD vom Januar 1950, erhalten durch Werner Müller. Seit 1948 erscheint als Organ der Gruppe die Zeitschrift »Arbeiterpolitik«. Vgl. auch Tjaden, a.a.O., S. 346 ff.

- ²⁴² In seiner ersten öffentlichen Rede als SPD-Mitglied, die er in Nordenham hielt, betonte Wolters, er sei mit derselben Entschiedenheit für die Vereinigung der Arbeiterparteien wie eh und je (Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946, S. 1, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260). – Ehlers und Wolters gehörten in ihrer neuen Partei zu der Minderheit, die bereit war, anlässlich der ersten Bürgerschaftswahl ein Wahlbündnis mit der KPD einzugehen (Irmgard Enderle an Szende, 22. 7. 1946, Material Szende). – Obwohl Ehlers und Wolters es ablehnten, als »Experten einer speziellen Campagne gegen oder über die KPD und SED« zu fungieren (Irmgard Enderle an Neumann, 27. 5. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38), trat Wolters, dessen rednerische Fähigkeiten ihm bei seinen Gegnern den Spitznamen »Joseph [Goebbels, P. B.] der Zweite« eingetragen hatten (Special Report Nr. 2, S. 1., s. Anm. 230), mehrfach als Redner im Rahmen der Anti-SED-Kampagne der westdeutschen Sozialdemokratie in Erscheinung, zum Teil gemeinsam mit Kurt Schumacher. In Braunschweig sprach Wolters auf der sozialdemokratischen Gegenkundgebung anlässlich des Pieck-Grotewohl-Besuchs im Sommer 1946 (Märkische Volksstimme, 3./4. 8. 1946). Als Pieck und Grotewohl im Frühjahr 1947 in Bremen auftraten, forderte Wolters sie zu einem öffentlichen Streitgespräch heraus (Interview Adamietz/Wolters).

6. Kapitel

- ¹ Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1966 (zuerst 1928).
- ² Siehe dazu vor allem die Dissertation von Hans Schieck: Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Heidelberg 1958.
- ³ Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone, a.a.O., S. 18 f. – Die Äußerungen Kurt Schumachers zu dieser Frage waren widersprüchlich: Er betonte einerseits die Notwendigkeit, »Klassengegner« durch politisch-parlamentarischen Kampf zu überwinden, neigte aber andererseits dazu, den Sozialismus als einzig denkbaren Ausweg anzusehen. »Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen und Ausbeutungsgewinne, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen.« Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover am 11. Mai 1946. Als Manuskript gedruckt, S. 1.
- ⁴ Das Landes-Plan- und Wirtschaftsamt Bremen (Ausarbeitung der Arbeiter- und der Angestelltenkammer für den Präsidenten des Senats), S. 5, StA Bremen 3 – B 10c Nr. 14.
- ⁵ Deppe/Freyberg u. a., a.a.O., S. 72 f.; Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1, S. 60 f.; E. Schmidt, a.a.O., S. 51, 101 f.
- ⁶ Protokoll der Gewerkschafts-Konferenz der britischen Zone vom 21. bis

23. August 1946 in Bielefeld, Bielefeld o. J., S. 12 ff.; E. Schmidt, a.a.O., S. 66 ff.; Victor Agartz: Sozialistische Wirtschaftspolitik, Referat, gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover, Mai 1946, hrsg. von der SPD Groß-Hessen, Frankfurt am Main 1946; auszugsweise abgedruckt bei Huster u. a., a.a.O., S. 370 ff.; Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wege und Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, hrsg. vom Vorstand der SPD, Wirtschaftspolitische Abteilung, Hannover o. J.; Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover am 11. Mai 1946. Als Manuskript gedruckt; Hans Peter Ehni: Sozialistische Neuaufbauforderung und Proklamation des »Dritten Weges«. Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945-1947, in: AfS 13 (1973), S. 131 ff., arbeitet die innerparteilichen Differenzen heraus.
- 7 Die Bremer Gewerkschaften an der Jahreswende, S. 5, Material Reiners.
- 8 Dazu E. Schmidt, a.a.O., S. 74 ff.; Badstübner, a.a.O., S. 242 ff.
- 9 Der Kommunist August Raschen, Betriebsratsmitglied bei der AG Weser, machte anlässlich der ersten Sitzung der Betriebsräte-Vollversammlung den Versuch, einige Forderungen der Betriebsräte zu konkretisieren (Weser-Kurier, 31. 10. 1945, S. 2): »1. Sicherung der Ernährung bei streng festgesetzten Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel; 2. genossenschaftlicher Aufbau; 3. schnelle Herstellung von Industrieprodukten für die Landwirtschaft; 4. Produktionskontrolle der Betriebsräte in allen Zweigen und Abteilungen der Betriebe bis zur Betriebsleitung; 5. Ausbau und strengste Kontrolle der Arbeiter-Schutzbestimmungen; 6. einmalige hohe Vermögensabgabe und Kriegsgewinnsteuer.« In einer Resolution wandte sich die Konferenz gegen den ausgedehnten Schleichhandel, für den die in ihren Stellungen verbliebenen Wirtschaftsführer mitverantwortlich seien. Es wurde der Rücktritt der Wirtschaftssenatoren Apelt und Harmssen gefordert und deren Ersetzung durch »Männer, die den Gewerkschaften nahestehen und die im Interesse der Konsumenten eine planwirtschaftliche Erzeugung und Verteilung aufbauen würden«.
- 10 Balfour, a.a.O., S. 370.
- 11 Das Utopische bestand zunächst in der mangelhaften Analyse der Gegenkräfte, vor allem der Politik der Besatzungsmächte, und dem daraus resultierenden Fehlen einer konkreten Strategie und Taktik zur Durchsetzung der wirtschaftsdemokratischen Forderungen. In seinen 1949 beschlossenen Wirtschaftspolitischen Grundsätzen nahm der DGB keinen Bezug auf das durch den Marshall-Plan, die Politik des Wirtschaftsrates und die Währungsreform gegenüber 1945/46 veränderte Kräfteverhältnis. (Abgedruckt bei Huster u. a., a.a.O., S. 388 ff.). In welchem Maß die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Grundkonzeption per se idyllisch-utopische Züge trug, weisen Huster u. a., a.a.O., S. 135 ff., nach.
- 12 Das Landes-Plan- u. Wirtschaftsamt, S. 1 ff., StA Bremen, 3 - B 100 Nr. 14.
- 13 Wirtschaftsabteilung der Stadtleitung Bremen der KPD, Vortragsdisposition Nr. 1, S. 7, Material Arpo. - 1946 erschien als Zeitschrift der Wirtschaftsabteilung »Der Wiederaufbau. Nachrichtenblatt für die Sektionsleiter und Fachausschüsse.«
- 14 Lenin hatte zwar bis 1917 die Parole der »demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern« vertreten, aber für das rückständige, nur in weni-

gen Zentren industrialisierte zaristische Rußland, keineswegs als Universalrezept für hochindustrialisierte Länder wie Deutschland. Bei dem späteren Versuch, Lenin als Kronzeugen für die Volksfront- und Blockpolitik zu zitieren, handelt es sich also um eine bewußte Fehlinterpretation. Lenins Parole der »demokratischen Diktatur« beinhaltete die These, daß in Rußland die bürgerliche Revolution nur gegen die Bourgeoisie siegen könne. In den »Aprilthesen« von 1917 ging Lenin noch einen Schritt weiter und schloß sich de facto der Position Trotzki an: Die russische Arbeiterklasse, gestützt auf die Bauernschaft, könne die demokratischen Aufgaben der Revolution nur lösen, wenn sie zu den sozialistischen übergehe (»permanente« [Trotzki] bzw. »ununterbrochene« [Lenin] Revolution). Niemals hatte für Lenin in Frage gestanden, daß die Revolution im Zeitalter des Imperialismus erfordere, den Staatsapparat der herrschenden Klasse zu zerschlagen und einen eigenen zu errichten. Siehe vor allem folgende Schriften (Werke, Berlin-Ost 1957 ff.): Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Bd. 9, S. 1 ff.; Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Aprilthesen), Bd. 24, S. 1 ff.; Staat und Revolution. Die Staatstheorie des Marxismus und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Bd. 25, S. 393 ff.; Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt 1967.

- ¹⁵ Wirtschaftsabteilung der Stadtleitung Bremen der KPD, Vortragsdisposition Nr. 1, S. 2 ff., Material Arpo. – Zur offiziellen Wirtschaftspolitik der KPD siehe: Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik, Berlin 1946.

In der Verfassungsdeputation der Bürgerschaft suchte Schimmeck, der zusammen mit Rudolf Rafoth die KPD in diesem Gremium vertrat, die bürgerlichen Sozialisierungsgegner zu beruhigen: »Durch die Sozialisierung würde sich in den Betrieben selbst gar nichts ändern, nur die Führung und Steuerung werde künftig beim Staat liegen.« Schimmeck scheint dabei entgangen zu sein, daß er vom sozialistischen Standpunkt mit einer solchen Aussage ein vernichtendes Urteil über seine Sozialisierungspläne fällte. Bremische Landesverfassung vom 21. Oktober 1947. Protokolle der Verfassungsdeputation und ihrer Ausschüsse (2. April 1947 – 15. September 1947). Vervielfältigtes Mskr., hrsg. von der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft, Januar 1974, S. 65.

- ¹⁶ US National Archives, Record Group Nr. 260.

- ¹⁷ Das ist das eindrucksvollste Ergebnis der genauen Untersuchung von Sywottek, a.a.O.

- ¹⁸ Anknüpfend an das traditionelle bremische Deputationswesen, beschloß der Senat am 4. September 1945 die Einrichtung von Verwaltungs-»Beiräten« für die verschiedenen Ressorts aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und zuständigen Fachleuten, um »die nötige Fühlung mit der Bevölkerung aufzunehmen« (Senatsprotokolle, 4. 9. 1945). Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden paritätisch beteiligt. Nach einer Intervention Wolters' am 19. März 1946 anlässlich der Herabsetzung der Lebensmittelrationen (Senatsprotokolle) und der KPD-Bürgerschaftsfraktion am 18. Juli 1946 (Beschluß der Bürgerschaft vom 18. Juli 1946, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946) beschloß der Senat am 27. August 1946 (Senatsprotokolle, Anlage) und 20. September 1946 (Senatsprotokolle) die Einrichtung von Kontrollausschüssen zur Preisüber-

wachung. Diese Ausschüsse hatten keine Anordnungsbefugnis und durften auch keine allgemeinen Erhebungen vornehmen. Ihre Aufgabe bestand lediglich darin, ihre Beobachtungen den zuständigen Stellen weiterzugeben. Dazu außer den genannten Protokollen: Mitteilung des Senats vom 20. September 1946. Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946, S. 69 ff.; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzungen am 18. Juli 1946 u. 12. Sept. 1946, S. 122 ff. u. S. 198 f.; ferner Senatsakten im StA Bremen: 3 – V 1 Nr. 98 und 3 – B 10d Nr. 100/6.

- ¹⁹ Am 17. April 1946 traten die von der Militärregierung nach einer britischen Anweisung ernannten 60 Bürgerschaftsabgeordneten zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. 32 von ihnen gehörten den drei bis dahin bestehenden politischen Parteien an: 17 der SPD, 8 der KPD und 7 der BDV. Dazu kamen 10 Senatoren (3 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 2 BDV-Mitglieder, 3 parteilose Bürgerliche). Besaßen die Arbeiterparteien gegenüber der BDV die klare Mehrheit, so hatten von den ebenfalls beteiligten Interessenorganisationen die bürgerlichen besser abgeschnitten: Hier standen sechs Gewerkschaftsvertreter neun Vertretern der Handelskammer und drei Vertretern der Kreisbauernschaft gegenüber. Insgesamt saßen also 36 Abgeordnete in der Bürgerschaft, die Arbeiterorganisationen angehörten, während 24 Abgeordnete bürgerliche bzw. bäuerliche Interessen vertraten. Bis auf die drei parteilosen Senatoren schlossen sich alle bürgerlichen Abgeordneten der BDV an. Im Juni wurden noch einmal 20 zusätzliche Abgeordnete ernannt. Es wurden zunächst zwei Ausschüsse gewählt, die sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung und der Beratung einer Geschäftsordnung zu befassen hatten. In beiden Ausschüssen besaßen die Arbeiterparteien die Mehrheit. Die Befugnisse dieser ernannten Bürgerschaft waren durch Dienstanweisungen der Militärregierung stark eingeschränkt, so daß sie »ihren Vorgängerinnen nur dem Namen nach glich« (Kaisen, a.a.O., S. 214). Dazu: Senatsprotokolle, 4. 1., 22. 1., 5. 3., 12. 4., 21. 6. 1946; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 17. 4. 1946; Weser-Kurier, 19. 4. 1946, S. 4; außerdem die Akte 3 – B 1 Nr. 264 im StA Bremen.
- ²⁰ In Anbetracht des engen Spielraums der deutschen Politik war es für die sozialdemokratischen Mitglieder um so wichtiger, daß dieser Spielraum im Interesse der Werktätigen voll ausgenutzt wurde. So kam es seit 1945 immer wieder zu heftiger Kritik an der Bauverwaltung, da die »engsten Berater« des zuständigen sozialdemokratischen Senators Theil sich weigerten, mit den Wohnungsbauausschüssen in den Stadtteilen zusammenzuarbeiten, und statt dessen angeblich kapitalistische »Sonderinteressen« begünstigten. Resolution der Mitgliederversammlung des Distrikts Gröpelingen vom 2. 12. 1945; Resolution der Mitgliederversammlung des Distrikts Woltmershausen, 16. 1. 1946; Protokoll der Sitzung der in Distriktsbauausschüssen tätigen Genossen, 12. 7. 1946; Protokoll der Sitzung der tätigen Genossen des Stadtteils Westend am 17. 6. 1946 (s. Dokument 10), alle im Nachlaß Theil.
- ²¹ Beschlüsse der Bürgerschaft vom 15. 7. 1946, Bericht über die Ernährungslage, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946; Welker an Kaisen, der, entgegen bremischer Tradition, aber auf britischen Wunsch, gleichzeitig Präsident des Senats und der Bürger-

schaft war, 9. 8. 1946, StA Bremen 3 – B 10d Nr. 100/6. In derselben Akte ein Vermerk über eine Besprechung mit Oberst Welker und Oberst Crabil am 17. Juli 1946 über die Entschließung der bremischen Bürgerschaft betr. Ernährungslage vom 15. Juli 1946. Welker drückte demzufolge eine »gewisse Enttäuschung« über die genannte Entschließung aus. Die Veröffentlichung könne nicht zugelassen werden, da dadurch die Unruhe in der Bevölkerung nur gesteigert würde. »Es liege der Militärregierung fern, die höchste gesetzgebende Körperschaft Bremens in ihren Entschließungen beeinflussen zu wollen.« Doch sei ihr daran gelegen, »daß die Bürgerschaft erkenne, wie weit sie in der Kritik der Handlungen der Militärregierung gehen könne«. Zu den von der Bürgerschaft geäußerten Befürchtungen meinte Welker u. a.: »Irgendwie kommen die Menschen doch hindurch. [. . .] Ganze Völker leben von einer ganz einseitigen Ernährung, außerdem haben Leute im Hungerstreik monatelang von Wasser gelebt.« Diese Stellungnahme Welkers sollte der Bürgerschaft nicht öffentlich verkündet, sondern nur den Fraktionsführern auseinandergesetzt werden.

- 22 Niethammer, Entnazifizierung, S. 25.
 23 *Functional History 1945/46*, a.a.O., S. 48.
 24 Niethammer, Entnazifizierung, S. 79.
 25 Richard Ahlers am 6. Juni 1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1946, S. 46.
 26 Albert Bote am 6. Juni 1946, ebd., S. 42. Als »Versuch zur Totalität« begriff Bote die Gründung der »Arbeitergesangsvereine, Arbeiterturnvereine, Arbeitersportvereine«.
 27 Richard Ahlers am 4. Juli 1946, ebd., S. 74.
 28 Ehrhart Heldmann am 6. Juni 1946, ebd. S. 52.
 29 Siehe vor allem die Ausführungen Ahlers' am 6. Juni 1946, ebd., S. 44 ff.
 30 Oskar Schulze (SPD) am 6. Juni 1946 (ebd., S. 52). Es handle sich zur Zeit um ein »politisches Feststellungsverfahren«. – Allgemein: Fürstena, a.a.O., S. 9 ff., 166 ff.
 31 Oskar Schulze am 6. Juni 1946 (ebd., S. 41): »Uns genügt das heutige System der Durchführung der Entnazifizierung noch nicht, aber die Möglichkeiten, die uns gegeben sind, wollen wir ordnungsgemäß ausführen und durchführen.«
 32 Albert Krohn (KPD) am 6. Juni 1946, ebd., S. 50.
 33 Walter Rother-Romberg (SPD) am 6. Juni 1946, ebd., S. 49.
 34 Rudolf Rafoth (KPD) am 6. Juni 1946, ebd., S. 53.
 35 Walter Rother-Romberg am 6. Juni 1946, ebd., S. 49.
 36 Oskar Schulze am 6. Juni 1946, ebd., S. 41 u. 53.
 37 Willy Ewert (SPD) am 6. Juni 1946, ebd., S. 43. Ähnlich Schulze am 4. Juli 1946, ebd., S. 77.
 38 Aus einer Entschließung der Betriebsräte-Vollversammlung, *Weser-Kurier*, 31. 10. 1945, S. 2.
 39 W. Ewert: Entnazifizierungs-Erfahrungen, *Weser-Kurier*, 5. 6. 1946, S. 6.
 40 Wilhelm Knigge (KPD) am 4. Juli 1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1946, S. 79. Ähnlich Willy Ewert am 6. Juni 1946, ebd., S. 43.
 41 Oskar Schulze am 4. Juli 1946, ebd., S. 75. Die Kommunisten konnten trotz des parteioffiziellen Kollektivschuldbekennnisses nicht umhin, der

- SPD hier im wesentlichen recht zu geben (W. Knigge am 4. Juli 1946, ebd., S. 79).
- 42 Siehe die Rede Schumachers auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg am 23. 6. 1947, in: Scholz/Oschilewski, a.a.O., Bd. 2, S. 127 f.
- 43 Fürstenau, a.a.O., S. 167 f.
- 44 Diese Argumentation hatte vom Standpunkt der KPD-Führung den Vorteil, daß sie sich dabei auf das Potsdamer Abkommen berufen konnte und daß die Formulierung beliebig dehnbar war, wie sich z. B. anlässlich des Volksentscheids in Sachsen zur Enteignung der »Kriegsverbrecher« zeigte.
- 45 Das Rücktrittsschreiben Hermann Prüfers druckte die Bremer KPD-Zeitung »Tribüne der Demokratie«, Nr. 9, Vierte März-Woche 1947, unter der Überschrift ab: »Diese Entnazifizierung lehnt die KPD ab«. Hier wurde die kommunistische Haltung zur Entnazifizierung noch einmal un-zweideutig bestimmt: »Wer in führender und leitender Stellung dem Nationalsozialismus in Deutschland seine Kraft geliehen hat, ist mitverantwortlich für die katastrophalen Auswirkungen der Hitlerischen Raubpolitik in allen europäischen Ländern.« Da die Betroffenen jedoch im allgemeinen versicherten, nur im Interesse »Deutschlands« oder »der Wirtschaft« gehandelt zu haben, oder um zu verhindern, daß »extreme Nationalsozialisten« an ihre Stelle träten, hatte die KPD Schwierigkeiten, ihren Standpunkt allen Werkträgern plausibel zu machen. So sahen sich die Bremer Kommunisten veranlaßt, in einem Flugblatt (IML/ZPA V 20/15/2) dagegen Stellung zu nehmen, daß sich Teile der Belegschaft der Rolandmühle mit deren Besitzer Erling solidarisierten, als gegen ihn ein Entnazifizierungsverfahren durchgeführt wurde. Der Betriebsrat der Rolandmühle war allerdings scharf gegen Erling aufgetreten. Auch das Bezirkssekretariat Nordwest der SPD beschwerte sich in einem Rundschreiben: »Aus der Praxis der Entnazifizierung« vom 18. 7. 1946, Nachlaß Theil, über die Bereitschaft vieler Arbeiter und auch Betriebsobleute, positive Gutachten für Industrielle auszustellen: »Man muß sich einfach wundern, daß Arbeiter sich dazu hergeben, ihren Chefs, die in den meisten Fällen nicht nur der Partei, sondern auch Organisationen wie SA, VDA, Reichskolonialbund usw. angehört haben, [zu] bescheinigen, daß sie die harmlosesten Menschen sind, die nun aber auch wirklich keine Schuld an Nazismus trifft.« In einigen Fällen (im Fall des von Prüfer genannten Deschimag-Generaldirektors, Stapelfeldt, von vielen Seiten bestätigt) hatten sich diese Unternehmer jedoch während der Zeit des Dritten Reichs schützend vor antifaschistische Arbeiter gestellt, sei es, um sich qualifizierte Facharbeiter zu erhalten, sei es aus humanitären Gründen. An Franz Stapelfeldt zeigte sich die Problematik der kommunistischen Politik, das Großkapital durch Entnazifizierung entmachten zu wollen, da das unmöglich machte, zwischen dem persönlichen Verhalten des Werftdirektors und seiner gesellschaftlichen Rolle zu unterscheiden.
- 46 Endgültig rückte die KPD von der geltenden Entnazifizierungspraxis ab, als ihre Bürgerschaftsfraktion am 22. September 1949 Rudolf Rafoth aus der Deputation für die politische Befreiung zurückzog, ohne einen Vertreter zu benennen. Zu diesem Zeitpunkt wetteiferten bereits alle Parteien um die Distanzierung von der unpopulären Entnazifizierung. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1949, S. 308 f., 316.
- 47 Dazu die Senatsprotokolle 1945/46; auch Kaisen, a.a.O., S. 221 f.

- 48 Pirker, *Die blinde Macht*, Bd. 1, S. 24.
- 49 Bericht des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften Bremen, S. 1, Material Reiners.
- 50 Anlage zum Schreiben der Allgemeinen Gewerkschaft, Sekretariat Niedersachsen, an das Gewerkschaftliche Zonensekretariat der brit. Zone, 28. 2. 1947, DGB-Archiv, Mitgliederbewegung des DGB, britische Zone, Berichte 1946–48. Der Landarbeiterverband war für Bremen erst Ende September 1946 wiedergegründet worden. *Weser-Kurier*, 28. 9. 1946, S. 6.
- 51 »Im ganzen ist das Hauptquartier der [Bremer, P. B.] Gewerkschaften gegen jeden organisierten Streik.« *Functional History 1946/47*, a.a.O., S. 254.
- 52 E. Schmidt, a.a.O., S. 101 f.
- 53 Siehe Schmidt/Fichter, a.a.O., S. 23 ff., 40 ff.; Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 207 ff. Es ist bemerkenswert, daß die KPD, die als einzige Partei die Bewegung zunächst voll unterstützt hatte, bei den Wahlen 1947 in Nordrhein-Westfalen mit 14 % einen vergleichsweise großen Erfolg verbuchen konnte. Der Schluß liegt nahe, daß ihr Stimmengewinn gerade deswegen erfolgte, weil sie die Verfechtung konkreter Arbeiterinteressen in der Praxis zeitweise über die Blockpolitik stellte. Die Behauptung von Schmidt/Fichter, die KPD hätte die Streiks im Ruhrgebiet zu einer allgemeinen Offensive gegen das deutsche und amerikanische Kapital nutzen können, scheint mir im eigentlichen Sinn des Wortes fragwürdig, zumal das Verhältnis zwischen Hungerrevolte und Kampf um Sozialisierung innerhalb der Massenbewegung noch nicht hinreichend geklärt zu sein scheint.
- 54 E. Schmidt, a.a.O., S. 91 f.
- 55 *Functional History 1946/47*, a.a.O., S. 254.
- 56 E. Schmidt, a.a.O., S. 94 f., Zitat: S. 94.
- 57 *Functional History 1946/47*, a.a.O., S. 254.
- 58 *Tribüne der Demokratie*, Nr. 1, Mitte Januar 1947, Nur in der Einheit liegt die Stärke (Bericht über die Betriebsversammlung der AG-Weser-Räumung am 7. 1. 1947).
- 59 *Tribüne der Demokratie*, Nr. 16, Dritte Mai-Woche 1947, Ein Betriebsrat gibt Rechenschaft.
- 60 *Die Bremer Gewerkschaften an der Jahreswende*, S. 4, Material Reiners.
- 61 ebd.
- 62 Schulze an das Wirtschaftsinstitut der Gewerkschaften, 3. 12. 1946, DGB-Archiv, Entnazifizierung brit. Besatzungszone, Berichte.
- 63 Vgl. früher, S. 73 f.
- 64 *Weser-Kurier*, 20. 3. 1946, S. 6; 6. 4. 1946, S. 5; 13. 4. 1946, S. 3. Auch für das folgende.
- 65 *Senatsprotokolle*, 2. 4. 1946.
- 66 *Information Control Weekly Review* Nr. 27, S. 12. Auch für das folgende.
- 67 *Annual Functional History of Military Government in Land Bremen. January-December 1948. Part I: Narrative*, S. 180 ff. Auch für das folgende.
- 68 Um die Unruhe über die nach der Währungsreform wachsende Spanne zwischen Preisen und Einkommen aufzufangen und zu kanalisieren – zunächst war nur der Preisstopp, nicht aber der Lohnstopp aufgehoben worden –, entschloß sich die DGB-Führung der Bizone nach Verhandlung

- gen mit den Besetzungsmächten zu einem 24stündigen Generalstreik, der auf den 12. 11. 1948, einen Freitag, gelegt wurde. Die Gewerkschaftsführung veröffentlichte anlässlich des Generalstreiks – sie selbst lehnte diesen Ausdruck entrüstet ab – ein Zehn-Punkte-Programm gegen den »wirtschaftlichen Notstand« und forderte die Durchführung der Mitbestimmung und der bereits erlassenen Sozialisierungsgesetze. Entgegen der Ankündigung Böcklers wurde die Bewegung jedoch nicht weitergetrieben, sondern demobilisiert. E. Schmidt, a.a.O., S. 141 ff. und die gerade erschienene Arbeit von Gerhard Beier: *Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands*, Frankfurt/M. 1975.
- 69 Annual Functional History 1948, a.a.O., S. 186; In der Functional History of Military Government in Land Bremen, 1 July – 30 Sept. 1947, Part I Narrative, S. 154, wurde ausgeführt: »Der lokalen Führung der Gewerkschaften in diesem Gebiet muß volles Vertrauen entgegengebracht werden, insbesondere der herausragenden Fähigkeit und dem guten Urteil von Herrn Oskar Schulze.«
- 70 Teilergebnisse der Betriebsrätewahlen im August 1946 in Bremen, IML/ZPA V-G 20/7. Vgl. damit die Ergebnisse vom Herbst 1945, früher S. 201 f.
- 71 Berichte des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften Bremen, S. 1, Material Reiners. Danach gehörten 1298 der 1520 Betriebsratsmitglieder einer Gewerkschaft an.
- 72 Information Control Weekly Review No. 31, S. 10, Work Council Elections in Bremen. Auch für das folgende. – Nach der Functional History July–Sept. 1947, a.a.O., S. 160, waren ca. 84 % der (einschließlich Wesermünde/Bremerhavens) 2527 Betriebsratsmitglieder gewerkschaftlich, aber nur 32 % parteipolitisch organisiert. Dieser prozentuale Rückgang ist insofern nicht erstaunlich, als er auf die wachsende Einbeziehung der Kleinbetriebe zurückzuführen sein dürfte, deren Belegschaften im allgemeinen die passiveren und konservativeren Teile der Arbeiterklasse ausmachen.
- 73 Aktenvermerk betr.: Norddeutsche Hütte A.-G., Bremen, Betriebsrat. Anlage zum Schreiben des Präsidenten des Hauptarbeitsamtes an Rother-Romberg vom 10. 7. 1946, Nachlaß Theil.
- 74 Annual Functional History 1948, a.a.O., S. 191. Nach Angaben des langjährigen Betriebsratsvorsitzenden der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, Christian Mahlstedt (Interview Adamietz/Mahlstedt), hielten sich nach der Besetzung SPD und KPD im Bremer Hafen die Waage. Mit Mahlstedt selbst wurde 1948 in der BLG ein sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender gewählt.
- Christian Mahlstedt: Geb. 2. 12. 1901. Maschinenschlosser-Lehre auf der Weserwerft, in verschiedenen Betrieben als Heizer und Hafendarbeiter. SPD. 1945 als Distriktsleiter für Rablinghausen und Landenau an deren Wiederaufbau beteiligt. Aktive Mitwirkung beim Wiederaufbau der Gewerkschaften (IG Metall und ÖTV), 1947 zweiter Vorsitzender des Hauptvorstandes der ÖTV. 1946–1971 mit einer Unterbrechung MdBü. Bis 1966 Betriebsratsvors. der BLG.
- 75 Murphy an Secretary of State, Berlin, December 5, 1945, US National Archives, Diplomatic Records Division, 74000119 Control (Germany) / 12-545.
- 76 KGF, Bericht über die politische Lage in Bremen, S. 2, Material Lücke.

- 77 Auf privater Ebene wurde allerdings manche Verbindung aufrechterhalten. Spitta, Tagebuch, IfZ, ED 125, erwähnt einen »Senatorentee«, und Adamietz, a.a.O., S. 18 f., berichtet über vergleichbare »Skatklubs«.
- 78 Tagebuch Spitta, 14. 5., 17. 5., 22. 5., 28. 5., 31. 5. 1945, IfZ, ED 125. Auch für das folgende.
- 79 ebd., 14. 5. 1945.
- 80 Für das folgende: Bremische Bürgerschaft 1946–1971, hrsg. vom Bremer Senat, bearbeitet von Peter Stefanowski, Bremen 1971, S. 30,69; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 36, 38 f., 46 f.; dass. 1946/47, a.a.O., S. 12 f.; HQ OMG for Bremen, ICD, Political Intelligence Summary for March 1946: The Political Scene in The Bremen Enclave, S. 3 ff., OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260.
- 81 Weser-Kurier, 15. 12. 1945, S. 2, Bremer Demokratische Volkspartei; zur Programmatik der Partei außerdem: Auszüge aus dem Wahlhandbuch der Bremer Demokratischen Volkspartei: Sachlichkeit im Wahlkampf, AdSD, Bestand Landesorganisation Bremen.
- 82 The Political Scene in The Bremen Enclave (Anm. 80), S. 4
- 83 Functional History 1946/47, a.a.O., S. 11.
- 84 Functional History 1945/46, a.a.O., S. 38.
- 85 ebd.
- 86 ebd., S. 41 f.; The Political Scene in The Bremen Enclave (Anm. 80), S. 5. Rübberdt war zeitweilig SA-Anwärter gewesen und hatte sich – vergebens – um die Aufnahme in die NSDAP bemüht. Später wurde Rübberdt einer der führenden Bremer CDU-Politiker.
- 87 Der politisch unbelastete Ahlers, ein weiterer profilierter bürgerlicher Politiker, wurde im Sommer 1946 von der Militärregierung aus der Bürgerschaft entlassen, da er angeblich als Vorsitzender des vorläufigen Kirchenausschusses der Evangelischen Kirche in Bremen den Anordnungen der Amerikaner hinsichtlich der Entnazifizierung zuwidergehandelt hatte. Beschlüsse der Bürgerschaft vom 15. 8. 1946, Dringlichkeitsantrag: Entlassung des Herrn Dr. Ahlers aus der Bürgerschaft, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946.
- 88 Wieck, a.a.O., S. 105 ff., 207 ff.; Huster u. a., a.a.O., S. 214 ff.
- 89 Hierzu und für das folgende: Bremische Bürgerschaft, a.a.O., S. 30 f.; Genehmigungsschreiben der Militärregierung, 26. 6. 1946, StA Bremen, 3 - V 2 Nr. 2750/1; Functional History 1946/47, a.a.O., S. 11 f.; OMG for Bremen Enclave (US), ICD, Intelligence Section: Intelligence Summary for Period 8 May–27 May 1946, S. 3 f.; Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946, S. 4 f.; Intelligence Summary, Week Ending 11 June 1946, S. 1 ff., OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260; Wieck, a.a.O., S. 204 f.
- 90 Functional History 1946/47, a.a.O., S. 12. Im Intelligence Summary, Week Ending 4 June 1946 (Anm. 89), S. 5, wurde betont: »Hier wird jede konservative Partei – ob BDV oder CDU – weiterhin in erster Linie eine Partei der Bremer Kaufleute sein.«
- 91 Weser-Kurier, 20. 7. 1946, S. 6, Christlich Demokratische Union Deutschlands.
- 92 Functional History 1946/47, a.a.O., S. 11 f.; in einem Flugblatt: An alle Jungwähler! Was Euch die Christlich Demokratische Union zu sagen hat, AdSD, Bestand Landesorganisation Bremen, wurde die CDU als »neue

- Partei« im Gegensatz zu den verkrusteten bürokratischen Apparaten bzw. der Exklusivität der alten und überalterten Parteien bezeichnet.
- 93 Siehe Huster, a.a.O., S. 214 ff.; Badstübner, a.a.O., S. 140 ff.
- 94 Weser-Kurier, 13. 6. 1946, S. 6, Programm der NLP; Functional History 1945/46, a.a.O., S. 40 f.; Functional History 1946/47, a.a.O., S. 13 f.; Intelligence-Summary, Week Ending 11 June 1946 (Anm. 89), S. 3 f.
- 95 Weser-Kurier, 31. 7. 1946, S. 6; Functional History 1946/47, a.a.O., S. 13. Hollmann kam der Vorstellung relativ nahe, die sich die KPD von einem »antifaschistischen« und »antimonopolistischen« Kapitalisten machte, war aber strikt proamerikanisch. (Das geht aus einer Denkschrift Hollmanns an die amerikanische Militärregierung vom 18. 6. 1946, IML/ZPA V-G 20/8, hervor). Die Auseinandersetzung zwischen BDV und FDP war verwirrend, weil die BDV mit den liberalen Parteien der amerikanischen Zone zusammenarbeitete, während die FDP der gleichnamigen Parteienföderation der britischen Zone angehörte. Die FDP Wesermünde/Bremerhavens lag dagegen eher auf der Linie der BDV. – Das politische Schicksal der Bremer FDP als eigenständiger Partei war entschieden, als sie 1947 die Fünf-Prozent-Marke knapp verfehlte.
- 96 Weser-Kurier, 3. 8. 1946, S. 6, Was will die FDP?
- 97 Functional History 1946/47, a.a.O., Part II, Appendix 2. Im Dezember 1947 hatten die CDU 1128 und die BDV 619 Mitglieder. US National Archives, Political Party Reports 1948, 91 2/6, Dez. 1947, MG Bremen.
- 98 Functional History 1946/47, a.a.O., S. 11.
- 99 Weser-Kurier, 12. 10. 1946, S. 2; 16. 10. 1946, S. 3. Die zu wählenden Kandidaten rekrutierten sich aus zwei Gruppen: erstens aus denjenigen, die direkt gewählt wurden, hierbei kam ein Verfahren zur Anwendung, das dem britischen System ähnelte; zweitens aus denjenigen, die indirekt, d. h. auf einer Reserveliste, gewählt wurden, dabei wurden die Stimmen der unterlegenen Kandidaten nach einem sehr umständlichen System der jeweiligen Parteiliste gut geschrieben.
- 100 Functional History 1946/47, a.a.O., S. 16; Böhm an Militärregierung, ohne Datum. Antwort vom 9. 8. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38.
- 101 Weser-Kurier, 25. 9. 1946, S. 6; 2. 10. 1946, S. 8.
- 102 Weser-Kurier, 21. 9. 1946, S. 6.
- 103 Weser-Kurier, 22. 5. 1946, S. 5.
- 104 Weser-Kurier, 27. 9. 1946, S. 6.
- 105 KPD Bremen an SPD, 21. 9. 1946, StA Bremen, Depositum Kaisen.
- 106 Im IML/ZPA V 20/16/1 finden sich die Resolutionen der Wissenschaftlichen Forschungsgesellschaft in Farge, der Norddeutschen Steingutfabrik in Grohn und der Stadtwerke Bremen, Außenstelle Aumund.
- 107 I. Enderle an »alle Freunde«, 22. 7. 1946, Material Szende.
- 108 Weser-Kurier, 27. 7. 1946, S. 6. Ob das zweite Angebot der KPD im September überhaupt beantwortet wurde, konnte nicht geklärt werden. I. Enderle an »alle Freunde«, 22. 7. 1946, Material Szende, meinte: »Die SP-Leitung beruft sich etwas stur auf die Parole Hannover, daß in diesem Wahlkampf SP wie KP Früchte ihres bisherigen Verhaltens ernten sollen in klarer Scheidung. Und da KP weiß Gott dauernd je nach Erfolg bzw. Mißerfolg ihre Linie ändert u. richtet, ist das auch nicht so ganz von der Hand zu weisen.«
- 109 Weser-Kurier, 14. 9. 1946, S. 2.

- ¹¹⁰ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 16.
- ¹¹¹ I. Enderle an »alle Freunde«, 21. 9. 1946, Material Szende. Dort heißt es weiter: »Die Leute sind müde, enttäuscht und wollen nichts wissen.«
- ¹¹² Weser-Kurier, 10. 7. 1946, S. 5.
- ¹¹³ ebd., S. 6.
- ¹¹⁴ Weser-Kurier, 12. 10. 1946, S. 3.
- ¹¹⁵ Z. B. Auszüge aus dem Wahlhandbuch der Bremer Demokratischen Volkspartei: Sachlichkeit im Wahlkampf; in abgeschwächter, indirekter Form auch: An alle Jungwähler! Was Euch die Christlich-Demokratische Union zu sagen hat, und: Programm der Christlich-Demokratischen Union, AdsD, Bestand Landesorganisation Bremen.
- ¹¹⁶ Z. B. SPD: Aufruf zur Bürgerschaftswahl; Sozialdemokraten im Aufbau. Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit im Rathaus Blumenthal. Auf einem SPD-Plakat wurde gefordert: »Deutschland muß sozialistisch werden!« AdsD, Bestand Landesorganisation Bremen.
- ¹¹⁷ In einem Wahlflugblatt der Bremer KPD (IML/ZPA V 20/15/2) wurde versucht, die »lieben Wähler« – beinahe im Stil der utopischen Sozialisten – von den Vorzügen der sozialistischen Produktionsweise zu überzeugen.
- ¹¹⁸ Der Wiederaufbau Nr. 2, 1. 8. 1946, S. 14, IML/ZPA V-6 20/9. Dort auch die anderen Parolen der KPD: »Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht! Keine Wiederholung der Fehler von 1918. Volle Gleichberechtigung der Frauen. Gleicher Lohn bei gleicher Leistung. Ausbildung und Studienmöglichkeiten der minderbemittelten Jugend auf Staatskosten. Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Frauen. Ankurbelung der Wirtschaft nach festen Wirtschaftsplänen. Gründliche Entnazifizierung in Industrie, Handwerk, Handel und Behörden. Schaffung von paritätischen Wirtschaftskammern. Reorganisation des Treuhänderwesens. Durchführung der Bodenreform zur Sicherung der Ernährung. Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen. Baldige Aufhebung der Zonengrenzen und Wiederherstellung der Reichseinheit«. – »Die Bremer Bürgerschaft muß eine Arbeitermehrheit bekommen!«
- ¹¹⁹ Alle Ergebnisse nach: Weser-Kurier, 16. 10. 1946, S. 4, und: Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen und Vegesack, 1. Jahrgang. Februar 1947, Nr. 1, S. 4, 7.
- ¹²⁰ Nach Hermann Hansing (Interview Adamietz/Hansing) waren die sozialdemokratischen Kandidaten in einer Generalversammlung der Bremer SPD von ca. 1100 Anwesenden bestimmt worden.
- ¹²¹ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 17. Die Resultate einiger unterlegener Kandidaten, wie Adolf Ehlers, lagen allerdings beträchtlich über den für ihre Partei abgegebenen Stimmen.
- ¹²² Tagebuch Spitta, 15. 10. 1946, IfZ, ED 125.
- ¹²³ Entschließung im Nachlaß Theil. Wie gefordert, fand am 27. 10. 1946 eine Vertrauensleute-Tagung der SPD statt, die die Bürgerschaftsfraktion der Partei beauftragte, »Verhandlungen auf Bildung eines arbeitsfähigen und von Sachkunde getragenen Senats zu führen«. Theil an Radio Bremen, 28. 10. 1946, Nachlaß Theil.
- ¹²⁴ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 18. Nach Spitta, Tagebuch, 23. 10. 1946, IfZ, ED 125, hatte Kaisen ursprünglich sogar einen paritätischen Senat (sechs Sozialisten, sechs Bürgerliche) angestrebt.

- ¹²⁵ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 18. Zur Bestellung der Senatoren Häusler und Popall: Senatsprotokolle, 31. 5., 25. 6., 11. 7., 23. 7., 2. 8. 1946; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 20. Juni 1946, S. 64 ff.
Albert Häusler: Geb. 1899. Dreher. 1919 KPD. Während der NS-Zeit illegale Arbeit. Nach Kriegsende Vorsitzender des Unterbezirks Bremen-Nord der KPD. 1946–1948 MdBü, zeitweise als Vizepräsident. Verstorben.
Käthe Popall: Geb. 15. 2. 1907. Kontoristin, zeitweise Textilarbeiterin. 1922 SAJ, SPD, dann KPD. Illegale Arbeit, zeitweise im Ausland. 1935 im Zusammenhang mit der Aushebung der Inlandsleitung der KPD in Berlin verhaftet, 1937 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 Rückkehr nach Bremen. Vizepräsidentin der ernannten Bürgerschaft. 1946/48 halbamtliche (Gesundheits-)Senatorin. Lebt heute in Süddeutschland.
- ¹²⁶ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 18; Tagebuch Spitta, 28. 10. 1946, IFZ, ED 125.
- ¹²⁷ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 18; Tagebuch Spitta, 16. 10., 23. 10., 26. 10., 28. 10. 1946, IFZ, ED 125.
- ¹²⁸ Functional History 1946/47, a.a.O., S. 18. Ebenfalls gegen den Willen Kaisers kam die Wahl Hermann Wolters' als Vertreter Bremens beim bizonalen Verwaltungsrat für Wirtschaft zustande, die mit sieben zu zwei Stimmen bei einer Enthaltung in einer der wenigen Kampfabstimmungen des Senats durchgesetzt wurde. Kaiser hatte den halbamtlichen Senator und Direktor der Atlas-Werke, Harmssen, favorisiert, mußte sich aber einer allgemeinen Kritik an seinen bürgerlichen Ratgebern seitens des Parteiapparats und der Basis beugen. Functional History 1946/47, a.a.O., S. 9; Senatsprotokolle, 28. 1. 1947; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 6. März 1947, S. 115, 121 f. – Zu der Kampfabstimmung war es gekommen, weil die Führung der Gesamt-SPD im Verwaltungsrat für Wirtschaft, der seit Anfang 1947 von Viktor Agartz geleitet wurde, eine bedeutende strategische Machtposition sah. Noch wichtiger wurde diese Institution nach ihrer Neuorganisation im Mai 1947, durch die bereits parlamentarische Elemente in die Regierung der Bizone eingeführt wurden. Die Bürgerschaft wählte am 12. Juni 1947 Oskar Schulze zum Vertreter Bremens im Wirtschaftsrat. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1947, S. 218. Als die Sozialdemokraten erkannten, daß die Mehrheitsverhältnisse in den bizonalen Gremien insgesamt eine Wirtschaftspolitik nach der Vorstellung der SPD nicht erlaubten, entschlossen sie sich, im Wirtschaftsrat in die Opposition zu gehen. Das war eine folgenschwere Vorentscheidung für die weitere innenpolitische Entwicklung der Westzonen. Huster u. a., a.a.O., S. 158 ff.
- ¹²⁹ Functional History 1946/1947, a.a.O., S. 18; Senatsprotokolle, 29. 11. 1946; 6. 12. 1946. Harmssen bekam die Aufgaben Interzonenverkehr und Dreijahresplan zugeteilt.
- ¹³⁰ Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen und Vegesack, 1. Jahrgang, Februar 1947, Nr. 1, S. 2 f. Danach ergibt sich folgendes Bild des Mitgliederbestandes:
- | | | | |
|-----------------|-------|---------------|-------|
| 1. Januar 1946: | 2 309 | 1. Oktober: | 4 535 |
| 1. April: | 3 542 | 31. Dezember: | 5 042 |
| 1. Juli: | 4 025 | | |
- Jeweils ca. ein Fünftel der Mitglieder waren Frauen. Eine Aufstellung vom

26. 3. 1946 über die Verteilung der SPD-Mitgliedschaft auf die einzelnen Distrikte (Vegeack bildete wie vor 1933 einen eigenen Ortsverein) im DGB-Archiv, Bestand Schneider, Box 1946, zeigt folgendes Bild:

Nördl. Vorstadt:	175	Neustadt:	251
Borgfeld:	35	Huckelriede:	103
Hastedt:	129	Woltmershausen:	120
Westend:	132	Strom:	19
Oslebshausen:	171	Mahndorf:	12
Buntentor:	268	Horn-Lehe:	48
Habenhausen:	72	Ostertor:	427
Seehausen:	12	Osterholz:	109
Arbergen:	16	Gröpelingen:	248
Schwachhausen:	203	Huchting:	81
Oberneuland:	63	Arsten:	62
Sebaldsbrück:	93	Rablinghausen:	46
Walle:	169	Hemelingen:	329

¹³¹ KPD Bremen, Bericht Jan. 1947, 3. 2. 1947, OMGUS-Records, US National Archives, Political Party Reports 1947, 91 1/6; Functional History of Military Government in the Bremen Enclave, 1 Sept.–31 Dec. 1946, Part I: Narrative, S. 15.

¹³² KPD Bremen, Bericht Febr. 1948, 9. 3. 1948; diverse Monatsberichte von 1948, OMGUS-Records, US National Archives, Political Party Reports 1948, 91 2/6.

¹³³ Functional History Sept.–Dec. 1946, a.a.O., S. 10 ff.

¹³⁴ Die Arbeiterorganisationen waren sich des Nachwuchsproblems von vornherein bewußt und begannen unmittelbar nach der Legalisierung der Parteien und Gewerkschaften mit dem Aufbau sozialistischer Jugendorganisationen. Kurz nach der Zulassung der SPD in Bremen wurde am 8. November 1945 die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) genehmigt. SPD, Bezirksverband Nordwest, Rundschreiben Nr. III/45, 15. 11. 1945, S. 3, AdsD, Bestand Schumacher, J 9. Auf Verhandlungen über die von den Kommunisten gewünschte einheitliche Jugendorganisation ließ sich die SPD erst ein, nachdem die SAJ genehmigt war. Die Verhandlungen scheiterten offenbar an dem eindeutigen Willen der SPD, ihre Parteijugend wiederaufzubauen. Rother-Romberg an Schumacher, 12. 11. 1945, S. 3, AdsD, Bestand Schumacher, J 9. Die Kommunisten verzichteten dagegen auf die Wiedergründung des KJVD und schufen in der »Freien Jugend« eine sich als überparteilich verstehende Organisation. – Im Januar 1946 wurde in einer britischen Anordnung jede politische Betätigung von Jugendorganisationen verboten und den Parteien die Beeinflussung von Jugendverbänden untersagt. Der SAJ und der Freien Jugend wurde endgültig die Genehmigung verweigert. MG an Kaisen, 31. 1. 1946, StA Bremen, 3 – J 4 Nr. 278; I. Enderle an Szende, 6. 2. 1946, Material Szende. Daraufhin konstituierten sich die 300 SAJ-Mitglieder als »Die Falken« (Rother-Romberg an Kaisen, 10. 1. 1946, StA Bremen, 3 – J 4 Nr. 278; Rother-Romberg an Ollenhauer, 2. 6. 1946, AdsD, Bestand Schumacher, J 38), die jedoch wieder verboten wurden. Ihr Charakter als Nachfolgeorganisation der SAJ erregte das Mißfallen der Engländer und Amerikaner, die gänzlich unpolitische, pfadfinderähnliche Jugendvereinigungen bevorzugten. Rother-Romberg an Ollenhauer, 2. 6. 1946, AdsD, Bestand

Schumacher, J 38. Selbst die »Freie Gewerkschaftsjugend« erschien der Militärregierung zunächst offenbar problematisch. Sie erteilte am 13. August 1946 eine vorläufige Genehmigung, verbot aber gleichzeitig jede Betätigung. Die volle Legalisierung der Gewerkschaftsjugend erfolgte etwa im Frühherbst 1946. – Nachdem die Militärregierung im November 1946 die Genehmigung zur Zusammenfassung der unter 35jährigen Mitglieder der politischen Parteien in speziellen Arbeitsgemeinschaften gegeben hatte, nahmen die Jungsozialisten der SPD in Bremen ihre Tätigkeit auf. *Functional History 1946/47, a.a.O., S. 19 f.* Im Juli 1947 erteilte die Bremer Militärregierung der kommunistisch orientierten »Bremer Jugend« die Erlaubnis, sich in Freie Deutsche Jugend (FDJ) umzubenennen. Ende des Monats hatte die FDJ 242 Mitglieder im Alter von 14 bis 18 Jahren. *OMG an Senat, 10. 7. 1947; FDJ Bremen, Monatsbericht, 31. 7. 1947, OMGUS-Records, US National Archives, FDJ uncl. 124 2/6.*

- ¹³⁵ Eine Umfrage des *Weser-Kuriers* unter 32 Lehrlingen einer Maschinenfabrik im Jahr 1946 oder 1947 ergab folgendes Bild (*Hermann Lücke, Berichte und Bemerkungen, S. 36*):

Es »stellte sich heraus, daß alle diese Jungen Mitglieder der HJ gewesen waren. 19 hatten regelmäßig an den Dienststunden teilgenommen. Der Zwang dazu hatte ihnen nicht besonders gefallen, wohl aber die Schulumöglichkeiten, der Sportbetrieb, Fahrten und Zeltlager mit ihrer hervorgehobenen Ordnung. 11 Befragte hatten der DAF angehört. Freigewerkschaftlich war bis jetzt keiner organisiert. Einer wollte, daß die Gewerkschaften für die Rechte der Arbeiter kämpfen, und ein anderer, daß sie mehr als die DAF für die Arbeiter sorgen müßten. 14 Jungen lehnten es ab, sich einer politischen Partei anzuschließen, 5 erklärten sich für die SPD, 2 für die NLP, einer will später zur KPD. 6 lassen die Frage unbeantwortet und 4 sagen, daß sie sich erst über die Ziele der Parteien klar werden müßten. 9 von ihnen waren schon bei der Wehrmacht. Sie waren also etwa 16 Jahre alt, als Hitler sie noch für sein wahnsinniges Diktatorssystem verheizen lassen wollte. Trotzdem sahen auch jetzt noch nur 4 von den Jugendlichen politische Ursachen für den verlorenen Krieg. 10 erwähnen die Materialüberlegenheit der Gegner, 5 schreiben vom Verrat der Generäle, und 2 machen die Uneinigkeit der führenden Persönlichkeiten für die Niederlage verantwortlich.«

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die Bemerkung des Bremer Wohlfahrtssenators Ehlers, psychologische Untersuchungen hätten ergeben, daß es falsch sei, anzunehmen, der Krieg habe den Reifeprozess der Jugendlichen beschleunigt, »im Gegenteil, die gewaltsamen Erschütterungen des Krieges brachten durchweg eine Reifeverzögerung, so daß diese jungen Menschen bis herauf zu etwa 30 Jahren mit Recht »sozial unreif« genannt werden müssen.« Mitteilung des Senats vom 22. Juli 1947: Bericht über die Verwahrlosung der Jugend, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1947, S. 89.

- ¹³⁶ Die Demonstration am 1. Mai 1946 lieferte in vieler Hinsicht ein getreues Bild der Probleme der wiedererstandenen Arbeiterbewegung. Zum ersten Mal nach der Beseitigung des Hitler-Regimes durften Umzüge unter freiem Himmel stattfinden. Die offiziellen gewerkschaftlichen Losungen enthielten kein Kampfprogramm und bezogen sich in keiner Weise auf die konkreten sozialen Fragen: »Demokratie, Völkerverständigung, Friede,

Freiheit, soziale, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung«. Etwas konkreter waren die von August Enderle im *Weser-Kurier* formulierten Parolen, aber auch sie besaßen kaum einen mobilisierenden Effekt: »Friedensvertrag auf der Grundlage der Reichseinheit, Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Vollbeschäftigung. Sicherung der Renten und Unterstützungen. Ausbau der Sozialversicherung auf der Grundlage der Selbstverwaltung. Ausbau des Arbeitsschutzes und -rechtes durch ein umfassendes Arbeitsgesetzbuch.« – Die Militärregierung hatte das Mitführen von Fahnen und Transparenten untersagt, so daß dem Aufmarsch rein äußerlich sein traditionelles kämpferisches Aussehen genommen wurde. Der Demonstrationzug umfaßte etwa 10 000 Teilnehmer. Jede Einzelgewerkschaft marschierte in einem eigenen Block. Weitere 10 000 Bremer fanden sich zur Abschlußkundgebung ein, bei der Oskar Schulze die »Festrede« hielt. *Weser-Kurier*, 27. 4. 1946, S. 6; 1. 5. 1946, S. 5; August Enderle, *Unsere Zukunftsaufgaben*; 4. 5. 1946, S. 3. – Im *Intelligence Summary*, Week Ending 7 May 1946 (OMG for Bremen Enclave (US), ICD, Intelligence Section, OMGUS Records, US National Archives, Record Group Nr. 260), wurden die Teilnehmerzahlen niedriger geschätzt: 6000–10 000 Demonstranten und ca. 12 000 Kundgebungsteilnehmer. Als auffallendstes Kennzeichen wurde vermerkt, die Teilnehmer seien »in perfektem Gleichschritt« marschiert.

¹³⁷ Kaden, a.a.O., S. 312 ff.

¹³⁸ Mehnert/Schulte, a.a.O., S. 95, schätzen diesen Anteil für die Berichtszeit gar auf 95 %.

¹³⁹ *Senatsprotokolle*, 20. 8. 1946.

¹⁴⁰ *Functional History 1946/47*, a.a.O., Part II, Appendix 2.

¹⁴¹ Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): *Die Volks- und Berufszählung am 29. 10. 1946 im Lande Bremen*. Sonderheft 2 der Statistischen Mitteilungen, S. 33.

¹⁴² I. Enderle an Szende, 31. 3. 1946, Material Szende.

¹⁴³ *Functional History* Sept.–Dec. 1946, a.a.O., S. 12.

¹⁴⁴ Edinger, Schumacher, S. 147.

¹⁴⁵ Eine von Theodor Spitta nach dem Vorbild der Bremer Verfassung von 1920 entworfene, auf Verlangen der Anglo-Amerikaner in manchen Punkten abgeänderte, provisorische Verfassung, die von der Bürgerschaft am 5. 7. 1946 einstimmig verabschiedet worden war, wurde in Erwartung einer Klärung des staatsrechtlichen Status der Stadt von der Militärregierung suspendiert, diente aber dennoch als Verfahrensrichtlinie. Mitteilung des Senats vom 31. Mai 1946: *Verfassung der Freien Hansestadt Bremen*. Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946, S. 5 ff.; *Senatsprotokolle*, 5. 3. 1946; *Functional History 1946/47*, a.a.O., S. 22 f.; *Weser-Kurier*, 6. 7. 1946, S. 1, 3, 8.

¹⁴⁶ *Bremische Landesverfassung* vom 21. Oktober 1947. *Protokolle der Verfassungsdeputation und ihrer Ausschüsse* (2. April 1947–15. September 1947). Vervielfältigtes Mskr. Hrsg. von der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft. Januar 1974. Die beiden großen Verfassungsdebatten fanden statt am 31. 7.–1. 8. 1947 und am 15. 9. 1947. *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft* vom Jahre 1947, S. 253 ff., 283 ff., 315 ff.

¹⁴⁷ Z. B. Auszug aus dem Stimmungsbericht des 12. Polizeireviere vom 28. 8. 1947, erhalten durch Heinz Gottschalk.

- 148 *Functional History* 1946/47, a.a.O., S. 27.
- 149 ebd.
- 150 Der SPD-Redner, Informationen und Unterlagen, Ausgabe 8, August 1947, S. 3, Nachlaß Theil.
- 151 Die KPD meinte, die dadurch geschaffenen Tatsachen würden der Herausbildung eines einheitlichen deutschen Staates im Wege stehen. So z. B. im Vorwort zum Verfassungsentwurf der Bremer KPD, IML/ZPA V 20/4/5.
- 152 Verfassungsentwurf der KPD für das Land Bremen, IML/ZPA V 20/4/5. Das Deckblatt zeigte die Umrisskarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 mit der Aufschrift: »Ein einheitliches Deutschland«.
- 153 Der Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik war am 14. 11. 1946 von einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED beschlossen und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt worden. Eine Zusammenfassung findet sich in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a.a.O., S. 183 ff.
- 154 Verfassungsentwurf (s. Anm. 152), Vorwort.
- 155 Der SPD-Redner, Informationen und Unterlagen, Ausgabe 8, August 1947, S. 7, Nachlaß Theil; *Functional History* 1946/47, a.a.O., S. 29.
- 156 Mitteilung des Senats vom 25. Juli 1947: Bericht der Verfassungsdeputation über den Entwurf einer neuen Bremischen Verfassung, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1947, S. 89 ff.
- 157 So der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Carl Stockhinger. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 31. Juli 1947, S. 262.
- 158 *Functional History* 1946/47, a.a.O., S. 9.
- 159 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 1. August 1947, S. 296; *Weser-Kurier*, 2. 8. 1947, S. 1.
- 160 *Functional History* July–Sept. 1947, a.a.O., S. 9 f.
- 161 ebd.; auch: *Tribüne der Demokratie* Nr. 29, Dritte August-Woche 1947, Bremen gleich Weimar?, außerdem ein Flugblatt: Recht und Wahrheit müssen siegen!, IML/ZPA/V 20/4/5; Grundsätzliche Erklärung der kommunistischen Fraktion zur bremischen Verfassung, IML/ZPA V 20/4/5; Auszüge aus der Rede W. Knigges vor der erweiterten Org.- u. Pollelersitzung am 6. 8. 1947 in Gröpelingen, ebd.
- 162 Recht und Wahrheit müssen siegen!; Knigge vor der erweiterten Org.- und Pollelersitzung, 6. 8. 1947, beides: IML/ZPA V 20/4/5. Auch für das folgende.
- 163 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzungen am 1. August 1947, S. 296. – Die Industriegewerkschaft für das graphische Gewerbe und Papierverarbeitung (Auszug aus einer Erklärung: »Der Kampf um die Verfassung«, IML/ZPA V 20/4/5) warf der KPD vor, daß sie sich während einer Sitzung der Verfassungsdeputation von einem im Zuschauerraum sitzenden Instrukteur aus Berlin habe umstimmen lassen, obgleich sie noch während dieser Sitzung bereit gewesen sei, sich »voll und ganz hinter die Verfassung« zu stellen.
- 164 *Tribüne der Demokratie* Nr. 29, Dritte August-Woche 1947, Gewerkschaften und Verfassung; *Functional History*, July–Sept. 1947, a.a.O., S. 159.
- 165 Alle Ergebnisse – Bremerhaven wiederum ausschließend – nach *Weser-Kurier*, 14. 10. 1947, S. 3. Der endgültige Wortlaut der Verfassung in: *Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen* Nr. 47/1947, 21. Okt. 1947.

- ¹⁶⁶ In Hessen und Nordrhein-Westfalen nahm die CDU dagegen zunächst eine grundsätzlich positive Haltung zu den vorgeschlagenen Reformen ein.
- ¹⁶⁷ Wir wollen eine Arbeiterregierung! (Flugblatt) IML/ZPA V – G 20/4/2.
- ¹⁶⁸ In der Tribüne der Demokratie Nr. 42, Letzte November-Woche 1947, druckte die KPD einige entsprechende Resolutionen ab. Demnach wurde die Forderung nach einer Arbeiterregierung u. a. von folgenden Belegschaften bzw. Gewerkschaftseinheiten unterstützt: Gesamtverband für das Transport- und Verkehrswesen, Vegesack; Schellhase u. Druckenmüller G.m.b.H.; Maschinenfabrik, Kesselschmiede, Apparatebau, Francke-Werke AG; Bremer Gaswerk; Vertrauensleute der Borgward-Werke; Werft- und Reparaturbetrieb des Norddeutschen Lloyd; Betriebsräte- und Gewerkschaftsvertretertagung der Gesamthafenbetriebe; Atlas-Werke, Former und Gießereiarbeiter. Wie populär die Parole der Arbeiterregierung unter den Bremer Arbeitern war, zeigte vor allem die einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution in einer Delegierten-Versammlung der IG-Metall. Tribüne der Demokratie Nr. 37, Vierte Oktober-Woche 1947.
- ¹⁶⁹ Vorschläge der Kommunistischen Partei für die zukünftige Regierungspolitik, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 387.
- ¹⁷⁰ Protokoll einer Besprechung W. Kaisens mit zwei Abgesandten der KPD am 22. 10. 1947, StA Bremen, 3 – S 1a Nr. 387. Die Warnung bezog sich u. a. auf den bevorstehenden Finanzausgleich mit Süddeutschland. Nach der Wahl, Bericht von der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes der SPD in Bremen, AdsD, Bestand Landesorganisation Bremen; »Wahlergebnis«, Referat Kaisens auf einer SPD-Konferenz am 17. 10. 1947, Depositem Kaisen, StA Bremen. In diesem Referat erklärte Kaisen, die KPD sei keine »Bruderpartei«, sondern eine »faschistisch-marxistische Partei«.
- ¹⁷¹ »Wahlergebnis« (vorige Anm.), S. 5 f. Dabei war auch Kaisen der Ansicht, daß die Abstimmung für den Artikel 47 »als Frage der inneren Bereitschaft für eine marxistische Regierung« angesehen werden konnte. »Das Ergebnis bringt den Beweis des Eindringens sozialistischer Gedanken in die Schicht des Kleinbürgertums. Sie hat damit ihre Bereitschaft für eine Arbeiterregierung bejaht und erfordert eine entsprechende Zukunftshaltung«. (Nach der Wahl, s. vorige Anm.).
- ¹⁷² Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 11. Dezember 1947 (Rudolf Rafoth).
- ¹⁷³ Die KPD hatte ihre »Vorschläge für die zukünftige Regierungspolitik« (StA Bremen 3 – S 1a Nr. 387) zugleich »als Plattform für eine enge Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien in der Bürgerschaft und Regierung« verstanden, falls »entgegen den Forderungen der Arbeitermehrheit eine Koalitionsregierung zustande« käme.
- ¹⁷⁴ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 22. Jan. 1948, S. 17; Annual Functional History 1948, a.a.O., S. 17 ff.; Weser-Kurier, 22. 1. 1948, Bremer Senat ohne CDU und KPD. – Die KPD versuchte die sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten durch die Aufstellung kommunistischer Senatskandidaten vor die »Alternative« zur BDV zu stellen. Dieses Manöver hatte nur geringen Erfolg: Von den drei KPD-Kandidaten erhielt einer eine, einer zwei Stimmen mehr, als die Partei über Sitze verfügte. Bedeutsamer war, daß je zehn bis zwölf Sozialdemokraten

- den Senatorenanwältern der BDV ihre Stimme verweigerten, während die BDV-Abgeordneten geschlossen für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten.
- 175 *Functional History of Military Government in Land Bremen*. 1 Jan. bis 31 March 1948, Part I: Narrative, S. 7.
- 176 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzungen am 24. Juni 1947 und 15. Juli 1948 (Zitat S. 311).
- 177 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 2. September 1948, S. 349 (Richard Boljahn).
- 178 Gen. Clay an Präsidenten der Bgsch., 5. 9. 1947, abgedruckt in: Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 15. Sept. 1947, S. 315 f. Englischer Text in: *Functional History July-Sept 1947*, a.a.O., S. 8 f.; vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, S. 302, 388, Anm. 15.
- 179 Dunn an Präsidenten des Senats, 22. 1. 1948, abgedruckt als: Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 1948, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1948, S. 213.
- 180 Gimbel, Besatzungspolitik, S. 302 f.: »Seine [Clays, P.B.] Entscheidung vom 17. Mai 1948, den Länderrat aufzugeben, verhinderte die Behandlung der Mitbestimmung auf zonaler Basis. Sie hielt die Frage auf der Länderebene, und dort hatte Clay das Inkrafttreten solcher Gesetze bereits verboten. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß eine Behandlung des Problems auf bizonaler Ebene ausgeschlossen war, weil dort der entsprechende Verwaltungsapparat fehlte«.
- 181 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung am 30. Dezember 1948, S. 490 ff.; Beschluß der Bürgerschaft vom 30. Dezember 1948, Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1948, S. 225 f.; Ausführungsgesetz zu Artikel 47 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (Bremisches Betriebsrätegesetz) vom 10. Januar 1949, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, Nr. 3/1949, 17. Jan. 1949.

Schluß

- 1 August Hogrefe: Perspektiven des Sozialismus, Juli 1945, Material Hogrefe.
- 2 Durch seine ständig wachsende, nicht zuletzt auf zweifelsfreie persönliche Integrität und sprichwörtliche Bescheidenheit zurückgehende Popularität in allen Bevölkerungsschichten gewann Kaisen gegenüber seiner Partei (als Garant ihrer Wahlerfolge) eine fast unangreifbare Position, darin dem Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter vergleichbar. So wagte es das SPD-Sekretariat, das im Laufe des Jahres 1948 immer klarer erkannte, daß eine Koalition mit der BDV die Verwirklichung der sozialdemokratischen Reformziele von vornherein ausschloß, nicht, einen größeren Konflikt zu provozieren. *Functional History 1948*, a.a.O., S. 13 f.
- 3 Stellungnahme der KPD zu den Wahlergebnissen des 12. Oktobers in der Funktionärssitzung am 14. Oktober, Walter Ring, OMGUS-Records, US National Archives, KPD unclassified 125 1/6.
- 4 So angeblich die Forderung der »alten Funktionäre« in einer nicht genau datierten Sitzung der Bezirksleitung der KPD in Bremen, OMGUS-Records, US National Archives, KPD unclassified 125 1/6.

- 5 Die Volkskongreß-Bewegung wurde von der SED initiiert, um Druck auf die Westmächte auszuüben, damit diese den sowjetischen Vorstellungen über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates entgegenkämen. Wegen der Behinderung durch die Besatzungsmächte und der strikt ablehnenden Haltung der SPD-Führung blieb die Bewegung im Westen Deutschlands auf den Einzugsbereich der KPD beschränkt, während sie im Osten die psychologischen Voraussetzungen für die spätere Gründung der DDR schuf. (Siehe die offizielle Darstellung der SED in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S. 230 ff.). Wenn die Volkskongreß-Bewegung wenigstens einen Mobilisierungserfolg hätte haben sollen, so war der Zeitpunkt ihrer Initiierung zweifellos zu spät gewählt: Die Linke war bereits in die Defensive geraten. Außerdem galt für diese Initiative im besonderen Maß, was für die SED/KPD-Politik generell schon mehrfach hervorgehoben wurde: Eine Bewegung für nationale Einheit und Unabhängigkeit, die zu den Fragen der deutschen Ostgrenze, der russischen Reparationsforderungen und Reparationsentnahmen nicht eindeutig Stellung bezog, mußte auf die angesprochenen »Patrioten« ungläubig wirken. Der Besuch Otto Grotewohls und Wilhelms Piecks im Juni 1947 hatte unter der Bremer Arbeiterschaft noch lebhaftes Interesse gefunden, die Vegesacker Tagung des Deutschen Volkskongresses für Nordwestdeutschland am 17. und 18. Januar 1948 wurde in Bremen außerhalb des Sympathisantenkreises der KPD kaum noch beachtet.
- Information Control Weekly Review No. 27, S. 13, Pieck and Grotewohl in Bremen; Tribüne der Demokratie Nr. 19, Erste Juni-Woche 1947; Volkskongreß in Bremen-Vegesack, Aumunder Sporthalle, am 17. und 18. Januar 1948, OMGUS-Records, US National Archives, Volkskongreß 125 1/6, S. 8 f.: Keine einzige Bremer Betriebsbelegschaft war offiziell vertreten, und nur die Arbeiter der Norddeutschen Steingutfabrik hatten ein Telegramm geschickt. Zur Vegesacker Tagung auch: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S. 239; Tribüne der Demokratie Nr. 2, Dritte Januar-Woche 1948, Der Riß durch Deutschland, und Nr. 3, Vierte Januar-Woche 1948, Das ganze Deutschland soll es sein. Dort auch das Manifest des Vegesacker Kongresses.
- 6 Siehe: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945 bis 1956, Berlin (Ost) 1965 und die theoretische Zeitschrift der KPD »Wissen und Tat«; Fichter/Eberle, a.a.O., S. 115 ff.
- 7 Die sowjetischen Noten von 1952, in denen die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates nach freien Wahlen gegen die Akzeptierung der Oder-Neiße-Grenze und der militärischen Neutralisierung angeboten wurde, waren zwar formell an die Westmächte gerichtet, beinhalteten aber einen Versuch, die Bundesrepublik von der vollständigen politisch-militärischen Westintegration durch Opferung der DDR abzuhalten. Der Notenwechsel ist abgedruckt bei Heinrich Siegler (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, o. O., o. J., S. 137 ff.
- 8 Fichter/Eberle, a.a.O., S. 115 ff.

Chronik

1944

14. November Die European Advisory Commission (EAC) der Alliierten beschließt die Bildung einer amerikanischen Enklave um die Städte Bremen und Wesermünde/Bremerhaven inmitten der britischen Besatzungszone. Im Februar 1945 wird der Umfang der Enklave auf folgende Gebiete festgelegt: Land Bremen, Stadt- und Landkreis Wesermünde, Landkreis Osterholz, Landkreis Wesermarsch.

1945

- 25.–27. April Eroberung Bremens durch britische und kanadische Truppen. Mit ihnen gelangt die amerikanische Militärregierung unter Leitung von Col. Bion C. Welker in die Stadt. Der Beginn der Besetzung wird später offiziell auf den 27. 4. 1945, 18 Uhr, datiert.
26. April Die britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden ernennen den Polizeipräsidenten Johannes Schroers zum »Regierenden Bürgermeister«.
- 29./30. April Das Ausgehverbot für Männer wird aufgehoben. Adolf Ehlers, Hermann Wolters und Georg Buckendahl nehmen im Namen der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) Kontakt mit der Militärregierung auf.
30. April Absetzung und Inhaftierung Schroers' wegen SS-Zugehörigkeit.
2. Mai Zum neuen Regierenden Bürgermeister wird der ehemalige Fraktionsvorsitzende der DNVP in der Bürgerschaft und Vertreter Bremens beim Reich (1936–1945), Erich

- Vagts, ernannt. Vagts bildet einen geschäftsführenden Senat mit Beamten als Ressortleitern.
3. Mai Offizielle Konstituierung der KGF durch Wahl eines zehnköpfigen Vorstandes, der sich aus Repräsentanten verschiedener sozialistischer Richtungen zusammensetzt. Später Erweiterung auf zwölf Mitglieder. Nach eigenen Angaben verfügt die KGF zwei Wochen nach ihrer Gründung über 4265 Mitglieder in Bremen und 2230 in Außenbezirken und in der Bremer Region.
6. Mai Erste Nummer des »Aufbau«, Organ der KGF, mit ihrem Sofortprogramm und einem provisorischen Organisationsstatut. Insgesamt erscheinen elf Nummern, die letzte im Januar 1946.
- Anfang Mai In Bremen konstituiert sich eine Bezirksleitung Weser-Ems der KPD, die den organisatorischen Wiederaufbau der Partei zügig in Angriff nimmt. Von Anfang an besteht Verbindung zum Zentralkomitee, das in Berlin seine Arbeit aufnimmt.
- In Hannover wird das »Büro Schumacher« zum Ausgangspunkt einer überregionalen Zusammenfassung der Sozialdemokraten. Die SPD entwickelt sich in Bremen langsamer als die KPD und zunächst eher informell.
- Ehemalige hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre um Oskar Schulze beginnen als Provisorischer Ortsausschuß des ADGB (»Dreizehner-Ausschuß«) mit Erlaubnis der Militärregierung mit dem Wiederaufbau der Bremer Gewerkschaften.
9. Mai Kriegsende in Europa nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht.
- 22.–23. Mai Die Militärregierung untersagt der KGF die weitere Benutzung der von ihr nach der Besetzung okkupierten Räume und erläßt Versammlungs-Beschränkungen. Parallel dazu werden dem Provisorischen Ortsausschuß des ADGB alle Aktivitäten zum Wiederaufbau der Gewerkschaften untersagt.
24. Mai Die britische Besatzungstruppe wird offiziell von der 29. Infanterie-Division der 9. US-Armee abgelöst.
- Mai/Juni Die industriellen Großbetriebe beginnen wieder zu arbeiten. Unter Mitwirkung der KGF bilden sich provisorische Betriebsausschüsse, meist aus früheren Arbeiterfunktionären.

- Juni Beginn des zivilen Eisenbahn- und Straßenbahnverkehrs.
2. Juni Erstes Treffen von Delegierten mehrerer Bremer Großbetriebe nach dem Krieg, die die »sofortige Neubildung von Gewerkschaften« fordern.
6. Juni Aufgrund einer Verfügung der Militärregierung vom 4. 6. 1945 bildet Vagts einen Senat: Dr. Theodor Spitta (vor 1933 Deutsche Staatspartei): Justiz und Verfassung; Dr. Hermann Apelt (vor 1933 DVP): Wirtschaft, Häfen und Verkehr; Dr. Wilhelm Nolting-Hauff (vor 1933 parteilos): Finanzen; Wilhelm Kaisen (vor 1933 SPD): Wohlfahrtswesen; Christian Paulmann (vor 1933 SPD): Schulen und Erziehung; Emil Theil (vor 1933 SPD): Bauwesen; Hermann Wolters (vor 1933 KPD): Ernährung und Arbeitseinsatz. Außerdem werden vier halbamtliche Senatoren ernannt.
8. Juni Oskar Schulze, Oskar Schwarz und Albert Götze beantragen im Namen »einer großen Zahl« früherer sozialdemokratischer Gewerkschaftler die Zulassung mehrerer Gewerkschaftsverbände und eines Gewerkschaftsbundes.
11. Juni Das Zentralkomitee der KPD veröffentlicht ein nicht-sozialistisches Zehn-Punkte-Programm zur »Demokratisierung Deutschlands.«
- Neukonstituierung der Handelskammer Bremen, nachdem sie zunächst unverändert weitergearbeitet hat.
15. Juni Vagts' Verordnung zur Aufhebung des Kündigungsschutzes, erlassen auf Vorschlag der Handelskammer, führt zu scharfen Protesten der Betriebsausschüsse und der KGF und muß am 6. 7. 1945 wesentlich revidiert werden.
17. Juni Delegierte aus 35 Betrieben konstituieren sich als Zentralausschuß der Belegschaftsvertretungen der Bremer Enklave und wählen einen siebenköpfigen ständigen Koordinationsausschuß (»Siebener-Ausschuß«). Der »Siebener-Ausschuß«, der sich als Organ der KGF versteht, beginnt inoffiziell – parallel zum »Dreizehner-Ausschuß« – mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften.
- Die KGF beantragt bei der Militärregierung die Zulassung einer einheitlichen Gewerkschaft.
19. Juni Das Zentralkomitee der KPD und der Berliner Zentralausschuß der SPD institutionalisieren ihre Zusammenarbeit durch ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses.

- Juni** Der sozialdemokratische Emigrant Walter Rother-Romberg beginnt im Auftrag des Londoner Exilvorstandes der SPD in Bremen mit dem Aufbau einer nordwestdeutschen Bezirksorganisation. Im Lauf des Sommers bildet sich eine provisorische Bezirksleitung. Spätestens seit Juli besteht eine Verbindung zum »Büro Schumacher«.
- Frühjahr/Sommer** Die ehemaligen Angehörigen der linkssozialistischen Gruppen (KPO, SAP, ISK) schließen sich teils den Sozialdemokraten, teils den Kommunisten an.
- 27. Juni** Die deutschen Gerichte nehmen in Bremen ihre Arbeit wieder auf.
- 12. Juli** Wiederherstellung der Arbeiterkammer und der Angestelltenkammer durch eine Verordnung des Regierenden Bürgermeisters Vagts.
- 27. Juli** Erste Bezirkskonferenz der KGF unter Beteiligung von W. Kaisen.
- 30. Juli** Der »Dreizehner-Ausschuß« und der »Siebener-Ausschuß« schließen sich unter Hinzuziehung von fünf Vertretern der KGF-Stadtteilgruppen zum Vorbereitenden Ausschuß der Freien Gewerkschaften in Bremen (»Fünfundzwanziger-Ausschuß«) zusammen, der die Satzung einer einheitlichen Freien Gewerkschaft für Bremen und Umgebung beschließt. Die Einheitsgewerkschaft gliedert sich danach in drei Hauptgruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) mit Industrie- oder Berufssektionen.
- 1. August** Nach der Absetzung Erich Vagts' am Vortag tritt Wilhelm Kaisen unter dem traditionellen Titel »Präsident des Senats« das Amt des Bremer Bürgermeisters an. Sein Nachfolger als Wohlfahrtssenator wird am 17. 8. 1945 Adolf Ehlers (KPD).
- 14. August** Die Bremer Bezirksleitungen der SPD und der KPD schließen nach Berliner Vorbild einen Einheits-Aktions-Vertrag und bilden einen paritätischen gemeinsamen Arbeitsausschuß.
- Mitte August** Erstes Auftreten Kurt Schumachers in Bremen vor sozialdemokratischen Funktionären.
- 20. August** Gründung des Bremer Arbeiterhilfswerks durch ehemalige Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt, der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiter-Hilfe.

22. August Die Militärregierung gibt die Bedingungen für die Neugründung von Gewerkschaften bekannt. Entgegen den Beschlüssen des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« erzwingt sie den Aufbau von autonomen Einzelverbänden.
7. September In einer Resolution des Einheits-Aktions-Ausschusses der Atlas-Werke wird von den Bremer SPD- und KPD-Führern der Zusammenschluß beider Parteien, unabhängig von Weisungen der zentralen Parteivorstände, gefordert.
10. September Unterrichtsbeginn in der Grundschule.
Das erste ausländische Handelsschiff läuft im Bremer Hafen ein.
19. September Die erste Ausgabe des Weser-Kuriers erscheint.
- Die Militärregierung teilt Bürgermeister Kaisen die Bedingungen mit, unter denen politische Parteien zugelassen werden.
26. September Durch das Gesetz Nr. 8 der amerikanischen Militärregierung zur Säuberung der Wirtschaft werden deutsche Vertreter in den Entnazifizierungsprozeß einbezogen. Die Betriebsräte erhalten teilweise eine legale Grundlage für ihre Entnazifizierungspolitik.
- September-
Februar 1946 Abtransport der noch in der Bremer Region verbliebenen osteuropäischen DPs.
- Oktober/November Nach Genehmigung durch die Militärregierung dürfen in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten Betriebsrätewahlen stattfinden. Bis Mitte November haben 31 000 Beschäftigte in 196 Bremer Betrieben von diesem Recht Gebrauch gemacht.
- 5./6. Oktober Die erste überregionale Konferenz der westdeutschen Sozialdemokraten in Wennigsen und Hannover festigt die Position Schumachers.
17. Oktober Gründung der liberal-konservativen Bremer Demokratischen Volkspartei (BDV), die am 7. 12. 1945 legalisiert wird.
20. Oktober SPD und KPD treten anläßlich ihrer Legalisierung mit programmatischen Beiträgen im Weser-Kurier an die Öffentlichkeit.
21. Oktober Gemeinsame Kundgebung von ca. 6000 Anhängern der beiden Arbeiterparteien anläßlich ihrer Wiederzulassung. In den Tagen davor und danach – zum Teil ebenfalls ge-

- meinsame – Parteiveranstaltungen in den Stadtteilen und in der Umgebung Bremens.
24. Oktober Im *Weser-Kurier* wird die Zulassung der ersten sechs Gewerkschaftsverbände bekanntgegeben. In den nächsten Wochen folgen drei weitere.
28. Oktober Erste Sitzung der nunmehr in periodischen Abständen tagenden Vollversammlung der Bremer Betriebsräte.
4. November Erste Bezirkskonferenz der SPD für Bremen-Nordwest. Der Bezirk umfaßt zunächst nur die Enklave und das restliche Territorium der Unterbezirke Delmenhorst und Verden/Rotenburg.
10. Dezember Die Bremer Enklave wird gemäß einem britisch-amerikanischen Abkommen de facto aufgelöst. Nur in Bremen und Wesermünde/Bremerhaven verbleiben amerikanische Detachments, die jedoch nach britischen Richtlinien arbeiten.
16. Dezember Auflösung der KGF durch ihre zweite Bezirkskonferenz. In einer Resolution wird von den Bremer Parteiführern die Einlösung der Versprechen zur Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei gefordert.
- 20./21. Dezember Die erste »Sechziger-Konferenz« stellt die Weichen für den Zusammenschluß von SPD und KPD in der SBZ.
- Ende Dezember Die Bremer KPD beginnt mit erheblicher Verspätung die in Ostdeutschland seit dem Frühherbst laufende Einheitskampagne.
- In der bremischen Industrie sind 28 000 Beschäftigte tätig.

1946

1. Januar Die SPD verfügt in Bremen über 2309 Mitglieder, die KPD über ca. 1000 Mitglieder, die Gewerkschaften haben ca. 10 000 Mitglieder.
- 2.–4. Januar Die SPD-Bezirksleiter der britischen Zone und die SPD-Landesvorstände der amerikanischen Zone lehnen die Übernahme der Beschlüsse der ersten »Sechziger-Konferenz« einstimmig bzw. mit überwältigender Mehrheit ab.
6. Januar Auf der Delegierten-Versammlung des Ortsvereins Bremen der SPD zeigt sich eine große Mehrheit gegen die Vereinigung mit der KPD zum gegebenen Zeitpunkt.

- Februar Die institutionalisierte Einheitsfront der Bremer SPD und KPD findet ihr Ende.
20. Februar Senator Wolters gibt mit einem Aufruf im Weser-Kurier das Signal zum Großeinsatz der Bremer Bevölkerung zur Trümmerräumung.
10. März Auflösung des »Fünfundzwanziger-Ausschusses« durch die Militärregierung gegen heftige Proteste der Betriebsräte-Vollversammlung.
17. März Hermann Wolters kritisiert in einem grundsätzlichen Referat vor einer Parteiarbeiterkonferenz der Bremer KPD die Politik der KPD-Führung.
30. März An der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten nehmen in den Westsektoren 71,4 % der Stimmberechtigten teil. (Im Ostsektor wird die Abstimmung von den Sowjets verboten). Von den Abstimmenden sprechen sich 82 % gegen die sofortige Verschmelzung mit der KPD aus, aber gleichzeitig 61,7 % für ein Bündnis beider Parteien.
1. April Nach einer einschneidenden Herabsetzung der Lebensmittelerationen kommt es zu einem eintägigen erfolglosen Streik auf der Vegesacker Vulkan-Werft für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Sicherung der Schwerarbeiterzulagen.
- 13./14. April Bezirksparteitag der SPD. Konstituierung des erweiterten Bezirks Bremen-Nordwest.
17. April Die von der amerikanischen Militärregierung auf Veranlassung der Briten ernannte Bürgerschaft tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. 36 Vertretern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften sitzen 24 Vertreter der BDV und großbürgerlicher und bäuerlicher Interessenorganisationen gegenüber (einschließlich dreier parteiloser nichtsozialistischer Senatoren).
- 21./22. April Vereinigungsparteitag KPD/SPD in der Ostzone. Gründung der SED.
1. Mai Erste Maidemonstration und -kundgebung der Bremer Gewerkschaften nach dem Krieg mit 6000–10 000 bzw. 12 000–20 000 Teilnehmern meist älterer Jahrgänge.
- 9./11. Mai Erster Nachkriegsparteitag der SPD der Westzonen.

18. Mai Die beiden kommunistischen Senatoren Ehlers und Wolters erklären im *Weser-Kurier* ihren Übertritt zur SPD. Sie kommen damit ihrem Ausschluß aus der KPD zuvor.
- 18./19. Mai Erste ordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der KPD.
19. Mai Öffentliche Veranstaltungen mit Kurt Schumacher finden in Bremen ein starkes Echo.
14. Juni Gründung der Bremer CDU.
4. Oktober Interzonenkonferenz der Länder-Regierungschefs in Bremen.
13. Oktober Erste Bürgerschaftswahlen nach dem Krieg nach einem modifizierten Persönlichkeitswahlrecht:
- | | | |
|-------------|--------|--------------|
| SPD | 47,6 % | (51 Mandate) |
| KPD | 11,5 % | (3 Mandate) |
| CDU | 18,9 % | (12 Mandate) |
| BDV | 18,3 % | (12 Mandate) |
| Unabhängige | 3,7 % | (2 Mandate) |
28. November Die Bürgerschaft wählt einen neuen Senat, der von SPD, BDV und KPD gebildet wird.

1947

1. Januar Aufgrund eines britisch-amerikanischen Abkommens vom 22. 1. 1947 wird das Land Bremen, bestehend aus den Städten Bremen und Wesermünde/Bremerhaven, als viertes Land der amerikanischen Besatzungszone rückwirkend zum 1. Jan. wiederhergestellt.
31. Januar Die SPD verfügt in Bremen über 5089, die KPD über 2564 Mitglieder. 52 119 Werktätige sind gewerkschaftlich organisiert.
12. Mai Wegen einer einschneidenden Kürzung der Lebensmittelrationen beschließt die Belegschaft der Vulkan-Werft in einer Urabstimmung den Übergang zur 35-Stunden-Woche. Mit der Drohung, alle zusätzlichen Essenskarten einzuziehen, erzwingt die Militärregierung die Rücknahme des Beschlusses.
30. Mai Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die beiden Vorsitzenden der SED in der Ostzone, werben in einer öffentlichen Versammlung in Bremen für die Vereinigung der Arbeiterparteien.

1. Juli Wiederherstellung der alten SPD-Bezirke Hamburg-Nordwest (einschließlich Bremens) und Weser-Ems.
5. September In einem Brief an den Präsidenten der Bürgerschaft, August Hagedorn, in dem die Bremer Verfassung insgesamt gebilligt wird, deutet General Clay an, daß die USA ein Inkrafttreten der paritätischen Mitbestimmung (Artikel 47) in einem einzelnen deutschen Land nicht dulden würden.
12. Oktober Die Bevölkerung des Landes Bremen spricht sich mit 72,5 % der gültigen Stimmen für die Annahme der Verfassung aus. Von den größeren Parteien hat nur die KPD für das »Nein« votiert. Das Sonderreferendum über den Artikel 47 (paritätisches Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen) fällt mit 52,3 % der gültigen Stimmen positiv aus. SPD und KPD haben für, alle bürgerlichen Parteien gegen das volle Mitbestimmungsrecht mobilisiert. – Bei der gleichzeitigen Wahl einer neuen Bürgerschaft verlieren die Arbeiterparteien Stimmen nicht zuletzt aufgrund eines starken Absinkens der Wahlbeteiligung, namentlich in Arbeiterbezirken. (SPD 40,3 %, KPD 8,6 % der Stimmen im Wahlbereich Bremen). Die Sitze in der Bürgerschaft werden nunmehr nach dem Verhältniswahl-system verteilt.

1948

- 17./18. Januar Tagung des Deutschen Volkskongresses für Nordwestdeutschland in Vegesack.
22. Januar Die Bürgerschaft wählt einen neuen Senat, der von SPD und BDV gebildet wird.
13. April Beendigung der Demontage der AG Weser.
20. Juni Währungsreform in den Westzonen.
24. Juni Beginn der Berliner Blockade.
1. September In Bonn konstituiert sich der Parlamentarische Rat.
12. November Eintägiger allgemeiner Proteststreik der Arbeiter der Bizonne gegen die der Währungsreform folgende Teuerungswelle. Massendemonstrationen auch in Bremen (25 000 bis 30 000 Teilnehmer) und Vegesack (9000 Teilnehmer).

30. Dezember

Annahme eines Ausführungsgesetzes zu Artikel 47 der Verfassung durch die Bürgerschaft gegen die Stimmen der KPD. Das Gesetz entspricht nicht dem durch die Volksabstimmung untermauerten Verfassungsauftrag, da die Militärregierung am 22. 10. 1948 gegen die Kernpunkte (vor allem die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen) der von einer aus SPD und KPD bestehenden Bürgerschaftsmehrheit verabschiedeten Gesetzesfassung ihr Veto eingelegt hat.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. ARCHIVALIEN

- a) *Bundesarchiv Koblenz:*
R 22 Reichsjustizministerium
R 43 II Reichskanzlei
R 58 Reichssicherheitshauptamt einschließlich Vorbehörden
R 60 I Volksgerichtshof
R 60 II Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof
All. Proz. Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse
- b) *Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam:*
15.01 Reichsministerium des Innern
61 Ve 9 Vereinigung für freie Wirtschaft
- c) *Staatsarchiv Bremen:*
Niederschriften über die Senatsitzungen (Senatsprotokolle), Mai 1945–1946
3 Senatsregistratur
4,29/5 Senator für Bauwesen
4,65 Polizeidirektion, Nachrichtenstelle
7,97 Depositum Kaisen
- d) *Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg:*
Schumacher, Verzeichnis des Briefwechsels des Parteivorstandes
Emigration
ITF
KPD
Landesorganisation Bremen (noch ungeordnet)
Landesorganisation Weser-Ems
Kreisverband Pinneberg 1945/46
HK Zeitungsausschnittsammlung (1945 und später).
- e) *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Berlin (Ost):*
V – 20/4/3, 5; 20/12; 20/15/2, 3, 4, 5; 20/16/1;
V-G 20/7, 8, 9, 18;

- St 3 / 107/1, 370, 717, 718;
NJ / 920, 926, 1023, 2927, 4738, 5657, 8043, 8355, 11941, 17556.
- f) *Archiv beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf:*
Schneider;
Hans Böckler;
Hans Gottfurdt;
DGB brit. Zone. Orts- und Kreisausschuß Bremen 1946/49, Entschließungen, Berichte, Schriftverkehr;
Allgemeine Gewerkschaft Niedersachsen 1946/49, Protokolle;
Rundschreiben Niedersachsen 1946-49, Protokolle;
Gewerkschaftliches Zentralsekretariat Bielefeld, Allg. Schriftverkehr 1946;
DGB Abtlg. Jugend 1946-47, Aufbau von Jugendgruppen, Berichte.
- g) *Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung:*
Depositum DGB, Kreis Freie und Hansestadt Hamburg.
- h) *Institut für Zeitgeschichte, München:*
ED 125 Theodor Spitta, Tagebuch.
- i) *Archiv der Handelskammer Bremen:*
1303 b: Niederschriften über Sitzungen der Industrie-Abteilung;
20 000: Wiederaufnahme der Arbeit in Industriebetrieben.
- j) *US National Archives:*
Diverse Berichte über politische Versammlungen und Situationsberichte meist nachrichtendienstlicher Institutionen, erhalten durch Ulrich Borsdorf, Lutz Niethammer (beide Essen), Harold Hurwitz (Berlin) und Werner Müller (Bonn).
- k) *Einzelne Dokumente aus folgenden Archiven erhalten durch die Herren:*
Arbeiterkammer Bremen: Ingomar Benoit
Handelskammer Bremen: J. E. Noltenius
IG Metall: Karl-Heinz Bippig, Johannes Kolb.

2. MATERIALIEN IN PRIVATBESITZ

Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen (Material Arpo)
Willy Brandt, Bonn (Privatarchiv)
Adolf Ehlers, Bremen (Material Ehlers)
Wilhelm Elmers, Bremen (Material Elmers)
Richard Gregor, Bremen (Material Gregor)
Hermann Lücke, Hamburg (Material Lücke)
Johann Reiners, Bremen (Material Reiners)
Stefan Szende, Stockholm (Material Szende)
Johanna Theil, Bremen: Nachlaß Emil Theil

Einzelne Dokumente durch folgende Damen und Herren erhalten:
Gerhard Beier, Kronberg/Taunus;
Irmgard Enderle, Köln;
Heinz Gottschalk, Bremen;

Emmi Hackmack, Bremen;
 August Hogrefe, Bremen;
 Georg Jungclas, Sindorff;
 Jürgen Klein, Hamburg;
 Susanne Miller, Bonn;
 Johannes Kolb, Hannover;
 J. E. Noltenius, Bremen;
 Fritz Paul, Frankfurt/M.;
 Alfred Weinrich, Frankfurt/M.

3. MÜNDLICHE UND SCHRIFTLICHE BEFRAGUNGEN

- * Leo Bauer, Bonn, 7. 9. 1971 (m).
- Ingomar Benoit, Arbeiterkammer Bremen, 1. 12. 1971, 14. 12. 1971 (s).
- * Gustav Böhrnsen, Bremen, 28. 10. 1971 (m).
- Richard Boljahn, Bremen, 30. 11. 1971 (s).
- Adolf Ehlers, Bremen, 9. 10. 1971, 28. 10. 1971 (m); 4. 1. 1972, 18. 6. 1972, 22. 6. 1972, 22. 11. 1972 (s).
- Wilhelm Elmers, Bremen, 20. 1. 1975 (m).
- Irmgard Enderle, Köln, 13. 10. 1971 (m).
- Richard Gregor, Bremen, 29. 10. 1971 (m).
- * Georg Gumpert, Bremen, 29. 10. 1971 (m).
- Fritz Hallerstede, Bremen, 22. 3. 1974 (m).
- Erwin Heinemann, Bremen, 20. 1. 1975 (m).
- August Hogrefe, Bremen, 8. 12. 1971, 4. 1. 1972, 15. 8. 1973 (s); 16. 10. 1973 (m).
- Wilhelm Kaisen, Bremen, 30. 11. 1971 (s).
- Maria Krüger, Bremen, 12. 4. 1972 (s); 23. 3. 1974 (m).
- Heinrich Landwehr, Bremen, Dezember 1971 (s).
- Franz Löbert, Bremen, 22. 3. 1974 (m).
- Hermann Lücke, Hamburg, 15. 5. 1972, 7. 7. 1973 (m).
- Annemarie Mevissen, Bremen, 28. 1. 1972 (s).
- Martin Meyer, Bremen, 15. 10. 1973 (m); 23. 10. 1973 (s).
- Wilhelm Meyer-Buer, Bremen, 29. 10. 1971 (m).
- Heinrich Nolte, Bremen, 4. 3. 1972 (s).
- Jules Eberhard Noltenius, Handelskammer Bremen, 20. 1. 1972 (s).
- Frida und Fritz Paul, Frankfurt/M., 2. 11. 1971 (m).
- Irene Rafoth, Bremen, 25. 1. 1972 (s).
- Johann Reiners, Bremen, 28. 10. 1971 (m); 6. 5. 1972 (s).
- Wilhelm Schmidt, Bremen, 30. 10. 1971 (m).
- Erich Vagts, Bremen, 23. 1. 1975 (s).
- Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, 29. 2. 1972 (s).
- * Hermann Wolters, Bremen, 23. 10. 1971 (m).
- Interview Lutz Niethammer / Alfred Weinrich mit Adolf Ehlers / Hermann Wolters, 28. 10. 1968.

Außerdem konnten die folgenden von Horst Adamietz gemachten Interviews dankenswerterweise mitbenutzt werden:

Richard Boljahn, 4., 14. 12. 1973.
 Gustav Böhrnsen, 21. 2. 1974.

- Adolf Ehlers, 3. 12. 1973.
 Hermann Engel, 30. 11. 1973.
 Kurt Entholt, 30. 5. 1974.
 Wilhelm Filzen, 11. 12. 1973.
 Gustav Grabau, 10. 12. 1973.
 Hermann Hansing, 20. 11. 1973.
 Arnold Kunst, 12. 2. 1974.
 Hermann Lingens, 21. 11. 1973.
 Franz Löbert, 14. 1. 1973.
 Hermann Lücke, 16. 11. 1973.
 Christian Mahlstedt, 28. 11. 1973.
 Wilhelm Meyer-Buer, 7. 2. 1974.
 Heinz Meyer, 11. 12. 1973.
 Wilhelm Nolting-Hauff, 20. 6. 1974.
 Ernst Müller-Hermann, 23. 2. 1974.
 Fritz Piskowski, 7. 12. 1973.
 Heinrich Reichel, 5. 6. 1974.
 Wilhelm Schmidt, 13. 2. 1974.
 Johanna Theil, 3. 1. 1974.
 Hermann Wenhold, 23. 1. 1974.
 Hermann Wolters, 3. 12. 1973.

4. ZEITUNGEN, PERIODIKA

- Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, Mai 1945 – Jan. 1946.
 Gewerkschaftszeitung. Zeitschrift der Freien Gewerkschaften in der britischen Zone, Hamburg 1946.
 Sopade. Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, 1947.
 Tribüne der Demokratie, Informationsblatt der KPD, 1947/48.
 Weser Bote. Alliiertes Nachrichtenblatt, 23. 6.–15. 9. 1945.
 Weser-Kurier, 19. 9. 1945–Ende 1947.
 Außerdem einzelne Nummern folgender Publikationen:
 Arbeiter-Zeitung, 1932.
 Betriebe im Aufbau, 1946.
 Bremer Nachrichten, 1935.
 Bremer Nationalsozialistische Zeitung 1933–1935.
 Bremer Volkszeitung, 1924 ff.
 Deutsche Volkszeitung, 1945/46.
 Deutschland-Berichte der Sopade, 1934 ff.
 Marxistische Tribüne. Diskussionsblätter der SAP, 1936.
 Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen und Vege-sack, 1947.
 Neue Front, 1934 ff.
 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 1934 ff.
 Der SPD-Redner, Informationen und Unterlagen, 1947.
 Vortragsdispositionen der KPD, 1945/46.
 Der Wiederaufbau. Nachrichtenblatt für die Sektionsleiter und Fachausschüsse, hrsg. vom Leiter der Wirtschaftsabteilung der KPD Bremen, 1946.

5. AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN, PROTOKOLLE,
GESCHAFTSBERICHTE, JAHRBÜCHER

- Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen, hrsg. vom Regierenden Bürgermeister (später: Präsidenten des Senats), 1945, 1946, 1947.
- Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Niedersachsen über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen seit der Kapitulation 1945. Für die Bezirkskonferenz Niedersachsen am 30. März 1949, Hannover 1949.
- Bericht der Handelskammer Bremen über das Jahr 1948, Bremen o. J.
- Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1946.
- Bremische Landesverfassung vom 21. Oktober 1947. Protokolle der Verfassungsdeputation und ihrer Ausschüsse (2. April 1947–15. September 1947), hrsg. von der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft, (vervielfältigtes Mskr.), 1974.
- DGB Ortsausschuß Bremen. Jahresbericht 1948, Bremen 1949.
- Functional History of Military Government Bremen Enclave. 14 July–August 1945. Part I Narrative (OMGUS-Records, US National Archives, Record Group Nr. 260).
- Functional History of Military Government Bremen Enclave. 27 April 1945–30 June 1946. Part I Narrative, Part II Appendices. (Heidelberg, Headquarters USAREUR, Operations Division, Military History Branch. Dort auch die folgenden.)
- Functional History of Military Government in the Bremen Enclave. October–November, 1–10 December 1945 Part I, II.
- Functional History of Military Government in the Bremen Enclave. 10 Dec. 1945 – 31 Jan. 1946, Part I, II.
- Functional History of Military Government in Land Bremen. 1 July 1946–30 June 1947, Part I, II.
- Functional History of Military Government in the Bremen Enclave. 1 July–31 August 1946, Part I, II.
- Functional History of Military Government in the Bremen Enclave. 1 Sept.–31 Dec. 1946, Part I, II.
- Functional History of Military Government in the Bremen Enclave. 1 Jan.–31 March 1947, Part I, II.
- Functional History of Military Government in Land Bremen. 1 July–30 Sept. 1947, Part I, II.
- Annual Functional History of Military Government in Land Bremen. Jan.–Dec. 1948, Part I, II.
- Functional History of Military Government in Land Bremen. 1 Jan.–31 March 1948, Part I, II.
- Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 1946, 1947, 1948, 1949.
- Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (britische Besatzungszone) 1947–1949, Köln o. J.
- Handbuch der Bremischen Bürgerschaft, hrsg. vom Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, Bremen 1950.
- Information Control Intelligence Summary, 5. 7. 1945–23. 11. 1946.
- Information Control Intelligence (Weekly) Review, 30. 11. 1946–14. 1. 1948.

- Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1946, o. O., o. J.
 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1947, o. O., o. J.
 Konferenz der Wirtschaftsgruppe Metall im Lande Niedersachsen. Niederschrift zu den Verhandlungen der Wirtschaftsgruppe Metall der Gewerkschaften im Lande Niedersachsen am 28./29. Dezember 1946 in Wolfsburg, Volkswagenwerk, Hannover o. J.
 Monthly Report of the Military Governor, US-Zone, 1945-1947.
 Nachkriegsbericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945-1947, Bremen, o. J.
 Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 12. bis 14. März 1946 im Katholischen Vereinshaus in Hannover-Linden, o. O., o. J.
 Protokoll. Gewerkschafts-Konferenz der britischen Zone vom 21. bis 23. August 1946 in Bielefeld, Bielefeld o. J.
 Protokoll. Gründungskongreß des DGB. 1. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone vom 22.-25. April 1947 in Bielefeld, o. O., o. J.
 Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Berlin 1946.
 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, Hamburg 1947.
 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Hamburg o. J.
 SPD, Bezirk Nord-Niedersachsen, Geschäftsbericht 1970/71, Stade 1972.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 im Freistaat Bremen, Heft 2: Gewerbliche Betriebszählung, Bremen 1928.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Bremer Verwaltungs- und Wirtschaftsberichte, Neue Folge, Heft 4, 1933.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Bremische Wirtschaftszahlen, Juni 1939.
 Statistisches Amt Bremen (Hrsg.), Bremische Wirtschaftszahlen, Mai 1944.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Die Ortsteile der Stadt Bremen in Zahlen, Bremen 1950.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistisches Handbuch der Freien Hansestadt Bremen, Ausgabe 1937, Bremen 1937.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 1929.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 1932.
 Statistisches Amt der Freien Hansestadt Bremen (Hrsg.), Statistische Mitteilungen, Heft 3, 1945; 3, 1946.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistische Mitteilungen aus Bremen. Heft 1/3, 4/6, 10/12, 1948.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Vierteljahreshefte zur Bremischen Statistik, Juli-September 1938.
 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Die Volks- und Berufszählung am 29. 10. 1946 im Land Bremen. Sonderheft 2 der Statistischen Mitteilungen aus Bremen.
 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, 1947, 1948.

Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946, 1947, 1948.

Vierzigster Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 19. u. 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946.

6. BEITRÄGE ZUR STRATEGIE UND TAKTIK DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Brill, Hermann, *Gegen den Strom*, Offenbach 1946.

Erbe, Otto, *Der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Aufgaben der Arbeiterklasse* (hrsg. von der Auslandsvertretung der SAP), Göteborg o. J. (1934?)

Florin, Wilhelm, *Wie stürzen wir Hitler? Der Weg zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Volksfront in Deutschland*, Straßburg 1935.

Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei, Prag 1934.

Glondajewski, Gertrud / Rossmann, Gerhard (Hrsg.), *Ein bedeutungsvolles politisches Dokument*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 1966.

Grotewohl, Otto, *Wo stehen wir – wohin gehen wir? Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokraten*, Berlin o. J.

Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wege und Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, hrsg. vom Vorstand der SPD. Wirtschaftspolitische Abteilung, Hannover o. J.

Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlissen auf dem Parteitag in Hannover am 11. Mai 1946. Als Manuskript gedruckt.

Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten, Stockholm 1944.

Naphtali, Fritz, *Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Frankfurt 1966 (zuerst 1928).

Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik, Berlin 1946.

Pieck, Wilhelm / Dimitroff, Georgi / Togliatti, Palmiro, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935*, Berlin (Ost) 1960.

Saran, Mary / Eichler, Willy / Heidorn, Wilhelm / Specht, Minna, *Remaking Germany*, London 1945.

Schumacher, Kurt, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.

ders., *Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland* (Vortrag auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg am 27. 1. 1946), Hamburg 1946.

ders., *Wir verzweifeln nicht!* In: Kurt Schumacher / Erich Ollenhauer / Willy Brandt, *Der Auftrag des demokratischen Sozialismus*, Bonn-Bad Godesberg 1972.

ders., *Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus*, Hamburg 1948.

Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hrsg.), *Die neue deutsche Republik*, o. O. 1943.

diess., *Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und pro-*

- grammatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945.
 Ulbricht, Walter, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Aus Reden und Schriften, Bd. 2: 1933–1946, Berlin (Ost) 1963.
 Was will die KPD-Opposition? Plattform, verbesserter Entwurf, o. O. 1929.

7. DOKUMENTENSAMMLUNGEN

- Antifaschistischer Widerstand 1933–1945 in Bremen. Eine Dokumentation für die Ausstellung Antifaschistischer Widerstand 28. 4. 74–19. 5. 74 in der unteren Rathaushalle in Bremen, Bremen 1974.
 Bittel, Karl (Hrsg.), *Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente*, Berlin (Ost) 1957.
 Boberach, Heinz (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944*, Neuwied/Berlin 1965.
 Cornides, Wilhelm / Volle, Hermann (Hrsg.), *Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941–1948. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs*, Bd. 6, Oberursel 1948.
 Deuerlein, Ernst (Hrsg.), *Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«*, München 1963.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–56, Berlin (Ost) 1965.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, Mai 1945–April 1946, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959.
 Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, 9 Bde., Berlin 1962–1971.
Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences of Malta and Yalta 1945, Washington 1955.
Handelskammer Hamburg (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte der Handelskammer Hamburg*, Hamburg 1965.
 Matthias, Erich (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Aus dem Nachlaß Friedrich Stampfers, Düsseldorf 1968.
 Pollock, James K. / Meisel, James H. (Hrsg.), *Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents*, Ann Arbor 1947.
 Siegler, Heinrich (Hrsg.), *Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959*, o. O., o. J.
 Timpke, Henning (Hrsg.), *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933*. Frankfurt 1964.
 Weber, Hermann, *Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1943*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1972.

8. SONSTIGE LITERATUR

- Abendroth, Wolfgang, *Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Richter, Hans Werner (Hrsg.), *Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962*, München/Wien/Basel 1962.

- Ackermann, Anton, Von der Geburt der neuen Staatsmacht, in: Staat und Recht 14/1965.
- Adamietz, Horst, Das erste Kapitel, Bremen 1975.
- Almond, Gabriel A. (Hrsg.), The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill 1949.
- Alperovitz, Gar, Atomare Diplomatie – Hiroshima und Potsdam, München 1966.
- Apelt, Hermann, Bremens Häfen, Schifffahrt und Verkehr, in: Meyer, Hanns u. a. (Hrsg.), Schaffendes Bremen, Bremen 1960.
- Arnemann, Arne, Möglichkeiten und Grenzen der Politik der KPD mit besonderer Berücksichtigung der Wiederaufbauphase nach 1945, Diplomarbeit am OSI der FUB, Berlin 1972.
- Badstübner, Rolf, Restauration in Westdeutschland 1945–1949, Berlin (Ost) 1965.
- ders. / Thomas, Siegfried, Die Spaltung Deutschlands, Berlin (Ost) 1966.
- Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
- ders., »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History 1965.
- Balabkins, Nicholas, Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945–1948, New Brunswick 1964.
- Balfour, Michael, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959.
- Behr, Wolfgang, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteienanalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969.
- Behrens, Elisabeth, Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus, in: Roth, Karl Heinz, Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.
- Beier, Gerhard, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt/M. 1975.
- ders., Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: AFS 13 (1973).
- ders., Kritischer Literaturbericht zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 15, April 1972.
- Benoit, Ingomar, Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung der beiden Arbeitnehmerkammern, in: Geschichte und Gegenwart der Arbeitnehmerkammern in Bremen, Bremen 1971.
- Benser, Günter, Das deutsche Volk und die Siegermächte. Zu einigen internationalen Aspekten der Klassenkampfsituation nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1972.
- Besson, Waldemar, Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933 bis 1963, Frankfurt 1964.
- Bettelheim, Charles, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974.

- Billerbeek, Rudolf, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971.
- Blanke, Bernhard / Reiche, Reimut / Werth, Jürgen, Die Faschismus-Theorie der DDR, in: *Das Argument* 33, Heft 2, Mai 1965.
- Bloch, Charles, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt 1970.
- Bludau, Kuno, Nationalsozialismus und Genossenschaften, Hannover 1968.
- ders., Gestapo-Geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Blum, John Morton, Deutschland – ein Ackerland? Aus den Morgenthau-Tagebüchern, Düsseldorf 1968.
- Blunck, Kristina, Die programmatischen Vorstellungen der westdeutschen Gewerkschaften und die Bedingungen ihrer Realisierbarkeit von 1945 bis 1952, Diplomarbeit am OSI der FUB, Berlin 1971.
- Bolschewik (Theoretisches Organ der KPD/ML), Jg. 3, Nr. 6, Jan. 1971: Die antifaschistisch-demokratische Revolution 1945/49.
- Borkenau, Franz, Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952.
- Borchardt, Knut, Die Bundesrepublik Deutschland, in: Gustav Stolper u. a., *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Tübingen 1960.
- Bors, Hans, Die bremische Arbeiterkammer – eine echte Selbstverwaltungskörperschaft überbetrieblicher Mitbestimmung, ihre Geschichte, ihr Wesen, ihre Aufgaben und ihre Erfahrungen, Bremen 1962. (masch. schr.).
- Borsdorf, Ulrich, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen*, Wuppertal 1974.
- Bortscheller, Georg, Industrie und Industrialisierung Bremens, in: Hanns Meyer u. a. (Hrsg.), *Schaffendes Bremen*, Bremen 1960.
- Böttcher, Ulrich, Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes, Bremen 1953.
- Bracher, Karl-Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl., Villingen 1971.
- ders., *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969.
- ders. / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Macht ergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960.
- Braunthal, Julius, *Die Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, Bd. 3, Hannover 1971.
- Brandt, Willy, *Forbrytere og andere Tyskere*, Oslo 1946.
- Bremische Biographie 1912–1962*, Bremen 1969.
- Broué, Pierre / Témime, Emile, *Revolution und Krieg in Spanien*, Frankfurt/Zürich 1969.
- Buchwitz, Otto, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1958.
- ders., *Brüder, in eins nun die Hände*, Berlin (Ost) 1956.
- Bremische Bürgerschaft 1946–1971*, hrsg. vom Bremer Senat, bearbeitet von Peter Stefanowski, Bremen 1971.
- Büchner, Robert, *Wir wußten, was wir wollten!* In: *Wie die Arbeiter- und Bauernmacht entstand*, Halle o. J.

- ders., Mit dem Lenin-Denkmal und der Fahne von Kriwoi-Rog empfangen wir in Eisleben unsere sowjetischen Klassenbrüder, in: Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959.
- Bungenstab, Karl-Ernst, Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949, Düsseldorf 1971.
- Christier, Holger, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945-1949, Hamburg 1975.
- Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950.
- Club Route in Europe. The Story of 30 Corps in the European Campaign, compiled by Ronald Gill and John Groves, Hannover 1946.
- Cole, Taylor, Labor Relations, in: Edward Litchfield (Hrsg.), Governing Post-war Germany, Bd. 2, Washington/London 1953.
- Czempel, Ernst-Otto, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966.
- Czichon, Eberhard, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 47, Heft 3, Juli 1968.
- Deissmann, Gerhard, Bremen im Wiederaufbau 1945-1957, Bremen 1958.
- Deppe, Frank, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945. In: ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.
- ders., / Freyberg, Jutta von / Kievenheim, Christof / Meyer, Regine / Werkmeister, Frank, Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf, Frankfurt 1969.
- Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949. Darstellung und Dokumente, Frankfurt/Berlin 1961.
- ders., Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970.
- Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947.
- Dorn, Walter L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944-45), in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 1958.
- ders., Inspektionsreisen in der US Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen, aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965.
- Drobisch, Klaus / Eichholz, Dietrich, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1970.
- Dröll, Hajo, Bedingungen der Reorganisation und erste spontane Organisationsformen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, Magisterarbeit, Frankfurt 1973.

- ders., Die Zusammenbruchskrise des faschistischen Systems in Deutschland (Kapitelentwurf für die Arbeitsgruppe Antifa).
- Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972.
- Ebsworth, Raymond, Restoring Democracy in Germany, New York/London 1960.
- Eckardt, Felix von, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf/Wien 1967.
- Edinger, Lewis J., Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.
- ders., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933-1945, Hannover/Frankfurt 1960.
- Ehni, Hans Peter, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974.
- ders., Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des »Dritten Weges«. Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945-1947, in: AFS 13, (1973).
- Eichholz, Dieter, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963.
- ders. / Gossweiler, Kurt, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933 bis 1945, in: Das Argument 47, Heft 3, Juli 1968.
- Eildermann, W., Jugend im ersten Weltkrieg, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin (Ost) 1972.
- Enderle, August (unter Mitarbeit von Bernt Heise), Die Einheitsgewerkschaften, Bd. 2, o. O. o. J. (Als Manuskript hektographiert. Im DGB-Archiv).
- Entholt, Hermann, Bremens Handel, Schifffahrt und Industrie im 19. Jahrhundert (1815-1914), in: Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer, Bd. 5, Gotha 1928.
- Esters, Helmut / Pelger, Hans, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967.
- Faust, Alfred, Der Anteil des bremischen Arbeiters, in: Hanns Meyer u. a. (Hrsgg.), Schaffendes Bremen, Bremen 1960.
- Feis, Herbert, Churchill, Roosevelt, Stalin. The War They Waged and the Peace They Sought, Princeton 1957.
- ders., Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen, Frankfurt 1962.
- Fichter, Tilman / Eberle, Eugen, Kampf um Bosch, Berlin 1974.
- Fischer, Alexander (Hrsg.), Teheran - Jalta - Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«, Köln 1968.
- Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968.
- Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, (2. Aufl.), Frankfurt 1969.
- Freyberg, Jutta von, Sozialdemokraten und Kommunisten, Köln 1973.
- Fromme, Fr. K., Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1962.
- Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/Berlin 1969.

- Gätsch, Helmut, Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933, Bremen 1969.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4: Von 1924 bis Januar 1933; Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945; Bd. 6: Von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1966.
- Zur Geschichte der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik (Mskr.), Bremen 1973.
- Geschichte und Gegenwart der Arbeiterkammern in Bremen, hrsg. von der Angestelltenkammer und Arbeiterkammer Bremen, Bremen 1971.
- Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971.
- ders., American Military Government and the Education of a New German Leadership, in: Political Science Quarterly 1968.
- ders., The Artificial Revolution in Germany. A Case Study, in: Political Science Quarterly 1961.
- ders., Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945-1952, Köln/Berlin 1964.
- Glondajewski, Gertrud / Schumann, Heinz, Die Neubauer/Poser-Gruppe, Berlin (Ost) 1957.
- Gniffke, Erich W., Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
- Greese, Karl, Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden. Phil. Diss. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1961, (masch.)
- Gripenburg, Rüdiger, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Zur Auswirkung der Volksfronttaktik im sozialistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Marburg o. J. (1971).
- Groß, Günther, Der gewerkschaftliche Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensrätewahlen 1934, Berlin (Ost) 1962.
- Groß, Werner, Die ersten Schritte, Berlin (Ost) 1961.
- ders., Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1960.
- Grosser, Dieter, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten. Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht, in: Das Argument, Nr. 32, Januar 1965.
- Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.), Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933, Frankfurt 1973.
- dies., Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919, Bremen 1969.
- Gryptner, Richard, Die ersten Tage in der Heimat, in: Neues Deutschland, 30. 4. 1964.
- Hagen, Paul, Germany after Hitler, New York 1944.
- ders., Erobert, nicht befreit! Das deutsche Volk im ersten Besatzungsjahr, Nr. 1 der Schriftenreihe für ein demokratisches Deutschland, New York 1946.
- Harmssen, Gustav W., Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951.
- ders., Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, 4 Hefte, Bremen 1948.
- Hartmann, Franz, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen, Hannover 1972.

- Hartwich, Hans-Hermann, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln/Opladen 1970.
- Heer, Hannes, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied/Berlin 1971.
- Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft, 1945–1950, Berlin (Ost) 1959.
- Heine, Friedrich, Dr. Kurt Schumacher. Ein demokratischer Sozialist europäischer Prägung, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969.
- Hennig, Eike, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933–1938, Frankfurt 1973.
- Herm, Doris, Die Anfänge der bremischen Industrie. Vom 17. Jahrhundert bis zum Zollanschluß, Bremen 1952.
- Herz, John H., The Fiasco of Denazification in Germany, in: *Political Science Quarterly* 1948.
- Hochmuth, Ursel / Meyer, Gertrud, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt 1969.
- Horowitz, David, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde., Berlin 1969.
- ders. (Hrsg.), Strategien der Konterrevolution. Westliche Eindämmungspolitik 1919 bis Vietnam, Darmstadt 1969.
- Hurwitz, Harold, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972.
- Huster, Ernst Ulrich / Kraiker, Gerhard / Scherer, Burkhard / Schlotmann, Friedrich-Karl / Welteke, Marianne, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt 1972.
- Ihla, Olaf, Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1969.
- Institut für Besatzungsfragen Tübingen: Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, o. O. 1949.
- Jannack, Karl, Wir kämpften in Bremen für die Räterepublik, in: *Vorwärts und nicht vergessen*, Berlin (Ost) 1958.
- Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin/Frankfurt/Wien 1968.
- Jasper, Gotthard (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler, Köln/Berlin 1968.
- Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964.
- Kaisen, Wilhelm, Meine Arbeit, mein Leben, München 1967.
- Kantorowicz, Alfred, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, München 1959.
- Kastendiek, Hermann, Der Liberalismus in Bremen, Phil. Diss., Kiel 1951.
- Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948.
- Kiersch, Gerhard / Ziebur, Gilbert, Einführung in die französische Außenpolitik seit 1944, Düsseldorf 1971.
- Kelly, Matthew A., The Reconstitution of the German Trade Union Movement, in: *Political Science Quarterly*, 64/1949.
- Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972.

- Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der »Gruppe Neu-Beginnen«, Phil. Diss., Marburg 1957.
- Klohr, Olof, Der Kampf um die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse – dargestellt am Beispiel von Hamburg, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Juni 1956.
- Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969.
- Kluth, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956, Köln 1959.
- Köllmann, Wolfgang, Die strukturelle Entwicklung des südwestfälischen Wirtschaftsraumes 1945–1967, Hagen 1969.
- Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962.
- Kolb, Johannes, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt 1970.
- Kolko, Gabriel, The Politics of War. The World and United States Foreign Policy 1943–1945, New York 1968.
- ders., / Kolko, Joyce, The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy 1945–1954, New York/Evanston/San Francisco/London 1972.
- Kotowski, Georg, Friedrich Ebert. Eine politische Biographie, Bd. 1: Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871 bis 1917, Wiesbaden 1963.
- Kral, Helmut, Streik auf den Helgen, Berlin (Ost) 1964.
- Kraus, Wolfgang H. / Almond, Gabriel A., Resistance and Repression under the Nazis, in: Gabriel A. Almond (Hrsg.), The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill 1949.
- Krause, Ilse, Die Schumann/Engert/Kresse-Gruppe, Berlin (Ost) 1960.
- Krieger, Leonard, The Inter-Regnum in Germany: March–August 1945, in: Political Science Quarterly 1949.
- Krippendorff, Ekkehart, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt 1970.
- Kuckuk, Peter, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, Phil. Diss., Hamburg 1970.
- ders. (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt 1969.
- Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Band 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1964; Bd. 7a: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945, Berlin (Ost) 1963.
- Kühnl, Reinhard, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969.
- Laschitzka, Horst, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969.
- ders. / Vietzke, Siegfried, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1945, Berlin (Ost) 1964.
- Latour, Conrad F. / Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die

- Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart 1973.
- Lenin, W. I., Staat und Revolution. Die Staatstheorie des Marxismus und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Werke, Bd. 25, Berlin (Ost) 1960.
- , Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Aprilthesen), Werke, Bd. 24, Berlin (Ost) 1959.
- , Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Werke, Bd. 9, Berlin (Ost) 1964.
- Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955.
- Link, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1964.
- Litchfield, Edward (Hrsg.), Governing Postwar Germany, 2 Bde, Washington/London 1953.
- Lucas, Erhard, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969.
- Ludz, Peter Christian, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968.
- Lücke, Hermann, Berichte und Bemerkungen über die Presseorgane der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis zur Währungsreform 1948, (Mskr.), 1973.
- ders., Wiederaufbau einer freien Presse in Bremen, hrsg. von der Pressestelle des Senats, Bremen 1974.
- ders., Vor zehn Jahren, in: Der Fächer, Zeitschrift für das Kulturkartell Bremen e. V., 3. Heft, Oktober 1955.
- Lütjen, Martin, Die Sozialistische Arbeiterpartei in Bremen, Examensarbeit an der PH Bremen 1964 (masch.schr.).
- Mandel, Ernest, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1972.
- Mannschatz, Gerhard / Seider, Josef, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren (1945–1947), Berlin (Ost) 1962.
- Marxistische Aufbauorganisation, Die Krise der kommunistischen Parteien. Probleme der gegenwärtigen Revisionismuskritik, München/Erlangen 1973.
- Mason, Tim, Labour in the Third Reich, 1933–1939, in: Past and Present, April 1966.
- ders., Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, H. 6, Dezember 1966.
- ders., Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, in: Das Argument 47, H. 3, Juli 1968.
- Matthias, Erich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: ders. / Morsey, Rudolf (Hrsgg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
- ders., Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952.
- ders., Der Untergang der alten Sozialdemokratie, in: Jasper, Gotthard (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler, Köln/Berlin 1968.
- ders. / Morsey, Rudolf (Hrsgg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.

- Mehnert, Klaus / Schulte, Heinrich (Hrsgg.), Deutschland-Jahrbuch 1949, Essen 1949.
- Meissner, Boris, Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953, Hamburg 1954.
- Merkel, Peter H., Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965.
- Merritt, Anna / Merritt, Richard (Hrsgg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949, Urbana/Chicago/London 1970.
- Meyer, Hanns u. a. (Hrsgg.), Schaffendes Bremen, Bremen 1960.
- Milatz, Alfred, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933, in: Matthias, Erich / Morsey, Rudolf (Hrsgg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
- Miller, Sepp, Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906-1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1958.
- ders., Die Kämpfe der Bremer Werftarbeiter, in: Unter der Roten Fahne, Berlin (Ost) 1958.
- Miller, Josef (= Sepp), Auf der Weserwerft wehte die rote Fahne, in: Vorwärts und nicht vergessen, Berlin (Ost) 1958.
- Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966.
- Möcklinghoff, Christoff, Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 4, Nr. 5 (1972).
- Moltmann, Günter, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941-1945, Heidelberg 1958.
- Montgomery, Bernard, Memoiren, München 1958.
- Montgomery, John D., Forced to Be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.
- Moraw, Frank, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie. Zur partiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933-1948, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Morgenthau, Henry, Germany is Our Problem, New York 1945.
- Moring, Karl-Ernst, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890 bis 1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens, Hannover 1968.
- Müller, Walter, Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/46, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Sonderheft 1961.
- Müssener, Helmut, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.
- Narr, Wolf Dieter, CDU - SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.
- Neumann, Franz, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York/Evanston 1966 (reprint).
- Neumann, Franz L., Military Government and the Revival of Democracy in Germany, in: Journal of International Affairs 1947-50.
- Neumann, Sigmund (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955.

- Niehues, Theo, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen. Examensarbeit an der PH Bremen 1967.
- Niethammer, Lutz, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1967.
- ders., Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse. Das Beispiel Stuttgart, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1975.
- ders., Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972.
- ders. / Weinrich, Alfred, Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. Die unerwünschte Demokratie. Über die Antifa-Ausschüsse und den Aufbau der Besatzungssysteme. Westdeutscher Rundfunk, Kulturelles Wort (Manuskript), 1969.
- Nitzsche, Gerhard, Die Saefkow/Jacob/Bästlein-Gruppe, Berlin (Ost) 1957.
- Occupation of Germany – Policy and Progress, hrsg. vom Department of State. European Series 23, Washington 1947.
- Oltmanns, Albert, 1000 Jahre Bremen. Aus der wechselvollen Geschichte einer alten Hansestadt, Folge 33–43, in: Neues Echo, Nr. 27–37, Jg. 1966.
- Opel, Fritz / Schneider, Dieter, Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, hrsg. vom Vorstand der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt 1966.
- Otto, Karl A., SPD und Arbeitereinheit 1945/46. Gegen die Legendenbildung in der sozialdemokratischen Parteigeschichte, in: Marxistische Blätter, 1968, Sonderheft 3.
- Padover, Saul K., Experiment in Germany, New York 1946.
- Paulmann, Christian, Die Sozialdemokratie in Bremen 1864–1964, Bremen 1964.
- Peters, Fritz, Zwölf Jahre Bremen 1933–1945, Bremen 1951.
- Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Pirker, Theo, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Erster Teil: 1945–1952. Vom »Ende des Kapitalismus« zur Zähmung der Gewerkschaften, München 1960.
- ders., Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, München 1964.
- Pfahlmann, Hans, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Darmstadt 1968.
- Plato, Alexander von, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Berlin 1973.
- Plener, Ulla, Kurt Schumachers Konzeption der demokratischen Republik – die Grundlage seiner antikommunistischen Politik 1945/46, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1966.
- Plum, Günter, Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974.

- Poulantzas, Nicos, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973.
- Proletarische Front 10 / Trikont, Arbeiterkämpfe in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, München 1973.
- Pünder, Tilmann, Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949, Waiblingen 1966.
- Puls, Ursula, Die Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstand in Hamburg und an der Wasserkante während des Zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1959.
- Radkau, Joachim, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europa-Politik 1933–1945, Düsseldorf 1971.
- Rauers, Friedrich, Bremer Handelsgeschichte im 19. Jahrhundert, Bremen 1913.
- Reich, Wilhelm, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933.
- Reichardt, Hans J., Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 12, 1963.
- ders., Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Walter Schmitthenner / Hans Buchheim (Hrsgg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966.
- Reitlinger, Gerald, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962.
- Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Frankfurt 1973.
- Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974.
- Rexin, Manfred, Die Jahre 1945–1949. Hefte zum Zeitgeschehen, Hannover 1962.
- Ritter, Waldemar, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Hannover 1964.
- Rodnick, David, Postwar Germans. An Anthropologist Account, New Haven 1948.
- Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968.
- Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- Rossmann, Gerhard, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (Ost) 1963.
- Roth, Karl-Heinz, Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.
- Rudzio, Wolfgang, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968.
- Rübberdt, Rudolf, Vorgeschichte und Gründung der CDU, in: Bremer Echo. Wochenblatt der CDU, 1966, Nr. 12 ff.
- Rürup, Reinhard, Kurt Schumacher – Persönlichkeit und politische Konzeption, in: Neue Politische Literatur 1966.

- Sarel, Benno, *La classe ouvrière d'Allemagne Orientale, Essai de chronique (1945-1958)*, Paris 1958.
- Scheurig, Bodo, *Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion, 1943-1945*, München 1960.
- Schlange-Schöningen, Hans (Hrsg.), *Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949*, Hamburg/Berlin 1955.
- Schmidt, Eberhard, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1970.
- Schmidt, Ute / Fichter, Tilmann, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948*, Berlin 1971
- Schmitthenner, Walter / Buchheim, Hans (Hrsgg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, Köln/Berlin 1966.
- Schoebes, Karin, *Die sozialistische Jugendbewegung in Bremen 1919 bis 1933, Examensarbeit an der PH Bremen 1964 (masch. schr.)*.
- Schoenbaum, David, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln / Berlin 1968.
- Scholz, Arno / Oschilewski, Walter G. (Hrsgg.), *Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher*, 3 Bde, Berlin 1952-1954.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besetzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.
- Schröder, Ulrich, *Der Aufbau deutscher Verwaltungen und die Politik der KPD in Deutschland 1945*, Examensarbeit, Bochum 1972.
- Schütz, Klaus, *Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland*, in: Sigmund Neumann (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, Stuttgart/Düsseldorf 1955.
- Schultz, Joachim, *Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED*, Stuttgart/Düsseldorf 1956.
- Schulz, Klaus-Peter, *Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46*, Berlin 1965.
- Schulz, Ursula, *Friedrich Ebert in Bremen. Aus seinem parlamentarischen Wirken 1900 bis 1905*, Bremen 1963.
- Schumann, Hans-Gerd, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«*, Hannover/Frankfurt 1958.
- Schwarz, Hans-Peter, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, Neuwied/Berlin 1966.
- Schwarzwälder, Herbert, *Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945*. Bd. 1: *Die Vorbereitung auf den Endkampf*; Bd. 2: *Der britische Vorstoß an die Weser*; Bd. 3: *Vom Kampf um Bremen bis zur Kapitulation*, Bremen 1972-74.
- ders., *Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933*, Bremen 1966.
- Schweitzer, Arthur, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964.
- ders., *Der organisierte Kapitalismus. Die Wirtschaftsordnung in der ersten Periode der nationalsozialistischen Herrschaft*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 1962.
- Seaton, Albert, *Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945*, Frankfurt 1973.

- Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973.
- Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1969.
- Spitta, Theodor, Aus meinem Leben, München 1969.
- Spliedt, Franz, Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Wiederaufbau seit 1945, Hamburg 1948.
- Steinberg, Hans Josef, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969.
- Steinert, Marlis G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970.
- Stern, Carola, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957.
- diess., Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln/Berlin 1964.
- Stöckigt, Rolf, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964.
- Stolper, Gustav, Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949.
- Sweezy, Paul M., The Present as History, New York 1953.
- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie, Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946, Düsseldorf 1971.
- Thalheimer, August, Über den Faschismus, in: Bauer u. a., Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt 1967.
- ders., Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg, o. O. o. J. (1946; reprint).
- ders., Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, o. O. o. J. (1945; reprint).
- Thape, Ernst, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969.
- Thomas, Siegfried, Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin (Ost) 1967.
- Tjaden, K. H., Struktur und Funktion der ›KPD-Opposition‹ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur ›Rechts-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964.
- Treue, Wilhelm, Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Wirtschaft in Niedersachsen, Hannover 1967.
- ders. / Frede, Günther, Wirtschaft und Politik 1933-1945, Braunschweig 1964.
- Trotzki, Leo, Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt 1967.
- ders., Schriften über Deutschland, 2 Bde., Frankfurt 1971.
- Turner, Henry Ashby, Fascism and Modernization, in: World Politics 1972.
- Uebel, Günter / Woitina, Erich, Zur Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der SED bis zu ihrem III. Parteitag 1950, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1970.
- Urban, Karl, Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945-April 1946), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1959.
- United States Strategic Bombing Survey. All-around-Report, 1945.

- Vietzke, Siegfried, Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin (Ost) 1966.
- Vogel, Walter, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau der Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil I und II, Koblenz 1956, Boppard 1964.
- Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland, München 1966.
- Voßke, Heinz, Die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED in Mecklenburg/Vorpommern Mai 1945 bis April 1946, Rostock 1966.
- Wagenführ, Rolf, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1954.
- Wagner, Wolfgang, Die Teilung Europas. Geschichte der sowjetischen Expansion bis zur Spaltung Deutschlands, 1918–1945, Stuttgart 1959.
- Weber, Hermann, Von der SBZ zur DDR, Bd. 1: 1945–1955, Hannover 1966.
- ders., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969.
- Weisenborn, Günther (Hrsg.), Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Hamburg 1953.
- Weingartner, Thomas, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin 1970.
- Wesemann, Fried, Kurt Schumacher, Ein Leben für Deutschland, Frankfurt 1952.
- Wheeler, George S., Die amerikanische Politik in Deutschland (1945–1950), Berlin (Ost) 1958.
- Wieck, Hans Georg, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.
- Williams, William Appleman, Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt 1973.
- Wolf, Eduard, Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947.
- Wulff, Hinrich, Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft, 2 Bde., Bremen 1950.
- Ziebur, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.
- Zink, Harold, American Military Government in Germany, New York 1947.
- ders., The United States in Germany 1944–1955, New York 1957.

Personenregister

- Ackermann, Anton 371
Aevermann, Fritz 347
Ahlers, Richard 400
Agartz, Viktor 403
Alfken, Hans 136, 207-210, 349
Apelt, Hermann 98, 129-131, 133,
230, 350-351, 355, 357, 393, 413
Ashcanase, Abe S. 263
- Baier, Karl 322
Bard, Erwin W. 99
Bauer, Otto 305
Bebel, August 168
Becker, Fritz 57
Becker, Fritz 278
Behrens, Philipp 71, 357
Blenkle, Conrad 310
Böckler, Hans 159, 162, 212, 399
Böhm, Josef 181, 183, 291, 377, 380,
382, 385
Böhrnsen, Gustav 388
Bölken, Andree 129, 230
Böse, Hermann 375
Böttcher, Klaus 118, 347
Boljahn, Richard 307
Bollmeyer, Karl 57, 98
Brabant, Carl Julius 99
Brandler, Heinrich 291, 297, 391
Brandt, Willy 184, 197, 207, 314-315
Braun, Rudolf 338
Brenner, Otto 178
Brill, Hermann 169, 316, 369, 379,
384
Bruhns, Julius 343
- Buchwitz, Otto 168
Buckendahl, Georg 108, 114, 128,
180, 250, 342, 361, 376, 380, 411
Busch, Heinrich 42, 56, 108, 128, 184,
193-194, 314, 349
- Camp, Joachim de la 338
Cavier, Franz 108, 128, 342
Churchill, Winston S. 61
Clay, Lucius D. 64, 68, 70-71, 162,
237-238, 409, 419
Craß, Johann 283
- Dahrendorf, Gustav 372
Dehms, Alexander 41
Dehning, Gustav 71, 357
Dehnkamp, Willy 32, 306
Deisen, Willi 298
Dietrich, Heinrich 199
Dorn, Walter L. 62, 71, 116, 124,
126, 131-132, 181, 356
Drabent, Leo 55, 375
Drees, Oskar 299
Duckwitz, Richard 57, 71, 329
Duhnke, Horst 35, 46
- Ebert, Friedrich 291
Eckardt, Felix von 289
Edzard, Hermann 349
Eggers, Franziskus 43
Ehlers, Adolf 42, 54, 56, 107-108,
110-111, 114, 117, 126, 128, 134,
136, 144, 153-154, 157, 179-180,
183, 207-210, 228, 230, 249-250,

- 276, 278-279, 296, 313, 325, 335,
353, 361, 364, 375, 390-392, 402,
405, 411, 414, 418
Ehrenteit, John 301
Eichentopf, Oskar 54
Eichler, Willi 178, 207
Eisenhower, Dwight D. 161, 186
Elmers, Wilhelm 147, 343
Enderle, August 42, 118, 157, 159,
183, 197, 208-209, 228, 288, 314,
316, 334, 349, 363, 375, 383-384,
387, 406
Enderle, Irmgard 42, 125, 183-184,
197-198, 201, 228, 232, 288, 314,
334, 375, 378-379, 385, 387, 401
bis 402
Engel, Hermann 190, 345
Engels, Friedrich 275
Entholt, Fritz 349
Eppstein, Eugen 18
Erling, Johannes 99, 397
Ewas, John 316
Ewert, Willy 230, 281
- Faust, Alfred 292
Fimmen, Edo 312, 314
Fischer, Hans Joachim 71
Freimarck, George 126
Freitag, Walter 367
Frick, Wilhelm 24
Fuhrmann 349
- Gautier, Hermann 181, 377
Goebbels, Joseph 312
Göring, Hermann 312
Götze, Albert 153-154, 260-261, 361
bis 362, 413
Gotthard, Heinrich 108, 133, 136,
342, 352
Gregor, Richard 323
Gries, Georg 108, 342
Groscurth, Reinhard 71, 339, 357
Grotewohl, Otto 172, 185, 195, 277,
370, 384, 410, 418
Gumpert, Georg 296
- Hackmack, Hans 289, 299, 306, 345
Häusler, Albert 230, 403
Hagedorn, August 419
Hagens, Heinrich 71, 357
- Hakewell-Smith, Edmund 69
Hallerstede, Fritz 313
Hansing, Hermann 345
Harmssen, Gustav Wilhelm 87-88,
129, 393, 403
Haubach, Theodor 305-306
Heine, Fritz 209
Heine, Karl 108, 128, 136, 342, 352
Heinemann, Erwin 333
Heller, Richard 55, 375
Henke, Alfred 17, 291
Hess, Rudolf 312
Heukelum, Gerhard van 189-190, 382
Hildebrand, Friedrich 357
Hillmann, Ludwig 129-130
Hitler, Adolf 22-23, 25, 28-29, 31 bis
32, 46-48, 51, 54-55, 253, 297 bis
298, 300, 302, 312, 322, 325, 339
Högner, Wilhelm 168
Hogrefe, August 42-43, 56, 120, 314,
345
Hollmann, Heinrich 227, 401
Hug, Paul 278
- Jacob, Franz 324
Jahn, Hans 312
Jahn, Max 136, 181, 353
Jahn, Philipp 226
- Kaisen, Wilhelm 99, 127, 129-132,
134-136, 142-143, 163, 168, 173,
181, 186, 188, 218, 228-230, 233 bis
234, 236, 246, 262, 279, 281-282,
296, 300, 329, 343, 348, 350-351,
356-357, 362, 373, 380, 385, 395,
402-403, 408-409, 413-415
Kaiser, Jakob 373
Kalb, Hans 349
Kappius, Anne 325
Karl, Albin 159
Keenan, Joe 162
Keil, Wilhelm 174, 373
Kennedy, E. Russell 126
Klatte, Theodor 81, 104, 278
Kleemann, Wilhelm 24
Knief, Johann 17, 291
Knigge, Wilhelm 179, 181, 193-194,
210, 376
Koenen, Wilhelm 371
Koenenkamp, Helmuth 349

- Kohl, Karl 56
 Kowalke, Alfred 55, 376
 Krause, Hans 157, 363, 365
 Kriedemann, Herbert 209
 Krohn, Albert 298-299
 Krüger, Maria 324
 Krupp, Alfred 302
 Kummer, Karl 357
 Kundel, Heinrich 322
 Kunst, Arnold 352
 Kurz, Carl 71, 357
- Landwehr, Heinrich 376
 Leber, Julius 305
 Lehmann, Heinrich 307
 Lehmann, Helmuth 386
 Leipart, Theodor 300, 386
 Lenin, Wladimir Iljitsch 321, 393-394
 Leuschner, Wilhelm 159, 363
 Ley, Robert 28-29, 46, 312
 Löbert, Franz 104, 340
 Lücke, Hermann 108, 111, 117, 127,
 143, 280, 283, 303, 313, 347, 349
- Mahlstedt, Christian 399
 Markert, Ernst Otto Richard 29, 304,
 317-318
 Marshall, John W. 126, 138, 158, 364
 Marx, Karl 275
 McNarney, Joseph T. 70
 Merker, Paul 371
 Mester, Hermann 221, 230
 Meyer, Heinz 339, 352
 Meyer, Martin 296
 Meyer-Buer, Wilhelm 293, 375
 Mierendorff, Carlo 305
 Montgomery, Bernard L. 186
 Morgenthau, Henry 63-64
 Münzenberg, Willy 316
 Mursell, George W. 138
- Naphtali, Fritz 211-212
 Nawrath, Alfred 108, 125, 342, 357
 Nelson, Leonard 311
 Neumann, Johannes 55
 Noch, Franz 73
 Nolte, Heinrich 104, 332
 Nolting-Hauff, Wilhelm 129, 350,
 413
 Noske, Gustav 17
- Ohse, Alwin 362
 Ollenhauer, Erich 209
 Oppenheimer, Franz 311
 Osterloh, Hermann 183, 190, 192 bis
 194, 199, 210, 306-307, 380, 382
 Otten, Otto 362
- Pannekoek, Anton 16, 291
 Paul, Frida 108, 312, 344, 349, 357
 Paul, Fritz 108, 312
 Paulmann, Christian 118, 129-130,
 181, 229, 347, 350, 413
 Pfeiffer, Karl 338
 Piaskowski, Fritz 306
 Pieck, Wilhelm 56, 169, 196, 277, 291,
 372, 375, 410, 418
 Platz, Bernhard 71, 357
 Pötsch, Waldemar 34
 Popall, Käthe 230, 310, 403
 Prüser, Hermann 397
- Radek, Karl 291
 Rafoth, Irene 340
 Rafoth, Rudolf 181, 197, 228, 353,
 377, 394, 397
 Raschen, August 205, 278, 389, 393
 Raspe, Albert 56-57
 Rauhof, Karl 193-194
 Reichel, Heinrich 181, 356
 Reimann, Max 228
 Reiners, Johann 146, 157, 166, 193,
 202-203, 322
 Reuter, Ernst 409
 Richter, Emil 349
 Robertson, Brian 70
 Röver, Karl 318
 Roosevelt, Franklin D. 62, 177
 Rosenberg, Albert G. 126, 349
 Rossmann, Erich 373
 Roth, Otto 307-308
 Rother-Romberg, Walter 181-183,
 189-190, 278, 282, 377, 383, 388,
 414
 Rübberdt, Rudolf 225, 400
 Rüdthnick, Richard 43
- Sauckel, Fritz 50
 Schacht, Hjalmar 312
 Schappe, Josef 391
 Schimmedt, Max 150, 214, 360, 394

- Schlömer, Robert 73, 123, 141
 Schmidt, Wilhelm 297
 Scholvin, Wilhelm 72
 Schorlemer, Wilhelm von 318
 Schramm, Heinrich 179-180, 210, 228,
 276-277, 279, 283, 293
 Schramm, Robert 354
 Schramm, Willi 183, 378
 Schroers, Johannes 57, 71, 73, 329,
 411
 Schümann, Max 70, 139
 Shukow, Grigori 370
 Schultz, Friedrich 71, 347
 Schulze, Fritz 325
 Schulze, Oskar 72-73, 153-154, 156,
 163-165, 181, 205-206, 212, 217,
 221-222, 260-261, 279, 292, 361
 bis 362, 399, 403, 406, 412-413
 Schumacher, Kurt 73, 172-178, 182,
 184-187, 195, 197-199, 201, 208
 bis 209, 228, 241, 243, 246, 276,
 278-279, 305, 373-375, 377-380,
 383-384, 386-387, 392, 414-415,
 418
 Schwarz, Oskar 153-154, 260-261,
 361, 413
 Severing, Carl 174, 228, 374
 Sobottka, Gustav 371
 Sommer, Emil 292
 Speer, Albert 48
 Spitta, Theodor 127-133, 136, 140,
 142, 224, 233, 350-351, 357, 406,
 413
 Spreine, Viktor 357
 Stalin, Josef 52, 59, 321
 Stamm, Robert 310, 375
 Stapelfeldt, Franz 224, 323, 397
 Stegmann, Wilhelm 307
 Sternberg, Fritz 314
 Stiegler, Anna 190, 306-307
 Stier, Bernhard 278
 Stimson, Henry 64
 Stockhinger, Carl 197, 352, 384, 407
 Sweezy, Paul 126
 Szlegat, Willi 375
- Teil, Emil 54, 88, 108, 128-131, 181,
 183, 190, 201, 208, 229, 278-279,
 292, 323, 353, 357, 380, 413
 Thyssen, Fritz 302, 321
 Todt, Fritz 48
 Trotzki, Leo 47, 394
 Truman, Harry S. 61
- Uhse, Fritz 206
 Ulbricht, Walter 185, 321, 325, 370
 bis 372, 379
- Vagts, Erich 71-72, 77, 98, 122, 125
 bis 126, 129-135, 137, 140-142,
 149, 151-152, 154, 157-158, 258,
 329, 348, 351, 356-357, 361-362,
 412-414
 Vansittart, Robert 63
 de Viel 349
 Voigt, Herbert 343, 349
 Warnke, Herbert 291
 Warnken 278
 Wegener, Paul 57, 70
 Wehner, Herbert 208
 Welker, Bion C. 68-69, 71, 122, 126,
 132, 140-141, 158, 258, 356, 361,
 396, 411
 Wenhold, Hermann 129-130, 225
 Wessels, Albert 104
 Weyers, Matthias 202
 Whiteley 70
 Wilkens, Martin H. 98, 107, 339
 Windels, Johann 280, 283
 Wissel, Rudolf 212
 Wolf, Johannes 357
 Wolters, Hermann 55-56, 107-110,
 114, 122-123, 129-130, 132-133,
 137, 144, 152-153, 157-158, 165,
 179-180, 188, 192, 207-210, 221,
 228, 230, 249-250, 269, 276-279,
 296, 313, 325-326, 352, 354, 357,
 361, 389-390, 392, 394, 403, 411,
 413, 417-418
 Wortmann, Wilhelm 71, 347, 355, 357
- Yström, Helmut 73, 282
- Ziese, Wilhelm 354
 Zörgiebel, Carl 292